C 21734 D



China: Mao stirbt zum zweiten Mal Seite 44

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr. 185 22.9.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3,- Förderpreis DM 5,-

Am 5.10. alternativ wählen!

Einmal in vier Jahren ist die Bevölkerung aufgefordert, durch das Malen zweier Kreuze ihre „staatsbürgerliche Pflicht" abzuleisten. Auf diese zwei Kreuze an der richtigen Stelle beschränkt sich die vom Staat gewünschte „politische Mündigkeit des Bürgers".

Am 5. Oktober ist es wieder soweit. Die Staatsbürger haben freie Auswahl zwischen der Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik und einer von der CDU/CSU angebotenen noch rechteren Variante. Die Breite und Vielfalt dieser Auswahl ist schier atemberaubend.

Eine Stimme für die SPD oder die FDP bedeutet u. a.:

- **Forsetzung der Kriegsrüstung im Rahmen einer NATO-Strategie, bei der unser Land im Kriegsfall zur Atomwüste werden soll;**
- **weiterer Ausbau der Atomkraftwerke;**
- **Fortsetzung der Entwicklung zum Polizei-Staat;**
- **Fortsetzung der Berufsverbote und des Demokratie-Abbaus im Namen der „Inneren Sicherheit";**
- **Steuer- und Investitionspolitik zugunsten des Finanzkapitals.**

Eine Stimme für die CDU/CSU würde bedeuten: Die bisherige Politik wird in noch schlimmerer Form fortgeführt. Noch mehr Rüstung, noch wilderes Spiel mit dem Atomkrieg, noch mehr Polizei, noch weniger Bürgerrechte ...

Diese großartige Auswahl zwischen einer gefährlichen und einer noch etwas gefährlicheren Politik ist sicher nicht das, was sich viele derjenigen erwartet haben, die 1969 mit ihren Kreuzchen erstmals der SPD/FDP-Koalition an die Regierung verhalfen. Die Zahl derjenigen, die mit ihren zwei Kreuzchen für SPD oder FDP Zufriedenheit mit der politischen Entwicklung ausdrücken wollen, nimmt von Wahl zu Wahl ab.

Es ist bezeichnend für die Regierungsparteien, daß sie der Zunahme dieses Potentials von Unzufriedenen nicht einmal mehr Versprechungen anbieten, sondern nur noch auf das Argument des „kleineren Übels" abstellen: Man müsse für die Regierungspolitik votieren, um Schlimmeres, nämlich eine Kanzlerschaft von F. J. Strauß, zu verhindern. Jusos, linke SPD'ler und manche sozialistischen Gruppen betreiben unter diesem Motto Wahlkampf für die SPD.

Die Wahrheit ist: **Wer diesmal für die SPD oder FDP stimmt, der stimmt nicht bloß gegen Strauß, sondern der stimmt auch für die Fortsetzung der bisherigen Politik. Insgeheime Wünsche nach einer fortschrittlichen Regierungspolitik fallen beim Auszählen der Stimmen nach der Wahl unter den Tisch.** Wer sein Gewissen damit täuschen möchte, daß **seine Stimme für** SPD oder FDP nötig sei, „um Strauß zu verhindern", belügt sich zudem selbst: Nach allen vorliegenden Prognosen hat Strauß ohnehin keine Chance, die Wahl zu gewinnen — es sei denn, SPD oder FDP verhelfen Strauß nach der Wahl als Koalitionspartner an die Regierung.

Wer seine Stimme an SPD oder FDP gibt, stimmt damit für eine Rechtspolitik, die einen Kanzlerkandidaten Strauß überhaupt erst denkbar gemacht hat. Wer seine Stimme an SPD oder FDP gibt, macht sich mitverantwortlich, wenn in vier Jahren die Wahl zwischen einer noch rechteren Regierungspolitik und einer noch rechteren CDU/CSU-Opposition ansteht. Nur zwischen einer gefährlichen und einer noch etwas gefährlicheren Politik wählen zu können, ist eine allzu unerfreuliche Zukunft.

Wer g e g e n die Fortsetzung der bisherigen Politik ist, muß das am Wahltag auch zum Ausdruck bringen. Diese Unzufriedenheit kann man nicht durch die Wahl der Regierungsparteien zum Ausdruck bringen. Diese Unzufriedenheit muß durch die Wahl einer linken Alternative zum Ausdruck gebracht werden.

Eine parlamentarische Alternative zu der Pseudo-Wahl zwischen dem etwas kleineren und dem etwas größeren Übel gibt es bisher nicht. Keine der kandidierenden linken und alternativen Listen hat am 5.10. Aussichten, die undemokratische 5-%-Klausel zu überwinden. Immerhin stellt sich aber mit den GRÜNEN erstmals eine Partei zur Wahl, die erheblich mehr Stimmen als die üblichen Promille-Ergebnisse linker Gruppen auf sich vereinigen wird. **Die GRÜNEN treten u. a. ein gegen das Bonner Atomprogramm, für Stillegung der lebensbedrohenden Atomkraftwerke; gegen Atomraketen in der Bundesrepublik, für vollständige Abrüstung und Austritt der BRD aus dem Kriegsbündnis NATO; gegen Polizeistaat und Berufsverbote, gegen Vergiftung und Zerstörung der Umwelt** ... Die Wahl der GRÜNEN ist deshalb ein gutes Mittel, Protest gegen die Fortsetzung der verhängnisvollen Politik der SPD/FDP-Regierung auszudrükken.

Es ist freilich Teil der bundesdeutschen Misere, daß die Herausbildung einer linken Alternative erst in den Kinderschuhen steckt. Die bisherige Entwicklung der GRÜNEN war nicht gerade dazu angetan, Vertrauen in die Zukunft dieser Partei zu wecken. Wer die GRÜNEN wegen ihres Gesamtbildes oder wegen örtlicher rechter Kandidaten nicht für wählbar hält, sollte für eine der kandidierenden linken Listen stimmen oder zuhause bleiben. Keinesfalls aber kann das Fehlen einer aussichtsreichen linken Alternative ein Grund sein, am 5.10. nochmals SPD oder FDP zu wählen. Jede Stimme für die Regierungsparteien ist eine Stimme gegen eine linke Wende der Politik.

LG des Kommunistischen Bundes

BRD und NATO putschen in der Türkei

Am 12.9. übernahm der türkische Generalstab durch einen Militärputsch die Regierungsgewalt. Das Ziel ist: im Innern die Klassenauseinandersetzungen zu befrieden und nach außen die Türkei als Stützpunkt der NATO im Nahen Osten und gegen die UdSSR zu stabilisieren. Systematisch wurde versucht, den Eindruck zu erwecken, als handle es sich nicht um einen Militärputsch mit all seinen notwendigen Brutalitäten, sondern lediglich um eine "normale" Regierungsgeschäftsübernahme (natürlich etwas aus dem Rahmen fallend). Aber natürlich hat dieser Militärputsch nur dann einen Sinn, wenn jede innenpolitische Opposition radikal ausgemerzt wird. Und die mittlerweile bekanntgewordenen Tatsachen weisen eindeutig in diese Richtung:

— Das Parlament wurde aufgelöst und alle Parteien verboten. 1oo Abgeordnete wurden verhaftet, 5o befinden sich noch in Haft.

— Die linken Gewerkschaften, u.a. "Disk" mit 5oo.ooo Mitgliedern, wurden verboten, alle Streikaktivitäten stehen unter Strafe. Über 1ooo Gewerkschafter befinden sich in Haft.

— Die Presse wurde unter die Kontrolle des Militärs gestellt. Die linken Zeitungen "Demokrat" und "Aydilnik" wurden verboten.

— Bis heute wurden ca. 4ooo Menschen verhaftet, überwiegend Angehörige linker Organisationen oder Kurden.



„Wie schon mein Parteifreund Noske sagte: Einer muß der Bluthund sein."

— Begonnen wurde mit dem systematischen Durchkämmen ganzer Stadtviertel nach Linken und Oppositionellen. "Jetzt befreien die Militärs die 'befreiten Gebiete'" schreibt die "Welt" (2o.9.).

— In den kurdischen Provinzen wurden Panzer- und Hubschraubereinheiten eingesetzt, um den Kampf um Unabhängigkeit zu brechen. Täglich werden dort 4oo bis 5oo Menschen inhaftiert (laut "Welt", 2o.9.).

Fortsetzung auf Seite 6

2. Juni-Prozeß: Der Kronzeuge fällt

Das Kammergericht verkündete durch seinen Vorsitzenden Geus am 19.9. —nach nunmehr 200 Prozeßtagen— lakonisch, an der Glaubwürdigkeit Rainer Hochsteins bestünden erhebliche Zweifel, zudem gäbe es Anhaltspunkte dafür, daß Hochstein „irgendwelche Zusagen gemacht worden sind, um seine Aussagebereitschaft zu wecken" („Tagesspiegel", 20.9.80).

Damit ist der entscheidende Belastungszeuge im Fall Drenckmann gegen Andreas Vogel und Ralf Reinders sozusagen "freiwillig" fallengelassen worden.

Diese Tatsache, zugleich ein Erfolg für Angeklagte und Verteidiger und ein unsagbarer Skandal für Bundesanwaltschaft und Gericht, ist aber **beileibe kein Indiz dafür, daß in diesem Unrechts-Prozeß endlich die 'Rechtsstaatlichkeit' siegt, sondern der Ausweg, den die politisch Verantwortlichen einer umfassenden Entlarvung der Rolle des Verfassungsschutzes und der Präparierung von Kronzeugen vorzogen.**

Die Bundesanwaltschaft, nach eigenem Bekunden die objektivste Behörde der Welt, hält Hochstein selbstverständlich nach wie vor für glaubwürdig; für einen Zeugen, der nicht in Bausch und Bogen abgelehnt werden dürfe, auch wenn er „hin und wieder mal geflunkert habe"("Tsp", 19.9.80).

Fortsetzung auf Seite 5

Schikanen, Festnahmen, Behinderungen:

Der «Anachronistische Zug» muß durchkommen

Als am 14.9. das Verwaltungsgericht München feststellte, daß der „Anachronistische Zug" in wesentlichen Teilen durch das Grundgesetz („Freiheit der Kunst") geschützt sei und die vom bayerischen Innenministerium und einzelnen Landkreisen verhängten Auflagen aufhob, schien nach langem Tauziehen der Weg für die Fahrt des in Szene gesetzten Brechtgedichts frei. Doch es kam ganz anders:

Schon nach wenigen Metern stoppten am 15.9. über 100 CDU-Anhänger in Sonthofen den Zug, ein Pastor beschwerte sich über einen Wagen, in dem Nonnen zu sehen waren, und ein Staatsanwalt erreichte während des Tages, daß ein Wagen, der einen Strauß-Darsteller mit den 6 Plagen (Unterdrückung, Aussatz, Betrug, Dummheit, Mord und Raub – dargestellt als Pappfiguren von 6 Nazi-Größen, die trotz aller Bemühungen von Strauß immer wieder zum Vorschein kommen) zeigt, beschlagnahmt wurde.

„Strauß jetzt ohne Maske" — so kommentierte eine Wandzeitung an der Münchner Universität den Gerichtsbeschluß, daß der Strauß-Darsteller nicht mehr gemeinsam mit den „Plagen" gezeigt werden dürfe.

Sonthofen war nur der Anfang einer ganzen Kette von Behinderungen, denen der Zug bisher ausgesetzt war. Besagter Wagen darf nurmehr verhüllt (Aufschrift: Einsicht verboten) mitgeführt werden; in Regionen mit satter CSU-Mehrheit flogen Tomaten und Eier streng nach der vom Bayernkurier ausgegebenen Devise („*Der 'anachronistische Zug' verstärkt die vom Linkskartell seit langem betriebene Umweltverschmutzung, die nur durch die Solidarität der Demokraten aufgehalten und beendet werden kann*"); Darsteller des Zuges werden „zur Personalienfeststellung" zur Wache geschleift, Flugblattverteiler festgenommen etc.

Fortsetzung auf Seite 2

IN DIESER AUSGABE:

Polen nach den Streiks

Die polnische Arbeiterklasse hat sich durch Streiks das Recht auf die Bildung autonomer Gewerkschaften erkämpft und damit für den gesamten Machtbereich des „realen Sozialismus" ein positives Signal gesetzt. Jetzt geht es um die organisatorische Umsetzung des Erreichten, also um Aufbau und Festigung der neuen Gewerkschaften, die derzeit in einem stürmischen Tempo vor sich gehen.

Nach dem Tod von Olaf: Strafanzeige gegen die Hamburger Polizei

Wegen des Todes eines 16jährigen Demonstranten auf den S-Bahn-Gleisen nach der Hamburger Anti-Strauß-Demonstration vom 25.8. ist Strafanzeige gegen die Polizei gestellt worden. Es geht um den Verdacht der fahrlässigen Tötung und der „Transportgefährdung". Der nach dem 25.8. gebildete autonome Ermittlungsausschuß wird demnächst eine Dokumentation zum Vorgehen der Polizei vorlegen. Wir dokumentieren aus diesem Material Aussagen zu Polizei-Überfällen am 25.8. im Karolinenviertel und am Fernsehturm. Wir berichten außerdem über eine sehr originelle Stellungnahme der Hamburger Jusos, in der die Prügelbullen als „Verbündete im Kampf gegen Rechts" hofiert werden.

Carter droht: auf Europa

Wie im „Ernstfall" unsere „Freiheit" verteidigt werden soll, haben die NATO-Generäle seit langem festgelegt. US-Präsident Carter hat das vor ein paar Tagen bekräftigt: Ein vernichtender Atomschlag soll Mitteleuropa in eine Wüste verwandeln! Für die Masse der Bevölkerung gäbe es gegen diese „Verteidigung" keinerlei Schutz. Das ist den Kriegsherren im Pentagon offenbar ebenso gleichgültig wie der SPD/FDP-Regierung in **wie der SPD/FDP-Regierung in** **Bonn: Von Protesten der Bundesregierung gegen die ungeheuerliche Ankündigung Carters wurde jedenfalls nichts bekannt.**
Wir berichten in diesem AK über die immer wahnwitzigere Atomrüstung der beiden „Supermächte", insbesondere der USA, die alles Gerede über Abrüstung als zynische Lüge bloßstellt.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00;
Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 7.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der «Anachronistische Zug» muß durchkommen

Fortsetzung v. S.1

Höhepunkt der Schikanen war bisher eine Durchsuchung des Zuges auf der B 14, kurz vor der Grenze des Freistaats zu Baden-Württemberg, am Nachmittag des 19.9.: bayrische Polizei stoppte den Zug, lenkte ihn auf einen Parkplatz und durchsuchte ihn stundenlang. Stein des Anstoßes war diesmal die um den Zug herum verteilte Flugschrift Nr. 3, die u.a. eine Karikatur enthält, die Strauß mit den 6 Plagen abbildet.

Es ist damit zu rechnen, daß derartige Schikanen gegen den anachronistischen Zug auch außerhalb Bayerns fortgesetzt werden; ja, die Veranstalter befürchten sogar, daß durch solche Maßnahmen und erneute Auflagen der gesamte Zug unmöglich gemacht werden soll. Ein Grund mehr für alle Linken und Strauß-Gegner, sich den Zug gemeinsam mit Freunden und Kollegen anzusehen, sich an den in einigen Städten anläßlich des Zuges geplanten Demonstrationen zu beteiligen und mit dafür zu sorgen, daß dieser, wie geplant, am 5.10. in Bonn eintreffen kann.

Hier noch einmal einige weitere Stationen des Zuges. Es empfiehlt sich, sich mit den örtlichen Vorbereitungsgruppen in Verbindung zu setzen, um evt.. aktuelle Änderungen etc. zu erfahren:

23.9. Frankfurt, ca. 16.30 Römer;
25.9. Kassel
26.9. Hannover, ca 16 Uhr Arthur-Menge-Ufer; 17 Uhr Opernpl.;
28.9. Kiel;
29.9. Hamburg, ab 14 Uhr Ankunft aus Richtung Pinneberg, ca. 16 Uhr Moorweide, von dort in Verbindung mit einer Demonstration zur Mönkebergstr., ins Schanzenviertel und zurück zur Moorweide (18.30 Schlußkundgebung, Rezitation);
30.9. Bremen, 16 Uhr Bahnhofsplatz
2.10. Dortmund, 16 Uhr Hoesch-Hauptverwaltung, 18 Uhr Am Markt;
3.10. Essen, Autokorso zur Villa Hügel, ca. 18 Uhr Burgplatz;
4.10. Duisburg, 12 Uhr Burgplatz, 14 Uhr Hochfelder Markt;
4.10. Aachen
5.10. Bonn, ca. 15 Uhr Friedensplatz 17 Uhr Regina-Pacis-Weg.

(Alle Zeiten können natürlich nur als Richtwerte dienen).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Repression gegen Strauß-Gegner

Düsseldorf. Die 150 Bielefelder Bürger, die am 4. September als Zuschauer und Fragesteller an der ZDF-Sendung „Bürger fragen Politiker" mit Franz Josef Strauß teilgenommen hatten, wurden vorher ohne ihr Wissen von der Polizei überprüft, ob sie im Fahndungsbuch oder im Verdacht stünden, die Sendung mit Strauß möglicherweise stören zu wollen. Ein Sprecher des NRW-Innenministers Schnoor (SPD) bezeichnete dies als „nichts Außergewöhnliches" (FR, 11.9.80).

Kiel. Der Intendant des NDR, Räuker, hat den „Tagesthemen"-Redakteur Horst Hano wegen seiner Äußerungen über den Wahlkampfauftritt von Strauß am 25.8.80 in Hamburg schriftlich gerügt. Zuvor hatten die schleswig holsteinische Landesregierung, Bayerns Innenminister Tandler (CSU) und CSU Generalsekretär Stoiber sich schrecklich darüber aufgeregt, daß Hano Zitate aus der Strauß-Rede mit den Worten kommentierte: *„Die Verwirrung der Begriffe hält Strauß offenbar nach wie vor für die beste Strategie"* (SZ, 2.9.80).

Plakate der „Volksfront" sind den Behörden umfangreiche Eingriffe in den Wahlkampf wert: Das baden-württembergische **Innenministerium** hat einen Strafantrag gegen ein Plakat gestellt, das die Parole *„Nie wieder Faschismus – verhindert ein neues 33"* zeigt. Rückschlüsse auf den politischen Standort des Innenministers aus diesem Strafantrag zu ziehen, würde wahrscheinlich ein weiteres Verfahren herbeiführen, auch wenn's logisch wäre. Das **Lübecker Amtsgericht** sah in der Plakatforderung der „Volksfront" [illegible] Überwachungsstaat" eine Beschimpfung der Bundesrepublik und ihrer verfassungsmäßigen Organe. Das entsprechende Plakat wurde bundesweit beschlagnahmt.

Die Beschwerde der „Volksfront" wegen Wahlbehinderung anläßlich der Beschlagnahme ihres Plakats, auf dem Strauß als Stier karikiert war, der einem schneidigen „Volksfront"-Torero gegenübersteht, wurde inzwischen zurückgewiesen. In allen diesen Fällen ist eine politische Wertung als „Wahlbehinderung" wohl zu kurz gegriffen; es handelt sich um scharfe Urteile gegen die Meinungsfreiheit überhaupt! (Nach, Mopo, 9.9. und SZ 9.9.80).

Wuppertal. Auch „Der andere Buchladen" in Wuppertal ist nun direktes Opfer von Strauß' Prozeßaktivitäten geworden.

Weil im Schaufenster des linken Buchladens ein Plakat, welches Strauß mit zum Nazigruß erhobenem Arm zeigt, und ein Anti-Strauß-Gedicht ausgestellt waren, polterten am 24.1.80 sieben uniformierte und zivile Bullen und ein Staatsanwalt in den Laden und beschlagnahmten das Plakat. Das Gedicht, in dem der Nachname des *„bayerischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerkandidaten der CDU/CSU, Dr. h.c. Franz Josef Strauß"* (sein momentaner Titel lt. Anklageschrift), mit SS-Runen geschrieben war, stellt auf einfache Weise Strauß' politische Bedeutung dar, wie die Leute vom Buchladen sie sehen: Er grüße zwar nicht mit *„Heil"* sei aber *„Diktatoren hinten rein gekrochen"*, habe *„entgegen seinem Schwur"* aufgerüstet, benutze Intelligenz und Mut *„zur Qual der Demokratie"* und für den Profit der Reichen trete er die Grundrechte, sodaß nur *„diesen Henker wählen"* könne, wer sich selbst *„zu Tode quälen wolle"* (Nach der Anklageschrift, in der aus dem Gedicht zitiert wird).

Doch noch ist das Urteil nicht gesprochen, die Hauptverhandlung ist für den 13.10.80 vorgesehen. Ob die Angeklagte Ulrike Bock (Geschäftsführerin des Ladens) einer Verurteilung aus dem Wege gehen kann, ist aber fraglich; „der andere Buchladen" will versuchen, einen Wahrheitsbeweis anzutreten für die aufgestellten Thesen.

München. Obwohl einige Einzelgewerkschaften sich im Zusammenhang mit betrieblichen Angriffen auf Straußgegner gegen Einschränkung der Meinungsfreiheit wenden, sieht es beim DGB-Landesbezirk Bayern dagegen finster aus: Der Landesbezirksvorsitzende Jakob Deffner will die DGB-Kreise anweisen, die Schauspielerin und Brecht-Tochter Hanne Hiob in Zukunft nicht mehr für Veranstaltungen zu verpflichten. Anlaß: Auf der Anti-Kriegskundgebung des DGB in München trug Hanne Hiob unter starkem Beifall Brecht-Gedichte vor und zog in einem Zusatz auch eine Parallele zwischen Hitler und Strauß, wobei sie die Aufführung des „Anachronistischen Zuges" erwähnte. Deffner behauptet nun, Hanne Hiob habe sich nicht an „klare Absprachen" gehalten und den DGB in beiden Fällen „überrumpelt". Frau Hiob hingegen sagt, von "Werbung" für den Zug könne keine Rede sein und die Parallele zwischen Hitler und Strauß gehöre zu ihrem Programm, das sie überall auf Tournee vortrage (SZ, 5.9.80).

Regensburg. Das von der Gymnasiastin Christine Schanderl angestrengte Normenkontrollverfahren gegen ihre Schulentlassung wegen Tragens einer „Stoppt-Strauß"-Plakette findet erst nach der Bundestagswahl statt. Das Verwaltungsgericht setzte den Termin auf den 15. Oktober fest. Christine ist inzwischen auf der Suche nach einer anderen Schule schon einmal abgewiesen worden; die Entscheidung einer weiteren Schule über ihre Bewerbung steht noch aus. Ein Sprecher des Kultusministeriums erklärte in diesem Zusammenhang, die politische Betätigung Christine Schanderls spiele dabei keine Rolle ... (SZ, 6.9.80).

Freiburg. Am Vormittag des 11.9. drangen drei Bullen von der Kripo in die Räume des Freiburger Uni-Asta ein. Mit einem Beschluß des Amtsgerichts in der Tasche durchsuchten sie die Asta-Räume und beschlagnahmten Plakate, die eine Veranstaltung mit Lutz Görner ankündigten. Auf den Plakaten war neben dem Motto von Görners Programm, „Der Lump", eine Abbildung von Franz Josef Strauß als Frosch zu sehen, der mit seiner klebrigen Zunge nach einem 1000 DM-Schein mit der Aufschrift „Lockheed" schnappt.

Was die Polizeiaktion besonders obskur macht, ist die Tatsache, daß Lutz Görner dasselbe Programm mit demselben Plakat schon ungefähr 20mal in der BRD und Bayern aufgeführt hat, ohne daß es Schwierigkeiten gegeben hätte. Die Anzeige wurde nicht von Strauß erstattet, sondern von einem nicht bekannten Denunzianten. Der Asta vermutet, daß es sich dabei um den Rektor der Uni, Stoeckle, handelt. Stoeckle hatte nämlich unter Hinweis auf das Plakat, die Veranstaltung in der Uni verboten. Und: als die Polizei anrückte, kannte sie Namen, Anschrift und Aufenthaltsort von Asta-Leuten, die niemals irgendwo veröffentlicht wurden.

Zusammenstellung: IKAH

»Gastarbeiter für Strauß«

Rechtsradikale Wahlhelfer mit interessantem Hintergrund

Unter dem Beifall der rechtsradikalen „Nationalzeitung" des Dr. Frey stellte sich in Stuttgart eine „Wählerinitiative Gastarbeiter für Strauß" vor. „Abwehr aller sozialistischen Experimente", „Gemeinsame europäische Wirtschaftsplanung ... in konservativem Geiste", „Gemeinsamer unnachsichtiger Kampf gegen die kommunistische Unterwanderung und den roten Terrorismus" und „Verbesserung der europäischen Verteidigung gegen die sowjetimperialistische Bedrohung" – mit dieser Zielsetzung bleibt natürlich nur eins: Strauß muß Kanzler werden! Unterzeichnet ist der Aufruf von angeblich einigen Hundert ausländischer Kollegen, die damit – wenn auch wegen des Widerstands der CDU/CSU nicht einmal kommunal wahlberechtigt – Reklame für Strauß machen sollen.

Wes Geistes Kind diese „Wählerinitiative" ist, zeigt sich bereits an der Person ihres Repräsentanten **Bruno Zoratto**, Herausgeber der Zeitung „Oltreconfine" der „Comitati Tricolore" (CTIM), die der faschistischen MSI nahestehen. Zoratto kandidierte 1978 für die MSI zur Europawahl und ist Mitglied der Nationalleitung der MSI.

Alte Freundschaft rostet nicht

So ganz zufällig und ohne Zutun der CDU/CSU ist diese „Wählerinitiative" wohl kaum entstanden: seit Jahren bestehen enge Beziehungen zwischen MSI und CDU. Zoratto ist überdies Mitglied des Kuratoriums der „Ludwig-Frank-Stiftung" des ehemaligen SPD-Mitglieds und Stadtdirektors von Braunschweig, Hans-Günter Weber, der sich in diversen Sammlungsbewegungen für Strauß engagiert.

Auch der Generalsekretär der CTIM, Mirko Tremaglia, Abgeordneter der MSI-DN, war 1978 Teilnehmer eines Seminars der „Ludwig-Frank-Stiftung".

Ebenfalls war **Vito Miceli**, auch MSI-DN-Abgeordneter, schon Gast dieser „Ludwig-Frank-Stiftung": Am 23.3.79 anläßlich eines „Südafrika-Seminars". Miceli war bis 1974 Chef des italienischen Geheimdienstes SID; gegen Miceli wurde (ohne daß es zu einem Prozeß gekommen wäre) wegen Begünstigung faschistischer Putschisten ermittelt.

Die „Ludwig-Frank-Stiftung" ist nicht der einzige Verein, bei dem italienische Faschisten sich mit CSU-Leuten treffen: So war **Giovanni de Marco**, Funktionär der CTIM, Leiter einer CTIM-Delegation bei den Europatagen der **„Paneuropa-Union-Deutschlands"** (CSU-nah) vom 27. – 29. April 79 und dort Teilnehmer des Arbeitskreises zum Thema „Arbeitsplatz Europa" unter Leitung des „Ludwig-Frank"-Leiters Hans-Günter Weber (Nationalpol. Studien, 5/79).

Und „Paneuropa"-Präsident **Habsburg**, außenpolitischer „Beirat" der „Hanns-Seidel-Stiftung" (CSU) und Abgeordneter auf der CSU-Liste im Europaparlament, traf im Winter 78/79 mit dem MSI-Chef **Almirante** zusammen.

Bei so viel Kontakten in der „Braunzone" nimmt es auch nicht Wunder, wenn z.B. Cesare Pozzo und Luigi Coda Nunziante, beides Mitglieder der MSI-Führung, mal auf einem CSU-Parteitag anwesend sind (wie „Il secolo", Zeitung der MSI, behauptet; nach: PDI Taschenbuch 2, S.9), oder der ehemalige Führer der italienischen Jungfaschisten-Organisation „Giovane Italia" und Ex-Funktionär der Terrororganisation „Ordine Nuovo", Ex-Generalsekretär der rechtsextremistischen „Freunde der Armee" und der „Vereinigung für deutsch-italienische Freundschaft" (angebliches Mitglied: Strauß), der mittlerweile christdemokratisch geläuterte Gino Ragno, am CSU-Mittelstandskongreß 1977 in Eltville teilnahm.

DEUTSCHE!
Wissen Sie, wer hinter den Anti-Strauß-Kampagnen steckt?
"DDR"-finanzierte Journalisten,
Scheckbetrüger,
Hascher,
Terroristenfreunde,
Kommunisten.
Und leider auch Sozialdemokraten.
Stoppt
diese linke Volksfront!

Herausgegeben von der "Bürgeraktion Demokraten für Strauß"
Der Text spricht für sich!

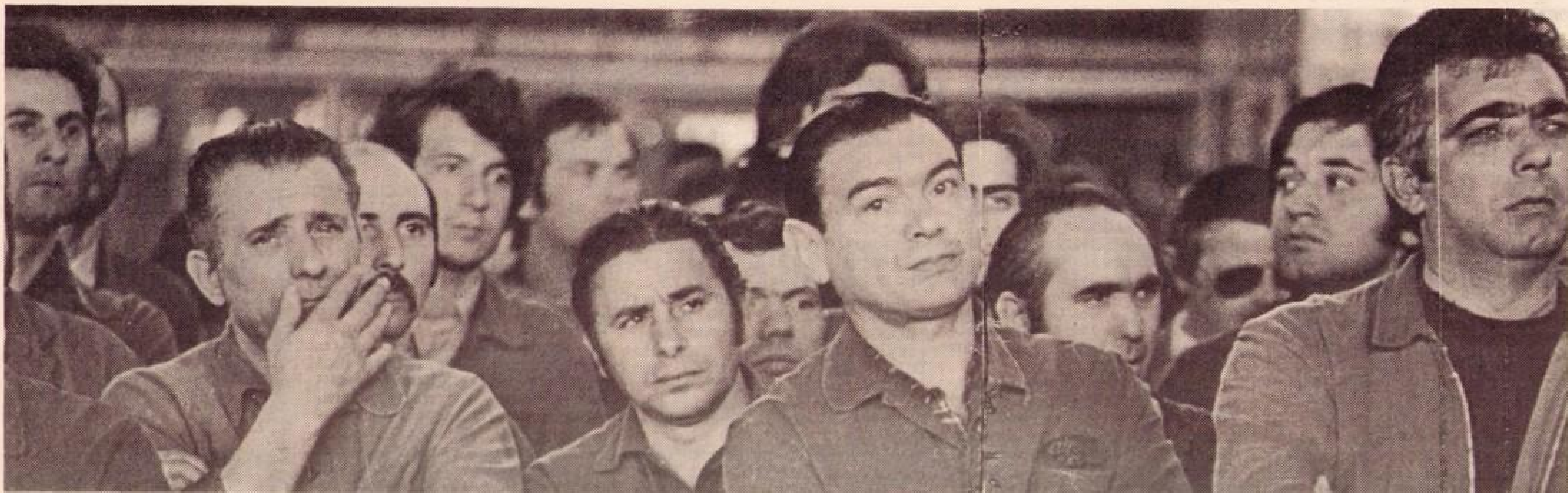
Auch Strauß selbst kennt sich in der Szene gut aus. Insbesondere **Mario Tedeschi**, Gründer der MSI-Abspaltung MSI-DN scheint sein immer wiederkehrender Gesprächspartner zu sein. So erschien schon 1972 ein Strauß-Interview in der damald von Tedeschi herausgegebenen Zeitung „Il borghese"; am 12.2.72, dem Gründungstag der MSI-DN, traf Strauß auf Vermittlung von **Joachim Schilling** (Kontaktmann der „Hanns-Sedel-Stiftung" in Italien) mit Tedeschi zusammen („Spiegel", 25.2.80).

1978 war Tedeschi Teilnehmer auf dem Kongreß der „Paneuropa-Union" und im Mai 1978 schließlich sicher sachkundiger Teilnehmer des Seminars „Die sozialwissenschaftliche Kritik am Begriff und der Erscheinungsweise des Faschismus", veranstaltet vom **„Institut für Demokratieforschung"** des CSU-Rechtsaußen **Bossler**. Unter den Teilnehmern: Bossler, Rohrmoser, von der Heydte und Franz Josef Strauß. Und Strauß –hier schließt sich der Kreis – kam auch selbst im CTIM-Blatt „Oltreconfine" zu Wort (wie auch die damaligen CDU-Minister von Baden-Württemberg, Hahn und Spieß).

Hilfst Du mir – helf ich Dir

Zoratto und seine „Wählerinitiative" haben auch allen Grund, für Strauß zu werben, haben sie doch beste Erfahrungen mit der CDU/CSU-Politik gemacht. So wurde u.a. die dem CTIM nahestehende rechtslastige „soziale Betreuungsorganisation" ENAS schon vor Jahren vom baden-württembergischen Sozialministerium privilegiert behandelt, als deren Adresse als einzige in einer offiziellen Druckschrift des Ministeriums veröffentlicht wurde. Bedeutender aber als diese Einzelheit sind die Gespräche, die die MSI-nahe „Gewerkschaft" CISNAL schon seit Jahren mit dem maßgeblich von CDU-Kräften besetzten Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) führt. Zwischen beiden Organisationen wurde 1978 ein Kooperationsvertrag entworfen, der auf eine Unterstützung von ENAS durch den CGB hinausläuft. ENAS sollte beim Bundesarbeitsministerium „akkreditiert" werden und der CGB sollte sich dafür einsetzen, daß ENAS eigene Sendezeiten im Rundfunk bekommt. (FR, 22.9.78).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Streiks bei FIAT

Die 210.000 Arbeiter in den italienischen FIAT-Werken haben einen heißen Herbst begonnen. Fast täglich streikten sie in der letzten Woche gegen angedrohte Massenentlassungen, die in ihrer Größenordnung im Nachkriegsitalien alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Sie zielen damit auf die Verhandlungen um den weiteren Kurs des Konzerns, die zwischen der FIAT-Spitze, den Gewerkschaften und der Regierung (als „Schlichter") in eine heiße Phase eingetreten sind. FIAT-Agnelli hat bereits die Entlassung von 15000 Arbeitern eingeleitet. Dagegen haben die italienischen Gewerkschaften ein

„WENIGER ARBEIT — ARBEIT FÜR ALLE"

Parole der Fiat-Arbeiter

Ultimatum gesetzt: Unbefristeter Generalstreik in ganz Italien, wenn nicht bis zum 7.Oktober eine befriedigende Lösung gefunden wird. „Danzig kommt immer näher", heißt es in Erinnerung an die Erfolge der polnischen Arbeiterklasse.

Zu Beginn dieses Jahres veröffentlichte die Konzern-Spitze ein Papier, in dem die Wettbewerbsschwierigkeiten des größten italienischen Privatkonzerns der angeblichen Unproduktivität und Faulheit der Arbeiter an-

konzerns der angeblichen Unproduktivität und Faulheit der Arbeiter an-

gelastet werden. Während bei VW auf einen Arbeiter 13,7 Wagen im Jahr entfielen, seien es bei FIAT nur 8,1. Der FIAT-Arbeiter würde im gleichen Zeitraum 1521 Arbeitsstunden arbeiten, sein Kollege in Wolfsburg aber zwischen 1585 und 1676. 2,5 Prozent der theoretischen Arbeitszeit seien dem FIAT Konzern durch Streiks verlorengegangen, in westdeutschen und französischen Automobilfabriken seien es nur ein Prozent.

Gravierende Fehler in der Modellpolitik

Derartige Beschuldigungen sind nichts Neues. Tatsächlich existiert aber eine wirkliche Krise für das Unternehmen. So schrumpfte sein Marktanteil im Inland um zwei, im Ausland sogar um 2,5 Prozent. Es sind aber nicht die Verhaltensweisen der Kollegen, die sich schließlich nicht sehr gegenüber früher geändert haben, sondern gravierende Fehler der Konzernspitze, für die die Arbeiter jetzt den Kopf hinhalten sollen.

So analysierte die unternehmerfreundliche WELT in ihrer Ausgabe am 22.2.:

- FIAT habe viel zu spät begonnen, Autos mit Dieselmotor zu bauen;
- FIAT habe seinen Kunden zunehmend nur noch rollende Rostlauben angeboten;
- FIAT habe seine maschinelle Fertigung nicht genügend normiert;
- und während die Konkurrenz nun „leichtfüßige und stilistisch saubere" Autos produziere, habe FIAT nur noch plumpe, nüchterne Elefanten entwickelt.

Um diese Versäumnisse wettzumachen, braucht FIAT Geld, die Kassen sind angeblich aber leer. Die Konzernspitze sah den einzigen Ausweg in einer Radikalkur: Kurzarbeit und Entlassung von 24.000 Beschäftigten. Gewerkschaften und KPI befürworteten angesichts der großen Bedeutung FIATs für Italien („Wenn FIAT niest, kriegt Italien Schnupfen") eine umfangreiche finanzielle staatliche Unterstützung. Daß im Kapitalismus Gewinne privatisiert, Verluste aber „sozialisiert" werden, ist keine neue Erkenntnis.

Eine Entscheidung drängte auch aus anderen Gründen: die staatliche Automobilfabrik Alfa Romeo, seit langem in finanziellen Nöten, strebte eine Zusammenarbeit mit einem „Erzrivalen", dem japanischen Autokonzern Nissan an. Verhandlungen über die gemeinsame Entwicklung eines neuen Mittelklassewagens standen kurz vor dem Abschluß.

Dies wäre eine Verbindung von weltweiter Bedeutung. Erstmals wäre einem japanischen Autokonzern, gegen dessen Konkurrenz sich die europäischen und amerikanischen

gegen dessen Konkurrenz sich die europäischen und amerikanischen

Konzerne zusammenschließen, direkter Zugang zum europäischen Markt verschafft worden. Dank der besonders unverschämten Ausbeutung ihrer Arbeiter können die Japaner billiger als alle anderen Hersteller liefern. – Die italienischen Gewerkschaften stehen diesem Projekt nicht ablehnend gegenüber. Sie erhoffen sich die Erhaltung und den Ausbau von Arbeitsplätzen, vor allem im krisengeschüttelten Alfa-Sud Werk bei Neapel. Ihr Motto: Wenn schon japanische Autos in Europa, dann bitte aus Italien! (NZZ, 20.2.).

Die FIAT-Herren intervenierten jedoch. Durch ihre Lobby verhinderten sie einstweilen die Absegnung dieser neuen Ehe durch das römische Parlament. Sie machten Alfa Romeo einen eigenen Antrag für eine zeitlich befristete Zusammenarbeit. In dieser Angelegenheit sind noch keine Entscheidungen gefallen.

Überraschende Eingeständnisse

Anfang Juni verurteilte FIAT 78.000 Arbeiter zur befristeten Kurzarbeit. Den Lohnausfall sollten sie sich durch die Lohnausgleichskassen wieder hereinholen, die 80% des Ausfalls übernehmen. Damit gestand FIAT „völlig überraschend" (NZZ, 11.5.) ein, daß nicht eine vorher behauptete Faulheit der Arbeiter die derzeitige Krise heraufbeschworen hatte, sondern die geringer werdende Nachfrage aufgrund schlechter Konzernpolitik. *„Die Ankündigung des Unternehmens, daß die Schwierigkeiten neuerdings nachfragebedingt seien, wurde daher in Italien mit Verwunderung zur Kenntnis genommen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil bisher aus dem Hauptsitz in Turin noch keine entsprechenden Klagen zu vernehmen waren und weder Gewerkschaften noch Regierung jemals über solch eine negative Entwicklung informiert worden waren!"* (NZZ, 11.5.).

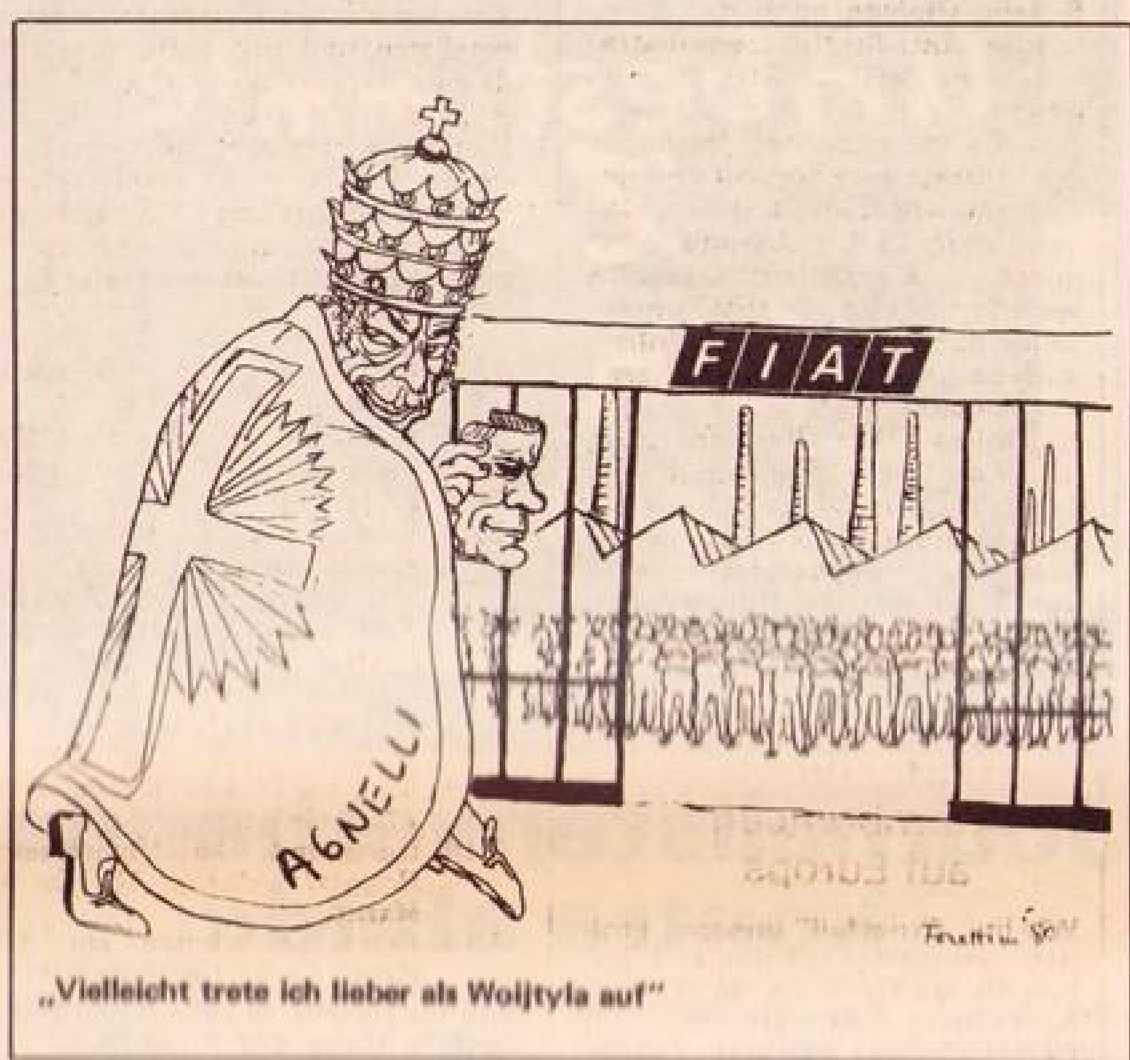
So gesehen hat die für Italien nicht ungewöhnliche „Verringerung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich", die die Arbeiter in der Praxis vornehmen, FIAT vor noch größeren Halden (und die Beschäftigten vor noch mehr Kurzarbeit) geschützt. Es spricht aber auch einiges dafür, daß die FIAT-Spitze das Mittel der Kurzarbeit nutzen wollte, um Druck auf die Arbeiter und die Regierung in Rom auszuüben. Daß sie die Schrauben anziehen will, machte sie schon im Oktober letzten Jahres deutlich, als FIAT 61 aktive Kollegen entließ, was zu erbitterten, aber bis heute erfolglosen Protesten der Belegschaft führte. Sicher möchten die FIAT-Chefs auch die Gewerkschaften gefü-

AGNELLI POKERT MIT ALLERHÖCH__ STEM EINSATZ

„La Repubblica", Tageszeitung

giger machen, die aufgrund des Krisendrucks bereits zugestimmt haben, daß bis heute etwa 2000 Kollegen entlassen wurden, die angeblich zu oft krank waren.

Der Eindruck, daß die Kurzarbeit ein politisches Manöver ist, verstärkte sich noch Anfang Juli, als Verwaltungspräsident Giovanni Agnelli den Finanzbericht vorlegte, in dem FIAT als nach wie vor finanziell durchaus gesundes Unternehmen bezeichnet wird. Das Unternehmen sei „ein erstklassiger Schuldner" und würde deshalb günstige Bankbedingungen bekommen. Der Schuldendienst sei gering. Das Autounternehmen habe



„Vielleicht trete ich lieber als Woijtyla auf"

1979 einen Nettogewinn von 20 Mrd. Lira erwirtschaftet, die FIAT-Holding (die noch fast 30 andere Unternehmen einschließt) brächte es sogar auf einen Überschuß von 39,5 Mrd. Lira (NZZ, 4.7.). Gleichzeitig sickerte jedoch durch, daß FIAT 24.000 Mitarbeiter entlassen wolle.

Gleichmässige Verteilung

Gleichmässige Verteilung der Arbeit auf alle!

Eine derartige Massenentlassung wäre ein Präzedenzfall mit weitreichenden Auswirkungen. Schon seit einigen Jahren ist es aufgrund der Kampferfolge der italienischen Arbeiterklasse nicht mehr möglich, bei absatzbedingten Produktionsdrosselungen den Personalbestand drastisch zu reduzieren. Im übrigen träfe eine Produktionsdrosselung im vorgesehenen Ausmaß noch andere: Auf jeden Arbeiter im FIAT-Werk kommen zwei Arbeiter in Zuliefererbetrieben. Außerdem wohnen die meisten der zur Entlassung vorgesehenen in Turin, wo FIAT mit 165.000 Beschäftigten seinen absoluten Produktionsschwerpunkt hat. Eine Vermittlung auf andere Arbeitsplätze ist somit für eine größere Zahl von ihnen völlig illusorisch. So entsprechen Agnellis Vorstellungen einer Bombe mit Zeitzünder, einem „Poker mit allerhächstem Einsatz', wie die italienische Tageszeitung „La Repubblica" einschätzt.

Die kämpferische Metallarbeitergewerkschaft FLM widersetzt sich derartigen Plänen mit Entschiedenheit. Ihrer Meinung nach würde eine Kombination von Einstellungsstop, frühzeitiger Pensionierung und dosierter Kurzarbeit vollkommen ausreichen. Sie vertritt darüber hinaus, daß das freigesetzte Arbeitspensum gleichmäßig auf alle Betriebsangehörigen verteilt wird. Sie wollen sich nicht auf vage Versprechungen des „Arbeitsmobilitätsverfahrens" einlassen, nachdem bei FIAT entlassenen Kollegen versprochen wird, bei Stellenvermittlungen bevorzugt behandelt zu werden. Der kommunistisch-sozialistische Gemeinderat Turins hatte sich bereits erboten, mehr Menschen im öffentlichen Bausektor einzustellen. Ein in diesem Moment durchaus unpaßendes und völlig unzulängliches Angebot. So werden bis jetzt die Verhandlungen mit großer Härte geführt. Den FIAT-Managern geht es dabei grundsätzlich „um eine größere Bewegungsfreiheit' („Welt", 12.9.), um ein Zurückschrauben bisher erkämpfter Arbeiterrechte. Sie heizen das Klima an, indem sie ungeachtet des Ausgangs des Kampfes bereits Entlassungsverfahren für 15.000 Arbeiter eingelei-

des Kampfes bereits Entlassungsverfahren für 15.000 Arbeiter eingelei-

tet haben. Die Regierung in Rom, die nun erstmals nach dem Krieg eine Rolle als Tarifpartner-Schlichter eingenommen hat (was die Bedeutung dieses Falles illustriert), will eine Lösung finden, die ihr ein Überleben ermöglicht, gleichzeitig aber auch dem Kapital eine größere Handlungsfrei

„DANZICA E SEMPRE PIU VICINA — DANZIG KOMMT IMMER NÄHER"

Parole der Fiat-Arbeiter

heit gibt. Sie hilft einstweilen mit Geldspritzen für das Privatunternehmen. **Die gewerkschaftlichen Unterhändler haben vor allem die Erbitterung und Wut der Kollegen im Rücken, die ihnen ein Umfallen erschwert. Die Arbeiter sehen diesen Verhandlungen mit einiger Skepsis zu. So forderten über 100 Arbeiterdelegierte vor den verschlossenen Türen, hinter denen sich der Poker abspielt, daß die Verhandlungen nach außen übertragen werden sollen, „genau wie in Danzig". Noch besser sei es sogar, die Verhandlungspartner würden gleich nach Turin kommen, um dort vor den Augen derer zu verhandeln, für die die anstehenden Entscheidungen eine existentielle Bedeutung haben, vor den Fiat-Arbeitern auf dem Fabrikgelände.** (NDR II Berichte vom Tage, 16.9.).

Italien-Kommission



„Weniger Arbeit – Arbeit für Alle"

Der Streik der Reichsbahnarbeiter in Westberlin: Ein Hauch von Danzig

Schon wieder sind die Herrschenden in einem Land des „realen Sozialismus" mit streikenden Arbeitern konfrontiert: Seit Mittwoch (17.9.) traten rund die Hälfte der 3.700 Arbeiter der „Reichsbahn" gegen ihren Arbeitgeber, die DDR, in den Streik. Der gesamte Güterverkehr zwischen Westberlin und der BRD brach zusammen, der zentrale Containerbahnhof in Westberlin-Moabit wurde besetzt und verbarrikadiert. Am Abend des 17.9. weitete sich der Streik auf den Personenverkehr der S-Bahn aus, er kam faktisch am Freitag (19.9.) völlig zum Erliegen.

Die Reichsbahn-Arbeiter erhoben insgesamt sieben Forderungen. Sie wollen 160 DM mehr Lohn, vier Tage mehr Urlaub, eine freie Arztwahl, die Reduzierung der Überstunden, bessere Sozialleistungen, die Überarbeitung des Lohngefüges und verlangen, daß keine Repressalien gegen streikende Arbeiter verhängt werden. („Abend", 18.9.80).

Die Reichsbahndirektion ging überhaupt nicht auf die Forderungen der Arbeiter ein, sondern sprach zehn Entlassungen aus. Die DDR-Nachrichtenagentur sprach von *„unverantwortlichen Elementen"* und *„Provokationen"* des Westberliner Senats („Abend", 19.9.80).

Der Streik weitete sich am Donnerstag (18.9.) weiter aus. Ungefähr 300 Arbeiter kamen zusammen, bekräftigten ihre Forderungen und griffen den Westberliner Senat an, der die Arbeiter *„jahrelang diffamiert und hängengelassen"* habe („Abend", 19.9.). Die Streikenden, die natürlich von „ihrer" DDR-Gewerkschaft FDGB kein Streikgeld zu erwarten haben, richteten sich an den DGB um materielle Unterstützung. Die GdED sowie die ÖTV erklärten bislang ihre „Solidarität" („Berliner Morgenpost" und „Abend", 19.9.).



Die Arbeiter wählten sich eine eigene Streikleitung – nach Danziger Vorbild – und beschlossen die Besetzung von drei Stellwerken, um den DDR-Bediensteten und auch einigen Westberliner Streikbrechern die versuchte Aufrechterhaltung zumindest des S-Bahn-Verkehrs unmöglich zu machen.

Die Reichsbahner sind gegebenenfalls auch entschlossen, durch vorangekündigte Maßnahmen den Personenverkehr zwischen Westberlin und der BRD sowie den Personenverkehr der Alliierten zu verhindern. Ein Ultimatum der Reichsbahndirektion zur unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit wurde nicht befolgt („Berliner Morgenpost", 19.9.).

Wie im Falle Polen, so bekundeten die Westberliner Parteien ihre „Solidarität" mit den Streikenden, so jedenfalls der Regierende Bürgermeister Stobbe. CDU-Lorenz verurteilte die von der Reichsbahndirektion ausgesprochenen Entlassungen („Berliner Morgenpost", 19.9.).

Die politische Brisanz dieses Streiks jedoch ergibt sich aus dem besonderen Nachkriegsstatus Westberlins; die drei westlichen Alliierten verfügen nämlich über das Hoheitsrecht über die Reichsbahn, während die DDR über die Betriebsrechte verfügt. Unumwunden warnte Stobbe denn auch vor einer *„Verletzung der Betriebspflicht der Reichsbahn"*. Und der „Abend" spekulierte, daß die Alliierten die Betriebsrechte der Reichsbahn „theoretisch" an den Senat übertragen könnten („Abend", 18.9.). Für die DDR war die Reichsbahn bislang ein Verlustgeschäft. In diesem Zusammenhang sind auch die ca. 90 Entlassungen infolge von Rationalisierungsmaßnahmen im letzten Frühjahr zu sehen, gegen die schon damals die Arbeiter protestierten. Das jährliche Defizit soll etwa 150 Mio. DM („Berliner Morgenpost", 19.9.) betragen.

Bereits im März 1976 wollte die DDR die Reichsbahn an den Westberliner Senat verpachten („Berliner Morgenpost", 19.9.).

Aber der Senat zeigte kein sonderliches Interesse daran und ließ sich auf nichts ein. Die S-Bahn beispielsweise befindet sich in einem so maroden Zustand, daß der Senat die Bahn kaum sanieren würde. Es bliebe das Dichtmachen der Reichsbahn, die der U-Bahn-Konkurrenz ohnehin nicht gewachsen ist. (Personenverkehr der U-Bahn: jährlich sa. zwei Millionen, der S-Bahn: ca. 80.000).

So diente die Reichsbahn dem Westberliner Senat bis heute als Mittel des Kalten Krieges, um die „Rückständigkeit" usw. der DDR vorzuführen.



Wenn Springers „Bild" schon wieder tönt: *„Wenn's drauf ankommt, halten die Berliner fest zusammen. Das war bei der Blockade so, beim Mauerbau. Das ist auch jetzt beim Streik der Reichsbahner so"* – so ist das die klassische Propagierung der „Frontstadt"-Ideologie („Bild", 19.9.).

Sie wird ergänzt über das Ausmalen von Versorgungsschwierigkeiten aufgrund des ausfallenden Güterzugverkehrs, über den Westberlin 20,8% aller Einfuhren abwickelt („Abend", 18.9.). Da werden schon wieder die amerikanischen „Rosinenbomber" heraufbeschworen ... Die Reichsbahndirektion ist offenbar nicht zu Verhandlungen mit dem Streikkomitee der Reichsbahnarbeiter bereit. Bislang versuchten sie lediglich – erfolglos – den Streik durch den Einsatz von Streikbrechern zu zerschlagen. ADN warnte wiederholt vor „unverantwortlichen Elementen". Ein Reichsbahnarbeiter kommentierte dies vieldeutig: *„In Polen war das auch so. Der Lenin würde sich im Grabe umdrehen"*... („Berliner Morgenpost", 19.9.).

So hat die DDR-Reichsbahndirektion ihr „Danzig" – in Gestalt der streikenden Reichsbahn-Arbeiter.

DDR-Kommission

Letzte Meldung:
Das Streikkomitee forderte – als Vorbedingung für Verhandlungen – die Rücknahme der ausgesprochenen 80 Entlassungen. Außerdem wurde die 160-DM-Forderung zugunsten einer Angleichung der Löhne nach Bundesbahn-Tarifen (das entspricht einer Lohnerhöhung von rund 25%!) fallengelassen. („Tagesschau", 19.9., 13.00 Uhr).

Journalistenverbände kontra »Bild«

Der deutsche Presserat, Hüter des bundesdeutschen ‚sauberen Journalismus', war angerufen worden, um Günter Wallraffs Vorwürfe gegen „BILD" zu prüfen und Stellung zu nehmen. Er konnte sich nach gut einem Jahr mit zahlreichen Sitzungen, Anhörungen und schriftlichen Stellungnahmen des Springer-Verlages und Wallraffs nicht zu einer eindeutigen Rüge durchringen. Er erteilte der „BILD" lediglich in einem Fall wegen eines Berichts über einen Selbstmord eine „öffentliche Rüge" (‚Frau erschlug sich ... mit dem Hammer'). Jede weitere Stellungnahme scheiterte am Widerstand der Zeitungsverlegerseite im Presserat.

Daher entschloß sich die Journalistenseite, ein eigenständiges Votum abzugeben. Ein bislang in der Geschichte des Presserates einmaliges und daher dem Gegenstand „BILD" angemessenes Ereignis!
(Erklärung siehe Kasten)

Springers Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Die Journalisten würden versuchen, den Presserat *„endgültig in ein linkes politisches Kampfinstrument zu verwandeln"*, 400 Redakteure würden *„pauschal diffamiert"*, und der Redaktion sei keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden usw. Als treue Diener des Presse-Zaren erwiesen sich ebenfalls die 9 Presseratsmitglieder der Verlegerseite, denen es *„unverantwortlich"* erschien, *„ohne Anhörung"* der „BILD"-Chefredaktion ein Urteil zu fällen.

Daß dies nur eine Zwecklüge ist, belegt der Ablauf der Verhandlung. 1979 angerufen, wurde eine Diskussion bis zu dem Zeitpunkt verschoben, bis eine Arbeitsgruppe Material zusammengestellt haben würde.

Auf der Sitzung im Januar '80 wurde eine Diskussion wiederum verschoben, da Springer *„noch einige Antworten schuldig"* blieb („FR").

Im April schließlich, nach zwei weiteren Sitzungstagen, schienen sich die Rügen gegen „BILD" abzuzeichnen. Durch Informanten über den Verlauf der Sitzung informiert, warf die „BILD"-Chefredaktion eine Erklärung auf den Markt, worin es heißt, der Presserat beteilige sich an *„einer Verleumdungskampagne gegen 500 BILD-Redakteure"*, einzelne Mitglieder hätten sogar *„strafrechtliche Handlungen begangen"*. Als der Presserat diese Vorwürfe öffentlich zurückwies, zog der Verlag seine Erklärung wieder zurück. Zwar wurde dann festgestellt, es habe rügenswerte Verstöße gegen den Pressekodex gegeben, eine Beschwerde bekam jedoch nicht die notwendige 2/3 Mehrheit, ein Gesamturteil über die „BILD" gar wurde wieder vertagt. Damit hatte der Springer-Konzern wieder sein Ziel erreicht.

In einer Erklärung der Journalistenverbände dju und DJV zum Votum der Journalistenseite heißt es jetzt, **„daß die gesamte bundesdeutsche Verlegerschaft sich, anders als bei früheren Verfahren gegen BILD, hinter die publizistischen Praktiken der BILD-Zeitung stellt"** („FR", 12.9.).

Medien-Kommission

Erklärung der Journalisten im Presserat:

„Die zehn Journalisten im Presserat nehmen die jüngst und bereits früher gerügten Vorfälle zum Anlaß zu folgenden grundsätzlichen Feststellungen:

Sie sehen in den Vorgängen keine einmaligen Entgleisungen, die als persönliches Versagen oder Fehlverhalten einzelner Journalisten erklärt werden können.

Sie offenbaren vielmehr Methoden des Sensationsjournalismus und Arbeitsbedingungen in einer nach ihrer Auflage und ihrem Verbreitungsgebiet bedeutenden Boulevard-Zeitung, die mit den Grundsätzen einer den Interessen des Lesers und der Wahrheit verpflichteten Presse-Berichterstattung nicht vereinbar sind.

Die Journalisten im Presserat halten es für einen Mißstand im Pressewesen, wenn Journalisten bei der Bild-Zeitung unter Bedingungen und Erwartungen arbeiten müssen, die Falschberichterstattung, Sensationsmache, Einbrüche in die Intimsphäre und andere Verstöße gegen den Pressekodex fördern.

Die Journalisten im Presserat erwarten von den Verantwortlichen in Verlag und Redaktion der Bild-Zeitung, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß künftig Fehler und Mängel der genannten Art vermieden werden."

aus „FR" vom 12.9.80

Solidarität mit Sa'Adati!

Am 20. September soll im Iran Reza Sa'Adati, ein Mitglied des Zentralkomitees der Volksmodjahedin, vor ein Revolutionsgericht gestellt werden. Sa'Adati, der unter dem Schah-Regime 7 Jahre im Gefängnis saß und vom SAVAK gefoltert wurde, wird nun der Spionage für die Sowjetunion beschuldigt. Sa'Adati nahm im Auftrag seiner Organisation Kontakte zu verschiedensten Befreiungsbewegungen im Ausland wahr und hatte dabei sich auch mit sowjetischen Journalisten getroffen. Er wurde vom „Komitee in der amerikanischen Botschaft" festgenommen und an einen unbekannten Ort gebracht. Gegen seine Behandlung – unter anderem soll ihm eine Hinrichtungsszene vorgespielt worden sein – trat Sa'Adati in den Hungerstreik. Seine Freilassung wurde auf Demonstrationen gefordert, bisher ohne Erfolg. International setzt sich der „Verein Freundschaft und Solidarität Frankreichs mit dem Iranischen Volk" und in der BRD der Moslemische Studenten-Verein (Postfach 4141,3 Hannover1) für Sa'Adati ein.

Zusammen mit der taz-Initiative und der Großen Freiheit in Hamburg haben wir nachfolgendes Telegramm nach Teheran geschickt.

Solidaritätstelegramm an Ministerpräsident Bani Sadr, Teheran

Viele Jahre haben wir in der Bundesrepublik Deutschland gegen das faschistische Schah-Regime gekämpft, um mit dem Kampf des iranischen Volkes Solidarität zu üben. Deshalb fordern wir Sie auf, Reza Sa'Adati, der im Iran gegen den Schah gekämpft hat und den Folterungen des SAVAKs ausgesetzt war, umgehend freizulassen, mindestens aber den Prozeß zu verschieben und ihm eine öffentliche und gerechte Verhandlung zu gewähren und die internationale Presse zuzulassen. Zusätzlich unterstützen wir die Arbeit des französischen Anwaltskomitees.

TAZ-Ini-Hamburg, Große Freiheit
Arbeiterkampf-Redaktion

Hamburg, den 19.9.80

Todesurteil gegen Kim Dae Dschung

Das Militärgericht in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul ließ sich durch internationale Proteste nicht beeindrucken: Ohne den Schimmer eines Schuldbeweises wurde der bürgerliche Oppositionsführer Kim Dae Dschung in einem vierwöchigen Schauprozeß zum Tode verurteilt. 23 Mitangeklagte erhielten Haftstrafen zwischen drei und zwanzig Jahren. Mit diesen Urteilen soll die Friedhofsruhe in diesem Vorposten des „Freien Westens" zementiert werden. Als „kommunistischer Agent" und „Anstifter der Unruhen von Kwangdschu" im Frühjahr dieses Jahres wurde Kim verurteilt. Obwohl er bekanntermaßen kein Kommunist, sondern christlich-bürgerlicher Politiker ist und während des Ausbruchs der Kämpfe in Kwangdschu bereits verhaftet worden war. Die Berichterstattung über den Prozeß war in Korea zensiert, Kims Aussagen wurden nicht veröffentlicht.



„Rettet Kim Dae Jung", fordert dieser koreanische Student in Japan.

Anfang September hatte das Berufungsgericht bereits zwei Todesurteile bestätigt. Die Verurteilten sollen angeblich mit der sozialistischen Koreanischen VDR („Nordkorea") zusammengearbeitet haben – ein Vorwurf, der ebenfalls gegen Kim Dae Dschung erhoben wird.

Solidarität mit Kim Dae Dschung!

Während die Regierungsvertreter aus den USA, Japan und der EG relativ laue Proteste gegen das Urteil losgelassen haben – man hoffe, daß das Urteil nicht vollstreckt werde – läuft die Solidaritätskampagne mit Kim in Japan weiter (siehe auch AK 183). 10 Millionen Unterschriften will ein Komitee, an dem linke und sozialdemokratische Parteien sowie der Gewerkschaftsverband beteiligt sind, zur Unterstützung des Oppositionspolitikers sammeln. In Tokio traten die Hafenarbeiter am letzten Donnerstag aus Protest gegen das Todesurteil in einen Warnstreik.

In Japan leben ca. 600.000 Koreaner und hier haben auch bereits zahlreiche Konferenzen, Demonstrationen und Kundgebungen gegen das faschistische Regime in Südkorea und zur Unterstützung des Widerstandes stattgefunden.

Die japanische Regierung dagegen ist politisch und wirtschaftlich eng mit dem Militärregime in Seoul verbunden und hatte auch bei der Entführung Kims aus Japan im Jahre 1973 ihre Finger im Spiel.

In einer Konferenz von Auslandskoreanern für die „Rettung Kim Dae Dschungs und die Demokratisierung Südkoreas", an der über 100 Koreaner aus Japan, den USA, der BRD, Frankreich, Schweden, Dänemark und der Schweiz am 13. und 14. August in Tokio teilnahmen, wurde eine „Erklärung aller Auslandskoreaner über Demokratie und nationale Rettung" verabschiedet, in der unter anderem gefordert wurde: *„Kim Dae Dschung und alle anderen eingesperrten Demokraten und Führer der Studentenbewegung sollen bedingungslos freigelassen und ihre freie politische Betätigung gesichert werden. (...) Wir rufen alle Auslandskoreaner auf, sich in dem landesweiten Volksaufstand zu erheben, um die ‚Yushin'-Militärjunta Tschon Du Hwans, eine Bande von Mördern, zu stürzen, einen neuen Frühling der Demokratie in das Land zu bringen und die Wiedervereinigung der Heimat zu erreichen"* („Pyongyang Times", 23.8.80)

Asien/Australien-Kommission

Fortsetzung von Seite 1

2. Juni-Prozeß: Der Kronzeuge fällt

Zur Vorgeschichte:

Rainer Hochstein hatte –geläutert wie selbstverständlich alle Kronzeugen– 1977 aus zutiefst menschlichen, edlen Motiven den wahrhaft schweren Entschluß gefaßt, endlich die Beteiligten an dem Drenckmann-Attentat zu nennen. Daß er sich schon bei dieser Aussage in diverse unglaubliche Widersprüche verwickelte, seine Aussagen veränderte, anpaßte, daß die Anklage gegen ihn im Fall Drenckmann fallengelassen wurde, daß er als Erwachsener in den relativ erträglicheren Jugendknast Plötzensee verlegt wurde, all das war für die Bundesanwaltschaft und das Gericht bis Anfang letzter Woche kein Problem. Im Gegenteil, Hochsteins widersprüchliche Aussagen wurden sogar als ein Zeichen seiner besonderen Ehrlichkeit und Lauterkeit verkauft, weil er gewissenhaft, verantwortlich und mühsam nach der Wahrheit suche.

Nachdem die Verteidigung den Antrag gestellt hatte, den Verfassungsschutzbeamten Grünhagen zu vernehmen, der nicht nur Hochstein, sondern seinerzeit auch Ulrich Schmücker umgedreht, der auch bis zuletzt den Mordvorwurf gegen Astrid Proll aufrechterhalten hatte, verweigerte Innensenator Ulrich dessen Vernehmung vor Gericht "zum Wohle des Landes Berlin". Zu gut deutsch, um zu verhindern, daß Praktiken des Verfassungsschutzes, Kronzeugen zu produzieren, Anklagen zurechtzuzimmern und Angeklagte dadurch lebenslänglich einzuknasten, öffentlich werden.

Der Agent erschien also nicht vor Gericht, 'als Ersatz' jedoch sein Vorgesetzter, der Westberliner VS-Chef Natusch, der zwar zu Grünhagen nichts sagen wollte oder konnte, aber zugab, daß Hochstein nicht erst 1977 sondern bereits 1976 vorm VS umfassend ausgesagt habe. Die über 60 Seiten lange Aussage –beim Westberliner VS sorgsam verwahrt– wurde nun nicht etwa in den Prozeß eingeführt. Zehn magere Seiten wurden verlesen, wobei Richter Geus unumwunden zugab, daß diese Verlesung im Einverständnis mit Innensenator Ulrich und Herrn Hochstein selbst erfolge. Kackfrech hielt Hochstein auch bei einer erneuten Vernehmung an seinen belastenden Aussagen fest.

Die sechs Gefangenen reichten daraufhin eine Klage gegen VS und Innensenator Ulrich ein wegen Irreführung des Gerichts, bewußten Zurückhaltens von Beweismaterial und Zeugenbeeinflussung. Das Ergebnis: der erste Kronzeuge in einem "Terroristenprozeß" wird für unglaubwürdig erklärt.

Juristisch hatte das Gericht noch die Möglichkeit, den Fall Drenckmann abzutrennen und von vorne zu verhandeln oder Hochsteins Aussage vorm VS vollständig öffentlich zu machen. **Daß Hochstein fallengelassen wurde, läßt unserer Meinung nach nur auf eins schließen: In dem 60-Seiten-Vermerk müssen derart unvorstellbare Fakten über die Praktiken des VS enthalten sein, daß der Verzicht auf diesen Kronzeugen– und damit auch das bewußte Inkaufnehmen niedrigerer Urteile für Andreas Vogel und Ralf Reinders– offensichtlich immer noch das kleinere Übel ist.**

Die Bundesanwaltschaft hat für A. Vogel 15 Jahre und für R.Reinders lebenslänglich beantragt. Da beide wegen der Lorenz-Entführung angeklagt sind und somit ihre 15 Jahre schon so gut wie sicher haben, müssen wir uns heute darüber freuen, daß Ralf u.U. 15 Jahre statt lebenslänglich im Hochsicherheitstrakt verschwinden soll. **Kein Grund zum Jubeln. Und dennoch ein Erfolg, wenn auch einer mit sehr bitterem Beigeschmack. Weil Erfolge dieser Art eben hierzulande und heutzutage in Wahrheit Wunder sind.**

Ohne Fritz Teufels A- und B-libi und ohne die dadurch entstandene ansatzweise kritische Öffentlichkeit hätte das Gericht mit Sicherheit einen Dreh gefunden, für rechtens zu erklären, die VS-Akte über Hochstein als für den Prozeß unerheblich zu erklären. Oder eben, mit dem sattsam bekannten Satz 'zum Wohl des Landes Berlin' eine Veröffentlichung zu verhindern. Wie einfach das geht, ist aus dem Schmücker-Verfahren hinlänglich bekannt. Einer Vernehmung des Agenten Grünhagen hat Innensenator Ulrich damals widersprochen mit der Versicherung, die wahrhaft Schuldigen wären die Angeklagten.

Der 2.Juni aber hat einmal mehr recht behalten: „Hochstein will hoch hinaus, aber er wird fallen wie ein Stein" (Ralf Reinders im Prozeß).

Westberliner Antirepressionskommission des KB

»He, Manne! Hörst du uns?«

Am Freitagabend 19.00 Uhr begann im Mehringhof/Westberlin das heiße Wochenende 'Betrifft 2.Juni-Prozeß' zu dem in den letzten Wochen in Fortsetzung der Kampagne "Freiheit für alle Angeklagten des 2.Juni-Prozesses" bundesweit mobilisiert worden war. Programm: Kundgebung vor dem Knast Moabit und dem Frauengefängnis Lehrter Straße, Information zum Prozeß, Diskussionen über die weitere Solidaritätsarbeit, Auseinandersetzung über die Frage der Entsolidarisierung. Eingeladen hatten der westberliner Öffentlichkeitsausschuß 2.Juni-Prozeß, Libertäres Forum, diverse Knastgruppen, KB.

Für den Freitag abend war angekündigt: "Was wir mit der Veranstaltung wollen – Darstellung und Diskussion". Ungefähr 350 Menschen waren gekommen, davon ca. die Hälfte aus Westdeutschland, hauptsächlich Aktivist/inn/en aus Knastarbeitsgruppen, aber auch Einzelne, die sich im Bereich der Knastarbeit/Klassenjustiz engagieren wollen und nach Perspektiven suchen. Die Gastgeber verzichteten auf die sonst bei diesen Anlässen bekannten Einleitungsreferate mit Einschätzungen der Lage und allem drum und dran. Stattdessen wurde gleich zu Beginn die offene Aussprache darüber eröffnet, was man/frau von diesem Wochenende erwartet. Es zeigte sich, daß die Vorstellungen im Konkreten zwar unterschiedlich waren: einige wollten über den Erfolg der bisher geleisteten Prozeß-Unterstützung reden, andere über ihre praktische Knastarbeit, andere über neue Formen des Widerstands, die über bloße Aufklärungsarbeit hinausgeht. Allen gemeinsam aber war ganz klar das Anliegen, Wegen zur Überwindung der Entsolidarisierungserscheinungen in der radikalen Linken und ihrer Isolierung zu suchen. Anders als bei vergleichbaren Treffen (z.B. noch Anfang dieses Jahres beim Knastgruppen-Treffen in München, wo über die „Magna Charta" diskutiert wurde) war die Bereitschaft, miteinander ins Gespräch zu kommen, miteinander neue Wege der Zusammenarbeit zu finden, kennzeichnend für die Stimmung an diesem Abend.

Am Samstag früh, 12.00 Uhr, versammelten sich ca. 350 Leute vor dem Knast Moabit, darunter bemerkenswert viele junge Leute, vor allem Punks. Mehrere Punk-Bands brachten den Willen zum Widerstand gegen Kriminalisierung und Knast life zu den Gefangenen rüber, die auf Teufel komm heraus aus den Gitterstäben heraus winkten und riefen. Eine Richterpuppe ging zum allgemeinen Gaudi am Knast-Zaun in Flammen auf, persönliche Botschaften gingen per Lautsprecher rüber (z.B. „He, Manne! Hörst Du uns?"). Anschliessend zog die Demonstration zum Frauenknast Lehrter Straße, wo dasselbe Programm noch einmal für die Frauen ablief. Hier versuchte die Polizei zu provozieren, insbesondere durch unverschämt offen auftretende Spitzel. Es kam aber zu keinen schweren Auseinandersetzungen.

Am Nachmittag begann der Arbeitsgruppen-Teil, an dem ca. drei Viertel der vorher Beteiligten teilnahmen. Über deren Ergebnisse sowie die für Sonntag geplante Diskussion über die Entsolidarisierungkampagne des Staates berichten wir im nächsten AK.

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Kundgebungsrede in Westberlin am 20.9.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!
Legal oder illegal ist uns scheißegal!

Gestern abend haben wir uns mit 350 Menschen aus Westdeutschland und Berlin eng in einen Raum zusammengesetzt und haben unsere Meinungen gesagt und uns zugehört. Wir werden das nach dieser Kundgebung weitermachen. Und morgen nochmal. Anlaß für dieses Wochenende ist der zu Ende gehende Prozeß gegen die Bewegung 2. Juni. Es ist ein Prozeß, der sich nicht allein gegen die sechs Angeklagten richtet. Es ist ein Prozeß gegen a l l e drinnen und draußen, die sich wehren. Ein Prozeß des Staates gegen die Unbeugsamen. Gegen Menschen, die versuchen, Isolation zu durchbrechen, menschenwürdig zu leben und sich das auch zu erkämpfen.

Die Justiz schlägt zu!
Und was tun w i r ?
Kopf in' Sand in diesem Land?

Wir machen dieses Wochenende und sind hier vor den Mauern, weil wir uns das Denken und Reden und Handeln nicht verbieten lassen.

Weil wir uns nicht spalten lassen in angebliche Kriminelle und angeblich Normale. Oder – wenn es um Gefangene geht – in sogenannte „kriminelle" und sogenannte „politische". Die Angeklagten im 2. Juni-Prozeß werden verknackt und gemeit sind wir alle!

Heute werden Staatsschutzgefangene in Hochsicherheitstrakte gesperrt. Und morgen alle Knackis, die unbequem sind, die sich nicht beugen, die den Kopf nicht in' Sand stecken, die Menschen sein wollen und werden.

Gegen die immer ausgefeilteren Spaltungsversuche, gegen die Vereinzelung und Vereinsamung, gegen die militärische und ökologische Bedrohung unseres Lebens, gegen die Willkür von oben, gegen die Bedrohung des freien Redens und Handelns g e h e n w i r a n !

Gemeinsam sind wir stark!
Wird Zeit, daß wir leben!
Freiheit für alle!



An einem schönen Donnerstag
Es hatte grad getaut
Da wurde Peter Lorenz
Aus Zehlendorf geklaut
Und kam gleich in die Kiste
Und allmählich wurd' ihm klar
Das er nun ein Gefangener
Des 2. Juni war

Hey, hey, hey, hey, ...

Da sitzt er nun im Keller
Mit 'nem Schildchen auf der Brust
Die Bewegung 2. Juni
Sendet einen schönen Gruß
„Sechs Genossen und ein Jumbo
Und 'nen Pfaffen mit an Bord
Und für jeden 20.000
Sonst bleibt der Lorenz fort ..."

Hey, hey, ...

Am Montag endlich war's soweit
Der Jumbo stand bereit
5 Politische Gefangene
Sind bald aus dem Knast befreit
Und die Bullen stehn und warten
Schon den Knüppel in der Hand
Doch der Peter kommt erst später
Wann, das ist noch nicht bekannt

Hey, hey, ...

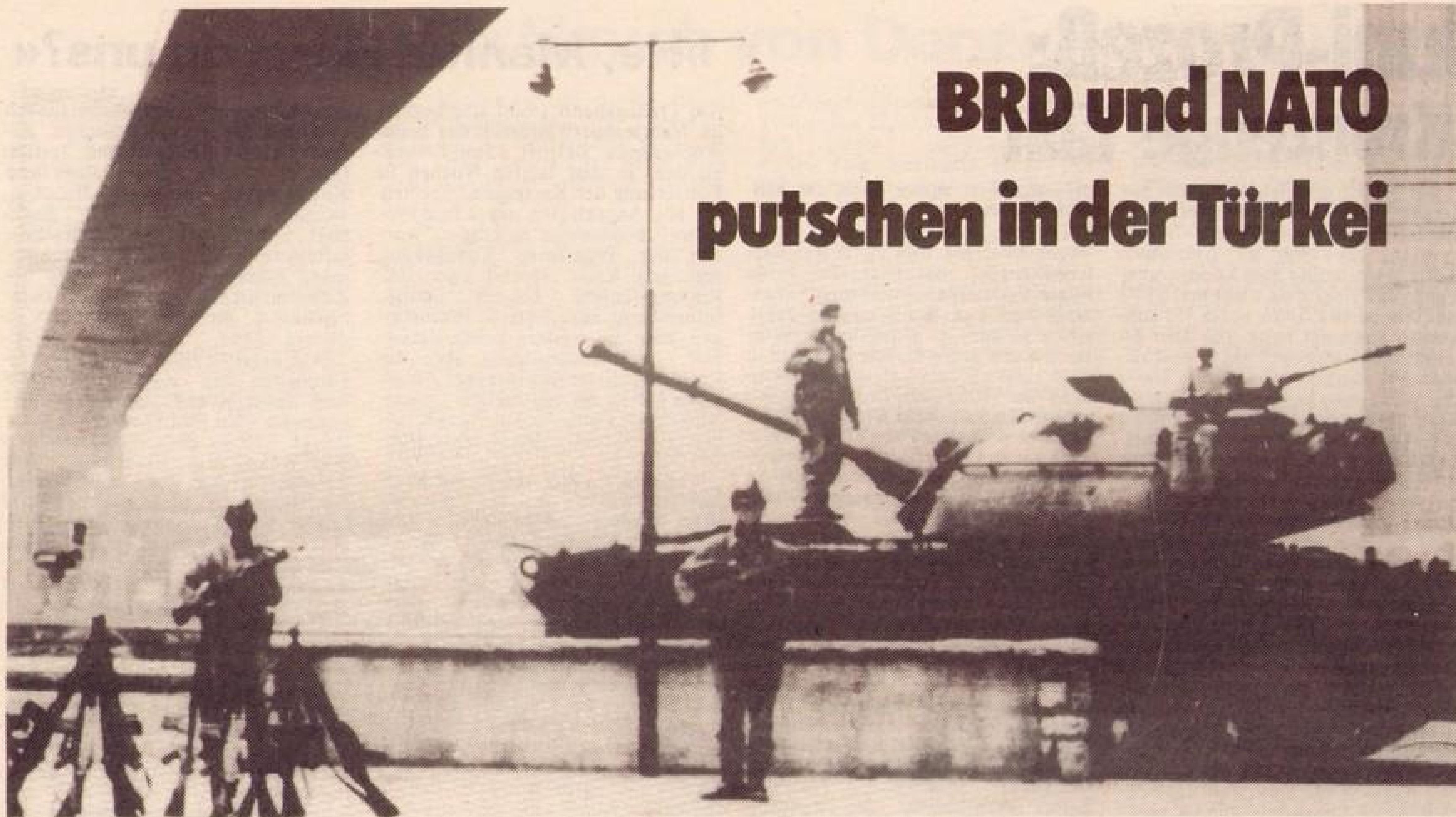
Am naächsten Tag am Dienstag
Da kam'se angerannt
Und haben viele Türen
Mit Brecheisen gerammt
Sie meinen sie sind die stärksten
Doch eins ist jetzt schon klar
Das ihr verstärkter Terror
Ein Schlag ins Wasser war

Hey, hey, ...

Mehr Tatkraft schafft mehr Sicherheit
Die Praxis hat's gezeigt
Die Bonzen sind verletzbar
7 Gefangene sind befreit!
Von euch können wir lernen
wie man kämpft und wie man Lebt
Nur durch Gewalt der Waffen
Wird der Faschismus weggefegt

Hey, hey, hey, hey, ...





BRD und NATO putschen in der Türkei

Fortsetzung von Seite 1

In der BRD-Presse wird überwiegend der unblutige Verlauf des Putsches hervorgehoben. Bezeichnenderweise wird über die schon nach wenigen Tagen einsetzende Massenverfolgung der Linken und über den Feldzug gegen die Kurden nur in kleinen Meldungen im Innenteil der Zeitungen berichtet. Handfest wird darauf spekuliert, daß das Interesse an Meldungen aus der Türkei nach einigen Tagen nachläßt. Im gleichen Verhältnis wie die Verfolgung in der Türkei zunimmt, wird die Berichterstattung in der BRD reduziert. Leider fallen hierauf selbst viele fortschrittliche Menschen herein, wodurch die Empörung und die Proteste stark eingeschränkt werden.

Jeder Militärputsch wirft die Frage auf, in wessen Interesse er stattfindet und wer die Auftraggeber sind. Findet ein Militärputsch beispielsweise in Südamerika statt, kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß die US-Imperialisten ihre Finger im Spiel haben. Bei der Türkei muß dieser Gedanke in erster Linie in Richtung der NATO und speziell der BRD gelenkt ungen der Imperialisten sich gegenwärtig konzentrieren. Und, die Türkei ist die am weitesten vorgeschobene Bastion in dieser Region gegen die UdSSR. Diese beiden Faktoren waren ausschlaggebend für die Entscheidung des westlich-imperialistischen Bündnisses, die Türkei mit Milliardenkrediten aufzubauen. Diese Aufgabe übernahm die BRD. So flossen unter der Koordination der BRD in den Jahren 1979 und 198o allein 7 Milliarden DM Finanz- und Militärhilfe in die Türkei. Aber natürlich waren und sind diese Kredite und Umschuldungsabkommen an harte Bedingungen geknüpft. In vorderster Linie der Forderungen stand dabei, die "innere Stabilität" der Türkei herzustellen, d.h. die sich ständig steigernden Klassenauseinandersetzungen zu befrieden und den "Unruheherd" im türkischen Teil von Kurdistan zu beseitigen. Eine konkrete Forderung der BRD-Imperialisten (vertreten durch die SPD-Regierung) war die Einsetzung einer Allparteienregierung, nach dem Vorbild der Grossen Koalition von CDU und SPD in schon mit einem Militärputsch. Jedesmal begründeten sie das damit, daß die Zerstrittenheit zwischen den bürgerlichen Parteien zu groß sei und daß diese nicht in der Lage wären, die sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen zu unterdrücken. Sie warfen der bürgerlich-konservativen Demirel-Regierung vor, sie würde das Land ins "Chaos" und in die "Anarchie" führen und sie würde keinen konsequenten Kampf gegen den Kommunismus führen. Auffallend ist auch, daß die türkischen Militärs nach eigenen Aussagen gar nicht vorhaben, die Regierungsgeschäfte vollständig zu übernehmen. Sie sehen ihre Aufgabe vielmehr darin, durch Aufhebung des Parlamentarismus den Parteienstreit auszuschalten, um so ein Wirtschaftsprogramm in Einklang mit den westlichen Verbündeten durchzupeitschen; und natürlich darin, für die notwendige "Ruhe und Ordnung" zu sorgen, die dafür die Voraussetzung ist. Für den gesamten Wirtschaftssektor sollen führende Mitglieder des Finanz-Kapitals gewonnen werden. Auch dies läuft völlig konform mit den Forderungen der BRD-Regierung.

Nicht-Verurteilung des Putsches damit begründete, daß dies eine innere Angelegenheit der Türkei sei, versicherte er schon bald, daß die Militärregierung voll unterstützt wird. Finanzminister Matthöfer wurde noch deutlicher: Die unter Federführung der BRD organisierte Finanzhilfe hätte von einer Notstandsregierung der beiden großen türkischen Parteien (Konservative und Sozialdemokraten) begleitet werden müssen. Die beschlossene Finanzhilfe sei ein Beitrag zur Sicherung der Demokratie in der Türkei und der Stabilität der gesamten Region gewesen ("FAZ", 13.5.). Er wies dann noch darauf hin, daß die Militärs der Demirel-Regierung unmißverständlich deutlich gemacht hätten, daß sie bei Fortsetzung ihres Kurses zum Eingreifen gezwungen seien.

Die westdeutsche Presse begleitete dies in angemessener Form: "*Die Generäle hielten Wort*" ("SZ", 13.9.), *"Die türkische Armee als Garant für Demokratie"* (Hamburger Abendblatt, 15.9.), *"In sicheren Händen"* ("Welt", 17.9.).

In dieser Offenheit hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregie-

NATO und speziell der BRD gelenkt sen Koalition von CDU und SPD in wonnen werden. Auch dies läuft völlig konform mit den Forderungen der BRD-Regierung. ("Welt", 17.9.).

Die Ereignisse im Einzelnen

In der Nacht des 12.9.80 putschte der türkische Generalstab und setzte die bürgerliche Demirel-Regierung ab.

Wie es sich für Militärs gehört, lief dann der Plan generalstabsmäßig ab. Während alle wichtigen Punkte der Hauptstadt, aber auch anderer Städte wie Istanbul, von Panzern und Soldaten besetzt wurden, bildete die Junta ein „Nationales Sicherheitskonzil“. Dieses Gremium besteht aus dem Generalstabschef Evren und den vier Oberkommandierenden der Armee. Es erließ folgende Maßnahmen:

- Die Ausgangssperre wurde vorerst auf unbegrenzte Zeit angeordnet.
- Das Parlament wurde aufgelöst und die Immunität der Abgeordneten aufgehoben. Über 100 Abgeordnete wurden verhaftet.
- Alle Parteien, auch die rechtsbürgerlichen und die faschistischen, wurden verboten.
- Alle Parteiführer wurden verhaftet. Allerdings konnte sich Faschistenführer Türkes vorerst absetzen. Seine guten Beziehungen zum Militär hatten ihm wohl den Zeitpunkt des Putsches verraten. Er mußte sich aber am Sonntag den Militärs stellen, nachdem sie ihn dazu ultimativ aufgefordert hatten.
- Die linke Gewerkschaft wurde verboten. Die „Disk“ (Revolutionäre Gewerkschaftsföderation) hat über 500.000 Mitglieder und war die streikfreudigste Gewerkschaft in der Türkei. Die „Disk“ gründete sich Ende der sechziger Jahre, als die immer stärker werdende Kritik an der regierungstreuen Gewerkschaft „Türk-Is“ aufkam. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß diese Gewerkschaft nicht verboten wurde.

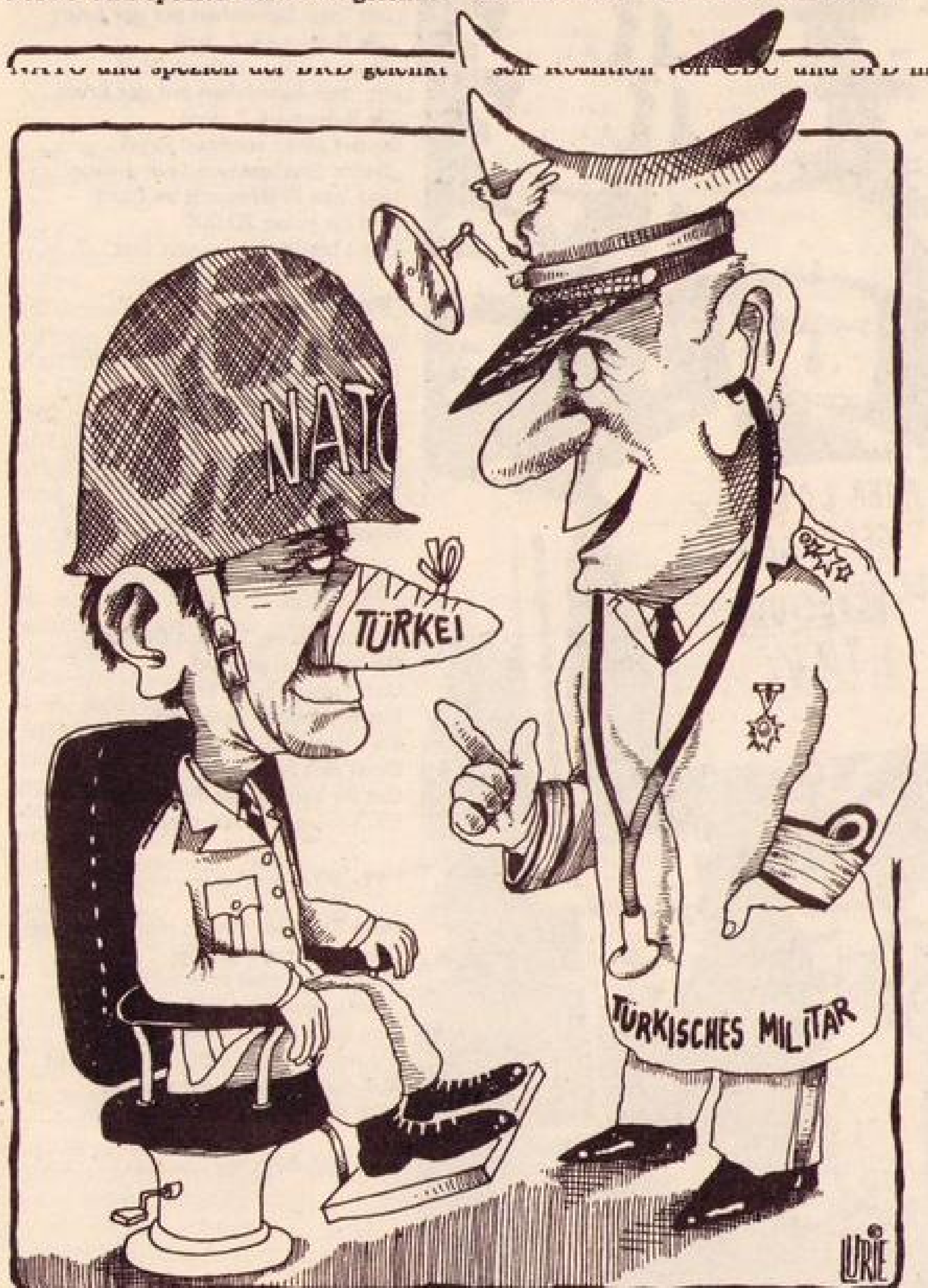
Bedeutungslos und schon lange fällig dagegen ist das Verbot der faschistischen Gewerkschaft „Misk“. Fällig deshalb, weil von dieser Gewerkschaft terroristische Aktionen gegen die Arbeiter ausgingen und für die gewerkschaftliche Bewegung bedeutungslos, weil nur wenige tausend Arbeiter in der „Misk“ organisiert waren.

- Die Presse wurde unter die Kontrolle des Militärs gestellt. Die fortschrittliche Zeitung „Demokrat“ wurde verboten, ebenso wie die linke Zeitung „Aydinlik“. Außerdem fällt

trolle des Militärs gestellt. Die fortschrittliche Zeitung „Demokrat“ wurde verboten, ebenso wie die linke Zeitung „Aydinlik“. Außerdem fällt

auch die faschistische Zeitung „Hergün“ unter das Verbot.
- Die Türkei wurde umstrukturiert. In den Verwaltungen wurden die vom gestürzten Ministerpräsidenten Demirel eingesetzten Gouverneure durch Armeeoffiziere ersetzt. Ein Drittel der Bürgermeister wurden ihres Amtes enthoben, u.a. die Bürgermeister von Istanbul (CHP), von Ankara und Izmir. Die 67 Provinzen der Türkei wurden in 13 Militärregionen aufgelöst.
- Die Bevölkerung wurde aufgerufen, die Parolen an den Häuserwänden zu übermalen.
- Mindestens in drei Regionen wurden von den Militärs Telefonnummern bekanntgegeben, damit die Bevölkerung Meldungen an die Militärs machen kann.

Fortsetzung nächste Seite



„Du kannst bald wieder riechen“

werden. Natürlich leugnen sowohl die USA als auch die SPD-Regierung jede Verantwortung für den Putsch, aber die Tatsachen sprechen eine andere Sprache.

Nach dem Sturz des Schah-Regimes und dem Einmarsch der SU in Afghanistan wurde die Türkei zu einem bedeutenden Mosaikstein in der Kriegsstrategie der Imperialisten. Die Türkei liegt als vorgeschobener Posten direkt im Nahen Osten, also dem Zentrum, gegen das die Kriegsdroh-

der Krisensituation 1966/67. Diese Bedingungen wurden von den türkischen Parteien nicht erfüllt. Sie konnten sich weder auf eine gemeinsame Regierung einigen, noch waren sie in der Lage, den "inneren Frieden" herzustellen. Dies war denn auch eine ständig wiederkehrende Kritik der Bundesregierung. Auffälligerweise decken sich frühere und heutige Aussagen des Militärs vollständig mit den Forderungen der Imperialisten. Dreimal drohten sie seit Anfang 1979

Die ersten Schritte der Militärdiktatoren weisen genau in diese Richtung. Die Abschaffung der Verfassung, die Auflösung des Parlaments und das Verbot der Parteien, die Absetzung von Bürgermeistern und Gouverneuren haben zum Ziel, ein "Stabilitätsprogramm" ohne den "Klimbim" einer bürgerlichen Demokratie durchzusetzen. Schon ist der Wirtschaftsberater der Demirel-Regierung, Turgut Özal, als Regierungschef im Gespräch. Özal ist der Gesprächspartner von Finanzminister Matthöfer für die Milliardenkredite. Er hat das Wirtschaftsprogramm für die Demirel-Regierung entworfen, das von den Militärs fortgeführt werden soll. Vor dieser Zeit war er Generalbevollmächtigter bei einem der größten Konzerne in der Türkei. Auch für weitere Posten in der "zivilen" Regierung sind führende Finanz- und Wirtschaftsexperten im Gespräch, die allesamt gute Kontakte in die imperialistischen Staaten haben. Damit werden die Regierungsgeschäfte direkt in die Hand des Finanzkapitals gelegt. Umwege über die Vertretung durch die Parteien werden sich erspart, weil sie sich als unfähig erwiesen haben, die Interessen zügig durchzusetzen. Direkten Zugriff haben damit auch die Imperialisten, die sich nun ebenfalls nicht mehr um parlamentarische Spielregeln kümmern müssen.

Einer der ersten Schritte der Generäle war konsequenterweise das Verbot der Streiks,. 5oo.ooo befanden sich z.Z. des Putsches im Ausstand. Die "Welt" kommentiert erleichtert: *"Vorbei ist es mit den tausenden von Streiks, die zum Teil seit Monaten große und wichtige Bereiche der türkischen Wirtschaft lahmlegten und potentielle Investoren aus dem Ausland verunsicherten"*. Mit dieser Verunsicherung der Imperialisten ist es nun vorbei.

Diese Richtung des Militärputsches hebt nach anfangs heuchlerisch geäußerter Überraschung auch immer deutlicher die Bundesregierung und die westdeutsche Presse hervor. Während Schmidt anfangs noch eine

In dieser Offenheit hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bisher noch niemals ihre Genugtuung über einen Militärputsch ausgedrückt. Dies ist ein weiteres Indiz für die enge Kooperation zwischen türkischen Militärs und ihren Finanziers in der Bundesrepublik.

Dieser Putsch ist mehr als "nur" die Errichtung einer Diktatur in einem NATO-Staat. Es ist der erste Putsch im direkten Interesse und unter direkter Beteiligung der BRD-Imperialisten . Dieser Putsch ist mehr, als die westdeutsche Linke bisher begriffen hat. Es ist der erste o f f e n e Zugriff des BRD-Imperialismus auf ein anderes Land zur Durchsetzung der eigenen Expansions- und Kriegspläne.

Türkei-Kommission



Soldaten führen unmittelbar nach dem Putsch Razzien (mit Straßensperren) durch



Demirel (l.) und Ecevit – kommt bald die große Koalition?

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Verhaftungen

Während in den ersten Stunden des Putsches immer nur von den Verhaftungen der Abgeordneten die Rede war, ergibt sich jetzt doch ein deutliches Bild von Massenverhaftungen.

Nach offiziellen Angaben sind über 4.000 Menschen verhaftet worden. Doch die Militärs betonen, daß *„die Operationen weitergehen"*. Wie aus den folgenden Meldungen deutlich wird, ist besonders um die kurdische Bevölkerung im Südosten der Türkei zu fürchten.

Nach offiziellen Angaben sind jetzt noch 50 Abgeordnete in Haft (Stand 18.9., 15 Uhr). Davon gehören der konservativ-reaktionären AP sieben an, der sozialdemokratischen CHP 25, der faschistischen MHP 11 und der islamischen MSP 5. Außerdem wurde noch ein unabhängiger Abgeordneter, ein früheres Mitglied der CHP aus Kurdistan, eingesperrt. Weiter in Haft sind jetzt noch die Abgeordneten, die *„wegen Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung und gegen die geistige Persönlichkeit des Staates"* verstoßen haben.

Außer dem „Roten Halbmond", gleichzusetzen mit dem Roten Kreuz, sind alle revolutionären, idealistischen und religiösen Vereine verboten.

Besonders im Osten und Südosten der Türkei wurden schon zwei Tage nach dem Putsch Verhaftungen gemeldet:

- In der Region um Adana und Mersin, wozu auch Städte wie Kahramanmaras gehören, über 500;
- in der Region um die Orte Tunceli und Malatya: hier wurden über 200 Menschen verhaftet;
- in der Region um die Städte Erzurum, Kars und Artwin, hier gibt es eine Reihe von linken Hochburgen, ca. 600 Verhaftungen.

Außerdem wurden Hubschraubereinheiten in den Osten des Landes

Außerdem wurden Hubschraubereinheiten in den Osten des Landes versetzt. Das Militär gab bekannt, daß die Operationen hier bis zum Wintereinbruch abgeschlossen sein sollten. Es ist zu befürchten, daß ein Völkermord gegen die Kurden vorbereitet wird, bzw. schon im Gange ist. Nicht umsonst wandte sich die Junta ja auch gegen „separatistische Strömungen".

Doch auch in Istanbul und Ankara hat sich das Bild geändert. Während in den ersten Stunden, nachdem die Ausgangssperre tagsüber aufgehoben wurde, noch kein großer Unterschied zu Tagen vor dem Putsch festgestellt werden konnte, haben jetzt auch hier die „Operationen" begonnen. Neben ständigen Auto-, Straßen- und Bahnhofskontrollen werden jetzt die Slumviertel von Istanbul und Ankara durchkämmt. Die Zahl der Verhafteten wird nicht bekanntgegeben.

„Im ganzen Land ist eine Menschenjagd noch nie dagewesenen Ausmaßes entfacht worden. In den Arbeitervierteln der Großstädte wie Istanbul, Ankara, Izmir, Adana, Bursa u.a. werden ausnahmslos alle Arbeiterwohnungen durchkämmt, tausende von Menschen verhaftet. Tausende Verhafteter sind in Izmir in dem Ata-Türk-Stadion eingesperrt. In Türkisch-Kurdistan werden alle Städte und Dörfer von Panzern eingekreist, alle Häuser durchsucht, tausende kurdische Demokraten und Sozialisten wurden verhaftet" („TAZ", 19.9.80). Unter den Verhafteten befindet sich auch der Vorsitzende der Rechtsanwaltvereinigung Orhan Apaydin. Diese Vereinigung hat viel dazu beigetragen, die Menschenrechtsverletzungen in türkischen Gefängnissen (wie die Anwendung von Folter) an die Öffentlichkeit zu bringen.



Putschist Evren

Verfolgung von Gewerkschaftern

Mittlerweile sind nach offiziellen Meldungen über 1.000 Gewerkschafter in Haft. Sie werden jetzt in den Militärgefängnissen verhört. Vorher hatten die Militärs angeordnet, daß sich alle Funktionäre, von der Zentrale bis hin zu den Betriebsdelegierten, bis Dienstag bei den Militärs zu melden hätten. Zugleich verbot die Junta weitere 80 Arbeiterorganisationen, die zum größten Teil mit der „Disk" zusammengearbeitet haben. Gleich einen Tag nach dem Putsch ging der neue Staatspräsident General Evren auf die Rolle der Gewerkschaften ein. Dabei betonte er, daß die Arbeiterrechte „gewahrt werden", daß allerdings *„die Agas (Führer der Gewerkschaften, Anm. AK), in den Gewerkschaften, die ihre Interessen den Arbeitern aufbürden, unnachgiebig verfolgt werden"*.

Die Junta beendete sofort alle Streiks. Gleichzeitig erließ sie eine 70%ige Lohnerhöhung bei einer Inflationsrate von 100% und Forderungen der Arbeiter von 280–300%. Insgesamt waren noch 53.000 Arbeiter zum Zeitpunkt des Putsches im Streik. Der Streik von 122.000 Arbeitern war vorher von der Regierung Demirel für drei Monate ausgesetzt worden. Von den 53.000 Arbeitern gehörten 47.319 der „Disk" an, 5.559 der „Türk-Is" und 127 der faschistischen „Misk".

Wer mit dem Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung getroffen werden soll, wird aus diesen Zahlen deutlich.

In der Istanbuler Glasfabrik „Technican" streikten die Arbeiter trotz des Verbotes durch die Junta weiter. Alle Arbeiter wurden umgehend verhaftet. Das ist die Auffassung von „Wahrung der Arbeiterrechte" eines Generals Evren. Eine wichtige Rolle in den Klassenauseinandersetzungen spielte der Lehrerverband TÖB-DER. Er wurde bereits Anfang 1980 von der Regierung Demirel verboten, nachdem der TÖB-DER maßgeblich an der Organisierung der Solidaritätsaktionen anläßlich des Jahrestages des faschistischen Massakers in Kahramanmaras beteiligt war.

Evren betonte in seiner Rede, daß er es nicht gerne sehen werde, wenn sich in Zukunft die Lehrer wieder in Organisationen wie dem TÖB-DER organisieren würden. Die Aufgabe der Lehrer wäre es, dem Staat zu dienen. Während der Pressekonferenz der Junta am vergangenen Dienstag meinte Evren auf die Frage eines Journalisten, was denn nun aus den Lehrern werde, die solchen Organisationen früher angehörten, daß *„alle diejenigen, die selber Terroristen oder Helfer der Terroristen waren, bestraft werden, nicht jedoch alle Mitglieder"*.

Die zukünftige Politik der Junta

In einer der ersten Erklärungen der Junta hieß es, die Militärs hätten sich zu diesem Schritt entschlossen, *„um einen Bürgerkrieg zu verhindern"*. Einen Bürgerkrieg, den die Militärs maßgeblich in Zusammenarbeit mit den Faschisten in den letzten zwei Jahren offensiv gegen die Linke geführt haben.

Es heißt weiter, daß *„weder die politischen Parteien noch die verfassungsmäßigen Institutionen in der Lage waren, die Türkei zu retten"*. In der Pressekonferenz vom Dienstag fügte Evren hinzu: *„Der nationale Sicherheitsrat hat vor, die Hindernisse, die bisher eine gesunde Funktion der Ordnung unmöglich gemacht haben, so zu beseitigen, daß ein erneuter Eingriff des Militärs nicht mehr notwendig ist. Deshalb werden die einzelnen Paragraphen der Verfassung, des Wahlgesetzes und des Parteiengesetzes, die verursacht haben, daß wir in diese Lage geraten sind, entweder verändert oder es werden neue Paragraphen hinzugefügt. Es wird nicht zugelassen, daß bei uns im Namen von Freiheit und Unabhängigkeit, Anarchie in den Schulen und Universitäten und Gewerkschaften blüht. – Von jetzt an wird die Demokratie nur noch für diejenigen gelten, die gutwillig sind"*.

Einen Zeitpunkt für das Ende der Militärdiktatur nannte er nicht. In den Erklärungen der Junta werden die „Eigensüchteleien" der Parteien und ihrer Führer kritisiert, die nur ihre eigene Sache und Macht im Kopf gehabt hätten, aber nicht das Wohl des Volkes. Aussichtsreiche Vorhaben wären durch Parteirivalitäten, persönliche Fehden, Untätigkeit, Schweigen und Ignoranz verhindert worden.

Interessant ist dabei, daß diese „Kritik" sehr eng an den Gedanken der Bevölkerung ansetzt. Auf diese Weise erhoffen die Militärs, eine gewisse Massenbasis innerhalb der Bevölkerung zu erhalten. Diese Möglichkeit steht für die Militärs auch nicht schlecht, da die bedrohte Lebenssicherheit mit 30 Toten täglich vor dem Putsch zu einer Einstellung in der Bevölkerung geführt hat, in gewissem Umfang jede Maßnahme zur „inneren Sicherheit" zu tolerieren. Diese berechtigte Angst der Bevölkerung wird nun von den Militärs demagogisch ausgenutzt. Dabei werden alle diejenigen, die nicht „gutwillig" sind, im BRD-Jargon als „Terroristen" bezeichnet. So läuft die Verhaftungswelle zur Zeit auch unter dem Begriff „Verfolgung von Terroristen".

Zu befürchten ist, daß der Linken dadurch für Widerstandsaktionen die nötige Deckung innerhalb der Bevölkerung genommen wird. Es ist aber angesichts der Polarisierung der Bevölkerung ungewiß, ob den Militärs diese „Befriedung" tatsächlich gelingt. Bisher sieht es danach aus, auch wenn punktuell einzelne Widerstandsaktionen sichtbar werden. So z.B. die Erschießung eines Hauptmannes in Adana oder des Polizeipräsidenten von Istanbul.

In der Pressekonferenz vom vergangenen Dienstag bekräftigte Evren, daß die Junta wirtschaftspolitisch und außenpolitisch die Politik der gestürzten Regierung Demirel weiterführen wird. Dieses wird sich auch in der Einsetzung einer zivilen Regierung in dieser Woche bestätigen. So werden z.B. Namen wie Turgut Özal gehandelt. T. Özal war der Wirtschaftsberater der Regierung Demirel und verantwortlich für die letzten Verhandlungen der türkischen Regierung mit dem IWF bzw. der Bundesregierung über die anstehenden Kredite für die Türkei. Özal gilt als ein Mann der EG und als ein Vertreter der Monopolbourgeoisie. Auch der vor dem Putsch von der islamischen Heilspartei und der sozialdemokratischen CHP abgesetzte Außenminister Erkmen ist wieder in sein Amt befördert worden. Erkmen ist ebenfalls ein Mann der EG. Außerdem werden Namen der kemalistischen CGP genannt, einer Partei, die bisher nicht im Parlament vertreten war und auch von der Junta nicht verboten wurde.

Die nächsten Wochen werden zeigen, wer die Pläne für die Türkei ausgearbeitet hat. Wer jetzt aber von einer „neutralen" Junta spricht, die das Land „befriedet", darf nicht die Augen davor verschließen, daß „Befriedung" immer die vollständige Zerschlagung aller fortschrittlichen Kräfte und ihrer Organisationen zur Voraussetzung hat. In diesem Sinne müssen wir unsere Aufklärungsarbeit anhand von Fakten verstärken.

Alle in diesem Artikel benannten Fakten haben wir von Genossen, die sich zur Zeit in Istanbul aufhalten. Diese stützen sich im wesentlichen auf die offiziellen Verlautbarungen der türkischen Medien. Eigene Recherchen der Linken sind zur Zeit noch sehr schwierig. Wir danken den Genossen für diese Arbeit, die sie unter schwierigen Umständen trotzdem gemacht haben.

Türkei-Kommission

Türkei-Kommission

Erfahrungen einer Reise in die Türkei

DGB-Führung unterstützt die türkische Reaktion

Es war das erste Mal, daß ‚Arbeit und Leben', eine gewerkschaftliche Bildungseinrichtung in Hamburg, einen Bildungsurlaub in die Türkei veranstaltete. Und dieses erste Mal sollte gleich ein Treffer ins Schwarze werden. Denn die 13 Hamburger Bildungsurlauber, hauptsächlich Sozialarbeiter und Gewerkschafter, die von ihrem Beruf her mit den Problemen der ausländischen Kollegen zu tun haben, trafen in der Türkei ausschließlich mit Führern des rechten, „gelben" Gewerkschaftsverbandes „Türk-Is" (Türkische Arbeitergewerkschaft-Konföderation) und Betriebs l e i t e r n zusammen.

Mit einer kleinen Broschüre, in der 7 der 13 Kollegen von ihren Erfahrungen in der Türkei berichten, traten sie jetzt an die interessierte Öffentlichkeit.

Das elftägige geplante Seminar, welches Anfang Juni stattfand, sollte – so das offizielle Programm – *„den Teilnehmern die Möglichkeit geben, die allgemeine politische Situation des Landes sowie die Lebens- und Arbeitsverhältnisse türkischer Arbeitnehmer in ihrem Heimatland kennenzulernen."* Bei dem Seminar handelte es sich um ein Austauschprogramm zwischen dem Gewerkschaftsverband Türk-Is und ‚Arbeit und Leben' in Hamburg. So sollen im September/Oktober dieses Jahres auch eine Gruppe türkischer Gewerkschafter Hamburg besuchen.

Wie sah nun das Programm für die Hamburger Gewerkschafter aus? Wir zitieren dazu aus der kleinen Broschüre „Die Türkei – ein schönes Land ... fragt sich für wen?" : *„Die erste Station des Bildungsseminars war Zonguldak ... Zentrum der türkischen Schwerindustrie"*, und Sitz der Bergarbeitergewerkschaft (ZMWU). Spitzenfunktionäre dieser Gewerkschaft begrüßten die Hamburger mit einem *„opulenten Abendessen"*. Über ein Mittagessen in der Werkskantine berichten die Hamburger folgendes: „ ... *die Begegnung (mit den Arbeitern) ist leider mißlungen, da unsere Gruppe von der Direktion und den Spitzenfunktionären in einem Mercedeskonvoi vor der Kantine vorgefahren wurde, was die Arbeiter sichtlich abschreckte, zu uns Kontakt aufzunehmen. ... Nach dem Essen gab es eine Diskussion ... In bester Eintracht informierten uns die Arbeitgeber und Gewerkschaftsvertreter über die sozialen Errungenschaften für die Bergarbeiter. Einige dieser Arbeiter verfolgten das Gespräch aus respektvoller Entfernung, wenige Neugierige, die näher herangetreten waren, wurden durch eine Handbewegung des Direktors in ihre Grenzen verwiesen."* Abends gab es dann einen großen Empfang in der Luxusvilla der Bergwerksgesellschaft EKI, finanziert von den Kapitalisten.

„Vor dem Essen wurden die Frauen der Seminargruppe von Harun Gümrükcü (Sozialberater des DGB, Dolmetscher und Mitorganisator des Bildungsurlaubes) aufgefordert, sich entsprechend der in der Türkei geltenden Gesellschaftsregeln zu den ebenfalls anwesenden Arbeitgeber- und Funktionärsfrauen zu gesellen.

... Auf unsere Fragen, ob sich die Frauen ihrer priviligierten Stellung bewußt seien und wie sie die Situation von Arbeitnehmerfrauen einschätzen, griff Harun G. in das Gespräch ein mit der Aufforderung, die Frauen lieber in positive Gespräche über ihr karitatives Engagement zu verwickeln, wie z.B. Arbeit im türkischen Halbmond (vergleichbar dem Roten Kreuz).

Der letzte Tag in Zonguldak begann mit einem Schulbesuch, den wir uns ausdrücklich gewünscht hatten, allerdings handelte es sich nicht um eine Volksschule, sondern um ein englisches Elitegymnasium".

DGB-Gäste in einer Reihe mit NATO-Offizieren und Ministern vorgestellt

In Ankara wurden die Hamburger vom Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes empfangen. Auf die Frage nach den Massendemonstrationen am 1. Mai (welche von der Regierung in den meisten Provinzen verboten wurden), meinte er, daß diese Demonstrationen *„vom Gewerkschaftsverband DISK organisiert seien, wobei die Teilnehmer zu 80% Studenten seien, die wiederum mehrheitlich Anarchisten, Maoisten, Kommunisten und Terroristen seien.*

Fortsetzung nächste Seite



Das Leben in der Türkei „geht seinen normalen Gang"

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Am Nachmittag folgte dann der Empfang bei dem Generalsekretär von Türk-Is Sadik Side. Neben ihm waren weitere hauptamtliche Sekretäre, wie der Referent für Presse und Öffentlichkeit, der Sekretär für internationale Kontakte, der Sekretär für Ausbildungsfragen und weitere anwesend. Daneben nahmen noch der Verbindungsmann des Internationalen Arbeitsamtes und der Arbeitsattache der deutschen Botschaft auf dem Podium Platz. Insgesamt also ein Podium mit hochgradig repräsentativem Charakter ...

Die nächsten 1 1/2 Stunden liefen mit dem Vorstellen der hohen Herren, den zwangsläufigen Danksagungen über die Einladung und dem Ausdrücken der gegenseitigen Wertschätzung ab."

Der ganzen Zeremonie wohnten außerdem noch ein Kamerateam des Türkischen Fernsehens sowie weitere Rundfunk- und Zeitungsreporter bei.

Die zentrale Aussage des Referats, welches der Generalsekretär Side hielt war, daß „*die Türkei in 3 bis 5 Jahren wirtschaftlich gesundet, wenn genügend Hilfe vom Auslang kommt. Die 4 Millionen im Auslanf arbeitenden Türken könnten dann zurückkehren und würden Arbeitsplätze erhalten. Auf unsere erstaunte Zwischenfrage, daß dies wohl eine sehr optimistische Einschätzung sei und dies auch nicht unseren Informationen entsprechen würde, meinte er, daß die politische und wirtschaftliche Situation der Türkei in den westdeutschen Zeitungen verzerrt und z.T. völlig falsch dargestellt wird.*

Unser Eindruck, Statisten und Kulisse eines schlechten Schauspiels zu sein, bestätigte sich, als wir am Abend des selben Tages als offizielle DGB-Delegation in der türkischen Tagesschau vorgestellt wurden. Man staunt nicht schlecht, sich auf einer Ebene mit dem Bundesbildungsminister J. Schmude, dem bayerischen Finanzminister und drei hohen NATO-Offizieren wiederzufinden, die sich zur selben Zeit in Ankara befanden.

Die Bedeutung dieser Aktion für die Öffentlichkeitsarbeit von Türk-Is liegt auf der Hand: Durch das hohe Ansehen des DGB in der Türkei hat Türk-Is selbstverständlich ein großes Interesse daran, die ‚Freundschaftlichen Kontakte zwischen DGB und Türk-Is' möglichst bekannt zu machen."

Die Fernsehshow brachte das Faß dann zum Überlaufen. Die Hamburger schreiben, daß eine weitere Teilnahme an den offiziellen Gesprächen mit Türk-Is-Funktionären für sie „*politisch und moralisch nicht mehr vertretbar*" war. Die Seminarleitung beantwortete diese Entscheidung eines Großteils der Reisegruppe, indem sie mitteilte, daß ab sofort jeder Seminarteilnehmer für sich selbst verantwortlich sei, seinen Rückflug selber zu organisieren habe und auch der Versicherungsschutz entfalle.

Diese Reaktion ist bezeich- zu organisieren habe und auch der Versicherungsschutz entfalle.

Diese Reaktion ist bezeichnend. Sie macht deutlich, daß es sich hier nicht um ein Mißgeschick von ‚Arbeit und Leben' in der Auswahl der Partnerorganisationen handelt, sondern daß man hier ganz bewußt den Kontakt zur „gelben" Gewerkschaft und eben nicht zur Gewerkschaftsbasis und dem linken Verband DISK (Progressive Arbeitergewerkschafts-Konföderation) suchte.

Auf einen Brief, den die sieben Herausgeber der Broschüre an den Vorstand von ‚Arbeit und Leben' und den Landesvorstand des DGB Hamburg schickten, bekamen sie nebenstehend abgedruckte unverschämte Antwort. **Unterschrieben ist sie u. a. von dem Hamburger DGB-Vorsitzenden Hans Saalfeld. Ein offenes Dokument für die Zusammenarbeit des DGB mit der türkischen Reaktion und Beleg dafür, daß die DGB-Spitze vorbehaltlos den außenpolitischen Kurs der SPD und die Einmischung der NATO in die Türkei unterstützt.**

Wo steht die Türk-Is?

Daß die Türk-Is eine rechte Gewerkschaft ist, war den Seminarteilnehmern schon vor der Reise bekannt. Daß aber in den führenden Positionen dieser Gewerkschaft MHP-Sympathisanten sitzen, war ihnen nicht bkannt. Die Kontakte des Türk-Is Generalsekretärs Side und eines weiteren hauptamtlichen Sekretärs (Kaya Özdemir, derzeit Ausbildungsleiter von Türk-Is, vorher Generalsekretär von Metall-Is, einer Metallgewerkschaft, die den grauen Wolf im Emblem hat) zur faschistischen Partei MHP sind in der Türkei inzwischen landesweit bekannt. Sogar der Dolmetscher, der den Hamburgern von der Bergarbeitergewerkschaft zur Verfügung gestellt wurde, war ein MHP-Sympathisant.

Die Türk-Is selber ist eine Gewerkschaft, die wesentlich von den CIA-Agenten des US-Imperialismus ideologisch mitgeformt wurde. Und zwar zu einer stark ausgeprägt sozialpartnerschaftlichen Haltung. Dies führte wiederum dazu, daß 1967 drei Gewerkschaften aus der Türk-Is austraten und sich mit einer Gewerkschaft außerhalb des Türk-Is zur DISK zusammenschlossen.

Die Verschiedenen Regierungen in der Türkei versuchen seitdem den Zulauf, den die DISK unter den Arbeitern hat, durch reaktionäre Gewerkschaftsgesetze oder andere Maßnahmen zu erschweren. So wurden z.B. Gewerkschaftsübertritte gesetzlich enorm erschwert. In jüngster Zeit sind die Kapitalisten sogar dazu übergegangen, in bestimmten Großbetrieben, die mehrheitlich DISK-organisiert sind, mit Gewalt die Aufnahme einer erheblichen Zahl im Türk-Is organisierter Arbeiter durchzusetzen.

Zur Beurteilung der Haltung der Hamburger DGB-Führung, die ja im wesentlichen für diesen Skandal verantwortlich ist, ist es noch wichtig zu wissen, daß der DISK kein in dem Sinne revolutionärer Verband ist, wie es von interessierter Seite vielleicht gerne dargestellt wird, sondern daß sich im DISK verschiedene linke Strömungen vereinigen. Die Führung des DISK wird im wesentlichen von Mitgliedern der sozialdemokratischen CHP beherrscht. Diese Strömung setzte sich vor einigen Jahren in der Führung der Gewerkschaft gegen die Mitglieder der revisionistischen TKP durch.

in der Führung der Gewerkschaft tischen CHP beherrscht. Diese Strömung setzte sich vor einigen Jahren

Es ist erschreckend, daß es trotz dieser Konstellation in der DISK, von dem ‚Arbeit und Leben'-Seminar aus kein einziges offizielles Gespräch mit DISK-Vertretern gegeben hat.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Landesarbeitsgemeinschaft Hamburg
Deutscher Gewerkschaftsbund/Volkshochschule

Arbeit und Leben
Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung

Arbeit und Leben · 2000 Hamburg 1 · Besenbinderhof 60 II

Ihr Schreiben vom 16.6.1980

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Schreiben vom16.6.1980 wurde dem Vorstand von ARBEIT UND LEBEN sowie dem DGB-Hamburg zugeleitet.

Im Namen des Vorstandes von ARBEIT UND LEBEN und des DGB-Hamburg nehmen wir hierzu wie folgt Stellung:

1. Auf Ihre vorgebrachten Beschwerden ist im Rahmen des Seminars mehrfach von Seiten der Seminarleitung eingegangen worden. Dem ist von uns aus nichts hinzuzufügen.
2. Auch wir sind der Meinung, daß Sie sich während des Seminars in der Türkei höchst unkollegial verhalten haben. Ihr eigenmächtiges Fernbleiben vom Programm ist durch nichts entschuldbar. Die Seminarleitung hat hieraus die entsprechenden Konsequenzen gezogen, mit denen wir voll übereinstimmen.
3. Bei dem durchgeführten Seminar handelt es sich um ein erstmaliges Projekt. Über eine mögliche Weiterentwicklung der Kontakte zwischen ARBEIT UND LEBEN und TÜRK-IS entscheiden die entsprechenden verbandsinternen Gremien von ARBEIT UND LEBEN.

Zu einem Gespräch oder einer weiteren Erörterung dieser Angelegenheit besteht daher weder Veranlassung noch haben wir aufgrund Ihres unkollegialen Verhaltens hieran Interesse.

Mit freundlichen Grüßen
ARBEIT UND LEBEN
Landesarbeitsgemeinschaft
für politische Bildung
Hamburg

Dr. Kurt Meissner
1. Vorsitzender

Hans Saalfeld
2. Vorsitzender

Offener Brief an Minister Matthöfer

Herr Matthöfer,

vor einem halben Jahr haben wir uns schon einmal mit einem „Offenen Brief" an Sie gewandt. Damals haben wir Ihnen als Koordinator der westlichen Finanz- und Militärhilfe für die Türkei vorgeworfen, ein Regime zu stützen, unter dessen Obhut die Arbeiterbewegung mit nacktem Terror verfolgt wird.

Heute müssen wir einen noch schwereren Vorwurf hinzufügen: nämlich, daß die Bundesregierung, für die Sie sprechen, den Opfern eben diesen Terrors jeglichen Schutz verweigert!

Der sogenannte „Ansturm" von Asylsuchenden auf die BRD oder sachlich formuliert: eine überdurchschnittliche Zahl von Asylanträgen setzte in den ersten Monaten dieses Jahres ein.

Der Öffentlichkeit ist jedoch keineswegs bekannt, daß die überwiegende Zahl der Asylsuchenden (fast 70 %) aus der Türkei kamen.

Der Bundesregierung hingegen war dies sehr wohl bekannt: Sie verfügte Visumszwang für Einreisende aus der Türkei; seitdem nimmt der Zustrom wieder ab (weil die Einreisewilligen zum Teil schon in den westdeutschen Konsulaten in der Türkei „abgefangen" werden).

Es handelt sich also keineswegs darum, wie es von Politikern aller Parteien in letzter Zeit formuliert wurde, daß aus der ganzen Welt Leute, „denen es schlechter geht als uns", auf einen Schlag in die Bundesrepublik strömen würden. Sondern es handelt sich zuallererst um ein t ü r k i s c h e s Problem, genauer gesagt: ein deutsch-türkisches Problem.

Dementsprechend sind auch die meisten abgewiesenen und wieder in ihr Heimatland zurückgeschickten Asylbewerber Türken bzw. Kurden aus der Türkei. Dabei hat es sich die der Bundesregierung unterstellte Asylbehörde in Zirndorf recht einfach gemacht. Die Zurückweisung eines Asylantrags wird nicht von Fall zu Fall begründet. Sondern der Abgewiesene erhält ein hektographiertes F o r m b l a t t, aus dem er sich „passende Aussagen" heraussuchen kann (!). Bei monatlich 5.000 Ablehnungsbescheiden allein an Kurden aus der Türkei (so die Zahl vom Mai) ist das ja auch „rationeller"; man braucht nur einen Druckvorgang und gibt den Abgewiesenen immer das gleiche Blatt in die Hand: Fließbandmethode! Daß es dabei um menschliche Schicksale geht, fällt eigentlich kaum mehr auf.

In diesem vorgedruckten Blatt heißt es:

„Die Behauptung, der Asylbewerber sei von Mitgliedern anders orientierter politischer Gruppen erpresst oder bedroht worden, mag durchaus zutreffen. Daraus lasse sich aber kein Asylanspruch ableiten, weil es keine speziell gegen den Antragsteller gerichtete staatliche Verfolgungsmaßnahme darstelle. In der Türkei seien Armee und Polizei durchaus willens und in der Lage, von Extremisten bedrohten Personen Schutz zu gewähren. Außerdem habe der türkische Staat alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ergriffen, die inneren Unruhen zu unterbinden. Unter anderem das Budget für die innere Sicherheit wurde im Staatshaushalt 1979 erheblich erhöht, und der Ausnahmezustand ist verlängert und erweitert worden".

Zynischer hätte die Asylbehörde — die, wie gesagt, der Bundesregierung untersteht — sich mit den Terrormaßnahmen des türkischen Regimes kaum identifizieren können.

Sie, Herr Matthöfer, hatten noch im Februar dieses Jahres überhaupt die Existenz politischen Terrors in der Türkei bestritten! Zirndorf gibt immerhin zu, daß es in der Türkei politischen Terror gibt. Dieser jedoch, so die Behörde, ginge nicht vom türkischen Staat aus.

— Sind Panzer gegen Arbeiter (wie damals in Izmir) keine „staatlichen Verfolgungsmaßnahmen"?
— Und wie bewerten Sie Militäreinsätze gegen Stadtviertel und ganze Dörfer (wie vor kurzem in Corum und Fatsa geschehen)?

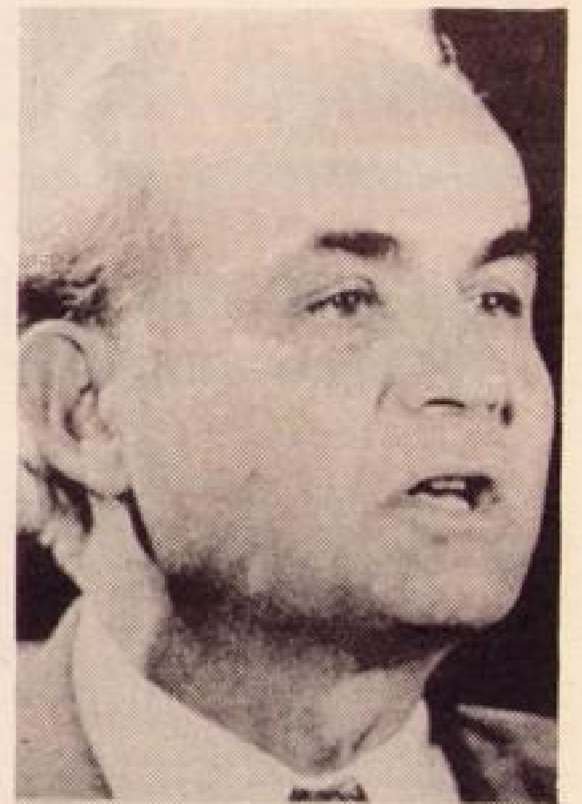
Von solchen „Kleinigkeiten" wie Demonstrationsverbote, Zensur, Post- und Telefonüberwachung, Schließung von Redaktionen demokratischer Zeitungen usw. wollen wir gar nicht reden.

Angenommen, in Polen würden die Arbeiterstreiks nach „türkischen Vorbild" zerschlagen — Sie würden n i c h t von staatlichem Terror sprechen? Sie würden polnische Flüchtlinge als „Scheinasylanten" wieder nach Hause schicken?

Wo Armee und Polizei mit all den Befugnissen, die ihnen der „Ausnahmezustand" (ein vornehmer Ausdruck für K r i e g s r e c h t !) garantiert, nicht ausreichen, da schlagen die „Grauen Wölfe" zu — vorzugsweise übrigens gegen Büros, Funktionäre und Mitglieder der sozialdemokratischen Partei CHP!

Und Matthöfer sieht nichts, hört nichts, sagt nichts, aber z a h l t — und das reichlich!

Türkische Asylsuchende mit dem Hinweis auf Armee und Polizei, auf Kriegsrecht und „Sicherheits"-Budget in der Türkei wieder nach Hause zu schicken — einen solchen Zynismus hätten selbst wir Ihren Behörden kaum zugetraut. Man merkt doch immer wieder, wie k u r z ein Zeitraum von 35 Jahren, wie n a h die Vergangenheit in diesem Land immer noch ist.



Der überdurchschnittliche Zustrom türkischer bzw. kurdischer Asylsuchender in die BRD ist kein Zufall. Er ist das Ergebnis einer Politik politischer und wirtschaftlicher Terrormaßnahmen in der Türkei. Diese Politik wird von Ihnen nicht nur stillschweigend subventioniert, sondern ausdrücklich gutgeheißen und von der türkischen Regierung gefordert.

Wehren sich die Betroffenen, so müssen sie um ihr Leben fürchten — sei es durch Militär und Polizei, sei es durch faschistische Banden, deren „Hilfe" von türkischen Militärs und Regierungsmitgliedern unverhüllt begrüßt wird.

Kommen die Opfer dieser „Konsolidierungspolitik" jedoch in die BRD, so werden sie verächtlich als „Scheinasylanten" beschimpft und unter Strafandrohung („Asylrecht mißbraucht"!) wieder zurückgeschickt.

Wir ersparen es uns, diese, von Ihnen maßgeblich verantwortete Politik mit Beiworten zu versehen. Wir müßten sonst unflätige Ausdrücke gebrauchen.

Nicht nur wegen der Türkeipolitik der Bundesregierung, sondern wegen vieler weiterer Gründe können wir Ihre Partei am 5. Oktober nicht zur Wahl empfehlen. Den Sozialdemokraten, die dennoch und trotz alledem erneut ihre Zweitstimme der SPD geben werden, möchten wir auffordern, in dem Wahlkreis Matthöfers Ihnen die E r s t s t i m m e zu verweigern, damit der Protest gegen die menschenfeindliche Politik der Bundesregierung gegenüber der Dritten Welt und besonders der Türkei hier sichtbar wird.

KB/Gruppe Frankfurt

Matthöfer total enthemmt

Auf den Tag genau 7 Jahre nach dem faschistischen Putsch der Militärs in Chile, die Matthöfer damals eine „Mörderbande" nannte, hat in der Nacht vom Donnerstag das türkische Militär geputscht.

Die Bundesregierung – in deren Namen Finanzminister Matthöfer spricht – ist der zentrale Koordinator der westlichen Türkei„hilfe" an die Türkei. Finanzen und Waffen wurden in den letzten Monaten in Milliardenhöhe an das diktatorische Demirel-Regime und das jetzt putschende Militär geliefert.

Wir trafen den dafür verantwortlichen Finanzminister Matthöfer einen Tag nach dem Putsch auf der Bergerstraße in Frankfurt. Hier der Bericht eines Genossen:

„Wie jeden Samstag, bin ich auch heute gegen 11.00 Uhr auf die Bergerstraße gegangen, um dort am Uhrtürmchen den Arbeiterkampf zu verkaufen.

Da jetzt Wahlkampf ist, haben auch die verschiedenen Parteien dort Info-Stände aufgebaut. Ich staunte nicht schlecht, als ich am Stand der SPD-Bornheim den Wahlkreiskandidaten dieser Partei und Finanzminister, Matthöfer, der ja bekanntlich der ‚Koordinator' der westlichen Türkei„hilfe" ist, entdeckte.

Als ich ihn sah, fragte ich laut: „Na, Herr Matthöfer, haben Sie das gut getimed mit dem Putsch in der Türkei?" Matthöfer laut: „Sie sind ein Vollidiot, machen Sie, daß Sie weiterkommen!" Ich habe meine Frage noch 4 - 5 mal wiederholt; dann kam er auf mich zu und sagte „Wenn Sie das jetzt noch einmal sagen, hau ich Ihnen was an den Hals! Ich war mal Boxer!" Sein Leibwächter legte den Arm ‚beschwichtigend' auf seinen Arm. Ich sagte: „Besser nicht".

Ich bin dann sofort zum Telefon und habe noch einige Genossinnen und Genossen angerufen; als wir dann 30 Minuten später zu 8 waren, haben wir ihn wieder gestellt:

Matthöfer war gerade am Autogramme verteilen. Ein Genosse ließ sich ein Autogramm geben und fragte: „Haben Sie so auch die Unterschrift für die Waffenlieferungen in die Türkei geleistet?" Dann haben wir pausenlos mit mehreren Leuten Fragen gestellt: „Warum hat die BRD der Türkei Waffen und Geld in Milliardenhöhe zukommen lassen? Wußten Sie vorher von dem Putsch? Warum werden die Grauen Wölfe nicht verboten? Was haben Sie mit dem Putsch in der Türkei zu tun? Matthöfer versuchte weiter Autogramme zu geben, dann fragte er: „Von welcher Fraktion sind Sie denn? Gehören Sie zur Viererbande? Wie wollen Sie einen KB-Staat regieren?" Wir verkündeten laut, daß er offensichtlich nicht bereit sei, unsere Fragen zu beantworten und wiederholten die Fragen laut. Ein Luftballon zerplatzte laut. Matthöfer: „Sie, machen Sie das nicht nochmal." Ich darauf: „Drohen Sie uns schon wieder?" „Ja, wenn ich Dich alleine erwische, kriegst Du was in die Schnauze!" Matthöfer war jetzt bleich vor Wut, seine schöne Schau auf der Bergerstraße war offensichtlich geplatzt. Er zog sich mit seinem Tross hinter einige Marktstände zurück, um einen neuen Weg zu suchen, doch noch ohne uns auf der Bergerstraße weitermachen zu können. Wir sind ihm aber hinterher und haben wieder angefangen laut zu fragen. Jetzt klinkte der Herr Finanzminister völlig aus: Er zog sich die Jacke aus und stürzte sich auf einen Genossen. In letzter Sekunde konnten seine 2 Leibwächter und seine Frau Traudel ihn noch zurückhalten. Noch einmal versuchte er einen Anlauf, wurde aber erneut gebremst. Dann rief er über die mittlerweile ca. 50 - 60 Leute starke Menschenmenge hinweg: „Dich merk ich mir! Dich merk ich mir! Wenn ich Dich alleine erwische, hau ich Dir in die Schnauze!"

Dann beschipfte er uns unflätig als „Vollidioten" und sagte zu einem Genossen „Du bist ein Drecksack!"

Matthöfer sah keine weitere Möglichkeit, seinen Wahlkampf auf der Bergerstraße weiterzuführen und zog sich zurück.

Wir stellen fest: Finanzminister Matthöfer war offensichtlich nicht in der Lage oder Willens auf unsere Fragen zu antworten. Als er für ihn höchst peinliche Fragen in Bezug auf seine Verantwortung an dem Putsch in der Türkei gestellt bekam, drohte er mit Gewalt.

Da wir selber nicht zu den Bundestagswahlen kandidieren, ist dieser Fall sicher nicht besonders geeignet, in der – ohnehin schon stark überlasteten – Wahlkampfschiedsstelle behandelt zu werden. Gleichwohl sind wir der Meinung, daß Matthöfers völlige Entgleisung einen mittlerweile strafrechtlich relevanten Rahmen erreicht hat.

Auf alle Fälle hat Matthöfers enthemmter Ausfall für uns plastisch gezeigt, daß dieser Sozialdemokrat große Angst vor der Wahrheit hat: Daß nämlich die Bundesregierung eine wesentliche Mitschuld am faschistischen Putsch in der Türkei hat!

KB/Gruppe Frankfurt

Frankfurt:

Linke SPD solidarisch mit Matthöfer?

Zu einer SPD-Großveranstaltung unter dem Motto „Bildung für alle – gegen reaktionäre Bildungspolitik" kamen am 18.9. immerhin ca. 600 Jugendliche.

Zu einem dicken Skandal kam es, als es verboten wurde, Aufrufflugblätter zur Demo gegen den Militärputsch in der Türkei zu verteilen.

Die Veranstalter gingen soweit, über das Mikrofon die Verteiler zu diffamieren und lächerlich zu machen.

Dieses gemeine Verhalten der „linken" SPDler wurde jedoch zu einem totalen Bumerang: Als die Rodgau Monotones einem Flugblattverteiler die Möglichkeit gaben, über das Mikro zu sprechen, gab es starken Beifall. Als darauf hingewiesen wurde, daß die SPD anscheinend Angst davor habe, daß ihr Mitverantwortung am Zustandekommen des Putsches zur Sprache komme, kam langsam Begeisterung auf.

Nachdem dann noch der Schulsprecher der GOS-Bockenheim-Süd über einen erfolgreichen Streik gegen die Zerschlagung der Gesamtschule berichtete und alle Parteien für die Schulmisere verantwortlich machte, tobte der Saal.

Der SPD war die Veranstaltung jetzt völlig aus dem Griff geraten. Dafür gingen die Flugblätter über den Putsch umso besser weg.

KB Frankfurt

AUFRUF AN ALLE FRANKFURTER SPD-WÄHLER :

Aus Protest gegen die Türkeipolitik der Bundesregierung – Verweigert Matthöfer die E R S T S T I M M E !

Als 1973 in Chile das Militär putschte, da nannte Herr Matthöfer die Verantwortlichen eine "Mörderbande".

Als Anfang des Jahres in der Türkei, streikende Arbeiter in das Sportstadion von Izmir gesperrt wurden, verhandelte Finanzminister Matthöfer gerade mit der diktatorischen Demirelregierung über eine Finanz- und Militär"hilfe" in Höhe des gigantischen Betrags von über 1 Milliarde US-$.

Finanzminister Matthöfer ist der 'Koordinator' der westlichen Türkei"hilfe", deren Vergabe an drastischen Bedingungen geknüpft ist; Entlassungen und Rationalisierung, Lohnstop und riesige Preiserhöhungen, Unterdrückung von Streiks, usw.

Ein wesentlicher Anteil der Milliardenkredite ist zur Ausrüstung von Polizei und Militär bestimmt. So war die 1. Soforthilfe" der Bundesregierung an die Türkei, die Lieferung von Polizeipanzern und Waffen.

Türkische Militärs und Polizei werden in der BRD ausgebildet, Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung unter westdeutscher Anleitung in der Türkei aufgebaut.

Jetzt putschte das türkische Militär – wie schon länger befürchtet– und setzte alle demokratischen Rechte ausser Kraft. Parteien und Gewerkschaften sind verboten, das Kriegsrecht auf das ganze Land ausgedehnt.

Wo Armee und Polizei mit all den Befugnissen, die ihnen das Kriegsrecht garantiert, nicht ausreichen, da schlagen die Grauen Wölfe zu – vorzugsweise gegenüber Büros, Funktionärm und Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei CHP !

Und Matthöfer sieht nichts, hört nichts, sagt nichts, aber zahlt – und das reichlich !

Es ist eigentlich nicht mehr verwunderlich, daß der eigentliche Gesprächspartner Matthöfers in der Türkei, mit dem er über die Türkei"hilfe" verhandelt, der türkische Wirtschaftsexperte Özal, am 15.9. von der faschistischen Militärjunta zum neuen Ministerpräsidenten ernannt wurde.

Matthöfer hat bereits am Abend des Putschtages in den 'Tagesthemen' erklärt, daß die westdeutsche Finanz- und Militär"hilfe" auch weiterhin in die Kasse der türkischen Militärs fliessen wird.

Alle Sozialdemokraten, die dennoch und trotz alledem, erneut ihre Zweitstimme der SPD geben werden, möchten wir auffordern, in Matthöfers Frankfurter Wahlkreis Nr. 140, ihm die E R S T S T I M M E zu verweigern, damit der Protest gegen die menschenfeindliche Großmachtpolitik der Bundesreg ierung gegenüber den Völkern der Türkei sichtbar wird.

Initiative gegen die Grauen Wölfe, Frankfurt

Demonstration in Frankfurt gegen »Graue Wölfe«

VOM CHILENISCHEN ZUM TÜRKISCHEN KONSULAT

27. 9.

am Samstag, 11 Uhr, Friedberger Platz

Diese Demonstration wird getragen von: Initiative gegen die Grauen Wölfe, AStA der Uni, Stadtschülerrat, **Arbeiterselbsthilfe** (ASH), GLH, **Arnachistische** Föderation Ffm, KB, GIM, KL, Kreisvorstand der Grünen Ffm, Volksfront Ffm.

Die türkischenOrganisationen Halkin Kurtulusn, Devremci Isci, Proleter Dayanisma rufen mit eigenen Aufrufen dazu auf.



Westdeutsche und ausländische Demonstranten eine Kampffront

Für den VS sind »Graue Wölfe« »gesetzestreue Jugendliche«

Nachdem vor zwei Monaten der „*Verfassungsschutzbericht für 1979 über den türkischen Extremismus in der BRD*" der SPD/FDP-Regierung veröffentlicht wurde (s. dazu AK 180), hat jetzt der niedersächsische CDU-Verfassungsschutz zum selben Thema noch zwei weitere „Sonderinformationen" verbreitet.

Darin werden die faschistischen „Grauen Wölfe" in noch kriminellerem Maße verharmlost als schon im ersten Bericht.

Hier die „Erkenntnisse" aus Hannover:

– Die MHP wird von einer „*von Kommunisten betriebenen Kampagne*" (gegen die „Grauen Wölfe") gewarnt. „*In Wahrheit*" sei die Politik der MHP „*antikommunistisch, dabei aber westlich orientiert und gemäßigt islamisch, nationalistisch ausgerichtet.*"
– In keinem Fall lägen Beweise vor, daß Funktionäre der MHP-Auslandsorganisation ADUETDF („Grauen Wölfe"-Tarnorganisation) eine Gewaltaktion gebilligt oder gesteuert hätten.
– „Graue Wölfe" als Organisation gibt es nicht. „*Die Grauen Wölfe, die die Kommunisten als Geheimorganisation hinstellen, sind nichts anderes als die gesetzestreuen, disziplinierten, demokratischen, idealistischen türkischen Jugendlichen*" und
– „*Grauwolf ist in türkischen Ohren ein schmeichelhafter Ehrenname*".
– Speziell angegriffen wird der Vorsitzende der türkischen Gemeinde in Hannover, der Sozialdemokrat Teoman Atalay, er sei „orthodoxkommunistisch beeinflußt", FIDEF-Mitglied (linke türkische Organisation – revisionistisch orientiert) und habe nach der Erschießung eines linken Türken „*eine breit angelegte Kampagne mit dem Ziel, den Unglücksfall den türkischen Rechtsextremisten zuzuordnen*", eingeleitet.

(Alle Zitate nach „FR",5.8.80)

Der Verfassungsschutzbericht geht soweit, daß er eine Selbstdarstellung über das Symbol „Grauer Wolf" aus der rechten türkischen Zeitung „Anadolo" übernimmt, die wiederum aus dem MHP-Organ für Auslandsorganisationen „Vatan Hasret" zitiert, deren Parteisymbol der „Graue Wolf" ist (nach J. Roth in „Vorwärts", 21.8.80).

Eine Lehrlingsgenossin aus Hamburg

500.000.000.000 Dollar

für die Umrüstung der imperialistischen Energieversorgung

Vergleiche mit dem Krieg, das waren die bestimmenden Töne zum Auftakt der Weltenergiekonferenz in München: „Ausreichende Energie entscheidet über Kriege und Frieden. Die OPEC-Staaten sollten mit ihrer Preispolitik die Welt nicht aus den Angeln heben", erklärte Bundeskanzler Schmidt. Gleichzeitig warnte er vor „internationalem Chaos" und einer neuen „Weltwirtschaftskrise" („FAZ", 9.9.80).

„Energie in ausreichender Menge und zu bezahlbaren Preisen ist eine Lebensfrage", fügte Strauß hinzu, wobei er vor einer „Destabilisierung" und einer „Verarmung der Industrieländer" warnte („TAZ", 9.9.80).

Professor Knizia kündigt an: „Energie wird noch viel mehr kosten als Rüstung" („Welt", 13.9.80).

Während Schmidt im Wahlkampf noch „flotte Fahrt" verspreche, würde sich auch er nach den Wahlen, wie Strauß, auf die „kommende Katastrophe" einrichten, verkündete der „Spiegel" in seiner neuen Serie mit dem Titel: „Die fetten Jahre sind vorbei" (vom 8.9.80). „Wir müssen in den achtziger Jahren bescheidener werden als in den letzten beiden Jahrzehnten", verkündet dort Esso-Chef Wolfgang Oehme, dessen Bankkonten wie bei allen Ölmultis vor dem Überlaufen stehen; 3,5 Mrd. Dollar kann Esso in der BRD allein für die Exploration und Erschließung neuer Öl-, Gas-, Kohle- und Uranvorkommen in diesem Jahr ausgeben (s. AK 182, „Wer verdient an den steigenden Ölpreisen"?)

Den „Kampf weg vom Öl" will sich Guido Brummer (EG-Kommissar) allein 500 Mrd. Dollar für die EG in zehn Jahren kosten lassen (andere Energie-Investitionen nicht eingerechnet) („Wirtschaftswoche", 6.6.80/„Umschau", 20/79).

Welche Gründe stecken hinter der Strategie „Weg vom Öl"?

1979 war das Jahr der Mineralölkonzerne. Gewinnsteigerungen bis zu mehreren hundert Prozent konnten die Öl-Multis für sich verbuchen. Doch selbst diese Milliardengewinne genügen den Ölgiganten nicht.

„*Die Mineralölindustrie entwickelt einen Hunger nach Kapital, der überhaupt nicht zu stillen ist*" (J.Kircheis, Mobil Oil Chef, zit. nach Ch. Levinson, „Wirtschaftskrise und multinationale Konzerne").

So erfordert die Erschließung neuer Ölquellen in 10 Jahren bis 1985 die Investitionssumme von 1200 Mrd. Dollar (laut Chase Manhattan Bank, nach Levinson, ebenda). So wurden z.B. bisher allein von der Royal Dutch bis Ende 78 5 Mrd. DM für die Öl- und Erdgasfelder in der Nordsee aufgewendet. Die Gesamtinvestitionen für die Ausbeutung der Nordseefelder sollen 17 Mrd. DM betragen (laut „Erdölnachrichten" 79 der Deutschen Shell).

Diese enormen Summen, die die Multis im Energiesektor investieren wollen, werden über die steigenden Energiepreise und die damit verbundenen Milliardenprofiten finanziert.

Den BRD-Kapitalisten bringt der hohe Energiepreis mehrere Vorteile.

Zum einen wird die Ausbeutung eigener Ölfelder sowie der Einsatz neuer kostenaufwendiger Fördertechnologien rentabel. Zum anderen ist ein hoher Energiepreis für die BRD-Kapitalisten eine Voraussetzung dafür, aus der einseitigen Ölabhängigkeit herauszukommen. Denn erst durch das hohe Preisniveau für Energie wird die Umstellung auf Alternativen ermöglicht und rentabel. Diese Umstellung auf Alternativen zum Öl
— Kohleveredelung
— Erdgas
— verstärkter Einsatz der Kerntechnologie eröffnet den großen Konzernen des Energiesektors dann neue, enorme Profitquellen.

Als Legitimation für diese große Umrüstung dient wieder einmal das „Ende der Ölzeit". So kommt das „Workshop on Alternative Energie Strategies", eine durch das MIT (Massachusets Institute of Technology) organisierte und aus Energiespezialisten aus 18 Ländern bestehende internationale Arbeitsgruppe, zu der Befürchtung, daß „*bereits vor dem Jahr 2000 - wahrscheinlich zwischen 1985 und 1995*" das Ölangebot „*die steigende Nachfrage nicht mehr befriedigen*" kann (Report des WAES „Manager Magazin", 10/77).

Zur Schließung dieser Energielücke schlagen die 76 Wissenschaftler verschiedene Maßnahmen vor, so u.a.:
— Energiesparmaßnahmen (z.B. durch Wärmeisolation)
— Ausweitung des Kohleeinsatzes
— verstärkter Einsatz der Kerntechnologie
— höhere Energiepreise

Diese vier Punkte bilden heute auch den Leitfaden bei der Umrüstung der Energieversorgung der BRD.

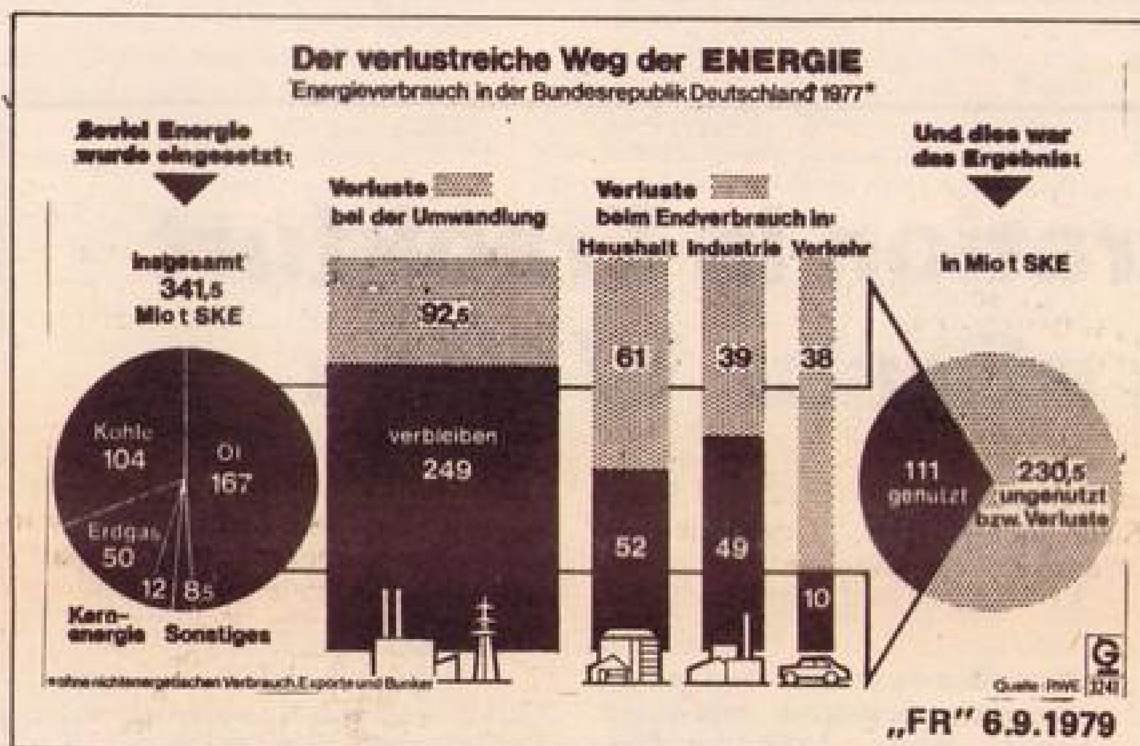
In der BRD stehen die Kapitalisten allerdings vor dem ‚Problem', daß „*sie* (die BRD) *über mehr Energie verfügt, als sie verbrauchen kann*" („Die Zeit", 16.1.76), so daß „*wir ... auf Jahre hinaus genügend Energie haben*" (der damalige BuMi Friderichs in „Das Parlament", 21.2.76).

Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schrieb in seinem Jahresgutachten 77/78, daß die Marktsituation durch „*Überkapazitäten*" bestimmt ist, was wiederum „*zu niedrig*[e]" Energiepreise zur Folge habe.

So müssen dann vom Markt „*Zwänge*" ausgehen, die „*zwar schmerzhaft aber geeignet* (sind), *die notwendige Umstrukturierung des Energiemarktes herbeizuführen ...*" („FR", 3.7.79).

Nach Meinung des Sachverständigenrates würden die vom Markt „*erzwungenen Anstrengungen, Energie zu sparen und zusätzliches Angebot zu mobilisieren*" bei zu niedrigen Energiepreisen „*unzureichend*" sein.

Die erste und auch bedeutendste Maßnahme, die dann im Rahmen der Energiesparpolitik durchgeführt wurde, war die Erhöhung der Energiepreise.



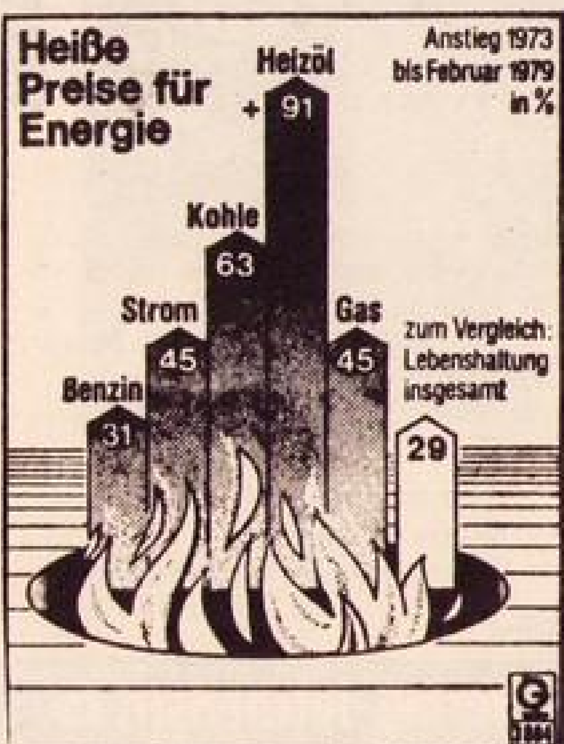
„FR" 6.9.1979

Der Energiepreis, die erste Priorität

Nachdem von verschiedener Seite der Vorteil höherer Energiepreise herausgestellt wurde (WAES-Report, Sachverständigengutachten), rechnet die Bundesregierung dem Steuermechanismus der Energiepreise als Instrument der Energieeinsparung „*nach wie vor die erste Priorität*" zu („VWD", 9.4.80).

Entsprechend hoch sind für den Verbraucher die Preise:
1972 1l Benzin 58,5 Pfg
1978 1l Benzin 87,6 Pfg
1980 1l Benzin 115 Pfg und mehr
— Während der Heizölpreis Mitte 78 noch bei ca. 30 Pfg je Liter lag, rangiert er heute bei über 60 Pfg/l („Spiegel", 25. Juni 79).
— Innerhalb der EG ist das Heizöl für Haushalte in der Bundesrepublik am teuersten (ohne Berücksichtigung der Steuern, „VWD", 31.1.80).
— Das Niveau der Preise für die wichtigsten Mineralölerzeugnisse lag Ende 79 im EG-Durchschnitt um rund 79 % höher als am 31. Dezember 78 („VWD", 27.3.80).
— Das Erdgas paßt sich dem „allgemeinen Energiepreisniveau" an („Der Arbeitgeber", 19/31/1979). Der Erdgaspreis orientiert sich nach dem Ölpreis.
— Auch die Strompreise steigen ständig. So haben die Energieversorgungsunternehmen erst kürzlich wieder den Strompreis im allgemeinen um 6 bis 10 % erhöht („Bild", 19.1.80).

Der hohe Energiepreis erfüllt also verschiedene Funktionen. Neben dem Energiesparen bietet er einen Anreiz für die Industrie, alternative Technologien zu entwickeln, „*die zwar zur Zeit noch nicht marktwirtschaftlich rentabel sind, es aber bei steigenden Energiepreisen mit Sicherheit werden*", so Guido Brunner in der „FR" vom 5.3.80.



aus: „Aktionskreis Leben extra"

Das Energiesparprogramm

In der BRD wird über die Hälfte des Erdöls verheizt; ca. 29 % als leichtes und 24 % als sogenanntes schweres Heizöl (siehe auch AK 182, S.7).

D.h. mehr als 50 % des importierten Erdöls wird in der Industrie und in den Haushalten zur Prozeßwärmeerzeugung, zum Heizen der Gebäude, Hallen und Räume und zur Warmwasserherstellung verbraucht. Speziell bei den Haushalten macht der Energiebedarf für Heizung und Warmwasser etwa 93 % des gesamten Energieverbrauchs der Haushalte aus (IFEU, Heidelberg, Febr. 80). Das Öl deckt ca. zwei Drittel des gesamten Raumwärmebedarfs (VDEW-Studie). Dieser Sektor bot sich den Wirtschaftsplanern dann auch am ehesten als Sparhebel an, zumal hier auch schon kurzfristig Veränderungen erzielt werden können.

So billigte der Bundesrat bereits 1977 neue Vorschriften zur Einsparung von Energie; Ziel ist es, durch strengere Auflagen im Baubereich, Energieverluste beim Heizen und Kühlen von Gebäuden zu vermeiden. Durch die Erhöhung der „bisher geltenden baulichen Mindestanforderungen für den Wärmeschutz" sowie neuer Anforderungen an „heizungstechnische und Brauchwasseranlagen" soll ein besserer Wirkungsgrad erzielt werden. Die Verordnung gilt allerdings nur für konventionelle Technologien (Öl, Gas, Kohle). „*Anlagen, die über Abwärmenutzung oder neue Technologien wie Sonnenenergie und Wärmepumpe versorgt werden, sind von den Anforderungen ausgenommen*" („SZ", 6.6.77).

Durch diese Maßnahmen werden „*im allgemeinen Einsparungen in der Größenordnung von 25 bis 30 % erwartet*" (K. Ravens, „FR" vom 10.6.77).

Um den Anreiz energiesparender Baumaßnahmen zu vergrößern, trat dann 1978 das von der Regierung verabschiedete Energiesparprogramm in Kraft (Laufzeit 5 Jahre).

Mit einem Förderetat von 4,35 Milliarden DM sollen nun Bauherrn unterstützt werden, die „*die Heizungstechnik und den Wärmeschutz in Altbauten verbessern sowie Solaranlagen, Wärmepumpen und Anschlüsse für Fernwärme einbauen wollen*" („FAZ", 19.6.77).

Durch dieses Förderprogramm sowie aufgrund der rapide gestiegenen Heizölpreise bekam die Branche der Wärmepumpenhersteller enormen Auftrieb.

Eine Wärmepumpe kann mensch sich etwa als umgekehrten Kühlschrank vorstellen. Aus der Umwelt (Luft, Wasser, Erde) sowie aus der Abluft oder dem Abwasser entnimmt sie Wärme und führt diese Wärme dem Gebäude oder Raum zu. Dabei gibt die Wärmepumpe etwa 2/3 mehr Nutzenergie ab, als an Primärenergie in sie hineingesteckt wurde (IFEU-Studie, Febr. 80). Auf dem Markt werden heute fast nur Elektrowärmepumpen angeboten, die einen schlechteren Wirkungsgrad haben als z.B. Dieselwärmepumpen, aber Öl soll ja „gespart" werden.

Die Hersteller solcher Anlagen sehen nun recht rosigen Zeiten entgegen. So erreichte die Firma Happel GmbH u. Co. (Wärmepumpenproduzent) bereits im März dieses Jahres die Jahresproduktion von 1979.

Auch die Siemens-Tochter Kulmbacher Klima-Werk GmbH sieht im Wärmepumpenbereich einen Zukunftsbereich. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts erwartet die KKW GmbH einen Wärmepumpenbestand von 500.000 (derzeit sind erst ca. 8.000 Wärmepumpen in der BRD installiert). Das BMFT prognostiziert gar einen Bestand von rund 1 Million bis 1990 („VWD", 25.3.80). Um dieser Entwicklung weiteren Vorschub zu leisten, bietet die HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) einen um 7% vergünstigten Strompreis für elektrische Wärmepumpen an. Damit erhofft sich die HEW, den Bestand an Wärmepumpenheizungen in Hamburg, der 1978 erst bei 150 lag, bis 1990 auf 5.000 und bis zum Jahre 2000 auf 20.000 zu erhöhen (HEW-Broschüre: „Strom ersetzt Öl", April '79).

Nach Meinung des Staatssekretärs im BMFT E. Stahl kann der Einsatz der Wärmepumpen eine Ersparnis von rund drei Mrd. Liter Heizöl erbringen („VWD", 25.3.80).

Eine weitere Maßnahme zur Einsparung von Heizöl ist der Einsatz von Elektroheizungen, Elektrodurchlauferhitzern und Elektroboilern. So will Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht „*zusammen mit der Industrie eine Werbekampagne mit dem Ziel starten, beim Hausbrand eine Umstellung von der Ölfeuerung auf Strom zu erreichen*" (siehe AK 172, S. 14).

Die Möglichkeit, bis zum Jahre 1990 jährlich 800.000t Heizöl durch den Einsatz eben genannter Systeme sowie Solaranlagen einzusparen, sieht J. Grawe (Minist. f. Wirtschaft, BaWü) für Baden-Württemberg. Das entspräche rund 11% des Verbrauch von 1977 („Energie", Jan. '80).

Daß die Verstromung des Heizungs- und Warmwassersektors allerdings nichts anderes als eine große Energieverschwendung bedeutet, beweist allein die Tatsache, daß z.B. eine Elektroheizung (Nachtspeicherheizung) nur einen Wirkungsgrad von insgesamt etwa 25% hat (einschließlich Kraftwerksverluste), der Rest wird in Flüssen und in die Luft verheizt, wogegen ein konventioneller Heizkessel auf ca. 80% kommt (IFEU-Studie).

Durch den Einsatz weiterer unkonventioneller Techniken (Sonnenkollektoren, Fernwärme, Biogas u.a.) erhoffen sich die Kapitalisten, den Mineralölbeitrag auf dem Wärmemarkt insgesamt auf 40 Mio. t SKE zu senken. 1977 betrug der Anteil noch 90 Mio. t SKE (VDEW-Studie, „Wärme 2000"; „FR", 11.6.80),

Öleinsparung auf dem Verkehrssektor

Auf dem Treibstoffsektor bestehen für die Kapitalisten zwei Möglichkeiten Öl einzusparen.

1. Durch den Ausbau des Bundesbahnschienennetzes und durch die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene soll ein Teil des Treibstoffes für PKWs und LKWs eingespart werden.

Dies soll durch eine verstärkte Elektrifizierung des Schienennetzes geschehen. So hat die Bundesbahn bereits am AKW Neckarwestheim I (in Baden-Württemberg) einen Anteil von 150 MW. Nun drängt sie auf die Realisierung des AKWs Neckarwestheim II, an dem sich die Bundesbahn ebenfalls beteiligen will.

2. Substitution von Benzin und Gas durch die Kohleveredelung. Die Möglichkeit, über Kohleveredelungsanlagen Gas und Benzin aus Stein- und Braunkohle herzustellen, ist für die Kapitalisten von besonderem Interesse, da sie dann für diesen Teil der ÖL- und Benzinproduktion autark wären.

So gab die Bundesregierung bereits 1974 den „*Anstoß für die Entwicklung moderner Technologien zur Kohleveredelung in der Bundesrepublik. Bis heute wurden hierzu vom BMFT 650 Mio. DM eingesetzt. Von 1977 bis heute sind in der Bundesrepublik sieben Pilotanlagen zur Kohlevergasung in Betrieb gegangen, eine weitere ist im Bau*" (Energiediskussion 1.2.80).

Am 30. Januar verabschiedete die Bundesregierung dann ein Mammutprogramm zur großtechnischen Erzeugung von Gas, Öl und Benzin aus Kohle.

Mit 13 Milliarden DM sollen insgesamt 14 Großprojekte bis 1993 gefördert werden. In der Planung stehen u.a. auch schon Kohleverflüssigungsanlagen mit einem jährlichen Durchsatz von mehreren Millionen Tonnen Stein- bzw. Braunkohle. So ist z.B. im Ruhrgebiet eine Anlage mit einem jährlichen Durchsatz von sechs Mio t Steinkohle geplant. Diese Anlage soll dann ab 1986 zwei Mio t Flüssigprodukte wie Kraftstoffe und Benzol produzieren (ebenda).

Dazu im Vergleich: 1977 wurden im Verkehrssektor (Endenergie) ca. 50 Mio t SKE Mineralöl verbraucht, was etwa 35 Mio t Mineralöl entspricht (nach IFEU-Studie).

Obwohl nun Bundesforschungsminister Volker Hauff noch im Januar erklärte, daß zum frühestmöglichen Zeitpunkt mit den „Bürgern" über diese Projekte beraten werden sollte, erklärte die Bundesregierung in ihrem Kohleveredelungsprogramm, „*daß gemeinsam mit der Industrie jetzt eine große Anstrengung unternommen werden muß, damit die großmaßstäbliche Erzeugung von Gas, Öl und Benzin aus Kohle mit aller Kraft und ohne Verzug vorangetrieben wird*" (Energiediskussion 1.2.80). 13 Milliarden DM, die bis 1993 investiert werden sollen, sprechen hier eine deutliche Sprache.

Wie bei der Einführung der AKWs werden von Seiten der Regierung und der Industrie faktisch vollendete Tatsachen geschaffen, bevor sich Kritik und Protest an diesen Vorhaben artikulieren könnte. Geradezu verständlich scheint einem dieses Vorgehen, wenn mensch sich die Konsequenzen der Einführung dieser Technologie einmal genauer vor Augen führt.

So bedeutet die Kohlevergasung bzw. -verflüssigung zum einen eine enorme Energieverschwendung: Der Umwandlungsgrad, d.h. der Anteil der Energie aus dem Rohprodukt Kohle, der im Endprodukt Benzin, Öl oder Gas wieder erscheint, beträgt in der Regel 54% (Vergasung) bzw. knapp über 40% (Verflüssigung) (IFEU-Studie).

So beträgt die Effizienz der Großanlage Sasol II in Südafrika, die vor allem mit bundesdeutschem Know-how entstanden ist, gerade 40% („FAZ" und „FR", 19.9.79). Die übrigen 50 bis 60 % werden bei den unter hohen Temperaturen und hohem Druck stattfindenden Umwandlungsprozesse verbracht.

Zum anderen werden bei der Kohleverflüssigung erhebliche Mengen an krebserregenden Stoffen und noch nicht abzuschätzende Mengen an Staub freigesetzt.

Ein weiterer Grund, warum das gesamte Kohleveredelungsprogramm entschieden von den Bürgerinitiativen bekämpft werden muß, ist der, daß der Ausbau der Kohlevergasungs- und -verflüssigungsanlagen ein Votum für

Fortsetzung nächste Seite

Kampf den Atomkraftwerken



aus „Spiegel“ 22/80

Fortsetzung von der vorherigen Seite

den verstärkten Ausbau der Kerntechnologie beinhaltet.

Zum einen soll die Prozeßwärme, die für die Verflüssigung benötigt wird (350 - 500 Grad), durch die Hochtemperaturreaktoren geliefert werden, die eine „*besondere Eignung*“ besitzen („Programm Energieforschung und Energietechnologie 77 - 80“, BMFT). Zum anderen kann insbesondere für „die Braunkohle“ nur mit einem weiteren Ausbau der Kohleveredelung gerechnet werden, „*wenn durch Kernkraftwerke weitere Kohle aus der Stromerzeugung freigesetzt wird*“ (Energiediskussion 1.2.80).

Die Rolle der Kohle

Nachdem der Einsatz der Kohle zur erweiterten Verstromung bisher von den Elektrizitätswerken abgeblockt wurde, (siehe „Spiegel“-Artikel „Bald Spitzenreiter“, Nr. 1/80), ist nun ihr verstärkter Einsatz zur Verstromung geplant.

So ist das Kernstück des vor einigen Monaten geschlossenen „Jahrhundertvertrages“ zwischen E-Wirtschaft und Steinkohlenbergbau die „*kontinuierliche Erhöhung der Steinkohlelieferungen zur Stromerzeugung in Elektrizitätswerken*“ („FAZ“, 11.3.80).

Dieser Vertrag verlängerte den bereits bestehenden um acht Jahre bis 1995 und erhöhte gleichzeitig die
1995 und erhöhte gleichzeitig die
Kontingente von 33 Mio t pro Jahr (nach dem alten Vertrag) auf abschließend 47,5 Mio t im Jahre 1995.

Dadurch ist nun die so viel beschworene „*Vorrangrolle der deutschen Kohle erfüllt, und die Möglichkeit der Importkohlenfreigabe eröffnet*“ („VWD“, 24.4.80).

Von den Bonner Politikern wird dann auch die „*schrittweise Öffnung des deutschen Marktes für Importkohle*“ angestrebt, „*da der heimische Bergbau im Laufe der achtziger Jahre nicht mehr in der Lage sein wird, die inländische Nachfrage zu decken.*“ „*Mit Kohlegutachten im Koffer reisen gegenwärtig fast alle Spitzenmanager des Energiegeschäfts um den Globus. Helmut Buddenberg von der Deutschen BP besuchte rasch nacheinander die Sowjet-Union, Australien und Polen. Hans-Georg Pohl, Vizechef der Deutschen Shell-AG, läßt sich gelegentlich in Südafrika sehen, wo er als Statthalter der Shell-Gruppe schon in den siebziger Jahren Kohleclaims für die Shell abgesteckt hatte*“ („Spiegel“, 22/80).

Mit der billigen Importkohle aus Südafrika und Australien (ca. 30 bis 40% billiger als die subventionierte Ruhrkohle) sollen dann in Zukunft die direkt an den Umschlaghäfen (wie z.B. in Brunsbüttel) geplanten Kohleverflüssigungs- und -vergasungsanlagen betrieben werden.

Mit dem Beginn der kommerziellen Kohleveredelung wird die Kohle nach und nach aus dem Bereich der Verstromung herausgenommen werden. So sprach sich die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel auf einer Podiumsdiskussion dafür aus, „*die Kohle für Veredelungsverfahren zu reservieren.*“

Welchen Umfang die Kohle dann als Ölsubstitut in der Zukunft einnehmen soll, beschreibt Lantzke (Exekutivdirektor der Internationalen Energie Agentur [IEA]) folgendermaßen.

In einer zukünftigen Kohlezeit würden jährlich „*700 Millionen Tonnen Kohle*“ über die Ozeane transportiert werden (gegenwärtig sind es etwa 130 Mio t), das „*Energie-Äquivalent der gegenwärtigen Ölförderung Saudi-Arabiens*“, dem größten Öllieferanten der Welt („Spiegel“, 26.5.80, zitiert nach „Foreign Affairs“).

Um nun den Firmen wie Krupp und Gelsenberg den Einstieg in die neue Kohletechnologien leichter zu machen, berät das BMFT über „flankierende Maßnahmen“ zur Rentabilitätssicherung.

Dabei kommen nach Meinung der BMFT folgende Punkte in Frage:

a. Einführung eines Gaspfennigs
b. Steuerverzicht der Öffentlichen Hand bei synthetischen Treibstoffen
c. Investitionszulagen beim Bau der Anlagen
d. Garantierte Mindestpreise (der „Spiegel“ schätzt den Preis für Kohlebenzin auf 2,30 DM)
e. Deckung der Differenz zwischen Herstellerkosten und Mineralölpreis durch den Steuerzahler

(„SZ“, 10. Okt. 79).

Die Atomkraftwerke

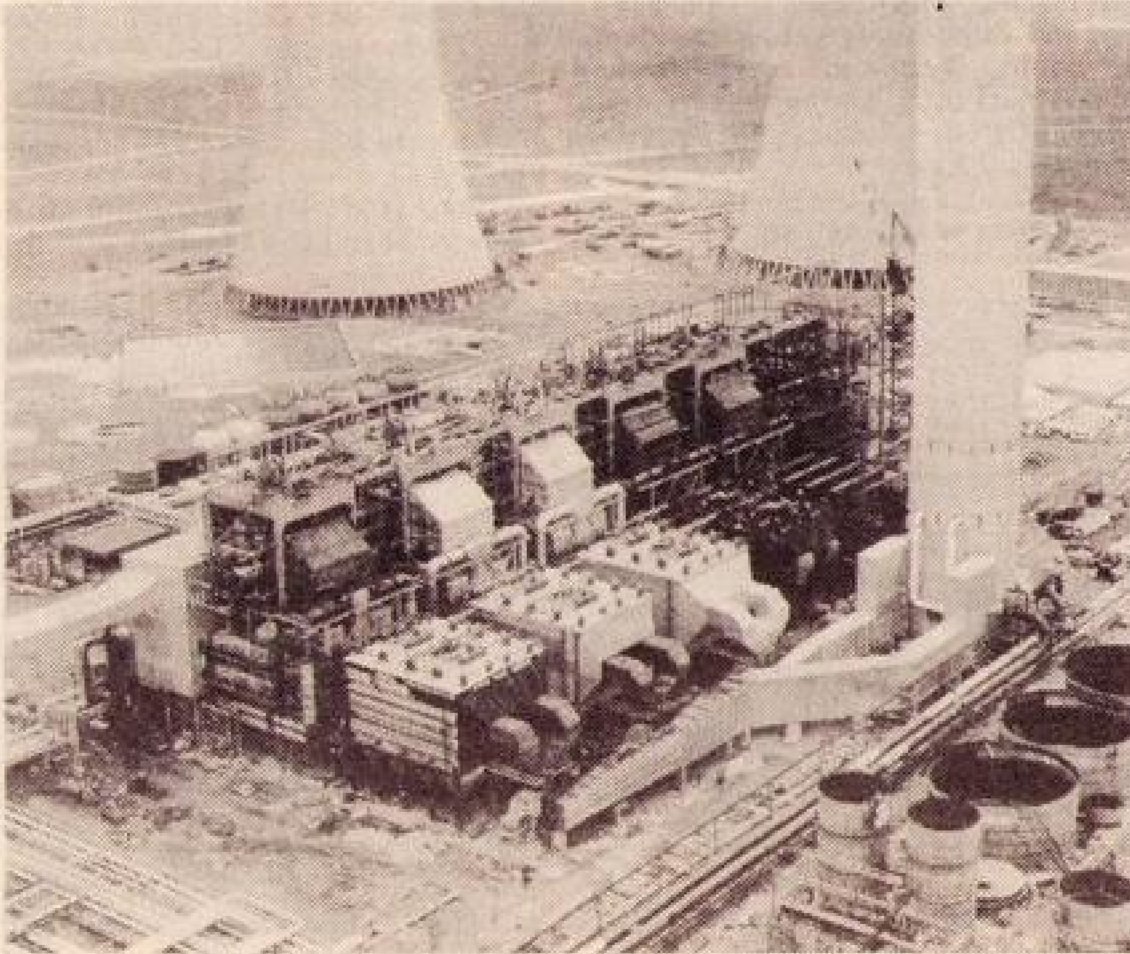
Nachdem nun die Kohle mittel- und langfristig nur noch in begrenztem Maße für die Stromerzeugung zur Verfügung steht und den verschiedenen Alternativtechnologien „*kein bedeutender Beitrag bei der Ölsubstitution*“ bis zum Jahre 2000 zugerechnet wird, bleibt für die Stromerzeugung, so die Politiker aller Coleur, nur noch die Atomenergie übrig. Nachdem das „Energieversorgungsdrama“ schon seinen Teil dazu beigetragen hat, den Einsatz weiterer AKWs zu rechtfertigen, drohen Schmidt und Konsorten nun noch mit einem Krieg ums Öl, wenn das Atomprogramm nicht schleunigst realisiert wird. So muß denn auch endlich das Nachwahljahr 1981 den „Durchbruch der Kernenergie“ bringen. Selbst die Gewerkschaften hätten inzwischen „*klar Farbe bekannt*“ und wenn sich „*der Rauch der Wahlkämpfe dieses Jahres verzogen hat*“, sei eben mit dem Bau neuer AKWs keine Zeit mehr zu verlieren (Veba-Chef Bennigsen-Foerder; „VWD“, 22.4.80).

So sollen dann bis zum Jahre 1985 18.600 MW Kernkraftwerksleistung installiert sein (KWU-Chef Barthelt;
18.600 MW Kernkraftwerksleistung installiert sein (KWU-Chef Barthelt;
„VWD“, 20.3.80) und bis zum Jahr 2000 ganze 50.000 MW (Hartkopf; „Energie“, 12/79). Im Innenministerium sollen die Planungen für 53 Kernkraftwerke und drei Zwischenlager bis 2000 laufen („SZ“, 1.3.80). (Siehe auch AK 172, „Gegen die neue Offensive der Atommafia“).

Das Konzept

Der Energieträger Öl ist trotz erhöhter OPEC-Preise immer noch unvergleichlich billig. Aber die Erschliessungskosten in den neuen Ölfeldern liegen erheblich über denen des Nahostöls. (Nordseeöl ca. 10 Dollar, Nahostöl unter 1 Dollar, „Atomexpress“ 18/80). Enorme Kapitalinvestitionen in der Nordsee, am Nordpol, in Kanada und anderswo werden gegenwärtig von den Ölkonzernen getätigt. Damit sich diese Investitionen lohnen, lag (und liegt) es im Interesse der Multis, daß sich der Nahost-Ölpreis bis auf einen Level verteuert, wo die Ausbeutung dieser Ressourcen für die Kapitalisten rentabel wird. (Vor diesem Hintergrund muß man/frau auch das Gejammer über die Ölpreise und die Kriegsdrohungen einiger Politiker sehen.)

Gleichzeitig mit der Verteuerung des Ölpreises kam weltweit das Bestreben auf, die Energieversorgung für einen mehr oder weniger großen Teil auf Alternativen zum Erdöl umzustellen. Doch auch bei der Kohle, dem Erdgas und der Uranversorgung sind es wieder die Multis, die den Markt beherrschen.



So haben sich fast „*unbemerkt von der Öffentlichkeit ... die internationalen Ölgesellschaften schon zu einer Zeit, als sie in Europa noch heftig Verdrängungswettbewerb gegen die Kohle übten, an anderen Enden der Welt den Run auf Kohlevorkommen eingeläutet*“ („Spiegel“, 22/80).

Heute sind z.B. ca. 40% aller nordamerikanischen Kohlegruben im Besitz von Exxon und der Continental Oil („Atomexpress“, 18/80). Auch die westdeutschen Ölpotentaten stürzen sich inzwischen, vor allem nach der Importkohlenfreigabe, auf die Kohle (siehe weiter oben).

Auch auf dem Uranmarkt haben sich die großen Ölkonzerne die Vorherrschaft gesichert. Allein der Exxon-Konzern besitzt an über 30% der nordamerikanischen Urangruben Anteile (Angaben nach „Atomexpress“, ebenda).

In der BRD sind es ebenfalls Konzerne wie BP, Esso, Shell und Texaco, die sich auf alle Sektoren der Energiebranche etablieren. Jene vier beispielsweise besitzen die Majorität an dem bundesdeutschen Gasbranchenführer Ruhrgas AG. Gemeinsam mit der Ruhrkohle AG wollen sie jetzt auch in die Kohleveredelung einsteigen („Spiegel“, 26/79).

„Unabhängigkeit“ für die BRD-Imperialisten

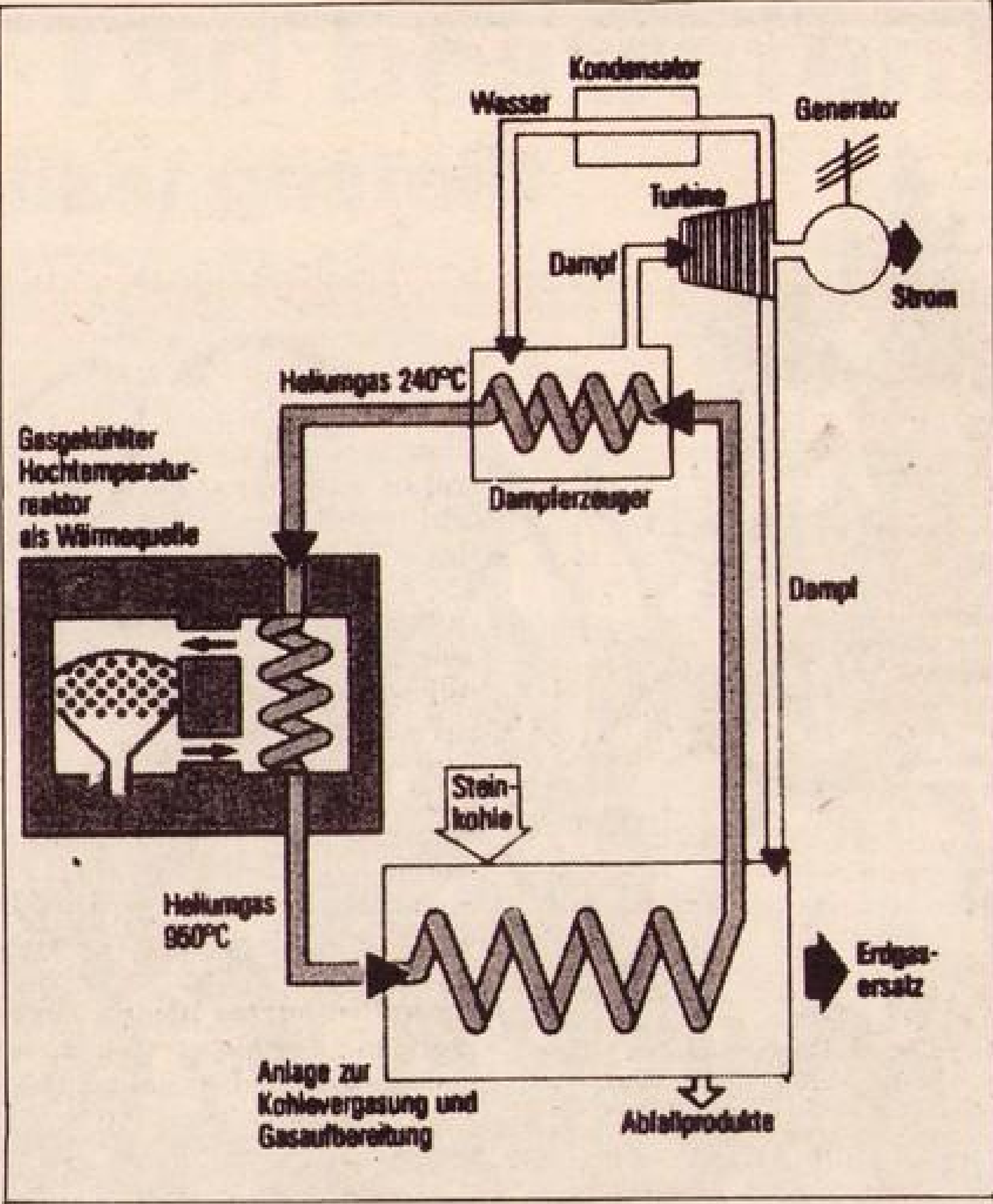
Für die BRD-Kapitalisten ist die Umrüstung der Energieversorgung noch von besonderem Interesse, birgt sie doch die Möglichkeit, aus der einsei-
von besonderem Interesse, birgt sie doch die Möglichkeit, aus der einsei-
tigen Abhängigkeit vom Öl herauszukommen.

Momentan hat das Öl, das zu über 90% eingeführt werden muß, noch einen Anteil von ca. 50% an der Primärenergieversorgung, erstmals rutschte der Anteil auf unter 50% in diesem Jahr. Durch Energie„spar“-maßnahmen, sowie durch den verstärkten Einsatz der Kohle, des Erdgases und der Kerntechnologie, versuchen die Kapitalisten diesen Anteil zu senken. Für den Bereich des Kohleeinsatzes, (Stromerzeugung und Kohleveredelung), wären die Kapitalisten dann autark.

Bei der Versorgung mit Erdgas sieht die Situation ähnlich aus. Rund 85% des Erdgases stammen aus westeuropäischen Quellen, und die inländische Förderung deckt insgesamt 34% des Gasbedarfs („VWD“, 19.5.80; „FAZ“, 5.4.80).

Bei der Uranversorgung ist die Situation für die Kapitalisten zwar nicht ganz so rosig, aber „*mit den meisten Lieferländern verbinden uns enge politische und wirtschaftliche Beziehungen*“ (Friderichs; „FAZ“, 16.4.75). Neben der direkten Beteiligung an der Förderung von Natururan in Niger und Kanada, was jährlich etwa 1.300 t bringen soll, erhoffen sich die Kapitalisten besonders durch den Brasilienvertrag, den Uranbedarf sicherstellen zu können.

Es kommt für die Kapitalisten neben dem Ziel, die Energieversorgung zu einem möglichst großen Teil autark zu gestalten, auch noch darauf an (gerade nach Harrisburg), die Risiken der einzelnen Abhängigkeiten möglichst klein zu halten. Dazu Hauff: „*Ich halte es, da diese Risiken nicht prinzipiell verschieden sind, für richtig, eine größtmögliche Diversifizierung der Risiken anzustreben. Das heißt nicht, einen bestimmten Energieträger hinsichtlich des Gefährdungspotentials zu betrachten, sondern das Bild insgesamt zu betrachten und zu fragen, wie mischt man am besten diese Risiken*“ („Spiegel“ 21/79).



So arbeiten Kernenergie und Kohle Hand in Hand, um eines Tages das natürliche Erdgas durch künstliches ersetzen zu können. (aus „Spiegel,“ vom 2.6.80).

Energiekonzerne

„*Den Energieversorgungsunternehmen stehen für den Bau von Kernkraftwerken — der durch das Ölpreisdiktat noch beschleunigt wird — Milliarden-Investitionen ins Haus. Allein in der Bundesrepublik wird der Kapitalbedarf der Versorgungsindustrie auf rund 400 Milliarden DM geschätzt*“ („Wirtschaftswoche“, Nr. 43, 17.10.75); nach S Polke, „Wer braucht Atomkraft“).

OECD-Studie (75):
Der Kapitalbedarf wird im Zeitraum von 74 - 85 zwischen 1.100 Mrd. und 1.800 Mrd. Dollar (Dollar von 72 = 2,50 DM) geschätzt, für Erdöl, Erdgas, Kohle und Elektrizität für den Bereich der OECD.

„*In der Europäischen Gemeinschaft brauchen wir in den nächsten zehn Jahren mindestens 500 Mrd. Dollar, um die notwendigen Energie-Investitionen zur vermehrten Einsparung und Erschließung alternativer Quellen zu ermöglichen*“ („Umschau“ 20/79).

„*Insgesamt veranschlagt die Veba die von privaten Unternehmen in den nächsten 20 Jahren aufzubringenden Investitionen in der Energiewirtschaft auf gut 500 Mrd. DM (nach Preisen von Ende 79). Allein das Investitionsvolumen der Elektrizitätswirtschaft wird mit 210 Mrd. DM angesetzt, davon entfallen 70 Mrd. DM auf 30.000 MW neue und 10.000 MW im Bau befindliche Kernkraftwerke...*“ „*Der Explorationsaufwand für Erdöl und Erdgas wird mit 50 Mrd. DM, ... beziffert*“ (nach „VWD“, 22.4.80).

„*Bis zum Jahre 2000 rechnet Friderichs allein auf dem Energiesektor mit einem Investitionsbedarf von mehr als 700 Mrd. DM.*“ „*Dieses 'gigantische Unternehmen' sei auch nur dann zu finanzieren, wenn die betroffenen Unternehmen eine 'anständige Rentabilität' erreichten*“ („VWD“, 7.5.80).

„*Außerdem setzt sie den gemeinsamen Willen voraus, Kapital, Arbeit, Forschung und Phantasie in einem Maße zu mobilisieren, wie es die Geschichte in Friedenszeiten noch nicht erlebt hat — und zwar sofort*“ („WAES-Report“, im „Manager-Magazin“, 10/77).

Die Zeche sollen die Werktätigen zahlen!

die Werktätigen zahlen!

— 2,30 DM veranschlagt der „Spiegel“ für den Liter Kohlebenzin („Spiegel“ 22/80)
— Steuerverzicht beim synthetischen Benzin schlägt das BMFT vor (gegenwärtige Mineralölsteuereinnahmen ca. 21,5 Mrd. DM)
— Die Baukosten für AKWs mußten bisher oft mit dem „Faktor zwei oder mehr“ multipliziert werden („Das Veto“, Atombericht der Ford-Foundation)
— AKWs liefern extrem wenig Strom (Einheiten über 800 MW, ca. 51% Auslastung, ebenda)
— Viele ständig kaputte, bedrohliche AKWs
— Riesige Kohleverflüssigungswerke
— „tendenzieller Anstieg der Arbeitslosigkeit“ (Lantzke)
— die Löhne können eventuell „weniger stark steigen“ als sonst (Sachverständigengutachten 77/78)

So könnte eventuell die energiepolitische Zukunft der BRD aussehen. Massenarbeitslosigkeit, extrem hohe Preise für Benzin und Heizöl, Lohnstopp und gefüllte Kassen der Konzerne.

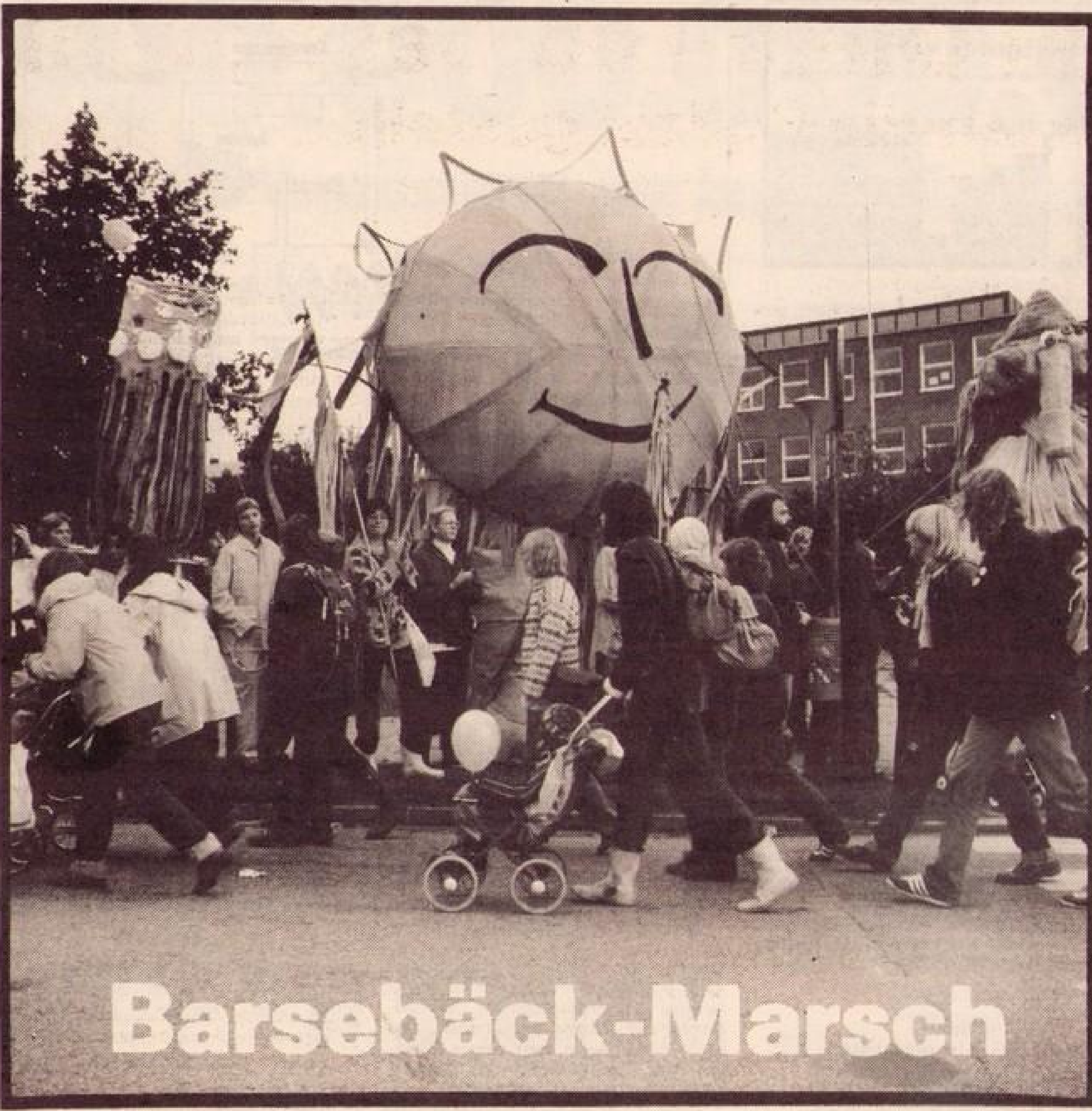
Aber es geht ja um die Energieversorgung und nebenbei schließlich auch noch um den „Weltfrieden“. Schließlich sind, um „*OPEC-freies Öl oder Erdgas aus dem Schelf-Meeren oder der Arktis zu gewinnen, ... Milliarden erforderlich.*“

Allein in der EG „*brauchen wir in den nächsten zehn Jahren mindestens 500 Milliarden Dollar*“ (Zitate nach G. Brunner, „Umschau“, 20/79). Und Brunner weiter: „*Aber wir müssen die tödliche Abhängigkeit vermindern, um unseren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handlungsspielraum wiederzugewinnen.*“

Daß es dabei nicht um unseren sozialen und wirtschaftlichen Handlungsspielraum geht, gibt selbst Brunner im gleichen Artikel zu. „*Wir haben Konsum und Produktion zum Motor der Wirtschaft und der technischen Erneuerung gemacht. Wir haben Verschwendungswirtschaft betrieben. Dies war unser Irrtum.*“ „*Unser zügelloses konsumbestimmtes Wachstum ist aber in Zukunft nicht mehr aufrechtzuerhalten*“ (ebenda).

So prophezeit dann auch U. Lantzke von der Internationalen Energie Agentur (IEA) in Paris einen „*Wohlstandsverlust*“ für den Marktausgleich und einen „*tendenziellen Anstieg der Arbeitslosigkeit*“. Von 30 Millionen im Westen sprach Schmidt im Bundeskabinett (lt. „Spiegel“, 5.9.80). In jedem Fall, ob im „Frieden“ oder gar im Krieg, sollen die „kleinen Menschen“ wieder einmal für die Macht- und Profitgier des Kapitals bezahlen.

Ein Genosse aus Niebüll



Barsebäck-Marsch

Am fünften Marsch gegen die Atomkraftwerke in Barsebäck am 13.9. nahmen 10.000 Menschen teil. Es galt – trotz verlorener Volksabstimmung über das schwedische Atomprogramm – zu beweisen, daß der Kampf erst beendet wird, wenn der letzte Reaktor abgeschaltet ist.

Der Veranstalter war die „**Folkkampanjen Mot Kärnkraft**“, die, als breite Dachorganisation zur Durchführung der Volksabstimmung gegründet, jetzt in eine Mitgliederorganisation umgewandelt wird. Daneben hatte vor allem die OOA in Dänemark zur Teilnahme aufgerufen.

Es gibt viel zu tun für die schwedischen Atomgegner. Das Land hat bereits jetzt die (an der Einwohnerzahl gemessen) höchste Produktionskapazität der Welt für Atomstrom. Die Atomindustrie plant, an mehreren Orten Uranerz abzubauen. Da die schwedischen Uranerzvorkommen zu den größten Europas gehören, der Urangehalt des Erzes aber sehr gering ist, würden bei einem Abbau gewaltige Gebiete vernichtet werden. Mit löslichen Schwermetallen vergiftete Abraum- und Aschehalden wären das Schicksal so mancher Landschaft. Ein Uranerzprojekt (in Ranstad) konnte von der örtlichen Bevölkerung gestoppt werden. Jetzt aber will der staatliche Erzkonzern LKAB in Pleutajokk (Lappland) ein Untertagebergwerk betreiben. Am selben Ort ist eine Anreicherungsanlage geplant, deren Kapazität nicht allein durch das Uranerz aus Pleutajokk ausgelastet werden kann.

An der Westküste plant die Atomindustrie eine Endlagerstätte, bestehend aus einem insgesamt 50 km langen Tunnelsystem in 300 Metern Tiefe. Einwohner der betroffenen Gegend (Kynnefjäll) halten seit einigen Wochen den Berg besetzt, um den Bau der Anlage zu verhindern. An einer Demonstration gegen die Endlagerstätte am 7.9. nahmen 3.000 Menschen teil. Der örtlichen Bevölkerung wird jetzt bei der Bewachung des Berges geholfen.

„Rettet Kynnefjäll“ – „Stoppt Barsebäck“ – „Kein Uranabbau“ war auf den Transparenten des Barsebäck-Marsches zu lesen. Häufig wurde auch die Einführung alternativer Energien („Sonne und Wind“) gefordert. Zahlreiche Musik- und andere Kulturgruppen sorgten für gute Stimmung auf dem 25 km langen Marsch bei rauhem Herbstwetter.

Obwohl der Marsch betont friedlich war – wie in Schweden üblich – konnte die Polizei es nicht unterlassen, auch dieses Jahr den Zug zu filmen.

Wie in den Jahren zuvor, wurde auch diesmal behauptet, die Polizei sei dabei auf „westdeutsche Terroristen“ aus. Es ist bekannt, daß diese Filme westdeutschen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Auch diese Amtshilfe der schwedischen Polizei wird mit der Suche nach „westdeutschen Terroristen“ begründet. Wäre es nicht möglich, daß sich der Veranstalter dagegen verwahrt, daß am Marsch teilnehmende westdeutsche Atomgegner als Terroristen diffamiert und bespitzelt werden, anstatt per Flugblatt aufzufordern: *„Die Anordnungen der Polizei sind zu befolgen.“*? Wäre es nicht nach nunmehr fünf Barsebäck-Märschen an der Zeit, von der schwedischen Polizei einen Erfahrungsbericht über ihre „Terroristenfahndung“ zu verlangen?

Skandinavien-Kommission

Plutonium verschwunden!

Aus dem Schnellen Brüter in Doureay in Schottland sind zwei Behälter mit hochgiftigem Plutonium spurlos verschwunden. „Normalerweise“ wird dies Plutonium u.a. für britische Atombomben verwendet, nun könnten aber auch andere dies Gift in den Händen haben, oder es könnte irgendwo herumliegen. Plutonium ist neben seiner Radioaktivität auch noch chemisch höchst giftig. Einige Zehnmillionstel Milligramm können schon Krebs auslösen. Mit den 1973 in Doureay bereits verschwundenen zehn Gramm könnte schon eine ganze Stadt vergiftet werden. Britische Journalisten fanden heraus, daß 1977 wiederum 25 Gramm verschwunden sind.

Damit war auch der Berufsoptimismus der Betreiber dahin. Der Direktor der Versuchsanlage im fernen, menschenleeren Schottland hatte nämlich gerade verkündet, es gebe keine Sicherheitsprobleme: Ein Schneller Brüter könnte ebensogut in dichtbesiedelten Städten gebaut werden. Auch nach den jetzigen Enthüllungen behauptete die Atomenergiebehörde: *„Diese Dinge können nie wieder passieren“*, da inzwischen die Sicherheitsbestimmungen verschärft worden seien. Der Labour-Abgeordnete Cook hingegen meinte: *„Wer 25 Gramm Plutonium verliert, kann auch ein oder zwei Kilogramm verlieren, und das ist genug, um einen atomaren Sprengkörper herzustellen“.*

Beim näheren Hinsehen kamen noch gleich zusätzliche Pannen ans Licht. Zur Suche nach dem Plutonium soll ein taubstummer Arbeiter ohne jede Schutzkleidung eingesetzt worden sein. In einem Lager sollen Arbeiter kurzfristig einer Plutoniumsstrahlung ausgesetzt worden sein, wobei bekannt ist, daß zwischen 1958 bis 78 dort nachweislich 8 Menschen an Leukämie gestorben sind. Teilweise erhielten die Betreiber Schadenersatzklagen.

AKW-Nein-Kommission

Einige Fakten über die Gefährlichkeit von Chlorwasserstoffen

Die seit 1974 von der EPA (Environment Protection Agency) vorgenommenen Untersuchungen über organische halogenierte Verbindungen in Trinkwasser waren alarmierend. Es wurden über 300 Kohlenwasserstoffverbindungen nachgewiesen und identifiziert, von denen etliche als vermutlich oder mit Sicherheit krebserregend gelten. *„In fast allen Trinkwassern, die aufbereitetes Oberflächenwasser enthielten, wurden Chloroform, Dichlorbrommethan und Chlordibrommethan nachgewiesen“* (Bremer Trinkwassergruppe). Später folgende statistische Untersuchungen in den USA stellten einerseits
gen in den USA stellten einerseits einen auffälligen Zusammenhang zwischen der Krebssterblichkeitsrate und der Trinkwasserversorgung mit aufbereitetem Oberflächenwasser fest und führten andererseits zu der Hypothese, daß einige dieser Organo-Halogen-Verbindungen im menschlichen und tierischen Organismus angereichert werden. Die Interpretationen dieser Untersuchungsergebnisse führten zu Einschätzungen wie *„ein gewisses Gesundheitsrisiko ist nicht auszuschließen, bis zu der Forderung nach vollständiger Eliminierung dieser Verbindungen aus dem Trinkwasser“.*

Es gibt große Unterschiede in der Gefährlichkeit der verschiedenen Chlorkohlenwasserstoffe. Tetrachlorkohlenwasserstoff („Tetra“) gilt als krebserregend, Chloroform als krebsverdächtig. Methylenchlorid gilt als weniger gefährlich, alle schädigen jedoch unterschiedlich stark Leber und Nieren.

Dichlormethan, das auch im Heidelberger Grundwasser gefunden wurde, *„ist im Tierversuch eindeutig krebserregend. Dieser Stoff macht auch gentoxische Wirkungen. Dichlormethan reagiert mit dem genetischen Material“*, erläuterten Prof. Kunz und Prof. Preussmann vom Krebsforschungszentrum in Heidelberg. *„Es könnte die Basis für eine echte kanzerogene (krebserzeugende) Wirkung sein. Wie hoch die Gefährdung ist, weiß kein Mensch, weil wir die Reaktionen des menschlichen Körpers nicht kennen“* („RNZ“, 6.9.80).

Die Trinkwassergruppe der Universität Bremen argumentiert: *„Da für alle Haloforme eine krebserregende Wirkung vermutet werden muß, erübrigt sich auch die Diskussion über den toxikologisch abzuleitenden Grenzwert. Im Unterschied zu anderen Schad- und Giftstoffen können bei krebserregenden Substanzen keine Grenzwerte bestimmt werden, unterhalb derer eine krebsauslösende Wirkung sicher ausgeschlossen werden kann“.*

Diese große Unklarheit und Unsicherheit über die Gefährlichkeit von Chlorkohlenwasserstoffen spiegelt sich auch in den festgesetzten Richtwerten wider: USA 100 ppb, BRD 25 ppb und EG-Empfehlung 10 ppb. Also immerhin eine Richtwertbreite von 1.000 Prozent.

Chlorkohlenwasserstoffe sind Industrieprodukte, die nicht natürlich vorkommen. Ihre natürliche Konzentration im Grundwasser ist also gleich Null. Werden Chlorkohlenwasserstoffe im Grundwasser vorgefunden, so sind sie aufgrund mangelnder Vorsorge und Fahrlässigkeit dorthin gelangt. Die im Heidelberger Trink- und Grundwasser gefundenen Chlorkohlenwasserstoffe
fundenen Chlorkohlenwasserstoffe werden von der chemischen Industrie als Lösungsmittel, Lacklöser und bei der chemischen Reinigung als Fettlösungsmittel verwendet. *„Messungen in der Nähe von Schnellreinigungen ergaben einen gegenüber Reinluftgebieten (z.B. Taunus) 20mal höheren Gehalt an Perchlorethan, einer Verbindung, die in sechs Jahren nur um die Hälfte abgebaut wird“* (zit. nach „Seveso ist überall“).

Lediglich Chloroform und Bromoform müssen nicht unbedingt direkt dem Wasser zugegeben worden sein. Wie die Bremer Trinkwassergruppe erläutert, können Chloroform und Bromoform auch erst durch die Chlorierung von Oberflächenwasser im Wasserwerk entstehen.

Die Bremer Trinkwassergruppe hat in einer Untersuchung die Menge der halogenierten Kohlenwasserstoffe in Leitungswasser gemessen. Sie fanden:

18 Städte an Rhein, Ruhr, Weser gemittelt	21,3 ppb
50 Städte der BRD insgesamt gemittelt	11,9 ppb
100 Städte der BRD insgesamt gemittelt	5,1 ppb

In Heidelberg fand diese Gruppe am 13.5.80 im Leitungswasser:

1,1,1-Trichlorethan	11,3 ppb
Perchlorethan	3,7 ppb
Trichlorethylen	3,8ppb
– insgesamt	18,8 ppb

In der Tat liegt der in Heidelberg gemessene Wert unterhalb des Mittelwertes von 21 Städten an Rhein, Ruhr und Weser. In den 21,3 ppb sind jedoch 8,5 ppb an Chloroform und Bromoform enthalten, die bei der Trinkwassergewinnung aus Oberflächenwassern erst im Wasserwerk durch die Chlorierung entstehen. Bleibt ein Rest von 12,8 ppb zusätzlicher Chlorkohlenwasserstoffe. Heidelberg liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt.

Anmerkung: ppb bedeutet ein Teil in einer Billion Teile, also z.B. ein Kubikmillimeter in 1.000 Litern (1 Tonne).

Trinkwasserverseuchung im Raum Mannheim-Heidelberg

Seinen Urlaub unterbrach Heidelbergs OB Zundel, um mitzuteilen, daß ein Teil des Heidelberger Trinkwassers zwar mit Chlorkohlenwasserstoffen (siehe nebenstehenden Kasten) verschmutzt sei, die Stadt Heidelberg die *„Sache aber fest im Griff“* habe.

Mehrere Artikel der Rhein-Neckarzeitung, die über das Ausmaß der Verseuchung und die Gefährlichkeit von Chlorkohlenwasserstoffen berichteten, zwangen offensichtlich Zundel, seinen Urlaub zu unterbrechen und klarzustellen, daß *„hier nichts hinterm Tisch gehalten worden war“* („RNZ“, 5.9.80). Das Trinkwasser im Bereich Mannheim/Heidelberg wird zum großen Teil aus dem sogenannten Neckarschwammkegel gewonnen, der sich vom Odenwald bis zum Rhein erstreckt. Aus diesem Bereich beziehen Mannheim und Heidelberg etwa 50-60% ihres Trinkwassers. *„Eine Verunreinigung dieses Wasserreservoirs wird die Trinkwasserversorgung über Jahre beeinträchtigen“* („RNZ“, 27.8.80).

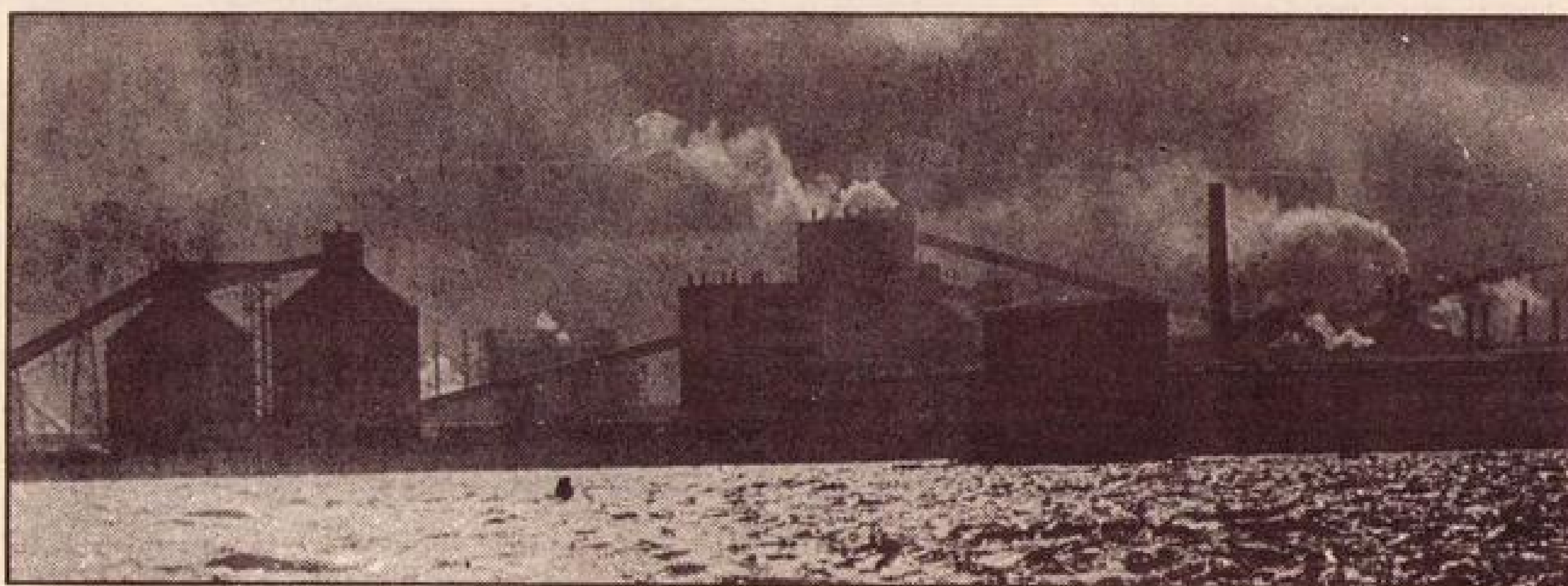
In diesem Gebiet liegt auch das Wasserwerk Mannheim-Seckenheim. *„Dort fand man bei Untersuchungen im Oktober letzten Jahres zum ersten Mal Chlorkohlenwasserstoffe im Trinkwasser. Die Konzentrationen lagen bei 50 Milligramm pro Kubikmeter (das zweifache des bundesdeutschen Richtwertes). Daraufhin wurde das Werk sofort stillgelegt. Nach dem Einbau einer Aktivkohlefilteranlage konnte es im Mai dieses Jahres wieder in Betrieb genommen werden“* („RNZ“, 6./7.9.80).

Jetzt besteht die Gefahr der Verseuchung für das Mannheimer Wasserwerk Rheinau, das etwa 60% der Mannheimer Bevölkerung mit Trinkwasser versorgt. Von fünf auf acht Milligramm pro Kubikmeter sind die Chlorkohlenwasserstoffwerte in der Zeit von Oktober 1979 bis heute gestiegen. In einer Entfernung von 1,6 km vom Wasserwerk beträgt die Konzentration im Grundwasser schon 100 Milligramm pro Kubikmeter. *„In zwei Strömen, die sich unterirdisch verbinden, fließt das verseuchte Wasser mit einer Geschwindigkeit von einem Meter pro Tag auf das Wasserwerk Rheinau zu“* (ebd.).

Auch im Heidelberger Trinkwasser wurde ein Anstieg der Chlorkohlenwasserstoffe von 1979 bis heute von 6,7 auf 12,5 Milligramm pro Kubikmeter festgestellt („RNZ“, 5.9.80). Im Mai fand man im Brunnenwasser der Hessenhöfe (Heidelberger Aussiedlerhöfe) über 200 Milligramm pro Kubikmeter. Das Wasser mußte abgekocht, die Milch der Kühe etwa zehn Tage lang weggeschüttet werden. Die Innereien von Schlachttieren mußten zur Untersuchung abgeliefert werden. Eine Entschädigung der Bauern steht bis heute aus.

Die Stadt Heidelberg versuchte alles, die Probleme herunterzuspielen und zu verharmlosen. Erst durch massiven öffentlichen Druck war die Obrigkeit überhaupt bereit, Stellung zu nehmen. Dem Vorwurf, die Stadt unternehme nichts, die Verursacher dingfest zu machen, hielt OB Zundel entgegen, es stünden halt hohe Werte auf dem Spiel: Allein die Firma Kluthe – eine der Verdächtigten – beschäftige in Heidelberg 100 Angestellte.

Ein Genosse aus Heidelberg



„Brüder zur Sonne, zur Freiheit...“

Die Schuldigen an Olafs Tod bestrafen!

Strafanzeige gegen die Polizei gestellt

Hamburg. Fünf Personen haben als „Kreis interessierter Bürger“ in Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsausschuß zur Untersuchung der Vorfälle am 25.8. und mit acht Rechtsanwälten Strafanzeige wegen des „*Verdachts auf fahrlässige Tötung*“ gegen „*die Verantwortlichen bei der Hamburger Polizei für den Polizeieinsatz*“ gestellt.

U.a. heißt es in der Strafanzeige: „*Der in dieser Strafanzeige eingegrenzte Polizeieinsatz erfolgte grundlos und willkürlich. Die Beweggründe für diesen durchgeführten Einsatz können allenfalls in Motivationen liegen, die außerhalb rechtmäßigen polizeilichen Einschreitens angesiedelt sind. Führenden Polizeikräften und den unmittelbar handelnden Polizeibeamten war das hohe Maß an Gefährdung für die von ihnen zurückgedrängten und gejagten Menschen insbesondere durch die Verkehrsanlage der S-Bahn bewußt. Angesichts der besonderen Gefahr, die für Menschen von fahrenden Zügen ausgeht, war für die Polizeibeamten vorhersehbar, daß ein solches polizeiliches Vorgehen auch zum Tod von Menschen würde führen können.*“ In Folge dieses Einsatzes war Olaf Ritzmann von der S-Bahn angefahren und schwer verletzt worden; wenige Tage später gestorben.

In der Anzeige wird außerdem gefordert, daß Zeugenvernehmungen nicht durch die Polizei, die damit ja in eigener Sache ermitteln würde, sondern durch die Staatsanwaltschaft oder durch Richter vorgenommen werden. Die Anwälte fordern außerdem die Kontrollmöglichkeit bei den Ermittlungen.

Daß Öffentlichkeit bei dem jetzt eingeleiteten Verfahren notwendig ist, haben die Ereignisse seit dem 25.8. deutlich gemacht. Offensichtlich haben sich führende SPD-Politiker Hamburgs unmittelbar nach dem Polizeieinsatz darauf geeinigt, den schweren Unfall in der Versenkung verschwinden zu lassen. Innensenator Staak (SPD) erklärte nur einen Tag danach, die Polizei habe sich „*besonnen*“ verhalten. Die Polizeiführung log in drei verschiedenen Versionen die Ursache des Unfalls weg. Erst nach einer Pressekonferenz des Ermittlungsausschusses am 4.9. – nachdem die Telefone bei der Polizeiführung heißliefen – wurde am 5.9. eine neue Version geliefert, die erstmals den Sturm auf den Bahnhof kurz vor dem Unfall zugab und damit indirekt die zehn Tage lang verbreiteten Versionen als Lügen zu erkennen gab. Auf die Strafanzeige wußte Polizeisprecher Kelling bisher nichts zu sagen, da die „staatsanwaltlichen Ermittlungen beendet“ seien („Morgenpost“, 16.9.80). Sind etwa auch diese Ermittlungen ungünstig für die Polizei ausgegangen?

Für die Vertuschungsabsprachen der SPD-verfilzten Hamburger Behörden spricht auch eine Meldung der „Zeit“ vom 12.9.80: „*Vier Tage wurde Olaf Ritzmann noch künstlich am Leben gehalten*“. „*Gehirntot*“, so heißt es, sei Olaf schon am 25.8. gewesen, offiziell gestorben ist er erst am Freitag. **„Auf einen Wink der Polizei hatten die Ärzte das kurze Leben des jungen Mannes noch um ein paar Tage verlängert“.** Grund: man wollte vermeiden, daß es zum „*Märtyrer-Mythos*“ komme.

In gleicher schamloser Weise betreiben die Behörden Politik mit dem Leichnam Olafs. Der ist praktisch beschlagnahmt und eingefroren, die Beerdigung auf unbestimmte Zeit verschoben, da „*Aktionen*“ befürchtet werden.

Die Hoffnungen des SPD-Senats gehen in die Richtung, die privaten Ermittlungen in die „linksextreme Ecke“ abdrängen und damit von vornherein unglaubwürdig machen zu können. Die SPD-Strategen können sich dabei nicht nur auf landläufige Produkte Springer'scher Meinungsmache (Demonstranten sind eh immer im Unrecht, die Polizei immer im Recht) stützen, sondern auch auf die nicht unerhebliche Distanzierer-Fraktion in der Linken. Die Jusos schweigen zum Tod von Olaf und hofieren die Polizei als „*Verbündete*“. Die DKP, die ihr nahestehende Zeitung „Tat“ und mit Einschränkungen auch die „Neue“, wissen in schreiender Aufmachung von bewußten „Provokationen sogenannter Linker“ im Verbund mit Neonazis der Hansa-Bande (siehe letzten AK) zu berichten und den „friedlichen“ Verlauf der Demonstration vom 25.8. zu bejubeln. Der Polizeiterror dieses Tages hingegen wird als Randerscheinung erwähnt. Auch in Teilen der NDR-Berichterstattung wird nach ähnlichem Muster verfahren. Insbesondere NDR-Redakteur Ortwin Löwa ist eifrig bemüht, mit Hinweis auf militante Demonstranten und ihren Widerstand die brutalen Polizeieinsätze in ihrer folgenschweren Bedeutung zu relativieren und der Demonstrationsleitung (insbesondere dem KB) die Schuld an den Auseinandersetzungen und – zwar noch unausgesprochen – am Tod von Olaf zu geben.

Trotz dieser ungünstigen Bedingungen hat die Ermittlungsarbeit ansatzweise Gegenöffentlichkeit geschaffen. Ca. 150 Zeugenaussagen sind gesammelt worden, davon allein 110 zu den Vorfällen im Sternschanzen-Bahnhof. Derzeit wird die Strafanzeige für weitere Unterstützer geöffnet. Eine Ermittlungs-Dokumentation wird in dieser Woche erscheinen. Vor allem werden noch Spenden für die Unterstützung der Arbeit gebraucht.



Bis in die späte Nacht hinein werden im Karolinenviertel Autofahrer von den Bullen terrorisiert.

Spenden, die Dokumentation, Informationen und die Unterstützung der Strafanzeige können vermittelt werden über:

Ermittlungsausschuß
c/o Büro der Bunten Liste
Bartelsstraße 26
2 000 Hamburg 6
Tel.: 040/43 21 71

Spendenkonto:
Hamburger Sparkasse
1241/450 038 G.Bauer
Stichwort „Sternschanze“

Polizeieinsatz im Karolinenviertel
Ein Beispiel für das »maßvolle und besonnene Vorgehen der Polizeikräfte«

Hamburg, 25.8. Der Demonstrationszug, der sich auf den Ort der Strauß-Kundgebung zubewegte, wurde durch den Polizeieinsatz in der Glacichaussee stark auseinandergetrieben. Der größte Teil der zurückgebliebenen Demonstranten machte der Umgebung ein. Der einzige Fluchtweg aus dieser Zone (die Marktstrasse), wo zu Beginn nur ein kleiner Polizeitrupp stand und in den sich viele Leute geflüchtet hatten, wird von Polizeitruppen mit Hunden gestürmt.

Sturm auf das „Gewinde“

Für die Brutalität und die Maßlosigkeit des gesamten Bürgerkriegseinsatzes an diesem Tag steht der Sturm auf die linke Kneipe „Gewinde“ (Ecke Marktstraße/Karolinenstraße).

erdigung auf unbestimmte Zeit verschoben, da „Aktionen“ befürchtet werden.

Die Hoffnungen des SPD-Senats gehen in die Richtung, die privaten Ermittlungen in die „linksextreme Ecke“ abdrängen und damit von vornherein unglaubwürdig machen zu können. Die SPD-Strategen können sich dabei nicht nur auf landläufige Produkte Springer'scher Meinungsmache (Demonstranten sind eh immer im Unrecht, die Polizei immer im Recht) stützen, sondern auch auf die nicht unerhebliche Distanzierer-

vermittelt werden über:

Ermittlungsausschuß
c/o Büro der Bunten Liste
Bartelsstraße 26
2 000 Hamburg 6
Tel.: 040/43 21 71

Spendenkonto:
Hamburger Sparkasse
1241/450 038 G.Bauer
Stichwort „Sternschanze“

Polizeieinsatz im Karolinenviertel

Ein Beispiel für das »maßvolle und besonnene Vorgehen der Polizeikräfte«

Hamburg, 25.8. Der Demonstrationszug, der sich auf den Ort der Strauß-Kundgebung zubewegte, wurde durch den Polizeieinsatz in der Glacichaussee stark auseinandergetrieben. Der größte Teil der zurückgebliebenen Demonstranten machte sich kurz nach diesem Einsatz auf den Weg zu einer Abschlußkundgebung am Sternschanzen-Bahnhof. Weniger als 300 Strauß-Gegner blieben im Karolinenviertel. (In diesem Viertel befindet sich die Ernst-Merck-Halle, wo Strauß seinen Auftritt am 25.8. hatte). Dazu kamen schaulustige Jugendliche, ältere Anwohner aus dem Viertel selbst, Kneipengänger und auch eine Gruppe von 30-50 Demonstranten, die sich auf dem Nachhauseweg von der genehmigten Kundgebung am Großneumarkt befanden. Diese Menschen standen auf der Karolinenstraße herum, eine Demonstration formierte sich nicht mehr. Es gab lediglich Pfiffe, auch ein paar Bierflaschen flogen, als Polizeitruppen kleinere Ansammlungen an der Kneipe „Z“ auseinanderprügelten. Insgesamt gesehen war es jedoch relativ ruhig in dieser Gegend – und trotzdem fanden hier bis in die Nacht mehrere brutale Polizeiüberfälle statt. Fast alle Straßen und U-Bahneingänge in diesem Viertel waren gesperrt, überall befanden sich kleinere oder größere Polizeieinheiten.

Um 20 Uhr ungefähr forderten die Polizeiketten auf der Höhe des Lokals „Z“ die Umstehenden ohne ersichtlichen Grund dreimal auf, die Karolinenstraße zu räumen. Die Durchsagen konnten nur von den Nächststehenden verstanden werden. Für die meisten kam das Losstürmen der Polizeiketten sehr unerwartet. Die Leute wurden von den knüppelschwingen Polizisten in Richtung Messehallen gejagt. Viele flüchteten in Hauseingänge, Toreinfahrten und Kneipen. Auch dahin wurden sie von Polizisten verfolgt und zum Teil erheblich geschlagen.

Als sie dann nach und nach wieder aus ihren Verstecken kamen, wurden sie ein zweites und drittes Mal von nachrückenden Polizeikräften verfolgt und geprügelt. Die Polizei fegte den gesamten unteren Teil der Karolinenstraße bis ca. 20:30 Uhr menschenleer. Er wurde zur Sperrzone. Die meisten Demonstranten, Anwohner und Schaulustige waren nun vor die Messehallen getrieben worden. Die Polizei zog einen Ring um die Menschen.

Neue Polizeieinheiten trafen in der Umgebung ein. Der einzige Fluchtweg aus dieser Zone (die Marktstrasse), wo zu Beginn nur ein kleiner Polizeitrupp stand und in den sich viele Leute geflüchtet hatten, wird von Polizeitruppen mit Hunden gestürmt.

Die Leute rennen in Panik die enge Straße entlang, von knüppelnden Polizisten und Hunden verfolgt. Einige retten sich in die Häuser, werden von Anwohnern in Wohnungen versteckt. Die nicht schnell genug wegkommen, werden geschlagen; zumindest ein Jugendlicher wird von einem Hund gebissen. Empörte Anwohner werfen auf die Hundeführer und prügelnden Polizisten Blumentöpfe. Daraufhin umstellen Polizeikräfte einige Häuser in der Marktstraße. Sie leuchten die Häuser mit Scheinwerfern ab und kündigen über Megaphon die Erstürmung der Wohnungen an, was aber nach den uns vorliegenden Berichten nicht erfolgte. Danach postiert sich eine stärkere Polizeikette in der Marktstraße/Ecke Karolinenstraße, die zum Teil auch Anwohner des Karolinenviertels längere Zeit daran hindert, ihre Wohnungen zu betreten.

Sturm auf das „Gewinde“

Für die Brutalität und die Maßlosigkeit des gesamten Bürgerkriegseinsatzes an diesem Tag steht der Sturm auf die linke Kneipe „Gewinde“ (Ecke Marktstraße/Karolinenstraße). Die Kneipe hatte geschlossen – Ruhetag. Ein Trupp von Polizisten stürmte sie trotzdem, warf faustdicke Steine in die Scheiben und rammte mit Holzbänken die Tür ein.

Zwei Zeugen berichteten, wie sie gesehen haben, daß Polizisten kleinere Türkenkinder verprügelten.

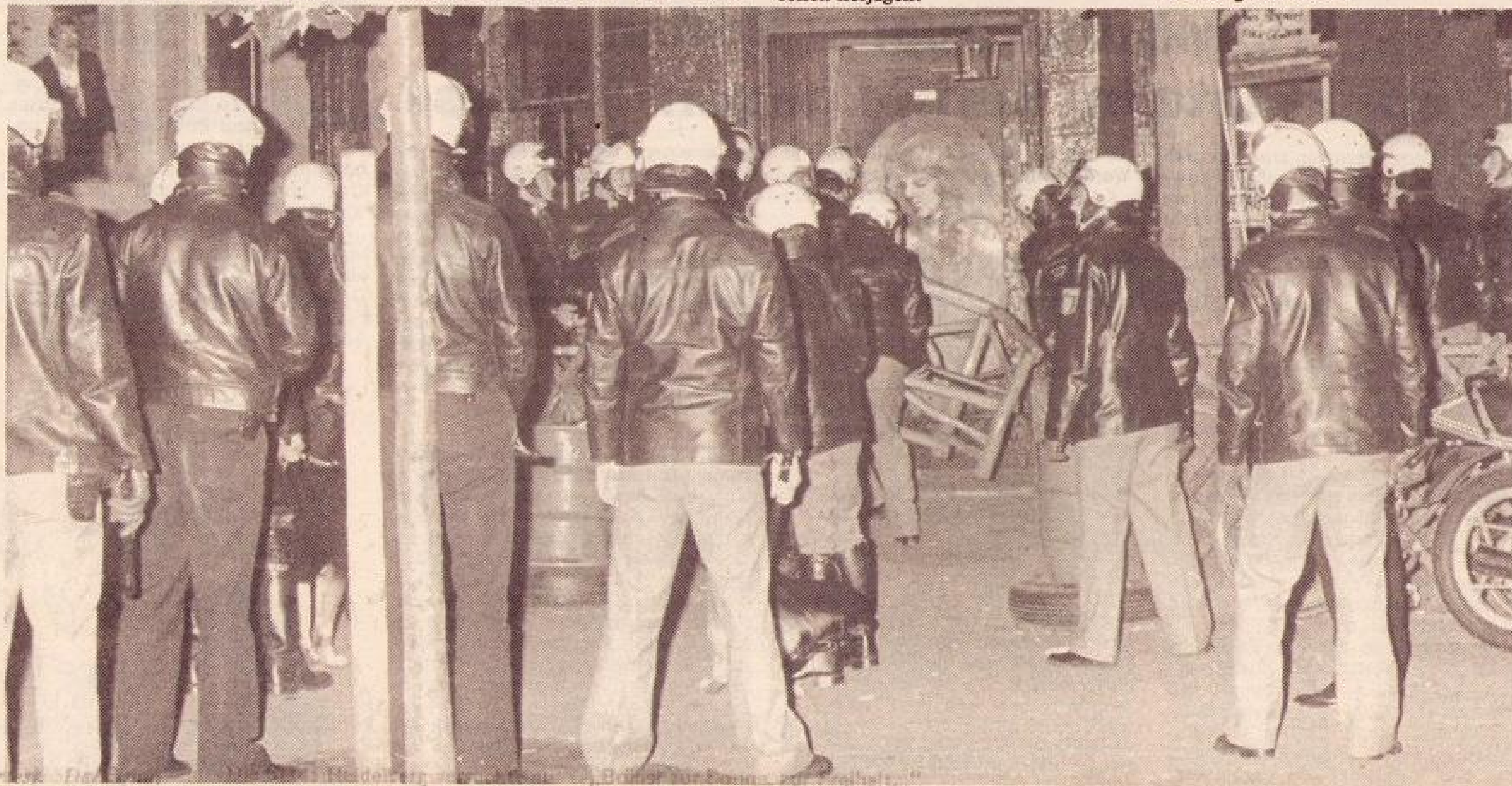
Währenddessen wurden die Leute in der Karolinenstraße weitergetrieben in Richtung Fernsehturm – Schlagstockeinsätze, Hunde, Tränengas. Die Menschen rennen in Panik zur Rentzelstraße. So gegen 21-21:30 Uhr ist die Karolinenstraße geräumt.

Doch es geht weiter.....Obwohl zu diesem Zeitpunkt von einer „Abwehr von Anti-Strauß-Demonstranten“ keinesfalls mehr die Rede sein kann. Die Demonstration an der Sternschanze wurde bereits gegen 21:15 Uhr aufgelöst, Strauß war inzwischen längst abgeflogen. Unter den von dieser Polizeiübung Betroffenen ist nur noch ein kleiner Teil Demonstranten. Ohne Unterschied gejagt werden Anwohner, Jugendliche und Passanten.

Auch die Rentzelstraße wird bis hin zur Grindelallee geräumt. Dies geschieht so zwischen 21:30 und 22:30 Uhr. Die Polizeikette vor dem Fernsehturm an der Rentzelstraße wird verstärkt, u.a. mit zehn Hundeführern. Alle Polizisten sind in Kampfausrüstung (Helme, Schilder, Knüppel, Gasschutzbrillen, etliche tragen rote Plastiktüten mit einem „F“ im Schwarzen Kreis). Sie beginnen bei heruntergelassenem Visier auf ihre Schilder zu trommeln. Dann stürmen sie in die Rentzelstraße vor. Die Polizeireihen lösen sich schnell in kleine Greiftrupps auf, die hinter einzelnen fliehenden Menschen herjagen.

Alle, die sie zufassen kriegen, werden geschlagen, von Hunden gebissen, eingige werden festgenommen. Die Menschen, die in die Kneipe „Stoa“ flüchten, werden bis in die Kneipe hinein von 3-4 Polizisten verfolgt; werden zwei oder drei rausgeschleppt. Auf Höhe der Bundesstraße formieren sich die Polizeiketten neu. Wieder das Klopfen auf die Schilde. Einige Polizisten rufen den Umstehenden zu: „Kommt doch her !“ Dann wieder eine Räumung der Straße bis über die Grindelallee hinaus. Die Kreuzung Grindelallee/Rentzelstraße ist noch bis 23 Uhr gesperrt, selbst der Busverkehr wird noch zu dieser Zeit ohne ersichtlichen Grund behindert.

Vom Ermittlungsauschuß auf der Grundlage von 10 Augenzeugenberichten geschrieben.



Bullenangriff auf die linke Kneipe „Gewinde“: Eine Bank wird als Rammbock benutzt



Erfahrungen von einer, die auszog, um friedlich gegen F.J. Strauß zu demonstrieren



Wir sind mit einer Gruppe Jusos von der Kundgebung auf dem Großneumarkt gekommen und wollten nach Hause. Wir waren deutlich gekennzeichnet als Jusos, so mit Aufklebern und Plaketten.

An der Stadthausbrücke wollten wir in die U-Bahn, stießen aber auf eine Polizeikette. Auch auf direktes Bitten, mit Hinweis darauf, daß wir nach Hause wollten und ich die Verantwortung für die Gruppe hatte (es waren auch Jüngere dabei, 16jährige), ließ man uns nicht durch und antwortete nur mit höhnischem Grinsen.

Wir sind dann Richtung Rödingsmarkt. Dort sind die U-Bahnen einfach durchgefahren. wir wollten es dann an der Feldstraße versuchen, auf dem Weg dorthin an der Brücke am Domgelände habe ich gesehen, daß mit Wasserwerfern auf die stehenden Leute auf der Brücke gezielt worden ist. Die waren gar nicht als Demonstranten erkenntlich, sondern ganz normale Leute, das fand ich ganz schlimm. Außerdem ist sehr viel Tränengas dort geworfen worden. Die eine Frau von uns konnte noch nachts um 12Uhr ihre Augen nicht richtig wieder zumachen. Ich habe auch total tränende Augen gehabt.

Die Polizisten haben uns nirgends durchgelassen.

Wir sind dann plötzlich in der Rentzelstraße gewesen, das war so gegen 19 Uhr. Dort waren erst noch die Grünen, die haben Musik gemacht. Wir sind dann weiter, immer noch auf der Suche nach einem Weg nach Hause. Vor dem Fernsehturm war auch eine Polizeikette. Die standen da mit Helmen, Schildern, Knüppeln und Gasschutzbrillen. Etliche hatten so kleine rote Plastiktüten DIN A 4, darauf war ein F mit einem schwarzen Kreis drum. Ich dachte, mein Gott, jetzt geht das hier auch gleich los. Das war Bremer Polizei.

Auf dem Vorbau beim Fernsehturm saßen viele Leute. An den U-Bahnhof Messehallen sind wir nicht rangekommen, die Polizisten ließen uns auch da nicht durch. Wir sind dann notgedrungen in der Rentzelstraße geblieben (vorm Eingang Messehallen). Wir waren ca. 50 Leute. Dieser Eingang ist abgesperrt worden vom BGS. Wir wollten weg, aber vor dem „Gewinde" waren dann auch wieder Polizeisperren. Die sind dann so etwa um 19.30 abgezogen, wir dachten, jetzt könnten wir durch. Aber sie haben sich 100 Meter weiter wieder aufgestellt. Sie haben so richtig schön Krieg gespielt. Wir standen da dann ganz lange. So etwa um 21.15 sind Demonstranten und/oder Anwohner durch die Polizeisperre am „Gewinde" durchgebrochen. So ca. 300 Leute, sie sind dann verfolgt worden von ca. 300 Polizisten. Ich dachte noch, wir sind hier sicher, wir sind ja alles Jusos. Die Polizisten liefen knüppelschwingend hinter den Leuten her. Plötzlich sahen uns die Polizisten und etwa 30 stürzten auf uns zu. Ich hatte wahnsinnige Angst. Ich bin mit der Jüngsten von uns zu den BGSlern gelaufen, und wir haben uns an einem festgeklammert. Er hat zwar versucht, uns abzuschütteln, aber sie haben uns beiden nichts getan. Die Polizisten haben auf die anderen eingeschlagen. Die haben versucht, noch mit ihnen zu reden, aber das ging nicht.

Aus dem Eingang Messehallen kam ein Besucher der CDU und wollte den Polizisten wohl sagen, wer er sei, aber die sind auch auf ihn losgegangen.

Schwere Verletzungen hatte keiner von uns, allerdings blaue Flecken. Ich habe heute noch Angst, wenn ich Polizeisirene höre. Irgendwann war das denn vorbei.

Bei den Messehallen fuhr immer noch keine U-Bahn,und wir mußten noch ziemlich lange in Hamburg in einer Kneipe bleiben, bis wir nach Hause fahren konnten. Dort hörte ich Knallen und dachte erst, daß seien Schüsse, aber jemand meinte, das sind wohl Nebeltöpfe.

Von der Kneipe aus habe ich auch gesehen, daß die Polizei auf Kinder eingeschlagen hat.

Als wir noch vor dem Fernsehturm standen, haben die Polizisten das Restaurant, das da unten drin ist, knüppelnd gestürmt.

R. – mit freundlicher Genehmigung des Ermittlungsausschusses

Hamburg: Polizeistaat
Ein Erlebnis im Karolinenviertel

Ich komme am Freitag (12.9.) gegen Mitternacht von meiner Frauengruppe und gehe mit einer Freundin die Feldstraße vom „Z" in Richtung Schulterblatt. Wir werden überholt von 3 Bullenmannschaftswagen – voll mit Bullen, alle behelmt. Sie fahren langsam auf die Glashüttenstraße zu – hier liegt das alternative oder Szene-Kino „Klick". Wir haben Angst und sind wütend, weil wir wissen, daß hier die Bullen immer wieder brutale Angriffe auf Punks und sonstige Jugendliche machen.

Als wir in die Glashüttenstraße reinsehen können, hält ein Mannschaftswagen bereits vor dem Kino. Wir hören Lärm, Schreie – aber sehr gedämpft und gemäßigt.

Während wir versuchen, die Situation zu begreifen, kommt aus der Straße ein Trupp (etwa 10) jüngerer Männer rausgerannt, der eine hat einen langen Holzknüppel in der Hand. Es sind keine Punks, sie haben auch kein übermäßig langes Haar, aber in der Aufmachung (Jeans, Windjacke) würden sie beim Klick-Publikum nicht auffallen. Als sie auf unserer Höhe sind (sie drehen sich dabei immer um) schreit der eine: „Da, es geht noch mal los!" – Alle rennen zurück und stürzen wieder in einen Nebeneingang des Klick-Kino, dabei vermengen sie sich mit den Bullen. Während ich einen Moment fast dachte, das sind Militante gegen die Bullen, sehe ich jetzt, daß es Zivil-Bullen sind. Offenbar wird noch einer festgenommen und in den Mannschaftswagen verfrachtet. Alles geht sagenhaft schnell.

Schon rennt diese Gruppe wieder an uns vorbei, vorher winken sie noch den Mannschaftswagen rückwärts aus der Straße raus. Sie verschwinden schnell auf dem dunklen Heiligengeistfeld.

Während wir fassungslos und erschüttert auf dem selben Platz stehen, kommen uns Leute aus dem Klick-Kino entgegen, der erste Film ist gerade zu Ende (im Klick laufen Freitags immer 2 Filme hintereinander – zwischendrin ist eine kleine Pause). Bekannte sind dabei, sie haben nichts mitbekommen; im Kino, sagen sie, war alles ruhig.

Wir wissen es nicht. Aber offensichtlich haben die Zivilbullen die kurze Aufbruchstimmung am Ende des ersten Filmes genutzt und blitzschnell Menschen in die Bullenwagen geschleppt (ob die Zivilbullen im Mannschaftswagen oder im Kino waren, wissen wir nicht). Die Menschen, die wegtransportiert wurden, waren entweder zusammengeschlagen oder fassungslos – geschrieen haben sie jedenfalls nicht.

Gabi, Hamburg

Strauß in Hannover

Etwa 5.000 „apokalyptische Esel, Terroristen und Gesindel", so Strauß, empfingen den dicken Bayern am 9.9.80 mit Höllenlärm: Während seiner „nur" halbstündigen Rede konn-

Theilmann in seiner Furcht, „daß auch diese Anti-Strauß-Kundgebung von politischen Extremisten zum Ausgangspunkt militanter Aktionen gegen Strauß gemacht werden könn-

Strauß in Hannover

Etwa 5.000 „apokalyptische Esel, Terroristen und Gesindel", so Strauß, empfingen den dicken Bayern am 9.9.80 mit Höllenlärm: Während seiner „nur" halbstündigen Rede konnten wir einen der beiden Riesenlautsprecher voll übertönen, so daß nur noch Trillerpfeifen, „Strauß raus", „Ananas", „Starfighter" oder „Geh doch rüber nach Chile" zu hören war.

Dabei glich der Rathausvorplatz einer Festung, als der Demonstrationszug ankam: Metallgitter und über 2.000 Polizisten („Hannoversche Allgemeine Zeitung" – „HAZ") riegelten alles bis auf enge Eingangsspaliere ab. Polizisten durchsuchten Taschen nach Wurfgeschossen, beschlagnahmten Regenschirme und einige Transparentstangen und filmten uns alle.

Nahezu die gesamte linke Hälfte des Platzes war voll von Gegendemonstranten; logisch, daß einige blau-weiße Pro-Strauß-Transparente nach kurzer Zeit unter tosendem Beifall zu Boden gingen, so daß nur noch die Parolen der Strauß-Gegner zu sehen waren. Als dann doch ein Ei in Richtung Podium flog (leider kein Treffer) und ein Sylvesterböller knallte, griff die Eingreiftruppe der Hannoverschen Polizei mit Chemical mace an und verhaftete willkürlich zehn Demonstranten. (Unseres Wissens ist das der einzige Übergriff geblieben.) Allerdings umzingelten Polizeiketten den Block der Demonstranten fast vollständig, so daß mehr als tosenden Lärm zu machen, unmöglich war.

Und trotzdem war's ein Erfolg – angesichts des vorangegangenen Hamburger Bullenterrors, der bei vielen Angst und Wut auslöste; angesichts der massiven SPD-Drohungen und Warnungen, des Bullenaufmarsches und der DKP-Abwiegelei.

„Seid nett zu Strauß ..." – mahnte die SPD und brav zogen die Jusos Hannover-Land ihre Unterschrift unter dem Aufruf zur Protestkundgebung mit DKP u. a. vor der Marktkirche zurück. Schmidt persönlich wandte sich – per Großanzeige – „An alle jungen Deutschen" mit den mahnenden Worten: **„Verzichten Sie, auch wenn es Ihnen schwer wird, auf Demonstrationen gegen diesen Mann"** („HAZ", 5.9.80). Und dann auch noch der DGB-Vorsitzende Friedel Theilmann in seiner Furcht, *„daß auch diese Anti-Strauß-Kundgebung von politischen Extremisten zum Ausgangspunkt militanter Aktionen gegen Strauß gemacht werden könnte"* („NP", 8.9.80).

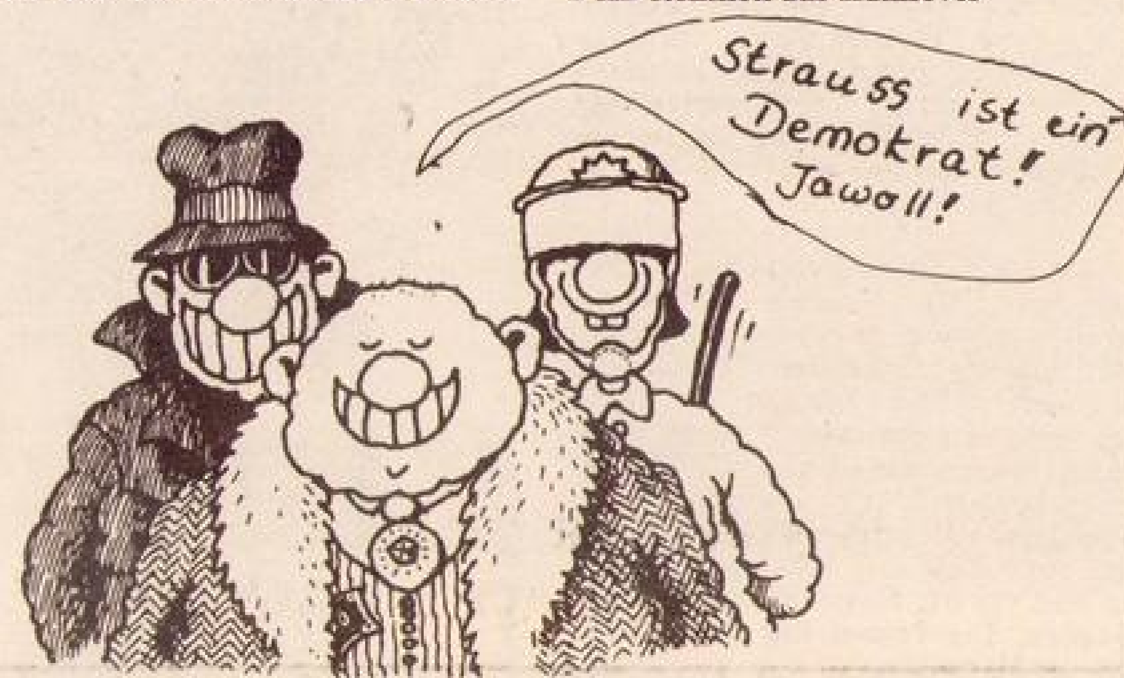
Als dann der DKP, die zu Kundgebung und Demonstration weitab vom Geschehen und auch zeitlich davor aufgerufen hatte, die Polizeiauflagen gemacht wurden, keinen Lautsprecherwagen, keine Transparentstangen über 1,50 m Länge und 2 cm Dicke sowie keine Eier und kein Obst mitführen zu dürfen, da eröffnete sie den 800 bis 1.000 Kundgebungsteilnehmern ... na, was wohl? – Daß sie auf eine Demonstration verzichtet und stattdessen lieber eine Saalveranstaltung durchführen will! Letztere mußte auch noch mangels Masse ausfallen. Selbst eine Reihe DKP'ler ließen es sich nicht nehmen, vor Ort zu erscheinen.

Ein spontaner Demonstrationszug verdoppelte sich dann auf dem Trammplatz auf etwa 5.000 Menschen. Fast alle waren dabei: die Antifa-AG, die SAG („Freiheit statt Strauß"), Frauen gegen Militär, die Grünen, Punks und andere Spontis, KB'ler(innen), Schwule, gewaltfreie Schüler gegen Strauß, Volksfront, Jugendzentrum Glocksee, Falken und viele andere. Leider nur wenige brachten ihre Trauer und Wut über Olafs Tod zum Ausdruck: die Punks auf einem Schild und KB und Antifa-AG in ihrem Flugblatt.

Um diesen Erfolg der Strauß-Gegner umzulügen, griffen die örtlichen CDU- und SPD-Presse zum gleichen Mittel: Statt von ca. 5.000 ist von 1.500 („HAZ") oder 2.000 („NP") Gegendemonstranten die Rede, und statt von ca. 8.000 bis 10.000 Strauß-Anhängern ist von 20.000 Zuhörern in beiden Blättern die Rede.

P.S. Unter den Strauß-Freunden war auch eine Truppe von schwarzuniformierten „Wehrsport-Nazis", die Buttons mit Strauß-Konterfei trugen. Angeblich soll sogar J. Nowald (NSDAP/AO) als Ordner (!) aufgetreten sein. Wer hat ihn gesehen oder noch besser – fotografiert? Bitte schreibt uns!

2 KB'lerinnen aus Hannover



Hamburgs Jusos: Bullen »Verbündete im Kampf gegen Rechts«

Daß die Jusos allerorten kuschen und ihre Loyalität mit Schmidt bekunden, ist wesentliches Kennzeichen ihres Auftretens im Bundestagswahlkampf. Daß sie deutlicher denn je sich nicht nur zu diesem SPD-regierten Staat bekennen, sondern auch dessen polizeistaatliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die nicht-loyale Linke decken, haben sie in Bremen zur Genüge bewiesen. Die Hamburger Jusos haben nachgezogen. **In ihrer Erklärung zur Hamburger Demonstration am 25.8. steht kein Wort der Distanzierung vom Polizeiterror; der Tod Olaf Ritzmanns wird nicht einmal erwähnt.** Stattdessen haben die Jusos natürlich haufenweise „Provokateure", „Krawallstrategen" etc. entdeckt. Daß auch Demonstranten, die die Juso-Strategie teilen, vom Bullenterror betroffen waren (siehe z.B. nebenstehenden Bericht), taucht in der Juso-Erklärung nicht auf. Stattdessen distanziert man sich von *„Ausschreitungen mit der Polizei"* und – der Gipfel dieser Erklärung – man hat die Gewerkschaft der Polizei angeschrieben, daß man ihre Mitglieder als *„Verbündete im Kampf gegen rechts"* begreife. Werden nun demnächst Jusos und die „Kollegen" von der Polizei gemeinsam auf Linke einknüppeln?

Die Juso-Erklärung (als weiterzuverbreitendes Dokument der Verkommenheit der staatstreuen „Linken") folgt hier im Wortlaut (aus: Neue, 11.9.80): *„Die Demonstration der 'Initiative gegen Rechts – Stoppt Strauß' der IG Druck und Papier, der Jungsozialisten und der wichtigsten Hamburger Jugendorganisationen hat gezeigt, daß das fortschrittliche Hamburg kein Pflaster für Franz Josef Strauß ist. Dies ist ein großer politischer Erfolg der demokratischen Bewegung Hamburgs. Auch wenn diese politische Niederlage von Strauß in Hamburg offensichtlich war,* konnte nicht verhindert werden, daß Strauß Schützenhilfe und Munition von kleinen Gruppen verantwortungsloser Provokateure und politischer Abenteurer erhielt, die nichts mit unserer Demonstration und ihren Zielen zu tun haben wollten. *Sie waren objektiv Handlanger der Krawallstrategie von Strauß. Die Diffamierungs- und Lügenkampagne der Rechten und der Springer-Presse gegen die Demonstration erhielt durch die gewaltsamen Ausschreitungen Nahrung. Es bleibt festzustellen: das breite Anti-Strauß-Bündnis von Gewerkschaften und Jugendverbänden hat seine friedliche Demonstration erfolgreich durchführen können. Die Unterstützung der Demonstration durch die Teilnahme von zahlreichen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten wird von den Jungsozialisten begrüßt.*

Die Jusos bedauern die Ausschreitungen mit der Polizei, die in keinem Zusammenhang mit der friedlichen Demonstration standen. Die Jungsozialisten haben in einem Schreiben an die Gewerkschaft der Polizei deutlich gemacht, daß die gewerkschaftlich organisierten Kollegen nicht unsere Gegner sind, sondern Verbündete im Kampf gegen Rechts. *Die Jusos weisen die Erklärungen der CDU/CSU, in denen die Jusos mitverantwortlich für die Ausschreitungen gemacht werden, als heuchlerisch, als durchsichtiges billiges Wahlkampfgetöse und bar jeder Realität zurück."*

Vorbereitung auf den Straußauftritt in Bremen

Ist die Bremer Linke auf Juso-Kurs?

„Für seine markigen Worte ins Mikrophon braucht er (Strauß) den ‚Putz' vor den Mikrophonen. Machen wir seinem Konzept in Bremen einen Strich durch die Rechnung!" Es bieten sich an: „Gegenveranstaltungen", „Kulturprogramm", „Fahrraddemo" – auf jeden Fall aber eine Protestform, die die vom SPD-Senat aufgestellten Demonstrationsregeln nicht verletzt.

Diese Gedanken entstammen dem Einladungsschreiben des „Sozialistischen Büros" Bremen zum Aktionseinheitstreffen gegen Strauß.

Der Anlaß: Strauß hat sich entgegen der ursprünglichen Wahlkampfplanung dazu entschlossen, am 24.9. in Bremen aufzutreten und die Auseinandersetzung nach dem 6. Mai über eine angebliche „Volksfront" der SPD mit Kriegsgegnern und sonstigen Gesetzesbrechern persönlich noch einmal anzuheizen.

Sein letztes Gastspiel in Bremen liegt erst ein Jahr zurück. Damals hatte eine Demonstration mit einigen tausend Straußgegnern vor dem Ort des Geschehens protestiert – angesichts des schon damals reichlichen Polizeiaufgebots auch mit Farbeiern und einzelnen militanten Aktionen. Damals waren unter den Demonstranten auch große Teile der DKP und der Jusos gewesen. Eine u.a. vom Jugendsenator Scherf angeführte Anti-Strauß-Initiative hatte es immerhin gewagt, direkt neben Strauß eine Gegenveranstaltung zu inszenieren.

Auf die Idee, der Protest direkt am Veranstaltungsort würde Strauß nützen, sei also in Wirklichkeit CSU-Werbung, war nicht einmal die DKP gekommen; sie hatte lediglich den – gescheiterten – Versuch unternommen, den Anmarsch der Demonstration zur Stadthalle herauszuzögern.

Heute, nach nur einem Jahr, sieht das alles ganz anders aus. Nicht nur für das SB, das die Einladung zur AE verschickt hatte.

Der „linke Flügel" der „Grünen" in Bremen verteilte ein Flugblatt, in dem die Erkenntnis des SB, ein Protest vor der Stadthalle bedeute ‚Putz', und ‚Putz' sei Straußwahlwerbung, noch erweitert wurde: Eine Demonstration vor Ort wäre außerdem noch Werbung für die SPD, denn *„eine massive Demonstration ausschließlich aus Anlaß des Strauß-Besuches (würde) dazu beitragen (...), die in Bremen völlig desolate SPD wieder salonfähig zu machen"*. Mit dem Polizeiknüppel würde sie versuchen, *„endgültig zu zeigen, wer in Bremen Herr im Hause ist und das lädierte Image der inneren Sicherheit nach dem 6. Mai wieder zu restaurieren"*,

Es hat leider den Anschein, als ob diese scheinradikale Auffassung inzwischen von den meisten linken Organisationen in Bremen geteilt wird. Bei den AE-Treffen jedenfalls fand sich außer dem KB und einigen Leuten aus den Reihen der BBA und der Spontiszene nicht eine Gruppe, die dieser theoretischen Überhöhung des Zurückweichens auch nur ansatzweise etwas entgegengesetzt hätte. Im Gegenteil: dem KB, der ein Diskussionspapier zu den SB- und Grünenpositionen vorgelegt hatte, wurde vorgeworfen, er wolle vor der Stadthalle „Rabatz" machen. Die Palette reicht von der DKP (bei der sich niemand wundert) über die „Volksfront" und „neue" „KPD" bis hin zum „Kommitee für Demokratie und Sozialismus" (bei dem man sich schon wundern kann).

Es kam dementsprechendes heraus: Am 24.9. wird es Fahrraddemonstrationen aus verschiedenen Bremer Stadtteilen in die Innenstadt geben, dort wird gemeinsam demonstriert – in sicherer Entfernung zum Ort des Strauß-Auftritts; anschließend findet eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt, die übergehen soll in ein Kulturfest mit Rockmusik, Theater usw. Ausdrücklich soll verhindert werden, daß Teile der Demonstration zur Stadthalle ziehen. Der Protest soll unter allen Umständen in den von der SPD erlaubten Bahnen verlaufen.

Man kann darüber streiten, ob angesichts des zu erwartenden Bullenaufgebots eine Demonstration direkt vor Ort konkret durchführbar und sinnvoll wäre. Um eine solche Diskussion ging es jedoch überhaupt nicht. Auch nicht um eine Diskussion über mögliche und nur zu verständliche Angst vor Bullenüberfällen und um den Wunsch, sich davor zu schützen.

Es wurde nicht darüber geredet, daß die Ankündigung der SPD-Regierung, sie werde am 24.9. Bremen zum Schutz des Kanzlerkandidaten in ein Polizeilager verwandeln, eine faktische Einschränkung des Demonstrationsrechtes darstellt.

Stattdessen stand im Vordergrund eine perverse Angst vor möglicher Militanz aus den eigenen Reihen, d.h. vor Linken, die wie am 6. Mai aus Wut und Empörung über Strauß und SPD-Polizeistaat an der Stadthalle möglicherweise nicht bereit wären, „friedlich und besonnen" zu bleiben.

Eine Wahrnehmung des selbstverständlichen Rechts, vor Ort zu demonstrieren, sei gleichbedeutend mit einer *„Neuauflage der Krawalle (!) am 6. Mai"*. Man müsse verhindern, daß die Linke durch *„einige Steineschmeißer"* kollektiv ins Zwielicht gerückt werde.

Auf diese Weise wurden diejenigen, die vor der Stadthalle protestieren wollen, entweder als Art nützlicher Idioten für Strauß dargestellt (SB und Grüne) oder aber direkt als *„rechte Provokateure"*, die vom Verfassungsschutz geschickt werden.

Auf dieser Position trafen sich pikanterweise DKP und „KPD" (ehemals ML): Die „KPD" forderte zwar eine Demonstration zur Stadthalle, wollte aber gleichzeitig starke Ordnertruppen *„wie bei DGB-Demos"* aufstellen, um den *„kleinen Kreis der vom VS gesteuerten Provokateure"* in Schach halten zu können.

Entsprechend schreiben die der DKP zugeneigten Teile der Aktionseinheit in ihrem Aufruf: *„Strauß braucht für seine politischen Ziele ein Klima der Gewalt. Wie die jüngsten Ereignisse in Hamburg zeigen, scheuen die Rechten sogar nicht davor zurück, sich in friedliche Demonstrationen einzuschleusen, um gewalttätige Auseinandersetzungen mit zu provozieren und zu organisieren"*.

Daß damit nicht die Bullen gemeint sind, sondern z.B. der KB, verdeutlichte ein eigens aus Hamburg angereistes Mitglied der DKP-„Initiative gegen Rechts": Er schob den Tod von Olaf der *„bewußten Provokationsstrategie"* des KB in die Schuhe und forderte die Bremer DKP-Kreise auf, einen endgültigen Trennungsstrich zwischen der Linken und der DKP zu ziehen. Dazu mochte die sich allerdings vorerst noch nicht entschließen – wohl aus Mangel an anderen geeigneten Bündnispartnern.

Der äußere Anlaß für diese Distanzierungssucht und Feindsuche in den eigenen Reihen ist simpel: Nach dem 6. Mai am Weserstadion und erst recht nach Beginn des Bundestagswahlkampfes haben die bürgerlichen Parteien und Medien eine Hetzkampagne gegen die Linke angefangen, die an ihr selber nicht spurlos vorübergegangen ist. Schon unmittelbar nach dem 6. Mai hatten auch innerhalb der Linken die Stimmen derer überwogen, die die Militanz der Demonstranten schädlich fand, weil sie Vorwände für staatliche Repression liefere. Ganz linke wie die „Komitees" hatten sie verurteilt, weil sie zu spontan und deswegen perspektivlos gewesen sei.

Nachgeholfen wurde dem beginnenden Distanzierungsprozeß durch eine öffentliche Fahndung der Polizei nach den „6.Mai-Tätern" nach Vorbild der „Terroristen"jagd und durch ein unglaublich brutales Vorgehen der Bullen bei dem Schlachthofabriß und der Besetzung des Fernmeldeamtes. Der Öffentlichkeit wurde jeweils ein Bild präsentiert, als wären Demonstrationen in Bremen durchsetzt mit eisenstangenbewehrten und bombenbewaffneten „Politrockern".

Die Ankündigung, Strauß werde nach Bremen kommen, fiel zusammen mit den Meldungen über den Tod Olafs in Hamburg. Gleichzeitig verbot die Bremer SPD-Regierung den Jusos jede Anti-Strauß-Aktivität und stellte etwaige Demonstrationen am 24.9. in einen Zusammenhang mit „Chaos", „Anarchie", „Wahlwerbung für Strauß". Sie kündigte an, daß die Polizei starke Kräfte zusammenziehen werde, um einen neuen 6. Mai zu verhindern.

Angesichts dieser Entwicklung wäre es für die gesamte Linke wichtig gewesen, eben nicht von vornherein und freiwillig auf das Recht, vor Ort zu demonstrieren, zu verzichten. Wer sagt denn, daß ein gemeinsamer und gut vorbereiteter Protestmarsch zur Stadthalle nicht trotz massiver Polizeikräfte möglich gewesen wäre?

Tatsächlich entspricht die Begründung für das jetzige geplante Vorgehen am 24.9. ziemlich exakt der SPD-Argumentation, die besagt, gegen Strauß dürfe man nicht demonstrieren, weil das nur zu einer Polarisierung und Emotionalisierung des Wahlkampfes beitragen würde.

Tatsächlich bedeutet das freiwillige Zurückweichen vor der Repression der Staatsmacht gerade nicht ein besonders schlaues Manöver gegen die Absichten der SPD, sich in Bremen als Hüter der Ordnung zu profilieren, wie die „Grünen" glauben, sondern vielmehr ein glattes Hereinfallen auf die SPD-Politik des „kleineren Übels": demonstriert werden darf nur weitab, wenn überhaupt; demonstriert werden darf nur betont friedlich, möglichst gar nur mit dem Stimmzettel am 5. Oktober.

Große Teile der Linken sind offenbar gegenwärtig dabei, die Verhältnisse auf den Kopf zu stellen: Nicht die SPD-Politik soll dafür verantwortlich sein, daß Strauß überhaupt eine politische Möglichkeit ist, sondern Teile der Linken, die sich nicht dem „kleineren Übel" anpassen wollen.

KB/Gruppe Bremen

Bremen: Demonstration gegen Schmidt verboten

Die Bremer SPD-Regierung befürchtet offensichtlich Auseinandersetzungen nicht nur beim Provokationsbesuch, den Strauß am 24.9. den Bremern abstatten will. Sie hat scheinbar auch ernste Sorge um ihren Kanzler Schmidt. Die Demo, die am 15.9. anläßlich des Schmidt-Auftritts in Bremen unter dem Motto „Weder Schmidt noch Strauß, die Wahl fällt aus" stattfinden sollte, wurde kurzerhand verboten. Begründet wurde das damit, daß die Anmelderin der Demo eine Anzeige wegen der „Krawalle" am 6. Mai laufen habe. Da wird eine ganze Demo kriminalisiert, weil deren Anmelderin schon vorher kriminalisiert wurde. (Dazu muß man wissen, daß ein Prozeß wegen der 6. Mai-Geschichte noch nicht einmal stattgefunden hat...) Demokratie à la SPD!

Die knapp 100 Demonstranten, die sich trotzdem am Sammelpunkt trafen, erachteten es nicht als sinnvoll, angesichts des Polizeiaufgebotes ihr Demonstrationsrecht durchzusetzen. Zur gleichen Zeit wurden am Ort des Schmidt-Wahlauftritts elf Menschen „vorsichtshalber" als „potentielle Störer" festgenommen. Sie waren den Bullen aufgefallen, weil sie Plastiktaschen bei sich hatten und Helme trugen. In ihren Taschen fand man Farbbeutel (igitt), Flugblätter (pfui), eine Schreckschußpistole mit Heulpatronen und einen „blechbeschlagenen Besenstiel". Das war für die Bullen Grund genug, die elf in Vorbeugehaft zu stecken. Als die Gefahr vorbei, sprich Schmidt weg, war, kamen sie wieder frei. Betont wurde in der Presse besonders, daß ein Jugendlicher, der schon am 6. Mai in Erscheinung getreten war, unter den Festgenommenen war. Scheinbar soll der „Bürger" denken: Was, die laufen immer noch frei rum; oder zumindest: Haben die immer noch nicht genug?

KB/Gruppe Bremen

Oldenburg: Ratsherr aus der SPD

Bremen: Vergebliche

knüppel würde sie versuchen, *„endgültig zu zeigen, wer in Bremen Herr im Hause ist und das lädierte Image der inneren Sicherheit nach dem 6. Mai wieder zu restaurieren"*,

Es hat leider den Anschein, als ob diese scheinradikale Auffassung in-

ständlichen Rechts, vor Ort zu demonstrieren, sei gleichbedeutend mit einer *„Neuauflage der Krawalle (!) am 6. Mai"*. Man müsse verhindern, daß die Linke durch *„einige Steineschmeißer"* kollektiv ins Zwielicht gerückt werde.

Oldenburg:

Oldenburg: Ratsherr aus der SPD ausgetreten

Nach 15jähriger Mitgliedschaft ist der Oldenburger Ratsherr Matthias Schachtschneider aus der SPD ausgetreten. In einer längeren Erklärung, abgedruckt in der „TAZ"-Regionalausgabe für das Weser-Ems-Gebiet (Ende August), begründet Schachtschneider seinen Austritt: *„Der zunehmende Widerspruch zwischen den Zielen der Partei und der sozialdemokratischen Praxis hat es für mich immer schwieriger werden lassen, meine Zugehörigkeit zur SPD noch zu rechtfertigen, vor allem kritischen jungen Menschen gegenüber."* Schachtschneider zählt eine Reihe von Elementen sozialdemokratischer Regierungspolitik auf, die er nicht mehr mittragen will: den *„Verzicht auf reformpolitische Ansätze der Regierung Brandt; das kapitalistisch orientierte Krisenmanagement der Regierung Schmidt; die Praxis des Radikalenerlasses; die trotz öffentlicher Lippenbekenntnisse fortdauernde Frauenfeindlichkeit; die Option für den Ausbau der Kernenergie"*; außerdem die Militärhilfe für die Türkei, die „Nachrüstung", den Olympiaboykott...

Den breitesten Raum nimmt in der Austrittserklärung die Schilderung der SPD-Politik im Oldenburger Rathaus ein, und die ist in der Tat ein Musterbeispiel für *„blinden Antikommunismus"* und *„opportunistische Anpassung der Fraktionsmehrheit an das, was ‚oben' gewünscht wird"* (Schachtschneider). Auf einer Klausurtagung am 21.6.80 faßte die SPD-Ratsfraktion u.a. folgenden bemerkenswerten Beschluß: *„Soweit sozialdemokratische Positionen von der DKP zeitlich vor der SPD in den Rat eingebracht werden, beantragt die SPD-Fraktion ohne Ausnahme und ohne Aussprache ‚Nichtbefassung' zu diesem Zeitpunkt."*

Schachtschneider zu diesem Beschluß: *„Diese Schizophrenie führte in der o.g. Klausurtagung übrigens zu der grotesken Erklärung eines Fraktionsmitgliedes, er würde sogar gegen das Godesberger Programm stimmen, wenn der Antrag von Müller* (dem einzigen DKPler im Rat; Anm. AK) *käme." - „Ein Vorgang ohne Beispiel ist in diesem Zusammenhang, daß in der Klausurtagung der SPD-Fraktion von einem Repräsentanten der Oldenburger Sozialdemokratie, dem Unterbezirksvorstandsmitglied und Delegierten der Bundesparteitage von Berlin und Dortmund, Otto Lehmann, unter dem Beifall des Fraktionsvorsitzenden Milde Ratsherr H.J.Müller [DKP] zur Unperson und für nicht existent erklärt wurde. Diese menschenverachtende Sprache verletzt meinen Ratskollegen in seiner Würde als Mensch."*

Schachtschneider wurde nach seinem Parteiaustritt prompt von seinen diversen Ausschußposten „entfernt". Im Rat ist er aber weiterhin vertreten. Daß er dort als unabhängiger Parlamentarier nicht nur seiner ehemaligen Partei noch Unannehmlichkeiten bereiten dürfte, hat auch die Lokalpresse sofort erkannt und - wie originell - Schachtschneider sogleich in die DKP-Ecke gestellt: *„Matthias Schachtschneider saß gestern abend erstmals nicht mehr in den Reihen der SPD-Fraktion. Einen eigenen Sitzungstisch lehnte der Parteilose jedoch ab; stattdessen nahm Schachtschneider neben DKP-Ratsherrn Müller Platz. Mehrere Reden vor dem Rat begann Schachtschneider fast regelmäßig mit den Worten: ‚Wir - der Herr Müller und ich...'."*

KB/Gruppe Oldenburg

Bremen: Vergebliche Liebesmüh der DKP

Die „Bürger gegen Strauß" in Bremen haben endlich ihre Tarnung aufgegeben und sich klar zu dem bekannt, was von Anfang an ihr Sinn und Zweck war: **Wahlempfehlung für Schmidt.**

Nach anfänglichen Aktivitäten, u. a. einer Veranstaltung mit Albertz im Winter, war es still geworden um die „Bürger gegen Strauß" – bis jetzt mit einem Eklat die Wahlempfehlung durchgedrückt wurde. Das ist also der Dank für die DKP-Mitglieder, die trotz reichlich Tritten und Püffen in zäher Kleinarbeit in der „Initiative" mitgearbeitet und zur Mitarbeit aufgerufen hatten. Schon in der Gründungsphase hatte man DKP'ler unsanft von ihren in demokratischer Wahl errungenen Vorstandsposten bugsiert. Denn die würden ja in der Öffentlichkeit das Ansehen der Initiative beeinträchtigen und besonders die CDU'ler abschrecken, die man doch gerade ansprechen wolle.

Als die DKP'ler nun den SPD-Wahlaufruf abändern wollten, wechselten die übrigen Initiativen-Mitglieder den Saal und beschlossen *„in Abwesenheit von Kommunisten und nach Ablehnung jeglicher Diskussion mit ihnen"* (so eine Pressemitteilung) die SPD-Marschroute. Für ihre noch geplanten Wahlveranstaltungen konnte die „Initiative" keine Nicht-SPD'ler als Redner gewinnen. Zur Zeit ist es ihr ein besonderes Anliegen, Jugendliche aufzufordern, auf keinen Fall vor der Stadthalle zu demonstrieren, wenn Strauß kommt.

KB Bremen

BESCHLAGNAHMT

...wurde am 18.09.1980 dieses Buch

In einer an der Hamburger Kunsthochschule wohl einmaligen Aktion durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft die Räume des Allgemeinen Studentenausschußes und beschlagnahmten diese Dokumentation.

Die Staatsanwaltschaft am Landgericht der "Freien" und Hansestadt Hamburg brachte damit zum Ausdruck, wie F R E I für sie künstlerische Betätigung sein darf.

„Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen. Selbst wenn wir es nicht ganz halten können. Aber den Eindruck müssen wir verkörpern."



Das Buch zum Anti-Strauß-Workshop im April '80 in der HfbK Hamburg. Erste unzensierte Dokumentation älterer und neuester Anti-Strauß-Arbeiten. Der aktuelle Querschnitt vom Voll-Profi bis zum Laien. Auf 168 Seiten im Format 18×23 cm mehr als 150 Arbeiten, sowie: Versuche einer Standortbestimmung. Methoden künstlerischer Agitation in der Diskussion.

8,-

zu beziehen: "FREUNDESKREIS WÜRGEGRIFF" c/o AStA HfbK, Lerchenfeld 2, 2000 Hamburg 76; nur Vorauskasse (Scheck oder Briefm.) oder überweisen auf: HASPA 1015/240367 BLZ 20050550

Ergebnisse eines Würg - shops

Was Dr. Strauß so in seiner berüchtigten Sonthofener Rede als Ziel skizzierte, soll wohl im SPD-regierten Hamburg schon Realität werden.
Getroffen wurde diesmal in der heißen Phase des Wahlkampfes eine Dokumentation, die den z.Zt. umfassendsten Überblick über künstlerisches Engagement gegen den jetzigen Kanzler-Aspiranten der Union, Dr. Strauß, gibt.
Als Ergebnis eines offenen und öffentlichen Workshops an der Kunsthochschule im April dieses Jahres, zeigt sie einen aktuellen Querschnitt aus einem Jahrzehnt politischem Schaffens bekannter und unbekannter Künstler.
Wie sehr im Wahlkampf 1980 auch die künstlerische Freiheit eingeschränkt werden soll, zeigen die 16 ! beanstandeten Plakate, von denen viele in grossen Zeitschriften bereits veröffentlicht wurden; ein Plakat von Deventer bereits in der zensierten Fassung abgedruckt wurde, welches jetzt noch einmal beanstandet wird !
Dieser Katalog von Künstlern über Kunst, die allerdings keine abgehobene oder stillhaltende Kunst ist, und in dem eine Auseinandersetzung über die verschiedenen Formen politischer Agitation in der Kunst begonnen wird, gehört in die heutige politische Realität und ist Ausdruck der sich zuspitzenden Widersprüche in der bundesrepublikanischen Gesellschaft.
ZENSUR DARF DIESE KUNST NICHT ZUM SCHWEIGEN BRINGEN !

Und ein allgemeiner Studentenausschuß einer Kunsthochschule hat sich mit diesen letztlich sogar fachlichen Belangen auseinanderzusetzen und muß Position beziehen können. Dieses politische Mandat muß Bestandteil einer studentischen Interessensvertretung bleiben, genau wie die Freiheit der politischen Betätigung auch in der Kunst !

Wir fordern die sofortige Freigabe dieser Dokumentation und Einstellung aller Ermittlungsverfahren !

"FREUNDESKREIS WÜRGEGRIFF"
c/o AStA HfbK Hamburg, Lerchenfeld 2

...BIS KEINER ES MEHR WAGT, DAS MAUL AUFZUMACHEN ?

Jusos treten aus Anti-Strauß-Bündnissen aus

Es wird niemandem gelingen, „Schmidt und Catenhusen auseinanderzudividieren“, meinte Anfang August der münstersche SPD-Wahlkampfleiter Grafe. Und Catenhusen, „linker“ Bundestagskandidat und Vorsitzender des „linken“ SPD-Unterbezirks Münster, selbst: *„Die münstersche SPD wird sich an Aktionen gegen den Strauß-Besuch in Münster nicht beteiligen.“*

Wie dies gemeint war, machten die münsterschen Jusos bereits kurze Zeit später klar. Nachdem sie in Gesellschaft der DKP den Aufruf für eine von zwei Demonstrationen gegen den Strauß-Auftritt am 27.8. unterstützt hatten, richtete Catenhusen in einem Brief vom 20.8. eine Warnung an sie. Kurz darauf fackelte der Parteivorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Heinemann - von der Sache (vermutlich durch Catenhusen) in Kenntnis gesetzt - nicht lange und stellte den Jusos ein Ultimatum, demzufolge sie ihre Unterschrift unter den Aufruf bis zum Abend des 25.8. zurückzuziehen hätten, andernfalls sie mit Parteiordnungsverfahren rechnen müßten. Als Reaktion darauf teilte der Juso-Vorstand noch v o r der entscheidenden Sitzung mit, er werde zurücktreten, falls die Unterstützung der Anti-Strauß-Demo nicht zurückgenommen werde. Und genau das tat er dann auch, als der Unterbezirksausschuß der Jusos mit 6 : 5 Stimmen bei einer Enthaltung die Unterstützung aufrechterhielt; vier Mitglieder dieses Unterbezirksausschusses folgten dem Rücktritt. Catenhusen rundete die Sache ab, als er gleich anschließend den Juso-Beschluß formell aufhob und bei Zuwiderhandeln in jedem einzelnen Fall Parteiordnungsverfahren ankündigte.

Damit aber noch nicht genug. Um die münsterschen Jusos vollends mürbe zu machen, fand einen Tag später noch eine Krisensitzung mit eigens zu diesem Zweck eingeflogenen Juso-Funktionären vom Bundes- und aus dem Bezirksvorstand statt. Das Ergebnis dieser Sitzung war die Rücknahme der Unterschrift unter den Aufruf und ein Kniefall vor der Mutterpartei: In Zukunft unterstützen die Jusos *„nur solche Protestaktionen, bei denen deutlich gemacht wird, daß eine Machtübernahme durch Strauß nur durch die Wahl der SPD verhindert werden kann.“*

Diesen kläglichen Ausgang komplettierte der zurückgetretene Juso-Vorstand mit einer schriftlichen Erklärung, in der er mit dem Hinweis

auf die praktische Undurchführbar-
klärung, in der er mit dem Hinweis

auf die praktische Undurchführbarkeit eines grundsätzlichen Verbots der Zusammenarbeit mit Kommunisten die Auffassung vertrat, daß dieses Verbot aufgehoben werden sollte. Den Rahmen, innerhalb dessen ein Eintreten für diese Auffassung erfolgen soll, beschreibt der Ex-Vorstand folgendermaßen: *„Allerdings, wenn es zum Konflikt kommt, Mitarbeit und Mitgliedschaft aufzugeben zugunsten einer Zusammenarbeit mit der DKP, ist unsere Entscheidung für die SPD eindeutig und unzweifelhaft.“*

Da weiß die SPD wenigstens, womit sie bei der nächsten Erpressung nicht zu rechnen braucht.

Die Disziplinierung der münsterschen Jusos wird in der nächsten Zeit, besonders im Hinblick auf die Mitarbeit von Jusos in Anti-Strauß-Bündnissen, sicherlich noch Kreise ziehen. Die Jusos in Hamm beispielsweise haben am 4.9. ihre Mitarbeit im örtlichen Bündnis „Rock gegen Rechts - Stoppt Strauß“ mit der Begründung eingestellt, sie würden in Zukunft nur noch in Bündnissen mitarbeiten, die zur Wahl der SPD aufrufen.

Darüber hinaus ist nicht unbedingt zu erwarten, daß nach der Wahl die Zügel wieder lockerer gelassen werden. Äußerungen von Catenhusen, die Mitgliedschaft von SPD-Mitgliedern im SHB (von der SPD abgestoßene Studentengruppe, in der die Stamokap-Jusos organisiert sind) müsse neu diskutiert werden, wobei das „Ergebnis verbindlich für alle Sozialdemokraten“ sein müsse, lassen eher eine noch schlimmere Gangart befürchten. Manches deutet auf eine parteiinterne Fortsetzung der sozialdemokratischen Gewerkschaftskampagne gegen die DKP hin.

Ein Genosse aus Münster

DGB-Führer und die Grünen: Lieber Strauß als Grün wählen

Seit Monaten steht keine andere Partei so im Schußfeld der Gewerkschaftsführer wie die Grünen. Einige Schlagzeilen aus der gewerkschaftlichen Presse zeigen die Richtung an: *„Die Grünen sind eine Gefahr für unsere Zukunft“*, weiß die „Quelle“ (4/80) des DGB zu berichten; *„Gerade Arbeiter haben nicht Grün gewählt“*, jubelt die „Welt der Arbeit“ (20.3.80) und *„Die KPDler suchen eine grüne Heimat“* verkündet die rechtslastige „Einheit“ (1.4.80). Hinter diesen Schlagzeilen verbergen sich in der Regel diffamatorische und demagogische Angriffe gegen die Grünen, die heute ein Teil der Protestbewegung gegen die Etablierten sind. Die Stichwortgeber gegen die Grünen sitzenim DGB-Bundesvorstand. Ihr Zentralorgan, die „Welt der Arbeit“, hat die Grünen als „Chaoten“, „Spinner“, „Gewerkschaftsfeinde“ u.a. an vorderster Spitze diffamiert. Dankbar haben sich die bürgerlichen Medien der Hetzkampagne gegen die Grünen bedient. Der Gewerkschaftsführung geht es nicht um eine sachliche Auseinandersetzung mit der Programmatik der Grünen — die beispielsweise zu deren Wirtschaftsprogramm angebracht wäre.

„Die Grünen“: Als Bürgerinitiative geduldet – als Partei gefährlich

Angriffspunkt für die Gewerkschaftsführer ist das Programm der Grünen. Keine einzige Zeitung versucht auch nur andeutungsweise die Forderungen bzw. die umfangreiche Thematik im Programm der Grünen zu beschreiben oder zu analysieren. Mit der Vokabel der „Einthemenpartei“, deren Umweltschutzforderungen ja noch verständlich seien, Aussagen im Wirtschaftsprogramm *„weder Sachkenntnis widerspiegelten noch Arbeitnehmerinteressen berücksichtigen“* („WdA“, 3.4.80) wird ein Bild von den Grünen gezeichnet, als wollten sie dem Arbeiter Fernseher und Auto nehmen, um ihre angebliche Theorie vom Null-Wachstum zu verwirklichen. Detlef Hensche von der IG Druck stellt die Haltung der Grünen zu den Arbeitern wie folgt dar: *„Allzu oft verbindet sich mit der Konsumkritik eine moderne Verzichtsethik, die den Gewerkschaften empfiehlt, Abschied zu nehmen von Lohn- und Gehaltssteigerungen. Vollends schlagen solche Gefahren durch bei der Parole vom Null-Wachstum“* („DruPa“, 18.7.80). H. Scheer von der IG Metall schreibt in der Funktionärszeitung „Der Gewerkschafter“: *„Die Grünen leben von der These, sie seien die Alternative zu allen 'herkömmlichen' Parteien, die zusammen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern immer nur einem zerstörerischen Wachstumstrieb gefolgt wären“* (3/80). Während die Gewerkschaftsführer sich stark zu geben versuchen, wenn es um den Lebens-

standard der Arbeiter geht, werden

versuchen, wenn es um den Lebensstandard der Arbeiter geht, werden die Grünen als *„chaotische Systemveränderer“* dargestellt, die zudem auch noch den Gürtel enger schnallen wollen.

Bei diesen Kritiken beziehen sich die DGB-Führer allein auf Aussagen reaktionärer Grüner und mißachten bewußt den Auseinandersetzungsprozeß, der innerhalb der Grünen Partei geführt wird. Sie machen sich dabei zweifellos den schwächsten Punkt der Grünen für ihre Hetze zunutze, der bisher auch ein stärkeres Zusammengehen fortschrittlicher Teile der Gewerkschaftsbewegung mit der Grünen Partei verhindert hat.

Eine Kritik am Wirtschaftsprogramm der Grünen wäre sicher gerechtfertigt. Bei einem Vergleich mit diesem Programm und den Wahlprüfsteinen des DGB könnten die Grünen auf jeden Fall antreten. Doch darum geht es den Gewerkschaftsführern sowieso nicht. Vielmehr sind sie bestrebt, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu erhalten und dazu gehören vor allem die etablierten Parteien. Aus der „Quelle“ ist zu hören: *„Solange die Grünen sich als eine Bewegung, als Bürgerinitiative verstanden, die quer durch die etablierten Parteien ging, konnten sie hilfreich sein“* (4/80). In der IG Metall Funktionärszeitung wird es noch deutlicher: *„Wer diese* (gemeint sind die Bürgerinitiativen, Anm. AK) *zu einer Partei umzufunktionieren versucht, der stört das Wesen der Bürgerinitiativen.“* Und vor den Landtagswahlen in diesem Jahr warnte die IG Metall: *„Dennoch können sie bei den drei Landtagswahlen in diesem Jahr* (...) *und bei der Bundestagswahl die politischen Machtverhältnisse beeinflussen. 1978 verhalfen die Grünen bereits der niedersächsischen CDU zur absoluten Mehrheit und verhinderten 1979 in Schleswig-Holstein die Ablösung der CDU-Landesregierung“* („Der Gewerkschafter“, 3/80). Daß die IG-Metall-Führung sich hier für die Regierungspartei stark macht, hängt vor allem mit ihrer sozialdemokratischen Gesinnung zusammen, daß sie aber zur Zerschlagung der Grünen Partei aufruft, macht wieder einmal deutlich, daß die Gewerkschaftsführer als staatstreue Diener für Integration und Isolation gegenüber dieser Protestbewegung zur Stelle sind. So sind auch die Weichen schon lange gestellt worden. Wo die Grünen als Teil dieser Protestbewegung politisch für die Gewerkschaftsführer anzusiedeln sind, kann man in sämtlichen Gewerkschaftszeitungen nachlesen: *„Wer jedoch in die totale Alternative der Grünen flüchtet, strandet bei reaktionärem Ideengut, auch wenn dies mit 'linken' Überschriften ausstaffiert wird“* (H. Scheer, „Der Gewerkschafter“, 3/80).

Grüne werden als „Gewerkschaftsfeinde“ diffamiert

Zu den Bundestagswahlen 1980 haben die Gewerkschaftsführer ihre Hetzkampagne gegen die Grünen fortgesetzt. So hat der IG-Chemie-Vorsitzende Hauenschild erklärt: *„Der Slogan 'Atomkraft — nein danke' könne sehr leicht zu einem 'Franz Josef Strauß — ja bitte“* werden. Das könnte vor allem so sein, so Hauenschild, wenn der Koalition *„die Stimmen der Grünen fehlten“* („WdA“, 27.7.80). Die Gewerkschaftsführer der IG Bergbau verkünden: *„Die Grünen bleiben eine buntgescheckte, orientierungslose Gruppe. Sie wählen, heißt, farblos frustrierten oder roten Radikalen eine Stimme schenken“* („Einheit“, 3/80). Zunehmend werden die Grünen durch derartige Stellungnahmen zu Gewerkschaftsfeinden abgestempelt, zum „Tummelplatz von Extremisten“ erklärt. Nicht selten bedienten sie sich ehemaliger Mitglieder der Grünen wie Springmann und Gruhl. So hat Springmann nach seinem Austritt aus den Grünen der IG Bergbau in einem Interview mitgeteilt, wie es heute bei den Grünen aussehen soll: *„Zu einem Viertel echte Ökologen, zu einem weiteren Viertel kommunistische Kader. Die andere Hälfte Kinder zwischen 17 und 70, die sich in ihrer Naivität den Dogmatikern völlig ausliefern“* („Einheit“, 1.8.80). Wo liegt da eigentlich der Unterschied zum Kapitalistenblatt der „Arbeitgeber“, für das die Grünen aus *„politisch extremistischen K-Gruppen, Homophilenorganisationen beiderlei Geschlechts, Pädophile- oder Aktionsgruppen des Paragraphen 218 StGB“* bestehen („Der Arbeitgeber“, 14/80). Die IG Chemie hat am deutlichsten die „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ der Grünen benannt, deren „politische Seelenfänger“ *„ihre Zielvorstellungen kurzerhand auf eine andere Gesellschaftsform ausdehnen und die Kernkraftgegnerschaft der Grünen lediglich als Vehikel benutzen wollen. ... Eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit Grünen, Bunten oder Alternativen schließt sich allerdings von selbst aus“* („Umschau“, 6/79). Ob da neue Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu erwarten sind?

DGB-Kampagne gegen die Grünen in NRW

Nicht verschweigen wollen wir an dieser Stelle die DKP, die sich wohlwollend der Hetze der Gewerkschaftsführer bedient, um die Unwählbarkeit der Grünen zu untermauern. So zitiert die „UZ“ kommentarlos folgende Aussage des DGB-Landesbezirksvorsitzenden Siegfried Bleicher: *„Bleicher warnte in einem Interview zugleich vor den Grünen: 'Wir können diese Privatisierungspartei unter keinen Umständen empfehlen, denn sie stellt in ihrer schillernden Programmatik auch einen Angriff auf die einheitliche Gewerkschaftsbewegung dar.' Die Grünen wollten die Gewerkschaftsbewegung, so Bleicher, 'zergliedern' und 'unterlaufen'“* („UZ“, 21.4.80). An diesem Zitat dürfte die DKP eigentlich auch keine Freude haben, orientiert Bleicher doch eindeutig auf die staatstragenden Parteien und keineswegs auf die DKP. Doch sehen wir uns die Rolle dieses Herrn insbesondere zur Landtagswahl in NRW genauer an. Schon vor den Wahlen erklärte Bleicher pauschal, daß *„die neue Parteigruppierung Die Grünen wenig mit Arbeitnehmerinteressen gemeinsam hat... Wer oppositionelle Listen bei Betriebsratswahlen als Hebel zur Entwicklung einer 'Grünen Gewerkschaftsalternative' benötigt, stellt sich selbst in das gewerkschaftliche Abseits. Mit Einheitsgewerkschaft haben die Grünen offensichtlich wenig im Sinn“* („WdA“, 17.4.80). Nur wenige Tage zuvor hat der DGB-Landesbezirk NRW *„die Grünen Parteigruppierungen als Gegner einer parteiorientierten Politik“* bezeichnet („WdA“, 3.4.80). Allerdings wird dies nicht weiter begründet, lediglich wird den Grünen die „Sachkenntnis“ in wirtschaftlichen Fragen abgesprochen.

Interessanter sind die Aussagen dieses Herren nach der Landtagswahl in NRW. Sich selbst auf die Brust klopfend, stellt er fest: *„Der DGB war im Landtagswahlkampf die einzige gesellschaftliche politische Organisation, die demonstrativ gegen die Grünen Front gemacht hat. Dies hat auch zu ihrem politischen Scheitern geführt“* („WdA“, 15.5.80).

Demgegenüber hält der DGB-Führer Bleicher die CDU und Strauß für Gewerkschafter als wählbar: *„Der DGB geht davon aus, daß die nächste Landesregierung einer qualifizierten Opposition bedarf. Wir hoffen deshalb sehr auf Sachaussagen der CDU-Opposition zu den brennenden Problemen des Landes. Wir werden künftig den Versuch unternehmen, unsere Kontakte zur CDU, und hier besonders zu den Sozialausschüssen, zu intensivieren. Franz Josef Strauß ist für Gewerkschafter als Person relativ uninteressant. Für Menschen an Rhein und Ruhr ist das Programm, welches dieser Kanzlerkandidat repräsentiert, entscheidend“* („WdA“, 15.5.80).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



3 einheit Nr. 15 – 1980

Das Durcheinander bei den „Grünen“ ist bald total. Da spalten sich Splitter, da bilden sich neue Grüppchen, da wird geschimpft und gerangelt. ÖKO-Bauer Springmann (un- ser dpa-Bild), bis[illegible] de Sym[illegible] „Grünen“ be- [illegible]reibt er so: „Zu einem Viertel echte Ökologen, zu einem weiteren Viertel kommunistische Kader. Die andere Hälfte sind Kinder zwischen 17 und 70, die sich in ihrer Naivität den Dogmatikern völlig ausliefern.“

Der IG Bergbau ist jedes Mittel recht, gegen die Grünen zu hetzen. Nachdem Baldur Springmann ausgetreten ist, wird er als Kronzeuge linker Unterwanderung der Grünen gern zitiert (aus: Einheit 15, 1.8.80).

Erläuterungen

Die Quelle: Funktionärszeitung des DGB
Welt der Arbeit: Wochenzeitung des DGB
Einheit: Mitgliederzeitung der IG Bergbau und Energie
Druck und Papier: Zeitung der IG Druck
Der Gewerkschafter: Funktionärszeitung der IG Metall
Umschau: Funktionärszeitung der IG Chemie
Gewerkschaftliche Monatshefte: Theoretisches Organ des DGB
Der Arbeitgeber: Zeitung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

DGB: Arbeiter wählen nicht Grün

Nach dem Wahlerfolg der Bremer Grünen (5,1 %) kommentierte die „Welt der Arbeit“ das Ergebnis wie folgt: *„Und das Denkwürdige dabei ist, daß sie* (die Grünen, Anm. Red.) *nicht in den Bezirken gewählt worden sind, wo die Arbeiter und anderen kleinen Leute wohnen, sondern in der 'Szene' und zugleich auch im vornehmen Stadtteil Schwachhausen (dort mit 10,12 Prozent). Vielleicht weil man gerade dort um die Erhaltung des Grüns der privaten Parkanlagen rund um die Villen mehr fürchtet als anderswo“* (18.10.79, „WdA“). Diese denkwürdige Einschätzung gegenüber Tausenden von Wählern zieht sich durch die Argumentation der Gewerkschaftsführer bis zum heutigen Tag. Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg dementiert auch Lothar Zimmermann, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg, daß der Erfolg der Grünen (5 %) von Gewerkschaftsmitgliedern „verursacht“ wurde. *„Denn nach vorhandenen Analysen haben Arbeiter nicht Grün gewählt, sondern Söhne und Töchter von höheren Angestellten und Beamten“* („WdA“, 20.3.80).

Nun ja, wohl kaum ein Grüner würde heute behaupten, die Grünen hätten ihre Wählerschaft in der Arbeiterklasse. Doch offensichtlich ist, daß die Gewerkschaftsführer damit demagogische Stimmungen gegen die Grünen verbreiten wollen. In den Chefetagen des DGB hat man sich wirklich den Kopf über die neue Protestbewegung zerbrochen. Die Frage nach der grünen Wählerbasis wird in der Zeitschrift „Gewerkschaftliche Monatshefte“ (das theoretische Organ im DGB) von Dr. Horst-Dieter Rönsch besonders unter dem Aspekt „wählen Arbeiter grün“ untersucht. Er kommt zu folgender Analyse: *„Wenngleich weder Arbeitslose noch organisierte Facharbeiter zum Kernbereich der Grünen und Bunten zählen, gehören zu ihrer Anhänger- und Wählerschaft doch auch* (vor allem junge) *Arbeiter“* (8/80). Aus dieser Analyse zieht Dr. Rönsch interessante Schlußfolgerungen für den DGB: *„Bezogen auf die Gewerkschaftsbewegungen heißt dies aber: der 'Gegner'* (gemeint sind die Grünen bzw. die Bunten, Anm. AK) *steht ihr sowohl ideologisch als auch von der Anhängerschaft in mancher Hinsicht vielleicht näher als oberflächlich sichtbar. Mehr noch: Unabhängig vom politischen Schicksal der Grünen Partei kündigt sich eine Rivalität mit der Grünen Bewegung und ihrer neuen sozialen und wertbezogenen Basis um die Rolle der Vorhut des gesellschaftlichen Fortschritts an.“* Konkret meint Dr. Rönsch damit, daß die Gewerkschaftsführer aufpassen müssen, daß die Protestbewegung nicht in die Arbeiterschaft hineingetragen wird. Ausgehend von der Feststellung, daß *„sich der Erfolg der Grünen weder allein auf einen kurzfristigen Protest gegen akutes politisches Versagen noch auf einseitige Umweltschutz-Orientierung reduzieren läßt“*, untersucht Dr. Rönsch die Berührungspunkte der Grünen bzw. der Protestbewegung mit der Arbeiterklasse. Er entwickelt, daß die *„Unzufriedenheit und* (das) *verstärkte Anspruchsverhalten gegenüber Gesellschaft und Staat“* im Bewußtsein des Arbeiters *„ein Zurücktreten der Pflicht, Verzicht und routinierte Leistung geprägten Lebensauffassung zugunsten von Lebensgenuß und Freizeit“* produziert. Daraus schlußfolgert er, *„daß Arbeitsunzufriedenheit sich weniger über materielle Verbesserungen erreichen läßt* (diese reduzieren nur die Unzufriedenheit), *sondern im wesentlichen durch Veränderung der Arbeitsinhalte und des Klimas, läßt sich davon ausgehen, daß für viele Menschen ... eine Erfüllung ihrer Glückserwartungen, die Erreichung von Lebenszufriedenheit dagegen nur über Veränderung im Reproduktions-Bereich möglich erscheint. Diese Lücke füllen die Grünen. ... Darüber hinaus bleibt die strategische Frage, ob nicht der Produktions-Bereich sicherer vom Reproduktions-Bereich aus veränderbar ist, wie es wenige Linke unter den Grünen bereits propagieren“*. Damit ist vor allem die alternative Produktion gemeint, die die Arbeiter mitbestimmen läßt, was sie produzieren, und die sich nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen richten soll. Zum Schluß dieser aufschlußreichen Untersuchung fordert Dr. Rönsch die Gewerkschaftsführer auf, doch einmal selbstkritisch über den *„berechtigten Nachholbedarf ihrer Mitglieder“* nachzudenken. Denn so prophezeit er: *„Diese Probleme werden wahrscheinlich auch in die Parteien hineingetragen, was mit einem Verlust an Einflußmöglichkeiten für die DGB-Gewerkschaften verbunden sein könnte __ und zwar unabhängig von der weiteren organisatorischen und politischen Entwicklung der Grünen“* („Gewerkschaftliche Monatshefte“ 8/80).

Stoppt Strauß! Christen rufen zum Widerstand

Seit mittlerweile einem halben Jahr macht sich lautstarker Protest gegen FJ Strauß auch in der „Evangelischen Kirche Deutschlands" (EKD) breit. Er geht aus u.a. von Pastor/inn/en und anderen kirchlichen Mitarbeiter/-inn/en aus der „Nordelbischen Kirche – NEK" (Raum Hamburg, Schleswig-Holstein). Besonders auffallend ist, daß diese Vorgänge bisher aufmerksam und sachlich von der überregionalen Presse verfolgt und kommentiert wurden. Anlaß dafür war sicherlich auch die von allen Beteiligten unerwartete Schärfe, mit der die Kirchenleitung (KL) gegen die Strauß-Gegner vorging. Andererseits ist auch deutlich, daß die KL es in diesem Konflikt nicht mit den gewünschten paar Einzelkämpfern, sondern mit einer sich ausbreitenden Basisbewegung zu tun hat. Im „Stern" (Nr. 38, 11.9.80) wurde diese Auseinandersetzung bereits als „Kirchenkampf" tituliert, – wenn auch ein bißchen zu sensationell – von der Breite und dem Tiefgang der Auseinandersetzung her gesehen trifft die Bezeichnung.

Der Widerstand wird organisiert ...

— Die Auseinandersetzung begann Anfang Februar 1980, als FJS erstmals nach seiner Erhebung zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU zum Wahlkampf in Norddeutschland antrat: als erstes Auditorium wählte er sich in Travemünde 1.700 geladene Gäste des „Evangelischen Arbeitskreises der CDU" (EAK). Dazu veröffentlichten 22 Christen, vorwiegend Pastor/inn/en, ein Flugblatt unter dem Titel „Wolf im Schafspelz", in dem sie der FJS-Politik jede christlich-demokratisch-soziale Legitimation absprachen und zu einer Protestversammlung aufriefen.

— Auf dieser Veranstaltung bildete sich eine Anti-Strauß-Gruppe, die schließlich im Juni eine parteipolitisch ungebundene Erklärung „Stoppt Strauß — Christen rufen zum Widerstand!" mit 140 weiteren Unterschriften veröffentlichte und an alle nordelbischen Pastor/inn/en schickte. Diese Erklärung wurde am 11.7.80 auf der Dokumentationsseite der „FR" abgedruckt; inzwischen hat sich „FR" abgedruckt; inzwischen hat sich die Unterschriftenzahl auf über 200 erhöht.

— Am 2. Juli veranstaltete diese Gruppe einen Diskussionsabend, auf dem u.a. auch Erich Fried sprach.

— Am Wochenende vor Straußens Auftritt in Hamburg, am 23.8., hielten zehn Pastor/inn/en vor der Petri-Kirche in der Hamburger Innenstadt eine vielbeachtete „Kundgebung aus christlicher Verantwortung" gegen Strauß ab.

— Am 20.9. fand erneut eine derartige Kundgebung statt: diesmal allerdings auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz und organisiert von einer ganzen Anzahl „neuer" Pastor/-inn/en.

Aber auch außerhalb Nordelbiens rührte sich einiges: in Westberlin bezog die oppositionelle „Kirche in der Verantwortung" Stellung, ebenso die „Solidarische Kirche Westfalen" und diverse Jugendverbände. Auch Heinrich Albertz meinte: „den nicht!"; z.T. meldeten sich sogar reguläre kirchliche Gruppen wie bspw. die Konferenz für evangelische Jugendarbeit im Rheinland mit Stellungnahmen gegen FJS zu Wort. Unabhängig davon trat auch in Bonn eine sozialdemokratische Wählerinitiative auf: sie agitiert allerdings mehr pro SPD als gegen Strauß. Getragen wird sie überwiegend von Theologieprofessoren. Diese Initiative unterscheidet sich von den erstgenannten einmal durch ihre SPD-Gebundenheit, zum anderen dadurch, daß sie mehr „Hirtenwort" als Ausdruck von Basisbewegung ist.

Insgesamt läßt sich also erfreulicherweise feststellen, daß sich die Anti-Strauß-Proteste trotz massiver CDU-Reaktionen (gemeindlicher Druck auf Pastor/inn/en und verleumderische Presseaktionen) verbreitet haben. Hier taucht die fast traditionelle kritische Auseinandersetzung von fortschrittlichen Christen mit dem C-Anspruch der CDU/CSU wieder auf, in besonderer Weise nun provoziert durch die Person Strauß. Die kirchliche Linke tritt hier u.a. deswegen zusammen, weil FJS unübersehbar all das repräsentiert, wogegen sich christliche Basisgruppen schon seit einiger Zeit wehren: Kriegstreiberei, zivile wie militärische atomare Aufrüstung und Minderheitenhetze.

... und die Antwort des Klerus

Auf diese Mobilisierung reagierten die kirchlichen Leitungsgremien scharf, in der Regel nach Interventionen durch die CDU.

— So waren anfangs v.a. zwei Pastoren aus dem Hamburg nahen Rellingen einer verleumderischen Stimmungsmache des EAK ausgesetzt. Bezeichnenderweise hielt sich die Rellinger-Dorf-CDU zurück und überließ ihren Freunden aus dem nahen Pinneberg die Schmutzarbeit, wohl weil sie dafür in der eigenen Gemeinde keine Basis gefunden hätte. Nach einer öffentlichen Gemeindediskussion mit schlechtem Ausgang für die CDU-Prominenz Westphal und Harms (ersterer ist Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein, der zweite CDU-Bundestagskandidat) fühlte sich anscheinend die Kirchenleitung (KL9 in Kiel verpflichtet, der CDU zur Seite zu stehen: sie distanzierte sich von „ihren" Pastoren.

Nebenbei ist hier folgendes aufschlußreich: Ende '79 veröffentlichte die KL ein Thesenpapier über die „Grenzen des politischen Handelns von Pastoren", das — wen wundert's — die Grenzen sehr eng zieht. Alsbald veröffentlicht dann der EAK diese Thesen mit einem angehängten Kommentar, in dem die Unionschristen die Thesen einhellig begrüßen; was ihnen lediglich fehlte, war die rechtliche Verbindlichkeit der aufgestellten Thesen. Nun, die KL mochte zu diesem Zeitpunkt diesem Fingerzeig noch nicht folgen.

— Bevor sie das tut, sprechen die nordelbischen Bischöfe zunächst ein Macht- und Drohwort. Und das direkt aus dem bayrischen Augsburg, wo sie im Juni, als die Erklärung der 140 herauskam, gerade einem alten Bekenntnis frönten. Sie warfen den Unterzeichnern vor, *„die Kirche in eine unverantwortlichliche Polarisierung hineinzuziehen"*; weiterhin bezichtigten sie die Strauß-Gegner der *„klerikalen Bevormundung"* und v.a. der *„Vermischung von Bibelzitaten und politischen Unterstellungen"*.

— Kurz vorher schon hatte sich der Bischof Heubach (Westfalen Lippe) zu Wort gemeldet: er bedeutete allen Strauß-Gegnern, daß sie in seiner Kirche schlechte Karten hätten. Klar, daß nun auch die bayrische Landeskirche, die bislang in ihren Reihen keine derartigen Dissidenten Reihen keine derartigen Dissidenten hat, sich von den Unterzeichnern distanzierte. Und als dann endlich der Rat der EKD sich ähnlich geäußert hatte, mochte die Nordelbische Kirche nicht länger warten: sie, die als einzige Kirche gegen die in Nordelbien beheimateten Pastor/inn/en disziplinarisch vorgehen kann, verweigerte zunächst einem Unterzeichner die Verbeamtung, obwohl dieser von seiner Gemeinde gewählt worden war („Spiegel", 1.9.80). Im August eröffnete sie dann ein erstes Disziplinarverfahren gegen einen Rellinger Pastor, Ende des Monats folgten fünf weitere gegen einige ausgesuchte Mitveranstalter der „Kundgebung" vom 23.8.

Schwarze Kumpanei

Eine besondere Rolle spielt der EAK, der immer als erster zur Stelle war, wenn sich Mitglieder der Kirche gegen Strauß stellten: er veranstaltete jedesmal eine größere Aktion, wenn eine — wie er selbst immer behauptet — kleine radikale Minderheit die traute Eintracht zwischen politischer und geistlicher Rechten stört. Diese nämlich setzt der EAK voraus; und wenn man bedenkt, wie sehr in Vergangenheit und Gegenwart die Kirche Rekrutierungsfeld der CDU für Wählerstimmen und aktive Parteigänger war und ist, dann wird es einsichtig, daß der EAK sich von einer wachsenden linken Kirchenopposition bedroht fühlen muß. So versucht er, sein Bündnis mit den Kirchenherren zu festigen und unterstützt diese dann darin, für Ruhe und Ordnung in ihrem Hause zu sorgen.

Wie das konkret abläuft, veranschaulicht in krasser Offensichtlichkeit der Strauß-Konflikt:

— Zunächst sehen beide durch die offene Gegnerschaft einiger Christen zu FJS die Einheit der Kirche auf dem Spiel stehen.

— Die CDU spricht von einer Diffamierungskampagne gegen einen von Grund auf demokratischen und christlichen Politiker; die KL bezichtigt die Anti-Strauß-Christen, *„politische Unterstellungen"* gegen einen Politiker in's Spiel zu bringen, der sich in einem *„funktionierenden demokratischen Kräftespiel"* (gemeint ist die FDGO) zur Wahl gestellt hat.

— Der EAK verweist auf des „C" der Unionsparteien und versucht so, Straußsche Politik christlich zu legitimieren; durch die eingeleiteten Disziplinarverfahren macht auch die KL deutlich, daß sie schon eine Infragestellung des christlichen Anspruchs für illegitim hält.

— Die CDU beschwört anläßlich der Anti-Strauß-Aktionseinheit eine Volksfront; Bischof Hübner im „Spiegel" vom 1.9.80: Die Pastoren fühlten sich durch das Evangelium verpflichtet, *„für Volksfront-Politik einzutreten"*, und das verstoße *„gegen alles, was die Bischöfe beschlossen haben"*.

— Wem sich die Bischöfe verpflichtet fühlen, zeigt am klarsten deren Praxis: Die CDU lädt ständig zu Veranstaltungen ein, auf denen u.a. gegen politisches Engagement von Pastor/-inn/en polemisiert wird. Die Kirchenobrigkeit duldet dies nicht nur, sondern läßt ständig führende Klerikale bei der CDU auftreten. So letztens Bischof Wölber aus Hamburg am 10. Juli beim RCDS, vorher bei der Jungen Union; Oberkirchenrat Heinrich war am 6. September Redner auf einer Veranstaltung der CDU-eigenen „Staatspolitischen Gesellschaft"; Oberkirchenrat Rosenboom redete am 1. Dezember '79 im Hamburger Amerika Haus auf einer EAK-Veranstaltung; der Itzehoer Pastor Motschmann, deren Frau als enge Meves-Freundin 2. Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung in Schleswig-Holstein ist, ist gerngesehener Gast von nicht ganz so honorigen, aber nicht minder rechten Gesellschaften.

— Dem allen entspricht auch der Stil, mit dem die KL die Anti-Strauß-Pastor/inn/en mundtot zu machen versucht: auf die inhaltliche Argumentation antworten die Kirchenherren mit der Versöhnungsformel, die in diesem Zusammenhang nichts anderes ist als eine Beschwichtigungspolitik gegenüber menschenfeindlichen Tendenzen. So wurde natürlich auch der Vorwurf der „politischen Unterstellung" nicht begründet; die KL fürchtet die offene und inhaltliche Debatte wie der Teufel das Weihwasser. Anstelle von Diskussionen mit den Betroffenen werden von der KL Presseerklärungen abgegeben, die darauf abzielen, kirchliche Mitarbeiter von der eigenständigen Meinungsbildung und -äußerung abzuhalten, sie also einzuschüchtern.

Ein Erfolg blieb diesem Konzept bis jetzt jedoch nicht beschieden, im Gegenteil: je mehr der Klerus zu vertuschen und einzuschüchtern versucht, desto deutlicher wird vielen bislang noch stilleren Christen die schwarze Kumpanei. In vielen Gemeinden und kirchlichen Gruppen läuft die Diskussion, in der es oft zwar nicht mehr um die konkrete Sache Strauß geht, sondern mehr um die Frage, ob politisches Engagement (wohlgemerkt: linkes!) von Pastor/-inn/en erlaubt oder gar gefordert sei. Diese Diskussion ist mittlerweile ein Selbstgänger geworden, und sie ermöglicht den Linken besser denn je, ihr Anliegen, nämlich der Kampf gegen Menschenfeindlichkeit, von welcher bürgerlichen Partei sie auch vertreten werden mag, einzubringen.

Zudem ist es auch gelungen, eine breitere Zusammenarbeit der kirchlichen Opposition zu organisieren. Erfreulich auch, daß eine Diskussion mit dem relativ breiten sozialdemokratischen Feld begonnen hat; erfreulich besonders deshalb, weil die Anti-Strauß-Initiative alles andere als ein SPD-Wahlverein ist. So steht im Vorwort ihrer „Stoppt Strauß" Broschüre: *„Uns darf es nicht ... um eine Öffentlichkeitsarbeit gehen, die ausschließlich auf den 5. Oktober und dort speziell auf ein Kreuz bei der SPD hintendiert. Uns muß es um den Aufbau von Initiativen gehen, die den undemokratischen Entwicklungen, gleich von welcher Partei sie ausgehen, entgegenarbeiten. Nicht Delegation unserer Empörung durch Stimmenabgabe an eine Partei kann die Devise sein, sondern der Aufruf, unsere Sache in unsere Hände zu nehmen."*

Hoffentlich hält dieser Arbeitsansatz nicht nur diesen Konflikt, sondern auch die mit Sicherheit noch kommenden Auseinandersetzungen durch.

Kirchen-Kommission



Bischöfe werben für Strauß

„Die Rückkehr zu den Werten und Haltungen, die eine freiheitliche Gesellschaft begründen und zusammenhalten – ich zähle dazu keinesfalls nur Fleiß, Leistungswillen und Disziplin, sondern auch das, was im kirchlichen Bereich mit Recht hervorgehoben wird, nämlich Opferbereitschaft, Hilfsbereitschaft, Verantwortungsbewußtsein, kann nicht von der Politik allein geleistet werden. Die geistliche und sittliche Erneuerung unseres Volkes muß aus anderen Quellen gespeist werden. Staat und Gesellschaft leben – das betone ich nachdrücklich als meine persönliche Überzeugung – von den Früchten der geistlichen Existenz der Kirche".

So verkündete Strauß auf der Synode der EKD am 27.1.80 in Garmisch-Partenkirchen seine Vorstellungen von einer funktionierenden Kirche. Eine dieser „Früchte" der „geistlichen Existenz der Kirche" ist in den letzten Tagen veröffentlicht worden: Der Hirtenbrief „Wort der Bischöfe zur Bundestagswahl 1980".

In diesem Text, der am 21.9. von allen katholischen Kanzeln der BRD verlesen werden soll, bezeichnen die Bischöfe die Bundestagswahl als *„sittliche Entscheidung darüber, welche Werte und Ziele die Politik in den kommenden Jahren bestimmen"*.

In vier Punkten erheben die Bischöfe schwere Vorwürfe gegen die Politik der SPD/FDP Koalition:

1. Durch die Reform des § 218 sei das Grundrecht auf Leben durch unsere Rechtsordnung nicht mehr geschützt: *„Die Aushöhlung des Grundrechts auf Leben untergräbt auch die Grundwerte der Gerechtigkeit und der Solidarität. Sie zerstört die Liebe und gefährdet den Frieden"*.
2. Die Familien- und Ehescheidungsgesetze zerstörten Ehe und Familie: *„Ein Volk verliert die Hoffnung auf Zukunft, wenn die Werte von Ehe und Familie nicht erkannt, geschützt und nicht mehr vorgelebt werden"*.
3. Die Bischöfe übernehmen die Angriffe der CDU gegen die „Staatsverschuldung" der Bundesregierung: *„Seit Jahren stehen wir in der BRD in der Gefahr, über unsere Verhältnisse zu leben und damit die Lebenschancen unserer Kinder zu belasten. Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen jetzt korrigiert werden"*.
4. Die Bischöfe warnen die SPD, Strauß die Legitimation und den Willen zur Friedens- und Entspannungspolitik abzusprechen: *„Die demokratischen Parteien in unserem Land wissen sich seit der Gründung der BRD dem Frieden als dem obersten Ziel der Politik verpflichtet. Dieses gemeinsame Fundament unserer Demokratie darf nicht verspielt werden"*.

Mit dieser offenen Wahlempfehlung für Strauß hat eine lange Entwicklung der mehr oder minder verdeckten, doch offiziell immer bestrittenen Unterstützung der beiden Kirchen für die CDU/CSU einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Bereits im Oktober 1979 waren beide Kirchen mit einem gemeinsamen „Grundwerte - Papier" in die Öffentlichkeit vorgestoßen. Darin heißt es: *„Daß in unserer Gesellschaft eine große Zahl ungeborener Kinder unter Berufung auf soziale Gründe getötet wird... ist Schuld vor Gott"*.

„Die Verwirklichung unabdingbarer menschlicher Grundwerte hängt davon ab, daß die Institution Familie ... erhalten bleibt".

Begründet wurde die Herausgabe dieser Denkschrift mit den Schwierigkeiten der Parteien, *„Werterkenntnisse zu vermitteln, die mit dem Ziel eines breiten Konsenses, zugleich als Impuls und als Maßstäbe in die politische Willensbildung eingebracht werden sollen"*.

Während Strauß und Albrecht diese Schützenhilfe als Stellungnahme zu „einer sittlichen Frage" „aus kirchlicher Verantwortung" begrüßten, reagierten SPD und FDP heftig auf die Vorwürfe der Bischöfe.

Justizminister Vogel erklärte, „daß dieser Brief den Dialog zwischen der SPD und der Kirche nicht erleichtere". Nach Willy Brandt tragen solche „grenzüberschreitende Äußerungen" dazu bei, daß die „Kirche an Glaubwürdigkeit" verliere (nach ZaS, Wahlkampfpostille der SPD). Kanzler Schmidt meinte, es solle „keine Politik von der Kanzel herab betrieben werden" (dpa). Die Verlogenheit, mit der hier die SPD bemüht ist, Eingriffe der Kirchen in die Politik als unzulässig zurückzuweisen, ist leicht zu verdeutlichen:

– Wo war die Kritik der SPD im Oktober 79 am (oben genannten) „Grundwertepapier", in dem bereits scharf akzentuiert gegen die Reform des § 218 und „familienfeindliche Tendenzen" seitens der Kirchen Stellung bezogen wurde?

– Oder im Februar 79, als Bischof Lohse (Ratsvorsitzender der EKD) forderte, der Staat solle Ehe und Familie schützen, da sie eine „starke, wenn nicht die stärkste Quelle von Gesittung und Kultur ist"?

– Im Mai 79, als der ehemalige Militärbischof Hengsbach in Essen eine Demonstration gegen Abtreibung initiierte?

– Im August 79, als Kardinal Höpfner den Ausschwitz-Vergleich von Scharfmacher Holzgartner aufgriff und Abtreibung in der BRD als „Massenmord" kennzeichnete?

– Im September 79, als wiederum Bischof Hengsbach, gemeinsam mit dem Präses der Ev. Kirche im Rheinland, Karl Immer, in einer Denkschrift der von ihnen im Jahre 77 gegründeten „Rhein-Ruhr-Stiftung" zum Thema „Energie und Umwelt" eine klare Option zum weitern Ausbau der Atomkraft abgaben?

Es ist allzu offensichtlich: Solange kirchliche Voten und Kritiken innerhalb der von der SPD mitgetragenen Politik bleiben (Familie, AKW's etc.) sind sie nicht nur geduldet, sondern treten häufig als gern gesehene Vorreiter und Wegbereiter auf. Sobald sie sich aber gegen die SPD direkt richten, schallen aus der deutschen Sozialdemokratie Rufe nach den zwei Reichen eines Martin Luthers.

Jedenfalls bleibt zu hoffen, daß viele katholische Priester, die mit den Worten ihrer Hirten nicht einverstanden sind, am 21. September den Mut finden, die kirchliche Strauß-Propaganda den Gottesdienstbesuchern vorzuenthalten.

U. , KB/Gruppe Göttingen

„Der Erlöser"

„Der Mittelgang der Nibelungenhalle wird für den Kanzler-Kandidaten freigehalten, so daß er ungehindert zum Podium schreiten kann. Die Blaskapelle stimmt den Bayerischen Defiliermarsch an. Die Wartenden klettern auf ihre Stühle. Siebentausend Kehlen schreien sich heiser und vierzehntausend Hände klatschen sich wund. Das ist keine politische Veranstaltung, das ist der Tag, an dem Zeugnis abgelegt wird für den Mann, der uns bald von Helmut Schmidt erlösen wird" („Die Neue", 28.2.80).

So beginnt die erste von mittlerweile rund 25 Strauß-Kolumnen des niederländischen Journalisten Martin van Amerongen, die seit Februar wöchentlich in vier Ländern gleichzeitig erscheinen: In den Niederlanden in der angesehenen radikaldemokratischen Wochenzeitung *„Vrij Nederland"*, im flämischen Teil Belgiens in den sozialdemokratisch orientierten Tageszeitungen *„Vooruit"* und *„De Morgen"*, im wallonischen Teil Belgiens in der sozialistischen Wochenzeitung *„Pour"* und in der BRD in der *„Neuen"*. Eine Auswahl der Kolumnen brachte im August eine Woche lang die *„Arbeiterzeitung – Tagblatt für Österreich"*, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei.

Über die Themen hinaus, die ein „Muß" für jeden darstellen, der sich umfassender über Strauß äußert – seine außenpolitischen Vorstellungen, seine Verbindungen mit allem, was reaktionär und faschistisch ist, seine Demagogie, sein Griff nach der Atombombe –, über diese Themen hinaus sind die Kolumnen insbesondere (sehr) kritische Betrachtungen bundesdeutscher politischer Kultur, so verdeutlichend, daß es nicht die Person eines Strauß ist, die die eigentliche Gefahr darstellt, sondern das „politische Klima" dieses Landes, die in groben und feinen Verästelungen fortwirkende Tradition des deutschen Faschismus; Betrachtungen eines Landes, in dem ein Kanzler-Kandidat Strauß vor allem deshalb nur geringe Chancen hat, weil Kanzler Schmidt derzeit der bessere Strauß ist, weil – wie van Amerongen schreibt – ihn der Mann an der Machtübernahme hindert, *„der von Strauß einst der beste CDU-Kanzler der Bundesrepublik genannt wurde: Helmut Schmidt"*, der *„in Bonn eine konservative Allparteienpolitik betreibt"* (zit. nach „Die Neue").

Wenn auch die Auflage der einzelnen Zeitungen (von „Vrij Nederland" mit einer Auflage von fast einer viertel Million abgesehen) nicht sehr hoch ist, wurde von den Strauß-Kolumnen Van Amerongens doch wöchentlich annähernd eine halbe Million Leser erreicht. Ein Löffel Teer in dem Faß Honig ist jedoch, daß sich dort, wo es am wichtigsten gewesen wäre, in der Bundesrepublik selbst, keine größere Tageszeitung und kein relevantes Magazin fand, daß die Strauß-Kolumnen publizieren wollte – die Sache war offensichtlich zu heiß, und bei den Niederländern, da weiß man ja nie ... alleine schon, was die da mit Helmut Kohl bei einer Fernsehdiskussion in Den Haag aufgestellt haben!

So blieb für die Publikation in Westberlin und im Reich nur die „Neue", und so gerieten die Strauß-Kolumnen – da ja nicht nur wichtig ist, w a s geschrieben wird, sondern auch, w o und in welchem Zusammenhang es erscheint – in die Gefahr, zu einer objektiven Wahlhilfe für die SPD zu werden. – Sehr schade drum, Van Amerongens Arbeiten über Strauß hätten verdient, an wirksamerer Stelle veröffentlicht zu werden.

Niederlande-Kommission



Martin van Amerongen (vorne), anscheinend gelöst, in Wahrheit jedoch kurz vor der Explosion (man beachte die geballte linke – !! – Faust) beim Passauer Bühnenweihfestspiel mit Franz Josef Strauß (ganz hinten) – Foto: Bernt Nienhuis



Politische Zensur bei der „Neuen"

Eine der in der „Neuen" erschienenen Strauß-Kolumnen des niederländischen Journalisten Martin van Amerongen (s.a. Artikel auf dieser Seite), die uns völlig unverständlich erschien, brachte uns darauf, den in der „Neuen" veröffentlichten Text mit der in „Vrij Nederland" veröffentlichten Original-Fassung zu vergleichen. Es zeigte sich, daß in der „Neuen" ein ganzer, für das Verständnis der Kolumne unverzichtbarer Teil fehlte.

Von Martin van Amerongen und seinem Übersetzer, Klaus Mellenthin, die mit dem Arbeiterkampf freundschaftlich verbunden sind, war, obwohl solche „Löcher" in der „Neuen" sich wiederholten, über den Grund bisher nichts genaueres zu erfahren. Jetzt erhielten wir jedoch eine Erklärung Van Amerongens und seines Übersetzers, die sie der „Neuen" zur Veröffentlichung zugesandt hatten, die die „Neue" sich jedoch vorerst zu veröffentlichen weigerte. Da uns die Erklärung so stichhaltig vorkommt wie der Grund der Weigerung der „Neuen" fadenscheinig, veröffentlichen wir den Text an dieser Stelle:

„Erklärung zum Abdruck der Strauß-Kolumnen (in der 'Neuen')

In sechs verschiedenen Zeitungen der Niederlande, beider Sprachgebiete Belgiens, Österreichs und der BRD werden seit Ende Februar dieses Jahres die Strauß-Kolumnen des niederländischen Journalisten Martin van Amerongen publiziert. Nennenswerte Probleme gab und gibt es hierbei ausgerechnet in dem Land, daß von einer Machtübernahme durch Strauß am ersten betroffen wäre: Während der ersten Monate der Veröffentlichung dieser Kolumnen in der NEUEN waren – teilweise erhebliche – Satzfehler sowie das 'Rausfallen' halber Sätze und ganzer Absätze die Regel. In die (Hintertreppen-)Geschichte der Presse einzugehen verdient hier, daß aus dem Verfassernamen Martin van Amerongen zweimal hintereinander der Name des Kapitalistenchefs Wolff von Amerongen gemacht wurde.

Als zwei, das Verständnis empfindlich störende bzw. die politische Stoßrichtung entschärfende (Satz?) Fehler seien hier genannt:

– In der am 12.4. in der NEUEN publizierten Kolumne, einem Strauß-Porträt, fehlte ein ganzer Absatz, so daß ein erheblicher Teil des Textes nicht mehr verständlich war. In dem fehlenden Absatz war u.a. von Helmut Schmidt als dem 'bewunderten Triumphator von Mogadischu' die Rede ...

– In der am 14.5. publizierten Kolumne zum Verhältnis von Strauß und DGB fehlte der ganze letzte Absatz. Im vorhergehenden Text war an einer Reihe von Beispielen ausgeführt worden, welche Zugeständnisse von seiten der DGB-Führung und einzelnen DGB-Gliederungen Strauß gemacht worden waren. Im letzten, in der NEUEN fehlenden Absatz, hatte der Autor auf das 'historische Vorbild' solchen politischen Verhaltens hingewiesen: die Anbiederung der ADGB-Führung an die Nazis und die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933, nachdem die ADGB-Führung zur Teilnahme am 'Tag der Nationalen Arbeit' (dem 1. Mai) aufgerufen hatte ...

Erwähnung verdient auch noch, daß der von Martin van Amerongen in seiner Kolumne zur unbewältigten Vergangenheit von Strauß (DIE NEUE, 10.7.) zitierte Leidener Kriminologe Prof. Nagel (ein ehemaliger Widerstandskämpfer gegen die deutsche Besetzung der Niederlande) mit seinen Äußerungen zu Strauß aus diesen oder jenen Gründen nicht in die Spalten der NEUEN gelangte. Martin van Amerongen hatte Prof. Nagel in seinem Kolumnen-Manuskript wie folgt zitiert: 'Die Deutschen, denen wir vergeben können, sind die, die bereit sind, die Verantwortung für Bennecke und Göring und Hitler mitzutragen. Die Deutschen, die schreiben, was du schreibst, sind noch genauso gefährlich für Europa und die Menschheit wie es dein Führer war, fetter Drecksack, der du bist, Strauß! Westdeutschlands Kanzler von morgen!'

Carl L. Guggomos, vom Übersetzer der Kolumnen auf diese und andere Verstümmelungen der Kolumnen schriftlich und telefonisch hingewiesen, bedauerte stets, sprach von Fehlern technischer Natur und versprach Richtigstellung. Die dann nur in einem einzigen Fall erfolgte (im Fall der Namensverwechselung – Anm. AK).

Um einen 'Fehler' im Satz oder sonstwo kann es sich nun jedoch bei der Kolumne 'Ich-Form' (DIE NEUE, 9.9., S. 3) nicht mehr handeln. Hier ist durch einen offensichtlichen redaktionellen Eingriff (in die Kolumne eines Gast-Autors!!) die politische Aussage des letzten Satzes verfälscht worden. Im Manuskript hatte es geheißen: 'Entscheiden die bundesdeutschen Wähler sich mehrheitlich für Strauß, dann wählen sie – sein Jargon verrät es – keinen neuen Bundeskanzler, sondern wechseln nur den Oberbefehlshaber.' Nota Bene: w e c h s e l n nur den ... – in der NEUEN ist jedoch zu lesen: '... dann wählen sie ... keinen neuen Bundeskanzler, sondern einen Oberbefehlshaber.'

Fünf Zeitungen des europäischen Auslandes (sozialdemokratische, links-sozialdemokratische, sozialistische bzw. radikaldemokratische Organe) haben sich nicht erlaubt, in den Strauß-Kolumnen Martin van Amerongens schwerer wiegende inhaltliche, geschweige denn politisch verändernde Eingriffe vorzunehmen. Es blieb einer westdeutschen Zeitung, eben der NEUEN, vorbehalten, sich schützend vor Kanzler Schmidt zu stellen und an den Arbeiten ihres niederländischen Gastautors den Zensor zu proben.

Martin van Amerongen [Amsterdam]
Klaus Mellenthin [Hamburg]
12.9.80"

Die Reaktion der „Neuen" auf die Forderung nach Abdruck bestand darin, dem Übersetzer mitzuteilen, der Redakteur, der die Kolumnen bearbeitet hätte, sei bis zum 6. Oktober im Urlaub und erst dann könne über den Abdruck der Erklärung verhandelt werden.

Man hat wirklich schon intelligentere Abwiegelungsmanöver erleben können:

– Die Verfasser der Erklärung stellen fest: In der „Neuen" fehlen wesentliche Teile, die in den Manuskripten (und den anderen Zeitungen) enthalten waren. Und das müssen die Verfasser der Erklärung, Autor und Übersetzer der Kolumnen, wohl am besten wissen. Der Verweis auf die Notwendigkeit der Anwesenheit des bearbeitenden Redakteurs ist damit ein verschlüsselter Hinweis auf die Unglaubwürdigkeit der Erklärung.

– Daß über einen Monat nach dem Erscheinen der verfälschten Kolumne die richtigstellende Erklärung erheblich an Wert einbüßt, liegt auf der Hand.

– Daß zu dem Zeitpunkt, wo ein eventueller Abdruck der Erklärung in Aussicht gestellt worden ist, die Wahlen vorbei sind und die Erklärung damit nicht nur ihre Aktualität sondern auch einen Teil ihrer politischen Relevanz verloren hat, dürfte der „Neuen" nicht unbekannt sein.

Man stelle sich spaßeshalber einmal vor, was passieren würde, wenn eine kommunistische Zeitung, beispielsweise unser Arbeiterkampf, in solcher Weise mit den Beiträgen eines Gastautors umspringen und dann auch noch mit durchsichtigster Argumentation den Abdruck einer Richtigstellung auf eine ferne Zukunft verschieben würde ...!

Was hat Strauß in der »Reichskristallnacht« gemacht?

Erklärung von Bernt Engelmann anläßlich einer Neuauflage des „Schwarzbuches Franz Josef Strauß'' auf der Pressekonferenz am 5.9.1980 in Bonn

Es gilt einer Legendenbildung entgegenzuwirken, die damit begann, daß Herr Stoiber für die CSU bereits Ende Juli erklärte:
„Wenn wir die Wahl verlieren, dann nicht wegen unseres Wahlkampfstils ..., sondern wegen dieser Anti-Strauß-Kampagne...'', die er dann *„mit der Hetze der Nazis gegen die Juden''* verglich. (1)

Auch Helmut Kohl sprach auf dem letzten CSU-Kongreß von *„Pogromstimmung''*, die gegen Strauß erzeugt werde und fühlte sich *„an die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte erinnert''*.

Dem CSU-MdB Dionys Jobst war das noch nicht genug. Er behauptete gar: *„Die Hetze gegen Strauß ist schlimmer als die Judenverfolgung im Dritten Reich!''* (2)

Herr Jobst weiß gewiß nicht, was er da redet; er war 1933 erst 5, Herr Kohl war 3 Jahre alt, Herr Stoiber noch nicht geboren. Herr Strauß, der es sehr gut weiß, wollte sich dazu nicht äußern. Er schickte Herrn Heubl vor, der damals schon 9 Jahre alt war und der dann tapfer erklärte, er habe *„im Dritten Reich erleben müssen, wozu Hetze gegen Personen und Rassen führt''*, und er fühle sich *„durch die Diffamierungen, denen Strauß ausgesetzt sei, an den Stil eines Joseph Goebbels und Julius Streicher erinnert''*. (3)

Um das Maß an Geschmacklosigkeit vollzumachen, plant Herr Stoiber eine Ausstellung (4), auf der die ‚Hetze' gegen Strauß mit der Judenverfolgung von 1938 verglichen werden soll. Ich habe das Pogrom von 1938 als 17jähriger miterlebt, doch davon später. Zunächst darf ich daran erinnern, daß die Mitglieder des PDI, darunter nicht wenige Naziverfolgte, von Herrn Strauß zur Eröffnung seines Wahlkampfs als *„Ratten und Schmeißfliegen''* verunglimpft worden sind. Das hat eine Vorgeschichte: Im Juli 1978 richtete ich namens des PDI an Herrn Strauß die Frage, ob er nicht angesichts seiner braunen Vergangenheit und seiner bis heute unveränderten Vorliebe für blutige Diktaturen, rassistische Regimes und faschistische Gruppen besser auf ein hohes Staatsamt verzichte. Daraufhin nannte uns Herr Strauß schon damals *„Ratten und Schmeißfliegen''*. Wir, die wir Herrn Strauß nach wie vor für einen Menschen halten, glaubten an einen bösen Ausrutscher. Ich richtete deshalb an ihn einen Offenen Brief (5), der jedoch unbeantwortet blieb. Aber nachdem Johannes Poethen beim Südfunk Stuttgart am 13.2.80 die

halb an ihn einen Offenen Brief (5), der jedoch unbeantwortet blieb. Aber nachdem Johannes Poethen beim Südfunk Stuttgart am 13.2.80 die

Frage wiederholte, ob Herr Strauß wirklich uns Schriftsteller für auszurottendes Ungeziefer halte, da bejahte der eifrige Herr Stoiber dies gleich zweimal. Herr Strauß bestätigte es und versicherte uns gar, es sei kein Ausrutscher gewesen, er habe *„eiskalt ausgeteilt''* - so nachzulesen in der *„Zeit''*. Erst daraufhin erklärte ich öffentlich: Wer so spricht, hat seine braune Vergangenheit nicht bewältigt. Das ist die Sprache der Mörder!'' Und nun ließ die CSU-Zentrale eilig verbreiten, ich allein sei mit dem doppelten Plural *„Ratten und Schmeißfliegen''* gemeint gewesen, und es folgten weitere Schmähungen, von denen noch zu sprechen sein wird. Inzwischen wird von interessierter Seite behauptet, bei alledem habe es sich nur um ‚begreifliche Reaktionen' auf mein „Neues Schwarzbuch'' gehandelt. Deshalb sei klargestellt: Dieses „Neue Schwarzbuch'' ist erst 20 Monate nach Beginn der wüsten Beschimpfungen und etliche Wochen nach ihrer Wiederholung erschienen - kurz vor Ostern 1980.

Zugegeben, es enthält harte Vorwürfe gegen den Politiker Strauß. Aber es gibt darin keine Verleumdungen und keine Schmähungen. Des Herrn Strauß liederlichen Umgang mit der Wahrheit, mit Milliardensummen, auch mit Menschenleben, habe ich weitgehend der Kritik des Bundesrechnungshofes überlassen. Auch das Fazit der ersten, an Skandalen reichen Bonner Ministerkarriere des Herrn Strauß überließ ich Johannes Gross, der damals in *„Christ und Welt''* schrieb: *„Strauß unterhält die Öffentlichkeit mit Beteuerungen, er sei nicht korrupt, er sei nicht kriminell, nicht Millionär, nicht machtgierig. Er werde nur verleumdet. Alle seien gegen ihn - die Russen, die Amerikaner, die Liberalen, die Sozialisten, die norddeutschen Protestanten, der hohe katholische Klerus usw.''* (6)

Ich fügte dem nur hinzu, so werde es wohl auch diesmal sein, und Herr Strauß werde seinerseits nicht mit Verleumdungen seiner Kritiker sparen. Das dürfte uns indessen nicht dazu verleiten, die Auseinandersetzung mit ihm anders als streng sachlich zu führen. Man hat mir dennoch vorgehalten, es sei unfair, Herrn Strauß seine braunen ‚Jugendsünden' vorzuwerfen. Oder gar, daß er sich als 17jähriger nicht darum gekümmert habe, was die Nazis mit den Juden trieben.

Dazu sei klargestellt:
1. habe ich ihm solchen Vorwurf gar nicht gemacht - jeder kann das nachlesen.
2. würde mich seine Nazi-Vergangenheit überhaupt nicht interessieren, wenn er a) uns nicht ständig daran erinnern würde, mal durch seine Sprache, mal durch seinen Umgang, und wenn er b) nicht ausgerechnet Bundeskanzler werden wollte.

Das Schlimmste aber ist, daß er den Widerstand gegen seine Kandidatur mit der mörderischen Verfolgung der Juden unter der Naziherrschaft vergleichen läßt und sich selbst zum Opfer einer „Pogromhetze'' erklärt.

Bei dem ersten blutigen Pogrom der neueren deutschen Geschichte, in der Nacht vom 9./10. November 1938, wurden nicht nur die Synagogen niedergebrannt, alle jüdischen Geschäfte verwüstet und geplündert. Es wurden auch fast alle Wohnungen ahnungsloser jüdischer Mitbürger überfallen, dort restlos alles, von der Babywiege bis zum Konzertflügel, mit Äxten zerhackt, besudelt, zertrampelt. Einige tausend Menschen wurden zusammengeschlagen, mit Hunden gehetzt, in Flüsse geworfen, aus Fenstern gestürzt oder niedergeschossen. In Linz wurden jüdische Frauen öffentlich geschändet, in Eßlingen das Waisenhaus verwüstet, die Kinder mißhandelt, die Lehrer erschlagen. Zigtausende solcher Vorfälle ließen sich schildern, aber ich hoffe, dies genügt, damit den Herrn Stoiber, Kohl, Heubl und Jobst dämmert, wie höchst unpassend ihr Vergleich der angeblichen Verfolgung des armen Herrn Strauß mit diesem Pogrom ist. Und nebenbei bemerkt: Ich habe selbst, damals 17, diese Mordnacht sehr bewußt miterlebt. Einige der Beinahe-Opfer, unsere Nachbarn, Frau Landmann und ihre Töchter, im Hause Venloer Straße 10 in Düsseldorf, können bezeugen, daß es damals 17jährige gegeben hat, die sich um die Verfolgten kümmerten.

Herr Strauß ist, obwohl er mich in seiner prächtigen Wahlillustrierten „Sonnenschein'' einen *„reichen alten Polit-Knacker''* nennen läßt, nicht nur ein bißchen, etwa hundertmal, reicher als ich, sondern auch 6 Jahre älter. Er war am 9.11.38 schon 23. An den

Polit-Knacker'' nennen läßt, nicht nur ein bißchen, etwa hundertmal, reicher als ich, sondern auch 6 Jahre älter. Er war am 9.11.38 schon 23. An den

Verbrechen jener Nacht war auch das NSKK beteiligt, bei dessen Münchner Sturm 23/M 86 er damals *„Rottenführer und weltanschaulicher Referent''* war. (7)

Was die Beteiligung des NSKK an den Greueln jenes Pogroms betrifft, so verweise ich auf die SD-Berichte (8), wo es z.B. in bezug auf die Plünderungen und deren Nutznießer heißt: *„Jedenfalls würden überraschende Haussuchungen in den SA- und NSKK-Heimen und bei deren Führern Erstaunliches an den Tag bringen...''*

In den ‚Deutschland-Berichten' im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (8) heißt es: *„Es steht fest, daß die Pogromaktionen von SA, SS, NSKK ... durchgeführt worden sind...''* und *„Die Aktion wurde unter Mitwirkung des NSKK durchgeführt, das mit dem Wagen von Laden zu Laden fuhr...''*

Es gibt viele solcher Bestätigungen. Hier noch eine letzte, wozu angemerkt sei, daß damals 20 000 jüdische Männer in die KZ-Lager verschleppt wurden. Dazu heißt es: *„Für die mit dem Pogrom verbundene Verhaftungsaktion sollte ... die SS als Hilfstruppe der Gestapo fungieren. Doch sie ist ... dabei kaum hervorgetreten. Die Gestapo, die für eine so umfassende Aktion allerdings viel zu wenig Personal hatte, zog überwiegend die Partei, die SA und das NSKK zur Unterstützung heran...''* - nachzulesen bei Graml, ‚Der 9. November 1938', kein kommunistisches Machwerk, sondern herausgegeben von der Bundeszentrale für Heimatdienst, 1953, also noch zu Adenauers Zeiten, als der ehemalige NSKK-Rottenführer Strauß gerade Bundesminister für besondere Aufgaben geworden war.

Es stellt sich somit die Frage an den Kanzlerkandidaten, was er in der Pogromnacht von 1938 gemacht hat. Gab es für ihn schon damals ‚besondere Aufgaben'? Hat er eine Rotte angeführt? Oder half er als ‚weltanschaulicher Referent' nur bei der ideologischen Vorbereitung des Sturms 23/M 86 auf den feigen und brutalen Überfall, trat aber dann, wie weiland der Judenreferent Dr. Globke, in eine Nische?

Und daran schließt sich eine weitere Frage an: Wie hat sich Herr Strauß als Mitglied des Nat.soz.Deutschen Studentenbundes (NSDStB) verhalten, dem er am 1.11.1937 auch noch beigetreten war? (9)

Ich muß gestehen, daß ich den NSDStB im „Schwarzbuch'' zunächst falsch eingeschätzt habe. Das ist jetzt korrigiert. Es war nämlich keine Massen- oder gar Zwangsorganisation, sondern das Gegenteil. Die Mitgliedschaft im NSDStB war freiwillig und unterlag strengster Auswahl. Nur etwa jeder 20. Student wurde zugelassen; das waren insgesamt nur etwa 3000. Es handelte sich um - so Rudolf Heß - *„eine Art intellektuelle SS''*, *„die politische Elite''* der Nazi-Partei, ihren Kader-Nachwuchs an den Hochschulen (9a).

Nebenbei gesagt, speziell für Herrn Godel Rosenberg: Die Frage nach der NSDAP-Mitgliedschaft von Strauß ist völlig belanglos, weil bereits mit der Aufnahme ins NSKK, erst recht in den NSDStB, *„die Bereitschaft und die Verpflichtung zum Beitritt zur NSDAP''* zwingend verbunden waren (10). Beides waren *Gliederungen* der Nazi-Partei, gleichrangig mit SA und SS (11).

Was es mit dem NSDStB sonst noch auf sich hatte, geht aus einer Studie hervor, keiner sowjetischen, sondern der University of Michigan, USA, von 1969. Dort heißt es zunächst über den NSDStB-Chef Dr. Gustav Adolf Scheel, einen hohen SS-Führer und Vertrauensmann des SD-Chefs Heydrich: *„Es gelang Scheel innerhalb eines Jahres''* - nämlich bis 1937 - *„einen geheimen Nachrichtendienst innerhalb der Studentenschaft aufzubauen ... Der geringste Verstoß gegen die Partei ... wurde ihm gemeldet. Sobald es irgendwelche Anzeichen von Aufbegehren oder auch nur Unzufriedenheit in der Studentenschaft gab, wurde schnell und ohne großes Aufsehen durchgegriffen...''*, denn, so lautete ein Befehl an den NSDStB: *„Die nat.soz.Bewegung ... verlangt von euch, daß ihr auf der Hochschule mit Brutalität den Gedanken der Totalität der nat.soz.Erziehung vertretet!''* (12)

Mit Datum vom 5. Oktober 1937 wurde angeordnet: *„Ab 1.1.1938 tritt eine generelle Mitgliedersperre des NSDStB ein.''* Man hatte genug Kadernachwuchs und Spitzel, und von da an war es ein besonderer Vertrauensbeweis, in *„Dr. Scheels Gestapo''* - wie die erwähnte amerikanische Studie den NSDStB nennt - noch aufgenommen zu werden. Dem Studenten

trauensbeweis, in „Dr. Scheels Gestapo'' - wie die erwähnte amerikanische Studie den NSDStB nennt - noch aufgenommen zu werden. Dem Studenten

Franz Strauß gelang dies noch, am 1.11.1937 (13). Von da an gehörte er zur ‚intellektuellen SS', weshalb es als besonders geschmacklos gelten kann, daß er sich heute als ‚Pogromopfer', sogar als ‚schlimmer verfolgt als die Juden' und als ‚von Anfang an überzeugter Gegner der Nazis' hinstellen läßt. Das ist eine Beleidigung aller die tatsächlich Widerstand geleistet und dafür ihr Leben eingesetzt haben.

Ich stelle dies hier fest, auf die Gefahr hin, noch mehr diffamiert zu werden. Bislang hat mich die Clique des Herrn Strauß schon zum Verfassungsfeind, Untergrundkommunisten und Einflußagenten, aber auch zum Waffenschieber, Schwindler, Scheckbetrüger, Sittenverderber erklärt. Anfangs habe ich mich dagegen gewehrt. Mit Rechtsschutz der IG Druck und Papier habe ich durchgesetzt, daß die Rubrik „Kampagne gegen den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU'' im bayerischen Verfassungsschutzbericht, wo mehrere angesehene Kollegen und ich namentlich aufgeführt waren, gestrichen und berichtigt werden muß. Ich habe beim OLG Stuttgart erstritten, daß es der CSU, vertreten durch deren Vorsitzenden, bei Strafe verboten ist, mich als „Untergrundkommunisten'' zu bezeichnen. Ich habe dem „Münchner Merkur'' gerichtlich untersagen lassen, mich als „DDR-Einflußagenten'' zu bezeichnen. Soll ich mich nun auch noch gegen den millionenfach als Faltblatt, Plakat usw. verbreiteten Vorwurf wehren, ein vorbestrafter Krimineller zu sein? Soll ich meinen blütenweißen Strafregisterauszug präsentieren, eine Kreditauskunft anbieten, womöglich beim Landgericht München um Klärung bitten, ob und inwieweit es berechtigt ist, mich als Waffenschieber, Schwindler oder Scheckbetrüger zu bezeichnen? Das kann niemand im Ernst von mir erwarten, abgesehen davon, daß die übelsten Anwürfe anonym verschickt werden, ohne Angabe des Druckers oder des für den Inhalt Verantwortlichen. Und schließlich darf ich vielleicht daran erinnern, daß eigentlich nicht mir gerichtsnotorisch *„der Ruch der Korruption''* anhaftet und daß nicht ich am 5. Oktober Bundeskanzler werden will.

Es ist allerdings wahr, daß ich an zahlreichen Straftaten beteiligt gewesen bin, z.B. an Fälschungen, zwar nicht von Schecks, aber von Ausweisen, auch an Schwindeleien, z.B. zur widerrechtlichen Beschaffung von Lebensmittelkarten. Ich habe an Grenzen geschmuggelt, nicht nur verbotene Drucksachen und einmal Waffen, sondern auch lebende Konterbande, nämlich Menschen. Ich bin am Ende der Polizei in die Hände gefallen und war dann in 21 Gefängnissen, Zuchthäusern und Lagern eingesperrt. Aber niemals aufgrund eines Gerichtsurteils, sondern aufgrund eines sog. „Schutzhaftbefehls'', unterzeichnet von dem - später hingerichteten - Ernst Kaltenbrunner. Haftgrund: Judenbegünstigung, ein Verbrechen, das ich begangen hatte durch Gewährung

von dem - später hingerichteten - Ernst Kaltenbrunner. Haftgrund: Judenbegünstigung, ein Verbrechen, das ich begangen hatte durch Gewährung

von Unterschlupf, Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidung und falschen Papieren sowie durch Hilfe bei der Flucht ins neutrale Ausland. Das waren damals kriminelle Akte, deren ich mich nicht schäme, denn sie retteten einige vom damaligen Regierungschef zu „Ratten und Schmeißfliegen'' erklärte Menschen vor der Ermordung - so Etti und Erich Elkan, Alice Goldstein, Heinz Lewisohn, Kurt Markuse, Irene Wandel, um einige Namen zu nennen. Etti Elkan starb übrigens erst vor einigen Jahren; sie liegt begraben in jener oberbayerischen Gemeinde, wo ich mit meiner Familie seit langem lebe und wo Herr Strauß inzwischen auch seinen Wohnsitz genommen hat. Im übrigen sind die von mir genannten Fakten aktenkundig (14).

Die letzte Station meines Weges als Gestapo-Häftling war das KZ Dachau, aus dem ich Anfang Mai 1945 befreit wurde, damals 24 Jahre alt. Ich bekam dann 5 Mark pro Tag Haftentschädigung. Ein haftbedingter bleibender Körperschaden vermindert nach ärztlicher Einschätzung meine Erwerbsfähigkeit um 45 v.H. Meine Sensibilität für Nazi-Vokabular und nazistisches Verhalten hat indessen durch die Haft nicht gelitten, sondern stark zugenommen, und auch das wird bis an mein Lebensende so bleiben.

Ich könnte nun noch hinzufügen, daß Herr Kanzlerkandidat Strauß damals, als ich in Dachau gerade noch überleben konnte, etwas weiter südlich eine besondere Aufgabe hatte, definiert im Geheimbefehl vom 13. Mai 1943 - Stba/Ic Nr. 3714/43 geh - unter Ziffer 5 als *„ausschließlich politisch-weltanschaulich-nationalsozialistisch''* (15), und ich könnte daran allerlei Betrachtungen knüpfen, die Eignung des Herrn Strauß für das höchste politische Amt betreffend. Aber er beteuert, er sei zwar NS-„Offizier für wehrgeistige Führung'', aber trotzdem kein Nazi, sondern stets deren überzeugter Gegner gewesen - innerlich. Wer kann das wissen? Ich meine, man muß ihm das glauben, aber ich finde nicht, daß innere Vorbehalte entscheidend sind. Vielleicht hat Herr Strauß ja auch innere Vorbehalte gegen das Pinochet-Regime, ohne sie uns erkennbar werden zu lassen. Er sollte jedenfalls darauf verzichten, die Bundesrepublik Deutschland als Kanzler politisch führen und vor der Welt repräsentieren zu wollen. Wir, meine Kollegen und ich, bleiben bemüht, ihm diesen Verzicht zu erleichtern.

Abschließend möchte ich nicht nur meinen Kollegen und politischen Freunden für ihre Solidarität danken, sondern auch den zahlreichen Anhängern der Unionsparteien, auch der CSU, die sich privat oder sogar öffentlich von denen distanziert haben, die meine Kollegen und mich als „Ratten und Schmeißfliegen'' beschimpft und auf jede erdenkliche Weise diffamiert und verleumdet ha-

die meine Kollegen und mich als „Ratten und Schmeißfliegen'' beschimpft und auf jede erdenkliche Weise diffamiert und verleumdet ha-

ben. Ich danke besonders den Kollegen in den Sozialausschüssen, bei der Jungen Arbeitnehmerschaft sowie der Kath. Hochschulgemeinde Würzburg. Ich danke schließlich auch denen, die schon beschlossen haben, diesmal ihre Stimme nicht Herrn Strauß zu geben, und das werden viele sein. Ich habe dafür Anhaltspunkte, denn ich lebe mit meiner Familie in einer Landgemeinde mit hoher CSU-Majorität, doch ich habe mich dort, was die Einheimischen betrifft, noch nicht zu beklagen gehabt über einen Mangel an Respekt gegenüber einem politischen Gegner.



Wo war Strauß, als 1938 die Synagogen brannten?

Quellennachweis:
(o bedeutet: faksimiliert wiedergegeben im „Neuen Schwarzbuch")
1 Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Düsseldorf, 25.7.1980
2 CSU-Wahlveranstaltung in Waldkirchen, Juli 1980
3 Protokoll des Bayerischen Landtags, Juli 1980
4 Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Düsseldorf, 25.7. 1980
5 Goldmann-Taschenbuch 3885, „VS-Vertraulich", hgg.v.B.Engelmann, 1979 S. 292 f.
6 Johannes Gross in „Christ und Welt", 9.4. 1965
o7 Vorschlag zur Ernennung RP 4158/43 d. Reichsmin.f.Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (E III f Strauß, Franz c/43 (b))
8 Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1938, S.1187, A 27 und S.1194, A 35
o9 wie 7
9a zit. n. „Titanic", 8/80, S. 16
o10 NSKK-Korpsbefehl 12b vom 12.5. 1938, III, 3
11 Handbuch für das Deutsche Reich, 1936, hgg.v. Reichs- und Preuß. Ministerium d. Inneren, S.11
12 zit. nach „Titanic", 8/80, S. 14 ff
o13 wie 7
14 Landesrentenbehörde NRW, 2 E 243 und 244, B und H
o15 Viertelj.Hefte f. Zeitgeschichte, 9. Jahrgang, 1961, Heft 1, S. 76 ff

Z-Offensive gegen »Undogmatische«

Die seit dem Dortmunder Grünen-Parteitag (21./22. Juni) angekündigte große Herbst-Offensive der „Gruppe Z" gegen die „Undogmatischen" rollt! In der soeben erschienenen „Z" Nr. 7 rechnet unser ehemaliger Verleger **Jürgen Reents** in alter Frische mit den „BUS" ab. „BUS" heißt „Basisdemokratische Undogmatische Sozialisten". So nennt sich eine Fraktion in der Grünen Partei, die sich um **Klaus Wolschner** („TAZ"-Redaktion), **Manfred Zierahn** (Frankfurt) und **Ernst Hopplitschek** (Westberlin) gruppiert. Alle drei sind dem AK-Leser seit langem als Vorkämpfer einer sogenannten „komplizierten Aktion" (zwecks Ausgrenzung der K-Gruppen aus der Grünen Partei) bestens bekannt. Erklärter Hauptzweck der „BUS" ist zur Zeit der Kampf gegen die „Gruppe Z". Diesen Kampf treiben die „BUS" soweit, daß sie auf dem Saarbrückener Parteitag der Grünen (22./23. März) bewußt die Wahl einer linken Kandidatin (Bettina Hoeltje, Hamburg) in den Bundesvorstand verhinderten, weil sie in ihr eine „Z"lerin vermuteten.

Der nunmehr vorliegende Artikel von Jürgen behandelt im einzelnen:

- die Bewertung des Dortmunder „Kompromisses"
- die Bewertung der rechten Austritte nach dem Dortmunder Parteitag
- die Perspektive linker (sozialistischer) Politik in der Grünen Partei.

„Auch wir sind an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig ..."

Die aktiven Hamburger Grünen werden sich noch daran erinnern, wie Jürgen auf einem Vorbereitungstreffen ganz kurz vor dem Dortmunder Parteitag den Entwurf zur „Wahlplattform" zäh gegen Kritik (vor allem seitens des KB) verteidigte: Die Plattform entspreche dem „Geist des Saarbrückener Programms" pipapo ... In völligem Gegensatz zu dieser Verteidigungsrede meint Jürgen jetzt in seinem Artikel, daß die Plattform **„zuviel ausläßt, zuviel ins Doppeldeutige zieht und in der Tat auch schädliche Positionen enthält"**. In dieser Plattform sei *„ein gutes Stück Identifikation dieser Partei mit der außerparlamentarischen Bewegung ... verloren gegangen"*. Diese Einschätzung konkretisiert Jürgen u. a. an der Dortmunder „Verwässerung" der Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Durch die Dortmunder Formulierung (35-Stunden-Woche „ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen")sei **„ein Schlupfloch für die Verzichtsforderungen des rechten Grünen-Flügels präsentiert"** worden. Indem hiermit dem *„Ansinnen mancher Spinner"* nachgegeben worden sei, bestehe die gefährliche Tendenz, *„die Basisbewegung durch die Grüne Partei politisch zu vergewaltigen"*. Aufgabe der Grünen sei es nicht, Forderungen der Basisbewegung zugunsten parteitaktischer „Kompromisse" umzumodeln, **„sondern sich als authentisches Sprachrohr dieser Bewegung im parlamentarischen (und vorparlamentarischen) Raum darzustellen"**.

Als Mitglied der Programmkommission der Grünen hat Jürgen *„diese Wahlplattform und ihr Zustandekommen mitzuverantworten"*, wie er selbstkritisch anmerkt. Dadurch, daß seitens des „BUS"-Flügels zurückweichend auf die Erpressungsversuche der Rechten (nach Saarbrücken) reagiert worden sei, sei die „Gruppe Z" in eine *„Defensivposition"* geraten, aus der sie sich dann *„nicht mehr ‚herausgewagt'"* habe. Die „Gruppe Z" habe es nach Saarbrücken versäumt, *„dem ‚Kompromißdruck' konsequenter in der Auseinandersetzung entgegenzuwirken"*.

Einige wichtige Faktoren hat Jürgen in dieser Selbstkritik allerdings noch übersehen. Da ist zum einen die recht überhebliche, unernste Betrachtungsweise, mit der die „Gruppe Z" nach dem Saarbrückener Parteitag die Revanchepläne und Chancen der Rechten herunterzuspielen trachtete. Ein weiterer Faktor ist die unseriöse Vorbereitung der „Gruppe Z" auf den Dortmunder Parteitag: Die Wahlplattform sei sowieso bloß ein uninteressantes Stück Papier, viel wichtiger werde der „Clinch" um die Besetzung der Vorstandsposten sein.

„... daß wir uns sträflich geirrt haben ..."

Wohl auch dem erwähnten „Kompromißdruck" ist es anzulasten, daß die „Gruppe Z" sich unmittelbar nach dem Dortmunder Parteitag noch mit einigem Bedauern über die Austritte von rechten Grünen aus der Partei vernehmen ließ. Jürgen selbst äusserte z. B. im AK 180 (30.6.80), es sollte gegenüber Herbert Gruhl *„sehr wohl Bemühungen in der Richtung geben, die nochmals klarstellen, daß auch Herbert Gruhl mit seiner Minderheitsposition weiter in der Grünen Partei wirken kann"*. Im selben AK äußerte sich Jürgen betrübt über die Austritte von Leuten wie Boje Maaßen und Karsten Buhk in Schleswig-Holstein – *„an deren Mitarbeit und Zusammenarbeit"* sei die „Gruppe Z" nach wie vor interessiert.

Zu diesen Jugendsünden schreibt Jürgen jetzt schonungslos selbstkritisch in der „Z" Nr. 7: *„Unsererseits klarstellen wollen wir dazu aber, daß wir uns sträflich geirrt haben: Geirrt bezüglich selbstgenannt ‚linken' und ‚lernfähigen' Ex-Grünen wie Boje Maaßen und Karsten Buhk ... Ihren Austritt kann man bei allen sonstigen Verschiedenheiten ihrer politischen Denkweise, etwa zu der Baldur Springmanns, wohl doch nicht so recht bedauern. Wer derartigen Schwachsinn mit seinem Namenszug Glaubwürdigkeit zu verleihen versucht, der i s t heute gar nicht zu ‚halten' und der soll mit seiner politischen Krämerseele und seinem Hang zum Exorzismus wirklich l i e b e r außerhalb der Grünen Leute ärgern"*. (Mit dem „Schwachsinn" meint Jürgen ein in Dortmund verteiltes Flugblatt, in dem volles Rohr gegen die „Gruppe Z" gehetzt wurde.)

Die Austritte der Rechten seien **„ein notwendiger Klärungsprozeß innerhalb der Grünen"**, der *„politisch n o t w e n d i g"* bzw. *„zumindest kurz- oder auch mittelfristig n i c h t v e r m e i d b a r"* sei. (Ähnlichkeiten mit der vom KB bereits v o r dem Dortmunder Parteitag getroffenen Einschätzung sind rein zufällig!) Den „BUS" wirft Jürgen in diesem Zusammenhang vor, sie wollten den status quo (das Karlsruher Gründungsspektrum) der Grünen zusammenhalten und würden *„dafür lieber den Verlust an politischer Kontur einer Alternative in Kauf nehmen"*. Diese Strategie der „BUS" würde aber, so Jürgen, bedeuten, daß die linken Grünen *„auch den Preis weiterer Erpressungen und des letztendlichen Verzichts auf eine sozialistische Perspektive zu zahlen"* hätten.

„Die Linke hat einen eigenen Weg"

Jürgen stellt in seinem Artikel fest, daß sich *„in der Grünen Partei eine Zone der tendenziellen ‚Einheit um jeden Preis' breiter gemacht (habe), die offenliegende Widersprüche ständig zuzudecken versucht und damit die politische Weiterentwicklung der Grünen hemmt"*. Selbstkritisch klagt Jürgen über den *„gekrümmten Buckel der Linken in der Wahlplattform"* und die linken **„Nachlässigkeiten und Zaghaftigkeiten gegenüber den Rollback-Versuchen der Rechten"**. In der ihm eigenen grob-ehrlichen Art nennt Jürgen diese Taktik der grünen Linken *„hirnrissig"*, *„schlicht dumm und lächerlich"* und **„für die Linke sogar politisch tödlich"**. Da schmunzelt der Kommunist!

Als ideologisches Zentrum dieser Taktik sieht Jürgen die „BUS", namentlich **Klaus Wolschner**. Diese Strömung wolle statt einem *„Zusammenarbeitsprozeß der Linken"* viel lieber *„ein Bündnis von ‚Undogmatischen und Wertkonservativen'"* anstreben. Gleichzeitig würden von den „BUS" die *„außerhalb der Linken kommenden Argumente gegen sozialistische Alternativvorstellungen übernommen"*. Wolschner lasse *„jede kritische Anmerkung zu den ‚Wertkonservativen' bei den Grünen vermissen"*; Wolschner habe die *„Dimension einer eigenständigen sozialistischen Perspektive"* aufgegeben und wolle *„die Frage einer sozialistischen Zielsetzung aus der Debatte nehmen"*. Überhaupt sei bei den „BUS" vehemente Abkehr von der kontroversen Diskussion zu beobachten: „ ... *Solche barbarischen Worte wie Streit und Konfrontation lassen manch heutigem ‚undogmatischen Sozialisten' ja schon einen Schauer den Rücken herunterjagen, und Wolschner verwechselt sozialistische Politik offenbar mit der Herausgabe eines neuen Wörterbuches, in dem unter ‚sozialistisch' die Anmerkung ‚siehe auch: konservativ' und umgekehrt zu finden sind – soweit hat die Achberger Philosophie der Begriffsrevolutionierung schon in einem Teil der Linken Fuß gefaßt"*.

Demgegenüber vertritt Jürgen abschließend: **„Die Linke hat eine eigene Position, auch i n der Grünen Partei. Die Linke hat einen eigenen Weg und eine eigene politische Perspektive a u c h i n der Grünen Partei"**. Gemeint ist die **„sozialistische Perspektive"** ...

Daß Jürgen an mehreren Stellen blöde, inhaltsarme Distanzierungen vom KB vornimmt (dessen Kritik an den Grünen natürlich nach wie vor inkompetent, lächerlich usw. ist), ist verständlich und verzeihlich. Diese Distanzierung braucht die „Gruppe Z" ja nicht daran zu hindern, sich i n t e r n selbstkritische Gedanken über ihre früher praktizierte „geschickte Bündnispolitik" mit den „BUS"-Betreibern Wolschner, Zierahn und Hoplitschek gegen den KB und gegen die Autonomie der bunten/alternativen Listen zu machen. So etwa vor dem Karlsruher Gründungskongreß der Grünen und bei den Störmanövern gegen das Treffen von bunten/alternativen Listen in Münster. Und zur Erinnerung an Jürgen und die anderen „Z"-Genoss(inn)en: **Einer der konkreten Anlässe für eure Abspaltung vom KB im Dezember 1979 war eure Weigerung, uns über eure damaligen (sehr engen und vertraulichen) Kontakte zum heutigen „BUS"-Trio zu informieren.**

Vielleicht denkt ihr intern mal drüber nach? Wär' nett!

Richtigstellung

Die Genossen Willi und Langer ("Gruppe Z") bezifferten in ihrem Artikel im AK 184, S.44, die Mitgliederzahl der Grünen Partei mit *"fast 2o.ooo"*. Woher sie diese Zahl gegriffen haben, ist schleierhaft. Offiziell hat der Bundesvorstand der GRÜNEN seine Mitgliederzahl kürzlich mit 16.2oo angegeben (vgl.z.B. "Neue", 18.9.8o), mit dem Vermerk, daß die Mitgliederzahl seit zwei Monaten stagniert.
Hinzuzufügen ist, daß sich unter den offiziell geführten Mitgliedern der GRÜNEN ein hoher Anteil von 'Karteileichen' und von faktisch Ausgetretenen verbirgt.

Gruhl: »Wir warten bis zur Wahl ab ...«

Wer geglaubt hat, nach Gruhls Wahlniederlage auf dem Dortmunder Parteitag seien die Grünen diesen Menschen ein für allemal los, hat sich getäuscht. Während ein Teil der GAZ-Basis mit demonstrativ gemeinten Austritten aus den Grünen eher ihre derzeitige Schwäche demonstrierte, ist Gruhl Mitglied der Grünen geblieben und mit ihm eine Reihe seiner wichtigsten politischen Freunde. Daß dahinter ein klares politisches Kalkül stand, wird im Rundschreiben Nr.14 des GAZ-Bundesvorstands (datiert vom 2.9.80, Verfasser: Herbert Gruhl) mit verblüffender Offenheit erläutert. Gruhl geht zunächst auf die zu erwartende Wahlniederlage der Grünen ein und schreibt, dies sei *„ein Rückschlag auf Jahre, der noch dadurch verstärkt wird, daß heute viele Bürger den falschen Eindruck haben, Ökologie sei von vornherein mit spinnigen Gesellschaftstheorien, ja mit kommunistischer Infiltration gekoppelt"*. Aus seiner Sicht nicht unlogisch, empfielt Gruhl folgendes konkrete Wahlverhalten: *„Am überzeugendsten läßt sich ein solcher Protest (gegen die etablierte Politik; Anm. AK) ausdrücken, wenn wir die Erststimme dann dem Kandidaten der Grünen geben, wenn dieser persönlich unsere ökologische Politik vertritt. Die Zweitstimme ist eine Gewissensfrage, die auch mit der personellen Besetzung der Landesliste und dem jeweiligen politischen Standort des Landesverbandes zu tun hat. Es wird sehr interessant sein, wie stark die Ergebnisse nach Kandidaten und Ländern am 5. Oktober differieren werden."* In der Tat! Wie sehr der Ideologe Gruhl auch „Realpolitiker" ist, wird im folgenden deutlich. Die Zeit bis zum Wahltag will er nicht mit kleinlichen Stänkereien gegen die Grünen vertun. Eine *„Ausarbeitung über die unterschiedlichen Grundpositionen"* bei den Grünen will er schreiben und *„auch darstellen, welche Forderungen des Saarbrücker Programms mit dem Grundgesetz unvereinbar sind"*. Aber dann soll a b g e r e c h n e t werden: *„Ich weiß, daß sich noch sehr viele in den Grünen ehrlich bemühen, das Fiasko klein zu halten, daß auch noch viele Mitglieder blieben (wie ich auch), weil sie vor der Wahl Auseinandersetzungen vermeiden wollen. Wenn aber dann so schnell kein neuer Wahltermin mehr drängt, dann muß Klarheit über den weiteren Weg geschaffen werden ... Eine eigene Beteiligung der GAZ an der Bundestagswahl, die viele wollten, wäre sinnlos gewesen. Aus personellen und finanziellen Gründen und auch wegen der Kürze der Zeit. Vor allem hätte man uns dann den Vorwurf der Spaltung des Wählerpotentials machen können. Jetzt wird sich viel deutlicher herausstellen, wieviel Wähler hinter dieser Partei Die Grünen stehen, so wie diese sich jetzt darstellt. Wir warten bis zur Wahl ab. Ich danke allen, die weiter dabei sein wollen."*

Ebenfalls beim Warmlaufen für die „Stunde der Wahrheit" nach dem 5. Oktober ist Springmanns berüchtigte Arbeitsgruppe Ökologische Politik (AGÖP), die auf einem Treffen am 13.9. noch einmal bekräftigte, was ohnehin schon lange klar war: daß wegen der *„Vorherrschaft ultralinker Kräfte"* bei den Grünen nun die „Ökologische Förderation" unter Führung von Gruhl, Dinné, Springmann und Heinz Brandt alle Kräfte mobilisieren müsse. Für den Sonntag nach der Bundestagswahl ist auch ein Landesparteitag der GAZ Bayern geplant, wo der „seinerzeit stärkste und aktivste" Landesverband der GAZ „reaktiviert" werden soll. Der Dortmunder Parteitag habe das „Primat der Ökologie" in der Grünen Partei *„nicht nur programmatisch, sondern auch personell"* beseitigt: *„Kein einziger konsequenter Ökologe gehört mehr dem Bundesvorstand an, sondern so gut wie ausschließlich Vertreter linker, halblinker oder linksradikaler Gruppen."*

Jürgen Reents schreibt in der „Z" Nr. 7 (12.9.80) – vorsichtig und in Andeutungen – von „Anzeichen zur Gründung einer gegen die Grünen gerichteten Partei auch beim Achberger Kreis (oder bei Teilen desselben)".

Flankenschutz durch die „taz"

Wieder einmal – wie zuletzt im Falle von Heinz Brandt und Willi Hoss, die in der „taz" ein Forum für ihre Tiraden gegen die „leninistischen Kadergruppen" bei den Grünen fanden – wird der Formierung der rechten Ökologen und Anti-Kommunisten ganz „undogmatisch" propagandistisch unter die Arme gegriffen. Am 15.9. eröffnete die „taz" eine Serie **„Die Situation der Grünen"**, *„um eine breite Diskussion um die Perspektiven der Ökologiebewegung zu entfachen."* Als erster kam ein *„kritischer Beobachter der neuen Parteigruppierung"* („taz") zu Wort: Baldur Springmann. Sein als „Brief an einen jungen Freund" aufgemachter Beitrag enthält nichts weiter als einen neuen kurzgefaßten Aufguß des „Baldurismus": fast eine „taz"-Seite über die *„feindlichen Brüder Kommunismus und Kapitalismus"*, den *„zweifachen Materialismus"* und das *„religiöse Organ des Menschen"* –*„Denkanstöße für uns und vielleicht auch diesen und jenen anderen"* (Springmann). Konkret steht nur soviel drin: im Gegensatz zu seinem „jungen Freund" will Springmann „'ne neue Ökopartei" nicht ausschließen – wichtiger „Denkanstoß" auch für die „taz"-Redaktion? Auf die Fortführung der „breiten Diskussion um die Perspektiven der Ökologiebewegung" sind wir gespannt.

„Solidaristen" und „Nationalrevolutionäre" bei den Grünen: Linke im Visier

Die Wahlen - genauer gesprochen: ihr zu erwartender Ausgang - mit ihren Auswirkungen auf die grüne Szenerie werfen Schatten voraus. Im Lager der Neuen Rechten werden die Stifte gespitzt, die Protokollmappen zurechtgerückt, die Umdrucker angefeuchtet:**"Die Zeit drängt. Die Wochen und Monate kurz nach der Bundestagswahl werden vieles entscheiden. Spätestens dann müssen wir vorbereitet sein."** Dies schreibt Klausdieter Ludwig in der "Neuen Zeit", Hausblatt der rechtsradikalen Gruppe **"Sache des Volkes/NRAO"**. Dort, bei den "Nationalrevolutionären", wie bei den "Solidaristen" des **"Bund Deutscher Solidaristen"** (BDS), ist seit längerem auf die grüne Karte gesetzt worden; nicht ohne Erfolg. Der Einfluß "nationalrevolutionärer" Ideologie auf Teile der Grünen, das Einschleusen von NRAO- oder BDS-Aktiven in grüne Organisationen und das Wirken noch zusätzlich aufgezogener Tarnunternehmen wie die "wir selbst"-Gruppe in Rheinland-Pfalz - das alles ist, nach Wunsch und Willen der Neuen Rechten nur ein Anfang. **NRAO und BDS kündigen mit Blick auf die nach der Wahl anstehenden Fraktionskämpfe bei den Grünen übereinstimmend an, zu einer neuerlichen rechten Sammlung blasen zu wollen.** Der BDS hat seinen für September geplanten Jahreskongreß eigens verschoben bis November, *"da dann gewisse organisatorische Prozesse innerhalb der Grünen abgeschlossen sein dürften und auch das Ergebnis der Bundestagswahlen einen Klärungs(prozeß) erleichtern wird"* ("BDS-Informationen", 7/8o). Andere rechte Organisationen werden ausdrücklich zum Jahreskongreß eingeladen - *"wegen der Wichtigkeit des Themas"*.

Die Frontstellung und Stoßrichtung, soviel ist bereits jetzt klar, wird natürlich die alte bleiben: Unter grüner Fahne auf zur "nationalen Identität" und vor allem Kampf gegen Links. Vordringlicher Zielpunkt der verschärften Gangart sind zur Zeit KB und "Gruppe Z", in Westberlin noch speziell die AL-Gruppe um Peter Sellin und Otto Schily.

Insgesamt scheint den grün-braunen Rechten die Lage recht günstig, dank *"den undogmatischen Linken, jenen nach neuen Wegen Suchenden, sich auch mit anderen, nichtmarxistischen Ideen auseinandersetzenden Kräften, von denen nach unserer Meinung im politischen Leben der Bundesrepublik noch viel zu erwarten ist"* (so Ludwig in der "Neuen Zeit"). Andererseits gibt es natürlich "dogmatische Gruppen", mit denen nicht zusammengearbeitet werden kann, wie der BDS resümiert. Also wird zur Hatz auf die **"K(G)B-Rotten"** bei den Grünen (natürlich auch sonst) geblasen ("Neue Zeit"). Ludwig:*"Notwendiger denn je ist aber heute, wenn die grüne Oppositionsbewegung nicht zerschlagen werden soll, der resolute Kampf gegen die Kadergruppen der orthodoxen Marxisten..."* Genauso ruft der BDS zur ideologischen Aufrüstung:*"Die unpolitischen Grünen versagen also weiter bei der Auseinandersetzung mit den marxistischen Kadergruppen"*. Penibel wird registriert, was AL-Westberlin, was KB und Z-Gruppe veröffentlichen, welche Grünen ihnen angeblich zuzurechnen sind. Detailliert wird das Programm eines militanten Schnüffel- und Informationsdienstes gegen die linken Grünen entworfen:
"1. Es muß Material gesammelt werden: Personen, Hintergründe, Lebensläufe, finanzielle Verflechtungen, organisatorische Verfilzungen, interne Papiere, aus denen die Arbeitsweise hervorgeht, usw. usw.

2. Dieses Material muß mit allen geeigneten Mitteln an die Öffentlichkeit gebracht werden, es muß allen Mitgliedern der Grünen an die Hand gegeben werden. Zielgruppen sind dabei vor allem jene unpolitischen bürgerlichen Grünen, die noch immer von der großen grünen Einheit träumen...". Soweit NRAO-Ludwig. Die "Solidaristen" fordern einstweilen ihre Leser auf, *"uns bei unserer Aufklärungsarbeit (zu) helfen, indem sie uns Nachrichten über die Arbeit des KB und der anderen Gegner einer vernunftbezogenen Politik, über personelle Hintergründe usw. übermitteln"*. Ludwig ergänzt dann noch, daß der neu-rechte "Widerstand" natürlich auch "innerparteilich organisiert" werden müsse. *"In der Partei der Grünen wimmelt es von Fraktionen. Bilden wir also eine Fraktion für realistische Politik!"*
Warum nicht, mag da so mancher Undogmatiker bei den Grünen denken. Geschieht dem KB ganz recht...etc. S o feinsinnig sind 'Solidaristen' und 'Nationalrevolutionäre' aber nun wieder auch nicht: „marxistische Kadergruppen" sind, laut "BDS-Informationen", nämlich durchaus nicht bloß KB und ähnliche Dogmatiker. *"Zieran, Hopplitschek, Reents"*, lautete die feindliche Reihe in einem der "Solidaristen"-Berichte.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Grüner Dschungelkampf

Unser alter ,,Freund" Hartmut Fondermann hat wieder von sich hören lassen. Fondermann war seinerzeit Angestellter der Landesgeschäftsstelle der Grünen/NRW in Marl und in dieser Eigenschaft verantwortlich für einen besonders stramm antikommunistischen Kurs. Wegen der Eigenmächtigkeiten von Fondermann und seinen Mitstreitern (u.a. wurden laufend Rundbriefe im Namen der Grünen verschickt und in die internen Angelegenheiten der Kreisverbände eingegriffen) wurde die Geschäftsstelle in Marl auf Beschluß des Landesverbandes aufgelöst. Fondermann war seinen Job los.

Nun hat er sich mit einem persönlichen Schreiben ,,An alle Kreisverbände Die Grünen NRW und Einzelpersonen in anderen Ländern" wieder zu Wort gemeldet, um der ,,Rufmordaktion" gegen seine Person entgegenzutreten. Dabei enthüllt er einige sehr interessante Einzelheiten: *,,Zu meiner persönlichen Einstellung: Ich war und bin der Meinung, daß ein Bündnis mit K-Sekten (nicht Katholiken) die parteipolitischen und parlamentarischen Erfolge verhindert. In der Landesgeschäftsstelle stellte ich mein Handeln darauf ein. Heute wird so getan, als sei dies meine alleinige Meinung gewesen, und ich hätte ohne Rücksprache gehandelt. Genau der umgekehrte Fall ist richtig: Lucas Beckmann* (Bundesgeschäftsstelle — Anm. AK) *hatte noch bis vor Hersel* (Landesversammlung der Grünen NRW am 15./16.12.79 — Anm. AK) *einen Bundesschnüffeldienst eingerichtet, mit dem verhindert werden sollte, daß 'Kommunisten' einsickern. Zu diesem Zweck wurde durch ihn bundesweit bei Kontaktpersonen angerufen und die 'Sauberkeit' des neubeworbenen Mitgliedes nachgefragt. Erst danach wurde der Mitgliedsausweis zugeschickt, oder auch nicht.*

Lucas Beckmann und Norbert Mann (heute im engeren Bundesvorstand der Grünen — Anm. AK) *brachten bei einer Landeskoordinierungssitzung vor Hersel folgenden Antrag ein und durch: '...Delegierte (von bunten und alternativen Listen) dürfen nicht gleichzeitig einer anderen Partei (gemeint: KPD) oder dem KB angehören.' Davon wollen die beiden heute nichts mehr wissen, und sie wollen auch nicht, daß jemand anderes das weiß.*

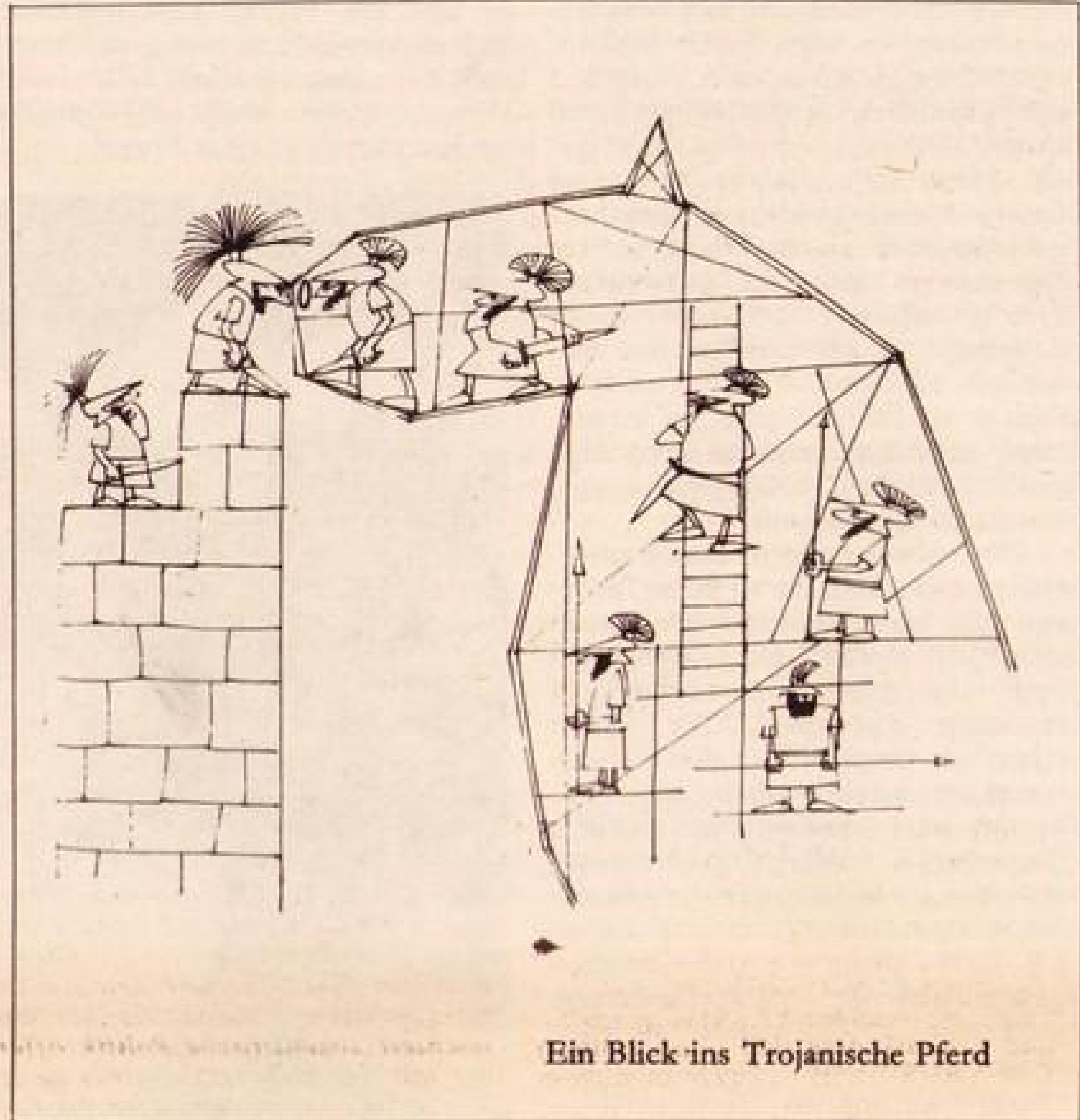
Die Presseerklärung von Waltrop (grün-buntes Treffen am 21.11.79 — Anm. AK) *in der sich W. Knecht* (heute Herausgeber von ,,anders leben" — Anm. AK) *und ich stellvertretend für die Vorstände von GLU und AUD und GAZ von den K-Sekten distanzierten, war unterzeichnet von Eberhard Elfers* (Heute Landesvorstand NRW — Anm. AK) *und anderen für die AUD, W. Knecht und mir für die GLU, GAZ nicht zu entziffern, Dr. Wilhelm Knabe* (später Landesvorstandssprecher NRW, heute Bundestagskandidat — Anm. AK) *hat die Presseerklärung formuliert! Auch diese Personen meinen heute, daß sie damit nichts mehr zu tun haben, war aber so."*

Interessant — und möglicherweise ein Indiz für die Richtigkeit von Fondermanns Anschuldigungen — ist die Tatsache, daß nach dem abrupten Ende von Fondermanns politischer Karriere alle von ihm als ,,Komplizen" benannten Personen (Ausnahme: Werner Knecht) zu wichtigen Posten bei den Grünen gekommen sind. Insbesondere Norbert Mann und Lucas Beckmann sitzen gewissermaßen ,,an den Schalthebeln der Macht"

Vielleicht sieht Fondermann sich in der Rolle des Betrogenen, der von seinen alten Freunden im Interesse ihrer Karriere geopfert worden ist?!

Sachdienliche Hinweise nehmen wir gerne entgegen. Fondermann selbst scheint noch Einiges vor zu haben: Über Jürgen Binder vertreibt er eine ,,Dokumentation", zu Norbert Mann heißt es am Schluß seines Briefes, daß noch *,,viel über ihn zu sagen wäre"*.

Fortsetzung folgt.



Ein Blick ins Trojanische Pferd

»anders leben« pleite

Anfang dieses Jahres hatte sich Werner Knecht (Köln), nach einer Reihe blindwütiger und plumper antikommunistischer Auftritte vor der grünen und bunten Öffentlichkeit auch für seine Gesinnungsgenossen bei den Grünen nicht mehr tragbar, ein neues Betätigungsfeld gesucht. In Köln gab er ,,anders leben — Das Grüne Monatsmagazin" heraus, das er schrittweise zum neuen Zentralorgan der grünen Partei machen wollte. Trotz grüner Kredite scheint dieses Projekt nun endgültig gescheitert zu sein — wegen *,,finanzieller Schwierigkeiten"*, wie die ,,taz" vom 11.9. berichtete. (Beileidsbekundungen an Werner Knecht, Maarweg 23, 5 Köln 41; von Spenden bitten wir dringend abzusehen) Wie es heißt, hat Knecht, der zuletzt durch eine Variation des bekannten Strauß-Stoiber-Zitats (,,K-Gruppen sind Schmeißfliegen unserer Bewegung"; vgl. AK 173, S. 8) von sich Reden machte, sich nach seinem neuesten Mißerfolg immer noch nicht enttäuscht aus der Politik zurückgezogen. Er soll zur Zeit bei der ,,Ökologischen Föderation" mitmischen. Mit einem Come-Back von Knecht muß leider gerechnet werden. Der niedersächsische Schatzmeister der Grünen kritisierte bereits öffentlich, daß die Grünen in NRW es abgelehnt haben, ,,anders leben" zu finanzieren!

SPD kontra Grüne — von links!

Eine interessante ,,Argumentationshilfe" gegen die Grünen hat der SPD-Vorstand herausgegeben. Eine 64-Seiten starke Broschüre (Titel: ,,Rot ins grüne Ohr"/,,Grün ins grüne Ohr") soll den eigenen Wahlkämpfern das nötige Rüstzeug für Straßendiskussionen usw. geben. Besonders bemerkenswert an dieser Broschüre ist der demagogische und heuchlerische Charakter der ,,Argumente", die gegen die Grünen aufgefahren werden. Zwar haben die Autoren auch nicht darauf verzichtet, altbekannte reaktionäre Plattheiten wieder aufzutischen. Im allgemeinen haben sie sich aber Mühe gegeben, die Grünen von links zu kritisieren (wahrscheinlich sind eine Reihe von Jusos noch stolz darauf, was für eine ,,fortschrittliche" Publikation hier ganz offiziell über den Bundesvorstand der SPD vertrieben wird). Hier einige Kostproben:

+ *,,Arbeitnehmer werden in der Mehrzahl von Umweltbeeinträchtigungen am stärksten betroffen ... Sozialdemokratische Politik ergreift die Partei jener, die sich vor den Umweltgefahren nicht aus eigener Kraft schützen können. Die Grünen drücken solche Fragen offensichtlich überhaupt nicht."*

+ *,,In den letzten 10 Jahren sind 120 Mrd. DM in den Umweltschutz gegangen. Mehr als in den sozialen Wohnungsbau! Jetzt fragen Sie mal eine junge Arbeiterfamilie, die dringend eine Wohnung braucht ..."*

+ *,,Keine Partei schließt soviele unhaltbare Kompromisse in ihren eigenen Reihen wie die Grünen. ... In der Wirtschaftskonzeption reichen sie (die Grünen) von Kapitalismuskritikern bis zu Befürwortern eines 'freien Bedarfsorientierten Unternehmertums', einer Abschaffung der Gewerbesteuer und einer größeren Steuergerechtigkeit für den Mittelstand"*

+ *,,Beispiel Bremen: die alternativen Konservativen im Streichkonzert"* — unter diesem Titel wird auf zwei Seiten genüßlich Dinnés provokatorische Rede in der Bremer Haushaltsdebatte zerpflückt.

+ Zum Saarbrückener §218-,,Kompromiß": *,,Ja was ist nun? Muß sie, soll sie, wird sie nach Holland fahren oder was?"*

+ Dokumentiert wird auch das ,,Interesse" von Strauß an den Grünen (zur Erinnerung: Irgendwann im Frühjahr dieses Jahres haben Strauß und Biedenkopf mal für ein paar Tage die Grünen als ,,seriöse politische Kraft" begrüßt).

Zwar *,,haben wir es schon immer gesagt"* (und es stimmt auch), daß die Grünen durch eine Reihe abstruser, frauenfeindlicher, arbeiterfeindlicher, ,,mittelständischer" Programmpunkte solche sozialdemokratischen Demagogien geradezu herausfordern. Aber die Dreistigkeit, mit der die regierende Sozialdemokratie jede Chance nutzt, sich ihren zu den Grünen abwandernden Wählern noch einmal als ,,Partei des Fortschritts" zu verkaufen, dürfte auch den hartgesottensten antigrünen Linksradikalen die Schadenfreude hierüber vergessen lassen.

Noch ein Tip für den ,,Wahlkampf": Wer Lust hat, kann sich diese bemerkenswerte Schrift an den Ständen der SPD abholen und sie anschließend den hinter diesen Ständen Stehenden um die Ohren hauen (bildlich natürlich!).

Presseerklärung der Hamburger Grünen zum Verlauf der Fernsehsendung »Deutschland vor der Wahl« am 8.9.80

,,Die Hamburger GRÜNEN protestieren gegen die skandalösen Vorgänge bei der Fernsehsendung 'Deutschland vor der Wahl' am Montagabend. Statt die GRÜNEN und Bürgerinitiativen an der Parteien-Diskussion über das Thema Umweltschutz und Energie zu beteiligen, wurden zwei Mitglieder der GRÜNEN, die sich im Publikum befanden, massiv gehindert, kritische Fragen an die Vertreter der etablierten Parteien zu stellen. Corny Littmann, Spitzenkandidat der Hamburger GRÜNEN zur Bundestagswahl, wurde sichtbar für Millionen Fernsehzuschauer im Polizeigriff aus dem Saal gezerrt. Ist das die 'Ausgewogenheit', die uns der neue NDR beschert?

Die Herren Albrecht, Baum, Hauff und Jaumann haben ihre Kompetenz bewiesen, die Menschen in unserem Land generationenlang mit Umweltgift und Atommüll zu bedrohen — sie haben ebenso sehr ihre Inkompetenz bewiesen, auch nur mit einem einzigen Kritiker ihrer Politik anders als mit Polizeimethoden zu 'diskutieren' ".

Jürgen Reents
Pressesprecher des Hamburger
Landesvorstands der GRÜNEN

Fällt für den KB die Wahl aus?

Nachdem in AK 181 die Ortsgruppen, Grundeinheiten usw. des KB aufgefordert worden sind, die Wahldiskussion zu beginnen und nachdem im folgenden AK der Resolutionsentwurf abgedruckt wurde, sind 9 (in Worten neun) Leserbriefe/Stellungnahmen veröffentlicht worden.

Dies ist um so bedauerlicher, als die diesjährige Wahl besondere Anforderungen an die Linke stellt, der vorliegende Resolutionsentwurf und noch stärker die nicht-mehrheitsfähigen Passagen dagegen von Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten strotzen.

DKP? O weh, o weh!

Im Resolutionsentwurf heißt es, daß wir bei nicht genehmen grünen Kandidaten eine andere Form der Proteststimme unterstützen (*,,für eine der kandidierenden linken Listen oder durch Nichtwahl"*). Von diesen ,,linken" Listen wurde in der ersten Fassung eindeutig die DKP herausgestellt, u.E. mit haarsträubenden Argumenten. So wird ihr gegenüber den Grünen ein fortschrittlicheres Programm unterstellt: *,,Im Gegensatz zu den Grünen benennt die DKP richtig das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche ..."*.

Wie kann das plötzlich ein Argument für die DKP sein, wenn vorher anscheinend Klarheit herrschte, daß diesmal die Linke nur Proteststimmen abgeben kann, d.h. die Stimmabgabe aus taktischen Gründen erfolgt und sich nicht festmachen kann an Programmatiken?! Wenn diese DKP-Erkenntnis nun aber wirklich schon ein Wahlargument sein sollte, ja, warum kandidiert dann der KB nicht auch als eigene Liste? Denn die Erkenntnis, daß ,,das kapitalistische Eigentum die Wurzel ist" usw. usf., dürfte doch auch Allgemeingut in unserer Organisation sein. Spaß beiseite: auch wenn man inhaltlich argumentieren will (und dann gerade) ist festzustellen, daß diese unter Linken äußerst triviale Erkenntnis die DKP nicht daran hindert, mit anderen Aussagen (z.B. in der AKW-Frage) der BI-Bewegung in

den Rücken zu fallen, und daß sie mit

der AKW-Frage) der BI-Bewegung in den Rücken zu fallen, und daß sie mit ihrer gesamten politischen Praxis den historisch notwendigen Schritt zum Aufbau einer sozialistischen Partei boykottiert bzw. aktiv verhindern will.

Noch schlimmer wird es, wenn der DKP als Pluspunkt untergejubelt wird, sie propagiere den Sozialismus (und dazu augenzwinkernd angemerkt wird: *,,... wenn auch in der verzerrten Form des Realen Sozialismus"*). Es war doch immer eine Hauptkritik von uns an der DKP, daß sie eben diesen beballerten real existierenden Sozialismus beständig als gut funktionierenden im Sinne der Arbeiterklasse verkauft, ihn zum Maßstab ihrer Politik macht und seine Anerkennung als Kriterium für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen nimmt. Der DKP zu unterstellen, sie propagiere den Sozialismus (wenn auch in verzerrter Form), bedeutet eine Freisprechung ihrer gesamten Politik. Richtig ist dagegen, daß nicht nur der Aufbau des real existierenden Sozialismus in den RGW-Staaten, sondern auch die beständige Propaganda der DKP für diese Abart von Sozialismus mit dazu beigetragen hat, daß die Idee des Sozialismus in der BRD nach wie vor diskreditiert ist.

Noch ein weiteres Argument gegen eine DKP-Wahlempfehlung egal in welcher Form: die DKP schielt auf jedes Wahlergebnis und ist insofern auch davon abhängig. Die beständigen Reduzierungen ihrer Ergebnisse seit Hamburg/Niedersachsen könnten dazu führen, den längst überfälligen innerparteilichen Diskussionsprozeß über Sinn und Zweck dieser Partei hervorbrechen zu lassen. Jede noch so mickrige Verbesserung ihrer derzeitigen Wahlergebnisse (und sei es nur um 0,1 %) macht die Chance für derartige Diskussionen kleiner. Und daran wollen wir nicht mitschuldig sein.

Aus taktischen Gründen – Wahlempfehlung für die Grünen!

Es ist ja anscheinend Konsens, daß auch wir diesmal die Linke aufrufen müssen, mit dem Stimmzettel Protest auszudrücken (daß der außerparlamentarische Protest wichtiger ist, braucht nicht betont zu werden, beide Formen dürfen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden!).

Wenn das aber richtig ist, kommt nur eine Wahlempfehlung für die Grünen in Frage. Denn ein beliebiges Aufteilen der Proteststimmen auf vier Parteien (die dann jeweils zwischen 0,01 und 1,8% landen würden) bzw. das Ausdrücken des Protestes durch sog. ,,Wahlboykott" wird von keinem als solcher aufgefaßt. Für uns muß es darauf ankommen, daß die Proteststimmen bei d e r Gruppierung gehäuft werden, die die beste Gewähr bietet, diese konzentrieren zu können. Nur ein Ergebnis, das die bisherigen Promillezahlen der DKP einigermaßen hinter sich läßt, kann mit Fug und Recht als Protestsignal auf der Wahlebene gegenüber dem etablierten Parteienklüngel angesehen werden. Dies ist 1980 besonders wichtig, da nur ein solcher Erfolg den Ablösungsprozeß von der SPD auch auf der Wahlebene ausdrücken könnte, der sich auf der außerparlamentarischen Ebene schon seit längerem vollzieht. Nur so kann den Resignationswählern des ,,Kleineren Übels" verdeutlicht werden, daß der Aufbau einer parlamentarischen Alternative möglich ist.

Noch ein Wort zum ,,Wahlboykott": Solange keine nennenswerte Basis dafür vorhanden ist und keine Kraft einen derartigen Protest organisiert angeht, sind diese Stimmen kein Protest - sondern verloren. Sie werden bei der Wahlauswertung keine Erwähnung finden und werden den Leuten zugerechnet, die am Wahltag entweder bettlägrig waren oder denen, die nicht in der Lage sind, ein Kreuz in einen Kreis zu malen.

Auch wenn wir eine Wahlempfehlung für die Grünen primär aus taktischen Gründen aussprechen wollen, läßt sich die Frage, wer da eigentlich gewählt werden soll, nicht ausklammern.

Dabei ist Fakt, daß die Grünen derzeit k e i n e radikaldemokratische Gruppierung sind. Ob sie *,,vorübergehend zum Schwerpunkt des sozialistischen Parteibildungsprozesses geworden sind bzw. werden könnten"* oder ob sie *,,die Keimform einer parlamentarischen Alternative"* in sich tragen - schwer zu beantworten. Sicher ist aber, daß die Ausein-

in sich tragen - schwer zu beantworten. Sicher ist aber, daß die Ausein-

andersetzungen in den Grünen weitergehen werden und ihre weitere Entwicklung noch offen ist. Anders ist die Aufforderung an die KB-Mitglieder, *,,stärker als bisher innerhalb der Grünen zu arbeiten"*, wohl auch nicht zu verstehen.

Fakt ist auch, daß das Bundesprogramm kein radikaldemokratisches Programm ist, aber mit seiner Annahme versucht wurde, einige wichtige Forderungen der Basisbewegung (Anti-AKW-Bewegung, Repression und politische Gefangene, Kriegsgefahr, Schwule) aufzugreifen.

Fakt ist auch, daß die Kandidatur zu den Bundestagswahlen gegen etliche Rechte durchgesetzt worden ist, die wie in Bremen danach die Bundespartei verlassen haben. Die Diffamierung der Grünen als ,,sozialistisch unterwandert" etc. wird auch im Wahlkampf von dieser Seite weiter fortgeführt werden. In dieser Situation zu behaupten (wie in Bremen auf einer AK-Schulung), in fast allen Bundesländern habe sich die ,,ökologistische Ausrichtung" durchgesetzt, ist haltlos mangels Beweisen.

Bei dieser Konstellation halten wir es für notwendig, eine a l l g e m e i n e Wahlempfehlung für die Grünen (,,die Zweitstimme für die Grünen") auszusprechen. Sind uns Kandidat(inn)en bekannt, die rechte bzw. reaktionäre Positionen vertreten (z.B. zum § 218), sollten wir öffentlich machen, warum diese Leute keine Erststimme von Linken erhalten sollten.

Nur eine a l l g e m e i n e Wahlempfehlung kann verdeutlichen, daß der KB weiterhin am Aufbau einer parlamentarischen Alternative interessiert ist und die derzeitige Grüne Bundespartei mit in unsere Überlegungen einbezogen wird.

Keiner (in erster Linie die Grünen nicht) wird auf den Gedanken kommen, daß mit der Wahlempfehlung der KB seine Distanz zu gewissen reaktionären und kleinbürgerlichen Ideologien und Politikern innerhalb der Grünen aufgegeben hat.

Die ideologische Auseinandersetzung wird nicht auf dem Wahlzettel geführt, sondern nach der Wahl (hoffentlich) wiederaufgenommen!

6 Genoss/inn/en im Bremer KB

»Grüne Frauen informieren»

Zum erstenmal haben die Frauen aus der Grünen Partei eine gemeinsame bundesweite Zeitung zum Thema Frauen herausgebracht. Allerdings blieben die Schwierigkeiten mit den männlichen Machern der Bundesgeschäftsstelle nicht aus. In einer ‚Streikerklärung' der von Frauen besetzten Redaktion heißt es dazu: *„Wir wollten an dieser Stelle schreiben, wie es dazu kam, daß wir 2 Tage gestreikt haben und trotz der vielen Beiträge, die von Frauen aus dem ganzen Bundesgebiet kamen, die ganze Sache beinahe hingeschmissen hätten... Die ‚Herren' in der Bundesgeschäftsstelle glaubten, auch über die Frauenbroschüre Entscheidungen treffen zu können, ohne uns auch nur im geringsten daran zu beteiligen. Obwohl die Redaktionsgruppe schon am Montag ihre Konzeption (...) erläutert hatte, hielt Lucas Beckmann es nicht für erforderlich, mit uns abschließend darüber zu reden. Am Freitag wurde von den 3 anwesenden Herren (Namen können bei der Redaktion erfragt werden) die erste Auflage auf 10.000 Exemplare festgelegt. Zu diesem Zeitpunkt war es uns nicht mehr möglich, die Broschüre anders zu konzipieren, weil ca. 80 % gesetzt waren. Wir hatten lediglich die Möglichkeit, uns diesem Beschluß der ‚hohen Herren' zu beugen, um die Herausgabe in viel zu geringer Auflage sicherzustellen oder das Vorhaben aufzugeben ... Wir unterbrachen deshalb unsere Arbeit, um am Sonntag beim Frauentreffen gemeinsam mit anderen Frauen über die Broschüre und das Verhalten unserer ‚hohen Herren' zu beraten. Die Frauen fanden unsere Konzeption gut, Umfang und Auflage wurden als realistisch beurteilt und die Broschüre soll finanziell voll abgesichert werden. Das ermutigte uns weiterzuarbeiten!"*

Im Vorwort beschreiben die Frauen, was sie mit dieser Zeitung wollen: *„In dieser Zeitung sind Artikel zu spezifischen Frauenthemen und Frauenaktivitäten bevorzugt veröffentlicht worden, weil wir es am wichtigsten fanden, die Möglichkeiten und Grundlagen von Frauenpolitik breit darzustellen. Damit endlich das alte Vorurteil ‚Frauenunterdrückung' sei nicht so wichtig, abgebaut wird."*

Erstmals wird mit der Herausgabe dieser Broschüre die Frage der Frauen-Autonomie in der Grünen Partei konkret gestellt. Die Frauen fordern und begründen diese Autonomie: *„Autonomie bedeutet für uns, durch eigenes Handeln, gemeinsame Erfahrungen und Erfolge Identität zu entwickeln, auf andere Frauen einzugehen, sie ernst zu nehmen, nicht als Konkurrentin aufzufassen, sondern als Mitstreiterin, überhaupt: die Distanz zwischen Frauen abzubauen. Gemeinsames Handeln vermittelt die Erfahrung von weiblicher Stärke, Solidarität, bildet eine positive Gegenerfahrung zu der, die wir gewöhnlich machen: die Machtlosigkeit."*

Aus dem Inhalt

Die Zeitung der grünen Frauen ist mit ihren 60 Seiten recht umfangreich; wir können daher nur kurze inhaltliche Angaben machen, mit welchen Themen sie sich beschäftigt. Auf jeden Fall deckt diese Zeitung viele Themen, die aktuell in der Frauenpolitik sind, ab. Ob Mitglied in der Partei „Die Grünen" oder nicht, frau sollte die Broschüre auf jeden Fall kaufen und lesen.

- Die Verfasserin des Artikels „Ökologie und Feminismus" versucht eine Diskussion unter den Frauen zu diesem Thema zu initiieren.
- In dem Artikel „Mütter im Landtag" stellen Frauen mit und ohne Kinder ihre Aktionen/Unterschriftensammlungen für die Stillegung des Riss-Reaktors in Fessenheim vor.
- Petra Kelly berichtet über krebskranke Kinder, über Ursachen und Wirkungen.
- Auf mehreren Seiten nehmen Frauen zum Thema Friedenspolitik, Rüstung und Bundeswehr Stellung. In diesem Zusammenhang wird auch über die UNO-Weltfrauenfriedenskonferenz in Kopenhagen berichtet.
- Ein sehr konkreter Bericht einer grünen Frau, die beschreibt **„Wie eine Frau Lesbe wird"**. Eine andere Frau schreibt über neue „Formen von Zusammenleben" und wehrt sich gegen die Festlegung „Kinder, Küche, Ehemann."
- Hamburger Frauen stellen eine Umfrage zu Vergewaltigungen vor.
- Mehrere Beiträge zum Thema § 218 sollen die Diskussion innerhalb der Grünen weiterführen. Eine Unterschriftensammlung „Keine Zulassung von ‚Malador' " (ein neues Medikament der Schering AG) wird von einer Hamburger Prostaglandine-Gruppe vorgeschlagen.

Wir haben hier nur grob die wichtigsten Themen umrissen; darüberhinaus stellen sich die Kandidatinnen der grünen Landeslisten vor, viele kleine Leserbriefe u.a. Eine interessante Broschüre!

Ul.,KB/Gruppe Hamburg

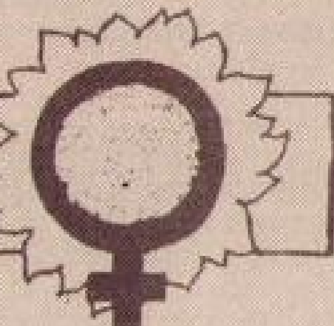
tik, Rüstung und Bundeswehr Stellung. In diesem Zusammenhang wird

Ul.,KB/Gruppe Hamburg

GRÜNE FRAUEN
INFORMIEREN



ALTERNATIVE
DIE GRÜNEN



Interview mit Marion Pein

Bundestagskandidatin der Grünen in Hamburg

Marion Pein ist 32 Jahre alt, Maschinenarbeiterin bei Beiersdorf, einem Hamburger Chemiekonzern, und dort seit über 5 Jahren Betriebsrätin. Sie gehört der Bunten Liste/Wehrt Euch an und seit Ende 1979 auch den GRÜNEN, auf deren Hamburger Landesliste für die Bundestagswahlen '80 sie auf Platz 2 kandidiert.
Marion arbeitet in Hamburg in der Frauengruppe des grünen Landesverbandes mit und gehört auch der Redaktion der jetzt erschienenen ersten bundesweiten Broschüre der grünen Frauen an.

.rbeiterkampf: Marion, Du kandidierst auf Platz 2 der Hamburger Landesliste DIE GRÜNEN und willst Dich für die Gleichberechtigung der Frauen einsetzen. Kannst Du uns etwas darüber erzählen, wie die Stellung der Frauen in der Hamburger Grünen Partei aussieht?

Marion Pein: Eine Gruppe von Frauen hat mit Bildung des grünen Landesverbandes in Hamburg von Anfang an dafür gesorgt, daß die Sätze zur Gleichberechtigung aus dem grünen Programm nicht Papier bleiben, sondern umgesetzt werden. Aufgrund der besonderen Benachteiligung und Unterdrückung, die die Frauen in dieser Gesellschaft erfahren, bedarf es unserer Meinung nach auch besonderer Möglichkeiten der Frauen sich zu organisieren und zu publizieren. Einmal natürlich, um eine starke Frauenpolitik nach außen hin entwickeln zu könen, auch mit anderen Frauen und Frauengruppen zusammen, und zum anderen, um eine gleichberechtigte Stellung in der eigenen Partei zu erlangen.

Wir haben deshalb eine Frauengruppe gegründet, die zu ihren Terminen alle Hamburger grünen Frauen schriftlich einlädt. Dort wird praktisch die grüne Frauenpolitik in Hamburg eintwickelt. Wir haben schon vor längerer Zeit eine Frauenbroschüre herausgegeben, im Wahlkampf jetzt machen wir spezielle Büchertische mit Frauenliteratur -agitation, bereiten eine eigene Frauenveranstaltung vor und haben z.B. für Hamburg wie in den anderen Landesverbänden auch die Forderung aufgestellt, daß die Landesliste paritätisch besetzt wird. Ich selber bin von grünen Frauen für den Platz 2 vorgeschlagen worden, auf Platz 4 kandidiert, wie ihr sicherlich wißt, Gustine Johannsen.

Ach ja, wir haben auch eine eigene Frauenkasse, geraten deshalb wohl auch nicht so schnell in finanzielle Abhängigkeit.

AK:Sicherlich haben die grünen Frauen sich ihre Positionen in Hamburg erkämpfen müssen, welche Schwierigkeiten hattet ihr dabei mit den männlichen Mitgliedern?

M.P.:Also in Hamburg hat es im grünen Landesverband eigentlich noch keine Clinche in der Frauenfrage ge-

M.P.:Also in Hamburg hat es im grünen Landesverband eigentlich noch keine Clinche in der Frauenfrage ge-

geben. Ich will das jetzt nicht zu rosig malen, vielleicht liegt das auch daran, daß in der Frauengruppe längst nicht alles berichtet wird, was in den einzelnen Bezirken so läuft, aber was die zentralen Aktivitäten betrifft, sind wir bisher immer unterstützt worden, ja, es gab sogar Vorschläge zur Unterstützung, wie z.B. ein eigenes Hamburger Frauenplakat. Der bisher gute Zustand ist sicherlich dem Engagement der Frauen zu verdanken; daß dieses Engagement auch umgesetzt werden kann, hat seine Ursache auch darin, daß der Hamburger Landesverband ein linker grüner Verband ist und ein Gutteil der Männer uns unterstützt. Wenn ich da manchmal Berichte von Frauen aus anderen Landesverbänden der Grünen höre, wo z.B. die Frauen in Debatten ausgetrickst werden oder manche Herren in den Landesgeschäftsstellen es nicht mal für nötig halten, Frauenrundbriefe weiterzugeben.....

AK: Ich war zwar erst einmal Gast auf Eurer Landesvorstandssitzung, hatte aber doch stark den Eindruck, daß die Männer auch hier die Macher sind. Als Du Eure Frauenveranstaltung nur ankündigen wolltest, bist Du kaum durchgedrungen. Wie oder was diskutiert Ihr unter den Grünen Frauen, um Euer Rederecht stärker durchzusetzen?

M.P. Ich war auch erst einmal Gast auf eurer Sitzung des Leitenden Gremiums und hatte doch stark den Eindruck, daß die Männer auch dort die Macher sind.

Ich meine, diese alberne Frage erledigt sich von selbst. Du warst „erst einmal Gast" und hattest „stark den Eindruck"!

Halte dich doch lieber an die Tatsachen!

Das Märchen von den männlichen Machern in der Grünen Partei und den Frauen, die an der Basis Osterglockenzwiebeln pflanzen, versucht ja nun schon die feministische Frauenzeitung „Emma" seit ihrem Eingreifen in der Wahlbewegung zu verbreiten, um danach zur Erkenntnis zu kommen, daß die GRÜNEN für Frauen nicht wählbar sind. Sie macht es, um die Frauen zum logischen Schluß kommen zu lassen, daß abermals das „kleinere Übel" SPD unterstützt werden muß. Was steckt bei euch hinter so einer Frage?



Die Demagogien der „Emma" habe ich gerade in einer Broschüre aufgezeigt. Ich habe dort dargestellt, wie die Fakten sind, daß das grüne Frauenprogramm im wesentlichen den Forderungen der Frauenbewegung entspricht, daß die Gremien und Listen in der Grünen Partei paritätisch oder fast paritätisch besetzt sind, im Bundesvorstand sogar mehr Frauen als Männer sind, die Frauen nationale Treffen durchführen, um ihre Forderungen zu diskutieren und ihr Vorgehen abzusprechen. Ich habe des weiteren aufgezeigt, daß die „Emma" das Ziel verfolgt, Frauen, die den Weg gehen wollen oder schon gegangen sind, mit anderen Gruppen gesellschaftsverändernd zu arbeiten, an diesem Weg zu hindern. Und daß sie das in einer Weise tut, wie den Frauen außerhalb der GRÜNEN Lügen über den Zustand der GRÜNEN aufzutischen und die Frauen innerhalb der GRÜNEN zu demoralisieren und resignieren zu lassen, anstatt den kämpferischen Frauen den Rücken zu stärken.

Ich kann so eine Frage von dir nur auf dem Hintergrund entstanden sehen, daß der Kommunistische Bund und auch die Frauen des KB, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die GRÜNEN und auch nicht die Grünen Frauen unterstützen, weder von innen, d.h. durch Mitarbeit , noch von außen, d.h. in der Berichterstattung eurer Zeitung oder Diskussionen in eurer Organisation. Es sind sich doch nicht einmal eure Hamburger Mitglieder darüber einig, ob sie die GRÜNEN, die mit dem Schwulen Corny Littmann, mit mir und dem Gefangenen Karl Heinz Galander, der auch schon für die Bunte Liste in Hamburg kandidiert hat, hier in Hamburg auf den ersten drei Plätzen zur Bundestagswahl antreten, überhaupt wählen sollen! Eure vor längerer Zeit schon im Arbeiterkampf publizierte Empfehlung für die Wahl grüner linker Kandidaten hat doch noch nicht einmal bei euren eigenen Mitgliedern gegriffen. Was mich im übrigen nicht wundert bei der Berichterstattung eurer Zeitung, die, wie gesagt von Einzelbeiträgen abgesehen, ihrer Leserschaft die GRÜNEN nicht als eine sich fortschrittlich entwickelnde Kraft, sondern als diffusen Haufen präsentiert hat, dessen politische Entwicklung der einem Blatt im Winde gleicht, anstatt die Hauptlinie der Entwicklung herauszuarbeiten.

Und an dieser Stelle, wo du mir so kritische Fragen zu unserer Stellung in der GRÜNEN Partei stellst, möchte ich auch mal die Frage aufwerfen, wie es eigentlich mit der Frauensolidarität der KB Genossinnen bestellt ist. In der Hamburger Frauen - Aktionseinheit, in der auch GRÜNE FRAUEN mitarbeiten, habe ich sie jedenfalls bisher vermißt. Nicht nur, daß wir zu keinem Zeitpunkt in Parteiclinchen unterstützt worden sind , die wir für alle offensichtlich auf den Parteitagen der GRÜNEN gehabt haben z.B. mit konservativen Positionen, sondern die sind uns dann mehr oder minder hämisch unter die Nase gerieben worden. Darüberhinaus bestand bis zum heutigen Zeitpunkt in dieser Frauen-Aktionseinheit, in der KB-Genossinnen bekanntermaßen ja sehr dominierend mitarbeiten, kaum ein Interesse an einer inhaltlichen Diskussion um die Grüne Frauenarbeit. Eure Frauen haben sich meines Erachtens bestenfalls auf einen Beobachterposten zurückgezogen. Das macht im übrigen auch deine Frage deutlich. Du

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Interview mit Marion Pein

machst mir oder den grünen Männern den Vorwurf, ich wäre beim Ankündigen der Frauenveranstaltung nicht durchgedrungen. Du hast aber selber dabeigesessen, Gäste haben gleichberechtigtes Rederecht!

AK: Welche besonderen Schwierigkeiten siehst Du in der bundesweiten Partei für die Grünen Frauen? Die Bundesgeschäftsstelle hat Euch ja gerade bei der Erstellung der neuen Frauenzeitung behindert, wollte euch die Auflage kürzen ohne auch nur einen Ansatz von Demokratie zu praktizieren. Ihr seid als Redaktion in den Streik getreten und habt euch durchgesetzt. Das finde ich sehr gut. Habt ihr noch andere konkrete Erfahrungen gemacht, die Euch im Wahlkampf behindert haben?

M.P.: Bei der Erstellung der grünen Frauenbroschüre, die von den Frauen sowohl inhaltlich als auch technisch alleine erstellt worden ist, waren wir in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn, von der aus der Vertrieb der Broschüre in die grünen Kreisverbände hinein organisiert wird, damit konfrontiert, daß unser Frauenprojekt mehr als skeptisch betrachtet wurde und unsere geplante Auflagenhöhe z.B. um die Hälfte reduziert werden sollte. Mit dem Mittel des Streiks und der Diskussion auf einem national einberufenen Frauentreffen haben wir dann unsere Vorstellung durchgesetzt. Ich finde dies ein sehr gutes Beispiel dafür, daß die Männer, auch wenn sie wollen, in der Grünen Partei insgesamt nicht mehr an den Frauen vorbeikommen. Voraussetzung dafür ist allerdings tatsächlich die Unterstützung der Frauen aus den einzelnen Landesverbänden untereinander. Für den November 1980 haben wir unser nächstes bundesweite Frauentreffen geplant, in den nächsten Tagen werden in einem Frauenrundbrief die Vorfälle um die Broschüre dargestellt, ich hoffe, daß das dann eine Initial - Wirkung in die grünen Verbände hinein hat.

AK: Ihr steht jetzt mitten im Wahlkampf, habt ihr bestimmte Schwerpunkte in der Frauenfrage gesetzt?

M.P.: Eine der zentralen Veranstaltungen des Hamburger Landesverbandes wird die Frauenveranstaltung am 25.9.80 in der ESG sein. Für die Veranstaltung haben wir uns eigentlich keinen Schwerpunkt gesetzt. Da wir in Hamburg bisher noch keine große Frauenveranstaltung auf die Beine gestellt haben, werden hier Kandidatinnen der Landesliste und Bettina Hoeltje vom Bundesvorstand der GRÜNEN einerseits zur Frauenpolitik in den GRÜNEN was sagen und dann hoffen wir auf recht viele Fragen an uns – wir wissen, daß das Interesse recht groß ist und wir bisher wenig Möglichkeiten außer unseren Ständen und unseren Frauengruppentreffs angeboten hatten, mit uns zu diskutieren.

Schwerpunkte in der letzten Zeit – allerdings auch über den Wahlkampf hinaus waren die Diskussionen um den § 218 (z.B. das geplante Familienplanungszentrum der PRO FAMILIA) Frauen für den Frieden und jetzt kürzlich die Anfrage an das Bezirksparlament in Hamburg-Eimsbüttel zum Thema Vergewaltigung.

AK: Es würde mich interessieren, ob ich zum § 218 besondere Aktivitäten durchführt. In Hamburg tretet ihr ja für die ersatzlose Streichung des § 218 ein, kannst du was über Diskussionen im Wahlkampf erzählen, wie der Kompromiß von Saarbrücken gerade von Frauen aufgenommen wird?

M.P.: Zu den Aktivitäten im Wahlkampf kann ich nur anführen, daß wir einen Anti-§ 218 Button entworfen haben, den wir von den Grünen Frauen aus BRD-weit vertreiben und daß wir vor kurzem eine Frau der Pro - Familia eingeladen haben, die über die Abtreibungssituation in Hamburg und das Familienplanungszentrum berichtete. Darüberhinaus ist der § 218 natürlich ein Punkt, den wir bei Diskussionen an den Ständen immer wieder versuchen, in die Debatte zu bringen. Wir vertreten ja, wie du schon sagtest, in Hamburg genau wie in NRW und Schleswig-Holstein die ersatzlose Streichung des § 218, wir machen jedoch ständig die Erfahrung, daß die Frauen trotz der Kompromomißformulierung im Saarbrückener Programm der Meinung sind, daß die GRÜNEN in der Frage der Abtreibung gegenüber den anderen Parteien die fortschrittlichste Lösung vertreten.

AK: Ihr habt jetzt verschiedene Podiumsdiskussionen mit den etablierten Parteien durchgeführt. Ist es euch gelungen, gegenüber den Parteifrauen der etablierten Parteien euer fortschrittliches Frauenprogramm rauszustellen?

M.P.: Erst einmal sind es nicht verschiedene Podiumsdiskussionen gewesen, sondern ganz konkret nur eine einzige, wo wir zum Thema Frauen mit Frauen der etablierten Parteien zusammengesessen haben. Das liegt nicht an uns, wir sind dazu gerne bereit, sondern daran, daß wir zu diesen Podiumsdiskussionen nicht eingeladen werden, vermutlich aus dem Grunde, damit die Etablierten, die ja auch nur zu Wahlkampfzeiten ihre Frauen mit Hochglanzbroschüren an die Front schicken, dort ungestört ihre Wahlkampfshow abziehen können. Selbst zu dieser einen Podiumsdiskussion zum Antidiskriminierungsgesetz, an der wir teilgenommen haben, mußte ich mich selber einladen – und die war noch nicht einmal von einer Partei direkt veranstaltet, sondern von der Hamburger „Morgenpost". Insofern können wir, um das Frauenprogramm zu propagieren, nur eigene Aktivitäten unternehmen oder zu Parteiveranstaltungen der Parteien hingehen, was wir auch machen. Logischerweise haben wir das als „Publikum" natürlich einen schlechteren Stand als die auf dem Podium mit dem Mikrophon. Trotzdem sind die Erfahrungen mit dem Verkauf unserer Frauenbroschüre und mit dem Grünen Programm doch ausgezeichnet. Im übrigen ist es tatsächlich nicht besonders schwer, bei d e r Frauenpolitik, die die anderen Parteien machen bzw. nicht machen, ein fortschrittliches Frauenprogramm wie das unsrige rauszustellen. Das soll nicht heißen, daß wir nicht auch eure Unterstützung gebrauchen können.

Bunte Liste Hamburg: »Parlamentsfraktion« hat nichts dazugelernt

Verwundert reibt sich so manch Anhänger der Bunten Liste die Augen. Da bekommt er eine „Bundestagswahl-Sonderausgabe" der „Bunte-Liste-Zeitung" (Auflage: 20.000!) in die Hand gedrückt und erfährt: **„Der Bunte Schmetterling wählt diesmal Grün"**. Nanu? Wo hat wer dies denn beschlossen? Auf der Rückseite dieser Zeitung steht es dann zu lesen: *„Einstimmig von Mitgliedern beider Flügel"* der Bunten Liste sei eine entsprechende Resolution angenommen worden. Das fand statt auf einer „Mitgliederversammlung" der BuLi im Stadtteil Eimsbüttel. Einberufen war die Versammlung von der Grünen Mehrheit der „Parlamentsfraktion". Anwesend waren, wie Erkundigungen ergaben, 25 Menschen, davon z w e i Mitglieder, die dem anderen (Mehrheits-)Flügel der BuLi zuzurechnen sind. Diese beiden haben der Resolution tatsächlich zugestimmt.

So weit, so gut. Es ist nichts Neues, daß die „Parlamentsfraktion" und ihr schmaler Anhang versuchen, im Namen der BuLi zu agieren, um Reklame für die Grünen zu machen. Faktisch ist dieser abgespaltene Teil der BuLi auf die Arbeit der „Parlamentsfraktion" reduziert und alle groß angekündigten Versprechungen, man werde jetzt alles anders und besser machen, vor allem viel demokratischer, blieben leere Worte. Jetzt maßt sich diese Gruppierung an, mit dem Votum einer Versammlung von 25 Leuten in Eimsbüttel, namens der gesamten BuLi eine Zeitung herauszugeben, die den kontroversen Meinungen in der BuLi überhaupt nicht entspricht. Die Zeitung ist noch nicht einmal als von der Parlamentsfraktion herausgegeben gezeichnet. Offener kann man die Verarschung der BuLi-Basis kaum betreiben, offener kann man kaum die eigenen Absichten deutlich machen: nichts weiter, als den Namen und das Ansehen der BuLi für die Grüne Bundestagswahl auszunutzen. Kurzsichtig im Hinblick auf die weitere Entwicklung in Hamburg ist ein solches Verfahren zudem. Schlimm ist, daß dadurch neues böses Blut geschaffen wird, abermals Porzellan zerschlagen wird und die Existenz eines radikaldemokratischen Bündnisses weiter gefährdet wird.

Ich selber habe für den KB an einem Treffen mit Vertretern des Hamburger Landesvorstandes der Grünen teilgenommen, auf dem Möglichkeiten der Unterstützung der Grünen im Bundestagswahlkampf diskutiert wurden. Ich habe auf diesem Treffen zugesagt, ich würde mich gegenüber der Basis der BuLi-Initiativen auf deren Treffen am 20.9. namens des KB für eine kritische Wahlunterstützung der Hamburger Grünen einsetzen; weil ich dies ungeachtet der bestehenden Differenzen, ungeachtet der Erfahrungen mit der Spaltung der BuLi für politisch vernünftig halte. Wer allerdings solche Vorgehensweisen praktiziert, wie dies mit der falsch etikettierten „BuLi-Zeitung" geschehen ist, der braucht sich nicht im geringsten zu wundern, wenn die eh schon vorhandene Abneigung vieler Linker, die Hamburger Grünen zu unterstützen, weiter anwächst. Reine Verhöhnung der BuLi-Mitglieder ist die Passage in der Resolution: *„Die Bunte Liste ist an einem guten Abschneiden der Grünen Partei in Hamburg interessiert.* **Sie wird daher alle verfügbaren Kräfte aufbieten, um den Grünen Wahlkampf zu unterstützen."** Ernsthaft geglaubt haben können die Verfasser dies nicht. Genausowenig, wie die Aussage der Grünen BuLi-Abgeordneten Ilona Kiene in dieser Zeitung ernstzunehmen ist: **„Wir unternehmen zur Zeit ungeheure Anstrengungen, die durch interne Querelen mit dem KB verursachten politischen Schwierigkeiten beiseite zu räumen".**

So nicht, liebe Leute! – Daß ihr ernsthaft kritische Unterstützung wollt, wer soll euch das abnehmen?

Hr., Mitglied im Bunte-Liste-Initiativen-Ausschuß

Besprechung einer Wahlbroschüre

»Was sollen Frauen wählen«

Marion Pein, Bundestagskandidatin der Landesliste „Die Grünen" (Platz zwei) in Hamburg, hat eine Broschüre herausgebracht „Was sollen Frauen wählen?", die sich mit der Wahlpropaganda der „EMMA" auseinandersetzt.

Doch kurz vorweg. Im April hatten die „EMMA"-Redakteurinnen Alice Schwarzer und Ingrid Strobl ein Sonderheft zu den Bundestagswahlen mit dem großspurigen Titel „Wahlboykott/Haben Frauen noch die Wahl?" herausgegeben. Während die etablierten Parteien dort breiten Raum für verlogene Selbstdarstellungen zur Verfügung gestellt bekamen, kamen Linke gar nicht zu Wort und die Grünen wurden bereits im Vorwort von A. Schwarzer für die Frauen als nicht wählbar deklariert, obwohl (oder weil?!) die „EMMA"-Redakteurinnen nach einer eigens durchgeführten Umfrage unter ihren Leserinnen 41,9 % grüne Wählerinnen registriert hatten. Nur ein Prozent mehr Leserinnen wollten wieder die SPD wählen; außerdem waren 16 % der „EMMA"-Leserinnen für Wahlboykott.

Die Grünen kommen in diesem Sonderheft denkbar schlecht weg. Bewußt soll der Eindruck erweckt werden, als seien in der grünen Partei nur rechte Biologisten und frauenfeindliche Positionen vertreten. Herbert Gruhl und Delphine Brox werden als ehemalige Parteimitglieder hinlänglich zitiert, das Frauenprogramm der Grünen verfälschend gekürzt und die angeblich, patriachalischen Strukturen" bei den Grünen mit denen der etablierten Parteien gleichgestellt.

In einem Brief an die „EMMA"-Redaktion wollte Marion Pein dies falsche Bild über die Frauenpolitik der Grünen richtig stellen. In einem Antwortbrief an Marion und andere Frauen verwies „ EMMA "-Redakteurin Ingrid Strobl darauf,daß ein Leserbrief nur dann ungekürzt abgedruckt werden könne, wenn er „ein Schreibmaschinenblatt zu 60 Anschlägen und 30 Zeilen" nicht überschreitet. Diese Gelegenheit nutzte Frau Strobl auch, um vorgetragene Kritiken vom Tisch zu wischen:

Daß der Saarbrücker Parteitag der Grünen bzw. das dort verabschiedete Frauenprogramm keinen Eingang in die „Emma"-Sondernummer fand, habe technische Gründe gehabt. Tatsache ist allerdings, daß auch die Neuauflage des Sonderbands kleine inhaltliche Korrektur vornimmt. Zugleich gibt I. Strobl sich sehr wortradikal: **„Wirklich radikale Politik kann nur außerparlamentarisch gemacht werden"**. Die Kritik, daß die Argumentation der „Emma" auf („kritische") Wahlunterstützung der SPD hinauslaufe, kontert I. Strobl als *„Polemik"*, auf die sie *„ja hoffentlich nicht eingehen"* müsse.

Die Broschüre von Marion Pein „Zur Wahlkampagne der Frauenzeitung 'Emma' ist Anfang September im Z-Verlag herausgegeben worden. Marion setzt sich schwerpunktmäßig mit der diskriminierenden Darstellung der „Emma" zur grünen Frauenpolitik auseinander. Im weiteren beschäftigt sie sich mit der („kritischen") Wahlunterstützung für die SPD durch die „Emma".

Das Gerede der „Emma" vom Wahlboykott kritisiert Marion als ein *„Ablenkungsmanöver der »Emma« von den Aussagen, die sie letztlich den Frauen unterzujubeln beabsichtigt: Wahl des 'kleineren Übels'«.* Demgegenüber ist es für Marion unzweideutig, daß „Emma" die Grünen als unwählbar darzustellen versucht. Marion faßt die Thesen der „Emma" hierzu in vier Hauptpunkten zusammen:

„1.In den Grünen ist das 'Manntum' ungebrochen. Während die Männer Karriere machen, wühlen die Frauen an der Basis erfolglos vor sich hin...
2. An diesem Zustand tragen auch die Frauen Schuld — die grüne Ideologie vom 'Preis fürs Überleben' läßt sie ihre eigenen Interessen verraten.
3. Das Bündnis der Linken und der Frauen mit konservativen Kräften innerhalb der Grünen läßt die Fraueninteressen hintenüberkippen.
4. Das kompromißlerische Programm der Grünen".

Im ersten Punkt kontert Marion den Vorwurf der „Emma", die Grünen seien genauso wie die etablierten Parteien von „patriarchalischen Strukturen" beherrscht, mit Hinweis auf den Bundesvorstand der Grünen, in dem die Frauen die Mehrheit (sechs von elf) sind. Auf den Landeslisten kandidieren Männer und Frauen abwechselnd. Darüber hinaus ist Marion der Meinung, *„daß die Repräsentanz von Frauen automatisch auch das Eintreten für die Interessen der Frauen nach sich zieht".* Dieses ‚Gegenargument von Marion ist so allgemein gesagt sicher nicht überzeugend, zumal die konservativen Frauen in der Grünen Partei erwiesenermaßen vielfach nicht die Interessen der Frauen vertreten. Recht hat Marion aber, wenn sie der „Emma" entgegenhält: *„Von Beginn an haben die Grünen Frauen — unter denen sich viele Frauen aus der Frauenbewegung befinden wie in keiner anderen Partei — das ihrige dazu beigetragen, diesem Bewußtsein* (Parität — Anm. AK) *'nachzuhelfen', indem sie durch besondere Organisationsformen wie Frauentreffen* (örtliche und nationale), *Frauenpublikationen, auf den Parteitagen oder auf gemeinsamen Vorbereitungen für die Parteitage und Ausarbeitung des Frauenprogramms ihre Forderungen massiv in die Grüne Partei reingetragen haben, und zum größten Teil mit Erfolg."*

Der zweite und dritte wesentliche Kritikpunkt der „Emma" bezieht sich auf die „Verzichtsfähigkeit" und „Mütterlichkeit" der Grünen Frauen. Hierzu hat „Emma" ausschließlich reaktionäre Biologisten aus der Grünen Partei zitiert, damit der Eindruck erweckt werden soll, daß die Rechten den Ton in der Frauenpolitik der Grünen angeben. Marion leugnet zwar nicht die Existenz dieser Gruppierungen, *„die in ihrer programmlosen Phase vor einigen Monaten alle möglichen politisch 'heimatlosen' Kräfte und Kleinstgruppen angezogen hat — auch verkannte Genies, Reaktionäre, Biologisten, Karrieristen aller Couleur"*, sie spielt diese Kräfte aber zur Bedeutungslosigkeit herunter. Immerhin waren es genau diese Kräfte, die den faulen Kompromiß zum § 218 (nicht ausdrückliche Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Frau) durchsetzten. Marion hat recht, wenn sie die heutige Entwicklung innerhalb der Grünen Partei so darstellt, daß das Festhalten am Saarbrückener Programm *„zum Abdriften rechter politischer Kräfte"* führte. Beschönigend behauptet Marion weiter: *„Es gab (und gibt noch in kleinerem Umfang) einen vielstimmigen Chor, deren Einzelmitglieder alles Mögliche erzählt haben, darunter auch reaktionären Unfug, Spinnereien aller Art, die oft genug von den etablierten Medien dankbar ausgekostet wurden"*Das letztere ist sicher wahr, doch die Rechten innerhalb der Grünen als Spinner und Einzelerscheinungen darzustellen, ist doch wohl eine unrealistische Verniedlichung. Die Zusammenarbeit zwischen den rechten U-Booten in der Grünen Partei und bereits ausgetretenen Rechten wie Springmann und Gruhl läuft bereits in der Phase des Wahlkampfes auf Hochtouren und wird n a c h der Wahl offen zutage treten. Die davon ausgehende Gefahr sollte nicht unterschätzt werden.

Der vierte wesentliche Vorwurf der „Emma" an die Grünen Frauen ist die Programmfrage: Die „Emma"-Redakteurinnen meinen, daß die Grünen zwar schöne Forderungen hätten, daß frau aber nicht wüßte, wie sie diese durchsetzen will. Zu recht antwortet Marion darauf, daß die Durchsetzbarkeit einer Forderung oder eines Programms *„eine hinreichende Stärke der Protestbewegung selbst"* voraussetzt. *„Diese Möglichkeit besteht nur über den Weg, die Frauenbewegung und die Oppositionsbewegung überhaupt zu stärken".* Schräge wird Marions Argumentation allerdings, wenn sie überheblich die Grünen Frauen als die einzig politischen in der Frauenbewegung darzustellen versucht, die es als einzige geschafft haben, dem allgemeinen *„Rückzug aus der Politik"* zu entgehen.

Im letzten Teil der Broschüre setzt Marion sich mit der Position der „Emma" zu den etablierten Parteien auseinander. Sie kommt (wie wir) zu dem Schluß, daß die „Emma" mit dem Gerede vom „Wahlboykott" und „Druck auf die Parteien ausüben" letztendlich die Wahl des „kleineren Übels" (= SPD) nahelegt. Auch die neueste Stellungnahme in der „Emma"-September-Nummer sollte frau nicht täuschen. Es heißt dort: *„Jede von uns muß daher allein entscheiden, ob sie aus welchen Gründen auch immer, doch noch mal dieser oder jenen Partei die Stimme gibt — wobei für uns 'Frauen in Bewegung' die CDU/CSU als die konservativste Partei kaum in Frage kommt, und wir am 5. Oktober bestenfalls die Qual der Wahl zwischen SPD, FDP, DKP und Grünen haben werden"* („Emma" 9/80). Einer Meinung mit Marion können wir sein, wenn sie dazu meint: *„Die Wahl, oh welche Qual, findet statt zwischen einer DKP — diese ist bisher in der gesamten Wahlauseinandersetzung der »Emma« mit nicht einem einzigen Wort bedacht worden und spielt eine dementsprechend unbedeutende Rolle —, den Grünen, die seitenlang in übelster Manier als unwählbar dargestellt worden sind, und — welche Überraschung — der SPD/FDP, auf die frau Druck ausüben soll, sich besser schon früher dort 'eingebracht' hätte etc.".*

Ul., KB/Gruppe Hamburg

Was versprechen die Bonner Parteien den Frauen

Nur noch wenige Wochen vor den Bundestagswahlen 1980 zweifelt kaum jemand am Sieg der SPD. Auch für viele Frauen ist Kanzlerkandidat Schmidt das ,,kleinere Übel" gegenüber Strauß. In beiden Parteien sind allerdings die Frauen schon auf den ersten Blick unterrepräsentiert. In Bayern scheint es einfach zu viele Männer zu geben: Von den 53 CSU-Kandidaten haben nur zwei Frauen einen aussichtsreichen Listenplatz für den Bundestag; das wäre noch eine Frau weniger als vorher. Und wie immer werden diese Parteifrauen nach der Listenaufstellung wortradikal. ,,Wir waren zu lange friedlich", meint Ursula Männle aus der CSU, und damit hat sich's auch schon wieder. Aber auch in der SPD wurden die Frauen reichlich geschoben, auf die hinteren Listenplätze, versteht sich. Aber auch hier weiß die Frau in der SPD alles zum Guten zu wenden: Die Hamburgerin Randzio-Plath z.B. verzichtete nach heftigem Druck aus der Partei auf ihren Listenplatz zugunsten eines rechten Parteimanns, der unbedingt nach vorn mußte. Die SPD hat gegenüber den letzten Bundestagswahlen zwei Frauen weniger (letztesmal 17, jetzt 15) auf ihren Listen. Der Anteil der in den Bundestag einziehenden Frauen ist schon heute errechenbar: Er wird mit großer Wahrscheinlichkeit von 7,9 % auf 6,9 % absinken. Auch die sich frauenfreundlich gebärdende FDP macht da keine Ausnahme: Falls sie ihre Prozente hält, um in den Bundestag einzuziehen, haben nur drei der bislang vier Parlamentarierinnen einen aussichtsreichen Listenplatz.

Der Protest der Frauen in den etablierten Parteien blieb mit einigen Ausnahmen (Hamburg) auch intern; vor allem Bittbriefe, die Frauen mehr zu berücksichtigen, wurden an die Parteioberen geschrieben. Wenngleich die Tatsachen dagegen sprechen, behauptet Schmidt: *,,Die politische Beteiligung der Frauen geht in Deutschland n i c h t zurück. Im Gegenteil: Sie nimmt zu! Ich sehe das an den steigenden Mitgliederzahlen in den Parteien, am Engagement in den Gewerkschaften, ich sehe das an der Qualität der Diskussionen. Es sind mehr Frauen mit Substanz da als früher, erstaunlich viel mehr. Im Bundestag wird sich das erst im Lauf der Jahre auswirken. Ein Trauerspiel ist das gegenwärtig, daß der Frauenanteil da so gering ist"* (,,Brigitte", 23.7.). Schmidt geht sogar so weit, seinen eigenen Parteifrauen den Ball zurückzugeben: *,,Ich bin bereit, eine Quotierung (...) mitzumachen, wenn die Frauen das wirklich wollen. Aber die Frage ist ja unter den Frauen selbst sehr umstritten."*

In ihren Wahlprogrammen und in der Öffentlichkeit haben SPD und CDU/CSU ein demagogisches Gefecht um die ,,bessere" Familienpolitik begonnen. Im folgenden sollen die we- gonnen. Im folgenden sollen die we- sentlichen Aussagen dazu in den Wahlprogrammen untersucht werden.

CDU/CSU: ,,Wir fördern die Familie, das Fundament der freien menschlichen Gesellschaft"

Mit dieser Zwischenüberschrift wird der für die CDU/CSU so wichtige Teil der Familienpolitik eingeleitet. Die CDU/CSU hat sich, mit Ausnahme der Familienpolitik und der Chancengleichheit der Frauen, im Wahlprogramm zu keiner Frauenfrage ausführlicher geäußert. Was von dieser Partei darüber hinaus zu erwarten ist, kann frau nur erahnen. Am Ende des Familienteils steht der drohende Satz: **,,Wir werden ein umfassendes Programm zum Schutze des ungeborenen Lebens verwirklichen."**

Ausgehend von einer sinkenden Geburtenzahl in der BRD will die CDU/CSU die Familie stärker in den staatlichen Griff kriegen und sich für eine ,,moralische wie politische Offensive" in der Familienpolitik einsetzen. Darunter versteht die CDU/CSU, Schluß zu machen mit dem *,,sozialistischen Gedankengut, mißverstandene Emanzipation, ständige Mißachtung der Familie in großen Teilen der Massenmedien"*; die Familie muß endlich wieder *,,unter den besonderen Schutz des Staates gestellt"* werden. *,,Eine Politik, die die Familien links liegen läßt, verletzt die Grundbedürfnisse nach Geborgenheit, Sicherheit und Menschlichkeit. In der anonymen, arbeitsteiligen Gesellschaft ist die Familie der Ort, wo Vertrauen, Toleranz und Pflichterfüllung gelernt und gelebt werden können. Die Familie ist der wichtigste Schutz gegen die zunehmende Vermassung in der Industriegesellschaft und gegen die Kollektivierungstendenzen sozialistischer Ideologien"* (Wahlprogramm der CDU/CSU).

In der konkreten Konsequenz fordert die CDU/CSU als ,,sittliches und politisches Gebot" einen Familienlastenausgleich. Dieser soll der ,,Eigenleistung der Familie, insbesondere der Mütter" zugute kommen. Die ja bereits in den CDU/CSU-regierten Bundesländern gezahlten Erziehungsgelder sollen bundesweit für jedes Kind bis zum dritten Lebensjahr gezahlt werden. Mutterschaftsgeld sollen auch nicht-berufstätige Frauen in den ersten sechs Monaten (500 DM) erhalten. Darüber hinaus sollen Steuern und Kindergelder ,,familienfreundlicher" gestaltet werden. ,,Kinderfreundlicher" sollen auch die Wohnungen in Städteplanung und Dorfentwicklung gestaltet werden. Außerdem ,,verspricht" die CDU/CSU: *,,Wir werden die Benachteiligung der Hausfrauentätigkeit und der Kindererziehung beseitigen"* und *,,diese Aufgaben als Berufstätigkeit ... schrittweise sozial absichern"*. Partnerrente und Erziehungsgeld sollen den Frauen den Weg an Heim und Herd zurück erleichtern. ,,Nur" Berufstätigkeit und Eingliederung der Frauen in den industriellen Arbeitsprozeß werden von der CDU/CSU als ,,einseitige Rolle" in der ,,Emanzipation" der Frauen dargestellt. Das berüchtigte Drei-Phasen-Modell der CDU/CSU für die Frauen schlägt sich im Wahlprogramm unter der Forderung *,,Wir wollen mehr Entfaltungschancen für die Frauen"* nieder. *,,Die meisten Frauen wollen sich nicht in jungen Jahren ein für allemal zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Leben wählen. Besonders Frauen, die sich voll der wichtigen Aufgabe der Mutter widmen, stehen nach der Zeit der Kindererziehung vor dem Problem, eine neue Lebensaufgabe zu finden".*

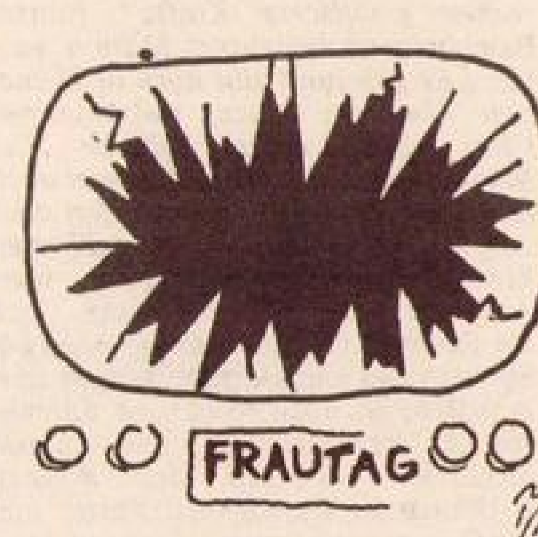
Alles in allem ist das Wahlprogramm '80 der CDU/CSU der Schrei nach mehr Ordnung, Sitte und Moral in der Familie. Die Ideologie von Heim und Herd zieht sich als schwarzer Faden durch das Familienprogramm, die Frau muß Hausfrau und Mutter sein. Nebenbei hat ausgerechnet Strauß auch noch die Stirn, sich als der starke Mann gegen Vergewaltigungen aufzuspielen. In einem ,,Brigitte"-Interview wurde Strauß kürzlich befragt, *,,ob er sich gelegentlich Gedanken darüber mache, wie unbeliebt er bei den sogenannten progressiven Frauen sei?"* (72 % hatten Strauß laut ,,Brigitte" als frauenfeindlich eingestuft). Strauß antwortete: *,,Ich kann von mir nur sagen: Ich bin ungefähr so frauenfeindlich, wie ein Homosexueller männerfeindlich ist. Wenn allerdings die Gleichberechtigung von Mann und Frau dahin führen sollte, daß nur noch die berufstätige Frau gilt, dann wäre das ohne Zweifel ein Verfall der gesellschaftlichen Wertordnung"* (,,Brigitte", 25.6.).











SPD: ,,Die weitere Entwicklung unseres Landes hängt maßgeblich von der freien Entfaltung der Familien .. ab"

Auch die SPD hat die Familienpolitik als wichtigsten Beitrag zur Frauenfrage favorisiert. Darüber hinaus kündigt sie an, die Arbeitsschutzgesetze (z.T. aus der Nazi-Zeit) für Frauen jetzt endlich überarbeiten zu wollen; allerdings kann frau nicht ersehen, was verändert werden soll. Chancengleichheit in der Berufstätigkeit taucht nur noch für die berufstätigen Mütter auf, ,,die besser gefördert werden" sollen.

Kostprobe zur Familienpolitik: *,,Das Verhältnis von Eltern und Kindern sollte von gegenseitiger Achtung, Toleranz und Hilfe bestimmt sein. Toleranz und Hilfe bestimmt sein. Das in diesem Geist von uns geschaffene neue Recht der elterlichen Sorge trägt dem Rechnung und entspricht den Forderungen der Praxis"*. Natürlich gibt sich die SPD ganz kinderfreundlich, indem sie bessere Wohnungen, Freizeitmöglichkeiten und eine umweltfreundliche Umgebung fordert — aber die p r a k t i s c h e Bilanz dieser Versprechungen haben wir ja alle vor Augen.

Für die Forderung nach Elternurlaub nach der Geburt eines Kindes hat sich die SPD etwas ganz Besonderes ausgedacht: *,,Über den bereits eingeführten bezahlten Mutterschaftsurlaub hinaus will die SPD einen Anspruch auf unbezahlten Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie schaffen, der Müttern und Vätern zugute kommen wird"*. Von der ursprünglichen Forderung, ein Jahr Mutter- oder Vaterschaftsurlaub bei vollem Lohnausgleich, keine Spur mehr! Die jetzige Forderung, sollte sie jemals durchgesetzt werden, würde wieder auf Kosten der Frau gehen, weil sie meist diejenige ist, die weniger verdient. Wie die Eltern das finanzieren sollen, erfährt man/frau nicht. Noch eine hervorstechende Verbesserung bahnt sich an: Eltern sollen künftig zehn statt fünf Tage Sonderurlaub für ihre kranken Kinder beantragen können. Das neue Eherecht wird noch einmal gegenüber der CDU gerechtfertigt, weil es mehr Gleichberechtigung in der Ehe gebracht habe. Kaum zu glauben, aber wahr: Das ist alles.

Zur ,,Reform" des § 218 schreibt die SPD: *,,Ungeborenes Leben wird heute durch die von uns eingeführte Beratung und Hilfe für Frauen in Konfliktlagen wirksamer geschützt als früher durch Androhung von Kriminalstrafen. Wir haben nicht die Absicht, das zu ändern"*. Die gleiche SPD hat sich immerhin einmal für die Fristenregelung eingesetzt. Aber Helmut Schmidt ist immer noch zuversichtlich: *,,Ich frauenfeindlich? Daß die Frauen mich für'n Feind halten, hab ich noch nicht gemerkt..."* (,,Brigitte", 23.7.). Dem Manne müßte mal geholfen werden!

FDP gebärdet sich frauenfreundlich

Die FDP hat bekanntlich Einiges zu verlieren; die jetzige Regierungsperiode könnte ihre letzte gewesen sein. Mit ihrem Wahlprogramm versucht sie sich diesmal besonders bürger- und frauenfreundlich zu geben. Auf dem Papier gelingt ihr das auch. In den Forderungen zur Frauenfrage hebt sich sich eindeutig von der CDU/CSU und der SPD ab. Wie diese Partei an Taten zu messen ist, haben allerdings die jüngsten Auseinandersetzungen um das Gleichberechtigungsgesetz für die arbeitenden Frauen gezeigt. Die FDP, die schon in ihrem letzten Wahlprogramm für ein Anti-Diskriminierungsgesetz eingetreten war, hat sich im Bunde mit der SPD und der CDU/CSU dafür eingesetzt, daß Frauen, die vor Gericht klagen, die Beweislast zu tragen haben. Von dem ursprünglich geforderten Diskriminierungsverbot von Frauen in Kultur, Medien und Bildung können wir zwar jetzt wieder vieles im Wahlprogramm lesen; in der Praxis haben aber die Führer der FDP das neue Alibi-Gesetz zur ,,Gleichberechtigung" der Frauen mit zu verantworten.

Die FDP hält erstaunlicherweise an der *,,Fristenregelung für die bessere, gerechtere und menschlichere Möglichkeit"* zur Abtreibung fest. Es fehlen aber konkrete Forderungen zur Praxis der Abtreibung, wie Verpflichtung der Krankenhäuser zur Abtreibung.

Wenngleich auch für die FDP die Familie ,,dem besonderen Schutz des Staates" unterliegt, sind doch auch andere Töne zu vernehmen. So fordert die FDP eine liberale Familienpolitik, in der ,,Vielfalt" notwendig sei, d.h. sie gesteht *,,den Vorrang der Person vor dem Kollektiven ein"*. Die Chancengleichheit wiederum will die FDP maßgeblich dem ,,Elternwillen" übertragen: *,,Die Eltern sollen entscheiden, welche Schule ihre Kinder besuchen"*, mit anderen Worten, es soll alles beim alten bleiben. Auch der Spruch: ,,Das Leben frei gestalten" beinhaltet einerseits ein liberals Verständnis für Wohngemeinschaften Emanzipation, andererseits der Schwur auf die bürgerliche Familienideologie: *,,Die FDP will der Familie in allen Lebensbereichen Hilfen bieten, um ihre Lebensfähigkeit und Erziehungskraft zu stärken; Kinder gehören in eine Familie"*. Darüber hinaus soll auch der Mann Teilzeitarbeiten und Elternurlaub in Anspruch nehmen können. Für Frauen sollen mehr selbstverwaltete ,,Zufluchtshäuser" bereitgestellt werden.

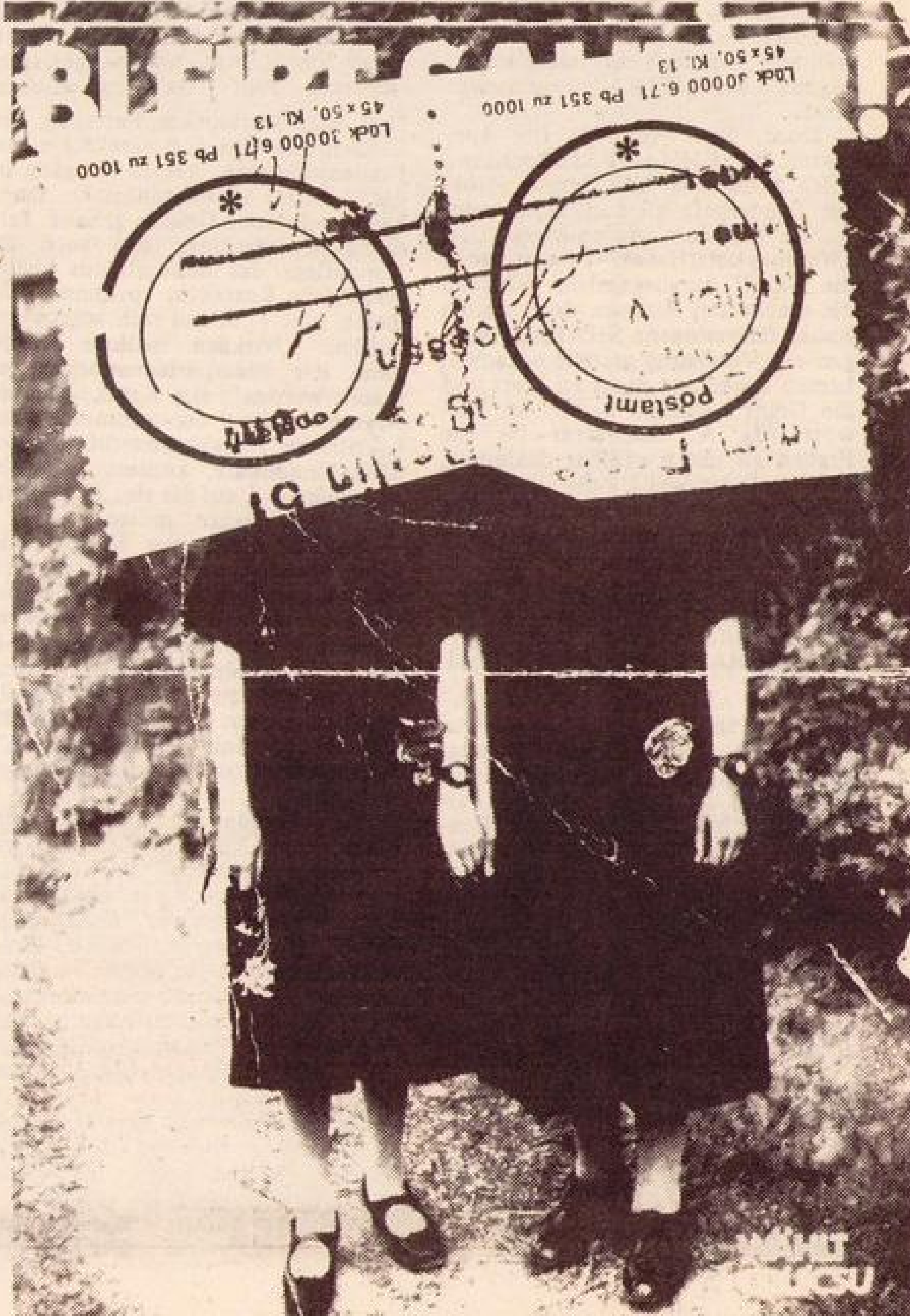
,,Neue Formen des Zusammenlebens müssen gesellschaftlich anerkannt werden", fordert die FDP für Großfamilien, Wohngemeinschaften und eheähnliche (auch homosexuelle) Verhältnisse. — Auf der anderen Seite fordert die FDP auch die Aufhebung des Ladenschlußgesetzes, was besonders für viele Frauen/Verkäuferinnen eine noch unmenschlichere Arbeit (Zeit) bedeuten würde.

Keine Stimme für die Bonner Parteien!

Für uns besteht kein Zweifel darüber, den Etablierten auch nur eine Stimme zu geben. Die Kandidatur von Strauß hat aber auch bei vielen Frauen dazu geführt, dem ,,kleineren Übel", der SPD, die Stimme zu geben, ,,um Strauß zu verhindern." Auch in Teilen der Frauenbewegung liebäugelt frau mit der ,,kritischen" Wahlunterstützung der SPD (im AK 182 haben wir uns mit der ,,Emma" auseinandergesetzt, auch in diesem AK).

Die Frauenzeitung ,,Brigitte" hat zu diesen Bundestagswahlen — neben wenigen Informationen über die Frauen in den Parteien — vor allem die Kanzlerkandidaten Schmidt und Strauß interviewt. Nicht die Wahlprogramme der Parteien standen zur Debatte oder gar ihre frauenfeindliche Praxis — nein, der Streß dieser Herren im Wahlkrampf wurde über Seiten ausgewälzt! Während Marianne Strauß mit leidenschaftlicher Zunge von sich geben kann: ,,Mein Mann ist eben einer von denen, die noch gelernt haben, zu arbeiten, zu leisten", kann frau von Hannelore Schmidt erfahren, warum ihr Mann immer noch den Elbsegler und keinen Hut trägt, und daß ihr Mann gelegentlich noch einen Nagel in die Wand haut: ,,Das macht er! Und mit Wonne!" Das Schmidt bei diesen Interviews besser abschneidet als Strauß, kann frau sich sicher denken. Wenn der Anlaß der Bundestagswahlen nicht so ernst wäre, könnte frau sich über die satirische Darstellung fast totlachen. Traurig aber wahr ist diese Art und Weise, Politik zu machen, von der ,,Brigitte" ernst gemeint. Auf den Straßen, Wahlveranstaltungen und Podiumsdiskussionen sollten wir bis zur Wahl keine Gelegenheit verstreichen lassen, die Etablierten auf ihre Frauenfeindlichkeit zu nageln. Jede Stimme mehr für die Grünen oder eine andere Alternative wird ein Ausdruck des Protests sein gegen die herrschende Frauenpolitik.

Ulla, KB/Hamburg





Frauen als Versuchskaninchen

„Ich liege jetzt im Bett, es ist alle aus. Der Schwangerschaftsabbruch in England mit den 4 1/2 Monaten war eine Ferienreise dagegen. Die Schmerzen sind nicht mehr auszuhalten. Der ganze Körper zittert. Was ist das, alles wackelt. ‚Schüttelfrost', höre ich Beate sagen. Der Körper hat sich selbständig gemacht, es ist mir noch nie passiert.

Ich atme immer stärker, ich habe jetzt auch Angst. Endlich kommt die Schwester, mir scheint nach Stunden, sie kann nichts machen, glaub ich, der Arzt wird geholt, bei mir fängt es auch schon an im Gesicht und die rechte Hand, sie fühlen sich so komisch an.

Mein Blinddarm ist nahe am Platzen oder was sonst noch da drin ist. Mein rechter Schenkel reißt, zieht, ich kann nicht mehr, der Arzt untersucht Gundi, sie kriegt eine Beruhigungsspritze. Ich denke: nie wieder Spritzen. Wir erfahren, daß es meistens nicht zum Ausstoß kommt, ‚denn man müßte ja dann sofort auskratzen'! Man will es ja nicht mitten in der Nacht machen, es ist für morgen früh vorgesehen. Schweine, die haben uns vom Anfang bis zum Ende angelogen. Ich weiß jetzt, daß ich ein Versuchskaninchen war." (aus „Emma", Februar 80).

Die Erfahrungen dieser Frau sind leider kein Einzelfall. Etwa 7000 Frauen, die mit dem neuen Wundermittel der Gynäkologie, dem Prostaglandine-Präparat „Sulproston" der Firma Schering und Pfizer, behandelt wurden, mußten in den letzten Jahren derartige Torturen – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – bei ihrer Abtreibung durchstehen. Die Frauen wurden z.T. ohne ihr Wissen als Versuchskaninchen einer großangelegten Forschungsreihe mißbraucht, denn Sulproston ist noch in der Phase der klinischen Erprobung.

Bereits Anfang 1977 erschienen die ersten Erfahrungsberichte von Frauen; Frauengruppen protestierten dagegen, daß Ärzte die Notlage von Frauen ausnutzen. Ende 1979 entschloß sich eine Frau, die in der westberliner Universitätsklinik Charlottenburg eine Abtreibung mit Sulproston hatte, die behandelnden Ärzte zu verklagen. Nachdem die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abgeschlossen sind, hat sie nun Anklage erhoben.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Firma Schering ihr Präparat – jetzt unter dem klangvollen Namen ‚Nalador' – im Februar 1980 zur Zulassung beim Bundesgesundheitsamt angemeldet hat, der legale Masseneinsatz dieses Mittels also unmittelbar zu befürchten ist.

Aufgrund zahlreicher Protestschreiben veranstaltet das Bundesgesundheitsamt am 23. September in Westberlin ein Hearing mit Sachverständigen, ehe es eine endgültige Entscheidung treffen will. Ob diese Veranstaltung mehr als ein Legetimationsspektakel wird, ist allerdings zu bezweifeln. Die Rollen jedenfalls sind schon verteilt: Die Herren Sachverständigen werden über die Köpfe der Frauen hinweg beraten und entscheiden, den Betroffenen bleibt bestenfalls ein Platz im Zuschauerraum.

Wir haben diese Situation zum Anlaß genommen, uns einmal grundsätzlich mit Prostaglandinen und ihrer bisherigen Anwendung zu befassen. **Dabei wurde uns immer klarer, daß wir es durchaus nicht mit einem erschreckenden Einzelfall zu tun haben, sondern mit einem Lehrstück über die Methoden der Pharmaindustrie, über die Frauenfeindlichkeit der Medizin und über die Farce eines staatlich garantierten Schutzes vor Arzneimittelmißbrauch.**

Wirkungsweise der Prostaglandine

Prostaglandine werden vor allem in der Geburtshilfe und für Schwangerschaftsabbrüche eingesetzt. Die Dosen für einen Schwangerschaftsabbruch sind allerdings etwa zehnmal höher als zur Geburtseinleitung. Prostaglandine bewirken wehenartige Kontraktionen der Gebärmutter und eine Erweichung und Erweiterung des Gebärmutterhalses (das sogenannte „Priming"). Dieser Vorgang dauert im Durchschnitt 10-14 Stunden, dabei kommt es aber nur ungefähr in der Hälfte der Fälle zu einer vollständigen Fehlgeburt. Gerade in den ersten drei Monaten ist der Erfolg gering. Deswegen wird in allen Fällen noch eine Ausschabung vorgenommen; im Fachjargon heißt dies: es muß „regelmäßig nachgeräumt werden".

Prostaglandine wirken aber nicht nur auf die Gebärmutter, sondern auf die gesamte glatte Muskulatur. Die Frauen, die mit Prostaglandine „behandelt" werden, müssen deshalb vielfältige Nebenwirkungen erleiden: Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, Schüttelfrost, Fieber, Atemnot, Kreislaufbeschwerden. In Amerika ist es sogar schon zu Todesfällen gekommen. *(„Amerikanische Autoren errechneten eine Todesrate von 10,5 auf 100 000 Schwangerschaftsunterbrechungen mit PG."* (arzneitelegramm 1/80)).*„In der ‚Roten Liste' 1976 der nach dem Arzneimittelgesetz zugelassenen Medikamente wird eine Injektionslösung Minprostin von der Firma Upjohn mit dem Wirkstoff Dinprost verzeichnet, mit dem Vermerk, daß* **die Anwendung nur durch erfahrene Ärzte und in dafür ausgerüsteten Kliniken geschehen soll.** *Dazu die Nebenwirkungen: ‚Kopfschmerzen, Erbrechen, Temperaturanstieg, Kreislaufkomplikationen, vorübergehende Vermehrung der weißen Blutkörperchen.'* („Courage", 5/77). Selbst der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe erklärt in einer Stellungnahme: *„Dabei hatten die ersten Prostaglandine allerdings lebensbedrohliche Nebenwirkungen"* („Berliner Ärztekammer" 1/1980). So wundert es eigentlich nicht weiter, daß die Gesellschaft für Gynäkologie auf einer Tagung 78 zu der Schlußfolgerung kam: *„Bis zur 10. Schwangerschaftswoche hat sich die Saugcurettage bewährt. Prostaglandine zeigten bis zur 10. Schwangerschaftswoche keine entscheidenden Vorteile. Die psychische und physische Belastung der Frauen ist bei Verwendung der handelsüblichen Prostaglandine hoch"* (nach TAZ, 12.10. 79).

Wegen der hohen Nebenwirkungsraten der alten Prostaglandine (Minprostin) hatte die Pharmaindustrie ein großes Interesse an der Entwicklung von Prostaglandinepräparaten mit geringer Nebenwirkungsrate. Diese Forschung wurde in der BRD von Schering vorangetrieben. Mit dem Mittel Sulproston meinte man ein solches Prostaglandin gefunden zu haben. Zur klinischen Überprüfung wurde es Ärzten an westberliner Kliniken und in der BRD (u.a. Hamburg, Lübeck, Wiesbaden, Braunschweig) von Schering zur Verfügung gestellt. Sulproston soll sehr viel gezielter auf die Gebärmutter einwirken und *„nur relativ wenig Nebenaffekte auslösen"* (Selecta 50, 1978), heißt es in der Literatur. Immerhin kommt es aber nach offiziellen Angaben noch in 40 % der Fälle zu schmerzhaften Uteruskontraktionen, in 25 % zu Übelkeit und in 15 % zu Erbrechen. Aber Laut Ärztemeinung *„(kamen) sowohl Übelkeit als auch Erbrechen nur kurzfristig vor und wurden von den Patientinnen gut toleriert"* (Geburtsh. und Frauenheilkunde 37 (1977)). Nach persönlichen Erfahrungsberichten „tolerierten" allerdings eine Reihe von Frauen diese Art der Behandlung gar nicht.

Immerhin muß auch wiederum von ärztlicher Seite eingeräumt werden, daß *„Sulproston...jedoch nicht als ‚ideale Substanz' zur Abortinduktion bezeichnet werden kann, da die Unverträglichkeitsrate zu hoch ist"* („arzneitelegramm", 1/80). Solche kritischen Bemerkungen sind in der Fachliteratur allerdings selten zu lesen, eher wird die „gute Verträglichkeit von Sulproston" hochgejubelt.

...und außerdem vertraue ich meinem Arzt

Die Erprobung eines neuen Arzneimittels erfolgt in drei Phasen: zunächst an Tieren, dann an einzelnen Menschen gegen Geld, schließlich an Patienten im sog. „klinischen Versuch". Laut Arzneimittelgesetz (§40) ist die klinische Prüfung nur erlaubt, wenn der Patient in Gegenwart eines Zeugen seine Einwilligung erteilt, nachdem er über „Wesen, Bedeutung und Tragweite" des Versuchs aufgeklärt worden ist. Zahlreiche Frauen sind jedoch überhaupt nicht informiert worden, daß sie an einer Versuchsreihe teilnehmen, oder sie haben ahnungslos einen Zettel unterschrieben, daß sie mit „allen ärztlichen Maßnahmen" einverstanden sind. Der Scheringkonzern verschanzt sich hinter den Ärzten, denen die Aufklärungspflicht obliegt und erkärt kurzerhand die schwangeren Frauen zu K r a n k e n , bei denen die m ü n d l i c h e Einverständniserklärung genüge – wer kann die nachprüfen?

Aber selbst wenn die Aufklärung formal eingehalten wird, was heißt das im Konkreten: Die Frau liegt aufgeregt im Bett, der Arzt erklärt ihr im Vorbeirauschen bei der Visite, wie unerhört schonend die neue Methode sei – höchstens ein bißchen Ziehen im Bauch wie bei der Menstruation. Ohne dies Mittel würde er heute gar keine Abtreibung mehr verantworten wollen...Welche Frau ahnt da schon Böses, wenn ausgerechnet ihr das allerneueste Wundermittel zuteil werden soll? Und wenn sie sich dennoch widersetzt, Zweifel hat, das Einverständnis verweigert, so bleibt schließlich noch die schlichte Erpressung: Entweder mit Prostaglandinen oder gar nicht! Bei dem bekannten Zeitdruck und Bettenmangel bleibt da vielen Frauen gar keine Wahl. Es soll eben so sein, wie es ein westberliner Krankenhaus neuerdings auf Vordrucken für Einverständniserklärungen als Schlußsatz formuliert: *„...Und außerdem vertraue ich meinem Arzt".*

Sulproston: vor der 12. Woche spricht alles dagegen

Die Kritik an der mangelnden Aufklärung wird von vielen Frauen und fortschrittlichen Gesundheitsarbeitern geteilt. Nur einige – insbesondere Ärzte tun sich da schwer – kritisieren auch das Präparat Sulproston selbst. Wir sind jedoch der Meinung, daß nicht nur die Umstände der bisherigen Anwendung den Skandal ausmachen, sondern der N u t z e n des Medikaments für die übergroße Zahl der Abtreibungen, die ja in den ersten 12 Wochen erfolgen, in Frage zu stellen ist. Es ist nicht einsichtig, daß Frauen sich den körperlichen und seelischen Qualen aussetzen sollen, die 6-20 Stunden künstliche Wehen mit all den genannten Nebenwirkungen bedeuten, wenn es möglich ist, innerhalb von höchstens 10 Minuten die Frau auf unkomplizierte, vergleichsweise schonende und schmerzarme Weise mit Hilfe der Absaugmethode von der ungewollten Schwangerschaft zu befreien. Insbesondere, da dennoch hinterher eine Absaugung oder Ausschabung vorgenommen wird, in der Regel unter Vollnarkose, die stets ein zusätzliches Lebensrisiko bedeutet (1 Todesfall kommt auf 100 000 Eingriffe). **Die Frauen werden also bewußt einem höheren Risiko für Leben und Gesundheit ausgesetzt.** Vergleiche mit internationalen Erfahrungen belegen das.

In den USA werden 94 % aller Abtreibungen mit der Absaugmethode vorgenommen. Die Sterblichkeitsrate liegt bei 0,5 auf 100 000 Eingriffe, wenn der Abbruch bis zur achten Woche durchgeführt wird. Bis zum Ende der zwölften Woche kommt 1 Todesfall auf 100 000 Eingriffe. (Ch. Tietze in U. König, Gewalt über Frauen, S.264).

In der Bundesrepublik und Westberlin wurden 1978 dagegen nur 57% der Abtreibungen mit der Absaugmethode vorgenommen. Dieser Prozentsatz hat sich seither nicht wesentlich gesteigert. Viele Ärzte beherrschen diese Methode nicht oder nur unzulänglich, da sie nicht zur Ausbildung gehört. Darüber berichtet z.B. ein Arzt, der heute Abbrüche bei der Pro Familia Bremen durchführt: *„Unsere medizinischen Kenntnisse waren katastrophal. Als wir uns an diese Technik wagten, gab es in unserer Klinik häufig Komplikationen".* Später interessiert er sich für die Arbeit bei Pro Familia. *„Ich fuhr nach Holland und lernte dort, wie die Absaugmethode richtig gehandhabt wird. Ein Kollege führte mir die Hand, und mir wurde klar, was ich früher...alles falsch gemacht hatte."* („Stern", 10/1980).

Der Kommissionsbericht der Bundesregierung bestätigt die internationalen Erfahrungen auch für die BRD: Die Absaugmethode hat eindeutig die geringste Komplikationsrate (ebda., S.99 ff). Aufgrund der rückständigen

Praxis der Ärzte jedoch liegt die Sterblichkeitsrate bei Abtreibungen in der BRD und Westberlin vergleichsweise hoch: Auf 100 000 Eingriffe kamen 1978 bei uns 10 Todesfälle.

Warum soll Sulproston trotz dieser allgemein bekannten Tatsachen zur „Methode der Wahl" bei den bundesdeutschen Ärzten werden? Eine Antwort darauf ist sicherlich das handwerkliche Unvermögen vieler Gynäkologen. Aufschlußreich ist dafür das Bekenntnis eines Hamburger Arztes: *„Sicher, die Absaugmethode ist für die Frau sehr schonend, und die Risiken sind minimal, wenn der Operateur genügend Routine hat. An unserer Klinik aber wechseln die Ärzte häufig. Daher ist die Abtreibung mit Prostaglandinen für uns dann leichter und risikoärmer"* („Stern", 42/1978). Eine Aussage, die uns den Respekt vor den unfehlbaren Halbgöttern in Weiß austreiben sollte!



Das Argument mit der „natürlichen Muttermunderweiterung"

In den meisten Kliniken ist man davon abgekommen, durch Prostaglandine eine vollständige Abtreibung herbeiführen zu wollen. Heute wird hauptsächlich damit argumentiert, daß durch Prostaglandine der Muttermund (Cervix) „schonend" und „natürlich" geweitet würde. Schering behauptet, daß durch die bisher übliche mechanische Weitung mit Hegarstiften (Metallstifte) der Muttermund in mehr als 20 % aller Fälle beschädigt wird und damit die Gefahr späterer Fehlgeburten hoch sei. („Die Berliner Ärztekammer", 1/1980, S.14).

Dieses Argument gehört auch zum Allgemeingut bundesdeutscher Ärzte.

Ärztekammer", 1/1980, S.14).

Dieses Argument gehört auch zum Allgemeingut bundesdeutscher Ärzte. Es gibt tatsächlich Zahlen, die besagen, daß Schwangerschaftsabbrüche die Gefahr von Unfruchtbarkeit, Fehl- oder Frühgeburten sowie der Geburt untergewichtiger Kinder erhöhe. Erhebungen aus den USA dagegen belegen, daß die Frühgeburtenrate seit der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches erheblich gesunken ist. Eine Untersuchung in Holland, wo ebenfalls 95 % der Abtreibungen mit Saugkürettage gemacht werden, ergab nur eine geringe Tendenz zu vergrößertem Früh- oder Fehlgeburtsrisiko bei Frauen, die abgetrieben haben. Der Unterschied war nach statistischen Methoden nicht signifikant, d.h. lag innerhalb der Zufallsgrenze. (Van der Slikke/ Treffers, extracta gynaecologica, Bd. 3, Heft 2, 1979). Eine weitere Untersuchung belegt, daß bei Frauen mit Abtreibungen keine erhöhte Unfruchtbarkeit auftritt und ebenfalls kein Verlust der Muttermundselastizität auftritt, wenn nicht stärker als bis 12 mm erweitet wird (Hespels/ Kremer 1972).

Christopher Tietze, ein weltweit anerkannter Spezialist für Fragen des Schwangerschaftsabbruches, hält die meisten Untersuchungen für viel zu undifferenziert und meint, daß z.Z. keine zuverlässigen Angaben über Spätfolgen einer Abtreibung gemacht werden können. *„Wir haben in sieben europäischen Ländern eine große Studie gemacht. Ergebnis: Es besteht ein Zusammenhang zwischen Zigarettenkonsum der Mutter und dem Geburtsgewicht des Kindes. Ebenso verhält es sich mit dem Alkohol. Allein diese Beispiele zeigen, wie Schwierig es ist, eine Kontrollgruppe zu finden: Mit wem soll ich die Frauen vergleichen? Mit Frauen, die jetzt zum zweiten Mal schwanger sind und ein Kind geboren haben? Oder mit Frauen, die zum erstenmal schwanger sind und das Kind austragen? Ich müßte Frauen auswählen, die weder rauchen noch trinken. Alter und soziale Herkunft müßten übereinstimmen. Die meisten Arbeiten, die es auf diesem Gebiet gibt, berücksichtigen diese Dinge nicht. So wollen einige Forscher Spätfolgen entdeckt haben und andere wiederum nicht."* (U. König, a.a.O., S.266).

Soviel jedoch ist klar: Die Verletzungsgefahr ist um so geringer, je weniger der Muttermund geweitet werden muß. Für die „Menstruelle Regulierung", d.h. das vorsorgliche Absaugen des Gewebes kurz nach Ausbleiben der Regel, ist überhaupt keine Weitung nötig. Nach sechswöchiger Schwangerschaft hat die Cervix normalerweise einen Durchmesser von 4mm und muß auf etwa 6 mm geweitet werden. In vielen Krankenhäusern wird jedoch prinzipiell auf 12, 14 oder gar 15 mm erweitert. Bekannt ist auch, daß für eine Ausschabung eine größere Weitung nötig ist, als für das Einführen des Saugrohres. Das wird auch im Kommissionsbericht der Bundesregierung bestätigt: *„Bei Aspirationscurettage (=Absaugung) vor der 8. Woche braucht die Cervix nur wenig oder überhaupt nicht dilatiert (=geweitet) werden..."* (S.100). Als optimaler Zeitpunkt für eine Abtreibung wird dort auch anhand von Komplikationsstatistiken die 7. und 8. Woche ermittelt (S.110).

Eine schonendere Weitung als mit den üblichen Hegarstiften ist außerdem mit den sog. Laminaria-Stiften möglich, Quellstiften, die den Muttermund allmählich aufdehnen.

Fazit: Die Argumentation mit den drohenden Fehlgeburten steht wis-

termund allmählich aufdehnen.

Fazit: Die Argumentation mit den drohenden Fehlgeburten steht wis-**senschaftlich auf äußerst schwachen Füßen und dient der Einschüchterung der Frauen, die den Abbruch als etwas Bedrohliches und Gefährliches erleben sollen. Wenn die Sorge der Ärzte ernstgemeint wäre, so sollten sie sich lieber für die Abschaffung der Zwangsberatung und für genügend Abtreibungsmöglichkeiten einsetzen, damit alle Abbrüche zu einem möglichst frühen Zeitpunkt durchgeführt werden können, die Weitung des Muttermundes also unnötig oder unproblematisch wäre.**

Ein Grund, warum das Risiko späterer Fehlgeburten gerade die Ärzte so außerordentlich beschäftigt, scheint uns in einer Äußerung deutlich zu werden: Ein Arzt empfiehlt Prostaglandine, *„denn werden bei der Behandlung dieser jungen Mädchen und Frauen Fehler begangen, dann wirken sich diese auf das reproduktive Verhalten einer ganzen Generation nachhaltig aus"* (Kreibich, Zbl. Gynäkol. 100 (1978), S.924). Die alte Sorge vorm „Aussterben der Deutschen"! Dieser Arzt stammt übrigens aus der DDR...

Prostaglandine — Anwendung nach der 12. Woche

Wir haben unsere Ablehnung des Medikaments Sulproston zunächst auf die ersten 12 Wochen eingeschränkt, d.h. die gesetzlich vorgeschriebene Dreimonatsfrist. In der bundesdeutschen Literatur wird das Bild verbreitet, als ob Absaugungen über die 10. Woche hinaus kaum möglich sind und nach der 12. Woche die Alternative zu Prostaglandinen nur in der Injektion von Salzlösung oder im Bauchaufschneiden bestünde — beides sehr unangenehme und komplikationsreiche Methoden. Auch hier gibt es international andere Erfahrungen: Sowohl in Holland wie in den USA wird die Absaugmethode bis zur 16. Woche angewandt, z.T. wird der Fötus vorher künstlich „geschrumpft". Angesichts dieser Tatsache und der grundsätzlichen Kritik an Prostaglandine aufgrund der unzureichend erforschten Neben- und Langzeitwirkungen, haben wir auch Bedenken gegen die Anwendung nach der 12. Woche, können uns jedoch bisher nicht auf den Standpunkt einer totalen Ablehnung von Prostaglandine stellen. Dazu bedarf es weiterer Untersuchungen.

Im Hintergrund: Die Pharmaindustrie

Wir finden es deshalb so wichtig, uns mit den medizinischen Argumenten so genau zu befassen, weil dadurch u.E. die Strategie des Pharmakonzerns deutlich wird, Krankheiten bzw. Anwendungsgebiete für seine Präparate „aufzubauen".

Was wir versucht haben, für das Argument der „schonenden Muttermundserweitung" nachzuweisen, gilt ebenso für ein zweites Einsatzgebiet, das Schering im Auge hat: die „Einmonatsspritze". Die Anwendung von Prostaglandine als Gel, Zäpfchen oder Spritze in den ersten Tagen nach Ausbleiben der Menstruation ruft eine Blutung hervor, aller Wahrscheinlichkeit nach auch bei Schwangeren, d.h. mit Prostaglandinen gibt es ein Verhütungsmittel „danach". Diese Tatsache wird auch von einigen Frauen als Argument für Prostaglandinen angeführt. Im „Arzneimittel-Telegramm", einem ansonsten kritischen Informationsdienst, heißt es dazu: *„Vorteile: Anwendung nur bei überfälliger Regel, also nicht häufi-*

schen Informationsdienst, heißt es dazu: *„Vorteile: Anwendung nur bei überfälliger Regel, also nicht häufi-**ger als 3-4 Mal im Jahr; bequem applizierbar* (= zu verabreichen), *preisgünstig, kein Eingriff in den normalen Zyklus."* (1/80, S.3).

So sehen wir dies allerdings nicht: Auch die Anwendung nach Ausbleiben der Regel bringt all die unangenehmen und schwer abschätzbaren Nebenwirkungen mit sich und bedeutet selbstverständlich einen Eingriff in den normalen Zyklus. Uns erscheint auch für diesen Zeitraum die Absaugmethode besser — wenn frau überhaupt eine provisorische „Frühabtreibung" machen will.

Wichtiger in diesem Zusammenhang ist allerdings das Profitinteresse der Schering AG. Wie hieß es doch so treffend auf einer Diskussionsveranstaltung beim Gesundheitstag: „Kommt nach der Pillenmüdigkeit jetzt der Prostaglandinenboom?" Es ist stark zu vermuten, daß Schering — weltweit einer der größten Pillenproduzenten — hier rechtzeitig eine Marktlücke aufbauen und ausfüllen möchte, nachdem der Pillenumsatz zurückgeht. Die „Einmonatsspritze" würde nämlich juristisch noch unter Verhütungsmittel fallen.

Mit hilfloser Wut stehen wir bei dem Prostaglandinen-Skandal immer wieder vor der Tatsache, daß wir wissen, in dem Pharmakonzern Schering den letzlich Verantwortlichen vor uns zu haben. Wir wissen, daß Medikamente wie Sulproston in einem viel zu frühen Stadium in den klinischen Versuch gegeben werden. Wir wissen, daß die Ärzte Geld und teures Gerät als „Aufwandsentschädigung" erhalten (man könnte auch Bestechung dazu sagen). Wir wissen, daß Schering selbst sich die Ärzte für die Versuchsreihen aussucht, anstelle einer öffentlichen Kontrollinstitution. Schering kann seine Hände in Unschuld waschen — zu belangen ist der Konzern bisher nicht.

Das Arzneimittelgesetz und das Bundesgesundheitsamt bilden höchstens das Feigenblatt für den skrupellosen Konkurrenzkampf der Pharmaindustrie um neue Marktlücken, einen wirklichen Schutz bieten sie nicht. In Reaktion auf den Contergan-Skandal wurde 1964 in der BRD überhaupt erstmals die klinische Prüfung von Arzneistoffen gesetzlich festgelegt. 1975 von der Weltgesundheitsorganisation aufgestellte Forderungen für die Durchführung klinischer Tests fanden ebenso wie z.B. gewerkschaftliche Vorschläge keinen Eingang in das novellierte 2. Arzneimittelgesetz, das am 1.1.1978 in Kraft trat. Auch danach bleibt der Testablauf ausschließlich Sache der Hersteller und ihrer auserwählten Prüfer. Eine öffentliche Kontrolle im Interesse der Patienten existiert nicht. Auch im Nachhinein nicht, wie die Weigerung des Bundesgesundheitsamtes, den Anwältinnen im Prostaglandinen-Prozeß Akteneinsicht zu gewähren, deutlich macht. Begründung: Geheimhaltungspflicht — fragt sich, für wen oder vor wem? (Informationen zum AMG aus: Westberliner Komitee für die Rechte der Frau. Frau als Objekt der Pharmakonzerne, 1980).

Wir halten das Thema Prostaglandine auch weiterhin für sehr wichtig und wollen „am Ball bleiben". Dabei sind wir auch auf eure Erfahrungsberichte und Informationen angewiesen. Schickt diese bitte an die Verlagsadresse, z.Hd. AG Frauen, Stichwort: Prostaglandine.

2 Genossinnen aus Westberlin

Ermittlungen wegen Duogynon/Cumorit eingestellt

Die Ermittlungen gegen den Pharma-Konzern Schering wegen des Hormonpräparates „Duogynon" werden eingestellt. Das teilte die Staatsanwaltschaft der „Interessengemeinschaft duogynongeschädigter Kinder" vor einigen Tagen mit.

Das Präparat Duogynon steht unter dem dringenden Verdacht, bei mehreren hundert Kindern in der Bundesrepublik schwere Schädigungen wie Lähmungen, Wasserkopf, offener Rücken, Hasenscharte und fehlende Gliedmaßen hervorgerufen zu haben. Ihre Mütter hatten das Hormonpräparat als Schwangerschaftstest benutzt.

Hier die Skandal-Chronik:

1950: Duogynon kommt in den Handel. Es gilt als „Abtreibungspille" und wird jährlich von Millionen Frauen geschluckt. Das Geschäft mit der Angst floriert.

1967: In England wird erstmals der Verdacht geäußert, daß Duogynon Auslöser erheblicher Mißbildungen bei Neugeborenen sei.

In den folgenden Jahren wird D. in mehreren Ländern verboten oder aus dem Handel gezogen:

1971: in Finnland

1974: in Korea

1975: in Japan, Sri Lanka, Schweden, Neuseeland

1976: in Portugal, Rhodesien, Australien

1978: in England, Irland.

Außerdem ist es in Belgien, Holland und Italien nicht mehr im Handel.

Und was passiert in der BRD:

1973: Schering streicht klammheimlich die Indikation „Schwangerschaftstest" bei Duogynon-Dragees. Einen anderen Nutzen hat Duogynon jedoch praktisch nicht. Die Indikation „k u r z f r i s t i g e sekundäre Amenorrhoe" (Ausbleiben der Regelblutung) ist eine Erfindung der Schering-AG und taucht in der Fachliteratur überhaupt nicht auf. Bei längerfristigem Ausbleiben der Regel, ohne daß eine Schwangerschaft vorliegt, muß der Arzt nach den Ursachen forschen und diese behandeln.

Der Umsatz jedoch bleibt konstant bei 1,2 Mio. Packungen im Jahr.

1978: Aufgrund wachsender Proteste streicht Schering jetzt auch für die Duogyonon-Spritzen die Indikation „Schwangerschaftstest" und benennt Duogynon einfach in „Cumorit" um. Die Interessengemeinschaft erhebt Klage gegen den Schering-Konzern.

1979: Noch immer ist das Mittel im Handel und wird weiter evtl. schwangeren Frauen verordnet.

Die Interessengemeinschaft erhebt Klage gegen das Bundesgesundheitsamt wegen horrender Versäumnisse und Pflichtverletzungen bei der Aufklärung des Falles.

Das Bundesgesundheitsministerium verweigert der Bonner Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher die Mittel, um eine Fragebogenaktion zu Duogynon auszuwerten.

1980: Die öffentliche Diskussion um Duogynon ist abgeebbt. Die Staatsanwaltschaft stellt die Ermittlungen ein.

Soll der Skandal so sang- und klanglos enden?

Eine Genossin aus Westberlin



Italienische Feministinnen: Frauen zum Bund — Nein danke!

In ihrer Ausgabe von Juni 1980 setzt sich die italienische Frauenzeitung „noi donne" kritisch mit den Plänen für einen freiwilligen weiblichen Militärdienst auseinander. In Rom führte ich mit Mirella Aloisio, einer der Redakteurinnen, die auch den ablehnenden Leitartikel verfaßte, ein Interview:

Frage: Seit wann gibt es in Italien Pläne für einen weiblichen Wehrdienst und von wem werden sie vorgebracht?

Antwort: Bereits vor 2 Jahren tauchte dieser Gedanke im Vorschlag der DC (Democracia Christiana, Regierungspartei, ähnlich CDU; Anm. d. Verf.) zur Heeresreform auf.

Vor kurzem nun war es der sozialistische Abgeordnete Accame, der sich in Form eines Gesetzesvorschlags für die Zulassung der Frauen zum Militär stark machte. Allerdings findet er damit quer durch sämtliche Parteien des Parlaments beträchtliche Unterstützung.

Frage: Wie begründet er seinen Vorschlag?

Antwort: Mit der Existenz eines Gleichberechtigungsgesetzes in Italien, mit dem es seiner Meinung nach unvereinbar ist, Frauen aus einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich auszuschließen, wie es bisher der Fall war. Außerdem müsse eine demokratische Gemeinschaft auch von allen Mitgliedern verteidigt werden.

Frage: Bleiben wir erst einmal bei der Gleichberechtigung. Auch in der BRD sind die Pläne für einen Militärdienst für Frauen mit diesem Argument begründet worden. Ein Teil, wenn auch nicht die Mehrheit der deutschen Frauenbewegung teilt diesen Standpunkt. Wie sieht das bei euch aus?

Antwort: Die Diskussion hat bei uns ja gerade erst begonnen. Ich kann mir jedoch gut vorstellen — und es hat sich bereits in den ersten Stellungnahmen gezeigt —, daß es für viele Frauen auf den ersten Blick sehr anziehend sein mag: sie hoffen, eine Arbeit, eine Ausbildung zu bekommen, sich spezialisieren zu können — kein Wunder bei der Arbeitsmarktsituation für Frauen.

Frage: Hältst du solche Hoffnungen für realistisch?

Antwort: Nein, und ich möchte dafür ein sehr deutliches Beispiel anführen. Bei der Marine werden seit längerer Zeit auch schon Frauen zu Kapitänen ausgebildet: ein Kommando haben sie jedoch nie erhalten. Es ist eine Illusion zu glauben, in einem solch hierarchisch und autoritär strukturierten Bereich wie dem Militär könnten wir Frauen mehr Rechte erhalten als in der Gesellschaft „draußen".

Frage: Und was ist deine Meinung zum Argument der „Vaterlandsverteidigung"?

Antwort: Wir Frauen haben in dieser Gesellschaft bereits jede Menge Pflichten, von denen wir alleine betroffen sind: z.B. ersetzen wir fehlende soziale Dienste, setzen die Kinder in die Welt und erziehen sie. Weshalb sollten wir einen Staat verteidigen, der in seiner Verfassung und in seiner täglichen Praxis g e g e n uns Frauen ist?

Die MSI (Faschisten) greift in ihrer Argumentation gar auf die Teilnahme der Frauen an der Resistenza zurück, wenn sie von der „Vaterlandsverteidigung" spricht. Wobei sie natürlich verschweigt, daß wir am Widerstand teilnahmen, um diesen furchtbaren Krieg zu beenden — das Heer aber bedeutet nichts weiter als ein Instrument, um Krieg vorzubereiten und zu führen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Frage: Was glaubst du, sind also die eigentlichen Hintergründe dieser Pläne?

Antwort: Da wäre zum einen der erhebliche Personalmangel: im Heer gibt es zur Zeit nur etwa 1000 Freiwillige bei einem Bedarf von ca. 28.000. Lücken gibt es vor allem im administrativen Sektor, die dann natürlich die Frauen ausfüllen sollen.

Zum anderen sehe ich einen eindeutigen Zusammenhang mit der zunehmenden Aufrüstung und der wachsenden Gefahr eines neuen Krieges. Es ist sicher kein Zufall, daß zur gleichen Zeit auch in der BRD solche Pläne geäußert werden.

Frage: Welche Rolle können Frauen deiner Meinung nach in einer solchen Situation spielen, welche Konsequenzen sollten sie ziehen?

Antwort: Ich denke, wir Frauen haben geradezu eine Verpflichtung zum Frieden, die sich u.a. eben gerade aus der Tatsache ergibt, daß wir jahrhundertelang von diesem Kriegsinstrument ausgeschlossen waren. Daher ist bei uns in viel stärkerem Maße ein pazifistisches Bewußtsein gewachsen. Wir hatten noch nie, außer als Betroffene, mit Krieg zu tun und wollen auch nie etwas damit zu tun haben. Eine Mitarbeit im Heer bedeutet jedoch für mich, eine Kriegsvorbereitungzu unterstützen!

Frage: In den beiden Weltkriegen hat es viele Frauen aus den verschiedensten Ländern gegeben, die gemeinsam gegen Kriege und Militarismus kämpften. Lassen sich deiner Meinung nach daraus für heute Parallelen ziehen?

Antwort: Sicher, ich denke, wir müssen hier und jetzt verstärkt daran gehen, gemeinsam gegen diese Pläne zu kämpfen. Es geht uns alle an, und nur gemeinsam können wir einen neuen Krieg verhindern. Ein Informationsaustausch wie zum Beispiel dieses Interview ist der allererste Schritt dazu.

Brigitte, z.Zt. Italien

Frauen gegen imperialistischen Krieg
Krieg den Palästen

Am Wochenende des 12. - 14.9. nahmen in Hamburg über 100 Frauen aus allen Bundesländern an dem Kongreß „Frauen gegen imperialistischen Krieg — Krieg den Palästen" teil. Vertreten waren neben den „Counter"-Frauen auch Frauen aus der FAU, der GALA, dem KB und unorganisierte Frauen. Eingeladen hatten dazu „Frauen gegen imperialistischen Krieg" mit einem Aufruf, der in linken und Frauenbuchläden verteilt wurde und am Mittwoch vor dem Kongreß auch „unfreiwillig" in der „taz" erschein: Die Frauen hatten einfach für die entsprechende Auflage der „taz" in Hannover die Druckplatte vertauscht und damit dem Abdruck, der ihnen vorher von den „taz"lern verweigert worden war, erzwungen.

Am Anfang des Kongresses wurde von einigen Frauen der Vorschlag ins Plenum getragen, der gerade in Hamburg tagenden nationalen „taz"-Redaktion einen Besuch abzustatten. Sie schlugen vor, den „taz"-Chauvis handfest zu zeigen, was die Frauen von Artikeln wie dem gerade am Freitag, dem 12.9., erschienenen Porno halten.

Unter dem Titel *„Eine Traumfrau zieht sich aus"* fordert der Autor z.B. ernsthaft: *„Nieder mit der Frauenbewegung. Für mehr Peep-Shows"*. Nach einer Diskussion, in der einige Frauen äußerten, daß ihre Wut gegen die „taz" nicht nur wegen deren Sexismus bestünde, sondern auch wegen des Nichtabdrucks ihres Aufrufs und dem halbseitigen Abdruck einer SPD-Anzeige zu den Wahlen, entschlossen sich die Frauen, aktiv zu werden. Die „taz"ler hatten Glück: Gerade als die Frauen ankamen, bestiegen sie ihre Autos.

Die Frauen gaben aber nicht auf. Am nächsten Tag kamen sie rechtzeitig, konfrontierten die „taz"-Redaktion auf Wandzeitungen mit deren Schweinereien und verabschiedeten sich mit Stinkbomben. In einem Aufruf, der vom Kongreß beschlossen wurde, verurteilten die Frauen den Sexismus in der „taz" und fordern: *„Chauvis raus aus der »taz«!! Frauen in der »taz« sorgt dafür, daß sich was verändert oder schmeißt die Sache hin! wir rufen alle Frauen auf, ihr »taz«-Abo zu stoppen!!"* Getragen wird der Aufruf von 150 Frauen aus 16 Städten.

Eine Diskussion gab es darum, ob die Kritik an der „taz" in dem Aufruf sich „nur" auf den Sexismus beziehen sollte. Einige Frauen hielten das für zu wenig. Deshalb heißt es jetzt noch: *„Es ist wohl im Zusammenhang zu verstehen, daß gerade ein Aufruf zum antiimperialistischen Kampf nicht abgedruckt wird, aber eine halbe Seite zum Wahlaufruf für die SPD bereitgestellt wird."*

Ein großer Teil der Frauen ging am Samstag zum türkischen Konsulat. Als im Plenum bekannt wurde, daß türkische Genossen das Konsulat besetzt hatten, um eine Presseerklärung zum faschistischen Militärputsch in der Türkei abgeben zu können, entschlossen sich die Frauen, den Kongreß zu unterbrechen, und sich mit den Besetzern zu solidarisieren. Nach der geglückten Besetzung nahmen sie noch an der nachfolgenden Demonstration teil.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die für den 20.9. geplante Demonstration in Hildesheim gegen die NATO-Herbstmanöver. Sie bildete praktisch den einzigen Diskussionspunkt auf dem Abschlußplenum am Sonntag. In allen drei Arbeitsgruppen war darüber diskutiert worden. In der Arbeitsgruppe „Diskussion über die jetzige politische Situation, besonders nach der Demonstration in Bremen am 6. Mai" hatte die Diskussion über die Demonstration wohl den größten Raum eingenommen; wenigstens wurde auf dem Plenum von keinen sonstigen Ergebnissen berichtet. Als Widerspruch zu der Demonstration wurde von einigen Frauen geäußert, daß sie keinen Sinn in einer Demo sehen, die aller Voraussicht nach von der Polizei wie die Demo zu Olafs Tod in Hamburg „begleitet" werden würde. Das würde einer nur ein Ohnmachtsgefühl geben. Außerdem sei die Demo als Abschluß einer Reihe von punktuellen Störungen der Herbstmanöver geplant gewesen, diese hätten aber nicht stattgefunden; und nun würde die Demo als Großdemo als einzige und weiterbringende Aktion hingestellt, was sie nicht sehen könnten. Von den Befürworterinnen der Demo wurde vor allem gesagt, daß dies die erste Demo seit Jahren gegen die NATO sei und daß die Demo gut sei, um „Inhalte zu transportieren". Dies wurde besonders von Hamburger Frauen vertreten. Eine Einigung konnte nicht erreicht werden. Die Frauen, die zur Demonstration gehen, wollen sich in einem Frauenblock treffen und gemeinsam demonstrieren.

Was in der zweiten Arbeitsgruppe „politische Gefangene" diskutiert worden ist, war nicht zu erfahren, da auf dem Plenum kein Bericht gehalten wurde. Das Thema der dritten Arbeitsgruppe hieß „Antiimperialistischer Frauenkampf". Dazu hatten die Hamburger Frauen ein Thesenpapier vorgelegt, in dem sie die Frauenbewegung kritisieren und den Anspruch formulieren, *„daß der Kampf gegen patriarchalische, sexistische Strukturen hier ... nur zu führen ist als Kampf gegen eine international organisierte, imperialistische Kapitalherrschaft und internationale Arbeitsteilung..."*. Sie grenzen sich dabei von einem Teil der Frauenbewegung ab, *„die ihren Kampf gegen das Patriarchat losgelöst von dessen ökonomischer und politischer Funktion im Imperialismus führen wollten ... und damit das ganze System geschlechtlicher und imperialistischer Arbeitsteilung letztlich nicht angetastet haben"*. Gegen diese Kritik an der Frauenbewegung protestierten viele Frauen, auch gerade solche, die nicht selbst an sogenannten „Projekten" arbeiten. Sie sagten z.B., daß sie mit Frauen an jeder Frage diskutieren könnten und das auch für politisch hielten; ihnen selbst sei die Diskussion über die NATO ziemlich „weit weg"; solange die Verfasserinnen des Papiers nicht klipp und klar sagen könnten, was sie mit „antiimperialistischen Kampf" meinen, sie mit den Frauen so weiterarbeiten würden wie bisher. Eine andere Frau meinte, daß frau nach acht Stunden Arbeit im Frauenhaus wirklich geschafft sei und nicht mehr in der Lage sei, Zeitung zu lesen oder Termine zu machen. Daß sie aber andererseits den Anspruch hat, politisch auf dem Laufenden zu sein.



Was in den Thesen als „antiimperialistische Strategie" angesprochen war, wurde in der Arbeitsgruppe nicht diskutiert, obwohl die Frauen großes Interesse hatten, über die allgemeine politische Lage zu diskutieren. Stattdessen wurde die Hildesheimer Demo diskutiert. Ebenfalls nicht angesprochen wurde, weshalb eigentlich auf der ganzen Konferenz das Thema, das sich frau von der Einladung her erwartet hatte, *Frauen und Krieg*, gar nicht auftauchte.

Zur Diskussion der offengebliebenen Fragen wurde vereinbart, dazu den 14tägig stattfindenden Frauentreffpunkt in der Frauenkneipe in Hamburg zu nutzen. Frauengruppen und Frauen, die interessiert sind, sind herzlich eingeladen. (Der nächste Termin findet am Sonntag, 28.9. um 19 Uhr statt.)

Eine Teilnehmerin an dem Kongreß

CDU will Mädchenheim schließen

Frankfurt: Zur Zeit wohnen 13 Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren im sozialtherapeutischen Mädchenwohnheim in der Hans-Thoma-Straße. Hier gibt es keinen Heimleiter und repressive Erzieher, keine geregelten Zwangsabfütterungen und keine Beschäftigungstherapie in Form von Handarbeits- oder Kochkursen, keine Ausgangs- oder Besuchssperrstunde, keine Disziplinarmaßnahmen durch Taschengeldabzug oder Ausgangssperre, keine gynäkologischen Zwangsuntersuchungen, und was frau noch so alles als üblich in „normalen" Heimen kennt.

Zumeist sind die Mädchen aus anderen Heimen abgehauen und haben hier ein Zuhause gefunden, wo sie sich wohlfühlen und das erste Mal ohne ständige Angst leben können. Neun Erzieher und zwei Berufspraktikanten arbeiten gleichberechtigt zusammen, wichtige Beschlüsse werden nur auf den wöchentlich stattfindenden Vollversammlungen mit allen Mädchen gefaßt. Die Mädchen entscheiden also mit, was im Haus abläuft. Alle Mädchen sind freiwillig hier. Träger des Wohnheims sowie 20 weiterer sozialpädagogischer Einrichtungen ist der stadtnahe Verein „Arbeits- und Erziehungshilfe e.V.".

Mit dem Regierungswechsel in Frankfurt wechselte auch der Vorstand des Vereins, seit September 1979 ist der CDU-Mann Trageser (Sozialdezernent) 1. Vorsitzender. Auf seinen Wunsch *„beschloß der Vorstand, für alle Bereiche des Vereins klare und überschaubare ... Leitungs- und Verantwortlichkeitsstrukturen einzurichten"* („FR", 28.8.); das bedeutete, anstelle der Team-Arbeit in den Heimen wieder hierarchische Strukturen einzuführen, mit Heimleiter etc. pp.



Im Januar 1980 wurde ein CDUler als kommissarischer Geschäftsführer eingesetzt, um *„den Verein aus seiner finanziellen Misere zu führen und den Beschluß des Vorstands in bezug auf die Veränderung der Leitungsstrukturen durchzuführen."* Sechs Einrichtungen des Vereins sind bereits dicht gemacht worden, als nächste stand das Mädchenheim auf der Abschußliste.

Die Schließung des Wohnheims wird vorbereitet

- Seit Oktober 1979 wurde eine freigewordene Stelle nicht mehr besetzt.
- Aus „personellen Gründen" konnten dann nur noch 13 bis 15 Mädchen dort wohnen.
- Es folgten finanzielle Kürzungen, Verweigerung von Aushilfen ...
- Im Mai 1980 kündigten drei Mitarbeiter; Trageser drohte die Schließung an und befahl einen sofortigen Aufnahmestopp für weitere Mädchen. Begründung: Die Betreuung sei nicht mehr gewährleistet.
- Interessierte Bewerber, d.h. arbeitslose Sozialarbeiter, die sofort hätten anfangen können, wurden nicht eingestellt. (Tragesers Begründung: Dies sei „der Bodensatz" („FR", 21.5.).
- Anders, der kommissarische Geschäftsführer, forderte die Jugendämter ohne Wissen des Teams auf, die Mädchen zum 15.6. zu verlegen und stellte den Bedarf für das Heim in Frage; Begründung: Es sei nur noch mit 13 Mädchen belegt! (Daß bei normaler Besetzung 16 Mädchen im Heim wären und eine sehr große Nachfrage bestand, berücksichtigte er nicht).
- Da die Jugendämter mit der Schließung des Heimes nicht einverstanden waren, sollten nun einzelne Mädchen aufgrund „mangelnder Betreuung" aus dem Haus herausgerissen werden. Die Sozialarbeiter sollten sich an der Verschiebung der Mädchen beteiligen, was sie nicht taten. Dies wird ihnen heute als „unkooperativ" vorgeworfen.
- Gleichzeitig erließ Trageser nun auch offiziell einen Einstellungsstopp für Mitarbeiter und verhängte Urlaubssperre.
- Die fünf verbliebenen Sozialarbeiter haben einen Notdienstplan aufgestellt, zu guter Letzt wurde dem Koch am letzten Tag seiner Prüfungszeit zwecks Einsparung von 1,5 Planstellen gekündigt.
- Um das Heim zu erhalten, machten die Sozialarbeiter den Kompromißvorschlag, mit einer Dreierleitung im Haus weiterzuarbeiten. Die Geschäftsleitung bestand aber darauf, einen Heimleiter und einen Vertreter einzusetzen. Trotzdem ist bis heute keine Heimleitung eingesetzt worden.
- Schließlich wurde den Betroffenen mitgeteilt, daß das Heim am 15. September geschlossen werde.

Zum Teil erfuhren die Mädchen erst aus der Zeitung von der Schließung. (Alle Informationen aus der Dokumentation „Schließung des Hans-Thoma-Heimes?")

Für die Mädchen hatte die Schließung katastrophale Folgen: Die Mädchen unter 14 Jahren müssen zurück in die Erziehungsheime, aus denen sie wegen der dort herrschenden Zustände abgehauen sind. Für die anderen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

steht die Aufteilung in Wohngruppen bevor. Dabei ist für alle gerade das Zusammenleben in der ganzen Gruppe, mit den vertrauten Sozialarbeitern, so wichtig. Die Wohngruppen können niemals einen Ersatz für dieses Heim schaffen. Außerdem können auch erst Mädchen ab 16 in diese Wohngruppen ziehen. Galt das Heim bisher gerade für jüngere Mädchen als wichtige Zufluchtsstätte, so steht ihnen bei der Schließung wohl eine „Bahnhof-Zoo"-Zukunft bevor! Alle sagen, daß sie bei tatsächlicher Schließung schreckliche Rückschläge in ihrer Entwicklung erleiden werden, alte Ängste, Depressionen und Verzweiflung werden zurückkehren, und sind z.T. heute schon wieder da. Deshalb sagen sie: **„Wir bleiben zusammen, wir lassen uns nicht auseinanderreißen, wir machen das nicht mehr mit!"** (so auch die Überschrift eines ihrer Flugblätter). Falls euch die Dokumentation interessiert, so schreibt den Mädchen:
Mädchenheim Hans-Thoma-Straße 20
6 Frankfurt Sachsenhausen
und schickt massenhaft Solidaritätserklärungen!

Wir unterstützen die Forderungen der Mädchen, des Teams und des Personalrates:
- Rücknahme der Schließungsabsicht
- Keine Zwangsverlegung der Mädchen
- Sofortige Neubesetzung aller Planstellen
- Vorschlagsrecht bei Einstellungen
- Keine Stellenplanstreichungen
- Beibehaltung des bewährten Konzepts
- Einrichtung einer Nachbetreuungswohngruppe.

Was sagt die SPD zu alledem?

Wie aus der „Frankfurter Rundschau" vom 29.8. zu erfahren war, hat die SPD-Fraktion schon Anfang Juli den Magistrat aufgefordert, „alles zu unternehmen, um die weitere Existenz des Wohnheimes zu sichern." Sie begründete dies mit der Knappheit an Heimplätzen, da schon jetzt Frankfurter Kinder und Jugendliche in Heimerziehung in Heimen außerhalb Frankfurts untergebracht werden müßten. In einer weiteren Stellungnahme heißt es: „'Mit Befremden' habe die SPD-Fraktion den einsamen Entschluß des Vorsitzenden ... zur Kenntnis genommen". Hiermit sei der Beweis gebracht, „wie zielstrebig die Frankfurter CDU soziale Einrichtungen abschafft."

Ebenso haben sich die Jusos und

Ebenso haben sich die Jusos und der Frankfurter Jugendring, der die Schließung als „grobe Verletzung der Fürsorgepflicht gegenüber Angestellten und Bewohnern des Heimes" verurteilt, gegen die Schließung ausgesprochen.

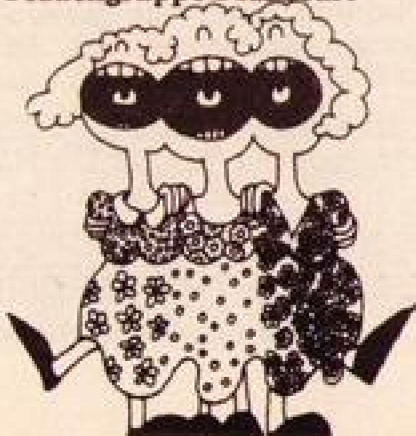
Ein erster Sieg!

„Wir haben es geschafft, das Heim wird nicht geschlossen!" So begrüßten uns zwei Mädchen aus dem Heim, als im Stadtschülerrat über weitere Widerstandsaktionen beraten werden sollte. Ein toller Erfolg, über den sich alle freuen können, die ihren Prostest gegen die Schließung des Heimes ausgedrückt haben. Dieses Eisen ist sogar der CDU zu heiß geworden. Doch der Wahlkampf ist bald vorbei, und wir müssen weiterhin auf der Hut sein!

Wie die „Frankfurter Rundschau" am 4. September berichtete, hat Trageser in einer Presseerklärung bekanntgegeben, man sei nach eingehenden Gesprächen mit der Jugendamtleitung und der Geschäftsführung des Vereins zu dem Entschluß gekommen, das Heim „unter bestimmten Bedingungen weiterzuführen". Eine dieser Bedingungen ist „die Schaffung klarer Verantwortlichkeiten und die Einstellung eines Heimleiters". Über die weiteren Modalitäten soll eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Vorstandes, dem Geschäftsführer des Vereins, den Sozialarbeitern sowie dem Betriebsrat des Vereins „Erziehungs- und Arbeitshilfe" entscheiden.

Seine Kehrtwendung begründete Trageser mit einem Bedarf an Heimplätzen, der so bisher noch nicht ersichtlich gewesen sei (er sollte sich vielleicht mal Brille und Hörgerät zulegen!). Ferner beteuerte er, *„dies (sei) eine grundsätzliche Entscheidung, da die Bedarfslage in den nächsten Jahren konstant bleibt"* („FR", 4. September).

KB-Frauengruppe Frankfurt



Leserinnenbrief zu »Töchter gegen die Mütter« (AK 183)

„Doch was wir als Frauen, die sich emanzipieren wollen, t u n *, ist nicht, wie dieser Oberchauvi es gerne hätte, unsere Mütter zu hassen"*. Ich bin selbst über diesen „Spiegel"-Artikel wütend gewesen und möchte weiter unten noch einiges dazu sagen — aber erstmal zu dem Zitat der Genossinnen. Das kommt mir wie eine Beschwörungsformel vor, und ich halte sie auch für unwahr, für einen Wunschtraum, der die inneren Realitäten verschweigen soll. Ich bin jetzt 29 Jahre alt, habe mit 28 eine Therapie angefangen und beschäftige mich seither auch mit meinen Schädigungen aus der Mutter-Tochter/Tochter-Mutter-Bindung, um die „aggressive Feministin" zu werden, die ich meinem Kopf nach schon längst sein sollte. Dabei mußte ich lernen — ob es mir gefiel oder nicht, daß meine Aggressionen gegen Männer oft mehr hilflose Wut als souveräne Eigenständigkeit waren. Und ich bin da nicht die einzige. Ich halte es aber für notwendig, sich das ohne „oh, wie schrecklich" einzugestehen, die Kluft zwischen Anspruch und Praxis realistisch wahrzunehmen. Nur so läßt sie sich verringern. Zu einer realistischen Einschätzung gehört auch, den vorhandenen Haß auf seine Mutter einzugestehen. Wir leben auf vielen Ebenen, und ein fortschrittlicher Anspruch bedeutet noch lange nicht, daß das kleine Kind, das Baby in uns nicht mitlebt, nicht im Alltäglichen zum Vorschein kommt. In Ängsten, Zweifeln an unseren Fähigkeiten, Resignation, in Schwierigkeiten, unsere Vagina, unsere Klitoris schön zu finden, auf unsere Körper zu horchen, allein oder mit anderen zusammen. Und dieses Kleinkind haßt seine Mutter oft noch heute. Habt ihr nicht das Bedürfnis gehabt, euch von eurem Freund/Freundin bemuttern zu lassen, eine Einheit zu sein? Habt ihr nie Angst gehabt, ohne Grund, verlassen zu werden? Habt ihr euren „Partner" immer als getrennt von euch empfunden? Konntet ihr euch Bedürfnisse eingestehen, die euren Ansprüchen entgegengesetzt waren? Sucht ihr keine Anerkennung mehr von eurer Mutter, selbst wenn ihr wißt, daß sie kritisieren oder nörgeln wird? Möchtet ihr nicht manchmal alles vor ihr auf den Tisch pakken, das jahrelange Verschweigen, Verheimlichen oder Lügen beenden und wartet darauf, daß sie sagt, ja, das hast du gut gemacht? Haßt ihr nicht noch heute manchmal eure Mutter, weil sie damals, als ihr sie brauchtet und klein wart, nicht da war? Wirklich nicht?

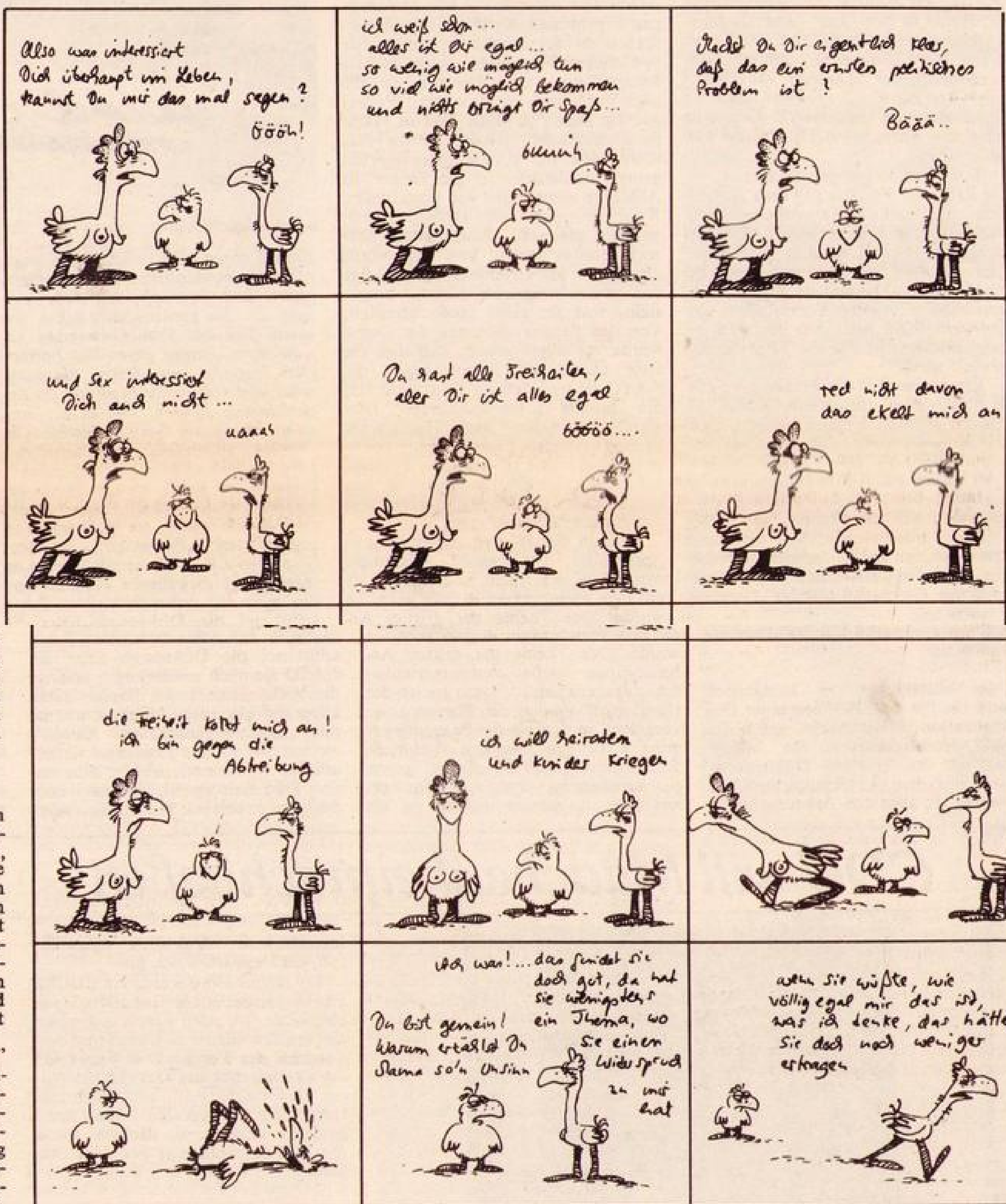
Ich habe gelernt, daß ich meinen Kleinkindhaß erst herauslassen muß, um meine Mutter als eine Frau sehen zu können, die menschlich ist, mit „guten" und „schlechten" Eigenschaften, die damals so reagierte, weil sie in einer bestimmten Situation war, weil ihre Mutter so und nicht anders war, weil die Gesellschaft so und nicht anders war. Dieses Lernen beziehe ich auf Kopf und Bauch, wobei tiefergehende Emotionen so schwer zu verändern sind. Habt ihr nicht oft, obwohl nur auf Besuch bei Mutter, wie ein kleines Mädchen reagiert? — Das Problem liegt darin, sich zu trennen, nicht mehr emotional Liebe und Anerkennung bei Mutter zu erwarten, nicht mehr emotional zu ihr flüchten zu wollen, wenn es schief geht, den Trost in sich selbst zu suchen oder sich zu organisieren, sich selbst bemuttern zu lernen. Keine Trennung geht ohne Haß und Trauer. Ich bin noch immer wütend, daß meine Mutter mich oft allein ließ, daß sie hart und strenge war, mir nur Liebe gab, wenn ich brav war etc. — als ich noch „klein" war, bei ihr lebte ... Deswegen bin ich noch nicht vollständig getrennt. Es ist noch nicht Vergangenheit, abgeschlossen, bewältigt. Es ist auch noch Gegenwart, obwohl ich meine Mutter real sehr wenig sehe und so lebe, wie ich es für richtig halte. Je mehr ich mir meine Wut, auch über ihre verquere Einstellung zur Sexualität, die sie mir vermittelte, eingestehen konnte, desto mehr merkte ich, daß mein Kleinkind in mir Mutter aufgeteilt hatte, in gut und böse. Die bösen Eigenschaften, wie z.B. Strenge, Härte, Liebesentzug hatte ich in mich aufgenommen, war selber oft so, wollte lieber eine böse Tochter sein als meine Mutter böse zu nennen. Das konnte ich mir damals nicht erlauben, ich war abhängig. Kann ich es mir heute erlauben? Ja, ich kann auf diese böse Mutter wütend sein, alle diese Haß- und Rachegefühle herauslassen, gegen eine Mutter, die heute eine andere Person ist als damals, nicht gegen die Frau, die ich heute Mutter nenne. In der Therapie lernt man Techniken, diese Aggression nicht gegen die reale Person zu wenden, sondern z.B. auf eine Matratze einzuschlagen, ein Handtuch zu erwürgen, sich vorzustellen, die Mutter säße vor einem und sie dann wüst zu beschimpfen. Das ist notwendig zur Abtrennung. Bei mir hat es lange gedauert, meine Skrupel zu überwinden. Ich darf doch meine Mutter nicht hassen! Es dauerte auch lange, die Trennung emotional nachzuvollziehen, emotional zu verstehen, daß die Mutter damals nicht die Mutter/Frau jetzt ist, die Angst zu überwinden, die sie aus eigener Angst heraus an mich weitergab, ich könne ohne sie „nichts werden". Ich habe es nicht immer geschafft, bis heute nicht, habe es auch nicht immer geschafft, sie nicht mit hineinzuziehen, habe ihr einen bösen Brief geschrieben, ihr alle Schuld in die Schuhe geschoben. Ich machte sie verantwortlich für die Trümmer meines Selbst, auf denen ich hockte. Ich war emotional noch nicht bereit, die Verantwortung für mich zu übernehmen, war noch abhängig von ihr, wollte immer noch eine Symbiose mit ihr. Kürzlich konnte ich ihr einen anderen Brief schreiben, in dem ich u.a. sagen konnte, daß ich auch die „guten" Seiten sehen könne (meine Mutter hat mich jahrelang allein großgezogen, war immer berufstätig, ist vor ihrer Heirat von zu Haus abgehauen und hat sich selbst durchgeschlagen...). Ich konnte ihr schreiben, daß ich sie auch sehr gerne habe und daß meine Haßausbrüche nichts anderes waren als der Versuch, mich zu trennen und alte Verletzungen, mit denen ich jetzt ganz allein fertig werden will. Wir haben noch nicht miteinander gesprochen. Die Trennung ist noch nicht abgeschlossen. — Sicher gibt es andere Möglichkeiten, mit seinem Haß fertigzuwerden, doch ihn zu verleugnen ändert nichts, führt auch nicht zu einer Solidarität mit der Mutter.

Das in dem „Spiegel"-Artikel angesprochene Problem der Macht der Mütter ist verzerrt, unrealistisch und chauvinistisch dargestellt, da nicht gleichwertig die Abhängigkeit sowohl des Kindes als auch der Mutter beleuchtet wurde, auch nicht die gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen, die ein Interesse an Mutterschaftsideologie, Ehe ... haben, und da Ursache und Wirkung verdreht werden. Die meisten Menschen leiden unter ihren Müttern, und nicht alles, was in dem „Spiegel"-Artikel dazu gesagt wurde, ist falsch, nur können wir bei einer offenen Diskussion keinen Chauvi gebrauchen, der sein eigenes Machtspielchen betreiben will. Ich kann den Autor dieses Machwerks auch nicht ernstnehmen. Darum sollte frau „dieser Leckerbissen nicht im Halse stekkenbleiben", sie sollte ihn fröhlich wieder ausspucken. Doch die beklagte Macht der Mütter ist doch ähnlich wie die Macht der Geliebten am Hofe eines Sonnenkönigs. Gesellschaftlich-reale Macht hat die Frau-Mutter nicht. Sie wird versorgt von ihrem Eheherren, wie sie das Baby versorgt. Das, was sie leistet, wird nicht anerkannt oder ist Dazuverdienen. Warum ich den Autor nicht ernstnehme: schon das Titelbild — ein ästhetischer Töchterbusen — die Einleitung — *„Es war einmal eine gute Mutter"* und dann die durchgängige Tendenz, die „Böse", machtgierige Mutter zu brandmarken. Immer schön zu vermischen, wo Frauen um Emanzipation kämpfen und was sie dazu sagen und wo Herr Brügge mal schnell seine Frauenfeindlichkeit unterbringen kann (Z.B. Nancy Fridays Buch, „Wie meine Mutter", nennt er ein Abrechnungsbuch, sie erregt sich darin etc.. Er hat das Buch wohl nicht gelesen, da diese Einschätzung seinen Wunschträumen entspricht. Er benimmt sich der Autorin gegenüber wie ein Voyeur beim Frauenboxen.). Die aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate, keine Seitenzahlen zum Überprüfen (z.B. ein Zitat aus Nancy Fridays Buch, da wird nur reißerisch rausgepickt, und als Untertitel zu einem Foto bleibt nur *„Womit macht die Frau den Mann klein?"*). Weiter das schamhafte Nennen der Industrie- und Wachstumsgesellschaft bei gleichzeitigem Verschweigen, welches Interesse eine ka-

sellschaft bei gleichzeitigem Verschweigen, welches Interesse eine ka-

pitalistisch/patriarchale Gesellschaft an der Mutterschaftsideologie, Ehe etc. hat und der lahme Hinweis auf die SPD-Regierung, die Gesetze blokkiere, nach denen auch der Vater ein Recht auf Mutterschaftsurlaub haben sollte. Auch die Drogenszene ist jetzt erklärbar: Die besitzergreifende Mutter ist ihre Urheberin. Dann der polemische Stil, die schlecht verbrämte Arroganz (z.B. *„wie geht's denn nun, dermaßen aufgeklärt, mit ihnen weiter?"*) läßt für mich nur einen Schluß zu: Dieser sich so kompetent darstellende Herr hat nichts weiter getan, als viele Männer vor ihm. Er hat ein Forum, das die Gesellschaft für ihn als Mann immer offen hält, benutzt, um seine eigenen Mutterprobleme, seine Frauenfeindlichkeit, seine Verunsicherung und sein Bangen um Privilegien auszutoben und sich zu beschwichtigen. Was ich allerdings ernstnehme, ist der mal wieder gestartete Angriff auf unsere Emanzipationsversuche, das Verschleiern gesellschaftlicher Tatsachen und der Versuch, Frauen gegeneinander auszuspielen. Darum lehne ich diesen Artikel so, wie er geschrieben wurde, auch ab. Ich glaube aber, ein wirkungsvoller Kampf gegen Mutterschaftsideologie, Ehe etc. fängt nicht nur mit verstandesmäßigem Entlarven an, sondern gerade auch damit, emotional Haßgefühle einzugestehen und zu verarbeiten, und dem emotionalen Akzeptieren, daß Mutter uns nicht allumfassend lieben muß. Ihr Verhältnis zu ihrem Baby — uns — ist wie jede andere Beziehung, sie muß nämlich entwickelt werden, sie ist nicht einfach da. Wir Töchter müssen es lernen, uns zu trennen, auch von der Wunschvorstellung, wie Mutter hätte sein sollen, damit Tochter und Mutter irgendwann einmal als zwei eigenständige sexuelle Frauen miteinander nicht nur partiell solidarisch sein können und wir unsere eigenen Kräfte nicht mehr so stark in Ängsten und Selbstzweifeln verzetteln müssen. Mutter muß es lernen, unsere Trennung zu akzeptieren. Zukunftsmusik? Ich habe erfahren, daß positive Entwicklungen in einem selbst und im Verhältnis zur Mutter dadurch möglich werden und eine große politische Sprengkraft in sich haben.

Isabella, AK-Leserin



Böse Erfahrungen mit einem Genossen

Es hat langer Überlegungen und vieler Gespräche bedurft, bis ich mich entschlossen habe, mein persönliches Problem im AK zu veröffentlichen.

Außerdem muß ich meiner Enttäuschung einem linken Genossen gegenüber Ausdruck verschaffen, da er es fast möglich gemacht hat, in meinem Denken alle Linken über einen Kamm zu scheren.

Zu meiner Situation

Ich bin dreißig Jahre alt, Angestellte in einem Krankenhaus, alleinstehend und im dritten Monat schwanger. Der Vater zu dem Kind ist ein Genosse aus dem KB. Er arbeitet von Anfang an (seit neun Jahren) als aktives Mitglied im KB.

Als M. und ich uns kennenlernten, geschah das bereits unter einem ungünstigen Vorzeichen. Ich mußte mich mit einem etwas unschönen Verhalten seinerseits auseinandersetzen, indem er, wie es sooft bei Männern üblich ist, mich mit einer anderen Frau austauschte, mit der er ein Jahr befreundet war. Er begründete es damit, daß er sich in mich verliebt hätte und seiner Freundin gegenüber keine Schuldgefühle zu haben brauche, da sie ja gewußt habe, daß er sie nicht liebte, sondern eben nur ganz gern mochte.

Wir hatten heftige Auseinandersetzungen zu diesem Punkt, zumal ich wußte, daß sie gefühlsmäßig sehr viel mehr investiert hatte als er, und er sie zudem noch in einer völligen Streßsituation (Examen) alleingelassen hatte.

Ich selbst habe dann Kontakt zu ihr aufgenommen und dadurch eine Freundin gewonnen.

Ich habe M. natürlich auch sehr gern gemocht, es gab viele wichtige Gespräche, unter anderem auch über die Kinderfrage.

Für mich besteht der Wunsch nach einem Kind bereits seit meiner letzten Abtreibung vor drei Jahren. Ich habe mich in der Zwischenzeit auch weitgehend von der Vorstellung freimachen können, ein Kind könne nur in einem ehe- oder eheähnlichen Zustand aufwachsen. Ich hatte in den letzten Jahren sehr prägende Erfahrungen mit Männerbeziehungen gemacht; deshalb habe ich versucht, mich soweit als möglich unabhängig von Beziehungen zu machen.

M. fand den Gedanken von und mit mir ein Kind zu haben, recht anregend. Er erzählte mir, er hätte mit einer anderen Frau beinahe ein Kind bekommen. Es kam im fünften Monat zu einer Fehlgeburt. Er hätte sich seit der Zeit intensiv mit der Frage ‚Kinder ja oder nein' auseinandergesetzt. Besonders stimulierend war der Gedanke, wenn wir miteinander schliefen. Für ihn sowohl für mich war klar, schwanger zu werden, zumal ich schon seit drei Jahren keine Verhütungsmittel mehr nahm und er auch nicht. Ich habe ihm auch gesagt, daß ich das Kind bekommen werde, wenn es zu einer Schwangerschaft kommt.

Ihm kamen zwischendurch zwar Bedenken und er meinte, wir sollten doch etwas warten mit dem Kind, um uns besser kennenlernen zu können, trotzdem schliefen wir weiter ohne eine Vorsorge.

Nach ca. drei Wochen unserer Beziehung eröffnete mir M. dann, er habe sich noch in eine andere Frau, auch eine Genossin, verliebt.

Ich war betroffen und verletzt über die Schnelligkeit, mit der er seine Gefühle vervielfachen konnte, ich wollte mich auch zunächst von ihm trennen. Durch viele Gespräche und „Liebesbeteuerungen" versuchte er mich davon zu überzeugen, daß die andere Beziehung an unserer überhaupt nichts ändert. Ich habe mich darauf eingelassen, um mehr Zeit zu gewinnen und mir Klarheit darüber zu verschaffen, inwieweit ich mich auch in eine Dreierbeziehung integrieren kann. Allerdings hatte ich Schwierigkeiten mit dem Konkurrenzgefühl seiner Freundin gegenüber, zumal sie es ablehnte, überhaupt Kontakt zu mir aufzunehmen. Mir persönlich hilft es sehr, solche Gefühle abzubauen, wenn ich den anderen Partner kenne. Unsere Beziehung war von diesem Zeitpunkt an durch ein immer größer werdendes Mißtrauen überschattet, auch wenn M. sich weiterhin sehr aufmerksam und lieb mir gegenüber verhielt und wir auch weiterhin miteinander schliefen. Schwierig wurde es erst, als ich den Verdacht bekam, schwanger zu sein. Ich rief ihn sofort an - er war zwar recht erschrocken, meinte aber, wir sollten zunächst abwarten.

Es folgten in der Zwischenzeit, bis ich den endgültig positiven Befund erhielt, viele Gespräche darüber, wie wir unsere Beziehung weiterhin begriffen haben wollten und wie er sich seine Verantwortung dem Kind gegenüber vorstellt.

Er meinte in bezug auf die erste Frage, er habe sich durch die Tatsache Schwangerschaft von mir gefühlsmäßig zurückgezogen, da er glaubte, ich wolle ihn damit krallen und unter die Haube bringen. Außerdem hätte er große Angst, durch die „Vaterschaft" seine Freundin G. zu verlieren. Er könnte sich jedoch eine freundschaftliche Ebene als eine neue Form zu mir vorstellen. Merkwürdig genug, da ich immer im Zusammenhang mit dem Kind von einer Wohngemeinschaft mit mehreren Leuten ausgegangen bin und ihm keineswegs signalisiert hatte, daß es mir auf eine totale Zweierbeziehung ankäme.

Zur zweiten Frage meinte er, er wollte mich sowohl während der Schwangerschaft als auch danach sowohl moralisch als auch finanziell unterstützen. Die Gespräche fanden zum Teil auch mit Freunden statt.

Als ich nun den positiven Befund hatte, geschah mit M. etwas Merkwürdiges. Er rief mich an und meinte, ihm sei klar geworden, auch durch Gespräche mit anderen Leuten, daß er gelogen hätte, sich einem sozialen Druck ausgesetzt sah. **Er wolle das Kind nicht und deshalb wolle er auch keine Verantwortung übernehmen.** Ich könnte ihn ja ruhig als Vater angeben, er würde die Alimente dann bezahlen. Wenn ich weitere Punkte mit ihm diskutieren wolle, könnte ich ihn ja anrufen. Ich habe für mich entschieden, daß er derjenige sein muß, der anruft.

So ist der Stand der Dinge. Das letzte Gespräch liegt nun über einen Monat zurück. M. interessiert es überhaupt nicht, wie es mir geht, was ich fühle und denke - und diese Interessenlosigkeit macht mir am meisten zu schaffen. Es besteht die akute Gefahr einer Fehlgeburt, ich bin krankgeschrieben und muß das Bett hüten. Ich habe kein Fahrzeug, um die notwendigsten Einkäufe zu tätigen, während er ein Auto hat. Ich kann nur froh sein, daß ich ein paar gute Freunde inzwischen habe, sonst wäre es wohl schlecht um mich bestellt.

Die größte Wut im Bauch habe ich auf M.'s absoluten Egoismus, seine rücksichtslose Art, mit der er beschließt, daß ihn das alles überhaupt nichts mehr angeht und die Tatsache, wie leicht doch ein Mensch austauschbar wird, wenn Probleme mit ihm auftauchen.

Ich veröffentliche meine Situation, weil ich hoffe, daß die kommunistische Idee nicht nur auf der Straße verwirklicht werden soll, sondern auch die Bereitschaft der eigenen Veränderung im KB diskutiert wird.

Eine unorganisierte Freundin des KB



MÄNNERFEINDLICH! NA UND!!!

Beyond The Fragments Großer Ratschlag der englischen Linken

Am 30.8.80 fand in Leeds ein für englische Verhältnisse unerwartet großer Kongreß statt, an dem sich ca. 1500 Frauen und Männer (sowie viele Kinder!) aus der englischen Linken und Frauenbewegung beteiligten: Aktivist/inn/en aus Mieterinitiativen, antifaschistischen Gruppen, Gewerkschaftskollektiven, antiimperialistischen Gruppen, der Anti-AKW-Bewegung, der alternativen Presse, der Schwulenbewegung, aus verschiedenen revolutionären Organisationen (SWP, Big Flame u.a.) sowie mehrere Frauengruppen, die sich als Socialist Feminists definieren und viele interessierte Unorganisierte.

Beyond the fragments – die Zersplitterung überwinden, aber wie ?

Eingeladen zu diesem Treffen hatte eine Gruppe um die Autorinnen des Buches 'Beyond the fragments', das seit einigen Monaten in der englischen Bewegung Furore macht. (Beyond the fragments, Feminism and the making of socialism. Von Rowbotham, Segal, Wainwright. London 1980.)

In diesem Buch schreiben die Herausgeberinnen – alle drei seit Jahren in der Linken und der Frauenbewegung aktiv – über ihre Erfahrungen mit dem frauenfeindlichen Charakter der selbsternannten linken Avantgarde-Organisationen, der sich sowohl im chauvinistischen Verhalten von Männern, der Einflußlosigkeit der Frauen in innerorganisatorischen Strukturen und im Fehlen einer theoretischen Aufarbeitung feministischer Inhalte ausdrückt.

Ebenfalls enthalten die Aufsätze scharfe Kritik am Sektierertum der linken Gruppen und ein Votum gegen die Zersplitterung der Bewegung. Die linken Gruppen werden aufgefordert, endlich von der Frauenbewegung zu lernen und zentrale Elemente autonomer Frauenpolitik zu akzeptieren, so z.B. die Forderung 'Macht das Private öffentlich !' oder bestimmte Prinzipien der kollektiven Zusammenarbeit ohne Führungsanspruch und autoritäre Strukturen.

Aufgrund der breiten Resonanz des Buches hatten die Autorinnen zu diesem Treffen eingeladen, um so einen Ausgangspunkt für mögliche stärkere Zusammenarbeit zwischen Frauenbewegung und der Linken und verschiedenen Teilen der Linken untereinander zu setzen. Sehr stark unterstützt wurde die Vorbereitung und Durchführung von Big Flame.

Vormittags fanden zahlreiche AGen statt, zum Anti-AKW-Kampf, zu Anti-Imperialismus, Gewerkschaftsarbeit, Rolle der linken Medien, Verhältnis Frauenbewegung und Linke usw., insgesamt mindestens 20.

In der Gruppe 'Frauen und Männer – Bedingungen für politische Zusammenarbeit' wurde einer der zentralen Vorbehalte gegen das Treffen eingebracht, deswegen soll hier auf die Argumente der Initiatorinnen (zwei Gruppen sozialistischer Feministinnen) kurz eingegangen werden. **Ihrer Meinung nach sind die Bedingungen für eine organisierte Zusammenarbeit zwischen Männern und Frauen nicht gegeben, weil der Feminismus zwar von einigen Teilen der Linken verbal akzeptiert wird, aber es sozusagen noch keine antisexistische Basis unter den Männern gibt, auf die Frauen sich verlassen könnten.** Begründet wurde dies u.a. mit den Erfahrungen mit linken Männern, die vielleicht auf Veranstaltungen oder in Zeitungen Frauenfreundliches von sich geben, aber sich in ihrem 'Privatleben' nicht von ihrem traditionellen Männerverhalten trennen wollen. Die Genossinnen stellten außerdem fest, daß sich die Frauenbewegung und feministische Inhalte nicht einfach wie irgendein zusätzliches Thema oder Arbeitsbereich in die Politik der Linken integrieren lassen. Sie forderten die Linke auf, alle Bereiche der Theorie und Praxis daraufhin zu überprüfen, ob die Interessen von Frauen in den Einschätzungen und Forderungen vertreten sind. Z.B. wurde die Frage gestellt, was so 'fucking militant' daran sei, 30% Lohnerhöhung für weiße, männliche, hochqualifizierte Arbeiter zu fordern, wenn die Situation der Hausfrauen und arbeitslosen Frauen, sowie der schwarzen und unqualifizierten Arbeiter/innen dabei völlig ignoriert wird?

Problematisch blieb allerdings in der Diskussion die Frage einer möglichen Lösung des Problems:

– Wie soll frau erreichen, daß Männer sich verändern, was nur mit gehörigem Druck seitens der Frauenbewegung zu erreichen sein wird, ohne daß Frauen wieder und wieder ihre gesamte Energie in der Auseinandersetzung mit Männern verpulvern?

Die Genossinnen kritisierten nicht das Zustandekommen des Kongresses, sondern es ging ihnen hauptsächlich darum, vor der Illusion einer leicht herstellbaren Einheit zu warnen, solange die genannten Widersprüche bestehen.

Diese Gedanken tauchten auch in den Nachmittag-AGen wieder auf. Von mehreren Gruppen wurde eingebracht, daß sie neue Formen von Zusammenarbeit der Bewegung, die nicht die Strukturen der ML-Linken reproduzieren, begrüßen würden, andererseits jedoch auf einer Autonomie der „Fragments", der Teile der
mie der „Fragments", der Teile der
Bewegung bestehen würden, weil diese Autonomie Grundlage für die Entwicklung einer erfolgreichen Politik in den einzelnen Bereichen sei, nach dem Prinzip, daß die Betroffenen ihre Sache selbst in die Hand nehmen.

Bemerkenswert für mich als westdeutsche Beobachterin war, daß bei aller Kritik und Ablehnung der ML-Linken im Gegensatz zu der bekannten Tendenz in der westdeutschen Szene in keinem der Beiträge der Marxismus oder das sozialistische Ziel infrage gestellt wurde.

Am Ende des Plenums zeigte sich, daß zwar allgemeine Übereinstimmung bestand in dem Wunsch nach stärkerem Zusammenschluß, aber allgemeine Ratlosigkeit herrschte über das Wie und an welchen Fragen und Projekten dies erreicht werden könne.

Für meine Begriffe war bei der kurzen Zeit und den Voraussetzungen so ein 'offenes Ende' abzusehen, und auch, wenn sich einige der 'Alt-Aktivisten' etwas frustriert zeigten, daß 'nicht mehr herausgekommen ist', bleibt zu hoffen, daß dieses Treffen nicht der letzte Versuch bleibt.

bi, Großbritannien-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Nachbemerkung:
Bei diesem England-Besuch hatte ich Gelegenheit zu einigen Gesprächen mit Vertreter/inne/n der Linken und Frauenbewegung. Da dieser Artikel nur einen ersten Eindruck von den Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung dort geben kann, werden wir versuchen, in den nächsten Nummern des AK auf einige Fragen ausführlicher einzugehen, wenn wir alles mitgebrachte Material ausgewertet haben.

Wir sind Feministinnen — na und?

Dieses Wort bereitet in KB-Kreisen immer noch Bauchschmerzen. Galt es früher als Inbegriff für „Fehlströmungen" im KB, wurde es später eher gemieden. Als die ZL es dann wiederentdeckte und den entsprechenden „Grauzonen" den Krieg erklärte, kam frau manchmal nicht umhin, dieselben in Schutz zu nehmen.

Trotzdem muß frau heute z u m i n d e s t mit Unverständnis rechnen, wenn sie sich i m KB als „Feministin" bezeichnet – „schließlich sind wir doch Kommunistinnen!" Während also a n d e r e linke, frauenbewegte Frauen ganz locker formulieren können „Ohne Sozialismus kein Feminismus, ohne Feminismus kein Sozialismus", sollen wir entgegnen: „Nein, ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau, ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus". Doch wo, bitteschön, ist d a der Unterschied?

Was bedeutet eigentlich „Feminismus"?

In einigen Ländern – z.B. den romanischen – ist es ganz einfach: die g e s a m t e Frauenbewegung wird als „feministisch" bezeichnet, von den Aktivistinnen wie auch vom „Publikum". Und wesentlich komplizierter ist es bei uns auch nicht... Doch woher kommen dann die Bauchschmerzen so vieler (?) KB-Genossinnen? Die wesentliche Ursache ist m.E. unverdautes Bücherwissen, konkret: eine (an diesem Punkt!) völlig dogmatische Rezeption (Verständnis, Anm. AK) von Claras Werken.

Da die proletarische Frauenbewegung in Deutschland später entstand als die (klein)bürgerliche, wurden die klassenmäßigen Unterschiede (über?) deutlich betont, um die Existenzberechtigung dieser neuen Bewegung nachzuweisen (zu untersuchen bleibt, inwieweit die Schärfe dieser Abgrenzung damals berechtigt war). Wesentliche Probleme jener (klein)bürgerlichen Aktivistinnen waren, die freie Verfügung über Privateigentum durchzusetzen bzw. sich freien Zugang zu (möglichst) allen Berufen zu verschaffen; die Frauen kämpften also gegen M ä n n e r bzw. deren feudale Privilegien. Beide Ziele hatten für Proletarierinnen praktisch keine Bedeutung: sie waren „frei" von Privateigentum und, solange es Fabriken gibt, zur Arbeit in denselben „frei" willig-gezwungen... Folglich waren sie hauptsächlich am Kampf gegen das Kapital interessiert, und zwar nach Möglichkeit g e m e i n s a m mit den Männern. Vor diesem Hintergrund erschien „Feminismus" ein spezifisches Phänomen der (klein)bürgerlichen Frauenbewegung – klassenbewußte Proletarierinnen distanzierten sich von solch „bornierter Frauenrechtlerei". Und so war es nur konsequent, wenn die SPD (d i e proletarische Partei jener Zeit) 1908 statutenmäßig festschrieb: *„Sonderorganisationen von Frauen sind nicht zugelassen..."*.

Der kleine Unterschied zwischen 1908 und 1980

Also: Hätte es schon damals den KB gegeben und wäre unsere jüngste Statut- und Autonomie-Diskussion 1908 statt 1980 gelaufen, so wäre die liebe Clara nicht umhin gekommen, uns als die schlimmsten Radikal-Feministinnen unter links-gestrickten Tarnkappen zu entlarven. Immerhin strotzt unser Frauenstatut von Forderungen nach „Sonderorganisation", und wir betonen ausdrücklich den „Geschlechterkampf" als notwendigen Bestandteil unserer Politik! Das heißt natürlich noch lange nicht, daß wir Claras Schriften „vergessen" könnten – denn dieses Denk-Modell ist völlig ahistorisch und hinkt deshalb auf beiden Beinen: Erstens ist die heutige F r a u e n b e w e g u n g nicht mit der von 1908 zu vergleichen; und zweitens hat die Neue Linke ständig jene Perversionen von „realen Sozialismen" als abschreckende Beispiele vor Augen, was uns a u c h in Sachen „Patriarchat" zu Konsequenzen zwingt. So ist es völlig logisch, daß wir heute ein umfassenderes Verständnis von Frauenpolitik haben als Clara es a u s und f ü r ihre Zeit entwickeln konnte - nur sollten wir dann auch konsequent sein und unsere Terminologie ebenfalls den aktuellen Bedingungen anpassen: Als „Feministinnen" bezeichnen sich heute (fast) alle Frauen, die in irgendeiner Form (und meist unter anderem!) gegen das Patriarchat kämpfen – und wogegen sonst sollte sich unser „Geschlechterkampf" wenden?

Warum können wir uns also nicht – unter anderem! – auch als „Feministinnen" bezeichnen? Sicherlich gibt es immer noch einzelne Frauen oder Grüppchen in der Bewegung, die sich ebenfalls mit diesem Wort identifizieren und deren Ziele sich von unseren g r u n d s ä t z l i c h unterscheiden, die ihren Kampf also weniger gegen Macker- oder Chauvi-Verhalten als vielmehr gegen den „Mann an sich" richten... doch dieses Problem stellt sich in j e d e r Massenbewegung:

Auch d e s w e g e n sind wir Kommunistinnen!

Wir bezeichnen uns z.B. als „Antimilitaristinnen", o b w o h l dieser Begriff nicht von uns „gepachtet" ist, er auch von dogmatischen Pazifist/inn/en „mißbraucht" wird. Und keine(r) von uns hat Schwierigkeiten, ausländischen Genoss/inn/en „antiimperialistische Grüße" zu übermitteln, ohne daß z w a n g s l ä u f i g im gleichen Atemzug eine Abgrenzung gegen die Bourgeoisie in der 3. Welt erfolgen müßte usw. Trotzdem brauchen wir in diesen Fällen nicht mit einer Zurechtweisung zu rechnen – wie etwa „wir sind doch Kommunist/inn/en!".

Eben w e i l wir uns bemühen, gleichzeitig entschiedene Antimilitarist/inn/en, Antiimperialist/inn/en, Antifaschist/inn/en usw. – und eben a u c h F e m i n i s t i n n e n zu sein, können wir insgesamt den Anspruch erheben auf das Attribut „Kommunistin"!

Deshalb wollen wir den Spieß in Zukunft umdrehen: wenn sich wieder eine Genossin bei der Bezeichnung „Feministin" räuspert oder die Nase rümpft, werden wir sie fragen: Stehst du etwa nicht mehr zu unserer Autonomie und zum Geschlechterkampf? „Nur wer Präambel und Frauenstatut anerkennt, kann Mitglied im KB sein"!

♀♀ Ul./ Lesbengruppe des KB

Freud und Leid einer Frau in einer linken Rockgruppe

Erfahrungsbericht



In den letzten Jahren konnte man/frau beobachten, daß immer mehr Frauen anfingen, in die fortschrittliche Musikscene einzubrechen. Mit welchen Voraussetzungen und Vorstellungen Frauen in Musikgruppen gehen, ist Außenstehenden nicht bekannt. Dieser Artikel soll als Einstieg gesehen werden, sich mit der Problematik der Frauen in Musikgruppen näher zu befassen.

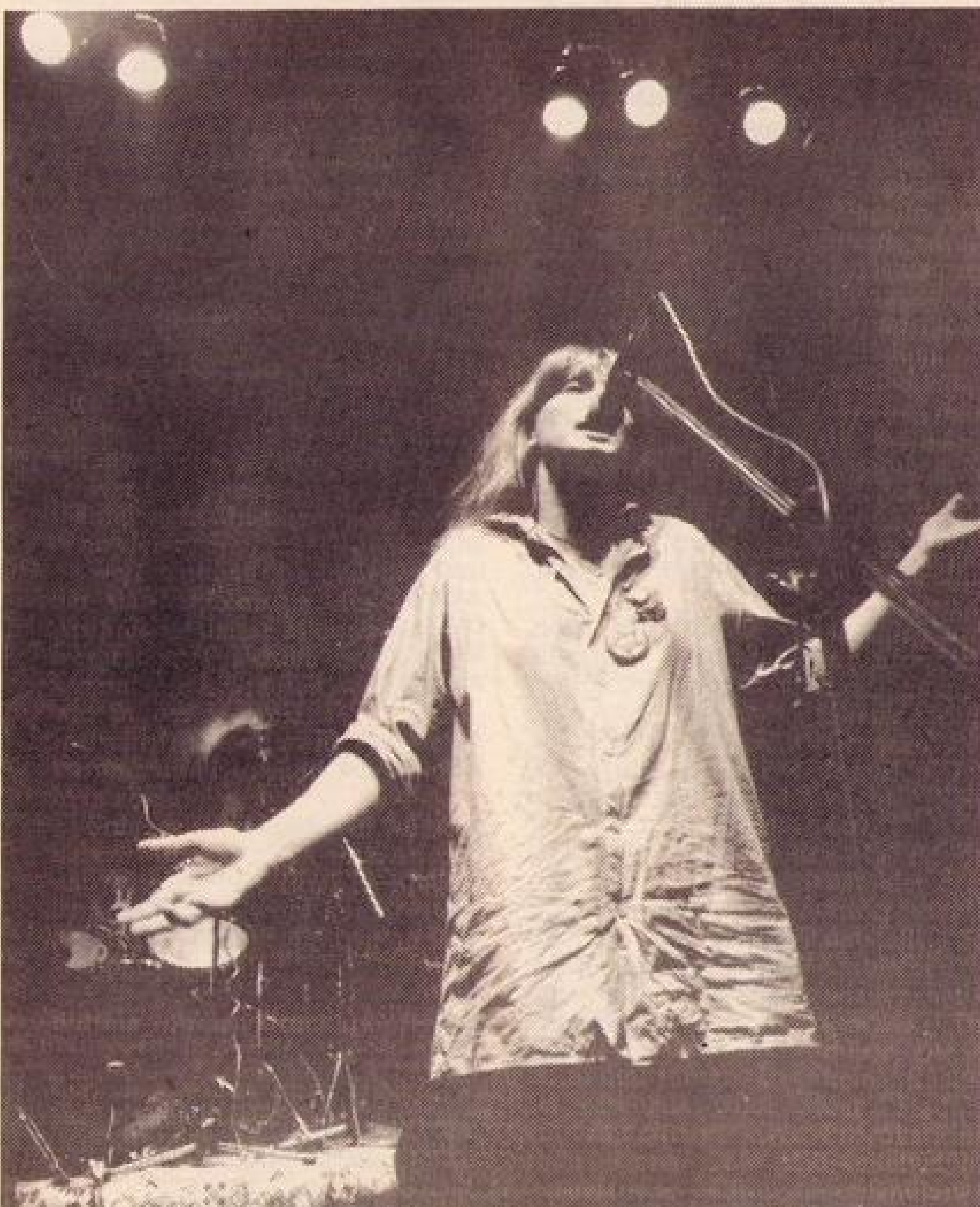
Als ich mich dazu entschloß, bei den Druckknöpfen Klavier zu spielen, wußte ich noch gar nicht, was alles auf mich zukommen sollte. Erstmal dachte ich mir: „Das ist ja 'ne tolle Sache, daß die 'ne Frau für die Tasten suchen". Ich war erfreut und erstaunt, daß ich als Frau das machen sollte, eine Arbeit, die sonst nur von Männern gemacht wird. Ich nahm auch an, daß die Gruppe deshalb eine Frau suchte, damit mehr Frauen in diesen Bereich integriert werden. Damit den Frauen eine Chance gegeben wird, diese männerbeherrschte Musikscene zu durchbrechen!

Bei dem ersten Treffen war ich total verunsichert, als die Typen mir sagten, daß es noch einen männlichen Bewerber gäbe und sie sich dazu entschließen wollten, die/denjenigen zu nehmen, der besser Klavier spielt und besser in die Gruppe paßt. Mein noch schwacher Protest, daß wohl nur musikalische Gesichtspunkte eine Rolle spielten, versiegte ganz schnell, da ich gegenüber den Typen keine Chance sah, mich durchzusetzen.

Ich ließ mich also auf diesen faulen Kompromiß ein und fing an zu üben, als wollte ich eine Prüfung bestehen (es war ja auch so!). Für mich war diese Musik absolutes Neuland, da ich bis zu dem Zeitpunkt ausschließlich klassisches Klavier spielte.

Aber ich hatte mir in den Kopf gesetzt, diese dumme Prüfung zu bestehen. Deshalb fiel ich beinahe in Ohnmacht, als mann mir sagte, daß der andere Mitbewerber aus persönlichen, politischen und zeitlichen Gründen nicht mitmachen wollte. Ich hatte mich auf einen Kampf eingelassen und nun sollte es so einfach sein, nun wurde ich einfach genommen!

Als ich dann das erste Mal mit der Gruppe übte, waren die Typen sehr erstaunt, wie gut ich die Stücke spielte, und ich war selbst erstaunt, wie schnell ich es schaffte, 4 Instrumente überkreuz, im Stehen, die Füße ständig auf 5 verschiedene Pedale wechselnd, zu spielen. Die Gruppe war erstaunt, daß ich mit einer typisch bürgerlichen Klavierausbildung solche Kunststücke vollbrachte. Und ich war stolz, daß ich den Ansprüchen hinterher kam.



Zu Andrea, die schon ein paar Monate länger in der Gruppe war, nahm ich zuerst keinen Kontakt auf (sie auch nicht zu mir), denn ich war anfangs nur auf mein Üben und auf die Gunst der Männer fixiert, damit ich mit meiner Arbeit akzeptiert würde. Andrea und ich kamen erst zusammen, als wir in der Gruppe eine Diskussion über zwischenmenschliche Beziehungen hatten und ein Typ uns sagte, wir Frauen sollten doch mal über unsere Situation in der Gruppe reden. Wir trafen uns dann auch und dieses Gespräch über unsere Situation als Frau in einer Rockgruppe war wunderbar naiv! Uns fiel doch wirklich nichs mackerhaftes an den Typen auf, geschweige denn, daß wir uns von irgend jemanden unterdrückt fühlten! Wir waren so stark damit beschäftigt, genauso gut und einfallsreich Musik zu machen wie die Männer, daß uns überhaupt nichts Kritikwürdiges auffiel! (Ganz schön schlimm).

Trotzdem: dieses Gespräch hatte jedenfalls das Ergebnis, daß wir hellhöriger wurden für das, was die Männer taten und sagten. Aus unserer Lethargie erwachten wir erst, als wir die 10tägige Bayerntournee planten. Bis dahin hatten wir uns nur zum Üben oder Auftreten getroffen; nun lagen mehr Diskussionstermine an, um die Tournee gut zu planen.

Dabei merkten wir Frauen, daß die Männer uns nie ausreden ließen, uns unterbrachen und sich selber äußerst dümmlich wiederholten und ihre Reden dabei noch unheimlich wichtig nahmen. Wir setzten durch, daß wir Frauen zu jedem Punkt als erste reden durften und gegenüber den Männern ein vorrangiges Rederecht haben sollten. Die Männer schluckten es, was blieb ihnen auch anderes übrig? In Bezug auf die Bayerntour schlugen wir vor, daß wir die Männer beim LKW-fahren mitablösen, um eine bessere Arbeitsaufteilung zu haben. Kaum ausgesprochen, da flogen uns die Ohren vom Kopf: einer sagte, daß wir zu schwach seien, daß der LKW, den wir zur Verfügung haben, Mucken hätte, deshalb so schwer zu fahren sei. Außerdem wäre ihm die Verantwortung zu groß, uns mit der Anlage alleine fahren zu lassen, und es könnte in Bayern schneien, dann wäre es besonders gefährlich. Aber vor allem bekommt frau Knieschmerzen, weil die Bremsen so schwer gehen!

Von anderen Männern, Arbeitgebern usw. kannten wir solche Sprüche, aber von linken, frauenpolitikerfahrenen Männern noch nicht! Das war nun doch zuviel. Wir waren gut genug, um schwere Boxen zu tragen, aber LKW fahren, davon bekommt frau Knieschmerzen! Es war wirklich schwer, die Typen vom Gegenteil zu überzeugen. Aber als **wir das erste Mal LKW fuhren und nicht im nächsten Graben landeten und die Anlage auch nicht zu Bruch ging, da sagte keiner mehr was!**

Wir Frauen fingen an, uns zu artikulieren, wir wurden mutig und gaben contra. Dadurch, daß Andrea und ich zusammenzogen, waren wir ständig in Kontakt und konnten intensiver über uns sprechen.

Nach der Bayerntour machten wir eine Plattenaufnahme. Wir hatten Studioräume, wo wir zuerst Bass und Schlagzeug aufnahmen, danach sollte ich mit den Keybordparts drankommen. Und es kam so, wie ich es mir vorstellte. Die Aufnahmen von Bass und Schlagzeug hatten relativ lange gedauert und die Stöhnerei der Männer: „Wie schwierig es ist, – und mit was für Problemen wir zu kämpfen haben – und wieder kaum geschlafen – und mein Zeh tut so weh" ... nahm kein Ende.

Als ich die ersten Takte auf dem Band hatte, ging die Meckerei schon los: „Dort ist ein Fehler und da.....". Aber ihre Fehler wollten sie nicht hören. Die hörte ich nur durch Kopfhörer während des Aufnehmens. Als ich die beiden auf einen schwerwiegenden Taktfehler hinwies, bekam ich als Antwort: „Das kommt eben mal vor. Es ist ja auch ein besonders schwieriger Part!".

Noch „besser" sollte es beim Abmischen der Aufnahme werden. Von der Männerdomäne „Technik" wurde uns Frauen kaum etwas erklärt, nur dann, wenn wir uns lautstark bemerkbar machten. Wenn wir forderten, daß ein Instrument lauter gemacht werden sollte, antworteten sie belästigt: „Hörst du das denn nicht, es ist doch schon so laut!" Der Höhepunkt war, daß ein Instrument, das ich gespielt hatte, ohne mein Dabeisein weggelöscht wurde. Argument: „Es hörte sich so komisch an!" – Was für ein Krieg wäre wohl entstanden, wenn ich gefordert hätte, daß das Schlagzeug an einer Stelle leiser gemacht wird!

Dieses Verhalten brachte mich so zum Kochen, daß ich ein Papier über die Frauenfeindlichkeit schrieb. Wir, inzwischen 3 Frauen, wollten die Diskussion darum äußerst schnell, aber die Männer hatten plötzlich wichtigere Termine. Als wir drohten, beim nächsten Üben oder Auftritt nicht zu erscheinen, wenn der Termin nicht äußerst schnell stattfindet, da willigten die Männer ein, unser Termin fand statt. Die Reaktion auf mein Papier war äußerst verblüffend! Bei der Diskussion fiel keinem Mann mehr etwas ein, höchstens platte Allgemeinsätze, opportunistisches Gefasel oder solche Hämmer wie: „ Wo bin ich denn frauenfeindlich, ich sage doch garnichts". Aufgrund unserer Unzufriedenheit über diesen Termin forderten wir, daß jeder Mann ein Protokoll mit persönlicher Stellungnahme über die Diskussion schreibt. Diese Aufforderung stieß auf Unverständnis: „Bin ich denn dein Schüler? – Ich kann solche Papiere nicht schreiben, Emotionen und Anstöße bekomme ich nur während Diskussionen!". Nicht schlecht, was denen so einfällt.

Anhand der Papiere merkten wir, wie wenig sich diese Männer mit der Problematik auseinandergesetzt hatten. Wie wenig sie geschafft hatten, ihre Ansprüche und Vorstellungen in bezug auf den Umgang mit Frauen in die Praxis umzusetzen. Wie wenig sich diese Männer mit ihren spezifischen Problemen beschäftigt hatten. Auf unser Drängen hin trafen sich einmal nun die Männer, um ihre Probleme alleine zu besprechen. Und – Rosa sei dank – merkten sie, daß auch sie unter einem unheimlich starken Konkurrenzkampf litten, unter der Unfähigkeit, sich auch mal ein paar freundliche Worte zu sagen, oder gar freundschaftliche Beziehungen zueinander aufzubauen. Aber meine Freude über diese Aktionen war ziemlich schnell wieder hin, als einige Tage später von einem Mann der Spruch kam: „Die Diskussion um Tinas Papier fand ich ganz wichtig, aber man(n) muß doch auch sehen, daß Tina das schwächste Glied in der Gruppe ist". Soll das heißen, daß ich nicht gut Klavier spiele? Nicht genug übe (wie Mann nach der Diskussion bemerkte), ich also folglich kein Recht dazu habe, Kritik zu äußern? Wenn das so ist, frage ich erstmal, wo die Männer ihre Kritik ansetzten (nämlich da, wo sie den Menschen am ehesten teffen)?. Haben sie sich denn schon mal Gedanken gemacht, wie sie mich solidarisch z.B. im Üben unterstützen könnten? Wenn einer sagt: „Du hast Rhytmusschwierigkeiten und setz Dich mal zu Hause mit ein paar Congas hin und trommel mal 'ne Runde Rhythmus", dann kann ich nur antworten, daß ich auf solche Hilfe gerne verzichte.

Diese Arbeit, die wir Frauen in so eine Gruppe investieren, erfordert unheimlich viel Kraft. Wenn wir uns beim Musikmachen auch noch gleichberechtigt und damit wohlfühlen wollen, müssen wir an mehreren Fronten gleichzeitig kämpfen:

– erstmal müssen wir den Frauenaspekt erkennen, erarbeiten und darstellen;

– dann müssen wir uns die Männer durch Diskussionen und Aktionen so „erziehen" und verändern, daß sie uns nicht nur als Frau, sondern gerade als Musikerin begreifen und gleichberechtigt behandeln. Die meiste Kraft, außer in unsere musikalische Arbeit investieren wir eben darein, daß wir erreichen, daß die Männer in Diskussionen Kritik auch von uns annehmen und wir ihnen nicht immer wieder vorkauen müssen, welche Ungerechtigkeiten und üble Verhaltensweisen sie an den Tag legen. Dabei wollen wir doch „nur" Musik machen.

Mit welchen Voraussetzungen gehen Frauen in Musikgruppen rein?

Durch die Frauenbewegung und das dadurch steigende Selbstbewußtsein der Frauen fingen viele Frauen an, ihr Interesse an der Musik zu intensivieren. Sie merkten, daß es Spaß brachte, Musik zu machen: Wenn frau sich entschloß, intensiver Musik zu machen, um vielleicht auch aufzutreten, dann gab es oft nur die einzige Möglichkeit, sich mit Männern zusammenzutun, weil es noch gar nicht so viele Musikerinnen gab, daß frau von vornherein mit Frauen Musik machen konnte. Die Männer freuen sich natürlich, mit Frauen zusammenzuarbeiten, denn bekanntlich fördert eine Frau in der Gruppe das allgemeine Interesse der Gruppe. Außer dem Managerinteresse freuen sich die Männer, wenn eine Frau mit ihnen Musik machen will (diese Freude will ich ihnen auch gar nicht absprechen). Aber ihr Interesse und ihre Freude beziehen sich wohl mehr auf die Frau als auf die Musikerin. Der Anspruch an die Frau als Musikerin kommt erfahrungsgemäß erst dann, wenn das Interesse an der Frau nicht mehr besteht. Hat sich frau in der Gruppe eingelebt und hat Lust an der Arbeit, so wird sie sich über kurz oder lang mit folgendem Unterschied auseinandersetzen müssen:

Daß sie als Sängerin mit ganz anderen Problemen zu kämpfen hat als eine Instrumentalistin. Als Sängerin „braucht" sie erstmal nur zu singen. Die Stücke arbeiten die anderen aus, und sie bringt dann ihre Stimme ein. Dabei hat sie einen ziemlich großen Spielraum in dem, was sie macht, weil die anderen meistens nicht so gut singen können. Wenn sie sich aber beim Arrangieren der Musik einbringen will, Vorschläge machen will, dann wird sie nicht ernstgenommen, weil sie ja schließlich kein Instrument spielt. Ihr wird nicht richtig zugehört, wenn sie versucht, dem Gitarristen einen anderen Rhythmus vorzuschlagen, oder ihr die Musik nicht gefällt; und wenn sie z.B. die Komposition als „zu hart" charakterisiert, dann heißt es: „Ich weiß nicht, was du meinst". Anstatt daß die Männer versuchen, ihr eine Hilfestellung anzubieten, damit sie lernt, sich „musikalischer" auszudrücken, wird sie abgeblockt. Ihr wird also nicht geholfen, daß sie sich auch in einem anderen Gebiet auskennt, sondern sie muß sich diese Unterstützung erkämpfen! Als Sängerin, die auch noch gut singt, ist ihre Stellung allerdings gut abgesichert. Denn gute Sängerinnen sind lange nicht so schnell zu finden wie andere Musiker/innen. Die Männer werden sich hüten, heftige Kritik an der Sängerin zu üben, denn sie haben viel zu große Angst, daß sie plötzlich „ohne" dastehen.

Als Instrumentalistin muß die Frau ganz andere Ansprüche erfüllen. In der Regel fangen Frauen ziemlich spät an, Musik zu machen, später als Männer. Ab 12, 13 Jahre werden Männer gefördert, Musik zu machen. Sie bekommen Gitarren oder ein Schlagzeug geschenkt und die Eltern freuen sich, wenn sie die Söhne dröhnen hören. Bei Mädchen: Bitte nicht! Mädchen lernen Flöte, Geige oder Klavier und spielen hübsch brav zu Weihnachten den Verwandten Sonaten vor. Kein Wunder, daß es so wenig Instrumentalistinnen in der Rockszene gibt!

Also kommen Frauen ziemlich erfahrungslos in eine Gruppe rein und sind froh, wenn sie den ersten Ansprüchen genügen, nämlich die Stücke, die sie können, perfekt zu spielen. Die Instrumentalistin wird sich auf ihrem Instrument nie ausruhen können. Ständig muß sie ihr Können unter Beweis stellen. Sie muß Soli hervorzaubern, sich an den Kompositionen beteiligen, und wenn sie es dann mal nicht bringt, wird sie als „schwächstes Glied in der Gruppe" deklariert und – schwups – fallengelassen. Die Männer haben vielleicht den Gedanken im Kopf, daß auch sie wollen, daß sich möglichst viele Frauen musikalisch betätigen, aber in konkreten Fällen sind sie froh, daß eine Frau nicht so gut ist wie sie, damit sie ihre Macht mal wieder von Neuem präsentieren können. Und darunter fällt eben nicht, daß die Männer sich solidarisch verhalten, der Frau eine solidarische Unterstützung im Weiterkommen auf ihrem Instrument anbieten, nein, es ist einfacher, sie fallenzulassen. Es sei denn, mann hat persönliche Interessen an der Frau!

Warum ist es zur Zeit für Frauen nicht möglich, sich musikalisch in solchen Gruppen einzubringen und vorantreibend zu arbeiten?

Warum spielen die Frauen in männlichen Musikgruppen nicht die erste Geige?

Weil nämlich erstmal der Schutt der Männerideologie, der Schutt der Ansprüche dieser Männergesellschaft weggeschafft werden muß. Frau bekommt ja das Grausen, wenn sie sieht, was in der Musikszene, auch in der fortschrittlichen, an Eigenliebe, Konkurrenz und Egoismus unter den Männern abläuft!

Solange die Männer in fortschrittlichen Musikgruppen ihre Ansprüche und Ideale nicht total in Frage stellen, wird sich wohl kaum etwas an der Situation für Frauen in Musikgruppen ändern!

Bettina von den Druckknöpfen

P.S.: Ich würde mich freuen, wenn sich vielleicht auch mal ein paar andere Frauen zu diesem Thema finden würden und Lust hätten, darüber zu schreiben! Das wäre toll !!!!!!

Brüder und Schwestern,

der Papst kommt!

Die NEUE Frankfurter Schwulengruppe schlägt vor, plant und koordiniert eine bundesweite Protestaktion anläßlich des Papstbesuches.

Auf einem schwulen Kreuzweg sollen, während möglichst vieler Stationen - in Bildern und Straßentheater - , die heute noch und wieder fundamental von der Kirchenmacht ausgehende Diskriminierung und Bedrohung von Schwulen aufgezeigt werden. Die reale Menschenfeindlichkeit der katholischen Kirche soll nachgewiesen werden. Wir wollen nicht den religiösen Menschen, sondern seine Ausbeuter und Unterdrücker anprangern, vor allem die Rolle des Oberpharisäers. Seine Starauftritte sollen nicht darüber hinwegtäuschen können, daß die Kirchenoberen Schwule mit ihren menschlichen Problemen alleine lassen, sie bis zum Selbstmord treiben und die moralische Grundlage des faschistischen Rassismus, auch gegen Schwule, boten und weiter anbieten.

Wir hoffen, daß möglichst viele Schwulengruppen einzelne Straßentheaterstationen phantasievoll selbst gestalten und zur Aufführung bringen. Die unvergleichbar gleichmäßige Betroffenheit ALLER Schwulen durch die Kirche läßt uns hoffen, daß es zur bisher größten Demonstration von Schwulen in der BRD kommen könnte. Als Ort ist bisher Fulda bestimmt worden.

Rolf, Frankfurt

Schwule aktiv — weltweit ...

Wien Nach der spektakulären Vertreibung der HOSI (Homosexuelle Initiative Wien) vom Wiener Stadtfest am 28.5. hat die Schwulengruppe jetzt eine Kampagne gegen die beiden Paragraphen 220 und 221 des österreichischen Strafgesetzbuches aufgenommen. Die Paragraphen verbieten die Publikation von Texten, die zur Homosexualität auffordern (sprich: sie positiv darstellen) sowie Organisationen, die entsprechendes tun. Nach dem § 221 wurde unlängst einer neuen Gruppe in Salzburg jegliche Tätigkeit untersagt.

London Homosexualität ist nicht länger strafbar in Schottland. Am 22.7. stimmte das Unterhaus einem Zusatz zum schottischen Strafgesetzbuch zu (mit 103 : 80 Stimmen), welcher ausdrücklich „homosexuelle Akte" zwischen einverstandenen Er-
welcher ausdrücklich „homosexuelle Akte" zwischen einverstandenen Er-
wachsenen genehmigt. Der Edinburgher Labour-Abgeordnete Robin Cook hat mit seinem Antrag erreicht, daß für die Schwulen Schottlands eine üble Sonderbehandlung endet.

Dublin – Zu einem erneuten Großangriff gegen das unerträgliche Gesetz Irlands haben die Schwulen angesetzt Das Gesetz sieht in männlicher Homosexualität ein Verbrechen, das mit Strafen bis zu lebenslänglicher harter Arbeit im Zuchthaus geahndet werden soll. – Das jetzt vor dem Hohen Gerichtshof in Dublin eröffnete Verfahren soll die Streichung dieses Gesetzes erreichen, da es gegen die irische Verfassung verstoße. Die Änderung zog sich über sechs Tage hin. Ein Urteil wird jedoch erst im Oktober erwartet. (Kontakt und Spenden: The Hirschfeld Foundation, 10 Fownes St., Dublin, Eire).

Athen – Ein Gerichtsverfahren gegen die Zeitung der griechischen Schwulenbewegung „Amphi" wurde für den 6.11. angesetzt. Als der Prozeß im Sommer beginnen sollte, hatten zahlreiche Proteste vor Botschaften und Konsulaten in Norwegen, Australien und Schottland, von der Katalonischen KP, spanischen Gewerkschaften und vier französischen Philosophen das weltweite Interesse an der besonderen Misere der griechischen Schwulen gezeigt.

Den Haag – Nachdem das niederländische Parlament am 7.5. ein Antidiskriminierungsgesetz angenommen hat, schritt der Außenminister sogleich zur Verwirklichung. Er teilte den Regierungen Neuseelands und Irlands offiziell mit, daß ihre Gesetze gegen Homosexualität nicht akzeptabel seien . Der Justizminister forderte die Ausweitung des Artikel 1 des Genfer Flüchtlingsabkommens von 1951 auf Schwule, denen im Falle von Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung politisches Asyl gewährt werden müsse.

(Quelle: The Body Politic, Sept. 80).

Krüppel-Coming-Out, oder wie ich es nennen soll

Seit 1 1/2 Jahren beschäftige ich mich nun intensiver mit Krüppelarbeit. Setze mich mit meinen Schwierigkeiten auseinander, warum ich so lange mit anderen Krüppeln nichts zu tun haben wollte; erkenne, daß es daran liegt, daß ich in dieser Gesellschaft nur anerkannt bin, wenn ich integriert bin, wenn ich Beziehungen mit Nichtbehinderten habe etc.

Also hole ich meine verdrängten Aggressionen Krüppeln gegenüber hoch, arbeite daran, indem ich aktiv Behindertenarbeit mache, schreibe Artikel über meine Schwierigkeiten, mich mit Behinderten solidarisch zu fühlen, und fühle, wie ich stärker werde, wie sich langsam ein Krüppelbewußtsein in mir ausbreitet. Ja, ich fühle mich sogar richtig stark und gut, wenn wir als Horde Krüppel durch die Straßen ziehen und die Leute uns entsetzt nachgaffen, weil sie so viele Krüppel auf einmal nicht verkraften können. Ich werde übermütig, wenn wir ihnen dann nachrufen: „Achtung, hier kommt die Krüppelinvasion!" ... Dann der nächste Schritt, ich setze mich mit meiner Sexualität auseinander, erkenne, daß ich sexuelle Beziehungen ausschließlich zu Nichtbehinderten habe und daß dies immer noch auch damit zusammenhängt, daß ich dadurch ja mal wieder einen Beweis für meine „NORMalität" habe, daß mein Marktwert angesichts der vielen, wechselnden Beziehungen ja recht hoch ist.

Also muß ich mich auch hierzu bekennen, und wieder fühle ich mich stark, weil ich ja daran „arbeite". ...

Und dann scheint mein ganzes Krüppelbewußtsein an einem einzigen Wochenende in sich zusammenzufallen.

Ich finde mich auf einmal in der Praxis meines Denkens wieder. Bei einem Krüppelseminar liege ich mit einem Krüppel im Bett. Eigentlich scheint alles viel einfacher zu laufen, als ich es mir vorgestellt habe (zunächst). Unser sexuelles Zusammensein ist schön und neu für mich zugleich. Die Normen der Nichtbehinderten, bezüglich attraktiv und schön sein, haben keinen Stellenwert für uns. Ich habe keine Angst, daß es ihn hemmt, wenn ich A. mit meinem Fuß streichle. Ich bin nicht allein mit meiner „Behinderung", auch wenn unsere „Behinderung" nicht die gleichen sind.

Auch ist es einfach und so schön, weil wir uns ähnlich sind, beide sind wir „Dynamokrüppel", stecken in politischer Arbeit drin, beide sind wir als „integriert" anerkannt.

Es sprudelt nur so aus uns heraus: Welchen Stellenwert räumen wir unseren Behinderungen in unserem Leben
ren Behinderungen in unserem Leben
ein? Was bedeutet uns die Integration? Nimmt sie uns nicht unsere Behindertensolidarität als Preis für die Anerkennung fast „NORMal" zu sein? Bewirkt sie nicht auch unser Konkurrenzverhalten?

Ich lerne ein neues Gefühl kennen, bin glücklich, fast so glücklich, wie ich es war, als ich anfing mit anderen Frauen meine Frauenprobleme zu bereden und dadurch stark wurde.

Doch dieses neu gewonnene Stärkegefühl hält nicht so lange an. Als die anderen Krüppel merken, was zwischen A. und mir abläuft, fühle ich, wie sie sich von uns distanzieren bzw. umgekehrt. H. versucht ständig mich anzumachen, so nach dem Motto: „Die ist zu haben!"

Neid auf unsere Sexualität kommt hoch, unser Marktwert scheint damit höher als der ihre.

Aber diese Reaktionen sind noch nicht so schlimm. Sie betreffen nicht unsere Krüppelbeziehung direkt. Wir sind unter „unseresgleichen".

Ich denke daran, wie es ist, wenn meine nichtbehinderten Freunde/—innen davon erfahren, schäme mich schon im Voraus, schäme mich, daß ich mich schäme. Ich verstehe mich und mein ach so schwer erarbeitetes Krüppelbewußtsein nicht mehr.

Wir reden darüber, wie es weitergehen soll. Ich sage A., daß er sich nicht zu große Hoffnungen machen soll, daß ich keine Beziehung will. Das stimmt auch, ich will momentan keine festen Beziehungen zu Männern, da gibt es noch Punkte, die mich an meine Vergewaltigung erinnern und auch sonst. Aber das ist nicht der einzige Grund, ein wichtiger Aspekt ist auch, meine Angst in meinem Marktwert tiefer zu rutschen, wenn ich eine Krüppelbeziehung führe. Ich erzähle A. hiervon. Bei ihm ist es genau umgekehrt, er hat Schwierigkeiten, sexuelle Beziehungen mit Nichtbehinderten zu haben. Das macht alles noch komplizierter.

Und dann bringt A. mich zum Zug. ... Mit einem Schlag sind wir der Welt der Nichtbehinderten ausgesetzt.

Weil er den Arm um mich gelegt hat, ist nun alles anders. Die Blicke der Leute treffen uns, treffen mich so tief, daß ich schreien möchte. Ich achte gerade jetzt besonders auf diese Blicke.

Es sind mitleidige, neugierige, verächtliche Blicke, in doppelter Portion, als wenn ich alleine durch die Straßen ginge. A. wird für geistig behindert gehalten, weil er Bewegungs- und Sprachstörungen hat. Aber weil er den Arm um mich gelegt hat, bin auch ich für die Leute geistig behindert. Ich hänge mit drin im Ghetto!

Ich bin empört darüber, daß A. noch viel schlimmere Blicke auszuhalten hat als ich, die einfach nur keine Arme hat.

Und gleichzeitig distanziere ich mich von ihm, halte ich es nicht aus zu ihm zu gehören.

Ich durchbohre die Leute mit Blicken und möchte ihnen ins Gesicht schreien: „Ich bin normalerweise gar nicht mit Krüppeln zusammen. Dieses ist nur eine Ausnahme!" oder: „Denkt bloß nicht, daß ich keinen anderen Typen abkriegen könnte ... oder daß wir geistig behindert sind!"

Alles in mir krampft sich zusammen, es geht so weit, daß ich A. am liebsten bitten möchte, den Arm von meiner Schulter zu nehmen. Ich komme mir wie eine Verräterin vor, wie ein Feigling.

Und A.? Ich spüre, daß auch er getroffen ist, daß auch er irgendwie hilflos ist. Aber jetzt in diesem Moment können wir nicht darüber reden, ich kann es ihm nicht sagen, weil ich mich so hundsgemein ihm gegenüber fühle.

Mir fällt auf, wie auch ich bisher (unbewußt?) geringschätzig über Krüppelbeziehungen gedacht habe, ihnen jegliche Intellektualität abgesprochen habe.

Und da stehe ich nun mit meinem kläglichen Krüppelbewußtsein, mit meinen Ansprüchen, denke, daß ich im Grunde genommen nichts gelernt habe und stelle alles in Frage ... oder auch nicht.

Ich bin sauer auf mein Integriertsein, sauer und wütend, weil ich dadurch NORMEN übernommen habe, die jetzt Steine im Weg für mich und A. sind. Ich frage mich, was ich denn durch meine Integration gewonnen habe, wenn es für diesen Preis war... Ich ziehe Vergleiche zu meiner Beziehung mit meiner Freundin S. Wenn wir umschlungen durch die Straßen gehen, denken wir nur an unser Verliebtsein; sind stark, trotzen den Leuten ins Gesicht, die uns für „Widernatürlich" halten. Wir lachen
„Widernatürlich" halten. Wir lachen
über sie, denn hinter uns steht ja eine starke Bewegung, die Frauen- bzw. Lesbenbewegung. Wir können stolz auf unsere Beziehung sein!

Und meine Beziehung mit F., einem Schwarzen. Auch wir wurden angegafft als die Attraktion „Krüppelin und Nigger". Aber wenn es auch nicht so leicht wie mit S. war, auch wir hatten eine Bewegung, die uns stark machte.

... Doch langsam lerne ich, ... lerne ich stolz zu sein auf A. und mich. Stolz, weil wir, auch wenn wir nur zwei sind, durch unsere Beziehung mit zur Krüppelbewegung beitragen können.

Eine Genossin aus Frankfurt



Aktivitäten zum »Jahr des Behinderten« 1981

Am 23.8. fand in Köln ein Treffen von Jugendlichen des Verbands „Eltern körperbehinderter und junger Erwachsener e.V." statt (diesem Verband gehören hauptsächlich Contergangeschädigte an).

Auf diesem Treffen wurde das „Jahr des Behinderten" diskutiert und wie wir uns dazu verhalten wollen. Wir waren uns darin einig, daß (wenn wir überhaupt etwas zum „Jahr des Behinderten" beitragen würden) es schon etwas sein sollte, was die Kehrseite der staatlichen „Integrationsmodelle" für uns Krüppel aufzeigt. Dies besonders deswegen, weil die Bundesregierung das Jahr des Behinderten dazu nutzen wird, sich als Sozialstaat zu brüsten.

Unsere ersten Ziele sind eine Fragebogenaktion zum „Jahr des Behinderten", die vor und nach dem Jahr des Behinderten durchgeführt werden soll und eine Wanderausstellung mit dem Thema: „Aushängeschild Behinderte".

Bei der Wanderausstellung sollen folgende Themen in den Mittelpunkt gestellt werden: 1. Rheazentren; 2.
gestellt werden: 1. Rheazentren; 2.
Behörden; 3. Medien; 4. Technische/bauliche Hindernisse; 5. Sexualität; 6. Tagtägliche Reaktionen von den ganz normalen (Mit)menschen auf der Straße; 7. Behinderte Frauen; 8. Pharmaindustrie und Ärzte (Kunstfehler).

Zu den o.g. Punkten brauchen wir noch jede Menge Erfahrungsberichte und Krüppel, die noch mitmachen wollen. Besonders zum Punkt „Behinderte Frauen", der übrigens gar nicht so leicht durchzusetzen war, da ja auch männliche Krüppel bei der Wanderausstellung mitmachen, (ist's doch überall das gleiche, he?) fehlen noch Frauen, die bereit sind mitzumachen oder Erfahrungsberichte zu schicken. Bis jetzt ist dieser Punkt noch nicht genauer organisiert, was Themenbereiche anbelangt. Es sind also noch alle Ideen und Vorschläge zu gebrauchen.

Kontaktadresse ist die Frankfurter KB-Adresse. (S. Lissner, Rödelheimerstraße 13, 6000 Ffm)

Eine Genossin aus Ffm
Eine Genossin aus Ffm



Kinderhaus »Kita im Exil«: Es geht los

Schon des öfteren berichteten wir von der „Kita im Exil" in Frankfurt, einer Gruppe von Eltern, Erziehern und ehemaligen Kita-Mitarbeitern, die die Schließung der Kitas endgültig durch den Frankfurter CDU-Oberbürgermeister Wallmann nicht hinnehmen wollen und nun schon seit zwei Jahren etwa an einem eigenen Kita-Projekt arbeiten. Anfang dieses Jahres begannen sich ihre Pläne nun zu konkretisieren. Hier ein Erfahrungsbericht einer Kita-Mutter aus Frankfurt. Kinderkommission Hamburg

Der erste große Schritt ist geschafft: Seit Juli haben wir das Eigenkapital von 200 000 DM zum Erwerb des Kinderhauses in der Voigtstraße zusammen, die Bank hat die Kredite bewilligt und seit Ende August sind wir bzw. der Verein „Kita im Exil" auch offiziell Besitzer des Hauses.

Ohne die vielen kleinen und großen Spenden, ohne die Künstler, die für uns aufgetreten sind oder uns Graphiken zur Verfügung gestellt haben, ohne einige Journalisten, die über uns berichtet haben und viele andere Unterstützer des Kinderhauses, wäre dies nicht möglich gewesen.

Nach einiger Resignation und einigen Konflikten in dieser Zeit sind wir jetzt wieder mit viel Elan und neuen Ideen bei der Arbeit. Augenblicklich sind alle Eltern und Bezugspersonen dabei, die Etagen für die Kinder einzurichten, das Kinderhaus ist keine abstrakte Sache mehr für uns,sondern nimmt konkrete Formen an. Auch die Kinder fangen an, das Haus in Besitz zu nehmen. Soweit möglich, helfen sie bei der Gestaltung, vor allem aber erkunden sie das Haus, suchen Schätze im Keller und Gespenster auf dem Speicher.

Es gibt noch viel zu tun: die erste Nummer unserer Kinderhaus-Zeitung entsteht gerade, Speicher und Kellerräume müssen eingerichtet werden, auf der Außenfläche soll ein Spielplatz entstehen, und wir fangen an, mehr über inhaltliche Fragen zu diskutieren, nachdem die erste Zeit von Finanzdiskussionen bestimmt war.

Das heißt aber leider nicht, daß die Finanzen kein Problem mehr für uns sind. Nach unseren bisherigen Rechnungen wird ein Platz im Kinderhaus ca. 450 DM kosten. Damit liegen wir zwar unter den Kosten für einen Platz in einer städtischen Kindertagesstätte (diese werden offiziell mit ca. 518 DM angegeben, liegen nach unserer Meinung jedoch höher) für die meisten Eltern ist das jedoch ein Betrag, den sie nicht bezahlen können. Diese relativ hohen Kosten liegen vor allem daran, daß wir folgende Ziele im Kinderhaus verwirklichen wollen:

- auf jeder Etage sollen nicht mehr als 16 (bei den Krabblern sogar nur 12) Kinder leben
- die Erzieher/Kinder-Relation soll höchstens 1:8 (bei den Krabblern 1:6 betragen
- die Bezugspersonen im Haus sollen nach BAT bezahlt werden, d.h. für eine 2/3 Stelle ca. 1 000 DM netto bekommen
- die städtischen Zuschüsse für freie Träger sind sehr gering. Augenblicklich betragen sie 75 DM pro Kind/pro Monat. Seit einiger Zeit beschäftigt sich der Magistrat zwar mit einem neuen Modell der Bezuschussung der freien Träger, das mit ziemlicher Sicherheit auch höhere Zahlungen mit sich bringt. Sie werden jedoch auf keinen Fall so hoch sein, daß unsere Kosten gedeckt werden. (Wir rechnen mit 150 bis 200 DM).

Außerdem soll der Elternbeitrag im Kinderhaus nach Einkommen gestaffelt werden, denn das Haus soll auch für Kinder mit weniger gut verdienender Eltern offenstehen und diese nicht von vornherein ausschließen.

Deshalb sind wir noch immer auf die Unterstützung von außen angewiesen. Um die oben genannten Ziele wie Gruppenstärke, Bezugspersonengehälter und soziale Staffelung der Elternbeiträge nicht aufgeben zu müssen, brauchen wir viele Kinderhausfreunde, die uns mit einem regelmäßigen monatlichen Betrag unterstützen.

Wir wollen versuchen, mit Hilfe dieser Fördermitgliedschaften und anderer Aktivitäten unser Haus zu verwirklichen,

Wir werden von der Stadt Frankfurt natürlich eine finanzielle Gleichstellung mit den städtischen Kindertagesstätten verlangen, dies wird jedoch ein langwieriger Kampf sein.

Eine Mutter vom Kinderhaus

Gewerkschaftstag der IG Chemie:

Der »Rat der Götter« konfrontiert mit »Fehl und Tadel«

Einer der turbulentesten Gewerkschaftstage der Nachkriegsgeschichte wurde am 13.9. in Mannheim – unvollendet – abgeschlossen: der 11. „Ordentliche" Gewerkschaftstag der IG Chemie. Zwar konnte sich die innergewerkschaftliche Opposition in keiner der Abstimmungen durchsetzen. Für die Wiederwahl des prominentesten Vertreters der Opposition, Paul Plumeyer, in den geschäftsführenden Hauptvorstand stimmten jedoch immerhin 38 % der Gewerkschaftstagsdelegierten. Für diese Opposition gibt es jetzt keine Vertretung im Hauptvorstand mehr. Die „Hauenschild-Mafia" hat durch ihr gesamtes Verhalten während des nun anderthalbjährigen Konflikts in der IG Chemie, durch die Mißtrauenserklärung gegen das bisherige geschäftsführende Hauptvorstandsmitglied Plumeyer und seine Streichung von der offiziellen Wahlliste für den Hauptvorstand absolute Kompromißlosigkeit in personellen Fragen bewiesen. Flexibler wurde seitens des Hauptvorstandes in der heiß umstrittenen Satzungsfrage der betrieblichen Vertrauensleute taktiert. Hier erhielt ein „Kompromiß"-Vorschlag der Satzungskommission eine breite Mehrheit, nachdem sich auch das neugewählte Hauptvorstandsmitglied Mettke (Hauenschildmafiosi) für diesen Kompromiß eingesetzt hatte.

Wir sind nicht der Meinung, daß das Abschneiden der Opposition auf dem Gewerkschaftstag ein Grund ist, den Kopf hängen zu lassen. Immerhin hat gut ein Drittel der Delegierten bewiesen, daß sie in offener Gegnerschaft zu so gut wie allen Aspekten der derzeitigen rechten und undemokratischen Hauenschild-Politik stehen. Dies ist für „normale" Gewerkschaftstage unüblich, da auf den verschiedenen Ebenen der Wahlverfahren (Verwaltungsstellen, Bezirke) der größte Teil der Kritiker „ausgefiltert" wird.

Im IG-Chemie-Konflikt kommt hinzu, daß gegen die Vertreter/innen der innergewerkschaftlichen Opposition, speziell gegen deren führende Vertreter (erst Patschkowski, später Plumeyer) eine maßlose Diffamierungskampagne inszeniert wurde, die eine offene Identifizierung mit deren Positionen zur Mutprobe werden ließ. Seitens des Hauptvorstandes wurden die Mitglieder über den Konflikt im eigenen Gremium bzw. in großen Teilen der Organisation entweder überhaupt nicht informiert oder nur äußerst entstellend und stimmungsmachend. Nachdem eine offene Austragung des Konflikts nicht zugelassen wurde, empörte die Hauenschild-Mafia sich dann darüber, daß der Konflikt „nach außen" getragen wurde (die „Frankfurter Rundschau" berichtete erfreulicherweise ausführlich über den Satzungsstreit und dessen Begleitumstände), oder daß es „geheime Kanäle" innerhalb der Opposition gebe.

Es ist eine Tatsache, daß ein Großteil der IG-Chemie-Funktionäre (Vertrauensleute, Betriebsräte) niemals die authentische Fassung der Grundsatzrede Paul Plumeyers vor einigen Monaten auf der Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Hann.-Münden zu Gesicht bekommen hat, obwohl dies zu einer vorbereitenden eigenen Meinungsbildung unerläßlich gewesen wäre.

Sowohl zu den Bezirksdelegiertenversammlungen wie zum Gewerkschaftstag selbst wurden im gesamten Bundesgebiet Vorbereitungs-, Einstimmungs- bzw. Einschüchterungsveranstaltungen mit den entsprechenden Delegierten abgehalten, um die noch Schwankenden auf Kurs zu bringen und den Anhängern der Opposition ihr Risiko recht deutlich zu machen. Vor diesem Hintergrund muß das Auftreten der Opposition auf dem Gewerkschaftstag als Erfolg gewertet werden.

Zum Charakter dieser innergewerkschaftlichen Opposition ist zu sagen, daß diese keineswegs „revolutionäre" Forderungen vertritt. Sie verteidigt nicht viel mehr als den schmalen noch vorhandenen demokratischen „Besitzstand" dieser Gewerkschaft, bzw. die Beschlüsse vergangener Gewerkschaftstage (zur Abschaffung der betrieblichen Vertrauensleute). Sie wehrt sich gegen den Feldherrnstil, mit dem die Hauenschild-Clique, „die Gruppe von Göttern ohne Fehl und Tadel" – wie es ein Delegierter ausdrückte – eine Gewerkschaft von 660.000 Mitgliedern wie ihren Privatbesitz unter Ausnutzung ihrer Machtposition verwaltet. Sie verteidigt einfachste demokratische Grundsätze gegen den Versuch der Führung, die IG-Chemie in eine vollkommen unternehmerhörige (gelbe) Gewerkschaft zu verwandeln.

Nicht Integration, sondern Vernichtung ist die Devise

Während der über sechsstündigen Aussprache zu Hauenschilds Geschäftsbericht kam es zu heftigen Konfrontationen, bei denen ein rechter Delegierter ungerügt sogar dem „Plumeyer-Flügel" Hinarbeiten auf ein „Drittes Reich" vorwerfen konnte (mit der üblichen historisch verdummenden Argumentation): „*Wir wollen sie* (die Spaltung — AK) *nicht durch zersetzende Worte herbeireden, damit wir nicht noch einmal durch Spaltung der deutschen Arbeiterschaft ein Drittes Reich erleben müssen*" („FR", 10.9.). Empört forderten oppositionelle Gewerkschafter, diesen Vergleich durch den Vorstandstisch zu rügen. Dies wurde jedoch abgelehnt. Hauptvorstandsmitglied Hermann Rappe, der nach seinem Auftreten auf dem Gewerkschaftstag wohl als der „neue starke Mann" zu betrachten ist, verteidigte ohne mit der Wimper zu zukken, sämtliche Schritte und Taten des Hauptvorstands als goldrichtig. Kompromißlosigkeit mit einer angeblich perspektivlosen Kritikerfraktion war seine Devise.



IG-Chemie-Vertrauensleute demonstrieren im März 1979 gegen die Entlassung von Patschowski und die undemokratische Vertrauensleute–Regelung.

Der programmatischen Rede Paul Plumeyers, in der er seine Kritik an der gesamten sozialpartnerschaftlichen Politik der IG-Chemie-Führung noch einmal entwickelte und zur Geschichte des Satzungskonflikts Stellung nahm, wurde konzentriert und ruhig zugehört, und es schien, als ob ein Durchbruch möglich sei. Bei den mit Spannung erwarteten Vorstandswahlen zerschlug sich jedoch diese gewagte Hoffnung. Hauenschild allein kandidierte wieder für den Vorsitz — ohne Gegenkandidaten. Von den anwesenden 421 Delegierten bekam er 289 Stimmen (68,9 %). 113 Delegierte stimmten gegen ihn und 19 enthielten sich der Stimme. Hauenschild bekam somit 70 Stimmen weniger als auf dem vorherigen Gewerkschaftstag in Hamburg. Auch für die Wahlen zum stellvertretenden Vorsitzenden (Rappe [308], und Vitt [244]) gab es noch keine Gegenkandidaten, was offensichtlich von einigen Delegierten als enttäuschend empfunden wurde. (Die Parole, daß Plumeyer die Leute aufwühlt, sich aber nicht stellt, bekam so ihre Nahrung...). Plumeyer, Kretschmer (Verwaltungsstellenvorsitzender von Mainz) und F. Patschkowski (Geschäftsführer von Hannoversch-Münden) kandidierten anschließend gegen die offiziellen Vorschläge für die weiteren Mitglieder (insgesamt acht) des geschäftsführenden Hauptvorstands. Bei dieser Abstimmung bekam Plumeyer 162 Stimmen (immerhin 38 %), Patschkowski 99 Stimmen und Kretschmer 129. Sie fielen damit gegen Egon Schäfer (278 Stimmen), Liesel Winkelsträter (303 Stimmen) und die beiden neuen Rechten Horst Mettke (Bezirksleiter von Hessen — 261) und den niedersächsischen DGB-Landesvorsitzenden Wolfgang Schultze durch (263 Stimmen).

Immerhin muß die Kandidatur von drei Vertretern der innergewerkschaftlichen Opposition gegen die offizielle Vorstandsliste als ein außerordentliches Ereignis auf einem Gewerkschaftstag angesehen werden. Unter Sozialdemokraten und anderen Reformisten ist es sonst üblich, nur risikolos zu kandidieren, d.h. die Plätze vorher auszumauscheln und den Wahlakt zur reinen Formalie zu degradieren. Die Gegenkandidatur von Plumeyer, Kretschmer und Patschkowski für den geschäftsführenden Hauptvorstand ist ein Zeichen für die Schärfe des aufgebrochenen Konflikts.

Der „Kompromiß" in Sachen betriebliche Vertrauensleute

Bei dem Konflikt in der IG Chemie ging es in erster Linie um Satzungsfragen, die naturgemäß etwas schwer zu durchschauen sind. Es ging um Fragen der inneren Demokratie und um die Kampffähigkeit dieser Gewerkschaft, die durch das betriebliche Vertrauensleutesystem, speziell in der Großchemie (Bayer, Hoechst, BASF), zunehmend in Frage gestellt ist. Aus dem Charakter dieses Konflikts ist es zu erklären, daß der Hauptteil der (zahlenden) Mitglieder davon relativ unberührt geblieben ist (ganz abgesehen von der haarsträubenden Verweigerung von sachlichen Informationen durch den Hauptvorstand in seinen Presseorganen „gewerkschaftspost" und „Umschau"). Durch diesen Umstand wird u.E. jedoch die Bedeutung dieser Auseinandersetzung für die weitere Entwicklung dieser Gewerkschaft nicht geschmälert.

Das betriebliche Vertrauensleutesystem beruht darauf, daß der Vertrauensleutekörper von allen Beschäftigten, also auch von Unorganisierten, gewählt wird. Diejenigen betrieblichen Vertrauensleute, die auch Gewerkschaftsmitglieder sind, werden von den jeweiligen örtlichen Verwaltungsstellenvorständen automatisch zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten berufen. Da die Vertrauensleute die unterste Instanz der Willensbildung in der Gewerkschaft sind, bekommen Unorganisierte entscheidenden Einfluß auf das innergewerkschaftliche Geschehen (Delegiertenwahlen, usw.). Die betrieblichen Vertrauensleutekörper basieren auf Betriebsvereinbarungen zwischen den rechten IG-Chemie-Betriebsratsmehrheiten in den entsprechenden Betrieben und den Unternehmensleitungen. Ihre besondere Anziehungskraft besteht darin, daß diese betrieblichen Vertrauensleute einen Teil der abgesicherten Rechte von Betriebsräten genießen. Sie können bei personellen Maßnahmen (Versetzungen, Umgruppierungen...) mitbestimmen, und sie können ohne Lohnverlust während der Arbeitszeit tagen. Sie sind jedoch geschaffen als ein Instrument der „Sozialpartnerschaft" und nicht der Interessenvertretung der Beschäftigten. So können Vertreter der Personalabteilung ohne weiteres an den Sitzungen teilnehmen, Abteilungsleiter können ihre Vertrauensleute zu sich rufen, um zu erfahren, was im Betrieb los ist. Das System der betrieblichen Vertrauensleute stammt aus der Nazi-Zeit. Außer der Zwangs„gewerkschaft" „Arbeitsfront" durften die Arbeiter und Angestellten keine eigenständige Organisationen haben. Wie versumpft die rechten IG-Chemie-Betriebsratsfürsten sind, wird u.a. daran deutlich, daß bei Bayer/Leverkusen der Betriebsrat die Schulung der Vertrauensleute durch die Unternehmensleitung begrüßt und als eine „*von Ideologie freigehaltene problembezogene Schulung*" bezeichnet.

Betriebliche Vertrauensleute gibt es in 34 Unternehmen der Chemie. Dazu gehören insbesondere die Nachfolgeunternehmen des nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelösten IG-Farben-Konzerns: Hoechst, Bayer, BASF und Chemische Werke Marl Hüls. In diesen 34 Unternehmen sind rund 35 % der Gewerkschaftsmitglieder der chemischen Industrie beschäftigt. In allen diesen Betrieben zusammengenommen sind weniger als 50 % der Beschäftigten in der Gewerkschaft organisiert. Das bedeutet, daß eine Mehrheit von Unorganisierten mitbestimmt, wer gewerkschaftlicher Vertrauensmann wird. In acht der 67 Verwaltungsstellen der IG Chemie, die insgesamt 22 % aller IG-Chemie-Mitglieder betreuen, sind mehr als die Hälfte der Mitglieder in Betrieben mit betrieblichen Vertrauensleuten beschäftigt. In Hannover, Offenbach, Wiesbaden, Frankfurt, Leverkusen, Krefeld, Marl und Ludwigshafen. Das bedeutet wiederum, daß dort die überbetriebliche gewerkschaftliche Willensbildung von einer Mehrheit berufener Vertrauensleute geprägt wird, die Gewerkschaftsvorstände also ihre Funktionäre selber „wählen". Durch das betriebliche Vertrauensleutesystem ist zum einen das Prinzip der Koalitionsfreiheit in Frage gestellt, zum anderen ist durch die Berufungspraxis der Gewerkschaftsvorstände das Grundprinzip jeder Demokratie, nämlich die Wahl, außer Kraft gesetzt.

Auf dem Gewerkschaftstag vor vier Jahren wurde der Hauptvorstand beauftragt, Wege zur Abschaffung des betrieblichen Vertrauensleutesystems zu prüfen und in Angriff zu nehmen. Weder bei der Hauenschild-Gruppe noch bei der Mehrzahl der Betriebsräte der betroffenen Betriebe besteht jedoch das geringste Interesse, an dieser Institution zu rühren. Es kam zum Knall, als bekannt wurde, daß der Hauptvorstand im Frühjahr 1979 sogar beabsichtigte, die Satzung zu ändern, um den betrieblichen Vertrauensleuten nicht zu Leibe rücken zu müssen. Berufung und Wahl sollten gleichwertig nebeneinander bestehen und ins Belieben der Verwaltungsvorstände gestellt werden. Ferdinand Patschkowski deckte den Skandal intern auf — und wurde vom Hauptvorstand fristlos gefeuert. Patschkowski mußte wegen einer außerordentlichen Solidaritätsbewegung in der IG-Chemie wieder eingestellt werden.

Die Polarisierung hatte begonnen. Wegen des starken innergewerkschaftlichen Drucks brachte der Hauptvorstand nun zum Gewerkschaftstag selbst einen Antrag ein, der eine zeitliche Begrenzung des betrieblichen Vertrauensleutesystems vorsah, allerdings bis Ende 1985, so daß auch der nächste Gewerkschaftstag noch unter unveränderten Bedingungen stattfinden könnte und dieser Gewerkschaftstag ja wiederum feststellen könnte, daß das Ganze so enorm schwer zu ändern ist, daß eine weitere Frist gegeben werden kann. Der Antrag des Hauptvorstandes war damit nichts mehr als Hinhaltetaktik. In einem Antrag aus Wuppertal (hier hat die Opposition die Mehrheit) wurde die Abschaffung der betrieblichen Vertrauensleute schon zu den nächsten Vertrauensleutewahlen, nämlich zum 1. Januar 1983 gefordert. Damit wäre eine eindeutige demokratische Legitimation aller nachfolgenden Wahlen (Delegierten-, Betriebsrat-, Jugendvertreter- und Aufsichtsratswahlen) gegeben gewesen. Die Satzungskommission stellte ihren „Kompromiß"antrag zur Abstimmung, wonach ein Erlöschen des Berufungsverfahrens erst Ende 1983, also nach den Vertrauensleutewahlen, aber vor dem nächsten Gewerkschaftstag gegeben wäre. Dieser Antrag bekam die Mehrheit der Delegiertenstimmen auf dem Gewerkschaftstag. Die Tatsache, daß sich auch das neue HV-Mitglied Mettke für diesen Kompromiß einsetzte, zeugt davon, daß der Hauptvorstand keine unversöhnlichen Widersprüche zum Kompromiß der Satzungskommission hatte. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die Mehrzahl der rechten IG-Chemie-Betriebsräte in den betroffenen Betrieben einiges tun wird, um diesen Beschluß zu boykottieren und dessen Undurchführbarkeit zu demonstrieren. Während der Debatte auf dem Gewerkschaftstag erklärte lediglich der Betriebsrat der BASF seine grundsätzliche Bereitschaft zur Veränderung des innerbetrieblichen Systems. Die anderen angesprochenen Vertreter äußerten sich überhaupt nicht.

Doch auch bei BASF ist wohl nicht zu erwarten, daß die Betriebsvereinbarung selbst gekündigt wird, sondern lediglich, daß ein zweiter gewerkschaftlicher Vertrauenskörper parallel aufgebaut wird. Der betreffende Bezirksleiter von Rheinland-Pfalz, Hans Schweitzer, stellte schon die Negativprognose, daß es dann Vertrauensleute erster und zweiter Klasse geben werde. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute müßten „unpopuläre Dinge" tun wie die „gewerkschaftspost" verteilen und Beiträge kassieren, während die betrieblichen Vertrauensleute wegen der Möglichkeit ihrer Einflußnahme auf Umgruppierungen, Versetzungen, usw. die eigentliche Interessenvertretung der Kollegenschaft darstellen könnten. „*Der Trend wird zwangsläufig darauf hinauslaufen, daß die gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleute dann auch betriebliche werden. Und dann sind wir so naß wie vorher*", meinte Schweitzer („Frankfurter Rundschau", 12.9.). Die Bildung getrennter gewerkschaftlicher Vertrauenskörper wird also bestenfalls als lästige Pflichtübung gesehen und keineswegs als Kampfaufgabe. Daß dies denkbar schlechte Startbedingungen zum Durchbrechen der eingefleischten Sozialpartnerschaft in diesen Betrieben sind, kann man sich an den fünf Fingern ausrechnen.

Trotzdem ist zu begrüßen, daß der Druck der Opposition dazu geführt hat, daß die Einführung gewerkschaftlicher Vertrauenskörper in den entsprechenden Betrieben nicht auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden konnte.

Beschwerdeausschuß und Beirat

Die Kompetenzen bzw. Zusammensetzung dieser beiden Gremien war in der Auseinandersetzung ebenfalls ein zentraler Streitpunkt.

Der Hauptvorstand bekam (entgegen der Empfehlung der Satzungskommission) eine eindeutige Mehrheit für sein Vorhaben, die Kompetenzen des Beschwerdeausschusses zu beschneiden. Bisher war dieser Ausschuß auch zuständig für Beschwerden

Fortsetzung nächste Seite



Ein seltenes Bild: Die Hauptkontrahenten Plumeyer (links) und Hauenschild zusammen.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

von Organen der Gewerkschaft gegen Beschlüsse anderer Organe. Brisant wurde dies im Falle der Suspendierung von F. Patschkowski (s.o.). Der Verwaltungsstellenvorstand von Hannoversch-Münden legte Beschwerde gegen die Suspendierung ein, weil der Hauptvorstand nicht das nach der Satzung erforderliche „Einvernehmen" mit dem örtlichen Vorstand hergestellt hatte — und bekam vom Beschwerdeausschuß Recht! Nun ist ein solches Beschwerderecht ausgeschlossen. Es dürfen nur noch Einzelmitglieder beim Ausschuß anklopfen, die sich unmittelbar in ihren Rechten beschnitten sehen. So einfach sind politisch brisantere Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu räumen. Das letzte Wort spricht der Hauptvorstand und damit basta!

In der Abstimmung über die Kompetenzen und Zusammensetzung des Beirats setzte sich die Kompromißformel der Satzungskommission (gegen den Hauptvorstandsantrag) durch. Danach findet eine Herabsetzung des Delegiertenschlüssels dieses zwischen den Gewerkschaftstagen obersten beschlußfassenden Organs statt (von 10.000 auf 6.000). In einem Antrag der Verwaltungsstelle Wuppertal war zu recht kritisiert worden, daß angesichts der außerordentlichen Kompetenzen dieses Organs dieses nicht *„den Minimalerfordernissen demokratischer Mitgliederrepräsentanz"* entspreche. Der Beirat hatte nämlich die Rechte eines außerordentlichen Gewerkschaftstages. Er konnte Hauptvorstandsmitglieder nachwählen und die Satzung mit einfacher Mehrheit ändern! Von 110 Beiratsmitgliedern wurden bisher 45 nicht gewählt, sondern waren per Funktion automatisch in diesem erlauchten Gremium. Auf die-

den Hauptvorstandsantrag) durch. Danach findet eine Herabsetzung des Delegiertenschlüssels dieses zwischen den Gewerkschaftstagen obersten beschlußfassenden Organs statt (von 10.000 auf 6.000). In einem Antrag der Verwaltungsstelle Wuppertal war zu recht kritisiert worden, daß angesichts der außerordentlichen Kompetenzen dieses Organs dieses nicht *„den Minimalerfordernissen demokratischer Mitgliederrepräsentanz"* entspreche. Der Beirat hatte nämlich die Rechte eines außerordentlichen Gewerkschaftstages. Er konnte Hauptvorstandsmitglieder nachwählen und die Satzung mit einfacher Mehrheit ändern! Von 110 Beiratsmitgliedern wurden bisher 45 nicht gewählt, sondern waren per Funktion automatisch in diesem erlauchten Gremium. Auf die-
sem Gewerkschaftstag konnten die allmächtigen Befugnisse dieses Gremiums zum Glück etwas beschnitten werden. Die „geborenen" Mitglieder (Hauptvorstand, Bezirksleiter, etc.) können nur noch beratend teilnehmen. Das Recht auf Satzungsänderungen wurde eingeschränkt. Für „dringende Satzungsänderungen" ist jetzt eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Außerdem muß der Hauptvorstand acht Wochen vorher öffentlich ankündigen, wenn er die Satzung vom Beirat ändern lassen will, damit alle Gliederungen der Gewerkschaft die Möglichkeit zu Stellungnahmen haben. Die Beschneidung der Befugnisse des Beirats ist ein Ergebnis zahlreicher Anträge aus Delegiertenversammlungen von Verwaltungsstellen und Bezirken und damit ein Ergebnis des Kampfes der innergewerkschaftlichen Opposition.

Nach dreimaliger Abstimmung wurde ein Antrag (immerhin noch recht knapp) abgelehnt, wonach der Hauptvorstand vor Suspendierungen und Entlassungen von Verwaltungsstellensekretären das Einvernehmen mit den örtlichen Vorständen herstellen muß. Bei der letzten Abstimmung wurde dies mit 204 zu 180 Stimmen abgelehnt. Diese Entscheidung wird in Zukunft von einiger Tragweite sein.

Denn Hauenschild kündigte in seinem Schlußwort an, daß in nächster Zukunft seitens des Hauptvorstandes Gespräche mit den hauptamtlich Beschäftigten geführt werden. *„Dann werden wir uns hinter verschlossenen Türen hinsetzen und sagen: Freunde, wie geht es nun weiter? Wir dürfen ja nicht nur den Ehrgeiz haben, hier untergegangene Meinungen eines Tages doch noch Rechnung zu tragen"* („FR", 15.9.). Aus der „Bild"-Zeitungssprache Hauenschilds übersetzt ist dies eine klare Kampfansage an alle Hauptamtlichen (und es gibt eine ganze Reihe), die kritische Positionen gegenüber dem Hauptvorstand vertreten. Und der stramm ausgerichtete Hauptvorstand hat nun die Befugnis, ohne die örtlichen Vorstände einzuschalten, solchen aufmüpfigen Sekretären oder anderen Hauptamtlichen das Arbeitsverhältnis zu kündigen.

Obwohl Hauenschild für die Gutgläubigen ankündigte, *„alle meine Hände und alle zehn Finger"* auszustrecken (glibsch...), um wieder Frieden zu stiften, sagte er doch für weniger gutgläubige und etwas kritischere Ohren auch, wohin der Marsch eigentlich geht: *„Auf dem Fußballplatz gilt es als unanständig zu foulen, wenn der Ball nicht mehr da ist. Wir haben am Ball hart miteinander gerauft und uns hoffentlich nur körperlich angerempelt. Ich fühle mich Gott sei Dank nicht seelisch angerempelt. Es muß möglich sein, so hart wie irgend möglich am Ball zu spielen, aber wenn der Ball nicht mehr im Spiel ist, darf man auch nicht mehr nachschlagen und nachhaken"* („FR", 15.9.). Dieser naiv-dumme Vergleich eines Kampfes um innergewerkschaftliche Demokratie mit den Regeln eines Fußballspiels kann sich tatsächlich in seiner psychologischen Zielsetzung mit jedem „Bild"-Reporter messen.

Gemeint ist, man darf nicht nachschlagen. Man muß sich geschlagen geben. Die Mehrheiten haben entschieden, die Tore haben im wesentlichen die Hauenschild-Anhänger geschossen. Aber Sportsfreunde — so einfach wie im Fußball geht es in einer Gewerkschaft doch nicht zu. Die Minderheit (die es im Fußball bekanntlich nicht gibt) wird sich nicht geschlagen geben!

Eine Genossin
aus dem Chemie-Bereich

um innergewerkschaftliche Demokratie mit den Regeln eines Fußballspiels kann sich tatsächlich in seiner psychologischen Zielsetzung mit jedem „Bild"-Reporter messen.

Gemeint ist, man darf nicht nachschlagen. Man muß sich geschlagen geben. Die Mehrheiten haben entschieden, die Tore haben im wesentlichen die Hauenschild-Anhänger geschossen. Aber Sportsfreunde — so einfach wie im Fußball geht es in einer Gewerkschaft doch nicht zu. Die Minderheit (die es im Fußball bekanntlich nicht gibt) wird sich nicht geschlagen geben!

Eine Genossin
aus dem Chemie-Bereich

Dokumentation der Opposition bei Bayer-Leverkusen

Rechtzeitig zum Gewerkschaftstag der IG Chemie hat die innergewerkschaftliche Opposition in einem der größten Chemie-Betriebe – bei Bayer in Leverkusen – eine umfangreiche Dokumentation über ihre Auseinandersetzungen mit der IG Chemie-Verwaltungsstelle und dem Hauptvorstand vorgelegt.

Bei den Betriebsrätewahlen 1978 hatten fast 50 Kolleginnen und Kollegen ihren Protest gegen die eingefahrene und lähmende Praxis der IG Chemie-Betriebsräte dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie als „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat" eine eigene Liste aufgestellt haben. Die Liste erhielt fast 25 % der Stimmen und 13 Sitze.

Die IG Chemie-Führung rächte sich: von allen Positionen und Ausschüssen wurden die „Besseren" ferngehalten, aus der Gewerkschaft wurden 44 ausgeschlossen. Jedoch: die legten Protest beim Beschwerdeausschuß ein und der hob die Ausschlüsse auf. Verbunden damit war eine Neuauflage der Diskussion um die betrieblichen Vertrauensleute. Dieses chemie-typische Vertrauensleutesystem ist die Machtbasis der Hauenschild-Mafia.

Die vorliegende Dokumentation gibt einen guten Einblick in die inneren Verhältnisse der IG Chemie. Sie kann für DM 6 bestellt werden bei:

E. Gipperich
Alfred-Stock-Str. 1
509 Leverkusen 1

HBV-Gewerkschaftstag:

»DKP-konformer Vorstand«?

An Prophezeiungen einer zunehmenden „kommunistischen Unterwanderung" hatte es vor dem HBV-Gewerkschaftstag nicht gemangelt. Die „FAZ" sah bereits eine Führungsmannschaft an die Spitze der HBV treten, *„die das Bündnis mit Kommunisten nicht nur toleriert, sondern Kommunisten sogar Zugang zu hohen Positionen verschafft"* („FAZ", 2.9.). Gleichlautend konnte in der „taz" der Soziologe Fritz Vilmar (der demnächst zusammen mit Manfred Wilke das Buch 'Der Marsch der DKP durch die Institutionen' herausgeben wird) die *„ höchst erfolgreiche DKP-Kaderpolitik"* beschwören, *„deren Machtgewinn jetzt zur Wahl eines DKP-konformen Vorstandes führen wird"* („taz", 17.9.). Und DGB-Chef Vetter verschickte im Zusammenhang mit der Kündigung des Oldenburger HBV-Funktionärs Albers ein Dossier, dem zu entnehmen war, daß sich der neue HBV-Vorsitzende *„zur Zeit auf gar keinen Fall mit den Kommunisten anlegen will, weil er auch die durch die DKP abgedeckten Delegiertenstimmen gebrauche, um Vorsitzender seiner Gewerkschaft zu werden"* („FR", 13.9.).

Die Tatsache, daß der Gewerkschaftstag einhellig eine Ausdehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die DKP nicht befürwortet hat, wird wohl jetzt auch wieder als Beleg „kommunistischer Unterwanderung" herhalten müssen – so, als wäre jedes Mitglied, das sich gegen Ausschlüsse oder Funktionsverbote für DKPler ausspricht, selbst ein DKP-Sympathisant.

Dabei sind die Ergebnisse des Gewerkschaftstages in dieser Frage beschämend genug und können nur als Zurückweichen der Delegierten vor der antikommunistischen Kampagne gewertet werden. Aus dem Kreis um den entlassenen Oldenburger Sekretär Albers war dem Gewerkschaftstag ein Antrag vorgelegt worden, der die Ausdehnung der UVBs auf die DKP fordert. Dieser Antrag wurde trotz formaler Mängel den Delegierten zur Beratung vorgelegt, die Antragskommission hatte empfohlen, ihn als „Material" an den Gewerkschaftsausschuß (das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) weiterzuleiten. Zum Vergleich: Zwei Anträge (aus Westberlin und Bremen), die sich gegen die UVBs für Mitglieder und Unterstützer von „K-Gruppen" aussprachen, wurden von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen.

Eine Überweisung an den Gewerkschaftsausschuß birgt nun durchaus die Gefahr, daß der Versuch, die UVBs auf die DKP auszudehnen, der von der übergroßen Mehrheit der Delegierten abgelehnt wird, damit nicht völlig vom Tisch ist. So hatte beispielsweise beim Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft vor

- daß die inner- wie außergewerkschaftliche Kritik an der HBV nichts mit linker Politik in dieser Gewerkschaft zu tun hat, wie „Rudi" uns unterzujubeln versucht, sondern mit höchst erfolgreicher DKP-Kaderpolitik, deren Machtgewinn jetzt zur Wahl eines DKP-konformen Vorstandes führen wird;
- daß genau aus diesem Grund, nämlich aus Resignation und Verzweiflung angesichts zunehmender DKP-Machtübernahme in Gremien, und nicht als reaktionäre „Überläufer", wie „Rudi" hämisch unterstellt, HBV-Funktionäre zur DAG gehen;

„Resignation und Verzweiflung" wegen der DKP – diesmal nicht von Löwenthal, sondern dem „Linken" Fritz Vilmar entdeckt (TAZ, 17.9.80)

vier Jahren die Überweisung eines solchen Antrags an den dortigen Gewerkschaftsrat dazu geführt, daß in dieser Organisation ein Funktionsverbot für DKP-Mitglieder ausgesprochen worden war. **Die korrekteste Lösung wäre es also gewesen, einen Antrag, den niemand will, einfach abzulehnen.**

Die Delegierten verfuhren jedoch anders. Es wurde ein Initiativantrag aus dem Hut gezaubert, in dem der Gewerkschaftsausschuß aufgefordert wird, das Verhältnis der Einheitsgewerkschaft zu den Parteien *„weiter aufzuarbeiten, um auf zusätzlich geklärter Grundlage Möglichkeiten verbesserter Zusammenarbeit oder Ursachen von Störungen"* („FR", 18.9.80) aufzuzeigen. Gleichzeitig enthielt diese Entschließung eine Bestätigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber „K-Gruppen". Mit ihrer Annahme waren nicht nur der Oldenburger Anti-DKP-Antrag, sondern gleichzeitig auch zwei „Stoppt-Strauß"-Anträge erledigt. Es ist bezeichnend für das Klima in den Gewerkschaften, daß ein Antrag, der immerhin die UVBs entschieden bekräftigt, schon bei der Bekanntgabe „tosenden Beifall" („FAZ", 18.9.) auslöste und schließlich bei nur vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen wurde.

Zum eingangs zitierten Vorwurf des „DKP-konformen Vorstands" ist noch anzumerken, daß mir Hans-Horst Viehof erstmals in der Geschichte der HBV ein CDU-Mitglied in den sechsköpfigen geschäftsführenden Hauptvorstand einzog. Auch die in dieses Gremium gewählte Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Elfriede Hoffmann, gegen deren Kandidatur sich schon vor dem Gewerkschaftstag verschiedene Frauenausschüsse der HBV gewandt hatten, paßt schwerlich in das Bild, das uns Fritz Vilmar von der HBV weismachen will. Da halten wir uns doch lieber an die „FAZ", wenn sie über den Gewerkschaftstag bilanziert: „Überhaupt fiel in Wiesbaden auf, daß die CDU-Mitglieder in den eigenen Reihen so gut behandelt werden wie noch nie vorher" („FAZ", 17.9.).

Wird Manfred Wilkes Marsch durch die Institutionen gestoppt?

Als der damalige DGB-Bundesjugendsekretär, Hawreliuk, entlassen wurde, verweigerte Dr. Manfred Wilke (bekannt geworden als Aktivist in der Lehrlingsbewegung und als Autor des Buches „Die Funktionäre. Apparat und Demokratie im DGB") die Solidarität: *„Hawreliuk wird als Bauer geopfert in einem Spiel, bei dem es nicht um alternative Gewerkschaftspolitik, sondern um die Infiltration des Gewerkschaftsapparats geht"* (zit. nach AK 162, S.9).

Seit April dieses Jahres konnte

„spalterisch und polarisierend" seien, werden ihm nun von den Stadtverbänden Essen und Düsseldorf der GEW vorgeworfen, die fordern, ihn mit Ablauf seiner Probezeit nicht weiter zu beschäftigen. In dem Antrag, über den der Landesvorstand am 20.9. berät, werden Wilke außerdem „organisatorische Fehlleistungen" sowie sein Wahlaufruf für die SPD zur Last gelegt. Indes scheint sich Manfred Wilke, der kürzlich noch kritisierte, daß die Gewerkschaften zum Arbeitsmarkt für Politologen, Sozio-



Wird Manfred Wilkes Marsch durch die Institutionen gestoppt?

Als der damalige DGB-Bundesjugendsekretär, Hawreliuk, entlassen wurde, verweigerte Dr. Manfred Wilke (bekannt geworden als Aktivist in der Lehrlingsbewegung und als Autor des Buches „Die Funktionäre. Apparat und Demokratie im DGB") die Solidarität: *„Hawreliuk wird als Bauer geopfert in einem Spiel, bei dem es nicht um alternative Gewerkschaftspolitik, sondern um die Infiltration des Gewerkschaftsapparats geht"* (zit. nach AK 162, S.9).

Seit April dieses Jahres konnte Wilke nun zeigen, was er unter alternativer Gewerkschaftspolitik versteht: Er war von der GEW-NRW als hauptamtlicher Geschäftsführer engagiert worden. Offenbar hatte die rechte GEW-Landesvorsitzende, Ilse Brusis, mit ihm einen guten Fang gemacht; denn fortan betätigte sich Wilke als Propagandist der Linie des Landesvorstandes. Nebenbei verfolgte er auch seine schriftstellerischen Ambitionen weiter. Sein gemeinsam mit den Sozialwissenschaftlern Flechtheim, Vilmar und Rudzio herausgegebenes Werk „Der Marsch der DKP durch die Institutionen" wird demnächst erscheinen.

Derartige Veröffentlichungen, die „spalterisch und polarisierend" seien, werden ihm nun von den Stadtverbänden Essen und Düsseldorf der GEW vorgeworfen, die fordern, ihn mit Ablauf seiner Probezeit nicht weiter zu beschäftigen. In dem Antrag, über den der Landesvorstand am 20.9. berät, werden Wilke außerdem „organisatorische Fehlleistungen" sowie sein Wahlaufruf für die SPD zur Last gelegt. Indes scheint sich Manfred Wilke, der kürzlich noch kritisierte, daß die Gewerkschaften zum Arbeitsmarkt für Politologen, Soziologen und Pädagogen geworden seien, um seinen Arbeitsplatz nicht sorgen zu müssen. Ilse Brusis hat sich inzwischen voll hinter ihren Geschäftsführer gestellt.

Die Anträge aus Essen und Düsseldorf dienen stattdessen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die breit darüber berichtete (11.9.80), als Beleg für die Kampagne über die kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften. Denn wie weit muß diese Unterwanderung schon gediehen sein, wenn ein „erklärter DKP-Gegner" entlassen werden soll?

In das gleiche Horn stieß auch die „Tageszeitung", als sie am 17.9. auf Seite 1 meldete: „Linker GEW-Funktionär rausgeschmissen. DKP betreibt Berufsverbot". Das ist wahrlich aktueller Journalismus: Die taz meldet einen Rausschmiß, über den erst drei Tage später im Landesvorstand verhandelt wird. Und wenn Wilke nicht entlassen wird, dann war's eben eine „redlich verdiente Bauchlandung" der DKP, die mit ihren Rausschmißabsichten nicht durchgekommen sei.



Dr. Manfred Wilke

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

GEW Berlin geht mit dem DGB-Grundsatzprogramm ins Gericht

Eine konsequente Kritik am Entwurf für ein neues DGB-Grundsatzprogramm (vgl. AK 176, S.23) hat jetzt die GEW-Berlin in einer in der „Berliner Lehrer-Zeitung" 9/80 veröffentlichten Stellungnahme vorgelegt. Darin heißt es:

„Die GEW Berlin hält die gesellschaftspolitischen Grundvorstellungen, die den Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms insgesamt prägen, für ungeeignet, um einen parteiunabhängigen, gewerkschaftlich bestimmten Standort zu bilden. Der Entwurf ist in zu starkem Maße parteigebundenen Ideologien verpflichtet; er kennzeichnet die Tendenz eines Gewerkschaftsvorstandes, seinen Frieden mit den Grundprizipien der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlich-parlamentarischen Staates zu machen.

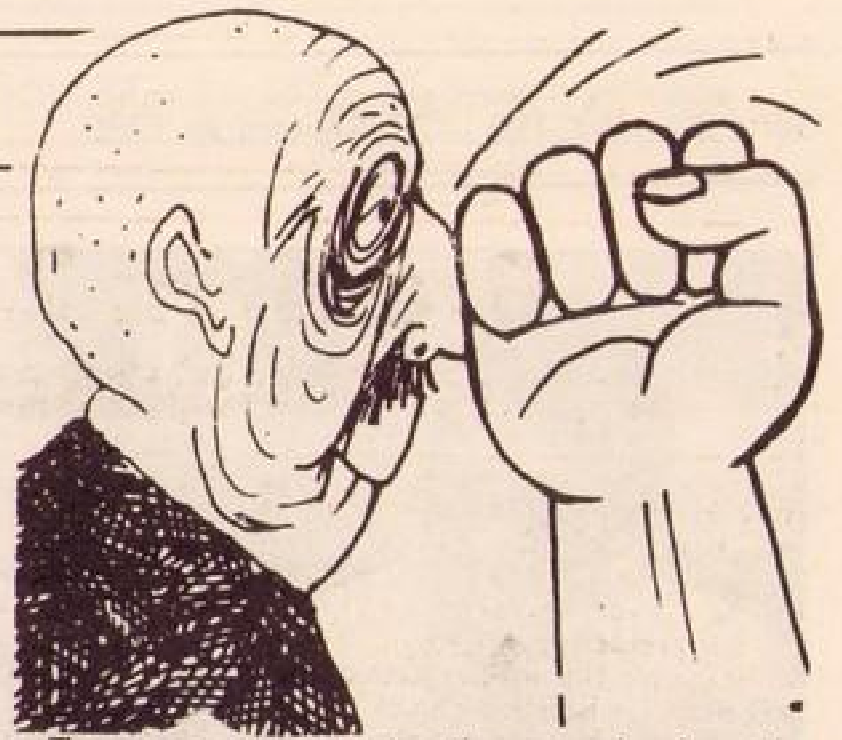
Drei in dem Entwurf erkennbare Linien bestimmen den gesellschaftspolitischen Standort des DGB:
1. Das Verhältnis des DGB zum bürgerlichen Staat der BRD ist durch ein Maß weitgehender Zustimmung gekennzeichnet; alternative Vorstellungen zum wirtschaftlichen und/oder politischen System sind entbehrlich geworden."

Als Belege nennt die GEW Berlin hier das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Mehrparteiensystem, die Bezüge aufs Grundgesetz sowie das Bekenntnis zur inneren Sicherheit.

Kritisiert wird, daß sich die bildungs- und kulturpolitischen Aussagen fast ausschließlich auf etablierte Institutionen beziehen und den Alternativbewegungen kein Raum eingeräumt wird.

„2. Der DGB beschränkt sich in seiner Selbstdarstellung und seinen Grundsatzforderungen auf reformerische Einzelschritte zur Stabilisierung und zum Ausbau der sozialen Marktwirtschaft und des bürgerlich-parlamentarischen Systems. Er übernimmt damit so weitgehend wirtschaftliche und politische Ideologien der SPD, daß 'von einer zumindest ideologischen Anbindung des DGB an die SPD gesprochen werden kann.
3. Als Konsequenz ergibt sich eine strikt durchgehaltene Kampfansage gegen radikaldemokratische, antikapitalistisch geprägte Positionen."

In diesem Zusammenhang kritisiert die GEW Berlin die Aushöhlung der Definition der Einheitsgewerkschaft und das Fallenlassen des Gebots der politischen Toleranz und schließt mit der Befürchtung, *„daß mit dem neuen Grundsatzprogramm die vielfach inner- und außergewerkschaftlich kritisierten und bekämpften Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB programmatisch abgesichert werden sollen".*



Hafenarbeiter leisten Widerstand gegen Einführung der Conti-Schicht

Am 5.9. beschloß der Betriebsrat der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) die Einführung einer ständigen dritten Schicht innerhalb von jeweils sieben Wochen. Nach mehreren gescheiterten Versuchen im Verlaufe eines Jahres haben die Befürworter einer ständigen dritten Schicht zunächst eine rechtsverbindliche Regelung durchgepowert. Der Betriebsrat hatte die Gunst der Stunde genutzt, als auf der Betriebsratssitzung insgesamt 11 Ersatzbetriebsratsmitglieder teilnahmen und einige der Schicht-Gegner noch im Urlaub waren.

Auch bislang war eine dritte Schicht vermittelt worden, allerdings auf freiwilliger Basis mit Doppelschichtzulage, Essengeld und nur einer 6-Stunden-Schicht. Den HHLA-Kapitalisten reicht das nicht. Sie wollen ein Conti-Schicht-System.

Schon im Mai 1979 hatten die HHLA-Kollegen Diskussionsvorschläge der ÖTV über eine dritte Pflichtschicht abgelehnt und darüberhinaus die Forderung nach Abschaffung solcher Schichten durchgesetzt. Im November erzwangen dann 500 Kollegen, daß in den Rahmentarifverhandlungen nicht über die Einführung der dritten Schicht verhandelt wird.

Seit diesem Sommer geht der HHLA-Vorstand stärker in die Offensive. Er malt schwere Zeiten an die Wand: ohne die dritte Pflichtschicht sollen verschiedene Reedereien gedroht haben, den Burchard-Kai im Hamburger Hafen nicht mehr anzulaufen.

Der HHLA-Vorstandsvorsitzende Kern lädt die Betriebsratsvorsitzenden ein und bei diesem Gespräch hält auch der stellvertretende BR-Vorsitzende Haker alle sechs Wochen eine dritte Schicht für machbar. Gesagt - getan; am 5. September, als abzusehen war, daß viele Schicht-Gegner im Betriebsrat nicht anwesend sein würden, wurde die Betriebsvereinbarung unterzeichnet. Ein Vorschlag, eine freiwillige ständige dritte Schicht einzurichten, wurde auf dieser Sitzung abgeschmettert.



Dabei hatten noch einen Tag zuvor Kollegen am Burchard-Kai in einer Pausenversammlung deutlich gemacht, daß sie damit nicht einverstanden wären.

Als bekannt wurde, daß der Betriebsrat sich darüber hinweggesetzt hatte, organisierten Vertrauensleute eine Unterschriftensammlung. Innerhalb von zwei Tagen unterschrieben 400 Kollegen, daß sie nicht bereit seien, Überstunden zu leisten, solange die Betriebsvereinbarung nicht gekündigt ist. Und am 11. September versammelte sich fast die gesamte Frühschicht des Burchard-Kais (ca. 500 Kollegen) in der alten Kantine. Die Stimmung war hochexplosiv, die Ablehnung einhellig. Der Betriebsratsvorsitzende Soltau und der ÖTV-Sekretär Rumpel kamen begleitet von Pfiffen und Buh-Rufen etwas verspätet in die Halle. Soltau versuchte die Betriebsvereinbarung zu verteidigen, es ginge doch um Arbeitsplätze, die durch Abwanderungsdrohungen der Maersk-Linie bedroht seien ... Die Kollegen wiesen diese Beschwichtigungsversuche lautstark zurück und verwiesen immer wieder auf ihre Unterschriftensammlung: Keine Überstunden solange die Betriebsvereinbarung nicht gekündigt ist. Unter langanhaltenden Beifall wird der Rücktritt des Betriebsratsvorsitzenden gefordert.

Unter dem Eindruck dieser geschlossenen Front mußte Soltau bekennen, daß er persönlich bereit sei, die Betriebsvereinbarung aufzukündigen. Auch bei der Unternehmensleitung wirkte der Druck der Kollegen. Hauptabteilungsleiter Körs teilte mit, daß die Unternehmensleitungen wieder verhandlungsbereit sei, daß die bereits erfolgte Einteilung zur ständigen dritten Schicht für die kommende Woche zurückgezogen werde und außerdem bat er die Kollegen, doch wieder Überstunden zu machen.

Die Kollegen waren stolz auf diesen ersten Erfolg. Aber genau so klar war ihnen, daß die Betriebsvereinbarung noch nicht vom Tisch ist.

Deutlich wurde das bei den nächsten Verhandlungen mit der Geschäftsleitung am darauffolgenden Montag. Am Freitag davor mußten leider sämtliche Verhandlungen zurückgestellt werden, da der Betriebsratsvorsitzende seinen 50. Geburtstag feiern wollte und der Mitanstifter, der stellvertretende Haker, gleich nach der entscheidenden Betriebsratssitzung auf Bildungsurlaub gegangen war. Am Montag gab sich der soeben aus dem Urlaub gekommene Arbeitsdirektor Sohst noch hart.

Er hielt die Stimmung für künstlich angeheizt und meinte, das würde sich schon nach eingen Tagen beruhigen. Auf jeden Fall solle die Betriebsvereinbarung eingeführt werden.

Zwei Tage später, nachdem der Geschäftsleitung durch den aktiven Überstundenboykott der Kollegen wohl deutlich wurde, daß so die Hafenarbeiter nicht abzuspeisen sind, erklärte der Arbeitsdirektor sich bereit, über grundsätzlich neue Schichtregelungen zu verhandeln. Mit der unterschriebenen Betriebsvereinbarung in der Hand versuchte er wohl, eine gänzlich neue Schichtregelelung zu erzwingen.

Die Kollegen der HHLA sind nicht bereit mitzuspielen. Sie wissen, daß die HHLA auf ihre Überstunden angewiesen ist. Nicht nur, daß die Kollegen den Boykott von Mehrarbeit konsequent fortführen, sie versuchen den Kampf auszuweiten. In erster Linie sollen alle Betriebsteile der HHLA miteinbezogen werden. Ausgegangen waren die Auseinandersetzungen vom Betriebsteil BW mit etwa 1.000 Beschäftigten (dazu gehört die Containerabfertigung am Burchard-Kai).

Den Kollegen ist aber auch klar, daß sie eine Vorreiterrolle für den ganzen Hafen spielen. Dementsprechend bemühen sich aktive Vertrauensleute, eine größere Öffentlichkeit zu schaffen und geben Informationen und Interviews an die Presse (Hamburger Morgenpost) und an den NDR.

Nach einem Bericht eines HHLA-Kollegen

Preussag im Harz: Subventionen und Entlassungen — und was ist mit dem Umweltschutz?

Subventionsforderungen und Entlassung von 40 Prozent der Beschäftigten, das sind die Konsequenzen, die die Preussag aus dem Umweltschutzskandal im Harz sieht.

In den vergangenen Monaten kam heraus, daß die Hüttenwerke Harz der Preussag die Umwelt durch Schwermetallemissionen so verseucht, daß die Bevölkerung nachweislich gesundheitlich gefährdet ist. Nach einer Untersuchung des Bundesgesundheitsamtes werden rund 110 Familien mit Kindern aus dem betroffenen Gebiet ausgesiedelt.

Die skrupellosen Industriemanager wissen aber auch solche, von ihnen verursachten Zustände, zu ihrem Vorteil zu nutzen.

So erklärte ein Vorstandssprecher zunächst, daß die Preussag nach wie vor beabsichtige, Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt einzuleiten, wenn die öffentliche Hand die erforderliche Unterstützung gewähre. Die Konzernleitung würde die Umstellungsmaßnahmen nur durchführen, wenn 70 Prozent der Kosten (von insgesamt 55 Millionen DM) aus Steuergeldern bezahlt werden. Diese Investitionen sollen dazu dienen, Betriebe im Harz zusammenzufassen und zu rationalisieren. Von den 1.150 Arbeitsplätzen werden dadurch 450 eingespart. Daß dadurch die Umwelt weniger belastet wird, glaubt der Preussag-Sprecher selbst am wenigsten. Er kündigte an, daß die ,,Neuordnung'' davon abhänge, ob die zur Zeit im Bundestag vorbereitete Verordnung über Luftverschmutzung durch die Industrie berücksichtige, daß die Preussag in einem ,,seit vielen Jahren belasteten Raum arbeitet'', also gewisse Abstriche gemacht werden müßten.

Wenn nicht, so droht er, sei der ,,Standort Deutschland für die Schwermetallproduktion problematisch''.

Die bisherigen Verhandlungen der Preussag Bosse mit den Behörden scheinen aber für die Kapitalisten zufriedenstellend zu verlaufen.

Auf jeden Fall scheint gesichert zu sein, daß die Preussag auch 1980 ihren Aktionären Dividende zahlen wird.

Eine neue Broschüre: »Lärmbekämpfung am Arbeitsplatz«

Bochumer Juristinnen und Juristen haben in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Ingenieuren und Medizinern eine wichtige Broschüre ,,Lärmbekämpfung am Arbeitsplatz'' herausgegeben.

Die 72-seitige Broschüre befaßt sich mit der

- Zerstörung der Gesundheit durch Lärm
- der Wirkungsweise und Bekämpfung des Lärms
- und einem Wegweiser durch den Paragraphen-Dschungel.

Sie ist für die betriebliche und gewerkschaftliche Praxis gut geeignet (eine Besprechung wird folgen). Sie kann bezogen werden:

**Gegen Überweisung von 2,50 DM + 0,70 DM Porto (sehr günstiger Preis) bei:
Michael Dornieden
Schmechtingstraße 38
4630 Bochum 1
Postscheckkonto Essen
Nr. 776 73 - 437**

GEW-Führung verweigert Solidarität mit peruanischen Lehrern

Ca. 90% der peruanischen Lehrer sind in der SUTEP organisiert, unter deren Führung sie 1978 und 1979 zwei große unbefristete Streiks durchführten, um ihre miese materielle Situation (sie erhalten nur die Hälfte des offiziellen Existenzminimums als Lohn) zu verbessern. Beim letztjährigen Streik, der vom Juni bis Oktober dauerte und von zwei Generalstreiks unterstützt wurde, wurden 10 Lehrer getötet, 600 Lehrer inhaftiert sowie 7.000 Lehrer vom Dienst suspendiert. Auch wenn die Suspendierungen inzwischen aufgehoben wurden und die Inhaftierten aus den Gefängnissen freigelassen worden sind, ist die SUTEP immer noch illegalisiert.

Zur Unterstützung der kämpfenden peruanischen Lehrer haben GEW-Kollegen in verschiedenen Landesverbänden Solidaritätssammlungen organisiert und über die Kämpfe berichtet. Mit Ausnahme einer kleinen Notiz (,,Auf einen Blick'', ,,Erziehung & Wissenschaft'' 10/79) hat die GEW-Führung diese Kämpfe totgeschwiegen. Da sich die Proteste dagegen häuften, sah sich die Redaktion der Zeitung der GEW—Bund nun genötigt, Stellung zu nehmen. In ihrer Stellungnahme (,,Erziehung & Wissenschaft'', 9/80) erklärte sie, daß es keine Solidarität mit der SUTEP geben könne, weil diese nicht der ,,Internationalen Vereinigung Freier Lehrergewerkschaften (IVFL)'', deren Vorsitzender Erich Frister ist, angehöre.

Man bemühe sich aber, *,,die Gewerkschaftsrechte der Lehrer in Peru zu schützen.''* So habe sich die IVFL an der Vorbereitung von Seminaren beteiligt, *,,um Kolleginnen und Kollegen für den Aufbau einer permanent arbeitenden Lehrergewerkschaft in Peru zu schulen''.*

Die Frage, warum denn ,,Kolleginnen und Kollegen'' für den Aufbau einer Lehrergewerkschaft geschult werden müssen, wo doch schon 90% der Lehrer in der SUTEP organisiert sind, ist schnell beantwortet. Der GEW-Führung paßt die klassenkämpferische Ausrichtung der SUTEP nicht. Der Vorsitzende der SUTEP, Horacio Zeballos, kandidierte für das revolutionäre Wahlbündnis UNIR zu den Präsidentschaftswahlen. Über die Rolle der von der GEW-Führung und der IVFL hochgepäppelten Mini-Lehrerbünde stellte Horacio Zeballos fest: *,,In der harten Auseinandersetzung um Einheit und Kampf mußten wir uns gegen die Attacken von prokapitalistischen* [...] *,gelben' Gewerkschaften wehren; diese Leute sind zwar eine Minderheit, aber gefährliche Gegner der SUTEP''* (AK 182, S.45).

Während also die GEW-Führung die Solidarität mit den kämpfenden peruanischen Lehrern verweigert, arbeitet sie im Geheimen am Aufbau antikommunistischer Spaltergewerkschaften, auch wenn diese von der übergroßen Mehrheit der peruanischen Lehrer abgelehnt wurden.

Das Muster, nach dem hier verfahren wird, ist keineswegs neu. Beispielsweise wurde 1976 mit Unterstützung der GEW-Führung in Spanien eine sozial-demokratische Richtungsgewerkschaft aufgebaut, um einer *,,undifferenzierten* (!) *Einheitsgewerkschaft''* (Frister) entgegenzuwirken. Damals besaß Frister sogar noch die Frechheit, die GEW-Mitglieder zu einer ,Solidaritätsspende' für diese Spaltertätigkeit aufzurufen (vgl. AK 84, S. 39).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

GEW-Demo mangels Masse abgesetzt

Hamburg. Schlechter hätte der Auftakt zur ,,GEW-Aktion 80'', bei der die GEW mit Massenklagen vor den Gerichten eine Arbeitszeitverkürzung durchsetzen will, gar nicht laufen können. Zur GEW-Demonstration am 16.9. (Motto: ,,Nur gemeinsam sind wir stark'') versammelten sich gerade 500 Kolleginnen und Kollegen auf der Moorweide, so daß man sich darauf beschränkte, eine Kundgebung durchzuführen. Dieses Debakel, über das sich anderntags die Springer-Presse lustig machte, ist der vorläufige Höhepunkt an Agonie, die seit dem Warnstreik im November letzten Jahres in der GEW herrscht. Schuld daran trägt in erster Linie der Landesvorstand, von dem seit dem November keine Initiativen in der Arbeitszeitfrage mehr ausgegangen sind. Im Bundesgebiet einmalig ist es, daß gegen die von der Behörde gegen streikende Lehrer ausgesprochenen Disziplinierungen nichts unternommen wurde, noch nicht einmal das juristische Beschwerdeverfahren wurde in Gang gesetzt. Dies geht allerdings auch auf das Konto vieler Linker im Landesverband, die der Sendepause des Vorstands nichts Wirksames entgegengesetzt haben. Das Desinteresse vieler Mitglieder an der Gewerkschaftspolitik zeigte sich schon bei der Landesvertreterversammlung am 30.6., die wegen mangelnder Beteiligung abgebrochen werden mußte. Daraufhin hatte der Landesvorstand über die Anträge zum GEW-Gewerkschaftstag beschlossen und unter sich die Delegierten ausgeguckt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Bremen: 2.000 Werftarbeiter drohen mit Besuch in der Bürgerschaft

2000 Werftarbeiter der Krupp-Werft „AG Weser" in Bremen demonstrierten nach einer Betriebsversammlung am 17.9. zum Bremer Marktplatz. Vor der gerade tagenden Bürgerschaft forderten sie eine Stellungnahme von SPD-Bürgermeister Koschnick, wie er die Arbeiter bei der Erhaltung von 500 Arbeitsplätzen zu unterstützen gedenkt. Als der SPD-Fraktionsvorsitzende Kunick die Arbeiter beruhigen wollte, drohten diese, in die Bürgerschaft einzudringen. Koschnick unterbrach daraufhin seine Teilnahme an der laufenden Debatte und sprach zu den Kollegen. Mehr als das Versprechen, er werde helfen und es müsse eine von „allen gemeinsam getragene Lösung" gefunden werden, konnte er auch nicht bieten.

Am 24.9. befaßt sich der Aufsichtsrat mit den Umstrukturierungsplänen.



Erst als ein „Besuch" der Arbeiter in der Bürgerschaft drohte, bequemte sich Bürgermeister Koschnik hinaus.

Steht „AG Weser" vor der Schließung?

In der Hoffnung auf's schnelle Geld war die Werft Ende der 60er Jahre mit riesigen Investitionen auf die ausschließliche Fertigung von Großtankern ausgerichtet worden, obwohl sich bereits damals weltweit Überkapazitäten auf diesem Gebiet abzeichneten.

Der bis dahin übliche Akkordlohn wurde durch den Programm-Prämienlohn ersetzt, der zwar einen höheren Stundenlohn versprach, gleichzeitig aber in Anpassung an das nun eingeführte Fließbandsystem eine wesentlich verschärfte Arbeitshetze zur Folge hatte (vgl. „Arbeiterpolitik" 1/71).

Nach dem Zusammenbruch des Tankermarktes 1976-77 reduzierte der Konzern systematisch die Belegschaft um 2.200 Beschäftigte (ca. 40 %). Gewerkschaftsführung und Betriebsrat waren bis hierher noch weitgehend zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" bereit und trugen ihren Teil dazu bei, die Hoffnung der Belegschaft auf die Rettung der jeweils restlichen Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten. Sie handelten Sozialpläne aus und beschränkten sich im übrigen auf starke Worte („Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz"!).

Erst als Anfang 1980 Fusionsverhandlungen zwischen „AG Weser" und der Vulkan-Werft (Thyssen) in der Öffentlichkeit bekannt wurden, war für jeden deutlich, daß Krupp an einer Fortführung der Werft nicht mehr interessiert war. Lediglich der Bremerhavener Teil von „AG Weser", die ohne Verlust arbeitende Seebeck-Werft, sollte von einer möglichen Fusion ausgenommen werden und bei Krupp verbleiben.

Da eine Fusion der beiden Großwerften ohne Seebeck von vornherein für Vulkan wenig Vorteile versprach, waren die Verhandlungen wohl in erster Linie als Versuchsballon geplant, um die Reaktion von Gewerkschaft und Belegschaft zu testen.

Eine Fusion wäre faktisch auf die Schließung der wesentlichsten Teile von „AG Weser" hinausgelaufen und hätte die Entlassung von ca. 2.000 Leuten bedeutet. Es kam zu Warnstreiks und Demonstrationen der Belegschaft, durch die zum ersten Mal eine breitere Öffentlichkeit auf die Vorgänge bei der Werft aufmerksam gemacht wurde.

Am 1. September legte der Werftvorstand ein neues Konzept zur „Umstrukturierung" des Unternehmens vor. Danach sind im wesentlichen folgende Maßnahmen geplant:

1. Drastische Reduzierung der Fertigungsstunden im Schiffsneubau, was den Verdacht nahelegt, daß nach Fertigstellung der im Auftragsbestand befindlichen Schiffe (vier Produktentanker bis Ende 1981) dieser Bereich ganz stillgelegt wird.
2. Stillegung aller für den Großschiffbau konzipierten Anlagen.
3. Entlassung von knapp 500 Belegschaftsmitgliedern (200 Arbeiter, ca. 300 Angestellte).
4. Konzentration aller zur Führung der Werft wichtigen Abteilungen bei der Seebeckwerft in Bremerhaven.

Das bedeutet, daß „AG Weser" Bremen zum Zweigbetrieb von Seebeck heruntergestuft würde, was einen weiteren Arbeitsplatzabbau bis hin zur völligen Schließung der Bremer Werft sehr erleichtern würde.

In einem dem Strukturkonzept angefügten „Zehnpunkteplan" fordert der Werftvorstand u.a.:

- Kündigung des Haustarifvertrages und Ersetzung durch den Tarifvertrag - Werften für das Unterwesergebiet, was auf eine Lohnkürzung von ca. 1,50 DM pro Stunde hinausläuft.
- Einführung der elektronischen Zeiterfassung (Stempelkarten).
- Vereinbarung einer Arbeitsordnung (u.a. Einführung von Betriebsstrafen).
- Gegenseitige Anerkennung von Zeitvorgaben der Werft Bremen und der Seebeckwerft bei „gleichen Voraussetzungen".
- Schließung der Kantinen und Umstellung auf Fernverpflegung.
- Einstellung der Milchlieferung für die Schweißer.

Betriebsrat tritt zurück — Warnstreik

Um diesen massiven Angriffen auf die Lebensgrundlagen der Belegschaft den nötigen Nachdruck zu verleihen, ließ der Krupp-Vorstand durchblikken, daß er beim Scheitern seiner Pläne den zu Ende September auslaufenden „Gewinn- und Verlustübernahmevertrag" zwischen Krupp und „AG Weser" nicht weiter verlängern würde, was den Konkurs der Werft nach sich ziehen würde. Diesem Druck wollte der Betriebsrat sich nicht beugen und sah „den Anfang vom Ende gekommen". Ohne die erneute Bestätigung durch die Belegschaft sei er nicht in der Lage, weitere Verhandlungen zu führen.

Der mit „deutlicher Mehrheit" beschlossene Rücktritt des Betriebsrates am 9.9. wurde am nächsten Tag von der Belegschaft durch eine spontane Arbeitsniederlegung unterstützt.

Anders ging es auf dem Bremerhavener Teil von „AG Weser", der Seebeckwerft, zu. Der seit Jahren, aus partnerschaftlicher Verantwortung heraus, stramm auf Kurs der Geschäftsleitung getrimmte Betriebsrat entfaltete eine rege Sitzungstätigkeit. Nach zweieinhalb Tagen war die Sprachregelung gefunden. Auf einer eilig zusammengetrommelten Vertrauensleutesitzung erklärte der BR-Vorsitzende Linde: das Sanierungskonzept stelle eine optimale Lösung der verfahrenen Lage dar, ja sei sogar gemessen an

optimale Lösung der verfahrenen
Lage dar, ja sei sogar gemessen an

früheren Plänen ein Entgegenkommen des Vorstandes. Ohne sich in Bremer Angelegenheiten einmischen zu wollen, habe man beschlossen, das Konzept ,soweit es Seebeck betrifft, zu unterstützen. Der Rücktritt des Bremer Betriebsrates sei als „Kneifen vor der Verantwortung" zu werten. Nach langer Verteidigung des falschen Lohnsystems durch falsch praktizierte Mitbestimmung habe man dort nun das Handtuch geworfen. Sicher, daß die nun lebhaft werdende Diskussion bei vielen Kollegen Unsicherheiten nicht beseitigen konnten, „vergaß" man ganz eine als Antrag vorgelegte Solidaritätsadresse an die Bremer Kollegen abstimmen zu lassen, in der auch eine gemeinsame Sitzung aller Vertrauensleute beider Werften gefordert wurde.

Ein Werftkollege

CGB: Million erschwindelt?

Wegen Betrugs mit staatlichen Fördergeldern und anderer Delikte sind Verantwortliche des „Katholischen Lagerwerks" vor der Bochumer Wirtschaftskammer angeklagt. Angeklagt sind Viktor Modler (Leiter des Katholischen Lagerwerks), H. Cwiklinski und W. Becker. Cwiklinski und Modler sind außerdem Vorstandsmitglieder des Vereins „Staatspolitisches Jugend- und Erwachsenen-Bildungswerk". Mit Hilfe gefälschter Teilnehmerlisten hatten sich die drei Zuschüsse angeeignet, die für angebliche Seminare für Mitglieder christlicher Gewerkschaften ausgegeben wurden.

Zwischen dem „Katholischen Lagerwerk", dem „Staatspolitischen Jugend und Erwachsenen-Bildungswerk" und dem CGB bestehen engere Beziehungen. Modler, Cwiklinski und ein gewisser Heinrich Reichold, MdB CSU, waren oder sind Vorstandsmitglieder des „Katholischen Lagerwerks" als auch des „Staatspolitischen ... Bildungswerks." Reichold war der 1. Vorsitzende des GÖD (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im CGB). Von Reichold ist inzwischen keine Rede mehr, weil er im letzten Jahr verstarb.

KB Nürnberg

Gewerkschaftsausschlüsse in der IG Metall

Aus dem für den diesjährigen Gewerkschaftstag der IG Metall vorgelegten Bericht des IGM-Kontrollausschusses geht hervor, daß sich 52 Kolleginnen und Kollegen, die vom Vorstand ausgeschlossen oder gemaßregelt worden waren, an den Ausschuß zwecks Überprüfung der Vorstandsentscheidung gewandt hatten. Im Berichtszeitraum zwischen dem 12. Gewerkschaftstag 1977 und Ende 1979 stimmte der Ausschuß den Vorstandsentscheidungen 49 mal zu, lediglich in drei Fällen wurde die Entscheidung revidiert. Insgesamt wurden 36 Mitglieder trotz Anrufung des Ausschusses ausgeschlossen. Im einzelnen: 20 wegen Betriebsratskandidatur auf „gegnerischen Listen", 12 wegen Mitgliedschaft in „gegnerischen Organisationen" (KB 2, KBW 6, RGO 1, NPD 1, ohne Angabe 1; die taz vom 21.8. meldet unter Berufung auf den Ausschuß-Bericht auch einen Ausschluß wegen CDA-Mitgliedschaft). Wegen sonstigem gewerkschaftsschädigenden Verhaltens wurden weitere 4 IG Metaller ausgeschlossen.

Die Zahl der Ausschlüsse dürfte aber noch deutlich höher liegen: nicht jedes Mitglied, das ein Verfahren an den Hals kriegt, ruft auch den Ausschuß an. Genaue Angaben werden vom Geschäftsbericht des Vorstandes erwartet.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

ÖTV Neumünster: Drei Gewerkschaftsausschlüsse

Der Kreisvorstand Neumünster der ÖTV gab sich kämpferisch wie selten. Mit Flugblättern für die Belegschaft und einer Pressekonferenz Anfang August wurde hart „Flagge gezeigt". Freilich ging es nicht gegen die Unternehmer, sondern um eine kritische Minderheit in den eigenen Reihen. Am 27.8. konnte das Lokalblatt „Holsteinischer Courier" schließlich den Sieg auf ganzer Linie vermelden: ein Assistenzarzt aus Bad Bramstedt und zwei Krankenpfleger aus Neumünster wurden als Sympathisanten des KBW aus der ÖTV ausgeschlossen. Außerdem wurde ein weiteres Verfahren gegen einen Assistenzarzt eingeleitet.

Vorbereitet war die Öffentlichkeit durch eine Hetzkampagne, in der der Kreisvorstand nicht geizte mit Begriffen aus dem Wörterbuch des Dr. Joseph Goebbels. Da war die Rede davon, daß der KBW am Neumünsteraner Friedrich-Ebert-Krankenhaus ein „*Nest*" unterhalte, das schlichtweg ein „*Krebsgeschwür*" sei. Diese Leute verdienten keine Toleranz und könnten deshalb auch nicht Mitglied der ÖTV sein. Noch eine Kostprobe von der Pressekonferenz: „*Weil ,das Gesundheitswesen nicht Ziel ideologischer Auseinandersetzungen mit Kommunisten werden darf', hat die ÖTV den öffentlichen Arbeitgeber und die Bediensteten des FEK aufgefordert, die Druckerzeugnisse des KBW aus dem Krankenhaus zu entfernen. Die Öffentlichkeit müsse ein Interesse daran haben, daß derartige Publikationen, die teilweise zum Widerstand gegen den Arbeitgeber aufriefen, nicht verteilt würden*" (Holst. Courier, 3.8.).

Die Mafia des berüchjtigten Hans Schwalbach, die die ÖTV im nördlichsten Bundesland beherrscht, setzt also mal wieder neue Maßstäbe im Gewerkschaftsleben: „Widerstand gegen den Arbeitgeber" wird als schädlich qualifiziert und als Ausschlußgrund eingeführt.

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg



Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Ein großer Schlag? Näheres zu den »Deutschen Aktionsgruppen«

Zwei Vietnamesen mußten sterben, bevor nach einer ganzen Serie von Bombenanschlägen, die alle eindeutig dieselbe Handschrift trugen, die Bundesanwaltschaft endlich zugriff und Anfang September 6 Neonazis, darunter den 51jährigen Manfred Roeder, in einer publizistisch großangelegten Aktion festnahm. (Siehe AK 184, S. 1/2). Heute, knapp 4 Wochen später, hat es den Anschein, als ob die ganze Angelegenheit abgeschlossen sei nach dem Motto: Täter gefaßt, Bande zerschlagen – keine weitere Gefahr.

Als Täter bzw. Mitglieder der „terroristischen Vereinigung" „Deutsche Aktionsgruppen" wurden in der Fahndungsaktion festgenommen:

Heinz Kollditz (auch Colditz),
Arzt aus Kirchheim/Teck. Schon in seiner früheren Praxis in Herrenberg **soll er durch üble ausländerfeindliche Praktiken aufgefallen sein (so lange krankschreiben, bis die Arbeit gekündigt wurde**, laut „BamS", 7.9.80). In Kirchheim soll Kollditz den Schlossermeister Raimund Hoernle, der als Patient zu ihm kam, für die Gruppe angeworben haben.

Gabriele Kollditz,
Tochter von Heinz Kollditz, Röntgenschwester in Hamburg, verlobt mit dem ebenfalls verhafteten Klaus Peter Schulz. Sie soll Sybille Vorderbrügge, die in demselben Krankenhaus arbeitete, „angeworben" haben. In ihrer Wohnung wurden über 1000 Briefe an Polizei und Bundesgrenzschutz mit rassistischen Sprüchen sowie einer an Bundeskanzler Schmidt gefunden.

Klaus Peter Schulz
soll – so Nachbarn – ständig in der Uniform der Nazibanden herumgelaufen sein: Schwarze Lederjacke, schwarze Knobelbecher.

Raimund Hoernle
49 Jahre, Schlossermeister aus Kirchheim; er hat gestanden, die Bomben gebaut zu haben und an allen Anschlägen beteiligt gewesen zu sein.

Sybille Vorderbrügge,
24 Jahre, Arzttochter aus Bremerhaven; sie soll von Gabriele Kollditz, ihrer Arbeitskollegin, angeworben worden sein. Anfang 1980 nahm sie eine Stelle bei einem „befreundeten" Arzt in Soltau/Lüneburger Heide an. Dort soll sie Manfred Roeder kennengelernt haben („BamS", 7.9.80). Festgenommen wurde Sybille Vorderbrügge in Hannoversch-Münden zusammen mit Roeder.

Manfred Roeder,
lang „gesuchter" Chefpropagandist des Nazi-Terrorismus. Er – von dem

zusammen mit Roeder.
Manfred Roeder,
lang „gesuchter" Chefpropagandist des Nazi-Terrorismus. Er – von dem

der „Spiegel" noch im M a i meldete, er habe im Iran Asyl gesucht (was dort abgelehnt wurde) – wohnte seit Anfang A p r i l in Hannoversch-Münden in der Herrmannshäger Str. 65. Die Wohnung war ihm von einem pensionierten 64-jährigen Lehrer zur Verfügung gestellt worden. Dieser starb im Juni, und seitdem wohnte Roeder unter dem Namen Richter alleine dort. Bei seiner Festnahme trug Roeder einen vermutlich gefälschten Paß auf den amerikanischen Namen „Richard Norton" bei sich.

Roeder wird beschuldigt, Gründer der Bande zu sein. Die Wohnung soll konspirativer Treff der Bande gewesen sein, und zumindest Sybille Vorderbrügge war als „Sekretärin" des „Schriftstellers" Richter alias Roeder in der Nachbarschaft eingeführt. Von dieser Wohnung aus unternahm Roeder mehrfach ausgedehnte Reisen; mindestens einmal hat ihn auch seine Frau mitsamt seinen Kindern besucht. Zumindest Hoernle soll ihn **schwer belastet haben: Er – Roeder – habe darauf gedrängt, „daß etwas geschieht"** („Vorwärts", 11.9.80).

Gruppe zerschlagen? Alles im Nebel!

Diese 6 sollen die „terroristische Vereinigung" „Deutsche Aktionsgruppen" gebildet haben. Weitere 3 Personen, kurzzeitig festgenommen, zählen offenbar nicht zu den Mitgliedern. Aber: Da ist zum einen der Arzt in Soltau, bei dem Sprechstundenhilfe Vorderbrügge Manfred Roeder kennengelernt hat. Er hat zumindest Roeder gekannt und auch seine Sprechstundenhilfe so gut einzuschätzen gewußt, daß dort ein erster Kontakt mit dem immerhin steckbrieflich gesuchten Nazi ohne Gefahr organisiert werden konnte.

Da ist auch der – mittlerweile verstorbene – Lehrer in Hannoversch-Münden, der Roeder so gut kannte, daß er ihm Unterschlupf gewährte. Mehr noch: W e n n Roeder Kopf der Bande gewesen ist und die Wohnung in Hannoversch-Münden „konspirativer Treff" der Gruppe war, dann muß dieser Lehrer tief mit drinstecken bzw. gesteckt haben. Damit ist aber die Version von der auf 6 Personen beschränkten Bande geplatzt.

Eine weitere Ungereimtheit fällt bei den Daten der Anschläge auf: Die ersten Bomben explodierten im Februar 80, als Roeder noch gar nicht in Hannoversch-Münden war, sondern sich angeblich im Iran aufhielt. Die „Bande" muß es also schon vorher gegeben haben und Roeder kann nur

in Hannoversch-Münden war, sondern sich angeblich im Iran aufhielt. Die „Bande" muß es also schon vorher gegeben haben und Roeder kann nur



M. Roeder
Im Hintergrund: E. Geiss

dann „Gründer" gewesen sein, wenn er vom Ausland aus oder bei vorherigen Stippvisiten in der BRD Anschläge organisiert hat.

Weitere Spuren

Insbesondere ist natürlich von Interesse, ob Roeder in Hannoversch-Münden Kontakte zur örtlichen Nazi-Szene hatte. Bekanntermaßen gibt es dort einen Ableger der „Wehrsportgruppe Hoffmann", die sich aus der rechten „Pfadfinderschaft Zugvogel" heraus entwickelt hat. Der „Führer" dieser Pfadfindergruppe, ein Lehrer (!), soll u.a. die von Roeder propagierte Schrift „Die Auschwitzlüge" vorgelesen haben.

Interessant auch die Tatsache, daß sich Anfang Juli in Hannoversch-Münden der 14jährige Schüler Michael S. fast selbst mit einer selbstgebastelten Bombe, die er zusammen mit weiteren Jugendlichen zündete, in die Luft gesprengt hätte („GT", 8.7.80).

Damit sich eben derartige Unfälle unter den „Kameraden" nicht ereignen, hatte der „NSDAP"-Aktivist **Willi Wübbels** aus Bocholt im letzten Jahr u.a. die 13-seitige Druckschrift „Das Märchen vom bösen Wolf" verbreitet, in der detaillierte Anweisungen zur Herstellung und Anwendung von Molotowcocktails, Bomben, Schwarzpulver und Zündmitteln aller Art gegeben werden, um die „Freiheitskämpfer" zu „durchschlagenden Aktionen zu befähigen" („Innere Sicherheit", Heft 51, Dez. 79).

Interessant ist auch ein Diebstahl in Lörrach im letzten Jahr, bei dem kiloweise Sprengstoff sowie eine ganze Reihe von Zündern entwendet wurden. (In Lörrach verübte die Bande einen ihrer Bombenanschläge).

Es ist im übrigen kein Geheimnis, daß in der militanten Nazi-Szene überall derartige Anschläge diskutiert und vorbereitet werden. Der Staatsschutz selbst benennt heute ca. 200 bis 300 Aktivisten in ca. zehn bis 20 militanten Gruppen.

und vorbereitet werden. Der Staatsschutz selbst benennt heute ca. 200 bis 300 Aktivisten in ca. zehn bis 20 militanten Gruppen.

WSL-Stimmen »Ausländer raus«

Im „**Weltbund zum Schutze des Lebens**" (WSL) ist „Wertkonservatives" gut angeschrieben; Nazi-Töne sind dagegen offiziell nicht mehr so beliebt.

Die aktuelle Diskussion der „Ausländerfrage" hat aber auch im WSL zu verschiedenen Reaktionen geführt, über die das WSL-Blatt „Lebensschutz-Informationen" (LSI, August 80) einen Überblick gibt. Wie sieht die WSL-„Wertkonservativität" in dieser Frage aus? Was im offiziellen Memorandum des Bundesvorstands noch *„Gastarbeiterfrage"* heißt, ist dem einfachen WSL-Mitglied bereits eine „**Fremdarbeiter-Lawine**" In wechselnder Tonlage, aber völlig einmütig im Sinn, lautet die WSL-Schlußfolgerung: Ablehnung jeder Integration, raus mit den Ausländern! Im Vorstands-Memorandum wird dafür wieder einmal die schiere Willkürbehauptung bemüht, die BRD sei überbevölkert und daher kein Einwanderungsland; außerdem sei die *„Eigenart aller Lebewesen... die Voraussetzung für die Vielgestaltigkeit des Lebens und die Grundbedingung für die Entstehung und Entwicklung der Kulturen"*. Mit anderen Worten, Türken gehören in die Türkei - oder bei uns geht die Kultur flöten. Wer glaubt, dies sei eine gar zu garstige Unterstellung, schaue sich die vom WSL-Organ LSI herausgesuchten Leserbriefe an. Da dräut der allgemeine *„Verfall, die Verallgemeinerungen, die Nivellierung"*, da wird jedes Integrations-Bemühen gleich kurz und knapp zum *„Verbrechen"* erklärt, da wird gefragt, warum denn nicht endlich die Parole „**Ausländer raus**" verkündet werde.

Letzteres schreibt ein K.Friedrich Brunner (Sottrum), der sich im übrigen sorgt, *„wann der letzte Deutsche durch einen Türken, Neger oder Araber ersetzt sein wird"*. Er zweifelt erheblich daran, daß *„eine Mischlingsbevölkerung, die wir bald sein werden, diese neue, notwendige Kultur schaffen kann"*.

Das mit der „neuen Kultur" ist das ideologische Bindeglied zum üblichen WSL-Ökologismus. Wie insgesamt nämlich ein neues, ökologisches Leben angepeilt wird, so wird die Ausländer-Bedrängnis und die erstrebte Ausländer-Abschiebung zum „ökologischen Problem" erklärt. Ausländer-Integration, überhaupt Ausländer in der BRD, sind demnach „**weder menschlich noch ökologisch zu verantworten**" (Memorandum). Dr. H. G. Amsel, ein anderer Leserbriefschreiber, macht aus den „Gastarbeitern" gar so etwas wie die eigentliche Ursache aller Umweltprobleme: „**Der Wahnwitz des unentwegten Wirtschaftswachstums ohne Rücksicht auf anderes als auf den Profit der Industrie und der Geschäftemacher, der schamlose Raubbau an allen Rohstoffen, die hemmungslose Wegwerfproduktion, das alles wurde entscheidend durch die Hereinnahme der Gastarbeiter erst möglich. Der Dank, den wir ihnen zu schulden haben, ist also mehr als zweifelhaft**".

Solche Überlegungen trägt Amsel im Brustton des „Biologen und Ökologen" vor, weshalb er wohl auch meint, skrupellos seine *„volksorganische Auffassung"* von R a s s e n t r e n n u n g vorbringen zu können. Schließlich bringt er fast Klartext: *„Wenn Deutschland als ein von Deutschen besiedeltes Land erhalten bleiben soll - eine Forderung, die für jeden Deutschen eine Selbstverständlichkeit sein sollte -, so ist die Integration von Massen fremder Völker abzulehnen."*

Dies nun - Zeilen aus einem „Offenen Brief" Amsels, der auch in verschiedenen Blättern der rechtsextremen Szene abgedruckt wurde - schmeckte Josef M. Leinen, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU überhaupt nicht. Er antwortete Amsel: „**Ich jedenfalls bin kein Germane, der Deutschland nur mit Deutschen besiedelt haben will. So etwas gab es schon einmal. Ich würde deshalb diese Ansicht bekämpfen, wo immer sie auftritt**".

Die WSL-Redaktion dagegen konnte sich nicht halten und sprang ihrem Verfasser Amsel bei: Leinens Reaktion sei doch ein arger „Kurzschluß", die Amselschen Ausländersentenzen seien völlig „normal".

Dabei hätte die WSL-Redaktion für den relativ sanften Rüffel durch Leinen eher dankbar sein sollen. Wie die Dinge liegen, muß es halt wieder einmal der böse „Arbeiterkampf" sein, der darauf hinweist, wer sich hier im WSL-Blatt – und von dessen Redaktion in Schutz genommen – äußert: Amsel ist seit langen Jahren Mitglied des Rassisten-Zirkels „Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege", seit 1972 „**Gesellschaft für biologische Anthropologie**". Diese Gesellschaft, geleitet von dem gerichtsbekannten Rechtsradikalen **Jürgen Rieger** (seine WSL-Kooperation war vor Jahren ein mittlerer Skandal!), pflegt Rassismus in der K. Günther und F. Clauss. Amsel ist kein kleiner Mitläufer, sondern sitzt im „Wissenschaftlichen Beirat" dieses Vereins.

Antifa-Kommission KB/
Gruppe Hamburg

Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit? Grün-Braun-Diskussion in der »taz«

In der „tageszeitung" findet seit geraumer Zeit, potzblitz, eine D i s k u s s i o n über Braune bei den Grünen statt! Dem geübten „taz"-Leser erscheint das fast schon als Morgenrot, verschafft doch das geräumige Gewissen des Un-Dogmatismus und Ökologismus im allgemeinen noch den absonderlichsten braunen Pflänzchen in den „taz"-Redaktionsstuben u n g e s t ö r t Licht und Nahrung.

Die Empfehlung der „taz" (9.4.80) für das „nationalrevolutionäre", grün kostumierte Blatt von ex-NPDlern, „wir selbst" war erstmals des Schlechten zuviel. Es regte sich Protest gegen die „taz"-Schmuserei mit derlei Rechtem; Protest, der auf der Leserbriefseite auch abgedruckt wurde. (16.4.). Daß hier aber kein einmaliger Ausrutscher vorlag, zeigte schon die Reaktion des „wir selbst"-Empfehlers Roland Schaefer, der nicht nur, nach wie vor, das „nationalrevolutionäre" Blatt als „lohnende Lektüre" empfahl, sondern auch gleich noch bedauerte, daß Hitlers „Mein Kampf" so wenig gelesen werde....

Als dann auf der Leserbriefseite am 19.8. ein Artikel von Jan Peters über „Grünbraune Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz" erschien, (wie zuvor auch im AK), platzte so mancher Kragen endgültig – nicht aber, wegen der bislang gepflegten Grünäugigkeit auf ökologistischer „taz"-Seite, was braune Umtriebe angeht. Nein, vielmehr hagelte es grünen Zorn über die schändlichen Anwürfe: Günter (für einen „Kreisverband der Grünen") sah sich *„fast dazu veranlaßt, sein taz-Abo zu kündigen"*. So einen „Hetzartikel" wollte er ebensowenig lesen wie Norbert Klein, Pressesprecher der „Grünen" in Rheinland-Pfalz, der über das „schiefe Bild" und den „Schnee von vorgestern" so recht lachen konnte („taz", 2.9. und 3.9.80).

Jan Peters hatte es gewagt, verschiedene personelle, ideologische und organisatorische Aktivitäten von Rechtsextremisten (u.a. NPD/JN) in Verbindung mit Grünen aus GAZ, AUD, GLU u.ä. zusammenzustellen. *„Die Grünnen"*, sagte er schließlich, *„müssen sich zu den Vorgängen in Rheinland-Pfalz äußern. Immerhin stellen GAZ, AUD und GLU einen Teil des Funktionärskörpers der neuen Partei."* („taz", 19.8.80).

Nüchtern betrachtet gäbe es wohl kaum einen Grund, sich deshalb grün oder gar braun zu ärgern – es sei denn, Peters hätte eine empfindliche

Nüchtern betrachtet gäbe es wohl kaum einen Grund, sich deshalb grün oder gar braun zu ärgern – es sei denn, Peters hätte eine empfindliche

Stelle getroffen. Genau besehen bringen die Leserbriefe der „Grünen"-Mitglieder denn auch keinerlei Widerlegung bzw. Dementi. ‚Falsch sind die Angaben zu den grün-braunen Kontakten wohl nicht', lautet die empörte Devise, aber sie sind ‚heute überhaupt nicht relevant', ‚Schnee von vorgestern'.

Der eigentliche Tiefschlag kommt schließlich auch nicht von dieser Ecke, sondern aus den Reihen der „taz" selbst: **Klaus Wolschner**, Öko- und Inland-Mensch bei der „taz", erklärt zunächst: Bei dem Peters-Artikel *„handelt es sich um einen von der Inland-Redaktion abgelehnten Artikel"*. Mithin ist dessen Erscheinen nur dem bedauerlichen Umstand zu verdanken, daß Wolschner/Inland-Redaktion nicht auch die Leserbriefseite kontrollieren. Nach diesem hübschen Detail aus dem Redaktions-Nähkörbchen der „taz" geht es weiter: *„Jan Peters' Behauptungen ... standen schon einmal (1979) in der taz und führten zu Gegendarstellungen von verschiedenen Seiten"*.

Hier freilich schlägt das Kollegenherz des AK-Redakteurs schneller. Da inhaltlich die gleichen „Behauptungen" damals auch im AK standen, würden solche – offenbar die grünbraune Zusammenarbeit gründlich widerlegende? – Gegendarstellungen uns schon näher interessieren. Beim AK, im Gegensatz wohl zur „taz", liegen sie nicht vor. Allerdings (gräßlicher Gedanke!): Wolschner sollte sich doch nicht etwa auf die Erklärung von **Wilfried Heidt** („Achberger Kreis") über die Enthüllung seiner Kontaktsuche zu rheinland-pfälzischen Braungrünen zu entnehmen, die F a k t e n jedoch wurden von Heidt überhaupt nicht widerlegt. Im übrigen aber, wie sich später herausstellte, verschwieg Heidt dabei noch einen Teil seiner braungrünen Liebäugelei (siehe AK 177 und 169).

Wolschner freilich bewegt sich auf abgesichertem Boden: „taz"-eigene Recherchen ergaben tatsächlich, daß eine grünbraune Diskussionsveranstaltung, von der in Peters' Artikel die Rede ist, nicht bekannt ist, also gar nicht stattgefunden hat. Und, bekanntlich, wer einmal lügt, dem glaubt man nicht ... Wolschner in der „taz": *„Wir haben weder Zeit, noch Lust und Geld, die anderen Behauptungen von Jan Peters zu überprüfen."* Aus und vorbei also – die Grünen sind sauber, die braunen Gespenster sind als Hirngespinste entlarvt.

Vielleicht sollte aber angemerkt werden, daß Wolschners Recherchen nicht so ganz den Punkt treffen. Das in der „taz" erwähnte Datum des Diskussions-Treffens – 3.3.80 – ist schlicht ein Versehen; das richtige Datum lautet 2.3.79 (siehe z.B. richtig: „Die Neue", 16.9.80). Wer Jan Peters fragt, erfährt noch den Clou des Ganzen: **Wolschner, sagt Peters, wußte von dem Datums-Irrtum (und dem richtigen Datum) und er hatte die Dokumente längst vorliegen, die die angeblich so bestreitbaren grün-braunen Kontakte belegen.**

Nun hat Wolschner aber deutlich genug gesagt, daß seine „taz"-Fraktion (oh Gott, so was gibt's doch da gar nicht!) sowieso keine „Lust" hat, die Fakten der „behaupteten" Grün-Braun-Zone wahrzunehmen. Deshalb stört es auch nicht weiter, daß seine eigene Auskunft (die GLU-Hessen-Mitglieder seien *„voll in die Bundespartei der Grünen übergegangen"* – und da sollten sie nicht den einen oder anderen „Teil des Funktionärskörpers der neuen Partei" stellen?) eher die Peters-Argumentation stärkt. Daß mittlerweile auch nicht bloß der vermaledeite „Arbeiterkampf" über Grün-Braunes berichtet oder eben ein Jan Peters (der, hört, hört! gelegentlich in diesem AK schreibt!), sondern zum Beispiel ein Professor Rammstedt aus Bielefeld (siehe jetzt: „taz", 15.9.) ebenso wie die „Neue" (10.9.) – das hat die Diskussionswellen schließlich höher schlagen lassen.

Derselbe Wolschner, der den Artikel von Peters am liebsten in den Papierkorb verbannt hätte, jammert angesichts der Kritik der „Neuen" an der „taz"-Linie: Wie „Aussätzige" würden sie behandelt, die „linken Skalpelle" würden angesetzt, Denkverbot werde auferlegt – und alles nur, damit Leute wie er nicht mehr

würden sie behandelt, die „linken Skalpelle" würden angesetzt, Denkverbot werde auferlegt – und alles nur, damit Leute wie er nicht mehr

mit (Ex-)NPD'lern und „Nationalrevolutionären" sprechen sollen. (Gemeint ist die „wir selbst"-Mannschaft mit Siegfried Bublies an der Spitze, Kern der grün-braunen Bestrebungen in Rheinland-Pfalz) („taz", 12.9.80).

Wolschner – und mit ihm eine Strömung, die in „taz", „pflasterstrand" u.ä. zu Hause ist – geht ganz bewußt und zielstrebig daran, das diskussionswürdige und bündnisfähige Spektrum ganz weit nach rechts auszudehnen – und zwar im selben Maß, wie ihre Bündnisbereitschaft nach links a b n i m m t! Analog zu anderen Fragen (z.B. Behandlung von Nazis und Neonazis) propagiert Wolschner im Ökologie-Bereich heute offen das Ende, den Bakrott, die Unfähigkeit der Linken und die Rettung durch das Bündnis mit den sogenannten „Wertkonservativen" – nachzulesen in seinem Interview im AK 183, S. 38/39.

Welche praktischen Auswirkungen das hat, zeigt einerseits die Auseinandersetzung um den Peters-Artikel, zeigt andererseits, auf den Inland-Seiten, die Öffnung der „taz" für stramm antikommunistische, reaktionäre Ideologen wie **Baldur Springmann** („taz", 15.9.). Da erleben denn „Menschtum", „Daseinsgrund", „Sicheinordnen in die uns vorgegebenen Naturzusammenhänge" nicht geradezu blutige, aber doch verdammt schollen-bodige Urständ': *„Das geht nur nach dem bäuerlichen Prinzip: Erstmal säen und ackern, dann erst ernten. Vorweg das Geben – dann erst das Nehmen. Und ausschlaggebender, alles bestimmender Mittelpunkt allen Menschtums der Bereich, wo wir mehr zurückbekommen, als wir hineingeben – die agrikultura"*. Dafür werden sich „taz"-Leser/innen auf Dauer hoffentlich bedanken.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nazis, Punks und Bullen



Michael „Davi" David am 6.9. auf der Demo aus Anlaß von Olafs Tod.

Michael David

Hamburg. Michael David, Aktivist der kriminellen Hansa-Bande und seit ein paar Monaten in der Punk-Scene zu treffen (vergl. AK 184, S. 7), hat erneut auf sich aufmerksam gemacht: Am 15.9. schlug er vor der Kneipe „Gewinde" im Hamburger Karolinenviertel einem AK-Verkäufer voll ins Gesicht.

Der Genosse hatte im „Gewinde" AKs verkauft und hatte sich geweigert, David einen AK „zum Ansehen" zu geben. Als David schon im „Gewinde" daraufhin auf ihn losging und prügeln wollte, fand sich lediglich ein Anwesender (ein Schwarzer), der dem Genossen zu Hilfe kam. Vor dem „Gewinde" schlug David dann zu. Auch hier griffen Herumstehende nicht ein, im Gegenteil: Einer nutzte die Gelegenheit, dem Genossen unbemerkt einen Aufkleber „Freiheit für Michael Kühnen" auf die Zeitungen zu kleben (inhaftierter Chef der Hansa-Bande). Kaum zu glauben: Das „Gewinde" konnte mal als linke Kneipe gelten! ....

Michael David – kein Nazi mehr?

Michael David geht schon seit längerem mit dem Spruch hausieren, er sei nicht mehr Mitglied der „Faschisto-Szene", habe die Hansa-Bande hintersichgelassen und sei jetzt „nur Punker". Derartige Sprüche werden ihm von Teilen der Punks offenbar abgenommen, obwohl dort bekannt ist, daß

– David nach eigenen Aussagen immer noch eng mit Kühnen-„Stellvertreter" Tibor Schwarz befreundet ist;
– immer wieder Hakenkreuzabzeichen u. ä. im „Gewinde" aufgetaucht sind;
– weitere Hansa-Mitglieder Stippvisiten in der Szene gaben, und
– seit neuestem immer mehr Punks gegen Linke aggressive Sprüche loslassen und sogar Verbindungen der rechtsradikalen **„Wiking-Jugend"** zu einzelnen Punks bestehen sollen.

Es spricht also nichts dafür, daß Michael David nun plötzlich kein Nazi mehr wäre, lediglich isoliert am Rande der „Punk-Szene" rumhinge; vielmehr ist er in einigen Cliquen offenbar voll integriert und kann dort ungestört agitieren.

„Auf Demos können wir uns für euch die. Köpfe einschlagen lassen und danach sind wir wieder die Nazis!" – mit diesem Spruch begleitete Michael David seinen Angriff auf den AK-Verkäufer. Tatsächlich ist dies allenfalls eine plumpe Anbiederung, der wohl selbst das berühmte Körnchen Wahrheit fehlt: Michael David hat zwar an allen drei Demonstrationen anläßlich des Strauß-Besuches und dem Tod von Olaf „teilgenommen" (25.8., 27.8. und 6.9.), in allen drei Fällen aber stand er nach unseren bisherigen Informationen nur am Rand herum und nahm nicht an militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei teil.

Am 25.8. brach er mit seinen Freunden aus ungeklärtem Grund eine Schlägerei mit einem Ted auf der Mönckebergstraße vom Zaun („Tod den Teds"); am 27.8. tat er sich vor allem damit hervor, daß er unter Punks aufkommende anti-Linke- und speziell anti-KB-Stimmungen anheizte (es fielen Sprüche wie: „Haut dem (einem Genossen) mal eine auf die Schnauze"); am 6.9. „verfolgte" David mit seinen Freunden die Demonstration vom Straßenrand aus.

Noch einige Ungereimtheiten aus der Szene

Auf der Demonstration am 27.8. wurden zwei Ereignisse beobachtet, die gewisse Tendenzen und Entwicklungen in der Punk-Szene in einem unangenehmen Licht erscheinen lassen: Während der Demonstration fielen unter einer Gruppe von Punks zwei oder drei etwas ältere „Jugendliche" auf, die in nagelneuen Jeans diese Punks zu besonders militantem Vorgehen aufzustacheln versuchten. Einer fing an, Gehwegplatten auszugraben und am Bordstein zu Wurfgeschossen zu zertrümmern. Kurz nach der Demo waren wieder solche Typen bei einer Gruppe von Punks und ermunterten sie, einen bei Rot an einer Ampel haltenden Bundeswehr-Jeep aufs Korn zu nehmen, ihm die Reifen zu zerstechen etc. Der zweite Pseudo-„Punk" entfernte sich derweil von der Gruppe und erstattete einem unweit parkenden Polizeiwagen Meldung, ging dann zu einem Zivilwagen und fuhr erneut zu Absprachen zu diesem Polizeiwagen zurück. **Zumindest in diesem Fall war auch Michael David in unmittelbarer Nähe.**

Offenbar gibt es hier einiges zu klären. Punks, die sich als Linke verstehen, sollten ruhig in die Puschen kommen. – Weitere „sachdienliche Hinweise" sind herzlich willkommen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Prozeß gegen Harburger Antifaschisten geht weiter

Unter Anwesenheit von bis zu 50 Besuchern kamen am 2. und 3. Prozeßtag des Verfahrens gegen zwei Hamburger Antifaschisten, die wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Störung einer NPD-Veranstaltung angeklagt sind, einige Merkwürdigkeiten ans Tageslicht, insbesondere bei der Befragung der Polizei-Zeugen. So stellte sich heraus, daß ein ebenfalls als Zeuge geladener Dienstvorgesetzter anderen Polizeizeugen eine beschränkte Aussagegenehmigung erteilte, was juristisch unhaltbar ist. Eine Woche vor Prozeßbeginn kursierten in der betroffenen Dienststelle Beobachtungsberichte zur Vorbereitung, ein klarer Verstoß gegen die Verfahrensregeln. Ebenso stellte sich heraus, daß wesentliche Straftatbestände von der Abteilung FD 7 (politische Polizei) in den persönlichen Bericht eines Polizeizeugen eingefügt worden waren. Bei der Befragung der Polizeizeugen wurde überdies deutlich, daß für den Polizeieinsatz überhaupt nicht von Belang war, ob die Inhalte der NPD-Kundgebung gesetzwidrig waren, sondern das Interesse nur den „Hauptstörern" bei den Gegendemonstranten galt.

Staatsanwalt Gerhard bemühte sich sehr, Anträge der Verteidiger und Zeugenbefragungen, die die Gesetzwidrigkeit der NPD-Kundgebung deutlich machten, zu stören oder zu verhindern. Daß der Staatsanwalt „auf dem rechten Auge blind" sei – diese Bemerkung eines Verteidigers wurde durch einen Antrag der Verteidigung auf Ablösung des Staatsanwalts Gerber erhärtet, in dem enthüllt wurde, daß Gerber 1976 eine Anzeige gegen Michael Borchert eingestellt hatte, der zu diesem Zeitpunkt verantwortlich für das faschistische Hetzblatt „Der Aufmarsch" war, Titel: „Kein Jude wurde vergast."

Richter Winterstein war nicht bereit, diesen Antrag der Oberstaatsanwaltschaft weiterzuleiten.

Weitere Prozeßtermine im Amtgericht Harburg, Buxtehuder Straße (R 211):
22. 9. 14 Uhr
2.10. 10 Uhr
13.10. 14 Uhr
24.10. 14 Uhr.

Da dieser Prozeß für die Angeklagten eine große finanzielle Belastung bedeutet, bitten wir Euch nochmals: Langt kräftig in Eure Taschen, Sparstrümpfe oder erleichtert Euer Bankkonto ein wenig bis viel.
Spendenkonto: B. Esselmann, HASPA, BLZ 200 505 50
Kontonummer: 1087/774137
Stichwort: Unterstützung

Bamberg: DGB-Kreisvorsitzendem Beugehaft angedroht



Die Staatsanwaltschaft Bamberg hat am 11.9. ein Zwangsgeld in Höhe von 800 DM gegen den Bamberger DGB-Vorsitzenden Hans Josef Haarkötter verfügt.

Was hat dem DGB-Chef ein solch rigides Vorgehen der eifrigen Staatsanwälte eingetragen?

Er hatte es gewagt, anzuzeigen, daß er von Neonazis mit dem Tode bedroht wird, und er hatte auf die rapide Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in Bamberg hingewiesen (s. AK 184, S. 19).

Jetzt soll er von den Staatsanwälten mit 800 DM Zwangsgeld und der Androhung einer Erzwingungshaft von 6 Monaten dazu gebracht werden, den Namen seines Informanten preiszugeben.

Haarkötter dazu in einer Presseerklärung: „*.... er habe seinem Informanten sein Ehrenwort gegeben, ihn nicht namentlich zu nennen. Erst unter dieser Prämisse seien ihm Tatsachen mitgeteilt worden, die auf eine Verbindung zwischen Bamberger Rockergruppen und den Neonazis schließen ließen. Ferner habe der Informant ... über Ziele, Stärke und Ausrüstung des neuen ,Nazisturm' Erschreckendes mitgeteilt.*

... Ich habe der Polizei ... Tatsachen mitgeteilt, die hinreichen, erfolgreiche Ermittlungen einzuleiten. Warum wendet sich die Staatsanwaltschaft stattdessen gegen mich?"

Und weiter:
„*So wurde der Polizei ... vom DGB Beweismaterial für die Existenz einer ,Hitler-Jugend Gaustadt' geliefert. Trotzdem teilt die Polizei mit, neonazistische Umtriebe gebe es nicht."*

Dieser Skandal steht schon in einer ganzen Reihe von sehr merkwürdigen Methoden der Verfolgung von Neonazis durch Bambergs Staatsanwälte, die lieber gegen Antifaschisten ermitteln und dabei auch nicht mehr vor Gewerkschaftsfunktionären halt machen. Fest steht, daß dies noch nicht der letzte Akt gewesen sein wird. (Informationen nach ,Fränkischer Tag', 13.9.80).

15.9.80, Genossen aus Bamberg

»Bei erstem Rekrutengelöbnis auf Kamener Boden Rekordaufgebot an Polizei und Feldjägern«

– so lautete eine Schlagzeile der „WAZ" am Tag nach der „feierlichen Vereidigung" von 500 Rekruten im Kamener Jahn-Stadion. Trotz 2.000 um das Stadion aufgezogener Polizisten, Grenzschützern und Feldjägern, trotz Demonstrationsverbot demonstrierten etwa 1.000 Menschen gegen die seit Monaten angekündigte Militaristenshow – allerdings unter Umständen, die der linke Betriebsratsvorsitzende der Zeche Monopol, Heinz Dyduch (früher KPD, heute SPD) „südamerikanisch" nannte.

Die Kamener Veranstalter des Militärspektakels erhielten von vornherein die volle Unterstützung von ganz oben. NRW-Ministerpräsident Rau (SPD) laut „Hellweger Anzeiger" vom 8.9.: *„Wir werden Gewaltanwendung in Kamen und an anderen Orten verhindern, denn es gibt in einem Rechtsstaat nur einen, der Gewalt anwenden darf, nämlich der Staat. Und diejenigen, die unter Umständen Gewalt anwenden müssen, nämlich unsere Polizeibeamten, stehen unter dem besonderen Schutz des Staates und des Ministerpräsidenten".*
Unter dieser Parole standen die Vorbereitungen der Militaristen für den 11. September. Kamens Bürgermeister Ketteler (SPD) ergänzte diese unverhohlene Drohung durch den gleichermaßen markigen wie zynischen Ausspruch: *„Die Stadt Kamen ist ein Hort des Friedens und der Freiheit, und sie wird es auch an diesem denkwürdigen 11. September 1980 sein".*

Totales Demonstrationsverbot

Angemeldet waren für den 11.9. vier Protestkundgebungen bzw. -demonstrationen:

Von DGB, Falken, KBW und vom 'Aktionsbündnis', das von einem breiten Kreis von Gruppen und Initiativen aus Kamen, Münster, Dortmund und Nachbarstädten getragen wurde (u.a.: GAL Münster, mehrere Orts- und Kreisverbände der Grünen und der DFG/VK, verschiedenen Frauengruppen, Antifagruppen, Stadtzeitungen, der SOdZDL, von KB, KPD, KBW, Volksfront u.v.a.m.).

NPD/JN mit der ortsansässigen militanten Harting-Bande als hartem Kern hatten ebenfalls eine Kundgebung angemeldet. Motto: „Ja zur Bundeswehr", Bundeswehroffiziere wurden als Redner angekündigt. Ob die Neonazis ernsthaft vorhatten, diese Veranstaltung tatsächlich durchzuziehen, muß bezweifelt werden: Schon frühzeitig hatten sie erklärt, daß sie sich einem Verbot „selbstverständ-
lich", muß bezweifelt werden. Schon
frühzeitig hatten sie erklärt, daß sie sich einem Verbot „selbstverständlich" fügen werden. Ihre Anmeldung hatte hauptsächlich eine Funktion als Argument von Polizei und Gerichten für ein totales Demonstrationsverbot, das dann auch prompt verhängt wurde. Nur so sei die „öffentliche Sicherheit" zu gewährleisten. DGB und Falken brachten es sogar noch fertig, dieses totale Demonstrationsverbot als Erfolg zu werten, weil ihre Anmeldungen zum Verbot der Nazi-Kundgebung geführt hätten!

Das 'Aktionsbündnis', das von Beginn an betont hatte, Protest mit Mitteln des passiven Widerstandes ausdrücken zu wollen, zog vor die Gerichte. In zwei Instanzen wurde das Verbot für rechtens erklärt, da – zwar nicht vom 'Aktionsbündnis' selbst, aber von Gruppen, die sich anschließen könnten – aus Demonstration und Kundgebung des 'Aktionsbündnisses' mit Gewaltanwendung zu rechnen sei. Höchst zweifelhafte 'Belege' bewiesen nur eins, daß nämlich jede Vorbereitungssitzung bespitzelt worden war.

11.9.: Kamen erlebt den Polizeistaat – und eine verbotene Demonstration

Was in den letzten 24 Stunden vor dem Gelöbnis in Kamen geschah, ließ selbst die Kamener Lokalredakteure von „Westdeutscher Allgemeiner" („WAZ"), „Westfälischer Rundschau" („WR") und „Hellweger Anzeiger" („HA") empört zur Feder greifen. *„Kamener Gelöbnis-Hysterie nahm jetzt groteske Formen an"*, schrieb die „WAZ" über eine „Hausdurchsuchung wegen angeblicher Bombe" bei den Eltern eines stadtbekannten Kamener Linken (der allerdings schon vor zwei Jahren nach Münster verzogen ist). Ergebnis dieser blinden Polizeiaktion, die angeblich durch den Hinweis „einer sehr vertrauenswürdigen Person aus Kamen" ausgelöst worden war: Protest gegen die Polizeistaatsmanöver auch bei den Honoratioren der Stadt (Dr. Wilhelm Schulze-Marmeling, der die Hausdurchsuchung über sein trautes Heim ergehen lassen mußte, war immerhin schon FDP-Bundestagskandidat). Seinen Sohn ließ die Polizei trotz erfolgloser „Bombensuche" wissen, daß er bei Anwesenheit auf der verbotenen Demonstration seine Inhaftierung wegen „Rädelsführerschaft" zu erwarten habe.

Über das Geschehen am 11.9. selbst schreibt dann die „WAZ": *„Kamener: Man traut sich gar nicht mehr in die Stadt", „Wer eine Lederjacke trug, war verdächtig", „Mancher Bürger war wohl von der Demonstration der Staatsmacht irritiert", „Der Sicherheitsaufwand erscheint selbst wohlwollenden Beobachtern bedrückend. Nach dem Vorbild Brokdorfs werden bereits ab*
Mittag die über die Anfahrtsstraßen
achtern bedrückend. Nach dem Vorbild Brokdorfs werden bereits ab Mittag die über die Anfahrtsstraßen nach Kamen rollenden Autos auf Waffen und Schlaggerät kontrolliert". An „waffenähnlichen Gegenständen" wurden übrigens – wie vor drei Jahren anläßlich der Kalkar-Demonstration – Helme, Wagenheber, Zeltstangen und ein Behälter *„unbekannten Inhalts"* beschlagnahmt. Fünf Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen.

Dennoch wurde in Kamen demonstriert. Bis 18 Uhr hatten sich 1.000 Demonstranten auf dem Kamener Marktplatz versammelt. Nach einer kurzen Kundgebung und 40 Minuten Demonstration durch die Innenstadt zog etwa die Hälfte weiter in Richtung Stadion. Entsprechend dem Beschluß des Aktionsbündnisses wurde die Aktion an der ersten Polizeisperre für beendet erklärt.

Zu einer Saalveranstaltung im Nachbarort Bergkamen, in den sich Jusos, Judos, Falken, DKP, VVN wegen der zu erwartenden „Provokationen" verzogen hatten, kamen gerade 200 Leute. Eine kämpferische Note bekam diese Veranstaltung allein durch den Auftritt von Heinz Dyduch, der seinen Partei„freund", Bürgermeister Ketteler als den Strauß von Kamen bezeichnete und dessen Ausschluß aus der SPD forderte.

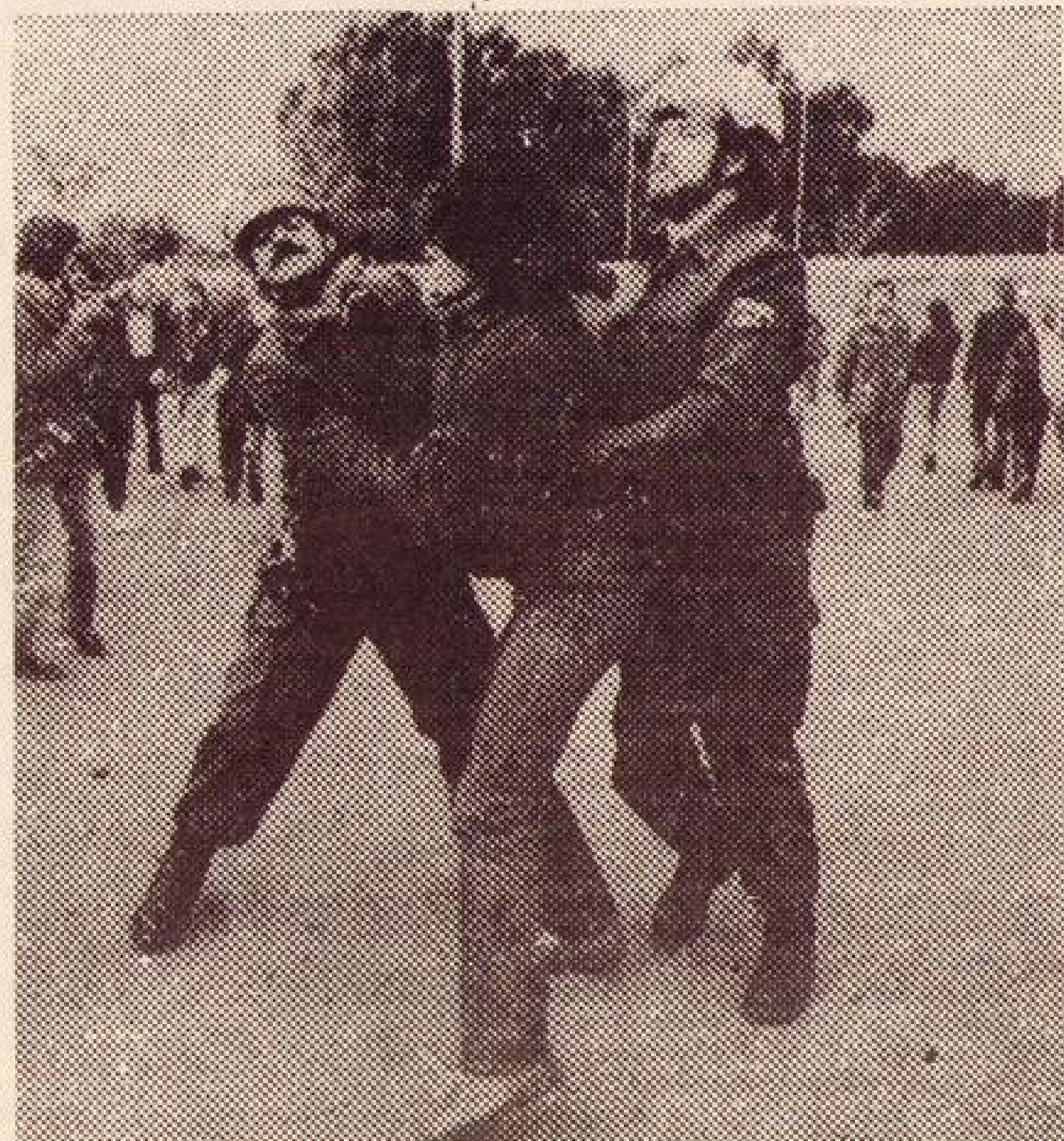
SPD-Abgrenzungsbeschluß gegen die Falken!

Für die spätestens seit Bremen bei derartigen Anlässen übliche Begleitmusik, sorgten einmal mehr SPD und Jusos. Der von den Jusos propagierte Auszug aus der Stadt für den 11.9., verbunden mit infamer Hetze gegen die 'Militanten' reichte den SPD-Oberen keineswegs: Haftete der Bergkamener Saalveranstaltung doch immer noch ein penetranter „Volksfrontgeruch" an. Das durch die aktuelle Unionspropaganda geschärfte Auge machte neben den Juso-Unterbezirken und anderen auch die DKP als Unterzeichner des von den Falken (!) verfassten Aufrufes aus. 2 Tage vor dem 11.9. schlugen die SPD-Oberen dann zu: Dem 5-köpfigen Juso-Vorstand, sowie weiteren 12 Sozialdemokraten, die per Unterschrift dem Aufruf ihre Zustimmung gegeben hatte, flatterte die Kündigung ins Haus. Der hierfür verantwortlich zeichnende SPD-Unterbezirks-Vorsitzende Fiebig gegenüber der Presse: *„Solange ich UB-Vorsitzender bin, gibt es keine Zusammenarbeit mit Kommunisten. Nicht mit dieser Bande!"* („WAZ/WR", 11.9.80). In väterlicher Manier und den Gepflogenheiten entsprechend ließ Fiebig den „Sündern" jedoch ein Hintertürchen offen: *„Wenn alle sich von ihren Unterschriften distanzieren, dann kann ich das Schreiben als gegenstandslos betrachten"* (ebenda).
Geforderter Kotau wurde noch am
das Schreiben als gegenstandslos betrachten" (ebenda).

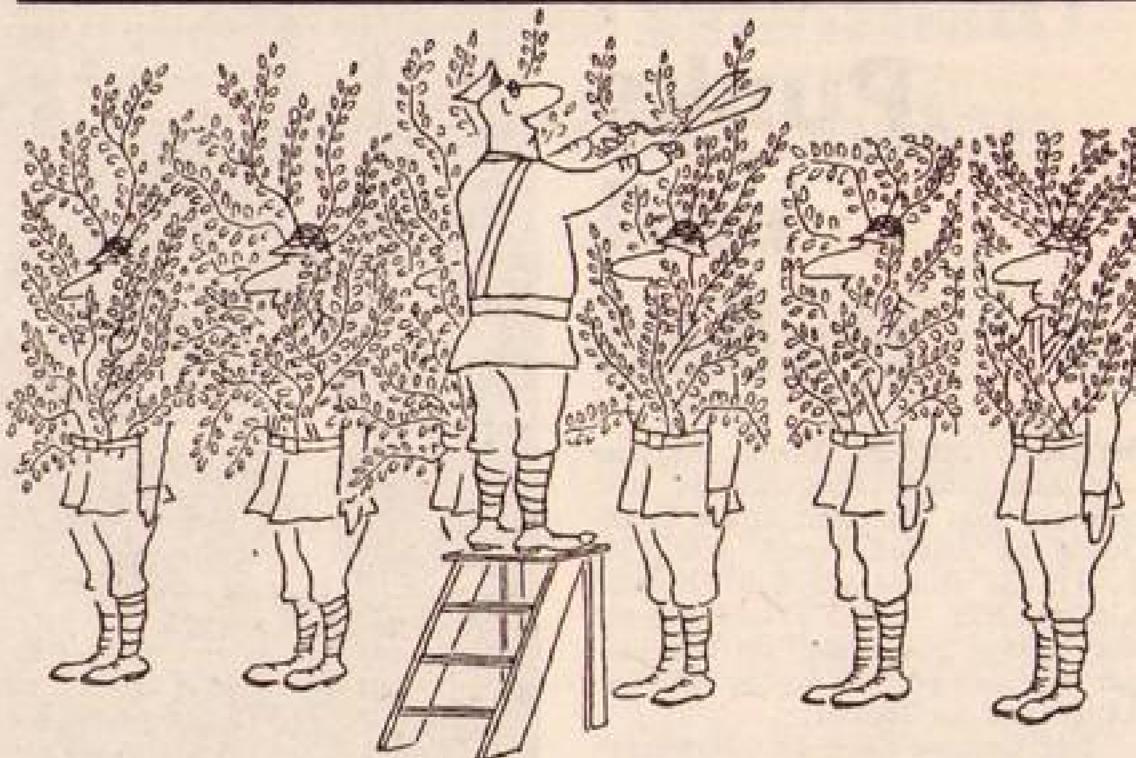
Geforderter Kotau wurde noch am Abend des selbigen Tages in Anwesenheit des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Heinemann, vollzogen. In diesem Zusammenhang erklärte der Juso-Vorstand geschlossen seinen Rücktritt.

Wurden die Jusos gegenüber der Öffentlichkeit von Fiebig und Heinemann mehr als „zur Untat Verführte" behandelt, so erkannte man in den „Falken" den „bösen Buben von nebenan". Nach dem Willen von Heinemann und Fiebig soll es künftig keine gemeinsamen Veranstaltungen zwischen Jungsozialisten im Unnaer Unterbezirk und den SJD „Die Falken" mehr geben. Unter Androhung einer Ordnungsstrafe bis zu 50.000 DM werden die „Falken" von einem Bergkamener Rechtsanwaltsbüro, das vom SPD-Unterbezirk mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt worden ist, aufgefordert, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben. Diese untersagt den „Falken" für die Zukunft die Herausgabe von Publikationen, *„aus denen ersichtlich oder erkenntlich ist"*, daß Jusos und „Falken" öffentlich Schulter an Schulter auftreten. Es sei denn, die „Falken" können eine schriftliche Bestätigung vorweisen, aus der hervorgeht, *„daß die Unterstützung der entsprechenden Aktion ... ausdrücklich genehmigt wurde"*. (Zitate nach „WAZ/WR", 15.9.80). Mittlerweile zeichnet sich erster zaghafter Protest an der Parteibasis gegen das rigorose Vorgehen von Fiebig/Heinemann ab. So kursiert in SPD-Kreisen eine bisher von ca. 50 Parteimitgliedern namentlich unterzeichnete Protestresolution („Hellweger Anzeiger", 13./14.9.80). 29 Sozialdemokraten gaben nachträglich ihre Unterschrift für das inkriminierte Flugblatt der „Falken".

Genossen aus Dortmund und Münster


Wie angekündigt: In Kamen wurde nicht lange gefackelt

Öffentliche Rekrutenvereidigungen



Festnahmen in Bad Schwartau

Am 10.9. fand in Bad Schwartau eine Rekrutenvereidigung statt. Schon nachmittags wurden Panzer und andere Waffen zur Schau gestellt. 50 Protestierende versammelten sich zu einer Protestkundgebung, zu der mehrere Initiativen aufgerufen hatten. 50 Feldjäger, 60 Polizisten waren zum „Schutz" der Rekruten aufgeboten, natürlich auch der VS und MAD und Staatsanwalt Förster aus Lübeck (zuständig für politische Verfahren).

Ein Greifkommando nahm zwei Demonstranten fest, die ein Transparent „Eine Front mit der RAF" getragen hatten. Gegen beide wurde ein Verfahren nach § 129a, wegen Werbung für eine „terroristische Vereinigung" eingeleitet.

nach einem Bericht aus Lübeck

***

Protest gegen öffentliche Vereidigung am 12.9.80 in Mölln

Zwei Wochen vor der Vereidigung wurde auf einer Juso-Veranstaltung zu einer Diskussion aufgerufen. Am 5.9. trafen sich 16 Leute und ein Spitzel, allerdings ohne die Jusos, die nicht mehr kommen wollten. Wir beschlossen, ein Flugblatt zu verteilen und an zwei Tagen einen Infotisch in Mölln zu machen. Das Flugblatt enthielt einige Hinweise auf die wachsende Kriegsgefahr und die Rolle der BRD hierbei, sowie die Begründung, warum wir öffentliche Vereidigungen ablehnen (propagandistische Kriegsvorbereitung).

Unsere Bemühungen, gegen die Vereidigung zu mobilisieren, brachte die Gegenseite zu massiven Reaktio-
nen: „Die Sicherheitsdienste " (wie
Vereidigung zu mobilisieren, brachte die Gegenseite zu massiven Reaktionen: „Die Sicherheitsdienste " (wie wir in der Zeitung lesen konnten) wurden informiert und aktiviert, die örtliche Presse „überlegte" in drei groß aufgemachten Artikeln, ob es wohl zu neuen „Bremer Krawallen" kommen würde und an der Realschule Mölln wurde ein Schüler, der an unseren Aktivitäten beteiligt war, vom Direx eingeschüchtert.

Am 12.9. folgten ca. 50 Leute unserem Aufruf, von denen einige gar nicht erst auf das Veranstaltungsgelände gelassen wurden (Gesichtskontrolle). 200 Soldaten sollten vereidigt werden. Nach unseren - ungenauen - Schätzungen waren ca. 1000 Besucher gekommen und mindestens 200 Polizisten, BGS'ler und Feldjäger. Beim ersten Versuch, Parolen gegen Aufrüstung und Vereidigung zu rufen, wurden mehrere Leute vom Platz gedrängt, beim zweiten Versuch lief dasselbe ab, nur wesentlich brutaler (Schläge ins Gesicht und in den Magen). Die letzen auf dem Platz gebliebenen gingen dann freiwillig. Nach der Veranstaltung sammelten wir uns, verteilten die letzten Flugblätter, und riefen Parolen, wobei einige von uns handfeste Bekanntschaft mit wütenden Reaktionären machen mußten (Polizei guckte zu). Der Abmarsch wurde zu einer Minidemo. Das Presseecho bestand aus einem sehr netten Artikel über die Vereidigung mit miesen Bemerkungen über ein paar „Krakeeler".

***

Demonstrationsverbot in Bad Lippspringe

Die geplante Demonstration gegen das Rekrutengelöbnis am 18.9. in Bad Lippspringe wurde am 15.9. von der Kreispolizeibehörde verboten, *„da Sie mit Ihrer Demonstration beabsichtigen, gezielt gegen das Rekrutengelöbnis zu agitieren"*. Da eine solche Demonstration wohl kaum ein anderes Ziel haben könnte, kann man das nur als recht grundsätzliches Verbot, gegen die Bundeswehr zu demonstrieren, bezeichnen. Die Polizei will mit *„unmittelbarem Zwang"*, auch dann gegen die Veranstalter, „Aktion Bürger für den Frieden", vorgehen, wenn sie dem Verbot *„nicht in ausreichendem Maße nachkommen, indem Sie z.B. Ersatzveranstaltungen durchführen"*. Da wundert man sich dann doch geradezu, daß nicht auch das am selben Tag angemeldete Friedensfest der Aktion gleich mitverboten wurde (taz, 18.9.80).

***

25 Jahre Bundeswehr - auf nach Bonn

Aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr soll am 12. November ein „Feierliches Gelöbnis" in der Bonner Innenstadt zelebriert werden. War diese Provokation zunächst für ein Stadion am Rande Bonns geplant, setzten sich Verteidigungsminister Apel und der CDU-Oberbürgermeister Daniels für die zentrale Stelle Bonns (Münsterplatz) ein.

Damit will der Staat in ungebrochener wilhelminischer Tradition Flagge, d.h. Macht zeigen.

Zurecht meint Bonns Polizeipräsident Fritsch (FDP): *„Da mit Störungen zu rechnen und der Münsterplatz nur schwer abzusichern sei, könne man „Beeinträchtigungen durch Störer" nicht ausschließen"* (Bonner Rundschau, 10.9.80).

Die Jusos am langen Gängelband

Seit einiger Zeit trifft sich ein Kreis - von Jusos/Judos über DKP und Anhang, christlicher Studentengruppen bis zu „Autonomen" und Grünen - um einen Protest gegen dieses
Militär-, Judos über DKP und Anhang, christlicher Studentengrup-
pen bis zu „Autonomen" und Grünen - um einen Protest gegen dieses Militärspektakel vorzubereiten.

War anfangs klar, am 12. November, d.h. also am gleichen Tag, „etwas" dagegenzusetzen, entschieden sich die Jusos Anfang September für eine Demonstration am 8. November. Sie begründeten dies damit, daß sie am 12.11. *„nicht mehr gewährleisten können, daß die Demo gewaltlos ist."*

Dieser Entscheidung war ja die Androhung verschiedener SPD Bezirke (so z.B. Westliches Westfalen) von Parteiausschlußverfahren vorausgegangen, wenn Jusos mit „Chaoten" zu gemeinsamen Demonstrationen gegen Strauß oder öffentlichen Vereidigungen aufrufen würden. In Bonn gab die „linke" SPD auch eilfertig eine Presseerklärung heraus, in der sie betonte, alles zu tun, *„um die Beteiligung von Sozialdemokraten an diesem Tag (gemeint war der 12.11.) zu unterbinden."* Und ihr Bundestagskandidat Ehmke erklärte: *„Meiner Ansicht nach müßten Sozialdemokraten das Öffentliche Gelöbnis fordern, wenn es das nicht schon gäbe"* (Generalanzeiger 27.8.80). - Vor mir taucht das Bild eines Flugblattes des Spartakus-Bundes aus dem 1. Weltkrieg auf: auf der einen Seite Rosa Luxemburg und Clara Zetkin im Gefängnis, auf der anderen Seite die Führer der Sozialdemokratie im kaiserlichen Hauptquartier in Belgien.

Bundesweit am 8. November nach Bonn

Auf dem nächsten Treffen war dann schon fast alles klar:
Bundesweit nach Bonn mobilisieren bzw. versuchen: Jusos, Judos, die Grünen, Evangelische Studentengemeinde und die Deutsche Friedensgesellschaft. Die DKP und Anhang spricht sich zwar noch für eine

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

„friedliche Demo" am 12.11. aus, wird wohl aber auch - wie alle anderen - für Sonnabend, den 8. November aufrufen. Vor dem 8. November soll eine Informationswoche in der Tradition der Bonner Friedenswochen von allen beteiligten Gruppen und Initiativen durchgeführt werden.

Und der 12. November - Tag der Vereidigung ? Bislang besteht noch die Möglichkeit, daß die Jubelfeier (einen Tag nach Karnevalsbeginn) nicht ganz ungestört abläuft, sondern mit viel Phantasie angereichert wird. Dies soll in einer der Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Protestes überlegt werden. Es ist zu hoffen, daß die „Autonomen", die sich mit Recht gegen die Diffamierung der Bremer Proteste vor allem durch die DKP und Anhang („in Bremen sind MAD und Neonazis als Punker aufgetreten") wehrten, sich jetzt nicht schmollend in die Ecke zurückziehen, weil die Hauptdemo am 8.11. ablaufen wird.

Nächstes Plenum des Vorbereitungskreises: 6. Oktober um 20.00 Uhr in der Bonner ESG (Königsstraße)

it (Bonn)

Am 24.9. um 20 Uhr trifft sich in Bonn im Zentrum Wolfstr. 10 die „Initiative gegen die Rekrutenvereidigung". Eine starke Minderheit auf dem Treffen vom 16.9., darunter KABD, KBW, Bürgeraktion Umweltschutz Bonn (BUB) und zahlreiche Unorganisierte waren gegen diese Umlegung der zentralen Demonstration auf den 8.11. Die Initiative will deshalb ihre Vorbereitungen für den 12.11. - den Tag der Rekrutenvereidigung - treffen. Sie ruft dazu auf, sich bundesweit an der Vorbereitung für den 8.11. und 12.11. zu beteiligen. Die ESG lehnte es ab, für diese Initiative Räume bereitzustellen. Man habe es ja nur auf eine Prügelei mit der Polizei abgesehen, behauptete sie.

Kontakt 0228/36 38 61 (Ute)

Herbstmanöver der NATO 1980

„Von Norwegen bis zur Türkei übt die NATO für den Ernstfall". So lautet die eindeutige Überschrift eines Artikels in der „Braunschweiger Zeitung" (9.9.) über die derzeit stattfindenden NATO-Manöver „Autumn Forge 80"(Herbstschmiede) mit den größten Truppenverschiebungen seit dem 2. Weltkrieg. An den 25 Teilmanövern nehmen mit Ausnahme von Belgien alle NATO-Länder mit über 200 000 Soldaten teil. Belgien hat, nachdem es an den Manövern in der BRD aus Benzinspargründen nicht teilnimmt, nun auch seine Beteiligung am Manöver „Anvil-Press" in der Türkei zurückgezogen, *„ da das Land jetzt eine Militärdiktatur ist"* („TAZ", 16.9.) Die erneute Absage Belgiens wurde in NATO-Kreisen als *„verheerend"* bezeichnet. Die Teilnahme der übrigen NATO-Länder bereitet allerdings keine Schwierigkeiten. Selbst Portugal ist erstmals seit 1974 wieder dabei.

Den Schwerpunkt der Manöver bildet Mitteleuropa. Das größte Teilmanöver findet nahe der Grenze zur DDR im Raum Hildesheim, Braunschweig, Hannover statt. Allein an dieser Übung „Spearpoint" nehmen 63 000 Soldaten und zusätzlich 23 000 „Schiedsrichter" und Angehörige des Leitungs- und Unterstützungspersonalsteil. Eingesetzt werden 880 Panzerfahrzeuge und 350 Hubschrauber. Täglich finden 4-5000 Tieffliegereinsätze statt. 30 000 Soldaten und Reservisten der Britischen Rheinarmee wurden für dieses Manöver aus England und Irland abgezogen und über den Seeweg ins „Kampfgebiet" gebracht. Diese als „Project Crusader" (Kreuzzug) bezeichnete Aktion ist die größte einzelne Militärlandung seit der angloamerikanischen Invasion von 1944 an der Normandieküste. Allein dieser Übungsteil wird ca. 8,5 Millionen Pfund kosten. Ein weiterer Bestandteil des Manövers ist die unter der Bezeichnung „Reforger" durchgeführte Luftbrücke, mit der die 2. amerikanische Panzerdivision per Air-Lift aus Texas in die BRD befördert wird. Diese Aktion stellt eine Bewährungsprobe für die neugebildeten US-Eingreiftruppen dar und steht erstmals unter dem Oberbefehl des neuen Generalstabs der amerikanischen Sondertruppen für rasches Eingreifen. Laut Außenminister Brown soll erprobt werden, wie schnell die USA mobil machen können, *„um einen Krieg in Europa zu führen"* („TAZ", 10.9.).

Verschiedenen Fakten bei diesem Manöver deuten darauf hin, daß nicht nur die Truppen für einen Krieg gegen den Warschauer Pakt erprobt werden sollen, sondern daß auch geübt wird, wie die Bevölkerung im Kriegsfall ruhig gehalten werden kann. Die Britische Rheinarmee z.B., die fast die Hälfte der beteiligten Soldaten stellt, hat durch ihren Einsatz in Nordirland im Rahmen der NATO eine besondere Bedeutung als Bürgerkriegsarmee. Es ist bekannt, daß eine Zusammenarbeit zwischen der SAS, einer Spezialeinheit der britischen Rheinarmee und der GSG 9 besteht; beide sind ausgebildet und ausgerüstet zum Kampf gegen „subversive Elemente", was den Charakter dieser Truppen als Bürgerkriegsarmee verdeutlicht. Erstmals fahren US-Soldaten bei den Militärstreifen der Bundeswehr mit, um hier eine verstärkte Zusammenarbeit zu proben.

In der Presse wird das Manöver begleitet von einer massiven militärischen Propaganda. „Verteidigungs"-Minister Hans Apel äußert sich zufrieden über die Manöver. *„Die Bevölkerung habe begriffen, daß solche Manöver in diesem Ausmaß sein müßten"* („BZ", 17.9.). Angesichts der massiven Behinderungen und der zu erwartenden Flurschäden ist das ein Hohn. Nachts fahren Panzer durch die Dörfer, der Lärm der Tiefflieger, das Verkehrschaos in den Straßen, für Militärfahrzeuge gilt die Straßenverkehrsordnung nämlich nicht, für all diese massiven Behinderungen wird täglich in der „BZ" um Verständnis gebeten.

KB/Gruppe Braunschweig

»Erprobung für den Ernstfall«

Acht Armeekorps aus belgischen, niederländischen, britischen, US und Bundeswehrtruppen stehen *„wie auf einer Perlenkette ...zwischen Elbe und Alpen"* unter dem Oberbefehl des Befehlshabers in Eurcpa-Mitte. Seit über 20 Jahren kommandiert ein Bundeswehrgeneral über den *„wichtigsten Befehlsbereich der NATO in Europa"* im niederländischen Brunssum, derzeit General Ferdinant von Senger und Etterlin.

Im Norden steht die 41. niederländische Panzerbrigade, 3000 Mann sind in Seedorf, nordöstlich von Bremen stationiert. Der „Rest", um 40 000 Mann, würde *„im Bedarfsfall"* mit Zug- und LKW-Kolonnen in einigen Tagen herangefahren. Es folgt das I. Korps der Bundeswehr, mit vier präsenten Divisionen, d.h. über 100 000 Mann.

Zwischen Hannover und Göttingen steht das I. britische Korps mit vier Divisionen. 50 - 60 000 Berufssoldaten sind dort ständig stationiert, im „Ernstfall" wird diese Armee sofort auf über 100 000 Mann anwachsen, wie es im Crusader-Manöver jetzt geprobt wird.

Es folgt die belgische Armee mit der 1. und 16. Division mit rund 50 000 Mann. Die 16. ist mit rund 16 000 Soldaten in der BRD stationiert.

Es folgt das III. Korps der Bundeswehr und in Südbayern das II. Korps - jeweils über 100 000 Mann.

Dazwischen ist das V. und VII. US-Korps im südöstlichen Hessen und in Nordbayern stationiert. Das bedeutet nicht nur die sofortige Präsenz von 300 000 US-Soldaten in der BRD im „Ernstfalle", sondern *„das Risiko eines nuklearen Konflikts"*. Damit wird nämlich der Einsatz von US-Atomwaffen, sowohl des strategischen Potentials als auch der „tak-

US-Atomwaffen, sowohl des strategischen Potentials als auch der „tak-

tischen Atomwaffen" (derzeit 7000 in der BRD), *„als entscheidende Friedensgarantie"* gewährleistet; erst nach Freigabe durch den US-Präsidenten stehen diese Waffen auch dem NATO-Oberbefehlshaber in der BRD zur Verfügung.

(Angaben und Zitate nach „FAZ", 3.9.80).

Wo „vorne" ist

Me. Daß große Truppenmanöver bisweilen notwendig sind, ist unter Vernünftigen unbestritten. Aber was ihr Stattfinden und ihr Verlauf „beweisen" und ob sie überhaupt etwas beweisen können, das ist eine alte Streitfrage. Bundesverteidigungsminister Apel sieht in den Nato-Herbstmanövern, die er am Wochenbeginn eröffnete, den Beweis des Verteidigungswillens und der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses. Hätte er doch recht — nicht zuletzt im Lichte der vielberufenen Ereignisse in Afghanistan und in Polen.

Vom belgischen Nato-Verbündeten hört und sieht man nichts bei diesen Manövern, obwohl er daran teilnehmen sollte. Vom dänischen weiß man, daß er seinen Streitkräften die maßvolle finanzielle Besserstellung vorenthält, die das Bündnis für alle Partner beschloß. Beim norwegischen bemerkt man ein vorsichtiges Ducken, ein absichtlich „niedriges Profil", damit der sowjetische Nachbar nicht „gereizt" werde. Von der erklärtermaßen zweifelhaften Verteidigungsfähigkeit Italiens, schon gar von der unüberwindlichen Zerstrittenheit der beiden Partner an der Südostflanke wird am besten überhaupt nicht geredet. So gesehen sind Amerika, Großbritannien und die Bundesrepublik, dazu das Distanz zum Bündnis haltende, aber gut gerüstete Frankreich die einzigen, die mit Truppen und Material recht und schlecht für die äußerliche Verteidigungsfähigkeit sorgen. Die Bundesrepublik hat ihren geschuldeten Anteil an den Bündnisstreitkräften — Soldaten und Waffensysteme — auch unter den SPD/FDP-Regierungen der siebziger Jahre gewiß nicht verkommen lassen. Das ist anzuerkennen.

Aber das militärische Potential „zum Anfassen" beweist nicht, was bewiesen werden muß: Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungswille. Die wirkliche „Vorne-Verteidigung" findet nämlich in den Köpfen statt; Minister Apel sollte zumal seine jüngeren Parteifreunde darauf aufmerksam machen. Wenn sie die Bundeswehr in Bremen oder Kamen am öffentlichen Auftreten hindern oder wenn der sozialdemokratische Parteivorsitzende die Sicherheit mehr von der Abrüstung als vom aufrechterhaltenen militärischen Gleichgewicht erwartet und wenn der Parteigeschäftsführer gegen die Rüstungsanstrengungen der Bundesrepublik sogar Bürgerinitiativen ermuntert, dann wird ein noch so gut verlaufendes Manöver zur Täuschung. Die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit des nordatlantischen Bündnisses bedarf zuallererst des Willens aller Bürger zur geistigen Landesverteidigung in jedem einzelnen Mitgliedstaat. So gesehen hat der deutsche Partner dem dänischen oder belgischen möglicherweise gar nicht so viel vorzuwerfen.

„Die wirkliche Vorneverteidigung findet in den Köpfen statt" („FAZ", 9.9.80)

„Die wirkliche Vorneverteidigung findet in den Köpfen statt" („FAZ", 9.9.80)

Stör-Ma-növer 2000 in Hildesheim

Über 2000 Menschen demonstrierten am 20. September in Hildesheim gegen die derzeit laufenden Herbstmanöver der NATO. Aufgerufen wurde zu dieser Demonstration von verschiedensten örtlichen Antimanöver-Gruppen die sich hauptsächlich aus ‚autonomen' Gruppen und Personen zusammensetzten, und welche seit einigen Monaten versuchen aktiv gegen die Miltärmanöver als Teil der Kriegsvorbereitung aufzutreten. Der Beschluß zu einer zentralen Großdemonstration in Hildesheim fiel auf einem überregionalen Treffen dieser Gruppen in Hannover. Hildesheim war als Demo-Ort ausgewählt worden, weil dort zum einen die wesentlichen militärischen Hauptquartiere der Militärs konzentriert sind, zum anderen weil sich während des Manövers in Hildesheim weit über 1000 Journalisten aus aller Welt im Pressezentrum der Militärs versammeln.

Trotz des inzwischen auf Demonstrationen üblichen, riesigen Aufgebots an Polizei in Kampfausrüstung inclusive einiger Pferdestaffeln, verlief die Demo ohne die teilweise befürchteten Hauereien. Rings um Hildesheim wurden auf allen größeren Straßen die Autos kontrolliert. Wer einen Aufkleber hatte wurde

ren Straßen die Autos kontrolliert. Wer einen Aufkleber hatte wurde

rausgewunken und gefilzt. Einige Helme und ähnliche „Waffen" wurden beschlagnahmt. Es kam zu einer Verhaftung sowie in einem weiteren Fall zu Gewalttätigkeiten durch Bullen gegen eine Frau (genaueres, etwa auch über weitere Übergriffe wissen wir z.Zt. nicht. Laut NDR soll es bei weiteren „Zwischenfällen" 3 verletzte Bullen gegeben haben).

Die Demo begann am Bahnhof, führte durch die Innenstadt hin zum Pressezentrum und wieder zurück zum Bahnhof, wo auf der Abschlußkundgebung u.a. auch ein Vertreter der auf der Demo mit ca. 400 Mann vertretenen Türken eine Rede über die enge Verflechtung der NATO mit den türkischen Faschisten und über die Mitverantwortung der NATO für den Putsch in der Türkei hielt. Dies und auch die vielgerufene Parole *„1, 2, 3 – die BRD ist bei jeder Sauerei dabei"* zeigte, daß die Demo wesentlich vom Putsch in der Türkei mitbestimmt war. Andere Parolen in dem insgesamt gutgelaunten und bunten Demozug waren: *‚NATO raus aus der Türkei'; ‚Krieg dem imperialistischen Krieg'; ‚Auflösung von WP und NATO'; ‚Kampf den Kriegsmanövern'* etc. Etwa 100 Frauen fan-

und NATO'; ‚Kampf den Kriegsmanövern' etc. Etwa 100 Frauen fan-

den sich in einem Frauenblock zusammen.

Nicht ganz so gut, wie die Stimmung innerhalb der Demo, war die der Passanten, die teilweise sehr aggressiv die Proteste ‚kommentierten'. Hier trägt die Hetze insbesondere der Springer-Blätter Früchte. Seit Wochen werden unter dem Stichwort ‚Bremen' alle laufenden Proteste gegen Rüstungswahn und Kriegsvorbereitung in dreckigster Weise diffamiert. Kriegsgegner werden als „Terroristen" vorgestellt etc. Es ist schön, daß in Hildesheim, trotz der nicht gerade besonders intensiven Mobilisierung (aus den verschiedensten Gründen) und des relativ ‚schmalen' Bündnisses, so viele Leute zusammenfanden.

Nach dem Bericht von G.
KB – Braunschweig



Hau ab vom Acker
NATO-Kacker!

Blohm + Voss: Fregattenstapellauf »bürgernah«

Das Werftgelände von Blohm & Voss war am 3.9. Schauplatz einer Jubelfeier. Anlaß war der Stapellauf der Fregatte „Rheinland-Pfalz". Akteure dieser Veranstaltung waren u.a. Kriegsminister Apel, Dr. Bernhard Vogel (Ministerpräsident Rheinland-Pfalz). Sowohl Belegschaft als auch Hamburger Bürger, für die an diesem Tag ausnahmsweise die Werktore geöffnet wurden, stellten das Publikum. Die Wahl des Zeitpunktes für diese Veranstaltung mitten in der Friedenswoche und zwei Tage nach dem Antikriegstag ist nicht ohne Zynismus. Um den störungsfreien Ablauf des Spektakels zu gewährleisten, waren Werksfeuerwehr, Feldjäger und in einiger Entfernung gut 50 kampfmäßig ausgerüstete Polizisten aufgeboten. Angesichts linker Abstinenz stellte sich diese Vorsichtsmaßnahme als übertrieben heraus.

Der Helgenbereich (hier erfolgt der Stapellauf), tagszuvor fein säuberlich aufgeräumt und mit Girlanden verschönt, füllte sich gegen 10.00 Uhr zusehends. Unterhaltungsmusik, aus einer Vielzahl extra installierter Lautsprecher tönend, untermalte das Ganze. Eine Trachtengruppe tanzte zu pfälzischer Blasmusik und sollte wohl Volksfestcharakter ausdrücken. Nach Beendigung des Tanzprogramms versammelten sich die eigentlichen Hauptakteure des Tages, Politiker, Offiziere und Vertreter von B & V, samt weiblichem Anhang (uff – d. sätzerin), um die Taufe vorzunehmen. Auf merkliches Unverständnis (seitens der Kollegen) stieß die von einigen Damen bevorzugte (Abend-)Garderobe. Es fielen reichlich Sprüche (vermutlich auch frauenfeindliche, d. sätzerin), die immer wieder für Heiterkeit sorgten. Der geladenen Prominenz bereitete dieser Empfang offensichtlich einige Unsicherheit, so daß sich rechte Bürgernähe nicht einstellen mochte.

Angekündigt durch einen Militärmarsch, erzeugte Apels Auftritt nochmal Spannung. Nach dem Abschreiten einer martialisch anmutenden Ehrenformation erklomm er mit wenigen Auserwählten die Tribüne. Es blieb beim allzu bekannten Entspannungsgeschwafel, wonach Verteidigungsbereitschaft Grundlage jeglicher Friedenspolitik sei. Das folgende Loblied auf die NATO wurde denn entsprechend ergänzt vom Dank der Betriebsleitung. Sie sei froh, in Zeiten wirtschaftlicher Not durch den Fregattenauftrag nicht zur Entlassung von Mitarbeitern gezwungen zu sein. Keine Rede davon, daß sich die Kosten der Fregatte in den letzten Jahren nahezu auf knapp 500 Millionen verdoppelt haben.

Gegen 12.15 Uhr ist endlich Stapellauf. Ca. 1.500 Bürger, die lange genug warten mußten, begleiten das Ereignis mit ihrem Applaus. Auffällig ist, daß sich unter den Zuschauern mehrere Schulklassen befinden.

P.S. Die IG Metall, Vertrauenskörper und Betriebsrat enthielten sich jeglicher offizieller Stellungnahmen und glänzten weitestgehend durch Abwesenheit. Man stelle sich vor: Antikriegswoche des DGB, Flugblätter und Plakate dazu liegen im BR-Büro, während unten 200 Meter weiter eine Jubelfeier der Imperialisten stattfindet.

Erfreulich, daß wenigstens KABD und DKP mit der Verteilung von Flugblättern dieser Provokation entgegentraten.

Ein Werftgenosse

»Direktive 59«

USA rüsten zum atomaren Erstschlag

Mitten im derzeit laufenden amerikanischen Wahlkampf wartete das State Department mit der sogenannten „Direktive 59" auf – eine Art Einsatz- und Zielplanung für das amerikanische Atomwaffenpotential gegen die Sowjetunion.

Diese „Direktive" entwickelt nach Ansicht bürgerlicher Kommentatoren vor allem eine „selektive
und den Plan für einen „begrenzten Nuklearkrieg". Nicht mehr Flächenziele (wie Industriestädte), sondern die Ausschaltung eines großen Teils des sowjetischen strategischen Atompotentials durch die sehr treffsicheren US-Atomwaffen sei nunmehr Schwerpunkt der amerikanischen Nuklearstrategie. Da durch diese Zielplanung die Bevölkerung relativ „verschont" bliebe, würde die Sowjetunion ihrerseits nicht mit einem nuklearen Gegenschlag gegen amerikanische Industriezentren antworten. Das Risiko einer Apokalypse wäre somit herabgesetzt, ein Atomkrieg mit den strategischen Waffen somit kalkulier- und führbar.

Demgegenüber warnen Gegner dieser „Direktive ..." wie etwa der westdeutsche Ex-General Baudissin davor, von dem Prinzip der „Kriegsverhütung" abzugehen.

Ein kurzer Rückblick ...

... zeigt, daß die anhand der „Direktive 59" geführte Atomstrategiediskussion so alt ist wie die Atomwaffen selber.

Schon zu Zeiten des Kalten Krieges, der Strategie der „massiven Vergeltung" auf der Grundlage einer klaren amerikanischen Nuklearüberlegenheit in den 50er Jahren, nahmen die USA eine modifizierte Einsatzplanung vor. Eine „counterforce"-Planung, also der atomare Angriff auf die sowjetischen Raketensilos, gehörte schon damals zur „Triade" amerikanischer Nuklearstrategie, die auf der Erstschlagsfähigkeit und damit der völligen Zerstörung der Sowjetunion beruhte, ohne daß die SU in der Lage wäre, die USA mit einem Gegenschlag zu „kontern".

Diese Erstschlagsfähigkeit auf Basis einer faktischen Nuklearwaffendominanz nutzten die USA auch politisch aus. Mehrere Male wurde das damalige strategische Bomberkommando der USA angewiesen, sich auf einen nuklearen Angriff vorzubereiten:

- **Erstmals anläßlich der „Berlin-Krise" 1948;**
- **Im Winter 1950/51 während des Korea-Krieges;**
- **Im Frühjahr 1954, als die französische Kolonialmacht in Dien Bien Phu vom vietnamesischen Volk entscheidend geschlagen wurde;**

- **Im Frühjahr 1954, als die französische Kolonialmacht in Dien Bien Phu vom vietnamesischen Volk entscheidend geschlagen wurde;**

- **1958, als es zu Auseinandersetzungen zwischen den USA und der VR-China um die – vor Südvietnam gelegene – Insel Quemoy kam.**

Auch während der zweiten „Berlin-Krise" (1961) und während der „Kuba-Krise" 1962 drohten die USA der Sowjetunion mit dem Einsatz von Atomwaffen. Beide „Krisen" endeten mit einem Rückzieher der Sowjetunion. Bis dahin also erfüllte das Atomwaffenpotential der USA durchaus die Rolle der politischen Erpressung, stellte eine „politische Waffe" dar.

Ende der 50er Jahre jedoch begann eine Abkehr von der Strategie der „massiven Vergeltung" angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion über ein ansehnliches Potential an Interkontinentalraketen verfügte und damit die Fähigkeit erlangte, einen amerikanischen Erstschlag mit einem Gegenschlag zu beantworten.

Als Antwort darauf nahmen die USA unter Kennedy erstmals eine programmierte Einsatzplanung („single integrated operational plan", SIOP) vor, die im Kern noch heute besteht.

Nach der Kuba-Krise legte die Kennedy-Administration im Rahmen der Strategie der „flexible Response" den Schwerpunkt eindeutig auf die „counter-force", also die Bekämpfung militärischer Ziele in der Sowjetunion.

Ein zweites Element trat damals noch hinzu: die USA bauten eine damals unverwundbare Zweitschlagskapazität auf, die sich im wesentlichen auf Atom-U-Boote mit atomaren „Polaris"-Raketen stützte.

In den 60er Jahren wurde die militärische Einsatzplanung (SIOP), wie sie unter Kennedy konzipiert wurde, im Wesentlichen beibehalten. Die fünf „Optionen" bestanden in einem Angriff

a. gegen die strategischen Nuklearstreitkräfte der Sowjetunion;
b. gegen das sowjetische Luftabwehrsystem außerhalb städtischer Siedlungsbereiche;
c. gegen das sowjetische Luftabwehrsystem innerhalb von Bevölkerungszentren;
d. gegen die sowjetischen Führungs-, Kontroll- und Nachrichtenzentralen;
e. dem totalen Vernichtungsangriff gegen die Sowjetunion.

Weitere „Optionen" sahen flexible Einsätze von „sauberen" oder „schmutzigen" Atomwaffen, die Detonation in der Luft oder am Boden u.a.m. vor (D.Ball, „The Return to Counterforce in the Nixon Administration" in: „Europäische Wehrkunde" 5/79).

Wesentlich daran ist, daß die oben beschriebene Einsatzplanung von Atomwaffen schon damals a priori gegen m i l i t ä r i s c h e Ziele („counter-force" gerichtet war, während in der Öffentlichkeit behauptet wurde, SIOP würde sich vorwiegend gegen die Bevölkerung richten.

Diesen Widerspruch machten sich die strategischen Militärplaner in den

wiegend gegen die Bevölkerung richten.

Diesen Widerspruch machten sich die strategischen Militärplaner in den

USA immer wieder zunutze, um die weitere Modernisierung und den Aufbau immer neuer Nuklearraketen und Sprengköpfe vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. So erklärte Nixon 1973 beispielsweise, daß eine *„strategische Doktrin mehreren Kriterien genügen"* müsse. Die *„Fähigkeit zur Massentötung ist nicht die einzige und nicht einmal die wirksamste Abschreckung"* („Europäische Wehrkunde" 5/79).

Dem US-Imperialismus ging es dabei darum, mit diesem vorgetäuschten „Streit" eine rasante Erhöhung ihrer „counter-force"-Pläne durchzusetzen und zu rechtfertigen. Es war der damalige US-Kriegsminister Schlesinger, der auf dieser Basis die amerikanische Atomstrategie erneut modifizierte und vor sechs Jahren eine Abkehr von der damaligen Abschreckungsdoktrin der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit betrieb.

Eine solche Doktrin, die darauf beruhte, daß keine der beiden atomaren Großmächte über eine vernichtende Erstschlagskapazität verfügte, wohl aber über eine Zweitschlagskapazität, eine solche Doktrin unter der griffigen Formel Schlesingers des *„Gleichstandes der Möglichkeiten"* („FAZ", 20.8.80) sei als nukleare Abschreckung „nicht glaubwürdig".

Es ging dem US-Imperialismus – zwei Jahre nach dem ersten SALT-Abkommen – also darum, *„zusätzliche Optionen"* („FAZ", 20.8.80) bereit zu halten bzw. herzustellen, die angeblich die Abschreckung wieder „glaubwürdiger" machen sollen. **Und „glaubwürdige Abschreckung" heißt für den US-Imperialismus nur eines: eine enorme Hochrüstung, den Aufbau und Ausbau ihres gigantischen Atomwaffenpotentials in die Richtung eines vernichtenden atomaren E r s t s c h l a g e s, die völlige Ausschaltung der sowjetischen Zweitschlagsfähigkeit.**

Dieser grundsätzlichen Orientierung der amerikanischen Kriegspolitik trug die Entwicklung neuer Atomwaffen Rechnung:

– Die Trägerraketen und die mit ihnen zusammenhängende Entwicklung der Elektronik, die Vervollkommnung der Computer- und Schaltkreistechnik machten diese Waffen zu P r ä z i s i o n s w a f f e n, die in der Tat in der Lage sind, sowjetische Raketensilos mit 99%iger Wahrscheinlichkeit zu treffen und zu vernichten.

– Die Entwicklung der MIRV-Systeme, d.h. die V e r v i e l f a c h u n g amerikanischer Atomsprengköpfe auf ballistischen "Minuteman"-Interkontinentalraketen wie auch auf den U-Booten der "Poseidon"-Klasse, schuf genau die von Schlesinger geforderten "zusätzlichen Optionen".

Die Cartersche "Direktive 59" bedeutet in diesem Sinne nichts anderes als eine Fortsetzung der vor sechs Jahren erklärten Nuklearpolitik der USA, die Erstschlagsfähigkeit gegenüber der Sowjetunion anzustreben.

Um das tatsächlich "Neue" an Carters "Direktive..." ermessen zu können, ist eine Bilanz und Perspektive der atomaren Aufrüstung der beiden Großmächte in den letzten

Carters "Direktive..." ermessen zu können, ist eine Bilanz und Perspektive der atomaren Aufrüstung der beiden Großmächte in den letzten

Jahren vonnöten.

Die strategischen Atomwaffen der USA

1. ICBM

Gegenwärtig besteht das strategische amerikanische Atompotential aus den drei Säulen ihrer Interkontinentalraketen in verbunkerten Silos (ICBM), ihrer U-Boot-Flotte (SLBM) und den Bombern (B-52).

Die ICBM setzen sich nach heutigem Stand wie folgt zusammen:

– 550 "Minuteman-III" mit drei MIRV, also 1650 Sprengköpfen;
– 450 "Minuteman-II" mit 450 Sprengköpfen; sowie
– 54 "Titan-II"-Raketen mit 54 Sprengköpfen. (SIPRI 1979).

Das ergibt eine Gesamtzahl von 1054 ICBM mit 2154 Sprengköpfen.

Derzeit haben die USA auf 300 ihrer "Minuteman"-Raketen neue Sprengköpfe des Typs "Mark-12-A" montiert, die mit einer gesteigerten Energieausschüttung die unterirdischen Raketensilos der Sowjetunion verläßlich zerstören können. ("Berliner Morgenpost", 27.2.80).

Die größte bestehende Neuerung amerikanischer ICBM's besteht in der Einführung der "MX"-Raketen; 200 dieser Raketen mit insgesamt 10 Sprengköpfen pro Rakete (= 2000 Atomsprengköpfe) sollen in unterirdischen "Bahnen" hin- und herbewegt werden. Dafür sind 4600 MX-Bunker erforderlich.("Neue",21.5.80).

Zweck des Ganzen ist es, daß die Sowjetunion dieses ICBM-System praktisch nicht ausschalten kann, da sie nicht weiß, ob sie auf Attrappen oder auf Silos mit Raketen schießt. Die "Europäische Wehrkunde" kommentiert: *"Immerhin müßte die Sowjetunion, um 200 MX-Raketen zu zerstören, alle 6000 Silos angreifen – ein praktisch unmögliches Unternehmen"* (5/79).

Die Schaffung einer überlebensfähigen Installationsart der "MX" verleiht den USA **"eine glaubwürdige E r s tschlagsfähigkeit gegen das landgestützte sowjetische Potential"**, heißt es weiter in dieser Zeitschrift. Rund 90 % der sowjetischen Silos können bei einem "First Strike" der "MX" vernichtet werden ("Zeit",16.6.80). Die Installierung dieses "MX"-Systems bis Mitte der 80er Jahre würde ein ICBM-Potential folgender Größenordnung ergeben:

– 450 "Minuteman-II" mit 450 Sprengköpfen;
– 54 "Titan-II" mit 54 Sprengköpfen;
– 350 "Minuteman-III" mit 1050 Sprengköpfen; sowie
– 200 "MX" mit 2000 Sprengköpfen.

Zusammen: 1054 Trägerraketen mit 3554 Sprengköpfen – eine Steigerung um 150%!

Doch damit nicht genug: Die amerikanische Zielplanung für ICBM geht dahin, a l l e 550 „Minuteman-III" durch „MX" zu ersetzen und die VerMIRVung" um das Doppelte zu steigern.

Mitte der achtziger Jahre würde dann – nach amerikanischen Planungen – die ICBM-Kapazität wie folgt aussehen:

– 450 „Minuteman-II" (450 Sprengköpfe)
– 54 „Titan-II" (54 Sprengköpfe)
– 550 „MX" mit 11.000 Sprengköpfen (D.S. Lutz: „Die Rüstung der Sowjetunion", 1979).

Das ergibt zusammen – bei gleichbleibender Anzahl der Trägerraketen (die USA halten sich ja schließlich an das SALT-Abkommen) – 11.504 Atomsprengköpfe, eine V e r f ü n f f a -

USA halten sich ja schließlich an das SALT-Abkommen) – 11.504 Atomsprengköpfe, eine V e r f ü n f f a -

c h u n g der einsetzbaren Atomsprengköpfe!

Hinzu kommt außerdem, daß die USA Mitte der achtziger Jahre MIRV durch MARV ersetzen werden. Der Unterschied besteht darin, daß bei MIRV die von der „Mutterrakete" abgeschossenen verschiedenen Sprengköpfe in vorprogrammierte Ziele abgeschossen werden. Mit Einführung von MARV kann bei den einzelnen Sprengköpfen noch während des Fluges eine Zieländerung herbeigeführt werden.

Die USA begründen ihr „MX"-Programm fadenscheinig damit, daß die sowjetischen ICBM nunmehr die amerikanischen Silos aufs ärgste bedrohe.

In der Tat ist nicht von der Hand zu weisen, daß die sowjetischen ICBM treffsicherer und modernisiert worden sind – allerdings gehen die USA-Ideologen von einem Erstschlag der Sowjetunion aus. Und selbst wenn die Sowjetunion mit einem Erstschlag gegen die amerikanischen Silos vorgehen würde, verbliebe dem heute vorhandenen ICBM-Potential genügend Zeit, einer drohenden Vernichtung dadurch zu entgehen, daß sie vorher aus den Silos starten. Die Sowjetunion würde also quasi ins Leere schießen. Die sowjetischen ICBM hinken auch den amerikanischen hinterher. Nach westlichen Quellen verfügt die Sowjetunion über 1.398 ICBM älteren Jahrgangs mit jeweils einem Atomsprengkopf (siehe „Weißbuch" 1979, S. 99ff.). Gegenwärtig modernisiert die Sowjetunion ihre alten ICBM durch modernere der Typen SS-17, SS-18 und SS-19, alle mit MIRV ausgestattet. Während westliche Quellen schon von 6.000 Atomsprengköpfen auf sowjetischen ICBM sprechen, um damit ihr „MX"-Programm schmackhaft zu machen, befindet sich die Sowjetunion derzeit noch im Umbruch; laut „Military Balance 1979/80" des „International Institute for Strategic Studies" sind erst 230 dieser neuen Raketen installiert („Europäische Wehrkunde" 10/79).

2. SLBM

Doch kommen wir nun zu den seegestützten Atomwaffen. Die USA verfügen derzeit über

– 160 „Polaris A-3"-Raketen auf zehn U-Booten. Jede Rakete trägt drei Sprengköpfe, also insgesamt 480 Sprengköpfe.
– 496 „Poseidon"-Raketen mit jeweils zehn MIRV auf 31 Atom-U-Booten, also insgesamt 4.960 Sprengköpfen (siehe ua. Dieter S. Lutz, S. 126 - 142).

Gegenwärtig rüsten die USA allerdings ihre „Poseidon" um; die Rakete wird gegen eine neue „Poseidon C-4" oder auch „Trident-I" modernisiert („Europäische Wehrkunde", 10/79). Statt 16 „Poseidon" werden auf den U-Booten nunmehr 24 „Trident-I" installiert; die „Polaris"-U-Boote werden langsam außer Dienst gestellt. Auf 26 Atom-U-Booten der „Poseidon"-Klasse werden also insgesamt 624 „Trident-I" mit je zehn Sprengköpfen umgerüstet – das macht insgesamt eine Anzahl von 6.240 Sprengköpfen aus (siehe Lutz, ebenda). Auch hier muß von einer gewissen Umrüstungs- oder Umstellungsphase gesprochen werden, da derzeit die Anzahl der SLBM (seegestützten) Atomsprengköpfe von 5.440 auf maximal 6.720 („Polaris" plus „Trident-I") gesteigert wird.

Bis 1985 wollen die USA ihr neues Paradepferd, die „Trident-II" schon zur Hälfte der geplanten Anzahl eingesetzt haben. Bis dahin sollen auf

Paradepferd, die „Trident-II" schon zur Hälfte der geplanten Anzahl eingesetzt haben. Bis dahin sollen auf

den Weltmeeren sechs Atom-U-Boote mit 144 „Trident-II" und „verMIRVten" 2.880 Atomsprengköpfen in Dienst gestellt werden. Zwischen 1985 und 1990 wollen die USA nach Planung – und die dürfte sich angesichts der drastischen Anstrengungen der Rüstungsindustrie durchaus noch beschleunigen – ihre SLBM auf folgenden Stand gebracht haben:

– 480 „Trident-I" mit 4.800 Atomsprengköpfen auf 20 U-Booten und
– 288 „Trident-II" mit 5.760 Sprengköpfen auf zwölf U-Booten.

Macht zusammen: 768 (statt der bisherigen 656) Trägerraketen mit insgesamt 10.560 Atomsprengköpfen (Lutz, ebenda).

Das heißt: In diesem Jahrzehnt erreicht ein einzelnes System – ob ICBM oder SLBM – mit den jeweils über 10.000 Atomsprengköpfen soviel wie das heutige amerikanische Atompotential zusammen!
Oder: Die Anzahl der abschießbaren Atomsprengköpfe wird sich dann von bislang 7.594 auf 22.064 fast v e r d r e i f a c h t haben!

Dies bezieht sich – wohlgemerkt – „nur" auf die ICBM und SLBM. Hinsichtlich der seegestützten Atomwaffen ist aber noch eine Reihe weiterer höchst bemerkenswerter Entwicklungen zu verzeichnen:

1) Die US-Imperialisten beklagen die noch ungenügende Treffgenauigkeit ihrer „Trident"-Raketen. Eine „VerMARVung" ist im Verlaufe der achtziger Jahre auch hier zu erwarten.
2) Die SLBM gelten für die USA als die „stille Reserve", als Potential für einen „zweiten Schlag", für den Fall, daß zumindest teilweise ihre verbunkerten ICBM zerstört worden sind. Allerdings sind die SLBM keineswegs mehr so unverwundbar wie noch vor einigen Jahren; die Sowjetunion und die USA machten und machen Anstrengungen, durch Sensoren, sog. „U-Boot-Killer" usw., die

Waffensysteme	Stand: 1980	1985 - 90
I. ICBM:		
„Titan-II"	54	54
Sprengköpfe	54	54
„Minuteman-II"	450	450
Sprengköpfe	450	450
„Minuteman-III"	550	–
Sprengköpfe	1.650	–
„MX"	–	550
Sprengköpfe	–	11.000
II. SLBM:		
„Polaris A-3"	160	–
Sprengköpfe	480	–
„Poseidon"	496	–
Sprengköpfe	4.960	–
„Poseidon C-4" (Trident I"	624	480
Sprengköpfe	6.240	4.800
„Trident-II"	–	288
Sprengköpfe	–	5.760
III. Strategische Bomber/„Cruise Missile" („CM")		
B-52-Bomber	573	400
Atombomben	1.900	1.900
B-52-Bomber	–	173
„CM"	–	3.460
Boeing 747 („Jumbo")	–	120
„CM"	–	8.400

Quelle: Dieter S. Lutz, „Die Rüstung der Sowjetunion" (1979)
„Military Balance" 1979/80
SIPRI-Yearbook 1979

Telefon: Redaktion und Anzeigen (040) 3 59 14–1
HAMBURGER
Morgenpost
Nr. 220/38. W. Sonnabend, 20. September 1980 — 48 Pf. ● C1986A

Carter droht: Atom-Bomben auf Europa

„Ich bete darum, daß es nie dazu kommt"

Acht Jahre zu Unrecht in der „Klapsmühle"
Falsches Gutachten über 15jährigen Heimzögling

Schäferhund Rex rettete Danny (2) vor Bullenherde

Am 20. September meldeten zahlreiche westdeutsche Zeitungen (darunter die Hamburger „Morgenpost"), daß US-Präsident Carter „zur Verteidigung der Freiheit und Sicherheit Westeuropas und der USA notfalls Atomwaffen einsetzen" will. So leid ihm das täte ...

SLBM rechtzeitig aufspüren und vernichten zu können. **Die USA seien aber auch auf dem Gebiet der U-Boot-Bekämpfung überlegen, schlußfolgert die „Frankfurter Rundschau" in einem Bericht. Demnach verfügen die USA über das Computersystem „Illiac-4", ein System aus 64 Großcomputern, die als elektronische Filter wirken: Sie fangen – über ein ganzes Netzwerk von Unterwassermikrofonen – sämtliche Schallereignisse auf, zerlegen diese Signale und können aufgrund der spezifischen „Geräusche" der U-Boote diese sehr genau orten. Danach werden dann die U-Boot-Killer „Orion P-3" in Szene gesetzt, die die so georteten sowjetischen U-Boote zerstören können. Nach Angaben selbst westlicher Quellen („FR", 30.7.80) haben die USA die sowjetischen SLBMs praktisch unter vollständiger Kontrolle.**

Das ist deshalb von großer Bedeutung, weil die Sowjetunion damit faktisch über keine wirksame seegestützte Zweitschlagskapazität mehr verfügen würde.

Der Spezi des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) Owen Wilkes folgerte daraus, daß sich die USA *„zwangsläufig dem ersten Schlag"* nähern, *„ohne eigene Vernichtung befürchten zu müssen. Dann wird die Versuchung entstehen, diese Fähigkeit zu nutzen"*, meinte Wilkes („FR", 30.7.80).

Offensichtlich rechnen die USA jedoch damit, daß die Sowjetunion auf dem Gebiete der U-Boot-Bekämpfung aufholen kann. Haben die USA nämlich in den siebziger Jahren die Priorität auf den Ausbau ihrer SLBM gegenüber ICBM gelegt (das Zweieinhalbfache an Nuklearsprengköpfen befindet sich auf den seegestützten Interkontinentalraketen), so geht die o.a. Zielplanung davon aus, durch Einführung der „MX" eine etwaige „Parität" zwischen ICBM und SLBM herzustellen (jeweils über 10.000 Sprengköpfe). Hier hat also eine Art „Rückbesinnung" auf die landgestützten (weil durch „MX" beweglichen) Langstreckenraketen stattgefunden.

Auf dem Gebiet der SLBM verfügt die Sowjetunion laut westlichen Quellen über rund 950 Langstreckenraketen, von denen 144 mit MIRV ausgerüstet sind. Auch auf diesem Gebiet ist – wie bei ICBM – derzeit eine U m r ü s t u n g des sowjetischen Atompotentials auf MIRV-Systeme festzustellen: Die alten SS-N-6, SS-N-8-Raketen werden ersetzt durch die SS-N-16 bzw. SS-N-18 („Weißbuch" 1979 und „Military Balance" 1979/80 in: „Europäische Wehrkunde" 10/79).

Damit erhöht auch die Sowjetbuch" 1979 und „Military Balance" 1979/80 in: „Europäische Wehrkunde" 10/79).

Damit erhöht auch die Sowjetunion die Anzahl ihrer Atomsprengköpfe in den nächsten Jahren beträchtlich, obgleich sie bei der „VerMIRVung" ihrer Systeme technologisch noch im Rückstand ist: Die neuen ICBM-Raketen SS-17, SS-18 und SS-19 können jeweils „nur" vier, acht bzw. sechs Sprengköpfe tragen, ihre Treffgenauigkeit wird von westlichen Quellen als relativ gering eingeschätzt. Auch die seegestützten SS-N-18 können höchstens dreifach „verMIRVt" werden (zum Vergleich: eine „Trident-II" hat 24 Atomsprengköpfe!).

Es klingt wie ein makabrer Scherz, aber es entspricht den Tatsachen: Die enorme Aufrüstung des amerikanischen Atomwaffenpotentials entspricht voll und ganz dem SALT-II-Abkommen!

Denn diese setzte die Höchstzahl der T r ä g e r s y s t e m e auf 2.250 fest. Die USA kommen bei 1.054 ICBMs und 768 SLBMs auf 1822 Trägersysteme, sie haben also noch „Raum" für 328 Systeme, die sie auch voll ausschöpfen: nämlich mit ihren strategischen Bombern B-52. Dazu später. Ebenfalls nach SALT-II verpflichteten sich beide Seiten, nicht mehr als 1.320 MIRV-Systeme einzuführen. Auch hieran halten sich die USA strikt: Sie werden etwa Mitte bis Ende der achtziger Jahre über 768 „Trident-II" plus über 550 „MX" verfügen. Macht zusammen: 1.318 MIRV-Systeme. Damit können sich die USA – selbst nach SALT-II – noch zwei MIRV zulegen, ohne gegen das (noch nicht ratifizierte) SALT-Abkommen zu verstoßen.

Die Bomber und Cruise Missile ...

Laut „Weißbuch" 1979 der Bundesregierung verfügen die USA über insgesamt 573 Bomber des Typs B-52, die mit einem Aktionsradius von 8.000 km zu der dritten Komponente der strategischen Nuklearträgerwaffen zuzurechnen sind. Laut „Internationaler Wehrrevue" (8/1978, S. 1239) steht diesen Bombern ein Arsenal von 1.900 Luft/Boden-Atombomben zur Verfügung.

Um das sowjetische Abwehrsystem außer Kraft zu setzen und den Radarschirm zu unterfliegen, haben die USA bekanntlich die Marschflugkörper Cruise Missile entwickelt. Nach dem SIPRI-Jahrbuch von 1979 sollen zunächst 80, aber insgesamt 173 B-52-Bomber mit je 20 Cruise Missiles ausgestattet werden – das ergibt eine Gesamtzahl an atomaren Sprengköpfen von 3.460!

Laut „FAZ" vom 15.4.78 planen die USA außerdem, rund 120 Jumbos (Boeing 747) mit je 70 MIRV-Cruise-Missiles auszurüsten. Das macht allein schon ohne Mehrfachsprengköpfe weitere 8.400 Atomsprengköpfe!

Halten wir uns an das SALT-II-Abkommen, das eine Begrenzung der Trägerwaffen auf 2.250 (siehe „Weißbuch" 1979) vorsieht und gegen wir davon aus, daß auch die USA sich ungefähr daran halten werden, so ergibt sich auf dem Gebiet der Bomber und den Cruise Missiles etwa Mitte bis Ende der achtziger Jahre folgendes Bild:

1. Von den 573 B-52-Bombern (die Anzahl der B-52-Bomber für den Kernwaffeneinsatz schwankt in den westlichen Medien erheblich. Allgemein tauchte die Zahl 432 auf. Das „Weißbuch" 1979 schlägt alle 573 B-52 zu Buche) werden 173 Stück zu Trägern der Cruise Missile umgerüstet (= 3.460 Atomsprengköpfe). Hinzu komen dann noch 120 Jumbos mit 8.400 Atomsprengköpfen, so daß noch 135 B-52-Bomber – gemäß der Höchstgrenze von SALT – eingesetzt werden könnten. Nicht außer acht gelassen dürfen dabei natürlich die 1.900 „einfachen" Atombomben.

Vom d e r z e i t i g e n Stand aus betrachtet würde sich die Anzahl von 1.900 Atomsprengköpfen auf das rund S i e b e n f a c h e, nämlich auf 13.760 Atomsprengköpfe, erhöhen.

Die Bomberflotte der USA würde – davon ausgehend, daß sie sich an die Höchstgrenze von SALT-II halten – aus 173 B-52-Bombern mit Cruise Missile, 120 Jumbos und 135 „einfachen" B-52-Bombern bestehen.

Das gesamte nuklear-strategische Potential der USA würde damit bei 2250 Trägersystemen ihre Anzahl der Atomsprengköpfe auf sage und schreibe 35824 – insgesamt einer V e r d r e i f a c h u n g des derzeitigen Standes! – gesteigert haben!

Offensichtlich dabei ist, daß im Hinblick auf die Cruise Missile die 'Perversion des Denkens' gerade erst b e g o n n e n hat; zum einen betrifft das die technische Ausreifung dieser Marschflugkörper selbst, die dem US-Imperialismus noch viel zu langsam sind. Auch hinsichtlich der Bestückung der Cruise Missile mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) oder gar MARV-Systemen befindet sich

langsam sind. Auch hinsichtlich der Bestückung der Cruise Missile mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) oder gar MARV-Systemen befindet sich

dieses Waffensystem erst am Anfang der Entwicklung. Nicht berücksichtigt sind auch die seegestützten Cruise Missile („Tomahawk"), um die es in letzter Zeit etwas stiller geworden ist.

Hinzu kommt ferner, daß die USA in den nächsten Jahren befürchten, daß ihre B-52 nicht mehr unverwundbar sein werden.

Seit 1975 wird deshalb an einem neuen Bombertypus gearbeitet, der in der bürgerlichen Presse als „unsichtbares Flugzeug" herumgeistert. Also auch hier kündigt sich für dieses Jahrzehnt noch einiges an ...

Aufrüstung und SALT ...

Augenfällig ist, daß diese enorme Aufrüstung die „Hemmschwelle" von SALT-2 durchstoßen wird. Nach dem dargelegten Planungsstand dürften die USA – nach SALT – höchstens noch zwei MIRV-Systeme einführen.

Um diese Schwelle zu umgehen, wird versucht, die Cruise Missile in die so beliebte „Grauzone" abzuschieben. Oder mit anderen Worten: alles, was nicht mehr durch SALT-2 abdeckbar erscheint, wird auf SALT-3 geschoben, wo sich allein durch das Ablagern z.B. der MIRV- Cruise Missiles bei den Grauzonenwaffen schon eine ganz beträchtliche Verhandlungsmasse anhäuft ...

Daß SALT durch die Einführung der „MX" ohnehin durchbrochen wird, ist klar: denn bislang orientierten sich die Großmächte beim Abzählen ihrer ICBM-Raketen an den S i l o s. Da – bei Einführung von „MX" – die Anzahl der Silos auf runde 6000 steigen wird – bei gleichbleibenden 1054 Trägerraketen – müssen sich beide wohl oder übel auf ein neues Zählverfahren einigen ...

Fazit ...

Das gewaltige Atomwaffenpotential der USA sichert ihnen den nach wie vor beträchtlichen Vorsprung beim Wettrüsten gegenüber der Sowjetunion. Peter Hughes und Hans Rühle schlußfolgerten in einem Beitrag in der „Europäischen Wehrkunde" (5/ 79) angesichts der amerikanischen Strategiediskussion und der „Direktive 59" nicht ganz unzutreffend: **„Summiert man die Erkenntnisse und Aktivitäten, die inzwischen konzeptionell und materiell um die neue Einsatzplanung zentriert sind, dann ist der Trend zu einem ‚K r i e g f ü h r u n g s p o t e n t i a l' offenkundig..."**

Wesentliche zukünftige Eckpfeiler dieses „Kriegführungspotentials" sind u.a. die „MX", die Cruise Missiles, die „Trident-2". Zusammengenommen aber sind folgende Faktoren bei der Bewertung einer amerikanischen Erstschlags f ä h i g k e i t von Bedeutung: 1. Die USA verfügen (bzw. werden verfügen) über ein enormes quantitatives wie qualitatives atomares A n g r i f f s potential. Es reicht aus für einen oder mehrere „overkills". Und dieses riesige Atomwaffenarsenal wird sowohl für einen vernichtenden „First Strike" und auf alle Fälle (bzw. f ü r alle Fälle) auch für einen Zweitschlag ausreichen. Die technische „Verfeinerung" der Trägersysteme, insbesondere ihre hohe Zielgenauigkeit, aber auch eine der Sowjetunion überlegene Computertechnik machen diese Horrorwaffen mehr und mehr zu „einsetzbaren", „kalkulierbaren" Waffen. Außerdem steigern die USA ihre strategische Flexibilität und sind auch in dieser Hinsicht der Sowjetunion überlegen. Wenn die USA beispielsweise die „MX" eingeführt haben werden, so eröffnen sich gleich mehrere Optionen zum Einsatz der ICBM. Das bisherige System in festverbunkerten Silos ließ praktisch nur zwei Optionen zu:

Entweder es werden gleich alle ICBM aus den Silos abgeschossen. Das hätte den „Vorteil" des ersten Schlages, aber den Nachteil, über keine Zweitschlagskapazität bei ICBM mehr zu verfügen.

Die andere Option würde darin bestehen, nur einen Teil der ICBM mit einem ersten Schlag abzuschiessen, wobei die USA befürchten müßten, daß ihre restlichen ICBM durch die sowjetischen Atomwaffen vernichtend getroffen werden.

Bei Einführung der „MX" ist der Großteil der amerikanischen ICBM praktisch unverwundbar. Ein Teil der „MX" würde – vorausgesetzt, das System ist voll ausgebaut – bereits genügen, mit einem ersten Schlag die sowjetischen Silos sofort zu vernichten. Die USA hätten dann immer noch eine beträchtliche „stille Reserve" für weitere Atomschläge, und die Sowjetunion hätte ein wesentliches Element der „Abschreckungsdoktrin", die Zweitschlagskapazität, verloren.

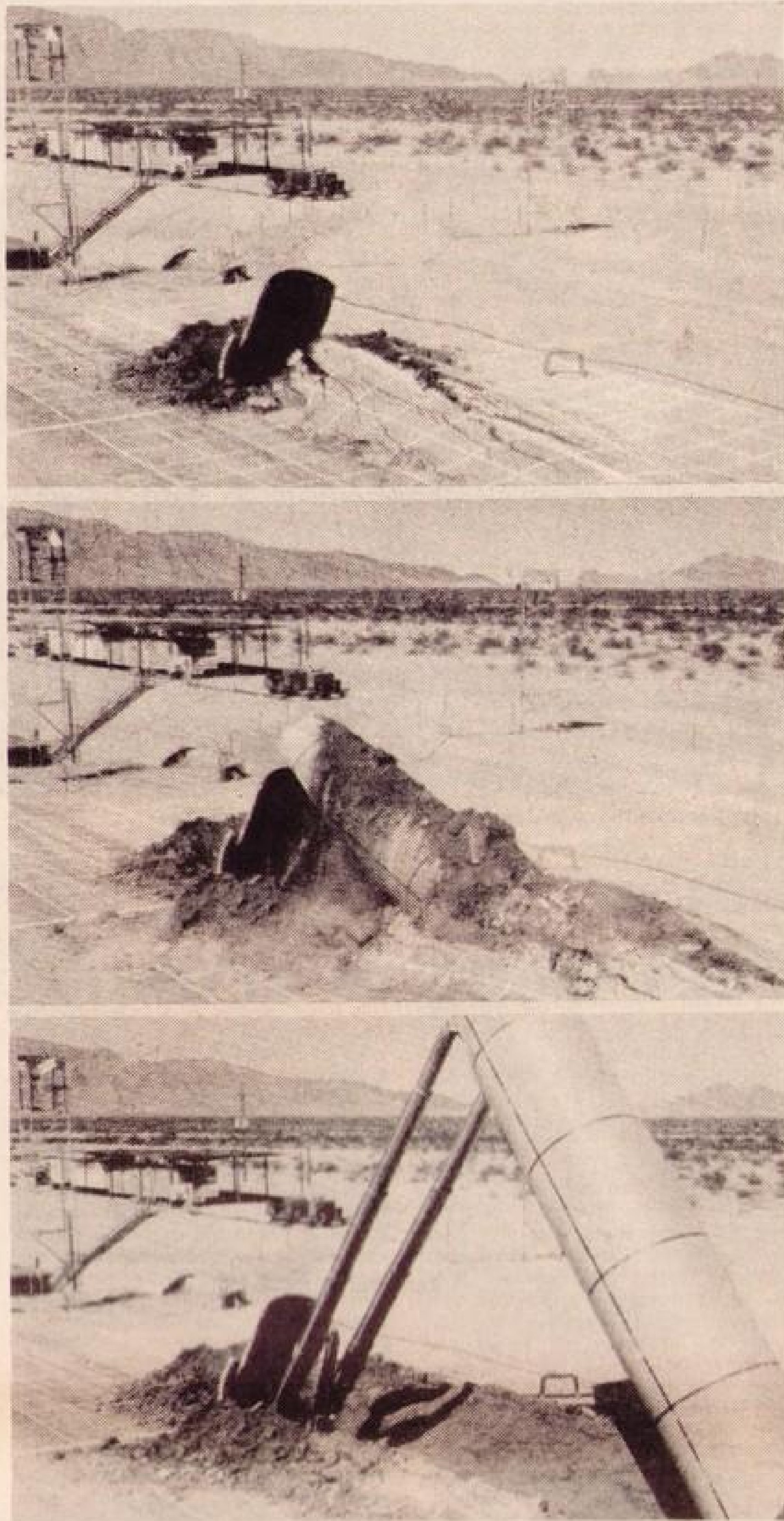
2. Hinzu kommt, daß das sowjetische Atomwaffenpotential sich gegen- kungsdoktrin", die Zweitschlagskapazität, verloren.

2. Hinzu kommt, daß das sowjetische Atomwaffenpotential sich gegenwärtig und auch künftig auf die geballten ICBM stützt. Bei einem ersten Schlag würden die USA also rund 70 bis 80 Prozent aller sowjetischen ballistischen Waffen zerstören.

3. Die USA werden nach den o.a. Planungen ihrer nuklearen Rüstung drei Komponenten ihrer strategischen Waffen auf ein quantitativ wie qualitativ etwa gleiches Niveau bringen. Im Trend wird die Rolle der seegestützten Nuklearwaffen (SLBM) erheblich a b n e h m e n. Die „Trident-I" und die „Trident-II"-Raketen sind auf insgesamt 32 Atom-U-Booten installiert. Trotz hoher Technik, Schein-U-Booten zur Ablenkung von den „Trident" u.a.m. erweisen sich die SLBM in naher Zukunft als zu verwundbar. Es ist in absehbarer Zeit also eine U m k e h r u n g der Rolle der SLBM zu erwarten: Dienten sie in den zurückliegenden Jahren als klassische Waffen des z w e i t e n Schlages wegen ihrer damaligen relativen Unverwundbarkeit, so sind sie künftig geradezu signifikante E r s t schlagswaffen.

4. Die größten Veränderungen gibt es zweifellos im Bereich der strategischen Bomber und der Marschflugkörper (Cruise Missile). Diese dritte Komponente der strategisch-nuklearen Triade bildet – neben den „MX"-ICBM – das zweite Bein, das über eine Erst- und Zweitschlagskapazität verfügen wird.

5. Von dem Tabu einer g e g e n s e i t i g e n Vernichtungsfähigkeit, einem „atomaren Patt" usw., kann keine Rede mehr sein. Das sog. „Gleichgewicht des Schreckens" ist instabil geworden. Der reaktionäre Militärschreiber der „FAZ", Weinstein, drückt diese Entwicklung wie folgt aus: *„Man bewegt sich von der passiven nuklearen Abschreckungsstrategie fort in eine Richtung auf eine aktive atomare Verteidigungspolitik. Galt bisher die These, die Atomwaffen seien politische Waffen, man setze sie nicht ein, so nähert man sich jetzt der Auffassung, das nukleare Arsenal habe politischen Sinn nur (und damit erst strategische Qualität), wenn die Waffensysteme auch militärisch g e n u t z t werden könnten. Die Abschreckung ersetzt als strategische Idee, selbst im atomaren Bereich, nicht mehr die Verteidigung"* („FAZ", 20.8.80).



An einer beliebigen Stelle durchbricht die MX-Rakete das Erdreich, wird aufgestellt und gestartet.

An einer beliebigen Stelle durchbricht die MX-Rakete das Erdreich, wird aufgestellt und gestartet.



MX-Rakete

Das amerikanische „Kriegsführungspotential" nähert sich also der praktischen „Einsetzbarkeit". Wenn jetzt sehr viel von einer „Rückkehr zum Kalten Krieg", einer klassischen Eindämmungspolitik des US-Imperialismus die Rede ist, so sei daran erinnert, daß zu dem Element der Möglichkeit einer nuklearen Kriegführung noch ein anderes, „politisches", hinzutritt: der Einsatz des überlegenen Nuklearpotentials der USA als „politische Waffe", als Mittel zur Erpressung, um die Sowjetunion wirkungsvoll „einzudämmen". Über dieses Element aus den fünfziger Jahren verfügen die USA derzeit noch nicht.

6. Demgegenüber gerät die Sowjetunion beim Wettrüsten deutlich ins Hintertreffen, qualitativ wie quantitativ. Sie wird Mitte der achtziger Jahre – gut gerechnet – etwa die Anzahl von Atomsprengköpfen besitzen wie die USA h e u t e.

Denn: Legt man/frau die Anzahl sowjetischer ICBMs – wir nehmen großzügig die Angaben aus dem „Weißbuch" 1979 und SIPRI 1979 zugrunde –, so besitzt die Sowjetunion 1.398 ICBMs. Nehmen sie eine durchschnittliche „VerMIRVung" von sechs Mehrfachsprengköpfen pro Rakete vor, so besäßen sie 8.388 Sprengköpfe. Legt man/frau weiter die Anzahl von 950 SLBMs (laut „Weißbuch") zugrunde und würde die Sowjetunion alle SLBMs mit ihren modernsten SS-N-8 umrüsten, so verfügten sie über 2.850 Sprengköpfe (die SS-N-8 besitzt drei MIRV).

Rechnet man/frau nun noch die rund 1.000 Atombomben, die von den sowjetischen rund 150 Bombern mitgeführt werden können („Internationale Wehrrevue" 8/1978) hinzu, so würde das ein Maximum an sowjetischen Atomsprengköpfen von 12.238 ergeben. Wohlgemerkt: bei äußerst großzügiger Rechnungsweise!

Es ist also geradezu offensichtlich, daß die USA einen u n e i n h o l b a r e n Rüstungsvorsprung besitzen, der durch den erneuten Kraftakt eines Rekordrüstungsetats von rund einer B i l l i o n Dollar in den nächsten fünf Jahren wohl kaum ernstlich „wettgemacht" werden könnte.

Wie kommentierte die amerikanische Rüstungssachverständige Emma Rothschild in der „New York Review" vom 3. April 1980 noch? **„Mit dem Verteidigungshaushalt in Höhe von Tausend Milliarden Dollar im Zeitraum von 1981 bis 1985 können sich die Vereinigten Staaten zwei Dinge kaufen: Erstens eine Wirtschaftsdepression ... und zweitens einen Atomkrieg".**

Antimilitarismus-Kommission



Protestkundgebung gegen die „Verfassung“ in Santiago de Chile

Chile: Kein »Sieg über den Marxismus«

Zahlreiche Demonstrationen, schnelle Flugblattverteiler auf den Straßen, Menschenansammlungen, die Parolen gegen die Junta riefen, um sich dann schnell wieder aufzulösen, eine breite und öffentliche Protestbewegung, wie es sie seit 7 Jahren in Chile nicht gegeben hat – das war die eine Seite der Abstimmung über eine neue sogenannte Verfassung, die Pinochet provokativ für den 11. September angesetzt hatte. Die andere Seite ist die scheinbare Legitimation und internationale Anerkennung des Regimes, die Pinochet mit seiner Abstimmungsfarce erreichen möchte. Zwar wird ihm dies noch überwiegend verwehrt; die Bundesregierung, CDU, internationale Juristenkommission, Kirche und Edward Kennedy als „Vertreter des demokratischen Amerika“ haben alle die Abstimmung vorsichtig ablehnend kommentiert. Trotzdem – und so ist es wohl auch gedacht – bleibt durch so ein Wahlmanöver nach und nach der Eindruck hängen, daß die Verhältnisse in Chile sich nun allmählich

stimmungsfarce erreichen möchte. Zwar wird ihm dies noch überwiegend verwehrt; die Bundesregierung, CDU, internationale Juristenkommission, Kirche und Edward Kennedy als „Vertreter des demokratischen Amerika“ haben alle die Abstimmung vorsichtig ablehnend kommentiert. Trotzdem – und so ist es wohl auch gedacht – bleibt durch so ein Wahlmanöver nach und nach der Eindruck hängen, daß die Verhältnisse in Chile sich nun allmählich

„normalisieren“, nicht mehr mit nackter Gewalt regiert wird usw. Die traditionell besonders reaktionäre „NZZ“ leitete dies schon ganz ungeschminkt ein: *„Aus dem Referendumsprozeß ... sind immerhin zwei Folgerungen zu ziehen: Erstens, daß das Regime einnen beträchtlichen Rückhalt in der Bevölkerung hat, was besonders auf das erfolgreiche Wirken der Wirtschaftsequipe zurückzuführen sein dürfte. Und zweitens, daß sich auch der ‚Prügelknabe des Westens‘ auf einem programmierten Weg zur Demokratie befindet“* (NZZ, 14./15.9.80).

Tatsächlich kann man das „Wahlergebnis“ als einen Erfolg für die Opposition betrachten: Nach offiziellen Angaben lag die Wahlbeteiligung bei 86 %, trotz ausdrücklicher Wahlpflicht und Androhung von Haftstrafen für diejenigen, die nicht zur Wahl erschienen. 67,06 % stimmten mit ja, 30,17 % mit nein, der Rest waren ungültige Stimmen, allerdings wurden alle weißen Stimmzettel zu den Ja-Stimmen gezählt.

findet“ (NZZ, 14./15.9.80).

Tatsächlich kann man das „Wahlergebnis“ als einen Erfolg für die Opposition betrachten: Nach offiziellen Angaben lag die Wahlbeteiligung bei 86 %, trotz ausdrücklicher Wahlpflicht und Androhung von Haftstrafen für diejenigen, die nicht zur Wahl erschienen. 67,06 % stimmten mit ja, 30,17 % mit nein, der Rest waren ungültige Stimmen, allerdings wurden alle weißen Stimmzettel zu den Ja-Stimmen gezählt.

Im Großraum Santiago beliefen sich die Nein-Stimmen auf 35,92 %, in einigen Arbeiter- und Elendsvierteln auf 70 % („SZ“, 15.9.80). Zahlreiche Umstände machten die ganze Wahl auch nach den Kriterien der bürgerlichen Demokratie zum bloßen Schwindel:

– Während für die Juntapropaganda sämtliche Medien, öffentliche Veranstaltungen usw. zur Verfügung standen, erhielt die Opposition – und das heißt auch nur die Christdemokratie mit Frey – nur einige Minuten in kleinen regionalen Radiosendern. Wer offen das Nein zur Verfassung propagierte, mußte mit Verhaftung rechnen. Rund 200 Menschen wurden in den Tagen vor der Wahl wegen *„Verbreitung von subversiver Literatur“* in Haft genommen („FR“, 13.9.80).

– Die Überwachung der Wahl wurde von Regierungsbeamten vorgenommen, Wahlvorstände wurden aus regierungstreuen Kreisen zusammengesetzt, z.B. Angestellte der Bank von Chile, Spitzenfunktionäre der

sendern. Wer offen das Nein zur Verfassung propagierte, mußte mit Verhaftung rechnen. Rund 200 Menschen wurden in den Tagen vor der Wahl wegen *„Verbreitung von subversiver Literatur“* in Haft genommen („FR“, 13.9.80).

– Die Überwachung der Wahl wurde von Regierungsbeamten vorgenommen, Wahlvorstände wurden aus regierungstreuen Kreisen zusammengesetzt, z.B. Angestellte der Bank von Chile, Spitzenfunktionäre der

Luftfahrtgesellschaft und multinationaler Konzerne („FR“, 13.9.80).

– Das Wahlergebnis wurde von der Regierung verkündet.

– Daß Wahlbetrug ohne Schwierigkeiten machbar war, bewies ein ehemaliger DC-Abgeordneter. Er wischte sich die Farbe, die angeblich 12 Stunden halten und damit eine Doppelabstimmung verhindern sollte, vom Daumen und kratzte den Aufkleber aus dem Personalausweis. Dann zeigte er sich wegen Wahlbetrugs selber an und wurde prompt verhaftet („SZ“, 15.9.80).

– Abgestimmt werden konnte schließlich nur mit Ja oder Nein, obwohl es um die Entscheidung unterschiedlicher Fragen ging. Wer so für die Einführung der Verfassung war, mußte gleichzeitig der Wahl Pinochets auf 17 Jahre zustimmen.

Die ganze Vorbereitung und Durchführung des Wahlmanövers zeigt, daß offensichtlich eine begrenzte und deutlich eingeschränkte Opposition zugelassen werden soll, die von der rechten Christdemokratie und Eduardo Frey getragen wird. Allen anderen oppositionellen Strömungen und erst recht die Linke sind nach wie vor Freiwild für die Repression.

Trotzdem scheint es der Linken gelungen zu sein, die Situation für ein massives breites Auftreten zu nutzen: all die Demonstrationen, Blitzkundgebungen, die Flugblattverteiler auf den Straßen und die überwältigende Ablehnung des Verfassungsentwurfs in einigen Arbeitergebieten geben Hoffnung.

Interessant ist, daß KP-Chef Corvalan vor kurzem über Radio Moskau (eins der wichtigsten Informationsmittel der Linken) zum bewaffneten Kampf aufgerufen haben soll (laut „NZZ“, 12.9.80). Dies könnte ein weiteres Anzeichen dafür sein, daß der radikale und militante Widerstand, der sich nicht auf die Opposition der Christdemokratie um Eduardo Frey festlegen läßt, sich weiter gefestigt und auch quer durch die Organisationen der Linken verbreitert hat.

Lateinamerikakommission



Demonstration gegen die Abstimmung vom Chile-Komitee in New York City

Gemeinsamer Aufruf der Bolivienkomitees, CONADE, der BRD

DAS KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATIE IN BOLIVIEN (CONADE)
in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin ist in der Stadt Frankfurt/Main am 23./24. August 1980 zusammengetreten. Anwesend waren die Vertretungen von 21 Regional-Komitees. Wir möchten der deutschen Presse folgende Forderungen und Beschlüsse bekanntgeben:

FORDERUNGEN AN DAS PARLAMENT UND DIE BUNDESREGIERUNG DEUTSCHLAND

- *Nocheinmal die Nichtanerkennung der Militärdiktatur um Garcia Meza*
- *Druck auf die Militär-Diktatur in Argentinien, damit die Einmischung in interne Angelegenheiten Boliviens aufhört und auf die anderen Militär-Dikaturen im Süden des Kontinents, damit sie nicht zur Stabilisierung des Regimes Garcia Meza beitragen*
- *Ebenso die ersten beiden Punkte auf EG-Ebene vorzubringen, um einen einstimmigen Beschluß auf europäischer Ebene herbeizuführen*
- *Auf wirtschaftlichem Gebiet erneuern wir unsere Forderung an Parlament und Bundesregierung, daß jede Art von wirtschaftlicher Hilfe für die Militär-Diktatur gestoppt wird, (auch diplomatische und kulturelle) insbesondere aber die Bürgschaften für die private Entwicklungshilfe einzufrieren bis zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Bolivien*
- *Auf dem Gebiet des Asyls fordern wir Bundesparlament und -regierung, Länderparlamente und Länderregierungen auf, daß die Ausreise und die Aufnahme von politischen Gefangenen und in den Botschaften Asylierten mittels der deutschen Botschaft in La Paz ohne Diskriminierung in die Wege geleitet wird*
- *Wir fordern die Bundesregierung und die Gewerkschaften und politischen Parteien auf, sich den Forderungen des Volkswiderstandes in Bolivien anzuschließen und ihn materiell zu unterstützen*

AUFRUF AN DIE DEUTSCHEN ARBEITER UND IHRE GEWERKSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN:

- *Wir rufen die deutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaftsorganisationen auf, sich mit dem Kampf der bolivianischen Arbeiter zu solidarisieren und einen wirtschaftlichen Boykott gegen die Militärjunta durchzuführen*

AUFRUF AN DIE KIRCHLICHEN INSTITUTIONEN UND WÜRDENTRÄGER:

- *Wir rufen die deutsche Bischofskonferenz und den evangelischen Kirchenrat auf, sich mit ihren Amtsbrüdern in Bolivien zu solidarisieren, die sich auf die Seite des bolivianischen Volkes gestellt haben*
- *Wir verlangen die ständige Präsenz in Bolivien von internationalen Organisationen, wie das Internationale Rote Kreuz, der Kommission für Menschenrechte der UN, amnesty international und internationale Gewerkschaftsvertreter, die über die Einhaltung der Menschenrechte und der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten in Bolivien wachen sollen.*

** „Bürgschaften für die private Entwicklung“ ist hier sehr mißverständlich. Es sollte besser heißen: „Bürgschaften für private Investitionen und Geschäfte.“*

Spendenkonto: Christian Wienberg, Sonderkonto B PschA Hamburg 46496-205

Kontinuität der deutschen Wirtschaftsinteressen in Bolivien

1961: *Durch Beteiligung am Plan Triangular, der dem Ausland zu einer verstärkten Kontrolle der Rohstoffe verhilft, werden deutsche Experten und Firmen im Minensektor tätig. Das führt dazu, daß die deutsche Wirtschaft sich anscheinend in Bolivien so sicher fühlt, daß sie sich mit*

Stellung ausbauen und sich für kommende große Projekte profilieren (z.B. Erzabbau in El Mutun, dem größten noch nicht angestochenen Eisenerzlager der Welt). Das Karachipampa-Projekt kommt unter massiver Kreditunterstützung der Bundesregierung zustande.

Kontinuität der deutschen Wirtschaftsinteressen in Bolivien

1961: *Durch Beteiligung am Plan Triangular, der dem Ausland zu einer verstärkten Kontrolle der Rohstoffe verhilft, werden deutsche Experten und Firmen im Minensektor tätig. Das führt dazu, daß die deutsche Wirtschaft sich anscheinend in Bolivien so sicher fühlt, daß sie sich mit*

ihrer Zinnerzversorgung spätestens ab '68 fast ausschließlich auf Bolivien verläßt.

Ende 60-ger Jahre: *Dem deutschen Klöcknerkonzern gelingt es, den Auftrag für den Bau der ersten Zinnverhüttungsanlage in Bolivien zu erhalten. Dabei wird sicher die Präsenz deutscher Techniker, die dadurch geknüpften Beziehungen und das dadurch erworbene Spezialwissen über die bolivianischen Verhältnisse eine Rolle gespielt haben. Fertigstellung des Werks in Vinto 1971.*

Mitte 70ger Jahre: *Bei der dadurch entstehenden totalen technologischen Abhängigkeit der staatlichen Hüttengesellschaft (ENAF), ist es sicher kein Wunder, daß ausgerechnet eine Klöckner-Tochterfirma die Ausschreibung für das Blei-Silber-Werk in Karachipampa durchgeführt und dabei der Firma Klöckner den Hauptteil des Auftrags zuschanzt. Vorgesehene Fertigstellung des Werks: 1982. Klöckner kann dadurch ihre*

Stellung ausbauen und sich für kommende große Projekte profilieren (z.B. Erzabbau in El Mutun, dem größten noch nicht angestochenen Eisenerzlager der Welt). Das Karachipampa-Projekt kommt unter massiver Kreditunterstützung der Bundesregierung zustande.

1977: *Als sich abzeichnet, daß die bolivianischen Zinnminen immer unergiebiger werden, begann die BRD sich auch anderswo mit Zinnerz einzudecken.*

1979: *Es wird bekannt, daß eine deutsche Firma in Hamburg das Monopol für Europa hat, das in Bolivien verhüttete Zinn anzubieten. Wenn die Deutschen schon die Technologie liefern, können sie doch hinterher auch das Geschäft mit der Vermarktung machen, oder?*

1980: *Es gibt einen Putsch in Bolivien, viel Blut wird vergossen, aber es liegen noch viele Rohstoffe in Bolivien. Durch das praktische Monopol eines deutschen Konzerns im bolivianischen Hüttenwesen sind die deutschen Rohstoffinteressen für die Zukunft gesichert – auch der deutsche Einfluß.*

Auszug aus dem Bolivien-Info Initiativgruppe Dritte Welt – 3. Welt-Laden

Wieder Krieg gegen die Palästinenser?

Mit dem Beschluß, auch den arabischen Teil Jerusalems zu annektieren, hat die israelische Regierung die sog. „Autonomie“-Verhandlungen erneut scheitern lassen. Sie hat – ungeachtet internationaler Proteste – nun auch im Falle Jerusalems vollendete Tatsachen geschaffen und durch das unverfrorene Vorgehen gegen den Verhandlungspartner Ägypten im Grunde jede Grundlage für weitere Verhandlungen beseitigt. Die mit dem Friedensvertrag (März 1978) verknüpften Verhandlungen über einen „autonomen“ Palästinenserstaat bildeten die Rechtfertigung des ägyptischen Regimes, den Friedensvertrag zu schließen.

Die Vereinbarungen von Camp David, der Friedensvertrag und die „Autonomie“verhandlungen wurden von den in ihren elementarsten Rechten betroffenen und von den Verhandlungen ausgeschlossenen Palästinensern von Anfang an strikt zurückgewiesen. Gerade das palästinensische Volk mußte erleben, daß im Schutze der Verhandlungen umso eifriger alle Vorbereitungen für die endgültige Einverleibung der besetzten Gebiete in den zionistischen Staat betrieben wurde: Enteignungen wurden im großen Stil vorgenommen, der Bau von Siedlungen wurde beschleunigt, die „Siedler“ sind zunehmend in bewaffneten Banden organisiert, die den Terror gegen die palästinensische Bevölkerung verstärken.

Selbstverständlich kann Israel diese provokatorische, alle internationalen Rechte mißachtende Politik nur mit Rückendeckung und massiver Unterstützung der imperialistischen Staaten, insbesondere des US-Imperialismus , durchführen. Wie sehr diese expansive Politik Israels den Interessen der Imperialisten dient, wird nicht nur an dem sprunghaften Anstieg der finanziellen und militärischen Hilfe durch die USA gerade während der Verhandlungen deutlich. US-Präsident Carter faßte die gemeinsamen Interessen Israels und der USA vor einer zionistischen Organisation kürzlich so zusammen: *„Die USA und Israel können sich in Zeiten des Krieges aufeinander verlassen.“*

Die Annexion Jerusalems

Am 30. Juli wurde in Israel ein Gesetz verabschiedet, in dem es heißt: *„Das vereinigte Jerusalem ist in seiner Gesamtheit die Hauptstadt Israels.“* Das bedeutet, daß nicht nur der Westteil der Stadt, der 1948 von den Zionisten besetzt worden war, sondern auch die Altstadt und der arabische Ostteil, die Israel im Junikrieg 1967 besetzt hatte, offiziell dem zionistischen Staat einverleibt worden sind.

Gegen diese „Vereinigung“ Jerusalems auf der Grundlage von militärischer Gewalt gab es Proteste aus allen arabischen Ländern. In einer Entschließung des UN-Sicherheitsrates wurde die Annexion verurteilt, das „Jerusalem-Gesetz“ für „null und nichtig“ erklärt und seine Rücknahme verlangt („Hamb. Mopo“, 22.8.80).

Solche UN-Beschlüsse haben allerdings in den vergangenen 13 Jahren nichts am Vorgehen Israels geändert. Palästinenser konnten nicht legal nach Jerusalem ziehen. Palästinensische Grundstücke wurden mit der Begründung enteignet, daß die *„Araber versuchten, auf diesen Ländereien illegale Behausungen zu errichten“* (Wohnungsbauminister Levy). Insgesamt wurden seit 1967 vom arabischen Ostjerusalem 1.700 Hektar vereinnamt. Die Stadt wurde mit einem Gürtel festungsartiger jüdischer Wohnsiedlungen umgeben. *„Diese Landenteignungen waren offensichtlich strategischer und nicht emotionaler Natur. Ihr Ziel war tatsächlich, einen neuen Wall zu schaffen. Dieser Wall von Häusern soll die Grenzen der Stadt in Stein festlegen“* („Jerusalem Post“, 17.3.80, nach: „Neues Deutschland“, 20.3.80).

Es ist den Zionisten völlig klar, daß der Status von Jerusalem einen außerordentlich kritischen Punkt darstellt. Selbst die reaktionärsten arabischen Regimes haben immer wieder betont, daß Jerusalem eine gewisse Unabhängigkeit erhalten müsse. Die Zionisten nehmen hierauf keine Rücksicht. Mit der Annexion der Stadt wurde eine bewußte Provokationsstrategie eingeleitet (weitergeführt), die jede „Friedens“-verhandlung ad absurdum führt.

Autonomieverhandlungen – vollendete Tatsachen

In den Begleitbriefen zum Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel war vorgesehen gewesen, bis zum 26. März 1980 ein Abkommen über „die volle Autonomie“ der Palästinenser im Westjordanland und Gaza zu erreichen. Die ägyptische Seite hatte drei Punkte genannt, die Voraussetzung für eine solche Übereinkunft sein müßten:

– Die Autonomie der Palästinenser muß Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und Exekutive (Regierungsgewalt) umfassen,
– es dürfen keine weiteren Siedlungen errichtet werden als zum Zeitpunkt des Vertrages von Camp David bestanden haben, auch nicht wenn Israel dafür „Sicherheitserwägungen“ vorschiebt,
– das arabische Jerusalem muß einen integralen Bestandteil von Westjordanien bilden und darf *„unter keinen Umständen unter die Herrschaft Israels gebracht werden“* („Le Monde“ – „LM“, 22.3.80).

In allen drei Punkten hat Israel aber inszwischen vollendete Tatsachen geschaffen. Es gibt nichts mehr, worüber tatsächlich verhandelt werden könnte. Trotzdem sollen die Gespräche weitergehen. Auch das ägyptische Regime ist dazu nach wie vor bereit („FR“, 4.9.80 und 5.9.80). Die „Autonomieverhandlungen“ haben die wichtige Aufgabe, scheinbar noch vorhandene Kompromißmöglichkeiten vorzuspiegeln.

Erinnern wir uns: Als vor drei Jahren der „Friedensprozeß“ begann, war es die wichtigste Rechtfertigung Sadats, daß er den Palästinensern Autonomie in Westjordanland und Gaza bringen werde. Davon ist nichts übrig geblieben: *„Von einer Verbindung zwischen Friedensvertrag und Palästinenser-Autonomie, nach Camp David noch eine conditio sina qua non* (Bedingung ohne die nichts geht – Anm. AK) *Ägyptens, spricht heute niemand mehr“* („SZ“, 17.11.79).

Der „Friedensvertrag“ – ein taktisches Manöver

Auch der vor eineinhalb Jahren

Auch der vor eineinhalb Jahren geschlossene „Friedensvertrag“ steht schon in Zweifel. Israel will sich nicht auf die im Vertrag vereinbarte, unverletzliche und „endgültige internationale Grenze“ zu Ägypten zurückziehen!

Der Vorsitzende des Ausschusses für Außenpolitik und Verteidigung im israelischen Parlament, Moshe Arens, sprach vor einem Monat in der israelischen Siedlung Yamit auf der Sinaihalbinsel. Diese Siedlung wurde nach 1967 auf besetztem ägyptischem Gebiet errichtet und inzwischen zu einer befestigten Stadt ausgebaut. Arens sagte, *„viele Israeli begännen sich zu fragen, ob eine Rückgabe des zweiten Teils des Sinai nicht zu risikoreich sei. Er beschwor die Mitglieder der Organisation 'Maos Etzel', die für dauernde israelische Solidarität über den Nordsinai kämpfen, bis zum letztmöglichen Moment im Nordsinai durchzuhalten ... Die Siedler begrüßten das Gesetz über Israels Souveränität in Jerusalem. Sie hoffen, ein ähnliches Gesetz werde bald für Nordsinai verabschiedet.“* („NZZ“, 27.7.80)

Ein solches Gesetz wäre ein klarer Bruch des Friedensvertrages (siehe Karte). Trotzdem wurde es von der israelischen Regierung in diesem Sinne ausführlich diskutiert. Finanzminister Horowitz bezeichnete auf einer Kabinettssitzung den Friedensvertrag als *„eine vorübergehende Situation“*. Aus diesem Grunde solle Israel die Gebiete auf der Sinaihalbinsel, die in zwei Jahren an Ägypten zurückgegeben werden sollen, behalten („SZ“, 22.7.80). Er habe Zweifel, ob der Frieden langfristig erhalten bleiben könne. Ebenso äußerte sich Transportminister Landau.

Ein ähnlicher Gesetzesvorschlag wird zur Zeit für die besetzten syrischen Golanhöhen vorbereitet. Daraus läßt sich schließen, daß eines der taktischen Ziele Israels beim Abschluß des Friedensvertrages mit Ägypten war, den Rücken frei zu bekommen für die Verewigung der Besetzung der 1967 eroberten Gebiete.

Doch die zionistischen Drohungen gehen noch weiter. Südlibanon wird mehr und mehr zu einem neuen besetzten Gebiet. *„Ich sage, daß wir das Recht sogar auf das Gebiet des heutigen Jordanien haben. ... Wenn wir heute vom ‚Land Israel' sprechen, so meinen wir nur ein Minimum“* (Israels Außenminister Shamir, nach „ND“, 13.3.80).

Militär errichtet neue Stützpunkte

Die Zeit seit 1967 wurde von den Zionisten zielstrebig genutzt. 33 % des Bodens in Westjordanland sind bereits für jüdische Siedlungen und Militärstützpunkte aufgekauft oder enteignet worden, 88 Siedlungen

wurden seit 1967 errichtet („SZ“,

wurden seit 1967 errichtet („SZ“, 14.7.80). In einem 10-Jahres-Plan sollen für vier Mrd. Dollar weitere 10.000 Häuser gebaut werden („Neue Zeit“, 5/80).

Wenn es im Abkommen von Camp David heißt, daß sich die israelischen Truppen in den besetzten Gebieten auf „bestimmte Sicherheitsstandorte“ zurückziehen sollen, so sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Die Zionisten haben zusätzliche Truppen, die beim Abzug von einem Teil der Sinaihalbinsel frei geworden sind, nach Westjordanland verlegt und errichten dort Militärlager. Israelische Zeitungen berichten, daß die Arbeiten „intensiv fortgesetzt“ werden, um die Anlagen vor einer Autonomieregelung fertiggestellt zu haben („taz“, 14.4.80).

Heute und in Zukunft: Keine Rechte für die Palästinenser

Im Januar dieses Jahres legte die Begin-Regierung einen Autonomie-Plan vor, als Grundlage für die Verhandlungen mit Ägypten. Danach soll ein palästinensischer „Verwaltungsrat“ sich mit Angelegenheiten wie Landwirtschaft, Gesundheit, Müllabfuhr und Straßenbeleuchtung „befassen“ (von „beschließen“ ist nie die Rede) („Welt“, 20.2.80 und „FAZ“, 7.1.80). Selbstverständlich soll der Verwaltungsrat über Dinge wie Außenpolitik und Militär nicht beraten.

– Der Verwaltungsrat soll sich mit der Landwirtschaft befassen, aber er hat nichts zu sagen zu Landbesitz, Wasser und öffentlichen Ländereien.
– Der Verwaltungsrat soll Verantwortung für die Polizei übernehmen und Gefängnisse beaufsichtigen, er hat aber nichts zu sagen zu den Gesetzen und Gerichten.
– Unter israelischer Verwaltung bleiben Bodenschätze und Energie,
– Banken und Versicherungen,
– die Ausgabe von Geld und Briefmarken,
– Post, Telegrafie und Telefon.

Vor allem bleiben ausschließlich israelisch natürlich

– „innere Sicherheit“
– Radio und Fernsehen
– sowie die israelischen Siedlungen („LM“, 1.2.80; „FAZ“, 21.1.80; Israelischer Rundfunk, 29.1.80).

„Israels Recht auf Siedlungen in ‚Eretz Israel' (d.h. vom Euphrat bis zum Nil – Anm. AK) *steht nicht einmal zur Diskussion“* (Begin, nach „NZZ“, 8.3.80).

Das ist kein Witz, das ist der Stand des israelischen Angebots für die „Autonomieverhandlungen“! Es geht also nur noch darum, dem bestehenden Zustand der Rechtlosigkeit und Besatzung das Prädikat „Autonomie“ zu verleihen. **Diese Art von Autonomie steht nicht im Gegensatz zur israelischen Besetzung, sondern soll die Besetzung komplett machen.**

Palästinensische Verhandlungs-

Palästinensische Verhandlungspartner nicht benötigt

Es gibt sicher Palästinenser, die bereit wären, einen Posten im „Verwaltungsrat“ o.ä. im Sinne der Zionisten auszufüllen. Angesichts der Breite des Widerstandes im palästinensischen Volk kann es aber für ein solches „Autonomieangebot“ keine palästinensischen Verhandlungspartner geben.

Verhandlungen mit Sadat über diese „Autonomie“ sind im Interesse Israels, Verhandlungen mit Palästinensern dagegen nicht. Denn selbst der reaktionärste Palästinenser müßte mehr verlangen und mehr erhalten als Israel zugestehen will, auch wenn solche Verhandlungen nur einen Propagandawert haben sollen.

Aber selbst wenn sich kein Verhandlungspartner für dieses schmutzige Geschäft findet, ist auch dafür schon vorgesorgt: *„Ich befürchte, daß die palästinensischen Araber nicht bereit sein werden, mit Israel über dieses Programm zu verhandeln. ... Sie bestehen darauf, daß ihre Führerschaft die PLO ist und daß sie einen souveränen Palästinenserstaat wollen. ... In dieser Situation muß Israel die Initiative ergreifen. ... Notfalls müssen wir einseitig vorgehen ...“* (Mosche Dajan, in „Stern“, 28.2.80).

US-Unterstützung für Israel

Während des „Friedensprozesses“ wurde immer wieder behauptet, es gebe schwere Differenzen zwischen den USA und Israel. Carter übte Kritik an Begins Haltung, die USA enthielten sich im Weltsicherheitsrat der Stimme und ähnliche Mätzchen mehr. Ganz anders sieht jedoch das praktische Verhältnis aus. Israel wird in diesem Jahr insgesamt drei Mrd. Dollar Hilfsgelder von den USA erhalten. Eine Mrd. Dollar davon sind Militärhilfe, womit Israel den höchsten Anteil aller Länder an der US-Militärhilfe hat. Die Hälfte davon ist geschenkt. Die Militärhilfe wird verdoppelt durch eine Sonderhilfe, die angeblich für die Verlegung von Militärflugplätzen von Sinai nach Südisrael bestimmt ist, in Höhe von 3,2 Mrd. Dollar in drei Jahren. Davon ist ein Drittel geschenkt und der Rest ein sehr langfristiger Kredit. Weiterhin erhält Israel 785 Mio. Dollar „wirtschaftliche Unterstützung“, wovon zwei Drittel geschenkt sind sowie noch eine ganze Reihe kleinerer Beträge („Palästina-Bulletin“ 11/80).

In einer Rede vor dem „United Jewisch Appeal“ (israelische Unterstützungsorganisation in den USA) sagte Carter, Israel sei *„eine bedeutende Macht in der Region“* (d.h. im arabischen Raum) und spiele *„eine lebenswichtige Rolle für deren Stabilität“* (d.h. für die Herrschaft des Imperialismus dort). Die Unterstützung für Israel liege im Rahmen der *„amerikanischen Prinzipien und strategischen Interessen“*. Ein unabhängiges Palästina dagegen würde *„ein Faktor der Unruhe im Mittleren Osten sein“*. Deshalb sei es *„Zeit, den Terrorismus gegen Israel und sein Volk zu stoppen.“ „Die USA und Israel können sich in Zeiten des Krieges aufeinander verlassen.“* („Palästina Bulletin“ 9/80) Das ist wohl deutlich genug. Dies sind nach dem Friedensgerede neue Drohungen mit dem Krieg!

Der Traum ist aus

Nachdem offensichtlich geworden ist, daß es im Rahmen des „Friedensprozesses“ weder einen palästinensischen Ministaat noch tatsächliche Autonomie geben wird, ist den kompromißlerischen palästinensischen Kräften der Boden entzogen. Leider folgt daraus nicht automatisch eine Stärkung der revolutionären Kräfte.

Die Gemäßigten, die davon ausgegangen waren, daß eine Zerstörung des zionistischen Staates unmöglich, aber eine Kompromißlösung erreichbar sei, sehen sich enttäuscht: *„Diesem unschuldigen Wort ‚Autonomie' sind viele gutwillige Leute auf den Leim gegangen; sie sind der ehrlichen Meinung, daß die Palästinenser mit dieser ‚Autonomie' die nationale Unabhängigkeit genießen können, die das unveräußerliche Grundrecht jedes Volkes ist. Aber die Realität sieht anders aus. Die ‚Autonomie' ist ein Schwindel. Was für eine Freiheit wird das sein, die wir auf der Westbank und im Gaza-Streifen unter dem ‚Autonomie'-Plan genießen werden? Israelische Truppen werden als Besatzung bleiben, die Kontrolle über die innere Sicherheit wie auch über das Kommen und* *die Kontrolle über die innere Sicherheit wie auch über das Kommen und* *Gehen unseres Volkes über die Jordan-Brücken wird weiterhin in der Hand Israels liegen; die seit 1967 errichteten israelischen Siedlungen werden bestehen bleiben und neue werden hinzukommen. Ist das ‚palästinensische Unabhängigkeit'? Welche Rechte werden wir denn haben? Das Recht, kommunale Steuern einzuziehen und unsere Kläranlagen zu kontrollieren? Ich habe nichts gegen die gesicherte Existenz des Staates Israel – innerhalb seiner anerkannten Grenzen. Aber wir Palästinenser wollen einen eigenen Staat mit einer eigenen Flagge und einer eigenen Hymne. Wir wollen unsere eigene nationale Identität. Wir wollen die Interessen unserer vertriebenen Brüder in der palästinensischen Diaspora sichern. Wir wollen die arabischen Rechte in Jerusalem wahren. Diese sogenannte Autonomie gibt uns keines dieser Rechte. Im Gegenteil, der Plan ist der Versuch, die Sache der Palästinenser für immer zu begraben: er soll das Gewissen der Welt entlasten, indem er den Eindruck erweckt, als sei das Palästinenserproblem ‚gelöst', während wir weiter unter dem israelischen Joch bleiben. Ich lehne die ‚Autonomie' ab, die uns aufgezungen werden soll, weil sie ein gigantischer Betrug ist, nur dazu bestimmt, Palästinenser, Israelis und Weltöffentlichkeit irrezuführen“* (Raymonda Tawril in ihrem Buch 'Mein Gefängnis hat viele Mauern').

Hierüber sind keine Verhandlungen mehr möglich: *„Ich glaube nicht, daß irgendein Palästinenser zu Verhandlungen bereit sein wird, solange wir nicht selbst über unsere eigene Zukunft bestimmen können. Ich denke nicht, daß irgendein Palästinenser akzeptieren wird, daß das Westufer ein Teil Israels ist, und danach dann über Dinge wie Erziehung oder Gesundheitswesen diskutiert, was Begin, Carter und Sadat unter Autonomie verstehen“* (Fahd al Quasmeh, Bürgermeister von Hebron, in „PFLP-Bulletin“ 27).

Die politisch verantwortlichen Kompromißpolitiker in der PLO-Führung bleiben weiter bei der Mischung von Verhandlungsangeboten und leerer Kraftmeierei. Die PLO-Führung habe in den letzten Jahren durch die Befürwortung politischer Lösun-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Wieder Krieg gegen die Palästinenser?

gen *„ihre politische Reife und ihr Verantwortungsgefühl bewiesen“*. Doch es sei die Absicht Israels, die Palästinenser in eine Radikalisierung hineinzutreiben und sie dem Einfluß der PLO-Führung zu entziehen. *„Die PLO ist jetzt gezwungen, mit anderen Mitteln zu antworten“* (So Abdallah Frangi, Vertreter der PLO in Bonn, nach „SZ“, 22.8.80).

Selbst ausgesprochen reaktionäre palästinensische Politiker wie der Bürgermeister von Gaza, Asch Schawa, erklären ihr Bedauern: *„Die Kluft ist zu groß“* sagte er zu dem US-Sonderbotschafter Linowitz, *„in der augenblicklichen Situation gibt es keinen Raum für die Beteiligung irgendwelcher Palästinenser an irgendeiner Art von Verhandlungen. Das Beste, was getan werden kann, ist eine Fortsetzung der Gespräche zwischen Ägypten und Israel, in der Hoffnung, daß am Ende auch die Palästinenser hinzugezogen werden“* (Isr. Rundf., 30.1.80 und „D. Neue“, 1.2.80). Schawa lehnte auch den Vorschlag Sadats, die „Autonomie“ erst im Gaza-Streifen, also im Machtgebiet Schawas, einzuführen, ab („SZ“, 31.1.80).

Hinter diesen „standfesten“ Äußerungen von Kompromißlern steht die einhellige und kämpferische Ablehnung der Autonomiepläne durch die palästinensische Bevölkerung. Wir haben über den Widerstand in den besetzten Gebieten mehrfach berichtet.

PLO-Führung leugnet Ziele des palästinensischen Widerstandes

Es ist selbstverständlich, daß in den palästinensischen Befreiungsorganisationen die Folgerungen aus den Tatsachen diskutiert werden. Bezeichnend für die Lage des Widerstandes war der Kongreß der „Al Fatah“ im Mai dieses Jahres.

Fatah hatte seit fast zehn Jahren (!) keinen Kongreß mehr abgehalten, während bei den Mitgliedern und Kämpfern grundlegende Widersprüche zur Politik der Führung kochten. Der Kongreß bekräftigte nun, daß Fatah für *„die vollständige Befreiung Palästinas und die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina“* kämpft. Zwei „lin-

ung Palästinas und die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina“ kämpft. Zwei „lin-

ke“ Vertreter wurden in die Führung gewählt, der Rest der alten Führung, darunter Arafat als Vorsitzender, bestätigt („LM“, 3.6.80).

Die Forderung nach Befreiung ganz Palästinas ist eine bekannte und selbstverständliche Forderung der gesamten palästinensischen Befreiungsbewegung. Sie bedeutet die Zerstörung dieses z i o n i s t i s c h e n S t a a t e s Israel, Juden sollen zusammen mit den Palästinensern in einem demokratischen neuen Staat leben. Die meisten palästinensischen Organisationen, so auch Fatah auf dem Kongreß, fügen heute noch hinzu, daß sie bereit sind, auf jedem befreiten T e i l Palästinas einen Staat zu errichten.

Ebenso wie offensichtlich ist, daß die Hoffnung auf Verhandlungslösungen nur zur Schwächung des Widerstandes beigetragen hat, ist andererseits klar, daß die strategische Lösung der Befreiung ganz Palästinas durch bewaffneten Kampf weit von einer Verwirklichung entfernt ist. Leider scheint weit wahrscheinlicher, daß neue kriegerische Auseinandersetzungen vorbereitet werden, um den Nahen Osten im Sinne des US-Imperialismus zu „befrieden“.

Nahostkommission



China: Mao stirbt zum zweiten Mal

Anfang September hat in Peking die 3. Sitzung des 5.Nationalen Volkskongresses (NVK) stattgefunden. Mit diesem Auftritt wurde ein Schlußstrich unter die Übergangsphase nach dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 gezogen. Formal fand das seinen deutlichsten Ausdruck im Rücktritt des nach dem Rechtsputsch zum Mao-Abziehbild stilisierten Hua Guo-feng vom Amt des Ministerpräsidenten, d.h. des Regierungschefs. Sein Nachfolger wurde der seit Monaten systematisch aufgebaute Deng-Zögling Zhao Ziyang.

Hua bleibt - zumindest bis zum demnächst stattfindenden XI. Parteitag – Vorsitzender der KP Chinas. Dieser Posten hat allerdings durch die vor einigen Monaten erfolgte Einrichtung eines ZK-Sekretariats (mit einem Generalsekretär an der Spitze, dem Deng-Zögling Hu Yaobang) an Bedeutung verloren. Die als Rücktritt deklarierte Ablösung Huas vom Amt des Ministerpräsidenten wird offiziell damit begründet, daß man künftig eine Häufung von Staats- und Parteiämtern abbauen wolle. Ein Rückblick auf die Entwicklung seit dem Rechtsputsch zeigt aber, daß diese Begründung nicht das Wesen des Vorgangs trifft.

„Wenn du die Sache in der Hand hast, bin ich unbesorgt“

Der erste Zeitabschnitt nach dem Rechtsputsch reichte vom Oktober 1976 bis zur 3.Plenartagung des X. ZK im Juli 1977. Der Inhalt dieses Abschnitts bestand vor allem in der maximalen Isolierung der „Ultralinken“ und deren Zerschlagung. Um dies durchzusetzen, stellte das neue Regime Hua Guo-feng als direkten Erben und Nachfolger Mao Tse-tungs dar. Wichtigstes Legitimationsstück war ein Zettel Papier, auf den Mao angeblich kurz vor seinem Tod geschrieben hatte: „Wenn du die Sache in der Hand hast, bin ich unbesorgt“. Ebenso bizarr wie dieses Legitimationsstück waren die Versuche, Hua auch in Auftreten, Pose, Kostümierung, Fotoperspektiven usw. als Abziehbild des toten Mao in Szene zu setzen. Diese Komödie ging bis hin zu Gerüchten, Hua sei ein heimlicher Sohn Maos.

Um die angebliche Kontinuität des neuen Regimes mit der Politik Maos zu demonstrieren, erlebte die kultische Verklärung Maos einen – freilich kurzen – neuen Aufschwung. Symbol dieser Politik was das Mao-Mausoleum, dessen Bau vier Tage nach dem Rechtsputsch beschlossen

Symbol dieser Politik was das Mao-Mausoleum, dessen Bau vier Tage nach dem Rechtsputsch beschlossen

und knapp ein Jahr später abgeschlossen wurde. Ebenfalls gleich nach dem Rechtsputsch beschlossen wurde die (seit Jahren überfällige) Fortsetzung der Herausgabe von Maos „Ausgewählten Werken“ : Die bis dahin vorliegenden Bände 1 bis 4 umfaßten nur den Zeitraum bis 1949. Relativ rasch, im April 1977, erschien der Band 5, der bis Ende 1957 reicht. Seither war vom Fortgang der Herausgabe nichts mehr zu hören. (Der Hauptgrund dürfte sein, daß inzwischen Maos Politik zumindest seit 1958 unter Kritik geraten ist).

Deng kehrt zurück

Deng Hsiao-ping gilt als das „Steh-Auf-Männchen“ der chinesischen Politik. 1967 während der Kulturrevolution fiel Deng gemeinsam mit Liu Schao-tschi, mit dessen Fraktion und Politik Deng engstens verbunden war. Deng galt, nach Liu, als Nr.2 unter den „Machthabern auf dem kapitalistischen Weg“.

1973 kehrte Deng ins politische Leben zurück. In rascher Folge gewann er u.a. die Posten eines Vize-Parteivorsitzenden und eines Vize-Ministerpräsidenten. Als sich um den sterbenden Mao die Nachfolgekämpfe zuspitzten, stürzte Deng zum zweitenmal von der Leiter: Am 7. April 1976 beschloss das Politbüro einstimmig die Ablösung Dengs von allen Ämtern in Staat und Partei. Als Hauptgrund wurde angegeben, daß Deng für die „konterrevolutionären Zwischenfälle“ der Vortage (Demonstrationen gegen die „Ultralinken“ auf dem Pekinger Tien-An-Men-Platz) verantwortlich sei. Zugleich mit der Absetzung Dengs beschloß das Politbüro die Ernennung Huas zum Ministerpräsidenten und zum Ersten Vizeparteivorsitzenden.

Wie offiziell verlautete, ging die Absetzung Dengs durch das Politbüro direkt auf einen „Vorschlag“ Maos zurück. Unzweideutige Zitate Maos gegen Deng waren millionenfach durch die Medien verbreitet worden. Dieses Urteil konnte in den ersten Monaten nach dem Rechtsputsch nicht umgestoßen werden, ohne indirekt Mao selbst zu kompromittieren, durch den sich das neue Regime aber gerade zu legitimieren trachtete.

Der Druck der Deng-Fraktion war allerdings so stark, daß diese Phase nur wenige Monate dauerte: Bereits im März 1977 wurde parteiintern die Wiedereinsetzung Dengs vorentschieden, im Juli 1977 wurde sie vom ZK formal beschlossen.

Dengs Rache und Triumph

Dengs Wiedereinsetzung war für das neue Regime unumgänglich, da Deng den Technokraten, Wissenschaftlern, Betriebsleitern usw., die in der „Modernisierungs“politik eine Schlüsselstellung einnehmen, als Garant der angestrebten „Reformen“ erscheint. Andererseits warf Dengs Wiedereinsetzung aber auch die Frage nach den Umständen seiner Absetzung ein Jahr zuvor auf. Hierbei und bei der Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Tien-An-Men hatte sich eine Reihe von Spitzenpolitikern kompromittiert.

Der erste, der dies zu spüren bekam, war der Pekinger Bürgermeister **Wu Dö**, der im Herbst 78 diesen Posten verlor. Zugleich wurde die Verurteilung des „Tien-An-Men-Zwischenfalls“ aufgehoben und die Demonstrationen zur „revolutionären Massenaktion“ erklärt. Im März 1980, auf dem 5.Plenum des XI. ZK, verlor Wu Dö auch seinen Platz im Politbüro und alle sonstigen Partei- und Staatsämter. Ebenso erging es den Politbüro-Mitgliedern **Wang Dongxing, Ji Dengkui** und **Chen Xilian.** Als Chef einer Spezialtruppe für den Schutz der Partei- und Staatsspitze hatte Wang Dongxing eine Schlüsselrolle beim Rechtsputsch vom Oktober 1976 gespielt – zugleich war er aber in Zusammenhang mit der Ausschaltung Dengs im April 1976 kompromittiert. Ähnliches gilt für Chen Xilian (Militärkommandant von Peking) und Ji Dengkui (Erster Polit. Kommissar der in Peking stationierten Armeeinheiten, von diesem Posten bereits im November 1978 abgesetzt). Zugleich mit der Ausschaltung dieser vier Exponenten der 'maoistischen' Fraktion stärkte Dengs Fraktion ihre Stellung in der Parteispitze: Bereits auf der 3.Plenartagung des XI. ZK (Dezember 1978) waren vier zusätzliche Politbüro-Mitglieder ernannt worden, darunter **Hu Yaobang**, einer der Spitzenreiter der 'jungen Generation' der Deng-Fraktion. Im Januar 1979 wurde die Ernennung Hu Yaobangs zum G e n e r a l s e k r e t ä r der KP Chinas bekanntgegeben – dieses Amt hatte

nennung Hu Yaobangs zum G e n e r a l s e k r e t ä r der KP Chinas bekanntgegeben – dieses Amt hatte

Deng bis 1967, danach war es nicht wieder besetzt worden.

Das 5.Plenum des XI. ZK (März 1980) ernannte **Hu Yaobang** und **Zhao Ziyang** (der jetzige neue Ministerpräsident) zu Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros. (Zhao war bis dahin nur Kandidat des Politbüros gewesen). Außerdem wurde die Einrichtung eines Sekretariats des ZK unter Leitung von Generalsekretär Hu Yaobang offiziell vorgenommen.

Als weitere Ergebnisse brachte die Sitzung die **„Rehabilitierung“ Liu Schao-tschis** und die 'vorfristige' Einberufung des XII. Parteitags, für den ein Datum allerdings immer noch nicht bekannt ist.

Im April 1980 folgte außerdem die Ernennung von Zhao Ziyang zu einem der Stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Die „Entmaoisierung“

Die Partei- und Staatsspitze hat sich seit dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 erheblich verändert: Die 'maoistische' Fraktion, in der ersten Phase nach dem Putsch noch notwendiger Bündnispartner gegen die „Ultralinken“, hat überall ihren Einfluß verloren, wobei die oben skizzierte Entwicklung in der Spitze nur ein Abbild der Entwicklung auf a l l e n Ebenen ist. **Mao-Abziehbild Hua erscheint somit als überflüssig gewordenes Relikt einer Legitimation auf das ‚Erbe Maos‘, die heute eher zur Last geworden ist.**

Hua übernahm die Nachfolge Maos mit dem Versprechen, *„den Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-ping und gegen den auf Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Wind von rechts zu vertiefen“* (Aus Huas Trauerrede am 18.9.76). Mit den „richtigen Urteilen“ war die Verteidigung der positiven Bewertung der Kulturrevolution (1966 - 1968) gemeint.

Der erste Teil von Huas Versprechen („Kritik an Deng Hsiao-ping“) wurde bereits seit Ende Oktober 1976 nicht mehr öffentlich erwähnt. Mit der Verurteilung der Kulturevolution dauerte es etwas länger: Noch am 2. Juni 1978 wandte sich Deng in einer Rede gegen die Besorgnis „mancher Leute“, die Kampagne gegen die „Viererbande“ *„berge die Gefahr der Verneinung der großen Kulturrevolution in sich“. „Das ist falsch“*. Die „Viererbande“ habe die Kulturevolution „sabotiert“. Die Kampagne gegen sie ziele gerade darauf ab, **„die großen Erfolge der vom Vorsitzenden Mao eingeleiteten und geführten Kulturrevolution zu verteidigen“**. („Peking Rundschau“, 25/78, S. 21).

Auf der anderen Seite begann schon Ende 1977 eine Kampagne gegen die „zwei Einschätzungen“. Gemeint war damit die These, daß vor der Kulturrevolution auf den Gebieten der Kultur und der Erziehung/Ausbildung eine ‚bürgerliche Linie' vorgeherrscht habe. Diese „zwei Einschätzungen“ über die „17 Jahre“ (von der Gründung der Volksrepublik 1949 bis zum Beginn der Kulturrevolution 1966) wurde nunmehr total revidiert: In den „17 Jahren“ sei im wesentlichen eine korrekte Kultur- und Bildungspolitik gemacht worden.



Mao-Demontage in Peking.

Mao-Demontage in Peking.

Mit dieser Revision war notwendigerweise auch die Frage nach der Bewertung der Kulturrevolution verknüpft, da diese sich wesentlich durch die „zwei Einschätzungen“ begründet hatte.

Diese Umbewertung der Kulturrevolution ging schrittweise und kontinuierlich vor sich. Irgendein öffentlicher Widerstand gegen diese Revision, überhaupt nur eine kontroverse Debatte, war nicht zu erkennen.

Als Fazit konnte Hua im Juli dieses Jahres erklären: *„In den zehn Jahren der Kulturrevolution von der zweiten Hälfte 1966 bis zur zweiten Hälfte 1976 hat unsere Partei schmerzliche und schwerwiegende Fehler begangen. Als Vorsitzender der Partei trug Genosse Mao Zedong selbstverständlich die Verantwortung für diese Fehler“*. (Die chinesische Führung bezeichnet den ganzen Zeitabschnitt bis zum Rechtsputsch als „Kulturrevolution“; tatsächlich ging diese schon 1968 spätestens aber mit dem IX. Parteitag im Frühjahr 1969, zuende). Die Hauptursache für diese Fehler habe darin gelegen, daß die Partei *„eine den Tatsachen zuwiderlaufende Analyse der innerparteilichen und inländischen Lage“* gehabt habe. („Peking Rundschau“, 33/80, S. 15).

Zugleich wurde nun auch der Personenkult um Mao einer scharfen Kritik unterzogen: *„Infolge des Personenkults existierte lange Zeit ... eine eiserne Logik: Da alles von einem absolut zuverlässigen Führer geplant und arrangiert wurde, war es die Aufgabe aller anderen, die Absichten und Anweisungen dieses Führers in die Tat umzusetzen.... Das Resultat war die allgemeine Verknöcherung des Denkens und die Erstikkung des Parteilebens.*

Aufgrund des Personenkults war man der Meinung, daß alle Prinzipien und Vorschriften der Partei und des Staates keine bindende Kraft für den Führer hätten, weil er eine Ausnahme darstellte. Man erkannte nicht nur ein derartiges Privileg an und akzeptierte es, sondern es wurde sogar vertreten, daß die Konzentration der Macht in einer einzigen Person den höchsten Interessen der Partei und des Volkes entspräche. Dies führte dazu, daß der demokratische Zentralismus eine reine Formsache wurde und in machen Fällen sogar diese Formsache nicht einmal existierte. Unter dem Umstand, daß alles von einer Person entschieden wurde, konnte das politische Leben der Partei und des Staates allein von ihrem Willen kontrolliert werden. Selbst sein Temperament und seine individuellen Charaktereigenschaften konnten die Gesamtlage beeinflussen. Unter diesem Umstand waren nicht nur Fehler unvermeidlich, sondern entstanden notwendigerweise Katastrophen. Es war auch ziemlich schwierig, diese Fehler zu berichtigen, weil infolge der Untergrabung des demokratischen Zentralismus die notwendigen Mittel und Befugnisse verloren gegangen waren... Wenn ein Führer in Blindheit gerät, weil er infolge des großen Sieges überheblich und arrogant und wegen mehrmaliger Erfolge zu selbstsicher geworden ist, wird er seine eigene Bedeutung überschätzen und das Gefühl und die Wachsamkeit verlieren gegenüber den Versuchen, ihn zu verherrlichen und zum Gott zu erheben“. (Aus einem Artikel der „Renmin Ribao“ vom 4.7.80, zit. in der „Peking Rundschau“ 32/80, S. 20/21).

Ein mindestens ebenso schwerer Brocken wie die Demontage Maos war die Rehabilitierung des (1969 verstorbenen) Liu Schao-tschis, d e r negativen Symbolfigur eines „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg“ während der Kulturrevolution. Noch auf dem XI. Parteitag (August 1977) hatte Hua Liu als eines der in der Kulturrevoluion zerschlagenen *„drei bürgerlichen Hauptquartiere“* (neben Lin Biao und der „Viererbande“) und als *„besserungsunwilligen Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg“* tituliert. („Peking Rundschau“ 35/77, S. 34).

Der Rehabilitierungsbeschluß des 5. Plenums des XI. ZK (Februar 1980) besagt, daß Liu *„ein großer Marxist und proletarischer Revolutionär“* war, der *„stets loyal gegenüber Partei und Volk war“. „Da die Einschätzung der Lage in Partei und Land am Vorabend der Kulturrevolution der Realität völlig zuwiderlief, wurde fälschlicherweise und grundlos die Schlußfolgerung gezogen, innerhalb der Partei herrsche eine konterrevolutionäre revisionistische Linie und sodann, es existiere ein soge-*

halb der Partei herrsche eine konterrevolutionäre revisionistische Linie und sodann, es existiere ein soge-

nanntes bürgerliches Hauptquartier mit Genossen Liu Shaoqi an der Spitze“. Dies sei das **„größte Fehlurteil in der Geschichte unserer Partei“**. Der entsprechende Beschluß des 12. Plenums des VIII. ZK (Oktober 1968 – Verurteilung und Parteiausschluß Lius) wurde aufgehoben. („Peking Rundschau“, 10/80, S. 9).

Die parteioffizielle Totalverdammung der Kulturrevolution trifft nun auch deren „Modelle“ wie z.B. die Kommune von Datschai (Mao-Parole: „Lernt in der Landwirtschaft von Datschai“). Datschai galt in der Kulturrevolution als Modell für ein egalitäres Entlohnungs- und Verteilungssystem, zugleich aber auch als Modell für wirtschaftlichen Erfolg auf der Basis eines solchen Systems. Dies darf entsprechend dem neuen Dogma, daß „Gleichmacherei“ niemals Fortschritt und allgemeinen Wohlstand bringen könne, selbstverständlich nicht mehr sein.

So verkündete die Partei Anfang Juli dieses Jahres, Datschai sei zu Unrecht *„in den Himmel gehoben worden“*. Dies sei geschehen, *„weil viele seiner Praktiken der ultralinken Linie von Lin Biao und der Viererbande entsprochen“* hätten. In Wirklichkeit sei Datschai *„mit betrügerischen Mitteln und mit ungeheurem finanziellen Aufwand seitens der höheren Stellen aufgepäppelt“* worden. („Peking Rundschau“, 32/80, S. 5).

Prominentestes Opfer der Verdammung Datschais wurde der frühere Leiter von Datschai, Chen Yonggui: Auf der 3. Sitzung des 5. Nationalen Volkskongresses Anfang September verlor er seinen Posten als einer der Vize-Ministerpräsidenten. Es ist zu vermuten, daß auf dem bevorstehenden XII. Parteitag auch sein Ausschluß aus dem Politbüro erfolgen wird.

In den nächsten Tagen ist mit dem Beginn des Schauprozesses gegen die „Viererbande“ zu rechnen. Dieser Prozeß wird mit Sicherheit vor allem dazu benutzt werden, Mao Tse-tung und die mit seinem Namen verknüpfte Politik durch neue detailreiche „Enthüllungen“ noch mehr zu diskreditieren.

Polen nach den Streiks



it der Absetzung Giereks wurden die Umbesetzungen im zentralen Machtapparat der VR Polen abgeschlossen. Neuer Generalsekretär der PVAP ist Stanislaw Kania, der bislang zuständig war für ,innere Sicherheit' und die Beziehungen zur katholischen Kirche.

In einem Glückwunschtelegramm brachte die Sowjetunion ihre Vorstellungen über Kanias Aufgaben unter: Sie sei überzeugt, daß er *,,in kurzer Frist die komplizierten Aufgaben lösen werde''*. Kania sei ein Verbündeter, *,,der fest auf der Basis des proletarischen Internationalismus''* stehe, von dem also bedingungslose Treue zur SU erwartet wird.

Kania gehörte während der Streikwelle zu den Parteiführern, *,,die entschieden den Einsatz von bewaffneter*



Stanislaw Kania

Macht ablehnten'' (FAZ, 89.). In seiner Rede vor dem ZK-Plenum der PVAP, das ihn wie üblich ,,einmütig'' wählte, erklärte er:

„Schwere Fehler in der Wirtschaftspolitik und Entstellungen im gesellschaftlichen Leben waren die grundlegende Quelle dieser großen Streikwelle, die seit Juli durch Polen rollte
legende Quelle dieser großen Streikwelle, die seit Juli durch Polen rollte
und die heute noch andauert. (...) Das war ein Protest, der sich nicht gegen die Grundsätze des Sozialismus, nicht gegen unsere Bündnisse richtete".

Diese Feststellung ist angesichts der (im letzten AK zitierten) TASS-Äußerungen (,,konterrevolutionäre Zwekke'', ,,anti-sowjetische Elemente'' etc. pp.) wie auch diverser Ausfälle der PVAP selbst (,,antisozialistische Elemente'' in den Streikkomitees u.a.'') sehr wichtig. Sie kommt zumindest einer Erklärung, die Streikführer nicht zu verfolgen, gleich. Damit hat Kania ausdrücklich die Streiks als legitim anerkannt. Zu den Abkommen mit den Arbeitern äußerte Kania: *,,Wir werden darauf achten, daß alle diese Vereinbarungen erfüllt werden''*. Sein Hinweis auf reaktionäre Kräfte macht allerdings klar, daß diese Äußerung auch eine Warnung an die neuen Gewerkschaften enthält, die politischen Verpflichtungen, die sie in den Abkommen angenommen haben (Bekenntnis zum ,,realen Sozialismus''), äußerst ernst zu nehmen. Zu den wirtschaftlichen Problemen Polens brachte die Rede nichts Neues (,,Ruhe und Arbeit'').

Insgesamt stellt die Rede Kanias keine Änderung der Politik der PVAP dar, sie ist eher eine Zusammenfassung ihrer Positionen. Nicht einmal der Hinweis auf die SU fehlte: *,,Dieses Bündnis, das die Befreiung Polens brachte, hat große Bedeutung für die Garantie unserer gerechten, unantastbaren Grenzen...''*. Die Berufung Kanias auf den Posten des Ersten Sekretärs - statt, wie vielfach erwartet, Olszowski - ist eher ein Garantieversprechen für die Stabilität der PVAP-Politik (auch in Richtung Sowjetunion) als ein Zugeständnis an die Arbeiterklasse.

Ein aufrechter Kompromiß...

Wichtigster Bestandteil der Vereinbarung von Gdansk (die, wie das Parteiorgan ,,Trybuna Ludu'' ausdrücklich erklärte, für ganz Polen Gültigkeit besitzt) sind die von den Arbeitern durchgesetzten gewerkschaftlichen Rechte. Wörtlich heißt es in der Gdansker Vereinbarung (gemäß der offiziellen Übersetzung der polnischen Nachrichtenagentur ,Interpress'): *,,Die Tätigkeit der Gewerkschaften in der Volksrepublik Polen erfüllt die Hoffnungen und Erwartungen der Werktätigen nicht. Für sinnvoll erachtet wird die Schaffung von neuen, sich selbst regierenden Gewerkschaften, die echte Repräsentanten der arbeitenden Klasse sind''*. (Diese von MSK und Regierungsdelegation unterzeichnete Passage läßt sich eigentlich nur so interpretieren, daß es bislang keine ,,echten Repräsentanten der arbeitenden Klasse'' gab).

,,Das überbetriebliche Streikkomitee schafft neue, unabhängige und sich selbst regierende Gewerkschaften und stellt fest, daß diese die in der Verfassung der VRP verankerten Prinzipien nicht verletzen werden. Die neuen Gewerkschaften werden die sozialen und materiellen Interessen der Arbeiter schützen und haben nicht vor, die Rolle einer politischen Partei zu spielen. Sie stehen auf dem Boden des Prinzips, wonach die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, was wiederum die Grundlage für die in Polen herrschende Gesellschaftsordnung darstellt''. Die neuen Gewerkschaften sollen *,,die führende Rolle der [PVAP] i m S t a a t''* anerkennen und dürfen nicht *,,das festgelegte internationale Bündnissystem antasten''*.

Diese Passagen dienen wohl hauptsächlich zur Beruhigung der ,,sozialistischen Weltmacht'', die bereits 1968 in der CSSR und aktuell in Afghanistan bewiesen hat, daß sie bedrohlich erscheinende Entwicklungen im eigenen Machtbereich nicht hinnehmen will. Dieser Situation mußten die streikenden Arbeiter Rechnung tragen.

Die Regierung hat durch das Abkommen von Gdansk die Gültigkeit der *,,von Polen unterzeichneten Konventionen Nummer 87 der internationalen Arbeitsorganisation über die Gewerkschaftsfreiheit und den Schutz der Gewerkschaftsrechte sowie Nummer 98 über das Recht sich organisieren und Kollektivverhandlungen zu führen''*, zugesichert. Unmißverständlich heißt es im Protokoll: *,,Das Streikrecht wird im vorbereiteten Gesetz über die Gewerkschaften garantiert''* (Zitate aus ,,FR'' vom 6.9.).

tiert'' (Zitate aus ,,FR'' vom 6.9.).



Leninwerft: Das alte Gewerkschaftbüro wird geschlossen

Vereinbart wurde weiterhin, daß die Gewerkschaften an der auszuarbeitenden Wirtschaftsreform beteiligt werden sollen, die *,,sich auf eine grundlegend größere Selbstständigkeit der Betriebe und auf eine echte Teilnahme der Arbeiterselbstverwaltung an der Leitungsarbeit stützen''* soll.

Neben diesen politischen Vereinbarungen setzten die polnischen Arbeiter bedeutende soziale Verbesserungen durch. Zugesichert wurden ,,allmähliche Lohnaufstockungen für alle Berufsgruppen'' und als Sofortmaßnahme eine durchschnittliche Lohnerhöhung um zehn Prozent; *,,die Mindestaltersrenten und sonstigen Renten bis zum sogenannten sozialen Minimum ... heraufzusetzen''*; und *,,daß in den PEWEX-Geschäften* (wo zu ,kommerziellen Preisen' verkauft wird — AK) *keine Mangelwaren aus einheimischer Produktion verkauft werden''* [*FR*].

Die polnische Arbeiterklasse hat allerdings keineswegs alle ihre Forderungen durchsetzen können, sondern hat einen Kompromiß abgeschlossen. Die materiellen wie auch die politischen Forderungen wurden teils nur bedingt erfüllt, teils so schwammig formuliert, daß sie (je nach dem Kräfteverhältnis) Raum für Interpretation und Betrug lassen. In vielen Fragen wurde lediglich vereinbart, daß die Regierung die Forderungen ,,berücksichtigen'' werde oder daß sie bis Jahresende Vorschläge zur Realisierung auszuarbeiten hat. Dennoch bedeutet dieser Kompromiß einen großen Erfolg der polnischen Arbeiterklasse und kann keineswegs als fauler Kompromiß angesehen werden. Das Einigungsprotokoll von Gdansk, dessen breite Veröffentlichung in den polnischen Massenmedien selbst Bestandteil der Vereinbarung war, enthält nicht nur die Vereinbarungen, sondern daneben die weitergehenden Postulate des MSK, wodurch deutlich wird, daß dieser Kompromiß nicht als Aufgabe von Zielen, sondern als ein Schritt zu ihrer Realisierung interpretiert werden soll.



Lech Walesa, Streikführer in Gdansk und Gewerkschaftsführer der neuen autonomen Gewerkschaften

Lech Walesa erklärte namens des MSKs nach der Einigung im Fernsehen: *,,Wir haben alles erreicht, was* [*wir*] *in der gegenwärtigen Situation erreichen konnten. Wir werden auch den Rest erreichen, denn wir haben die wichtigste Sache, unsere unabhängigen Gewerkschaften. Das ist unsere Garantie für die Zukunft''* (zitiert nach FAZ vom 2.9.). Und: *,,Wir haben gezeigt, daß die Polen, wenn sie wollen, sich immer untereinander verständigen können. Das ist also ein Erfolg für beide Seiten. Wir werden uns daran erinnern''* (ebenda).

Der in Gdansk abgeschlossene Kompromiß hat durch die Durchsetzung gewerkschaftlicher Rechte die Ausgangsposition der Arbeiter für kommende Kämpfe entscheidend verbessert. Die Tragweite der Erfahrung, daß durch geschlossenes Handeln der Arbeiterklasse politische und soziale Rechte erkämpft werden können und eben nicht jeder Kampf gegen die
eben nicht jeder Kampf gegen die
neue Bourgeoisie ,,mit Gewalt, Blut und vollen Gefängnissen'' enden muß (wie die reaktionäre Presse hoffte), ist noch gar nicht abzusehen. Diese Erfahrung ist langfristig sicher der wichtigste Erfolg der polnischen Arbeiterklasse.

Stürmischer Aufbau der neuen Gewerkschaften

Nach der Unterzeichnung der Abkommen gehen die polnischen Arbeiter an den Aufbau der neuen Gewerkschaften. Mittelpunkt der Aktivitäten ist das überbetriebliche Streikkomitee, MSK, von Gdansk. Der Aufbau wird begleitet von kleineren Streiks in Bialystok, Eök, Olecko, Tarnow, Kamienna Gora usw. Nach Angaben des MSK sind *,,bisher im Küstenrevier über 85 Prozent der Werftarbeiter in die neue Gewerkschaft eingetreten''* (,,Spiegel'', 38/80). Auch in anderen Sektoren sollen sich die neuen Gewerkschaften rasch verbreitern. In Gdansk, im Raum Warschau, in Wroclaw (ehem. Breslau), in Waldenburg und im Raum Ursus haben sich bereits regionale Zentralen gebildet. Der Zentrale in Gdansk gehören bereits Vertreter aus 200 Betrieben an (,,SZ''). Die Vorstände der alten Gewerkschaften des Krankenhauspflegepersonals und der Volksschullehrer haben komplett ihren Austritt aus dem Zentralrat der alten Gewerkschaften (CRZZ) beschlossen und wollen sich als ,,autonome'' Gewerkschaften konstituieren. Ebenso soll es bei den Hafenarbeiten und Seeleuten stehen (FR, 15.9.). Eine offenbar zentrale ,,Gewerkschaft für Wissenschaft, Bildung und Technik'' wurde gegründet; im Kulturbereich bildete sich eine Initiative, die zugleich ankündigte, *,,der polnische Film wolle sich in Zukunft noch mehr mit den Problemen befassen, die die Bevölkerung bewegen''* (SZ, 15.9.). Der Vorstand der ausgetretenen Lehrergewerkschaft erklärte, er wolle auf eine *,,Aktionseinheit der Gewerkschaftsbewegung in Polen auf der Grundlage von Autonomie und Gleichberechtigung verschiedener Berufsgewerkschaften''* hinarbeiten. Die alte Metallarbeitergewerkschaft präsentierte die Absicht, eine Streikkasse einzurichten, und kündigte an, daß in Zukunft 60 % der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen an die Betriebsräte gehen sollen (FR, 16.9.).

Die neuen Gewerkschaften müssen sich gemäß Beschluß des Staatsrats beim Woiwodschaftsgericht in Warschau registrieren lassen. Dieses prüft die eingereichte Satzung der jeweiligen Gewerkschaft und entscheidet über ihre Zulassung. Diese Regelung soll solange gelten, bis das neue Gewerkschaftsgesetz in Kraft tritt. Die neuen Gewerkschaften werden am 17. September in Gdansk einen zentralen Kongreß abhalten. Delegierte werden aus Gdansk, Wroclaw, Szczecin, Krakau, Lublin, Poznan u.a. erwartet, d.h. aus allen Regionen Polens.

Angesichts der Verbreitung der neuen Gewerkschaften ist es noch nicht ausgemacht, ob die alten überhaupt bestehen bleiben oder ob ihnen
haupt bestehen bleiben oder ob ihnen
das zur Glaubwürdigkeit nötige Minimum an Masseneinfluß gänzlich abhanden kommt. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß auch in der PVAP-Spitze mit letzterer Möglichkeit gerechnet wird. Bei der Vereinbarung von Jastrzebie, die den großen Streik der Zechen beendete, wurde den Streikenden nicht nur die Gültigkeit der Gdansker Vereinbarung garantiert, sondern darüber hinaus die Deckung der entstehenden Verwaltungskosten der neuen Gewerkschaft ,,aus den Fonds der b i s h e r i g e n Gewerkschaften'' zugesagt (zitiert nach FAZ vom 6.9.).

Zugleich haben die Arbeiter gegen Behinderungen beim Gewerkschaftsaufbau zu kämpfen. *,,Seit Donnerstag [12.9.] streikt eine Kugellagerfabrik in Kielce, weil in dem Betrieb eine Mitteilung aushing, daß diejenigen, die den neuen Gewerkschaften beitreten wollen, auf verschiedene, mit den alten Gewerkschaften verbundene soziale und materielle Vorteile verzichten müßten''* (,,SZ'', 15.9.). Bei derartigen Behinderungen ist schwer einzuschätzen, ob sie zur Taktik der Staats- und Parteiführung gehören oder ob es isolierte Aktionen einzelner Funktionäre sind, die um ihre Pfründe bangen. Das recht bedeutende Vermögen der Staatsgewerkschaft ist jedenfalls ein noch nicht geklärtes Problem. Bei Massenaustritten aus den alten Gewerkschaften wäre ein Anspruch der neuen Gewerkschaften auf entsprechende Teile des Gewerkschaftsvermögens legitim. Weiterhin ist ungeklärt, ob die neuen Gewerkschaften ebenso wie die alten das Recht bekommen, Plätze in den Erholungsheimen zu verteilen und dergleichen mehr. Wichtiger als derartige Probleme sind jedoch die politischen Schwierigkeiten, vor denen die neuen Gewerkschaften stehen. Der neue 1. Sekretär der PVAP, Kania, äußerte auf einer Pressekonferenz in Katowice: *,,Wir müssen jetzt entschieden alle diejenigen bekämpfen, die diese Organisation entstellen und auf Positionen führen wollen, die dem Sozialismus und dem Interesse der Arbeiterklasse entgegengesetzt sind''*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

(„Welt", 10.9.). Dieser Mann will partout nicht begreifen, daß die neuen Gewerkschaften selbst entscheiden wollen, wer sie „entstellt" oder nicht. Sonderlich glaubwürdig macht er sich mit derartigen Schnacks sicher nicht. Den einen Tag zugeben, daß man in der Gewerkschaftsfrage allerlei falsch gemacht hat, den nächsten Tag schon wieder Vorschriften ...

Weitere Reformforderungen

Wie kaum anders zu erwarten, hat der Erfolg der Arbeiter auch andere Kräfte etwas mutiger werden lassen. Im polnischen Parlament gab es, was nicht gerade häufig ist, lebhafte Debatten. Die Vereinigte Bauernpartei Polens, die in der fast vollständig privaten Landwirtschaft eine starke soziale Basis besitzt, forderte öffentlich „mehr Mitsprache in den Angelegenheiten des Staates" („SZ", 15.9.). Eine Antwort der PVAP auf diese Forderung steht unseres Wissens noch aus.

Auf einer Rektorenkonferenz der polnischen Hochschulen sind *„weitgehende Veränderungen in Richtung auf größere Autonomie und Selbstverwaltung der Hochschulen und stärkere Mitbestimmung aller an den Hochschulen tätigen Gruppen, auch der Studenten"* von Regierungsvertretern angekündigt worden („FAZ", 15.9.).

Konkretes ist noch nicht bekannt, zumal das Studienjahr noch nicht begonnen hat. Diese sozusagen freiwilligen Reformversprechungen von oben deuten darauf hin, daß die PVAP mit Forderungen der Studenten rechnet.

Deutlich wird an diesen Beispielen, daß die polnische Arbeiterklasse nicht nur sich selbst, sondern der gesamten Bevölkerung einen Freiraum geöffnet hat. Die Chancen, Veränderungen durchzusetzen, stehen angesichts der akuten Schwäche der PVAP-Führung nicht schlecht. Diese dürfte nach der bisherigen Entwicklung zu allerlei Zugeständnissen bereit sein, wenn sie damit weitere „Unruhe" vermeiden kann.

Die PVAP versucht mit verschiedenen Mitteln, einem weiteren Autoritätsverlust entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck wurde neben einer Demokratisierung des Parteilebens auch eine „Säuberung" beschlossen. Die PVAP will sich von denen trennen,



„die in der schweren Prüfung der gegenwärtigen Ereignisse nicht die freiwillig auf sich genommenen Pflichten erfüllten und einen Standpunkt zeigten, der in Grundsatzfragen dem der Partei entgegengesetzt ist". Es gehe außerdem um *„die schmerzliche Angelegenheit der Reinigung unserer Reihen von Individuen, die die Ehrlichkeit verloren und den Versuchungen des leichten Lebens und der Bestechung erlagen"* („FR", 16.9.).

Reaktionen im RgW

Die RgW-Staaten haben recht unterschiedlich auf den „polnischen August" reagiert. Während die Sowjetunion noch immer nicht „ihre Bürger" über die Streikwelle informiert und selbst Kanias Debüt-Rede an wesentlichen Stellen „kürzte", hat Ungarn den wesentlichen Inhalt der Vereinbarungen veröffentlicht. Die DDR informierte einerseits gesiebt, druckte eine deftige sowjetische Kritik an der PVAP-Führung nach und übernahm die Warnungen vor den „antisozialistischen Kräften". Die mit Abstand markanteste Reaktion zeigte Rumänien: Noch während der Streiks tauchte Staatschef Ceausescu in einem Bergbaugebiet auf, wo vor zwei Jahren gestreikt worden war, und versprach soziale Sicherheit und Demokratie. Die rumänische KP beschloß kurzerhand, ihren Rüstungsetat um ca. 130 Millionen DM zu senken und dieses Geld *„dem Beschluß zufolge für ein Programm zur Hebung des Lebensstandard der Bevölkerung"* einzusetzen („SZ", 11.9.). *„Dies sei ebenso bedeutsam für die Bereitschaft der Bevölkerung, die Errungenschaften der Revolution zu sichern"*. Er gestand auf einem Kongreß der lokalen Verwaltungsbehörden, daß es im Sozialismus Widersprüche gebe. Diese zu „glätten" sei Aufgabe der Partei (FAZ, 15.9.).

Für eine Partei, die ihre Herrschaft damit legitimiert, daß sie die (historisch fortschrittlichen) Interessen der Arbeiterklasse vertrete, kann es politisch kaum Verheerenderes als eine Revolte eben dieser Arbeiter gegen sie geben. Diese Legitimation schien solange noch einigermaßen stabil und glaubwürdig, wie sich durch die Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg die soziale Lage der Arbeiter tatsächlich beträchtlich verbesserte. Seitdem aber die RgW-Staaten auf imposante Zuwachsraten verzichten müssen, Pläne unerfüllt bleiben und die wirtschaftliche Misere den Lebensstandard der Arbeit angreift (erinnert sei hier nur an die Welle von Preiserhöhungen im RgW im Sommer), schwindet die objektive Basis für den politischen Betrug langsam dahin.

In Polen wurde am deutlichsten sichtbar, was sich im gesamten RgW-Bereich abspielen wird: die alte Legitimationsideologie von dem ständigen (linearen) Wachstum der Produktivkräfte, vom allmählichen „Übergang zum Kommunismus", während man den Kapitalismus ökonomisch überholt, wird von der Wirklichkeit immer schärfer widerlegt — und damit gerät die imaginäre „politisch-moralische Einheit des Volkes" (mit der neuen Bourgeoisie) ins Wanken. Polen war da nur der Vorbote, und gerade darin lag und liegt noch immer die Gefahr einer sowjetischen Intervention. Der Imperialismus hat diese Situation durchaus begriffen. Ja, er hofft geradezu darauf, um diese Destabilisierung der RgW-Staaten für seine Kriegspläne auszunutzen. Strauß spricht sich dagegen aus, zum „Reparaturbetrieb" durch Kredite zu werden; Schmidt meint, *„die Bundesrepublik dürfe nicht zur Hausbank für in Not geratene sozialistische Regierungen werden"* („Spiegel", 38/80, S.74). Den Kredit für Polen begründet Helmut Schmidt damit, *„wie wichtig dieser Ostblockstaat für die Sicherheit der Bundesrepublik ist: Schließlich seien in Polen bisher keine sowjetischen Mittelstrecken-Raketen stationiert"* (ebenda).

RgW-Kommission

> **Politbüro untersucht Vorwürfe gegen Szczepanski**
>
> Gegen den vor zehn Tagen abgelösten Leiter des staatlichen Rundfunks und Fernsehens, Maciej Szczepanski, hat die polnische Parteiführung eine Untersuchung eingeleitet. Aus Parteikreisen in Warschau verlautete am Freitag, wegen des Verdachts der Vermögenshinterziehung hätten bereits im vergangenen Monat Gewerkschafter Voruntersuchungen geführt. So habe sich Szczepanski unter anderm sieben Privatautos beschafft. Vier weitere hätte er für seine Sekretärinnen bereitgestellt. Zu seinem Vermögen zählten zudem zwei Flugzeuge, ein Hubschrauber und eine Yacht im Wert von umgerechnet 36 Millionen Mark. Der ehemalige Rundfunk- und Fernsehchef, der am 24. August im Zuge der Umbildung von Regierung und Parteiführung sein Amt verlor, habe darüberhinaus eine Schafwirtschaft nahe der russischen Grenze, eine Villa im Wintersportort Zakopane und sogar eine Jagdhütte in Kenia sein eigen genannt.
> aus: FAZ, 8.9.80



„Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt" — meinte Ministerpräsident Babiuch kurz vor seinem Abtritt. Luxus auf der einen, Elend auf der anderen Seite — ein „klassisches Gegensatzpaar"!

SOLIDARNOŚĆ

Krisendebatte in der PVAP?

Wir veröffentlichen im Folgenden Auszüge eines Dokuments, das dem ZK der PVAP Anfang Juli d.J. vorgelegt wurde. Es handelt sich dabei um eine Umfrage *„unter 141 Vertretern der polnischen Führungsschicht: Wissenschaftler, Journalisten, Industriemanager, Kirchenaktivisten und einer verblüffend hohen Zahl (51) von Parteimitgliedern"* (streckenweise veröffentlicht im „Zeit-Dossier" 35/80). Die PVAP hat unseres Wissens bislang nicht auf die Veröffentlichung des Papiers reagiert. Verfaßt wurde es von Mitgliedern der Gruppe DIP („Erfahrung und Zukunft"), eine Art Reformflügel der Herrschenden in Polen. Dieses Dokument zeigt zum Einen deutlich das Ausmaß der polnischen Krise, und zum Anderen, daß die Situation politischen Kräften Auftrieb gibt, die eine weitergehende Annäherung Polens an den „Westen" beabsichtigten. Es ist für uns nicht abschätzbar, wie stark diese Strömung in Polen heute ist. Sicher ist aber, daß sie lediglich konsequent weiterführen, was in Giereks Politik der zunehmenden Westverschuldung zumindest tendentiell angelegt ist: ein Abrücken von der Sowjetunion. Sicher ist weiterhin, daß eine solche Entwicklung zu einer schwerwiegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses in Europa zuungunsten der Sowjetunion führen und die SU diesen Dingen sicher nicht tatenlos zusehen würde.

Die Sechs-Punkte-Zusammenfassung des Dokuments formuliert keine Alternative zur Wirtschaftspolitik der letzten Jahre; weder die Landwirtschafts- noch die Importpolitik werden grundsätzlich infrage gestellt. Es bleibt offen, was mit der „grundsätzlichen Wirtschaftsreform" gemeint ist.

RgW-Kommission

Es wird darauf hingewiesen, daß die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion (SU) *„nicht durch Gleichberechtigung gekennzeichnet sind"* und daß gleichzeitig *„tiefe historisch-kulturelle Bindungen"* wie auch *„starke wirtschaftliche Beziehungen"* zum *„Westen"* bestünden. Die **„Politik der Öffnung"** (nach Westen) müßte fortgesetzt werden. *„Polen ist von westlichen Rohstoffen, Materialien, Ersatzteilen und Nahrungsmitteln ebenso abhängig wie von westlichen Krediten – und wird es noch lange bleiben."* Ein Bruch mit dem Westen sei unmöglich, er würde die *„wirtschaftliche Lähmung heraufbeschwören"*. Es sei daher an der Zeit, *„daß die polnische Partei- und Regierungsführung ihr Verhältnis zum Bündnis und zur Sowjetunion überdenken müsse"*. Denn die *„auf jeden Schritt und Tritt zur Schau gestellte Unterwürfigkeit und Servilität"* habe *„eine Art von allgemeiner Psychose"* entstehen lassen, *„die alle Mängel des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens auf das direkte Eingreifen der Sowjetunion zurückführt"*.

„Die Arbeiterklasse ist die größte Gesellschaftsschicht des Landes geworden. Ihr beachtlicher materieller und kultureller Aufstieg sowie ihr Gewicht im Produktionsprozeß haben bewirkt, daß heute keine ernsthaften gesellschaftlichen, politischen und vor allem ökonomischen Reformen ohne die Arbeiterklasse möglich sind.

Doch die Formen des Gemeinschaftslebens, die der Arbeiterklasse zugänglich sind, geben ihr keine Möglichkeit, sich wirklich an der Regierung, Verwaltung und Wirtschaftsleitung des Landes zu beteiligen (Hervorhebung AK). **Sie hat auch keine institutionellen Möglichkeiten, ihre beruflichen, sozialen und ökonomischen Interessen zu vertreten und zu verteidigen. Deshalb ist es notwendig, die Gewerkschaften zu reorganisieren und zu reformieren, um der Arbeiterklasse eine entscheidende Stimme in für sie wichtigen Fragen zu geben.** *Die Gewerkschaften müssen eine authentische Vertretung der Arbeiter werden.* **Sie müssen deshalb von unten und frei aufgebaut werden, und zwar so, wie es sich die Werktätigen wünschen".**

Weiterhin wird ausgeführt, daß die Reformen von einer Reform der Partei abhängig seien; *„die innerparteilichen Beziehungen (müßten) demokratisiert"* werden und *„Mechanismen zur Formulierung von Alternativen zum Generalprogramm"* geschaffen werden. *„Damit verbunden wird die Forderung nach einer breiten, alle Gliederungen der Partei umfassenden Diskussion über die Rolle der Partei und die Methoden ihrer Machtausübung".*

Es sei keineswegs so, *„daß sich etwa die Mehrheit der Gesellschaft die Parteiideologie zueigen gemacht"* hätte. *„Eine Situation, in der eine kleine Minderheit alle Vorrechte, alle Führungsmacht im Lande vereinigt, führt letztendlich zur Staatsverdrossenheit der 'schweigenden Mehrheit' und zur Lähmung der Gesellschaft".* Um dies zu ändern, müsse die „Nomenklatura" (privilegierte Staatsbürokratie) abgeschafft und das „Leistungsprinzip" durchgesetzt werden; es müßten *„alle Bürger das gleiche Recht haben, auf jedem Posten zu arbeiten, für den sie fachlich qualifiziert sind. Das heißt, daß der Prozentsatz an Parteilosen auf allen Ebenen höher sein müßte..."*. Außerdem müsse das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierenden wiederhergestellt werden, was nur *„dann verwirklicht werden kann, wenn die höchsten Volksvertretungsorgane tatsächlich authentisch sind"*. Dazu sei es unablässig, daß die existierenden Parteien neben der PVAP *„einen Status der Selbständigkeit, Unabhängigkeit und gleichberechtigten Partnerschaft"* erhalten. Mit den Worten der Umfrage heißt das: *„die Wahlen glaubwürdig zu machen und schließlich darum, eine echte, der Regierung nicht untergeordnete, parlamentarische Kontrolle wiederherzustellen"*. Dazu gehöre auch die *„Herstellung einer dauerhaften Rechtsordnung". „Die Abschaffung der Ungleichheit vor dem Gesetz, der offenen und versteckten Privilegien der Mitglieder des Machtapparats sowie der damit verbundenen Korruption gehört zu wichtigsten und schwierigsten Aufgaben des Programms".*

Dies wird näher aufgeschlüsselt: *„Kurzum, den allgemeinen Widerstand erwecken Privilegien, die im Geheimen verteilt werden oder aus Amts- und Machtmißbrauch resultieren. Es gilt, Vorwürfe zu überprüfen, die gegen solche Erscheinungen erhoben werden, also: Unterschlagung von staatlichem Baumaterial, Ausnutzung staatlicher Unternehmen für private Zwecke (auch Arbeit von Soldaten, Häftlingen, Berufsschülern), Zuteilung verschiedener Güter unterhalb des Marktpreises (Berechtigungsscheine, Devisenzuteilungen)"* Die Autoren fassen die Situation in sechs Punkten zusammen:

„1. Die Situation in der Planung und im Management hat sich verschlechtert. Die Staatsführung kann die wirtschaftlichen Prozesse nicht mehr steuern; die Wirtschaft des Landes ähnelt einem 'treibenden Supertanker'... Das Manövrierfeld ist eng geworden; die realen Möglichkeiten für eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik und der Prioritäten im Rahmen des gegebenen Wirtschaftssystems sind dahingeschmolzen.

2. Infolgedessen hat sich die Desorganisation der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens verschärft; die Produktivität des einzelnen und der Gesellschaft ist gesunken.

3. Die Versorgungslücke bei der elektrischen Energie wird breiter. Bei anhaltendem Energiemangel aber muß die Produktion absinken.

4. Das Warenangebot am Markt hat sich verringert; es wird aller Voraussicht nach weiter abnehmen. Die Inflationsrate wird schneller steigen als das Nominaleinkommen der Bevölkerung. Diese Schere wird die Krise verschärfen und die Verelendung der ärmsten Bevölkerungsschichten beschleunigen.

5. Versorgungsschwierigkeiten werden zunehmen, weil der Abfall der Agrarproduktion bereits vorauszusehen ist – sowohl bei der kollektiven und staatlichen als auch bei der privaten Landwirtschaft. Es fehlen Investitionsmittel, Energie, Dünger, Futter, Maschinen – und vor allem eine stabile Agrarpolitik des Staates.

6. Obwohl der Wert der Exporte im Jahre 1979 nach offiziellen Angaben um zwölf Prozent gestiegen ist, klafft ein Loch in unserer Handelsbilanz. Wir haben den Außenhandelsplan mit den Ländern des RgW nicht erfüllt, und das Handelsdefizit mit den Ländern der konvertierbaren Währung hat sämtliche Richtwerte übertroffen.

Eine grundsätzliche Wirtschaftsreform in Polen ist unabdingbar – da sind sich alle Befragten einig (mit gewissen Meinungsunterschieden hinsichtlich Umfang und Tempo). Diese Ansicht vertreten vor allem die Wirtschafts- und Managementexperten".

Betrifft: »Trotzki-Debatte«

Ich freue mich sehr, daß der KB eine Diskussion über Trotzkis Buch „Die verratene Revolution" begonnen hat. Vielleicht ist das ja der Anfang einer ausführlicheren Auseinandersetzung mit Trotzkis Beitrag zum Marxismus. Ich freue mich nicht nur, weil ich selbst Anhänger der trotzkistischen Positionen bin, sondern vielmehr, weil ich der Auffassung bin, daß diese Auseinandersetzung mit Trotzki für die heutige revolutionäre P r a x i s dringend notwendig ist. Eine revolutionäre Haltung gegenüber der UdSSR, China, Kuba, den osteuropäischen Staaten und auch den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen der halbkolonialen Länder ist ohne die Kenntnis und die „Verarbeitung" der Werke Trotzkis unmöglich! Dasselbe gilt für die Ausarbeitung einer Strategie zur Gewinnung der sozialdemokratisch und/oder stalinistisch beeinflußten Arbeiter- und Angestelltenmassen. Trotzki war einer der wenigen Revolutionäre und Theoretiker, die die gute, revolutionäre Tradition und das Endziel der kommunistischen und Arbeiterbewegung bewahrt haben, in einer Zeit der schwersten Niederlagen der kommunistischen Bewegung (Sieg der Konterrevolution in China, Sieg des Faschismus in Italien, Deutschland und Spanien, bürokratische Deformierung der UdSSR und der Komintern, und ein weltweites Zurückfluten der kommunistischen Bewegung). Bei der Wiederbelebung und Neuorganisierung einer kommunistischen M a s s e n b e w e g u n g führt kein Weg an Trotzki vorbei.

Ich möchte aber doch einige Anmerkungen zu den beiden Artikeln des Genossen U. machen, denn diese werden dem Buch von Trotzki nicht gerecht; schlimmer: ich halte die Art und Weise, wie sich U. mit Trotzki auseinandersetzt, für unredlich. U. sucht sich aus beliebigen Zusammenhängen Trotzki-Zitate zurecht, um sein (Vor)Urteil über Trotzki zu belegen, daß dieser keine Alternative zur stalinistischen Politik gehabt habe. Zwei Beispiele: U. behauptet, Trotzki hatte keine Alternative zur stalinistischen Bürokratisierung und belegt das mit Zitaten aus dem Jahre 1920!! Also aus einer Zeit, als Stalin noch ein relativ unbedeutender Funktionär der KPdSU(B) war und die Bolschewiki, froh, Krieg und Bürgerkrieg überlebt zu haben, generell wenig die Gefahren der zunehmenden Bürokratisierung beachteten. Trotzkis Kampf gegen die Bürokratisierung begann ernsthaft erst 1923. Überhaupt die vielen Zitate aus „Terrorismus und Kommunismus"! Der Genosse mißversteht dieses Buch gründlich! Dieses Buch ist eine Erwiderung auf die Anklagen der rechten Sozialdemokraten wegen des „roten Terrors". Es ist eine Rechtfertigung der Politik der Bol-

wegen des „roten Terrors". Es ist eine Rechtfertigung der Politik der Bol-

schewiki. Gleichzeitig hatte dieses Buch die Funktion, der russischen und der internationalen Arbeiterklasse jede Illusion zu nehmen, daß in der UdSSR ein Paradies entstanden sei. An keiner Stelle preist Trotzki die Notwendigkeit von Lohnarbeit, militärischer Disziplin usw. als „sozialistische Errungenschaften". Ganz im Gegenteil. Er bezeichnet diese Maßnahmen als unvermeidlich, damit die rückständige UdSSR die Zeit bis zum Sieg der sozialistischen Revolutionen im Westen überleben konnte. Erst Stalin pries die Zwangs- und Mangelwirtschaft als Sozialismus!

Das zweite Beispiel: Der Genosse U. zitiert Trotzki aus „Die verratene Revolution". Trotzki erwähnt da die Verstaatlichung der Produktionsmittel und das Außenhandelsmonopol und charakterisiert deshalb die UdSSR als „proletarischen Staat", als etwas qualitativ verschiedenes vom bürgerlichen Staat; er fordert daher „nur" eine „politische" und keine **„soziale" Revolution. Der Genosse hebt die Bezeichnung „proletarischer Staat" sogar extra hervor, um dann** Trotzki vorzuhalten, daß dieser Planwirtschaft und verstaatlichte Produktionsmittel mit S o z i a l i s m u s gleichsetze. Weiter kann man nicht daneben hauen! Das gesamte Buch „Die verratene Revolution" von der ersten bis zur letzten Zeile ist dem U n t e r s c h i e d zwischen dem (obendrein bürokratisch deformierten) proletarischen Staat und dem Sozialismus gewidmet. Trotzki analysiert gerade, daß in der UdSSR ein proletarischer und kein bürgerlicher Staat besteht, aber eben k e i n Sozialismus. Die Revolution ist auf halbem Wege stehengeblieben. Im Sozialismus gibt es keinen Staat, weil er überflüssig geworden ist, ganz im Gegensatz zur UdSSR, wo es einen **riesigen Staatsapparat gibt. Den Be**griff „sozialistischer Staat" gibt es bei Marx nicht, den gibt es bei Trotzki nicht und ich glaub auch bei Lenin nicht. Er wurde erst mit der stalinistischen Deformierung des revolutionären Marxismus erfunden.

Damit komme ich zum Ausgangspunkt der Trotzki-Debatte, dem Buch „Die verratene Revolution". Ich will nur auf die beiden wichtigsten Behauptungen von U. eingehen.

Der Genosse U. behauptet, daß Trotzki nur auf der Ebene der Erscheinungen bleibt, daß er also nur beschreibt und nicht analysiert. Desweiteren behauptet U., daß Trotzki die Entwicklung der UdSSR in der Hauptsache als Ergebnis des Verrats einiger Führer sehe. Der Genosse muß ein anderes Buch meinen als ich! Der größte Teil des Buches beinhaltet die Analyse der o b j e k t i v e n Faktoren der Entwicklung der UdSSR: Die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit, die kleine Arbeiterklasse, Krieg und Bürgerkrieg, die Niederlagen der Revolutionen im Westen, zunehmende Müdigkeit und Passivität der Arbeiter, wachsende Differenzen zwischen den Arbeitern und den Bauernmassen, usw. Das Ergebnis war die zunehmende Bürokratisierung der Partei und der Gesellschaft. Trotzki hat die Gefahren gesehen, die damit für die Arbeitermacht und die sozialistische Weltrevolution verbunden waren, und dagegen angekämpft. Die Bürokratie hat gesiegt, Stalin war dabei nur ihr nützliches Instrument. Aber die ökonomische Basis des Arbeiterstaats, die vergesellschafteten Produktionsmittel, die Planwirtschaft, das Außenhandelsmonopol, ist erhalten geblieben. Trotzki bezeichnet daher das Ergebnis dieser objektiven Entwicklung **als „bürokratisierter Arbeiterstaat". Und er steht dabei in der guten Tradition Marx'scher Dialektik;** daß es nämlich nicht nur Kapitalismus und Sozialismus gibt, sondern notwendigerweise auch Zwischenformen. (Marx analysierte Entsprechendes beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus). Die UdSSR (und die heutigen anderen bürokratischen Arbeiterstaaten) ist eine solche Zwischenform. Die herrschende Bürokratie ist daher auch keine neue Klasse, sondern der schmarotzende, die anderen Arbeiter unterdrückende Teil der Arbeiterklasse. Wenn die Macht a l l e r Arbeiter errichtet werden soll, dann muß dieser schmarotzende Teil seiner Macht und seiner Privilegien beraubt werden. Die polnischen Arbeiter sind gerade dabei, einen großen Schritt in diese Richtung zu gehen.

Jetzt zum zweiten Urteil des Genossen U. Er vermißt bei Trotzki eine revolutionäre Alternative. Selbst

nossen U. Er vermißt bei Trotzki eine revolutionäre Alternative. Selbst

wenn man nur das Buch „Die verratene Revolution" gelesen hat und sonst nichts von Trotzki kennt oder weiß, gehört zu solch einem Urteil eine große Portion Blindheit oder Boshaftigkeit. Trotzki warnt vor der Wiederherstellung des Kapitalismus und macht deutlich, was dafür erforderlich ist: die Wiedereinführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, eine Aufhebung des Außenhandelsmonopols und die Wiedereinführung der allgemeinen Marktwirtschaft. Das ist bis heute nicht geschehen. Und Trotzki macht deutlich, was erforderlich ist, um in Richtung Sozialismus weiterzumarschieren: ein politische Revolution.

Trotzki läßt keinen Zweifel, wie diese politische Revolution aussehen wird: Zerschlagung der bürokratischen Apparate (Armee, Verwaltung usw.); Wiederherstellung der Rätedemokratie auf allen Ebenen, eine Aktivierung und Politisierung der Massen und nicht deren Bevormundung, demokratische Erstellung des Wirtschaftsplans, Beseitigung der Überzentralisierung, Einführung von Arbeitermilizen, Zurückdrängung des Einflusses der Familie, Ausweitung der Rechte und Freiheiten und nicht deren Einengung; schrittweise Beseitigung des Marktes und des Staates; und, nicht zuletzt, eine Wiedereinführung des **revolutionären proletarischen Internationalismus, weil der Sozialismus nur weltweit entstehen kann. Und auch über das Subjekt einer solchen Revolution läßt Trotzki keinen Zweifel: die Arbeiter unter der Führung einer neu zu gründenden, revolutionären Partei, die das Tendenz- und Fraktionsrecht garantiert. Alles in „Die verratene Revolution" nachzulesen.** Der Genosse mag mit dieser revolutionären Alternative nicht einverstanden sein, dann soll er das sa-



gen, aber nicht Trotzki unterstellen, er hätte keine revolutionäre Alternative zu der stalinistischen Politik.

Aber Trotzki hat nicht nur eine revolutionäre Lösung für die UdSSR theoretisch formuliert, sondern er hat zugleich allen Kommunisten eine Richtschnur für eine revolutionäre Haltung gegenüber der UdSSR gegeben. Denn die Einschätzung der UdSSR ist kein akademisches Problem, sondern ein wesentlicher Bestandteil revolutionärer Politik. Und Trotzki war eben nicht nur Theoretiker, sondern auch ein Revolutionär bis an sein Lebensende. Trotzki, der persönlich betroffen war wie kein anderer, hat als einer der wenigsten die Fähigkeit gehabt, die Entwicklung in der UdSSR mit Hilfe der marxistischen Methode zu analysieren und daraus eine revolutionäre Politik gegenüber der UdSSR entwickelt.

Die revolutionäre Haltung gegenüber den bürokratischen Arbeiterstaaten setzt sich aus zwei Teilen zusammen:

Einerseits die bedingungslose Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution (verstaatlichte Produktionsmittel, Außenhandelsmonopol, Planwirtschaft). Das schließt zum Beispiel ein Bündnis mit der herrschenden Bürokratie im Falle eines imperialistischen Angriffs mit ein.

Andererseits der bedingungslose Kampf gegen die herrschende Bürokratie. Die Interessen der Bürokratie und die der sowjetischen und der internationalen Arbeiterklasse sind miteinander unvereinbar.

Diese Haltung ist heute immer noch aktuell und richtig. Und der KB beherzigt sie ja bisher auch weitgehend, allerdings nur „instinktiv" und nicht theoretisch und programmtisch begründet. Die imperialistischen und kapitalistischen Staaten stehen am Beginn einer weltweiten, langandauernden politischen und wirtschaftlichen Krise. In den bürokratischen Arbeiterstaaten vertieft sich die Krise

Krise. In den bürokratischen Arbeiterstaaten vertieft sich die Krise

der bürokratischen Herrschaft, und die Möglichkeit einer politischen Revolution wird aktueller. Die polnischen Arbeiter haben das eindrucksvoll bestätigt. Wir stehen daher am Beginn einer Periode nicht nur verschärfter Klassenkämpfe, sondern auch einer verschärften Konfrontation zwischen dem Imperialismus und den bürokratischen Arbeiterstaaten.

Jede Haltung, die dabei nicht eindeutig anerkennt, daß die UdSSR und die anderen bürokratischen Arbeiterstaaten etwas q u a l i t a t i v anderes sind als die imperialistischen Staaten, daß diese Staaten einen großen Schritt weiter sind in Richtung Sozialismus, schwächt die internationale Arbeiterbewegung. Begriffe wie Sozialimperialismus, Staatskapitalismus, neue Bourgeoisie, usw. halten also nicht nur keiner materialistischen Analyse stand, sondern stehen auch bei der Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution im Wege. Und es soll keiner glauben, daß der Imperialismus sein Ziel, die bürokratischen Arbeiterstaaten wieder in seinen Machtbereich einzuverleiben, aufgegeben hat. Zwei der Arbeiterstaaten, Kuba und Vietnam, sind zur Zeit aktuell bedroht!

Ich hoffe, daß die Diskussion über Trotzki im AK weitergeht, auch über andere Positionen Trotzkis. Denn ihr habt auch einiges gutzumachen. Ihr solltet ehrlich und offen zugeben, daß ihr euch jahrelang geirrt habt und klar sagen, daß Trotzki ein großer Revolutionär und Theoretiker war und daß seine heutigen Anhänger ohne Zweifel Bestandteil der revolutionären Linken sind. Das wäre auch ein großer Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der Linken!

Ein GIM-Mitglied

Zum AK-Verkauf

Massenagitation will gelernt sein!

Unser erster AK-Verkauf nach der Preiserhöhung verlief recht erfolgreich: Mit 3 Genoss/inn/en in zusammengerechnet 3 1/2 Stunden 17 verkaufte AKs, davon etwa 12 AKs an Erstleser. Dieses Ergebnis ist in erster Linie auf eine atraktive Stellwand zum Thema „NDR-Schlachtfest" (Ausmaße: 90 x 120 cm, - s. Foto) zurückzuführen, die samstags in der Fußgängerzone zu Passantenansammlungen, Unglauben und Empörung führte — eine hervorragende Grundlage also, um AK 183 hierzu aufzuschlagen, in diesem Zusammenhang auf die gegenüberliegenden Seiten zum Antikriegstag hinzuweisen und gemeinsam mit dem Interessenten weiter im AK zu blättern.

Neben derart plakativer Massenagitation (wie am Beispiel des Themas NDR m.E. mustergültig vorgeführt) liegen wir zuweilen auch mit Stellwänden richtig, die sich gezielt an Expertenkreise richten: Über eine Stellwand zum Thema Revolutionierung der italienischen Psychatrie (AK 184) konnten beispielsweise binnen einer Stunde 4 neue AK-Leser gewonnen werden.

Wir erleben natürlich auch nervige Einsätze mit nicht mehr als 1 - 2 AK pro Genosse(in) pro Stunde. Allerdings ist es auch nicht unerheblich, daß unsere Stellwandecke (die seit 5 - 6 Jahren ziemlich kontinuierlich läuft) ein Umschlagplatz für alle wichtigen politischen Informationen von Kontakten, Freaks etc. uns gegenüber und andersherum geworden ist. Dies erklärt vielleicht, warum es von den 3 - 4 verkaufenden Genoss(inn)en ernsthaft bedauert wird, wenn dieser Einsatz aus irgendwelchen Gründen nicht durchgeführt werden kann.

M., Lüneburg

NDR-SCHLACHT-FEST

Worauf die SPD sich mit der CDU einigte:

1. WERBUNG

NDR-INTENDANT: schon ab Montag den 1. Sept.

2. PROGRAMM-STREICHUNGEN

Musik nach der Schule
Treffpunkt f. junge Leute
Politik f. junge Leute
Pop und Politik
Meckerecke
Inform. f. d. ältere Generation
Schichtwechsel
Kontakte

Weniger Programm für Jugend, Arbeiter, Frauen, Alte Menschen Behinderte...



3. 1983 Privatfunk u.-TV

Die »heilige Kuh« schlachten!

Wie kann der AK besser verkauft werden und wie kann er verbessert werden?

1. Den AK verkaufen. Ein Beispiel:

Ich arbeite bei einer Alternativ-Zeitung mit („Saarhexe", saarländische Monatszeitung). Wir geben die Zeitung mit 3 - 4 Leuten alle 1 - 2 Monate heraus, 12 Seiten Din A 3 bei einer Auflage von 1.200 - 1.500 Stück. (Verkaufte Exemplare 700 - 900 Stück). Wir finanzieren die Zeitung durch Werbung (ca. 600 DM Einnahmen) und Verkauf (Handverkauf und über Kioske). Preis : DM 1,50. Die Zeitung versteht sich als klar links von der SPD, in eigener Aussage und in der Tendenz der Artikel. Kommt die Zeitung vom Druck, ziehen wir durch etwa acht Kneipen, und haben dann ca. 80 – 100 Exemplare verkauft, auch an viele Leute, die die Zeitung vorher nicht kannten.

Zum AK: Kommt der AK vom Bahnhof, ziehe ich durch diese gleichen Kneipen und habe am Ende 5 – 6 AKs verkauft. Zum einen hat die „Saarhexe" einen regionalen Charakter und ist keine Organisationszeitung, zum anderen bezieht sie aber klar linke Position, ähnlich dem AK. Es müßte mir möglich sein, an diesem einen Abend 20 – 30 AKs zu verkaufen. Der AK bringt bedeutend umfassendere Informationen und besitzt eine bedeutend höhere Qualität.

2. Zur „heiligen Kuh" des KB: der Name seiner Zeitung und die erste Seite (der AK bleibt auch weiterhin das Zentralorgan des KB): Schlachten wir die Kuh und gestalten wir die erste Seite etwas aufgelockerter und geben wir unserem Zentralorgan aus verkaufstaktischen Gesichtspunkten einen anderen Namen. Die erste Seite darf nicht die möglichen Interessenten, die z.B. die „Saarhexe" kaufen, abschrekken. Diese Leute, Schüler, Studenten, AKW-Gegner, Feministinnen, Schwule, Lesben, Kriegsgegner(innen), haben nicht unbedingt das kommunistische Bewußtsein und fühlen sich durch das Wort ARBEITERKAMPF nicht unbedingt angesprochen, sondern oftmals ausgegrenzt. (Die Genossen und Genossinnen sollten in diesem Zusammenhang auch an den Buntbuch-Verlag denken anstelle eines Verlag ARBEITERKAMPF.)

Desweiteren plädiere ich für die Vorschläge von Detlef aus Düsseldorf (AK 183), 1. ein Testgebiet auszuwählen, in dem Erfahrungen im Kioskvertrieb gemacht werden. Wir verkaufen ca. 100 „Saarhexen" an acht Kiosken im Stadtkern von Saarbrücken. 2. Ein attraktives Werbeplakat mit freiem Platz für Veranstaltungen usw. anzufertigen.

Zum AK-Preis: Ich unterstütze den psychologisch günstigeren Preis von DM 2,80 des Genossen aus Freiburg. Zur besseren Finanzierung sollte in einem bestimmten Umfang Anzeigenwerbung gemacht werden.

Den AK verbessern: 1. durch mehr grundsätzlichere Artikel, wie es der Genosse aus Freiburg in AK 183 in Punkt 3 formuliert hat. 2. Durch eine Diskussion im AK mit relevanten politischen Strömungen, nicht nur der westdeutschen Linken, über wesentliche Fragen (z.B. Kriegsgefahr, Einschätzung der Sowjetunion usw.).

b, Saarbrücken



...die letzten 2.000

Bücher von einer Gesamtauflage von 20.000 Exemplaren gilt es noch zu verkaufen, wozu die „heiße Phase" des Wahlkampfes genutzt werden sollte.
Wir möchten alle Genossinnen und Genossen bitten, mit diesem wirklich guten Agitationsbuch auf die Wahlkampfveranstaltungen der bürgerlichen Parteien zu gehen oder selbst über Büchertische Wahlkampf zu machen. Wir möchten auch darauf hinweisen, daß über die Adresse der „Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative" noch diverse Anti-Strauß-Aufkleber bzw. Buttons bezogen werden können, die sich (erfahrungsgemäß) sehr gut verkaufen lassen (Bestelliste anfordern!). Genossinnen und Genossen in Hamburg haben sich z.B. für die letzten Aktivitäten im Wahkampf und für Anti-Kriegs-Aktionen „Bauchläden" gebastelt – und damit sehr gute Verkaufsergebnisse erzielt. Denkt dran: Bis zum 5. Oktober sind es nur noch knapp 4 Wochen – und Strauß ist dann hoffentlich weg vom Fenster!

Abonniert!

ausschneiden und in einen Umschlag stecken!

Absender: ....

....

....
(bitte in Blockschrift oder mit Schreibmaschine)

Ich/wir wollen der ARBEITERKAMPF im Abonement beziehen.

Halbjahresabonnement	DM 48,--
Jahresabonnement	DM 90,--
Förderabonnement	DM 75,-- (halbjährlich)
Förderabonnement	DM 140,--(jährlich)

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten!). oder wird überwiesen auf das Konto der HAMBURGER SATZ- UND VERLAGS-KOOPERATIVE, Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175 - 203.

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

....
Ort, Datum *Unterschrift*

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige(n) ich/wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos
*Nichtzutreffendes bitte streichen
Kto.-Nr.
Kto.-Inh.
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen.

.................................., den.................. ....
Unterschrift

Bertolt Brecht

Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy

Frühling wurd's in deutschem Land.
Über Asch und Trümmerwand
Flog ein erstes Birkengrün
Probweis, delikat und kühn

Als von Süden, aus den Tälern
Herbewegte sich von Wählern
Pomphaft ein zerlumpter Zug
Der zwei alte Tafeln trug.

Mürbe war das Holz von Stichen
Und die Inschrift sehr verblichen
Und es war so etwas wie
Freiheit und Democracy.

Von den Kirchen kam Geläute.
Kriegerwitwen, Fliegerbräute
Waise, Zittrer, Hinkebein –
Offnen Maules stand's am Rain.

Und der Blinde frug den Tauben
Was vorbeizog in den Stauben
Hinter einem Aufruf wie
Freiheit und Democracy.

Vornweg schritt ein Sattelkopf
Vornweg schritt ein Sattelkopf
Und er sang aus vollem Kropf:
»Allons, enfants, god save the king
Und den Dollar, kling, kling, kling.«

Dann in Kutten schritten zwei
Trugen 'ne Monstranz vorbei.
Wurd die Kutte hochgerafft
Sah hervor ein Stiefelschaft.

Doch dem Kreuz dort auf dem Laken
Fehlen heute ein paar Haken
Da man mit den Zeiten lebt
Sind die Haken überklebt.

Drunter schritt dafür ein Pater
Abgesandt vom Heiligen Vater
Welcher tief beunruhigt
Wie man weiß, nach Osten blickt.

Dicht darauf die Nichtvergesser
Die für ihre langen Messer
Stampfend in geschloßnen Reihn
Laut nach einer Freinacht schrein.

Ihre Gönner dann, die schnellen
Grauen Herrn von den Kartellen:
Für die Rüstungsindustrie
Freiheit und Democracy!

Einem impotenten Hahne
Gleichend, stolzt ein Pangermane
Pochend auf das freie Wort.
Es heißt Mord.

Gleichen Tritts marschiern die Lehrer
Machtverehrer, Hirnverheerer
Für das Recht, die deutsche Jugend
Zu erziehn zur Schlächtertugend.

Folgen die Herrn Mediziner
Menschverächter, Nazidiener
Fordernd, daß man ihnen buche
Kommunisten für Versuche.

Drei Gelehrte, ernst und hager
Planer der Vergasungslager
Fordern auch für die Chemie
Freiheit und Democracy.

Folgen, denn es braucht der Staat sie
Alle die entnazten Nazi
Die als Filzlaus in den Ritzen
Aller hohen Ämter sitzen.

Dort die Stürmerredakteure
Sind besorgt, daß man sie höre
Und nicht etwa jetzt vergesse
Auf die Freiheit unsrer Presse.

Einige unsrer besten Bürger
Einst geschätzt als Judenwürger
Jetzt geknebelt, seht ihr schreiten
Für das Recht der Minderheiten.

Früherer Parlamentarier
In den Hitlerzeiten Arier
Bietet sich als Anwalt an:
Schafft dem Tüchtigen freie Bahn!

Und der schwarze Marketier
Sagt, befraget: Ich marschier
Auf Gedeih (und auf Verderb)
Für den Freien Wettbewerb.

Und der Richter dort: zur Hetz
Und der Richter dort: zur Hetz
Schwenkt er frech ein alt Gesetz.
Mit ihm von der Hitlerei
Spricht er sich und alle frei.

Künstler, Musiker, Dichterfürsten
Schrei'nd nach Lorbeer und nach Würsten
All die Guten, die geschwind
Nun es nicht gewesen sind.

Peitschen klatschen auf das Pflaster:
Die SS macht es für Zaster
Aber Freiheit braucht auch sie
Freiheit und Democracy.

Und die Hitlerfrauenschaft
Kommt, die Röcke hochgerafft
Fischend mit gebräunter Wade
Nach des Erbfeinds Schokolade.

Spitzel, Kraft-durch-Freude-Weiber
Winterhelfer, Zeitungsschreiber
Steuer-Spenden-Zins-Eintreiber
Deutsches-Erbland-Einverleiber

Blut und Dreck in Wahlverwandtschaft
Zog das durch die deutsche Landschaft
Rülpste, kotzte, stank und schrie:
Freiheit und Democracy!

Und kam, berstend vor Gestank
Endlich an die Isarbank
Zu der Hauptstadt der Bewegung
Stadt der deutschen Grabsteinlegung.

Informiert von den Gazetten
Hungernd zwischen den Skeletten
Seiner Häuser stand herum
Das verstörte Bürgertum.

Und als der mephitische Zug
Durch den Schutt die Tafeln trug
Treten aus dem Braunen Haus
Schweigend sechs Gestalten aus

Und es kommt der Zug zum Halten.
Neigen sich die sechs Gestalten
Und gesellen sich dem Zug
Der die alten Tafeln trug.

Und sie fahrn in sechs Karossen
Alle sechs Parteigenossen
Durch den Schutt, und alles schrie:
Freiheit und Democracy!

Knochenhand am Peitschenknauf
Fährt die Unterdrückung auf.
In 'nem Panzerkarr'n fährt sie
Dem Geschenk der Industrie.

Groß begrüßt, in rostigem Tank
Fährt der Aussatz. Er scheint krank.
Schämig zupft er sich im Winde
Hoch zum Kinn die braune Binde.

Hinter ihn fährt der Betrug
Schwenkend einen großen Krug
Freibier. Müßt nur, draus zu saufen
Eure Kinder ihm verkaufen.

Alt wie das Gebirge, doch
Unternehmend immer noch
Fährt die Dummheit mit im Zug
Läßt kein Auge vom Betrug.

Hängend überm Wagenbord
Hängend überm Wagenbord
Mit dem Arm, fährt vor der Mord.
Wohlig räkelt sich das Vieh
Singt: Sweet dream of liberty.

Zittrig noch vom gestrigen Schock
Fährt der Raub dann auf im Rock
Eines Junkers Feldmarschall
Auf dem Schoß einen Erdball.

Aber alle die sechs Großen
Eingeseßnen, Gnadelosen
Alle nun verlangen sie
Freiheit und Democracy.

Holpernd hinter den sechs Plagen
Fährt ein Riesentotenwagen
Drinnen liegt, man sieht's nicht recht:
's ist ein unbekannt Geschlecht.

Und ein Wind aus den Ruinen
Singt die Totenmesse ihnen
Die dereinst gesessen hatten
Hier in Häusern. Große Ratten

Schlüpfen aus gestürzten Gassen
Folgend diesem Zug in Massen.
Hoch die Freiheit, piepsen sie
Freiheit und Democracy!

